



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

REDEN VON
DR. WOLFGANG GERHARDT



REDEN 03

Dr. Wolfgang Gerhardt

VORWORT Karl-Heinz Paqué	6
---------------------------------	---

1

POLITISCHE ANFÄNGE (1967–1982)	10
Einleitende Bemerkungen	12
1978: Straßenterror in Frankfurt am Main am 25.11.1978*	14
1979: Haushaltsgesetz 1979 / Hochschulpolitik*	21
1980: Verhinderung des Missbrauchs des Asylrechts*	31
1980: Dilettantische Behandlung des Asylanten-Problems durch die Hessische Landesregierung	35
1982: Ausländerpolitik im Lande Hessen*	44
Würdigung Frank Portz	50

2

Weiterentwicklung in der Landes- und Bundespolitik (1982–1994)	53
Einleitende Bemerkungen	54
1984: Zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten*	56
1985: Zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten*	62
1986: Verleihung der Ehrenurkunde und Paulskirchen-Medaille an Wolfgang Mischnick*	80
1987: Startbahn West / Demonstrationen*	90
1989: Zur deutschen Wiedervereinigung*	105
1989: Aktuelle Entwicklung in Deutschland und ihre Auswirkungen auf Hessen / Mauerfall*	108
1991: Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Eichel*	117
1992: Fortentwicklung der europäischen Integration*	140
1993: Brandanschlag in Solingen / Gewalt in unserer Gesellschaft*	147
Würdigung Hans-Joachim Otto	156

3

BUNDESVORSITZ DER FDP UND MDB (1994–1998)	159
Einleitende Bemerkungen	160
1994: Regierungsprogramm 1994*	162
1995: Vorstellungsrede zur Kandidatur als Bundesvorsitzender der F.D.P.*	170
1995: Deutsche Beteiligung an den Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung des schnellen Einsatzverbandes im früheren Jugoslawien*	178

1995: Finanzplan des Bundes 1995 bis 1999*	186
1996: Dreikönigstreffen 06. Januar 1996*	201
1996: Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung*	207
1996: 47. Ord. Bundesparteitag der Freien Demokraten am 08. Juni 1996 in Karlsruhe*	214
1996: Kongress der Europäischen Liberalen (ELDR) am 11.07.1996 in Wien	238
1996: Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts*	245
1997: Finanzplan des Bundes 1997-2001*	251
1998: Gedenkveranstaltung „150 Jahre Liberale Revolution“ am 6. Mai 1998 in der Paulskirche In Frankfurt*	264
1998: Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushalts- plans für das Haushaltsjahr 1999*	271
Würdigung Hans-Rolf Goebel / Dr. Silke Jansen / Jörg Paschedag	283

4

BUNDESVORSITZ UND FRAKTIONSVORSITZ (1998-2006)	287
Einleitende Bemerkungen	288
1998: Regierungsprogramm 1998*	280
1999: Wir sichern die Freiheit des Einzelnen*	305
1999: 50 Jahre Demokratie – Dank an Bonn*	317
2000: Freiheit ist wählbar in Deutschland*	323
2001: Bekämpfung des politischen Extremismus	338
2001: FDP-Bundesparteitag – Die Kraft der Freiheit*	344
2001: Recht und Ethik der modernen Medizin und Biotechnologie*	360
2001: Erklärung der Bundesregierung zu den Anschlägen in den USA*	365
2002: Deutschland: Ein selbstbewusster und verlässlicher Partner*	368
2005: Liberale Außenpolitik ist verantwortungsbewusst*	380
2005: Entschließungsantrag zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin*	393
Würdigung Sabine Leutheusser-Schnarrenberger*	399

5

MDB UND VORSTANDSVORSITZENDER FNF (2006–2018)	403
Einleitende Bemerkungen	404
2006: Menschenrechte im Spannungsfeld von Außen- und Wirtschaftspolitik*	406
2007: Die Zukunft der Freiheit in Deutschland*	411
2008: 50 Jahre für die Freiheit – 50 Jahre Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit*	417
2009: 60 Jahre Grundgesetz*	422
2011: 70. Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion*	429
2012: Verfahren gegen deutsche politische Stiftung einstellen – Demokratisierungsprozess in Ägypten fortsetzen*	433
Würdigung Ludwig Theodor Heuss	436
ELDER STATESMAN	441
Einleitende Bemerkungen	442
2018: Zum „Stabwechsel“ in der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit	446
Gesamt-Würdigung Jürgen W. Falter	454
Quellennachweise	464



*Anmerkung der Redaktion: Die farblichen Hervorhebungen in den betroffenen Texten wurden nachträglich von der Redaktion eingearbeitet und sind in den Ursprungstexten nicht enthalten.

VORWORT

von Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué,
Vorsitzender des Vorstands
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

Es war kein Zufall: Im März 1989 schrieb der damalige Hessische Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Wolfgang Gerhardt ein Vorwort zu einem besonderen Buch, dessen Erscheinen er selbst maßgeblich angeregt hatte. Sein Titel: "Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49". Es ist eine wunderbare Publikation. Das Exemplar, das mir Wolfgang Gerhardt geschenkt hat, steht in meiner kleinen privaten Büchersammlung auf einem Ehrenplatz. Es ist ein Kompendium aller gewählten Mitglieder des Parlaments der Frankfurter Paulskirche in der Revolutionszeit 1848/49 – mit Bildporträts und Lebensläufen, Mitgliedschaften in Ausschüssen und Fraktionen sowie politischen Zu-

sammenfassungen und Bewertungen. Ein großartiges kleines Meisterwerk.

Wolfgang Gerhardt weiß eben, wo seine politische Heimat liegt: in der stolzen Tradition des bürgerlichen Liberalismus, die ihren ersten Höhepunkt vor genau 175 Jahren in der Frankfurter Paulskirche erlebte. Aus diesem Anlass der Erinnerung hat er jüngst als Ehrenvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit im Mai des Jubiläumsjahres 2023 ein Treffen im Weingut Hallgarten im Rheingau initiiert, das in der Zeit des Vormärz Johann Adam von Itzstein gehörte, einem der großen frühliberalen Wegbereiter der Paulskirche und schließlich deren gewähltes Mitglied.

Es war ein bewegendes Erlebnis, in der grandiosen Weinlandschaft des Rheingaus der großen Persönlichkeiten des deutschen Liberalismus zu gedenken, die sich als "Hallgartner Kreis" regelmäßig trafen und den liberalen Wandel in der ganzen Breite ihrer neuen Ideen vorbereiteten, von Heinrich von Gagern bis Friedrich Hecker.

Bürgerlicher Liberalismus und liberale Bürgerlichkeit – das sind in der Tat die Schlüsselbegriffe, wenn es darum geht, den Politiker Wolfgang Gerhardt richtig zu verstehen und einzuordnen. Seine Reden atmen die gelassene Entschlossenheit eines Mannes, der tief in den freiheitlichen Linien der Tradition Deutschlands verwurzelt ist. Alle Reden, die in diesem Band abgedruckt sind, zeugen davon. Sie belegen auch die hohe Sprachkultur des gebildeten Bürgers, die er über Jahrzehnte im parlamentarischen Leben und als Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit gepflegt hat. Selbst in der trockenen schriftlichen Form strahlen diese Reden ein hohes Maß an zivilisierter Kraft

aus. Ihre Rhetorik ist von literarischer Qualität. Wer das Glück hatte, sie mündlich zu hören, spürte zudem die Leidenschaft und den Nachdruck des Vortrags, vor allem in der politisierten Atmosphäre großer, vollbesetzter Räume, Säle und Hallen. Besonders beeindruckend waren natürlich seine Reden als FDP-Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag sowie als FDP-Vorsitzender bei Parteitag. Es gelang ihm immer wieder, das Publikum in seinen Bann zu ziehen und, wenn nötig, behutsam zusammenzuführen. Die liberalen Freunde folgten ihm aus Überzeugung, die politischen Gegner zollten ihm großen Respekt.

Genau so muss die Debattenkultur in der Demokratie aussehen. Es geht um den zivilisierten Vortrag und Austausch von Argumenten – und nicht, wie leider allzu häufig in der modernen Medienwelt, um den billigen Effekt. Wolfgang Gerhardt, der bürgerliche Liberale und liberale Bürger, ist und bleibt darin ein großes Vorbild. Zu seinem 80. Geburtstag gratulieren wir herzlich.

Alles Gute, ad multos annos!

„Bürger zu sein bedeutet mehr,
als über eine reine Erwerbsbiographie
mit Staatsangehörigkeit zu verfügen.
Bürger zu sein, das ist Ausdruck eines
Selbstbewusstseins zu eigener
Verantwortung und eines unbändigen
Willens zur Unabhängigkeit.“

Dr. Wolfgang Gerhardt, 2008

Abschnitt

1

**POLITISCHE
ANFÄNGE
(1967-1982)**

1978 bis 1982

Thomas Volkmann

1965 trat der damals 21-jährige Wolfgang Gerhardt der FDP bei. Da befand er sich noch mitten im Studium, hatte die Promotion noch vor sich und auch die Entscheidung, welchen Berufsweg er einschlagen wollte. Sein Engagement galt zunächst einmal der Hochschul- und Jugendpolitik, wo er unter anderem 1967/68 Landesvorsitzender des Liberalen Studentenbundes Deutschlands und stellvertretender Landesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten in Hessen war. Verschriftlichte Redebeiträge, die sicherlich sehr interessant wären, sind aus dieser Zeit leider nicht archiviert. Lediglich die mündliche Aussage von Zeitzeugen, Wolfgang Gerhardt sei damals „eher ein Linksliberaler“ gewesen, ist überliefert.

Ab 1969 arbeitete er bei der Friedrich-Naumann-Stiftung, zunächst als Leiter des Regionalbüros in Hannover, dann als Referent in der Inlandsabteilung. 1971 wechselte er als persönlicher

Referent des Ministers Hanns-Heinz Bielefeld ins Hessische Ministerium des Innern, wo er unter Bielefelds Amtsnachfolger Ekkehard Gries das Ministerbüro leitete.

Ab dem Jahr 1978, als er in den Hessischen Landtag einzog, nahm Gerhardts politische Karriere deutlich Fahrt auf. Schnell erwarb er sich einen guten Ruf als Debattenredner und als Fachpolitiker, auf dem er später weiterhin aufbauen konnte. Die FDP-Fraktion im hessischen Landtag bestand zu dieser Zeit aus sieben Personen – über einen Mangel an Arbeit konnte sich der frischgebackene Landtagsabgeordnete Gerhardt sicherlich nicht beklagen.

Nach der Landtagswahl 1978, in der die CDU knapp stärkste Partei wurde, konnte die sozialliberale Koalition in Hessen fortgesetzt werden. Dementsprechend konnte der neue Abgeordnete Wolfgang Gerhardt aus seinen Erfahrungen im

hessischen Ministerium des Innern einiges in die parlamentarische Arbeit übertragen. Im damaligen Dreiparteienparlament, in dem SPD und FDP auf der einen Seite, und die CDU unter ihrem Landesvorsitzenden Alfred Dregger auf der anderen Seite standen, waren lebhaftere Diskussionen und Debatten vorprogrammiert.

Die in diesem Band abgedruckten ausgewählten Reden aus dieser Wahlperiode spiegeln das wider. So musste sich Wolfgang Gerhardt schon in seiner ersten Parlamentsrede überhaupt mit dem Thema „Straßenterror in Frankfurt/Main am 25.11.1978“ auseinandersetzen. Hintergrund war, dass an diesem Tag bei einer Demonstration gegen den Schah

von Persien, Mohammad Reza Pahlavi, und die Militärregierung im Iran in Frankfurt am Main über 300 Menschen verletzt worden waren, darunter allein 70 Polizeibeamte – eine nicht so einfache Aufgabe, war Gerhardt doch auch zuvor Mitarbeiter des Innenministers gewesen.

Die übrigen, hier abgedruckten Reden beschäftigen sich mit der Hochschulpolitik, die schon damals in Hessen sehr bedeutsam war, und der Ausländer- und Asylpolitik, wo insbesondere die CDU drängte, und bieten eine gute erste Übersicht über das weite Feld, das Wolfgang Gerhardt in seiner ersten Wahlperiode zu bearbeiten hatte.

Thomas Volkmann, stv. Leiter
des Liberalen Instituts

REDE

Straßenterror in Frankfurt am Main am 25.11.1978

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Landtagsfraktion der F.D.P. begrüßt ausdrücklich den Antrag der Opposition. Er ist eine geeignete Grundlage, um hier die Frankfurter Ereignisse vom 25. November in aller Ruhe und Sachlichkeit zu diskutieren.

Gegen eines verwahre ich mich allerdings; gegen einen Teil der mündlichen Begründung, der ausschließlich darauf ausgegangen ist, der Landesregierung, dem Innenminister und den Koalitionsfraktionen Vorhaltungen hinsichtlich ihrer sicherheitspolitischen Zuverlässigkeit zu machen. In diesem Hause hat die Opposition nicht das Monopol, zu Themen der inneren Sicherheit die Wahrheit und das Zutreffende zu sagen.

Beifall bei der F.D.P.
und der SPD

Wir sollten in diesem Hause unsere Zeit auch nicht damit vertun, dass wir uns gegenseitig verdächtigen. Gewaltanwendung und Gewaltandrohung als Mittel politischer Auseinandersetzung werden von uns allen gleichermaßen abgelehnt und bekämpft.

Meine Fraktion verurteilt ganz entschieden – das muss ich, vorab sagen, bevor ich zu einzelnen Antragspunkten komme –

das gewaltsame Vorgehen der Demonstranten in Frankfurt, seien es Ausländer oder deutsche Staatsbürger gewesen, und den damit verbundenen **Missbrauch des Versammlungsrechts**. Wer Gewalt anwendet, hat jede Legitimation verloren, als politisch Denker, politisch Tätiger und um bessere gesellschaftliche Zustände Ringender angesehen zu werden.

Die Demonstranten, die sich in Frankfurt nach dem Bericht, den der Innenminister gegeben hat, auf angeblich spontane, aber offensichtlich gut vorbereitete Befehlsgebung über die Polizeibeamten im wahrsten Sinne des Wortes hergemacht haben, haben die Öffentlichkeit gewiss nicht über „Terrormaßnahmen des Schah-Regimes“ und über den „gerechten Kampf der iranischen Völker“ informieren wollen; das war nicht ihr Ziel.

Sie haben sich vielmehr als das andere Extrem jener persischen Schlägertrupps entlarvt, die anlässlich der Demonstration, die auch Ihnen sicherlich noch in Erinnerung ist, Ende der sechziger Jahre für den Schah auf Demonstranten in Berlin geprügelt haben. Das kann nicht der gerechte Kampf des iranischen Volkes sein, und wenn er so verstanden wird, kann er in unserem Lande nicht stattfinden.

Jeder muss wissen, dass wir eine lange Geschichte der Gewaltanwendung hinter uns haben, von Gewalt gegen Sachen bis zur Gewalt gegen Menschen. Meine Fraktion weiß aus der Geschichte der liberalen Bewegung, dass sie **Gegner jeder Gewalttätigkeit** ist. Ich verbitte es mir, dass hier durch den Oppositionsredner unterstellt wird, dass wir durch Beschlussfassung angeblich Versäumnisse in der rechtzeitigen Bekämpfung der Kriminalität begehen.

Zuruf Koch (CDU)

Was in Frankfurt am 25. November geschehen ist und was durch die Landesregierung, den zuständigen Innenminister und die zuständigen Führungskräfte in der Polizei veranlasst ist, habe ich nicht zu kritisieren, um nach Fehlern von politisch Verantwortlichen zu suchen, die hier breit ausgewalzt diskutiert werden könnten. Im Nachhinein sind wir alle klüger. Das, was der Polizeiführung und anderen Verantwortlichen an Erkenntnissen vorlag,

ist nach meinem Informationsstand und dem Bericht des Innenministers auch bewältigt worden.

Gestatten Sie mir ein Wort zu Frankfurt. Wir haben gemeinsam mit den Sozialdemokraten seit 1970 alles Erdenkliche im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten getan,

Zuruf von der CDU:
Eben nicht!

um hinsichtlich Ausrüstung, Ausstattung, baulicher Maßnahmen und personeller Entwicklung, wie es der Innenminister eben in Prozentzahlen ausgedrückt hat, für die Polizei zu arbeiten. Wir haben speziell für Frankfurt Sonderprogramme gemacht, nicht zuletzt nach Demonstrationen 1974. Niemand aus meiner Fraktion hat damals, meine Damen und Herren von der Opposition, bei der Beschlussfassung über Sonderprogramme von 5,8 Millionen DM speziell für die Frankfurter Polizei gefragt, ob denn nicht auch die CDU Mitverantwortung für die Frankfurter Polizei gehabt habe, als sie noch in der kommunalen Zuständigkeit war, und ob damals die Ausstattung der Frankfurter Polizei sicherheitsbedenklich gewesen sei.

Ich unterstelle Ihnen das nicht. Sie haben für die innere Sicherheit – das spreche ich Ihnen zu – gleiches Bewusstsein, gleiches Verantwortungsgefühl wie wir. Wir unterscheiden uns in einigen politischen Maßnahmen, die wir für besser oder schlechter halten. Aber wir sollten uns nicht verdächtigen.

Sicher ist noch vieles in der **polizeilichen Ausstattung zu verbessern**, und ich habe mich gewundert, dass Herr Nassauer das nicht weiter ausgebreitet hat. Wir wissen alle, dass die bessere Ausstattung mit Wasserwerfern, die Frage, ob wir bei der Bereitschaftspolizei eine leistungsfähige Einsatzreserve mit ausgebildeten Beamten bilden, die Frage der Stationierung einer Einheit der Bereitschaftspolizei in Frankfurt und vieles andere zu überlegen ist.

Demke (CDU):
Darauf läuft das
Problem hinaus!

Nur, noch ist es nicht so, dass der Wissensstand der Techniker hinsichtlich leistungsfähiger Wasserwerfer sich ausgerechnet so vollzieht, dass er dem Stand der Haushaltsberatungen des Hessischen Landtags entspricht. Die leistungsfähigeren Wasserwerfer können wir eben erst jetzt haben, wir konnten sie nicht im vergangenen Jahr haben. Es wird bei den Haushaltsberatungen – der Innenminister hat die Kosten angedeutet – die Frage sein, wie weit wir bereit sind, uns im finanziellen Bereich zu engagieren.

Ich will nur eines sagen: Die polizeiliche Arbeit vollzieht sich nicht nur in Frankfurt. Die Bildung einer Einsatzreserve bei der hessischen Bereitschaftspolizei kann nur Zug um Zug vor sich gehen. Auch für meine Fraktion gilt, dass die polizeiliche Arbeit in den Polizeikommissariaten, -stationen und Kriminalkommissariaten absolute Priorität hat. Das heißt, die weitere personelle Verbesserung dort hat Priorität, und dann erst sollte eine solche Reserve Zug um Zug aufgebaut werden. Keine dieser Aufgaben darf zu Lasten anderer gehen.

Ich behaupte auch, dass Maßnahmen – das haben Sie von der Opposition in den letzten Tagen in der Presse gefordert – mit dem Ziel einer erhöhten Einsatzbereitschaft am Wochenende nicht nötig sind. Die Zahl der eingesetzten Polizeibeamten bei dieser Demonstration in Frankfurt, die der Innenminister mit nahezu 1000 beziffert hat, hat meines Erachtens ausgereicht, um dieser Situation Herr zu werden. Die einzige Kritik, die ich anbringen würde in diesem Zusammenhang, ist die meines Erachtens nicht schnell genug erfolgte Heranführung von Ersatzkräften zum amerikanischen Generalkonsulat, zu der Stelle, wo – aber auch nicht vorhersehbar – offene Gewalttätigkeit spontan von Hunderten von Demonstranten angewandt worden ist.

Insgesamt – ich habe die Äußerungen vorhin mit Verwunderung zur Kenntnis genommen – sind wir **den Polizeibeamten Dank schuldig**. Ich meine, keine Fraktion, auch nicht die Opposition, kann dann buhen und zischen, wenn dies der Innenminister aus-

Beifall bei der F.D.P.
und der SPD –
Kanter (CDU):
Alles Sprechblasen!

spricht, wenn sie das Recht in Anspruch nehmen will, dass wir auch für sie Verständnis haben sollen, wenn sie den Polizeibeamten ihren Dank zum Ausdruck bringen will.

Ich will das ausdrücklich etwas differenzieren, In Frankfurt haben junge Beamte der Bereitschaftspolizei, die noch nicht die volle Ausbildung hinter sich haben, zusammen mit älteren Kollegen – für mich weithin sichtbar – niemanden von den Demonstranten provoziert. Sie haben sich in einem nichtvorhersehbaren Maß so verhalten, dass alle Schuld, Gewalttätigkeit hier angewandt zu haben, voll auf die Teilnehmer an dieser Demonstration zurückgeht. Einzelne Beamte, wie der Leiter der Kripo, sind meines Erachtens in lebensgefährliche Situationen gekommen. Ausländer, die sich so verhalten – und sollten dort Ausländer in dieser Weise beteiligt gewesen sein –, will ich in unserem Lande nicht mehr sehen. Das heißt aber, dass wir in keine Pogromstimmung gegen Ausländer hier ausbrechen sollten. Meine Fraktion – das zeigt sich auch an den Hochschulen – geht davon aus, dass die Zahl der ausländischen Studierenden – die übergroße Zahl – sich nach unseren Rechten und Gesetzen verhält.

Ein Punkt muss hier – und da bin ich konform mit meinem Vordredner, Herrn Winterstein – in aller Klarheit dargelegt werden: Wir sind nicht der Auffassung, dass eine **Verschärfung des Rechts** – Versammlungsrecht, Demonstrationsstrafrecht, oder Überprüfung des Ausländerrechts – uns in diesem Bereich weiterbringt,

Bohl (CDU):
Was denn?

Gegen die bei der Demonstration festgestellten Ausländer – ich sage es gleich, Herr Kollege Bohl – haben die zuständigen Städte das Notwendige ausländerrechtlich zu veranlassen.

Ihnen allen von der Opposition ist das Instrumentarium des Ausländerrechts genauso bekannt wie jedem anderen. Ich vertraue darauf, dass sowohl der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt als auch der Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt und die Oberbürgermeister anderer Städte, aus denen Demonstranten gekommen sind, das Notwendige veranlassen werden.

Das Kabinett hat beschlossen, beim Bundesminister des Innern einen **Verbotsantrag** zu stellen im Hinblick auf die CISNU. Der Innenminister hat berichtet, dass der entsprechende Brief herausgegangen ist. Sie haben in Ihrem Berichtsantrag kritisch angemerkt – zumindest als Prüfungsauftrag –, ob wir denn im Bereich der Überwachung ausländischer Organisationen das Nötige getan hätten. Ich kann dazu nur sagen, erst diese Koalition hat ja auf Bundesebene die notwendigen gesetzlichen Grundlagen für eine Überwachung von Ausländerorganisationen geschaffen durch das Verfassungsschutzänderungsgesetz von 1972. Gerade an diesem Beispiel – dieses Gesetz gibt ja jetzt die Möglichkeit, Auskünfte, Nachrichten und sonstige Unterlagen zu beschaffen – wird deutlich, dass Gefahren für die innere Sicherheit nicht dadurch wirkungsvoll beseitigt werden, dass wir in schöner Regelmäßigkeit bei allen geeignet erscheinenden Anlässen über gesetzliche Änderungen diskutieren.

Meine Damen und Herren,

was sich in jüngster Zeit in der Debatte besonders auf Bundesebene und im Deutschen Bundestag im Rahmen des **sogenannten Antiterrorgesetzes** an Diskussionen ergeben hat, die manchmal kein Jurist mehr versteht – über Tatbestände und Verschärfung der Strafandrohung –, ist nicht geeignet zur Bekämpfung dieser Gewalttaten. Wir von der F.D.P. gehen davon aus, dass das bestehende Recht voll ausreicht. Ich sage eines noch dazu: Wenn wir über Verschärfung strafrechtlicher, strafverfahrensrechtlicher und polizeirechtlicher Bestimmungen dieser Phänomene Herr werden wollen, die wir auf unseren Straßen haben, dann liefern wir meines Erachtens eher den Gegnern unserer Demokratie noch ideelle Rechtfertigung für Gewaltanwendung, als dass es wirkungsvoll in der Bekämpfung wäre.

Beifall bei der F.D.P.
und der SPD

Das Thema Gewaltanwendung werden wir nicht wegbekommen mit der großen Drohgebärde des Staates, sondern nur mit der sachlichen Ausstattung und der bestmöglichen Ausrüstung der Polizei. Die Zahlen des Landeshaushaltes beweisen jedem, der

nicht mit Verdächtigungen arbeitet, dass die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen dieses in der Vergangenheit getan haben und auch in der Zukunft tun werden. Wir wollen keine Gesetzesmaschineriediskussion, sondern die effektive Ausstattung der Polizei und die Ausschöpfung geltenden Rechts.

Ich unterstellte der Opposition, dass sie guten Glaubens ist hinsichtlich von ihr für notwendig gehaltener gesetzlicher Änderungen, im Antrag etwa im Bereich des Demonstrationsstrafrechts,

Bohl (CDU): Jawohl!

Ich sage aber dazu, ich teile diesen Glauben nicht, und ich bitte Sie alle, uns nicht dann zu verdächtigen, wenn wir eine andere Auffassung von Gesetzes- und Rechtsänderung bei der Bekämpfung politischer Gewaltkriminalität haben. Wir meinen es genauso ernst, wir unterscheiden uns im Weg. Wir werden auch angesichts der Frankfurter Ereignisse das **Demonstrationsstrafrecht nicht zu ändern brauchen**. Wir werden trotzdem in der Lage sein, dieser Gewalttätigkeit Herr zu werden. Die Polizei werden wir gemeinsam bei der nächsten Haushaltsberatung dazu in die Lage zu versetzen wissen.

Beifall bei der F.D.P.
und der SPD

Vizepräsident Stöckl: Meine Damen und Herren, das war die erste Rede des Abs. Dr. Gerhardt in diesem Hause

Allgemeiner Beifall

REDE

Haushaltsgesetz 1979 / Hochschulpolitik

Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, dass ich noch einmal auf einige Ausführungen, die der Kollege Throll zu Beginn gemacht hat und die den Hochschulbereich betreffen, zurückkomme.

Es ist ja so, dass in der bildungspolitischen Debatte des Hessischen Landtags, soweit sie Haushaltsfragen betrifft – das ist durch alle Legislaturperioden hinweg festzustellen –, der Schwerpunkt der bildungspolitischen Auseinandersetzung auf dem Schulbereich liegt, zumindest was den Zeitraum betrifft, den dieser Teil der Diskussion in Anspruch nimmt.

Ich halte es für notwendig, dass zur gleichen Zeit mit wenigstens einigen grundsätzlichen Bemerkungen die hochschulpolitische Seite angesprochen wird.

Ich tue das deshalb, weil wir bei diesen Haushaltsberatungen – soweit das Baumaßnahmen im Hochschulbereich betrifft, soweit es aber auch das betrifft, was die Koalitionsfraktionen beantragt haben – über ein Stück Hochschulpolitik der nächsten Jahre in

Hessen entscheiden. Es sollte uns hier allen klar sein, dass die Entscheidung über den Haushalt 1979, der ja allein Baumaßnahmen in Höhe von 125 Millionen DM an den Hochschulen enthält, zum Anlass genommen werden muss, uns über **die hessische Hochschullandschaft** zu unterhalten.

Vielleicht nimmt Herr Kollege Borsche noch die Gelegenheit wahr, die Meinung der CDU zu vertreten, nachdem dieses Thema bisher nur sehr kurz und polemisch in den Beiträgen der CDU angeklungen ist. Denn mit der Haushaltsentscheidung 1979 müssen Sie von der Opposition schon Farbe bekennen, was Sie an den Standorten hessischer Hochschulen tun oder in Zukunft unterlassen wollen. Ich will das an wenigen Beispielen deutlich machen. Für uns alle ist es ein großes Problem, die Baumaßnahmen, die im Bereich der Klinika anstehen, parlamentarisch zu kontrollieren.

Lauterbach (CDU):
Selbst daran schuld!

Nicht zuletzt die negativen Erfahrungen mit dem Klinikum in Aachen müssen uns dazu veranlassen, zu den **Klinika-Baumaßnahmen in Marburg und Gießen** sehr gründlich Stellung zu nehmen und den Baufortschritt dort eingehend zu beobachten, weil wir dort ähnliche Entwicklungen nicht haben wollen.

Bohl (CDU): Machen
wir doch schon!

Nur, Herr Kollege Bohl, man muss auch bei diesem Haushalt sagen, ob man Baumaßnahmen will oder nicht. Wir vertreten die Baumaßnahmen, die im Klinika-Bereich in Gießen überfällig sind. Wir vertreten die Baumaßnahmen in Marburg, weil die Hochschule jetzt — das ist auch das Problem gewesen, das Sie kritisch gesehen haben — ein Konzept zur Nutzung der in der Innenstadt freiwerdenden Gebäude hat, das sinnvoll erscheint.

Sie müssen sich auch zu den Baumaßnahmen äußern, die in Kassel laufen. Sie können über die Gesamthochschule Kassel Ihre politische Meinung haben oder auch nicht haben. Aber Sie müssen bei diesem Haushalt Farbe bekennen, ob Sie — nachdem in Kassel die Standortentscheidung getroffen worden ist — in den nächsten Jahren die Gesamthochschule Kassel in baulicher Hinsicht ausbauen wollen oder nicht.

Wir sagen dazu ja. Wir sagen auch ja zu einem zügigen Baufortgang in Kassel, weil wir wissen, dass Kassel – das ja nun realistischerweise seine Studentenzahlen auf etwa 9.000 prognostiziert hat in der Hoffnung, dass die dann auch kommen – nicht erst mit Baumaßnahmen beginnen muss, wenn der von vielen erwartete Studentenberg Mitte der achtziger Jahre vorbei ist.

Ein dritter Punkt. Was uns im Hochschulbereich seit Jahren bewegt hat, ist die Frage des **Baubeginns** der Hals-, Nasen- und Ohrenklinik in Frankfurt, Psychiatrie Frankfurt, Kinderheilkunde Frankfurt. Wir sind froh, dass dieses im Rahmenplan kommt. Wir haben durch Anträge der Koalitionsfraktionen gerade in diesen Bereichen noch Leertitel angebracht, die sicherstellen sollen, dass mit der Verbesserung der Krankenversorgung dort begonnen wird.

Beifall bei der F.D.P.

Wir müssen noch einen Punkt ansprechen, der bei diesen Haushaltsberatungen für meine Fraktion und auch für mich persönlich von besonderer Wichtigkeit ist. Ich habe nie die Konzeption einer zweiten Universität Frankfurt auf dem Niederurseler Hang für hochschulpolitisch richtig gehalten.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abgeordneten der CDU

Ich sehe auch, dass die Befürworter, die das Mitte der siebziger Jahre vertreten haben – und die sind nicht so eindeutig in dem Sinne zu bestimmen, dass es etwa der Kultusminister und seine Beamten gewesen wären und andere gar nicht, sondern das geht quer durch alle Reihen – inzwischen zu einer kritischen Beurteilung gekommen sind.

Nichtsdestoweniger bleibt jedoch festzustellen, dass die Baumaßnahmen, die jetzt nach dem Rahmenplan auf dem Niederurseler Hang – Abrundung Chemie – laufen, notwendige Ergänzungsmaßnahmen sind.

Wir sollten allerdings – auch im Haushalt 1980 und im Haushalt 1981 – kritisch bilanzieren, was am Niederurseler Hang vor sich geht, weil wir nicht wollen, dass durch die Bautätigkeit dort, die dann von der hochschulpolitischen Zielsetzung her hier nicht diskutiert wird,

entweder von Gegnern der zweiten Universität etwas verhindert wird oder von Befürwortern auf schleichendem Wege eine solche Universität dort installiert wird.

Beifall Kanther CDU

Ich glaube, das ist ein Ziel der Haushaltskontrolle, das wir in den nächsten Jahren ausüben müssen.

In diesem Haushalt 1979 müssen wir von der F.D.P. — das tue ich, ohne irgendjemanden in den Reihen unseres Partners zu schädigen — für uns in Anspruch nehmen, dass wir, die F.D.P., Versprechen zur Titelgruppe 71, die ich im Wahlkampf und bei einer Diskussion mit dem Kollegen Borsche im Hessischen Rundfunk gegeben habe, einhalten.

Wir sind zusammen mit unserem Koalitionspartner diejenigen gewesen, die einen Verstärkungsantrag dieser Titelgruppe hier vorliegen haben. Ich gehe davon aus, dass die CDU dem zustimmt.

Wir haben die Titelgruppe 71 um 2 Millionen DM erhöht. Wir haben gesagt: Von diesen 2 Millionen DM geht der größere Anteil an die Universitäten Marburg, Gießen, Frankfurt und Darmstadt. Nicht an die Gesamthochschule Kassel, denn die Gesamthochschule Kassel ist für uns in diesem Bereich ausreichend mit etwa 9 Millionen DM ausgestattet. 500.000 DM davon möchten wir in den Fachhochschulbereich geben.

Wir sehen damit einen ersten Schritt — zumindest kann ich das für meine Fraktion sagen — eines hochschulpolitischen Wollens, das in dieser Legislaturperiode sicherstellen soll, dass wir mit der Titelgruppe 71 nicht nur Kostensteigerungen abfangen. Für mich wird es wichtig sein, durchgängig in dieser Legislaturperiode bei jeder Haushaltsberatung dafür zu sorgen, dass wir in der Titelgruppe 71 einen kleineren Schritt über Kostensteigerungen hinaus tun, weil die Hochschulen in diesem Bereich sicher einen Nachholbedarf geltend machen können.

Borsche (CDU):
Wir hoffen nur,
dass Sie mit diesem
Antrag Ihr Gewissen
nicht beruhigen!

Herr Kollege Borsche, Sie hätten einen größeren Antrag stellen können; es liegt keiner vor. Wir haben einen kleineren Antrag mit einem vernünftigen Deckungsvorschlag gemacht.

Ich glaube, kleine Schritte sind auch etwas, wenn man sie kontinuierlich durch eine Legislaturperiode zieht. Ich will mit Ihnen dann gerne am Ende der Legislaturperiode hochschulpolitisch diskutieren.

Ich spreche deshalb noch ein paar weitere Punkte an. Die Frage der **Studienberatung** ist für uns eminent wichtig. Wir haben sie gemeinsam mit der Koalitionsfraktion der SPD bei diesem Haushalt erörtert. Wir gehen davon aus – auch angesichts hoher Studentenzahlen, die für Mitte der achtziger Jahre erwartet werden –, dass wir vorher ein sinnvolles und mit den Hochschulen abgestimmtes System der Studienberatung in Hessen haben werden.

Der **Modellversuch zwischen Bund und Land** ist abgelaufen. Wir meinen, dass die Landesregierung die Erfahrungen bilanzieren sollte, dass wir beim Haushalt 1980, der sich unmittelbar hieran anschließt, über ein System der Studienberatung diskutieren sollten.

Ich sage das deshalb, weil für den Haushalt 1980 auch für meine Fraktion wichtig ist, dass wir die gesetzlichen Aufträge, die das Hochschulgesetz gibt und die für die Landesregierung einen starken Anteil an Arbeit bedeuten, nämlich die **Erstellung eines Hochschulentwicklungsplans**, baldmöglichst erfüllen möchten.

Ich weiß, dass es an den Hochschulen selbst Bedenken gibt in der Richtung, ob denn ein solcher Hochschulentwicklungsplan nicht mit einer Überbürokratisierung, mit sehr vielen Reibungsverlusten zwischen Kultusverwaltung und Hochschulen und am Ende mit einer Gängelung der Hochschulen verbunden sein könnte. Ich teile diese Ansicht nicht.

Ich habe in Gesprächen mit Hochschulpräsidenten immer deutlich gemacht, dass es ein Recht und auch einen Anspruch dieses Parlaments gibt, bei jährlichen Haushaltsberatungen, die im Hochschul-

bereich ja in Milliardenhöhe gehen, auch zu wissen, wie langfristig gemeinsam zwischen Kultusminister, Landesregierung und Hochschulen die hessische Hochschullandschaft gesehen wird. Ich bin nicht in der Lage, bei einzelnen Abschnitten jährlicher Haushaltsberatungen ad hoc zu Haushaltsthemen zu beschließen, ohne zu wissen, wie unsere hessische Hochschullandschaft auch nach 1985, auch nach 1990 aussehen soll.

Beifall bei der F.D.P.
– Bohl (CDU): Was sagen Sie denn zum Globalhaushalt?

Wir haben bei den Stellenfragen Wert darauf gelegt, dass einige Verbesserungen im Bereich C 4 erfolgen. Auch dieses bedeutet für uns eine kontinuierliche Linie, die mit diesem Haushalt verfolgt wird. Wir wollen in den nächsten Jahren einige Probleme weiter angehen; der Schwerpunkt dieser Stellen nach C 4 soll im Bereich der Medizin liegen.

Ich darf auf einen Punkt eingehen, bei dem ich mit Herrn Throll – oder wer es auch von der Opposition begründet hat – einig bin. Ich meine die Stellen für die Zahnklinik in Marburg. Dieser Antrag ist von den Koalitionsfraktionen nicht abgeschrieben worden.

Kanther (CDU):
Fotokopiert!

Ich habe dieses Thema bei meinen Hochschulbesuchen schon längst aufgenommen, auch schon längst nach Lösungen gesucht. Ich will dazu einige Feststellungen über das hinaus treffen, was bisher im Rahmen der Erörterungen ausgeführt wurde, und mich durchaus kritisch mit der entsprechenden Bitte an die Vertreter der Landesregierung wenden.

Wir stellen fest – und ich habe gar keine Scheu, dies hier auch zu sagen –, dass ein simpler Vergleich zwischen Zahnklinik Marburg und Zahnklinik Mainz ergibt, dass die Zahnklinik Mainz rund 4,9 Millionen DM und die Zahnklinik Marburg nur 2 Millionen DM Einnahmen aus ambulanter Krankenbehandlung hat.

Troeltsch (CDU):
Aber warum?

Ich nenne die Gründe; ich gebe sie zu. Ich bin kein Experte in Finanzfragen. Die Gründe liegen aber sicherlich zu einem großen Teil darin, dass in Mainz eine erheblich bessere Situation beim nichtwissenschaftlichen Personal an der Zahnklinik vorhanden ist. Wenn

diese Verbesserungen für Marburg kämen, die durchaus kostenneutral sein können, würden die Einnahmen so verbessert, dass sowohl die Situation dort als auch möglicherweise die Aufnahmekapazität vorteilhafter gestaltet würden.

Deshalb ist unser Antrag so zu sehen; ich muss das hier sagen: Ich erwarte, dass die Landesregierung schnellstens in diese Prüfung eintritt und die Ermächtigung, die ausgesprochen worden ist, dann so vollzieht, dass zumindest kontinuierlich, Zug um Zug, auf Grund der 27 Stellen, die jetzt mit Sperrvermerk versehen werden, einiges zur Verbesserung der Situation an der Zahnklinik in Marburg geschieht. Meine Fraktion wird dies im Haushaltsvollzug verfolgen. Ein letzter Punkt zum Hochschulbereich.

Vizepräsident Lengemann: Herr Kollege Dr. Gerhardt, lassen Sie vorher eine Frage des Kollegen Borsche zu?

Dr. Gerhardt
(F.D.P.): Ja!

Herr Kollege Borsche!

Borsche (CDU): Herr Kollege Dr. Gerhardt, können Sie Ihre Behauptung, Sie hätten diesen Antrag nicht von der Opposition abgeschrieben, eigentlich noch aufrechterhalten, wenn Sie zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Hessische Kultusminister, der von der Koalition getragen wird, in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage noch vor zwei Wochen erklärt hat, er könne dies sowieso nicht machen, weil nach hessischem Hochschulrecht die Zweckbindung der Stellen überhaupt nicht möglich wäre? Jetzt erst haben Sie den Antrag eingebracht, nachdem unser Antrag auf dem Tisch lag und eine Begründung für eine Ablehnung wohl kaum noch zu geben war. Können Sie danach Ihre Behauptung noch aufrechterhalten, Sie hätten nicht abgeschrieben?

Kanther (CDU):
Sagen Sie einfach
mal ja! Ist das so
schlimm?

Dr. Gerhardt (F.D.P.): Herr Kollege Borsche, ich kann Ihnen sagen, dass wir nicht abgeschrieben haben, weil für meine Fraktion die Aktivität im Bereich der Zahnklinik Marburg in der Klausurtagung in Karlshafen beschlossen worden ist, und zwar ohne jede Diskussion über die rechtliche Problematik im Hin und Her, was geht und was nicht geht.

Das ist die Beschlusslage der Fraktion gewesen. Ich bin auch der Auffassung – und da komme ich Ihnen ja eigentlich sehr entgegen, Herr Kollege Borsche, da es bei Haushaltsberatungen auch Ihnen in der Opposition vielfach hilft –, dass nicht Fraktionen im Detail politisches Wollen, das hier durch Mehrheit entschieden wird, umzusetzen haben, sondern dass dies durch die Landesregierung geschieht.

Borsche (CDU):
Herr Dr. Gerhardt,
wollen wir doch
bei der Wahrheit
bleiben! Darauf
kommt es an!

Das habe ich Ihnen eben mitgeteilt. So ist dies in meiner Fraktion. Ich bin bereit, Ihnen den Punkt aus dem Protokoll der Fraktionsitzung auszuschneiden und Ihnen zu geben, wenn es Sie interessiert. So ist es gelaufen.

Ich will abschließend noch einen Punkt bei den Hochschulen ansprechen, den wir in den nächsten Haushaltsjahren angehen müssen. Vom Kollegen Holzapfel ist das **Überlastprogramm** diskutiert worden. Ich halte es für unabdingbar, dass die von der Landesregierung eingesetzte Arbeitsgruppe baldmöglichst die Konzeption zu diesem Überlastprogramm vorlegt.

Wir haben zwar heute in der Hochschullandschaft Hessens keine generelle Überlast, aber es bestehen studiengangspezifisch belastende Situationen an manchen Hochschulen, die heute schon zu solchen Überlastprogrammen gern greifen würden.

Ich komme zu dem letzten Punkt: Für meine Fraktion ist es wichtig, endlich in dieser Legislaturperiode in einen Bereich des Haushalts hineinzugehen, der einen alten Wunsch der Hochschulen betrifft: **Ersatzbeschaffung, Reparaturkosten für Geräte**. Dies ist eine alte kritische Linie der Hochschulen,

Kanther (CDU):
Sehr gut!

die nicht damit erledigt ist, dass wir höhere Ansätze für Neuananschaffungen vorsehen. Es geht vielmehr darum – ich will das an einem Beispiel zeigen –, dass der Gerätepark der Philipps-Universität Marburg, der hier seit 1945 in der Größenordnung von nahezu 100 Millionen DM besteht, besser als bisher gewartet und repariert werden kann, wobei auch Kosteneinsparungen bei den Beschaffungen eintreten. Diese Beschaffungen laufen ja nur deshalb so schnell

und so günstig ab und stellen ein Ausweichfeld dar, weil sie durch Bund-Länder-Finanzierungen gedeckt sind.

Vizepräsident Lengemann: Herr Kollege Bohl, Sie haben das Wort zu einer Zwischenfrage!

Bohl (CDU): Herr Kollege Dr. Gerhardt, da Sie sich erfreulicherweise so ausführlich mit dem Etat der Universitäten beschäftigen, darf ich Sie fragen: Tritt die F.D.P. dafür ein, den Globalhaushalt beizubehalten, oder, darf ich Ihre Ausführungen dahingehend verstehen, dass auch hier neue Überlegungen bei Ihnen einsetzen?

Dr. Gerhardt (F.D.P.): Ich weiß nicht, Herr Kollege Bohl, warum meine Ausführungen zu einigen Punkten, die eine Kontinuität aufzeigen, wie wir hochschulpolitisch bestimmte Akzente stärken wollen, Sie zu dieser grundsätzlichen Frage führen.

Kanther (CDU):
Bei den
Forschungsmitteln!

Mit dem Haushalt der Hochschulen verbindet sich immer die Frage, wieweit wir bei einzelnen Punkten an die Grenze dessen geraten, wo Hochschulen befürchten, sie würden durch Haushaltsentscheidungen des Landesgesetzgebers in ihrer Dispositionsfreiheit unnötig eingeschränkt. Das ist der Punkt; dies möchte ich nicht bis an diese Grenze führen, weil für meine Fraktion – ich darf das sicher auch für den Partner sagen – Hochschulselbstverwaltung und Autonomie der Hochschulen nicht durch Haushaltsentscheidungen in für Hochschulen missverständlicher Weise angegangen werden sollten.

Beifall bei der F.D.P.

Dieses Thema der Hochschulpolitik wollte ich aber nicht abschließen, ohne hier einmal deutlich zu machen,

Kanther (CDU):
Eine politische
Verzichtserklärung!

dass wir bei der Finanzierung dieser Hochschulen allmählich in eine Situation kommen, wo wir uns fragen müssen, wie weit wir die Hochschulpolitik noch durch autonome Entscheidungen von Landesparlamenten bestimmen können. Das ist ein Teil einer großen Diskussion, die auch von meiner Partei geführt wird. Ich denke hier an den Bereich der **Gemeinschaftsaufgabe**, was die Bund-Länder-Hochschulbaufinanzierung angeht.

Wir bedauern, dass gerade hier wesentliche Teile, die hochschulpolitisch so wichtig wären, wie z.B. der Hochschulzugang, nicht bundesgesetzlich geregelt sind, sondern dass wir uns damit landespolitisch und über Staatsverträge auseinandersetzen müssen,

Beifall Frau Ruth
Wagner (F.D.P.)

dass aber weite Bereiche, die auch Hochschulpolitik bestimmen, was bauliche Ausstattung, Gerätebeschaffung, Forschungsförderung betrifft, zum Teil nicht genügend der souveränen Entscheidung dieses Landesparlaments unterworfen sind.

Bohl (CDU):
Das ist die
Position der CDU!

Ich will zur Landesregierung sagen: Das ist die Kritik, die meine Fraktion seit Jahren an diesen Gemeinschaftsaufgaben übt, die nicht wir, sondern die Sie in der Großen Koalition mit der SPD beschlossen haben. Wir bitten die Landesregierung, diese gemeinsamen Finanzierungen nicht als gottgewollt anzusehen und, wo immer es möglich ist, Fragen in die Souveränität dieses Parlaments zurückzuholen.

Beifall bei
der F.D.P. –
Zurufe von der CDU

REDE

Verhinderung des Missbrauchs des Asylrechts

Herr Präsident,
meine Damen und Herren!

Ich will Ihre Zeit nicht lange in Anspruch nehmen, möchte aber noch auf einige Grundsätze zurückkommen, die nach außen hin sehr wohl deutlich machen, mit welchem Zungenschlag wir diese Diskussion führen sollten.

Es ist unbestreitbar, dass wir wohl alle das **Asylrecht für eines der wichtigsten Grundrechte** halten, das menschlich notwendig ist, unserem freiheitlichen Staat entspricht und das wir insbesondere nicht kleinmütig und eng sehen sollten, weil es unsere einzige Waffe darstellt, um Bürgern aus totalitären Staaten bei uns Zuflucht zu gewähren. Es ist die einzige Möglichkeit, mit der wir in unserem staatlichen Handeln noch souverän reagieren können, während wir fast ohnmächtig zusehen müssen, wenn etwa kürzlich in Genf die Behandlung des Falles Sacharow zwischen den beiden Großmächten auf das nächste Jahr vertagt worden ist.

Ich meine, es gehört zu jedem Einstieg in die Sachdiskussion, dass man dieses Grundrecht deutlich herausstellt und dass wir alle gemeinsam dafür eintreten.

Es gehört dazu, dass wir diese Diskussion so führen müssen, dass **keine Ausländerfeindlichkeit entsteht**; der Herr Innenminister hat das klar herausgearbeitet. Wir müssen über das Asylrecht auch so diskutieren, dass es sich niemand politisch zu leicht machen kann, etwa so, dass man bereit ist, den in der Illustriertenberichterstattung als freundlich und nett dargestellten Vietnamesen das Asylrecht großzügig zu gewähren, aber bei den schwierigen Kroaten, die auch so dargestellt werden, restriktiv zu verfahren. Das Asylrecht ist zwischen Nico Hübner und Rudolf Bahro nicht teilbar, egal, was jemand politisch davon hält.

Beifall bei der F.D.P.
und der SPD

Wie Herr Kollege Nassauer es zu Recht begründet hat, liegt dem Antrag die Frage zugrunde, welchen Preis wir für dieses Recht bezahlen. Durchgängige Positionsbestimmung für mich als Vertreter der liberalen Partei ist, dass ich bereit bin, für den Genuss der Rechte, die für mich 90 % der Antragsteller auch zu Recht in Anspruch nehmen, einen hohen Preis auch im Hinblick auf den restlichen Prozentsatz zu zahlen, der sie missbraucht. Es hat keinen Sinn, bei Rechten immer nur über Missbrauchsmöglichkeiten zu diskutieren, aber in der politischen Diskussion nie deutlich herauszustellen, dass wir solche Rechte bitter nötig haben und bereit sind, dafür einen Preis zu bezahlen.

Beifall bei der F.D.P.

Es gibt in der Öffentlichkeit große Diskussionen, und die will ich auch im Zusammenhang mit anderen Grundrechten einmal aufgreifen. Wie sähe unser Grundgesetz denn heute aus, wenn die Freiheitsrechte nicht in unmittelbarem Anschluss an die Niederlage von 1945 formuliert worden wären? Es war eine **unmittelbare Erfahrung des totalitären Staates**, wo niemand sofort an den Missbrauch von Rechten gedacht hat, sondern daran, sie überhaupt erst einmal zu ermöglichen. Ich meine, an diesem Ausgangspunkt unserer Freiheitsrechte sollte man auch in dieser politischen Diskussion anknüpfen. Diese unmittelbare Erfahrung einer totalitären Diktatur bis 1945 hat den Parlamentarischen Rat nicht nur über den Missbrauch von Rechten diskutieren lassen, sondern er hat zunächst einmal die Fragestellung aufgeworfen, wie wir unsere Rechte sichern, auch wenn sie einen hohen Preis erfordern. Demokratie ist ja nicht eine schöne Geschichte, die immer nur im Sonnenschein verläuft, sondern eine

Angelegenheit, bei der wir, weil wir große Freiheiten gewähren, auch schwierige Entwicklungen in Kauf nehmen müssen.

Ich bin bereit, in den Ausschussberatungen die einzelnen Anregungen der Kollegen aus der Opposition sehr sachlich zu diskutieren, möchte aber zwei Vorbemerkungen machen.

Der Innenminister hat darauf hingewiesen, dass durch das Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens einiges an Erleichterungen gekommen ist. Wir sollten das nicht vergessen, und ich halte das auch für wichtig. Dieses Gesetz bewegt sich in einem Rahmen, der auch politisch verantwortbar zulässt, dass nicht unnötige Einschränkungen erfolgen.

Wenn ich aber die Gesamtzahl der Anregungen des CDU-Antrages durchgehe, weiß ich nicht, ob nach einer sachgerechten Ausschussdiskussion alle diese Punkte so mechanisch ineinandergreifen und wirklich etwas bewirken. Ein Beispiel: Wenn vorhin Herr Kollege Nitzling auf das Problem der Wirtschaftsflüchtlinge hingewiesen hat – um es einmal so zu nennen –, dann wird der Mechanismus hier zum Beispiel überhaupt nicht greifen, etwa für die Dauer des Asylverfahrens eine Ausbildungsmöglichkeit zu bieten. Wir haben es bei denen, die in unser Land kommen, nicht mit Leuten zu tun, denen wir eine Ausbildung vermitteln müssten. Es kommen zu uns auch hochqualifizierte, hochausgebildete Ausländer,

Jagoda (CDU):
Auch!

wo dieser Mechanismus nicht greift.

Die zweite Frage ist die: Es steht doch immer dahinter, dass sie in ihr jeweiliges Land zurück müssten, um dort von ihrer etwaigen Ausbildung profitieren zu können. Diese Auffassung trage ich nicht; das wird sich in den Ausschussberatungen schnell feststellen lassen. Der nächste Punkt: Es ist richtig, dass die Kollegen von der Opposition nicht den Begriff des zentralen Lagers gebraucht haben. Aber unabhängig davon, ob sich Zustände wiederholen sollten, die wir überhaupt nicht wollen und wie sie in Zirndorf gang und gäbe waren, werden Mindestgrößenordnungen auch für ein zentrales Wohnheim bei der Stadt Frankfurt kommen, die der Kollege Nitzling genannt

hat. Da geht es mir nicht einmal darum, zu sagen, ob hier Schwierigkeiten mit den Bürgern dieser Stadt entstehen; die werden ganz sicher entstehen, sobald man zentralisiert.

Es geht vielmehr auch darum: Wer in unser Land kommt, der muss vom ersten Tage seines Aufenthaltes hier auch nicht psychologisch dem Eindruck einer zentralen Sammlung, zentralen Überwachung und immenser Betreuung ausgesetzt sein, also Mechanismen, denen er doch eigentlich ausgewichen ist, indem er hier Asyl beantragte. Ich halte diese Konzentration auch psychologisch für falsch.

Die Landesregierung beziehungsweise der Innenminister wird ja nun einen Gesetzentwurf vorlegen, der die **Verteilung der Asylbewerber** regelt. Wir kommen damit sicher in den parlamentarischen Beratungen einem langgehegten Wunsch der Kommunalen Spitzenverbände, insbesondere der Städte des Ballungsgebietes, entgegen. Ich glaube, das könnte der richtige Weg sein, die Fragen zu lösen.

Wir sollten aber nur sehr vorsichtig und zurückhaltend weitere Maßnahmen beschließen und in die Wege leiten, die über die vom Bundestag beschlossenen Maßnahmen hinausgehen. Wir werden im Übrigen auch mit reinen Landesmaßnahmen, die etwa in der Bekämpfung von Schlepperorganisationen enden würden, keinen Erfolg haben, wenn sie nicht mit den anderen Bundesländern abgestimmt werden.

Die Zusage an die Opposition: Wir werden das im Ausschuss sachlich diskutieren. Festzustellen ist aber, dass wir **keinen Mechanismen zustimmen können, die zur Abwehr von Missbräuchen zu einer Zurückschraubung der Gewährung von Rechten führen**. Deshalb dürfen wir beim Asylrecht nur sehr vorsichtig über entsprechende Maßnahmen diskutieren. Ob alle die, die mit dem Oppositionsantrag angeregt werden, diese Möglichkeit ausschließen, glaube ich nicht. Über das Asylrecht müssen wir mit hoher politischer Verantwortung diskutieren. In dem Bestreben, die Missbrauchsmöglichkeiten auszuschalten, dürfen wir **an diesem Freiheitsrecht auf keinen Fall rütteln lassen**.

REDE

Dilettantische Behandlung des Asylanten-Problems durch die Hessische Landesregierung

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich war einige Tage erkrankt und hatte Gelegenheit – wie manche Kollegen vielleicht nicht –, mir nach der Tagesschau und nach den „heute“-Nachrichten einmal die Fernsehspots der Parteien zur Bundestagswahl anzusehen. Vor wenigen Tagen war ich sehr erschüttert über einen Fernsehspot, den die NPD zum Thema Ausländerpolitik senden ließ.

Wir alle, die wir als demokratische Parteien in diesem Hause vertreten sind, können bei einer solchen Debatte nicht darauf verzichten, den hohen moralischen Wert des Asylrechts gleichermaßen zu betonen. Ich hätte mir gewünscht, dass der Oppositionsführer dies schon einmal im Sommer getan hätte, als die Landesregierung bemüht war, von Ort zu Ort Plätze für Asylbewerber zu finden, während sich die Opposition in großer Zahl nur daran geweidet hat, wo Misserfolge aufgetreten sind.

Beifall bei der F.D.P.
und der SPD

Die heutige Debatte ist die Stunde, einmal ganz klar auch gegenüber vielen in der Öffentlichkeit gegen den Strich zu bürsten. Wir müssen uns nicht nur in diesem Haus unbequeme Wahrheiten

sagen, sondern oft auch gegenüber eigenen Parteifreunden in Pressekonferenzen und in Hinterstuben von Wahlversammlungen zur Bundestagswahl, was das Asylrecht betrifft.

Beifall bei der F.D.P.
und der SPD -
Lenz (CDU):
Sehr gut!

Wer unmittelbar – so wird das ja der jüngeren Generation in Bezug auf andere Rechte gerne vorgehalten – die Diktatur von 1933 bis 1945 erlebt hat, der wisse eigentlich die Freiheiten, die wir haben, viel mehr zu schätzen. Ich habe den fatalen Eindruck, dass immer größere Bereitschaft in unserem Lande wächst, je weiter wir uns von dieser Zeit entfernen, auf bestimmte Rechte zu verzichten, Rechte zu diskreditieren,

Beifall bei der F.D.P.
und der SPD

das Asylrecht kritisch zu diskutieren, es zu einem Recht zu machen, das etwa deutschen Staatsangehörigen schade, weil es zu viele Ausländer in unser Land lasse.

Meine Damen und Herren,

wir befinden uns in der großen Gefahr, dass wir als konstituierende Kraft unseres Landes allmählich den wirtschaftlichen Wohlstand sehen und nicht mehr die Gesetze, die uns der Parlamentarische Rat als Grundrechte gegeben hat. Bei einer solchen Debatte sollten wir uns einmal darauf besinnen, dass unser Land in seiner freiheitlichen Ordnung durch diese Konturen bestimmt wird und nicht nur durch wirtschaftlichen Erfolg.

Beifall bei der F.D.P.
und der SPD

Als während der Sommermonate von Gemeinde zu Gemeinde diese Probleme der Unterbringung auftraten, habe ich in der Öffentlichkeit die Stimmen vermisst, die das Asylrecht einmal in dieser Selbstverständlichkeit dargestellt hätten.

Mir ist dabei auch noch ein anderes Grundrecht aufgefallen, zu dem sich anscheinend immer weniger in der Öffentlichkeit bekennen. Dies will ich hierbei nicht auslassen. Es ist das Recht auf Wehrdienstverweigerung. Das ist auch ein solches Recht, das in Wahlkampfhinterstuben einmal als Grundrecht geklärt werden muss. Ich nehme auch mit Erschrecken zur Kenntnis, dass die

Bürgerinitiative Löwenthal für den großen starken Mann aus dem Süden dieses Recht allmählich so als Recht für Hascher und Fixer bezeichnet. Das ist genau die gleiche Ebene, wie sich die NPD mit ihrer Ausländerfeindlichkeit im Fernsehen in dem Werbespot zur Asylproblematik geäußert hat.

Beifall bei der F.D.P.
und der SPD

Wir sollten die Grundrechte nicht teilen in solche, die einem gegenwärtig politisch passen, und solche, die man wegen des Schielens auf Wählerstimmen heute nicht mehr so gerne vertritt. Unsere Grundrechte sind unteilbar. Sie werden sich gerade in so schwierigen Situationen, in denen sich heute das Asylrecht befindet, bewähren müssen. Wenn es eine Gemeinsamkeit der drei demokratischen Parteien gibt, dann gehört es zur verdammten Pflicht, quer durch alle Parteien dies auch in der Öffentlichkeit deutlich zu sagen.

Kanther (CDU):
In der Art von
Herrn Winterstein!

Wir bekennen uns – ich bin dankbar, dass dies der Oppositionsführer vorhin klargestellt hat –, genauso wie die Opposition zu dem Asylanspruch politisch Verfolgter. Die Anträge, die die Opposition im Bundestag und auch hier im Hause vorgetragen hat, haben wir nicht unsachlich beurteilt, sondern nur unter dem Gesichtspunkt, ob denn die vorgeschlagenen Maßnahmen am Ende nicht zu einer Einschränkung dieses Grundrechtes auf Asylgewährung führen könnten. Es gibt keinen anderen Gesichtspunkt, aus dem heraus wir uns dazu kritisch geäußert hätten. Wir sind immer bereit, das, was praktikabel ist, mitzumachen. Das hört aber dort auf, wo wir an Grenzen stoßen, wo es dazu führen kann, dass Rechte verweigert werden könnten.

Wir sind uns darüber klar das ist bei der Asyldiskussion der entscheidende Ansatzpunkt –, dass wir den Rechtsstaat und das Asylrecht nicht mit einem Recht des Rechtsweges verwechseln dürfen. Es ist zweifellos so, dass die Gewährung des Asylrechtes in den vergangenen Jahren viel zu lange Verfahren benötigt hat. Wir halten es für richtig – und haben dies gemeinsam mit dem Koalitionspartner in Bonn auch so gehalten –, alles Erdenkliche zu tun, Anerkennungsausschüsse aufzulösen, Möglichkeiten zu schaffen,

dass Einzelbeamte entscheiden können, auch die Möglichkeit zu schaffen, dass das Verfahren bei den Verwaltungsgerichten zügiger abgewickelt werden kann.

Es ist entschieden worden, dass die Sozialhilfe in Form von Sachleistungen gewährt wird; auch dass die Visapflicht für bestimmte Staaten eingeführt wird. Eine Zusammenstellung des Bundes hat auf erste Erfolge gerade als Folge des Einführens der Visapflicht hingewiesen. Der Strom von Asylbewerbern – nur ein Beispiel – aus den Ländern, die zuerst von der Visapflicht erfasst waren – Türkei, Indien und Bangladesch –, ist von 941 im Juni dieses Jahres auf 217 im Juli zurückgegangen. Das heißt, diese Maßnahme hat gegriffen.

Gestatten Sie mir gerade bei diesem Problem einen Hinweis. Beim Thema Asylrecht wird in der Öffentlichkeit so auseinandergelöst, dass ein Teil der Asylanten Wirtschaftsflüchtlinge seien, die schnellstens wieder aus der Bundesrepublik herausmüssten, während ein anderer Teil einen Anspruch auf politisches Asyl habe, und deshalb auch hierbehalten werden solle. Ich will das Thema der Wirtschaftsflüchtlinge auch einmal in einen Zusammenhang stellen und nicht so abschätzig beurteilen.

Wer von Ihnen, meine Damen und Herren, den Hessenpark in Neuanspach besucht, wird auf einer Karte feststellen können, wohin sich im vergangenen Jahrhundert Auswanderer aus Hessen bewegt haben. Ich habe mir vor wenigen Tagen einmal einen Aufsatz zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung im 19. Jahrhundert in dem früheren Kreis Alsfeld vorgenommen. Daraus will ich einmal zitieren:

„Die Not großer Bevölkerungsteile wäre katastrophal gesteigert worden, hätte nicht vor allem die Auswanderung für die Zurückgebliebenen gewisse Erleichterungen geschaffen. So wandten sich Gruppen nach Kanada und nach Brasilien. Andere zogen auf der Suche nach einer neuen Existenz nach Litauen. Von außerordentlicher Bedeutung aber war die Wanderung nach Amerika. Im Ganzen sind im vorigen Jahrhundert wohl 15.000 Menschen

aus dem Kreisgebiet nach Amerika ausgewandert. Der Landrat, der dies verhindern wollte, hat damals einen Drohbrief erhalten, in dem stand, der Landrat müsse sein Unglück bedenken, wenn er sich unterstehe, den Auswanderern, die geringste Gegenrede zu machen.“

Man mag nun sagen, es gebe keine vergleichbaren Situationen.

Koch (CDU):
So ist es!

Aber wir sollten nicht so vergesslich sein, sondern daran denken, dass unser Land Hessen in schwierigen Zeiten auch Wirtschaftsflüchtlinge an andere Länder abgegeben hat.

Kanther (CDU):
Dümmer
vergleichen können
Sie nicht mehr!

Herr Kollege Kanther, in Amerika sind nicht nur die politischen Asylbewerber der „Mayflower“ eingewandert, sondern Wirtschaftsflüchtlinge auch aus unserem Land.

Beifall bei der F.D.P.
und der SPD –
Koch (CDU):

Aber Herr Gerhardt,
so ein Unsinn! –
Kanther (CDU):
Wir haben heute
auch Stadtindianer!

Wir sollten also die Lage der Wirtschaftsflüchtlinge nicht so gering einschätzen, sondern auch in der Öffentlichkeit um Verständnis dafür werben, dass es auch andere Motive als politische Verfolgung gibt und dass auch der Wunsch nach Teilhabe an einem gewissen wirtschaftlichen Wohlstand die Leute zu uns führt. Nun hat der Kollege Milde vorhin gesagt, die sollten doch dort bleiben, denen sollte doch dort geholfen werden. Ich habe überhaupt nichts dagegen. Nur muss ich dann an die Opposition das Ansinnen stellen, im Bundestagswahlkampf klar und deutlich auch zu sagen, was sie von Entwicklungshilfepolitik hält, wieviel an Ressourcen sie dafür geben will.

Beifall bei der F.D.P.
und der SPD

Die Opposition sollte sagen, ob sie die Empfehlung, 0,7 % des Bruttosozialproduktes und in wenigen Jahren 1 % zu geben, auch will. Unter welchen Konditionen will denn Ihr Todenhöfer im Bundestag Entwicklungshilfe geben? An welche Länder, mit welchen Auflagen? Dann müssen wir die Entwicklungshilfe einmal diskutieren. Wenn Sie meinen, man könnte den Leuten dort einfach helfen, dann müssen Sie einen großen Teil Ihrer entwicklungshilfepolitischen Konzeptionen einmal zurückdrehen, die Sie uns bisher vorgetragen haben.

Beifall bei der F.D.P.
und der SPD –
Zurufe von der CDU

Meine Damen und Herren,

in der Großen Anfrage der Opposition – damit möchte ich mich im Detail wirklich nicht mehr beschäftigen – ist fast kalenderartig abgefragt worden, wie denn die Behandlung des Asylantenproblems vor sich gegangen sei.

Seiboldt (CDU):
War auch
notwendig!

Wir können gerne mit dem Februar 1978 beginnen. Dann kommen wir zu der Frage, welche Bundesländer mit Minusquoten Asylbewerber aus anderen Bundesländern abgerufen haben. Es ist nach meiner Auffassung zwar gut argumentiert, aber überhaupt keine Entschuldigung für den Bereich, den man in eigener Verantwortung hat, wenn man die Nichtabnahme von Baden-Württemberg und Bayern mit der Nichtabnahme von Nordrhein-Westfalen abwägt.

Wenn die Opposition sich aus christlicher Verantwortung um diese Menschen kümmern will – den Eindruck hatte ich aus Ihrer Rede, Herr Kollege Milde –, kann sie sich nicht mit dem Hinweis auf andere von dem Vorwurf dispensieren, dass Bayern und Baden-Württemberg sich geweigert haben, ihrem eigenen Parteifreund Wallmann zur Erleichterung über 1.700 Asylbewerber abzunehmen. Das Thema „Sammellager“, das wie ein roter Faden konzeptionell als Lösung von der Opposition gesehen wird, muss in zwei Phasen der Diskussion unterschieden werden. In der Zeit, als die Sozialhilfe noch nicht in Sachleistungen gewährt wurde, ist die Diskussion über Sammellager für mich ein Verschiebebahnhof gewesen. Sammellager hat jeder gefordert, weil er sich an seinem Ort der Entscheidung entziehen wollte, Asylbewerber aufzunehmen. Das Wort „Sammellager“ ist von vielen Politikern benutzt worden, um nicht in ihren Gemeinden Entscheidungen treffen zu müssen; das sollte man doch einmal so sehen.

Beifall bei der F.D.P.
und der SPD –
Weghorn (F.D.P.):
Exterritorial!

Denn es ist ja einfacher, die Landesregierung in die Pflicht zu nehmen, ein zentrales Sammellager einzurichten, als in zehn Gemeinden zu entscheiden: wir nehmen 50, 30, 20 Asylbewerber auf.

Als nun die Entscheidung gefallen war, die Sozialhilfe in Form von Sachleistungen zu gewähren, ist die logische Konsequenz der Gemeinschaftsunterbringung gekommen. Nur, ich sage Ihnen, ich halte auch diese Gemeinschaftsunterkünfte heute noch in guter Übereinstimmung mit dem Bistum Limburg für eine Notmaßnahme auf Zeit. Ich kann sie nicht befürworten. Der Kollege Winterstein hat eindringlich dargestellt, dass wir dies nicht als problemfreie Unterbringung von Asylbewerbern ansehen können.

Zunächst war das Argument, als die Sozialhilfe noch gewährt wurde, bei den Kommunen: Wir würden ja gern aufnehmen, aber die Finanzierung durch das Land müsste sichergestellt sein. Ich werde mich im nächsten Jahr einmal genau informieren, ob die Gemeinden, denen dann nach dem Einweisungsgesetz mit der Kostenerstattung Asylbewerber zugewiesen worden sind, dieses Argument dann benutzen und sagen: Wir würden ja gern aufnehmen, aber wir können nicht mehr.

Es gab eine Reihe von vorgeschobenen Argumenten. Wenn die Kostenübernahme durch das Land sichergestellt ist, sollten sich die Gemeinden, die bisher gesagt haben, wir übernehmen nicht, weil die Kostenerstattung fehlt, dann auch bereit erklären, zu übernehmen, damit die Zahlen der Gemeinschaftsunterkünfte und derer, die dort untergebracht werden müssen, möglichst klein sind.

Ich habe im Laufe des Sommers – das will ich hier offen aussprechen – eine klare Stellungnahme der Kirchen zum Thema Asylrecht sehr, sehr vermisst. Ich habe die Zeitungen durchgeblättert, um doch einmal eine klare Stellungnahme der katholischen oder der evangelischen Kirche zu finden: Ich meine, es wäre an der Zeit, dass die Kirchen der latenten Ausländerfeindlichkeit, die der Innenminister auch dargestellt hat, in ihren kirchlichen Gemeinden klar begegnen. Diese Aufgabe kann nicht nur politischen Parteien überlassen werden.

Wenn das Bistum Limburg meint, dass Sammelunterkünfte etwas Schlechtes sind und dass man eigentlich die Gemeinden eher mit Gruppen in der Größenordnung von 50 Asylbewerbern belasten sollte, dann wäre ich außerordentlich dankbar, wenn die Landesregierung in Zukunft auf der Grundlage des Einweisungsgesetzes Asylbewerber an Gemeinden zuweisen muss, dass sich die Kirchen entsprechend engagieren, um bei ihren Gemeindemitgliedern ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass aus christlicher Überzeugung diese humanitäre Aufgabe übernommen werden muss. Ich appelliere von hier aus wirklich an die Kirchen, nicht durch Stillschweigen in eine Situation zu kommen, dass wir eine latente Ausländerfeindlichkeit allein auf dem Wege erzeugen lassen, den die NPD in ihrem Wahlspot angezeigt hat.

Es hat ein Hin und Her zwischen der Landesregierung und der Stadt Frankfurt über Konzeptionsfragen und über zeitliche Maßnahmen gegeben. Der Antwort der Landesregierung ist an einer Stelle zu entnehmen, dass die Stadt Frankfurt sehr wohl damit einverstanden gewesen ist, keine Sammellager einzurichten. Ich weiß nicht, wer die Gesprächsteilnehmer waren, wer für die Stadt Frankfurt dieses Gespräch geführt hat. Ich unterstelle nicht unbedingt, dass es vielleicht der Oberbürgermeister Wallmann war, aber vielleicht doch andere Magistratsmitglieder, sodass wir davon ausgehen können, dass auch der Stadt Frankfurt die Unterbringung in Sammelunterkünften nicht als die sinnvollste Lösung erschien.

Dann kann man nicht durch Vortragen von Kalenderdaten hier von Seiten des Oppositionsführers einen Argumentationsdruck erzeugen, als hätten die CDU und die Stadt Frankfurt schon immer, von Anfang an über die Konzeption von Sammellagern die Lösung des Asylantenproblems in Hessen gehabt.

Den Zeitablauf der Ereignisse hätte auch meine Fraktion lieber so gesehen, dass die Landesregierung schon früher ein Einweisungsgesetz vorgelegt hätte. Es ist überhaupt keine Frage, dass das Einweisungsgesetz schon früher hätte kommen müssen.

Aber hätte das Einweisungsgesetz denn bei den Problemen, die auf uns zugekommen sind und bei dem Bewusstseinsstand vieler Kommunalpolitiker eine politische Lösung gebracht? Es hätte, wie die Umfrage des Innenministers in diesem Jahr gezeigt hat, doch im Grunde genommen, wenn die Kommunen ehrlich Stellung genommen haben, dieselbe Stellungnahme kommen müssen: Wir sind nicht in der Lage, aufzunehmen, auch wenn die Rechtsgrundlage vorhanden gewesen wäre.

Ich meine also, wir sollten uns nicht in erster Linie auf die rechtliche Handhabung des Einweisungsgesetzes konzentrieren. Wir werden das Asylrecht in unserem Land nur gewähren können, wenn die kommunalpolitischen Verantwortlichen den Mut haben, der Ausländerfeindlichkeit entgegenzutreten und eindeutig klarzustellen, dass das Asylrecht eines der wichtigsten Grundrechte unseres Staates ist, und wenn die Kommunalpolitiker wie die hier im Landtag vertretenen Abgeordneten den Mut haben, das Asylrecht auch dann klar zu vertreten, selbst wenn Ausländerfeindlichkeit mit Stimmen am 5. Oktober belohnt werden könnte. Nur dann werden wir in Hessen auch einen abnehmenden Strom von Asylbewerbern in zeitlich kürzeren Verfahren gemeinsam bewältigen können.

Beifall bei der F.D.P.
und der SPD!

REDE

Ausländerpolitik im Lande Hessen

Herr Präsident,
meine Damen und Herren!

In dieser Debatte sind alle ausländerpolitischen Möglichkeiten ausgebreitet worden. Ich möchte deshalb nur noch wenige Punkte ansprechen.

Erster Punkt: Herr Kanther hat davon gesprochen, dass dieses Thema das bedeutsamste Thema der Innenpolitik sein werde. Ich stimme ihm darin ausdrücklich zu. Ich würde es nicht so formulieren, dass wir eine neue Ausländerpolitik finden müssen, sondern ich glaube, wir müssen die Ausländerpolitik darauf abstellen, dass sie auf eine Situation trifft, die geradezu eine Völkerwanderung von den Armen zu den Reichen bedeutet. Es besteht längst nicht mehr die Situation, dass wir Arbeitskräfte anwerben, sondern es besteht die Situation, dass das Nord-Süd-Gefälle zu einer **Völkerwanderung der Armen zu den Reichen** führt.

Mit dieser Situation haben wir uns zu spät konfrontieren lassen. Wir haben verschiedene Problemlösungen verdrängt, weil wir glaubten, dass wir es uns als deutsche Bürger wegen der geschichtlichen Erfahrungen, die wir haben, am wenigsten leisten

könnten, auch einmal gemeinsam einiges Kritisches in der Ausländerpolitik zu besprechen.

Die Ausländerpolitik muss auf eine **neue Grundlage** gestellt werden und sich in einem sehr fairen Stil vollziehen. Um diese Gemeinsamkeiten festzuhalten, möchte ich es so formulieren: Der Stil wird insofern ganz wichtig sein, als hierbei deutlich werden muss, wie unsere Gesellschaft mit Minderheiten umgeht. Wenn wir dies in einer sehr sachlichen Diskussion schaffen, dann wären wir nach meiner Meinung als die drei demokratischen Parteien verpflichtet, uns auf diesem Feld, das die Bewährungsprobe der Innenpolitik unseres Landes für die Mitte der achtziger Jahre darstellt, vor der Öffentlichkeit nicht groß auseinanderzusetzen.

Ich glaube, dass viele ausländerpolitische Maßnahmen schon längst hätten getroffen werden können, wenn nicht diejenigen, die sie vorschlagen, und diejenigen, die dagegen sind, das Gefühl hätten, in der Öffentlichkeit würde dann hinterher aufeinander eingeschlagen, weil der eine für sich mehr Verfassungskonformität seiner Vorschläge in Anspruch nimmt, während der andere in die Ecke gestellt wird, als würde er tragende Grundsätze der Verfassung verletzen, wenn er sich kritisch auch mit Fragen zum Beispiel des Asylrechts befasst.

Herr Kanther hat formuliert: „Deutschland ist kein Einwanderungsland.“ Aber es gibt prominente Vertreter in Bonn, die formulieren, wir seien ein Einwanderungsland. Ich kann nur sagen: Wir müssen die Politik darauf abstellen, dass wir kein Einwanderungsland werden dürfen. Das lässt sich aber nur so formulieren, dass wir sofort hinzufügen: Diese Formulierung ist nur zu halten, wenn sie dann auch die Verpflichtung einer bestimmten Politik im Bereich der Entwicklungshilfe zum Inhalt hat.

Beifall bei
der CDU –
Kanter (CDU):
Sehr gut!

Wir dürfen nicht so tun, als könnten wir uns in Mitteleuropa in unserem hochindustrialisierten Land zum Nichteinwanderungsland erklären und dann die Problemlage von uns wegschieben. Andere europäische Nachbarstaaten waren ja in diesem Jahrhun-

dert viel früher als wir durch ihre Einwanderungsströme aus ehemaligen Kolonien mit dieser Position konfrontiert. Wenn wir uns so verhalten, damit lösen wir keine Probleme. Wir müssen sagen: Wir sind kein Einwanderungsland, wir leugnen aber nicht die **Verpflichtung, gegen die Armut und die Probleme in der Welt etwas zu tun**. Das muss die logische Konsequenz dieser Erklärung sein.

Ich bin der Auffassung, meine Damen und Herren, dass die Fragen des Zuzugs, der Staatsbürgerschaft und der zweiten Generation etwas damit zu tun haben, dass die Integrationspolitik ideologisch überlagert worden ist.

Ich kann für eine **Integration** der Ausländer, die in unserem Land leben, sein. Ich muss aber nicht die Integration übertreiben und meinen, sie würde auch dann noch Wirkung zeigen, wenn sie an Kulturkreise kommt, bei denen sie keine Wirkung zeigen kann.

Ich muss Herrn Kanther in einigen Punkten ausdrücklich zustimmen. Man kann eben nicht davon ausgehen, sämtlichen türkischen Arbeitnehmern könne eine Integration angeboten werden, die auch akzeptiert würde und erfolgversprechend wäre. Ich bin ausdrücklich für eine sehr differenzierte Betrachtung dieser Fragen.

Wir haben als dritten Punkt – das ist angesprochen worden – die **Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung** wegen bestimmter Problemfelder. Die Problemfelder sind straffällige Ausländer, vor allem im Drogenbereich, und soziale Problemgruppen. Daran entzündet sich im Grunde die Ausländerfeindlichkeit.

Ich glaube, hier sind Reaktionen angebracht. Ich will das nicht als Demonstrationsbeispiel erwähnen. Aber ich glaube, der Öffentlichkeit und allen ausländerpolitischen Bemühungen wäre viel geholfen, wenn auch einmal deutlich würde, dass Straftäter abgeschoben werden. Dadurch würden sicher viele andere Maßnahmen erleichtert.

Damit komme ich zum Asylverfahren, was ich ausdrücklich abgrenzen will von dieser Debatte, denn in der Öffentlichkeit wird ja alles durcheinandergeworfen: Integrationspolitik, Asylanten, Wirtschaftsflüchtlinge und alles Mögliche. Wir sollten uns bemühen, das zu klären.

Ich will meine persönliche Meinung sagen. Ich bin ausdrücklich nicht damit einverstanden, dass der Bundestag bisher nicht in der Lage war, ein rechtsstaatlich einwandfreies Verfahren festzulegen, das es ermöglicht, rasch eine Entscheidung über das Asylbegehren zu treffen, ohne Verfassungsgrundsätze zu verletzen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Was dort in der Auseinandersetzung an Schaufechten vollzogen wird, ist unerträglich. Ich behaupte nicht – der Bundestag hat ja dazu angehört –, dass die Bundesratsinitiative der Länder in allen Punkten so das Richtige ist, das jetzt verabschiedet werden müsste. Aber – ich sage das einmal – es wird eine Glaubwürdigkeitsfrage unserer Ausländerpolitik sein, ob der Deutsche Bundestag und die drei in ihm vertretenen demokratischen Parteien in absehbarer Zeit einmal in der Lage sein werden, das Asylrecht so zu ordnen, dass die, die Asyl begehren, in kürzester Zeit einen Bescheid auf ihren Asylantrag erhalten und eine gerichtliche Nachprüfung herbeiführen können. Was sich hier vollzogen hat, hat nichts mehr mit Rechtsstaat zu tun. Das ist der Weg zum Rechtsmittelstaat, der hier beschritten wird.

Beifall bei
der F.D.P. und bei
Abgeordneten
der CDU

Das hat eine ganz fatale Wirkung.

Nitzling (SPD):
Wenn Ihr wieder
einmal einen
Parteitag habt,
sagen Sie es
dem Baum und
dem Hirsch!

Ich habe mir erlaubt, das schon auf unserem Parteitag zu sagen. Ich scheue mich auch nicht, das den genannten Herren mitzuteilen.

Meine Damen und Herren,

die Auseinandersetzung hier vollzieht sich doch im Grunde genommen nur an einem Raster von Vorschlägen, die entweder im Antrag der CDU oder im Antrag der SPD und der F.D.P. enthalten sind. Das ist der einzige Differenzpunkt. Nun wird vorgetragen,

in unserem Antrag seien nicht genug Punkte als Lösungsmöglichkeiten konkret formuliert. Darüber kann man streiten. Ich möchte mich heute aber auch nicht auf eine Lösungsmöglichkeit festlegen, mit welchem Mittel

Wilke (F.D.P.): Und mit welcher Zahl!

ich türkische Arbeitnehmer zur Rückkehr in die Türkei bewege.

Beifall Gebhardt (SPD)

Ich muss mich nicht eindimensional festlegen. Wenn dieser Landtag beschließt, dass wir dies erleichtern wollen, wird es Möglichkeiten geben, Angebote zu machen. Da muss nicht ein Mittel hineingeschrieben werden.

Zweiter Punkt. Ich würde mich auch nicht festlegen, wie die Integration, wie das schulische Angebot, heute aussehen sollte. Ich bin für keine eindimensionale Lösung. Die schulische Situation, zu der nachher sicher noch Stellung genommen werden wird, kann nicht mit einem Modell, das Integration heißt, gelöst werden, ohne dass ich mir dann die Unterrichtsbedingungen ansehe, die jeweils speziell angeboten werden müssen.

Die mit dem Flughafen Frankfurt und den Flugverkehrsgesellschaften zusammenhängende Zuzugsproblematik erscheint mir unbegreiflich.

Ich weiß nicht, ob die bisher beschlossenen Maßnahmen der Bundesregierung, die auch zu bestimmten Konsequenzen gegenüber den Luftverkehrsgesellschaften führen, ausreichen. Es kann ja wohl nicht wahr sein, dass wir in diesem Land durch eine Bundesregierung eine Maßnahme beschließen und die Luftverkehrsgesellschaften uns praktisch die Probleme hier heranschaffen, indem sie sich – ich muss das sagen – wohl nicht ausreichend darüber im Klaren sind, welche Probleme sie durch ihre sehr, sehr lasche Haltung in unser Land bringen.

Zuruf Nitzling (SPD)

Ich will zum Schluss sagen, meine Damen und Herren, um nicht noch einmal alle Probleme auszubreiten: Die drei Parteien müssen in der Lage sein, eine Ausländerpolitik zu formulieren, zu beschließen und auch politisch durchzusetzen, die dem hohen Anspruch der Verfassungswerte unseres Landes entspricht, insbesondere im Asylrecht, die aber die rechtsstaatliche Behandlung und die menschenwürdige Behandlung von Ausländern in einer Art und Weise klärt, die jedermann versteht und auf die sich auch die ausländischen Gäste einrichten sollten. Wir sind kein Einwanderungsland. Wir sind aber bereit, den Armen in dieser Welt mit allen geeigneten Mitteln zu helfen.

Beifall bei der F.D.P.
und der SPD und
bei Abgeordneten
der CDU

Ich bedanke mich.

Führungsrolle in schwierigen Zeiten

Frank Portz

Was kann und soll ein – wenn auch politischer – Beamter über seinen früheren langjährigen Chef und Vorgesetzten schreiben? Ich blicke zurück:

1980 kam ich als Referent von der Bundestagsfraktion in Bonn nach Wiesbaden als Leiter des Ministerbüros des Innenministers Gries. Wolfgang Gerhardt als Mitglied der Landtagsfraktion lernte ich erst im Landtag kennen. Der Abgeordnete aus Lauterbach im Vogelsbergkreis war, was ich zunächst nicht wusste, mein Vor-Vorgänger als Leiter des Ministerbüros. Und er war kein Jurist, wie ich angesichts seiner beruflichen Vergangenheit vermutet hatte, sondern hatte Erziehungswissenschaften, Germanistik und Politik studiert und zum Dr. phil. promoviert.

In Hessen regierte nach der Landtagswahl 1978 eine erfolgreiche und gut funktionierende Regierungskoalition aus SPD und FDP, in der die Liberalen zwei bedeutende Ministerämter besetzten: Wirtschaft und Verkehr und das Innenministerium.

Vor der Landtagswahl am 26. September 1982 beschloss der Landesparteitag im Juni in Darmstadt nach langwierigen und heftigen innerparteilichen Diskussionen eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU. Die Wahl lag zeitlich zwischen dem Bruch der Bonner SPD/FDP Koalition unter Kanzler Schmidt und dem Beginn der Kanzlerschaft Kohls. Nicht nur, aber auch stark beeinflusst von den Bonner Ereignissen musste die hessische FDP eine herbe Niederlage hinnehmen: 3,1 Prozent Stimmenanteil und damit das parlamentarische Aus. Der Landesvorsitzende Gries übernahm die politische Verantwortung für die Wahlniederlage und stellte sein Amt zur Verfügung.

Zum neuen Landesvorsitzenden der FDP Hessen wurde im November 1982 Dr. Gerhardt gewählt. Ohne parlamentarisches Mandat, mit noch ungewisser beruflicher Zukunft, war die Kandidatur für den Landesvorsitz einer zutiefst verunsicherten Partei ein mutiger Schritt, der von großem Verantwortungsbewusstsein

für die Sache der Liberalen zeugte. Die Arbeit in der (außer-)parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft war für Dr. Gerhardt zum Glück zeitlich begrenzt. Wegen der ungeklärten Mehrheitsverhältnisse kam es schon im Oktober 1983 zu vorgezogenen Neuwahlen.

Die FDP unter dem neuen Landesvorsitzenden hatte bei den Wählern neues Vertrauen gewonnen. Nur ein Jahr nach der bitteren Niederlage von 1982 schaffte die FDP mit 7,6 Prozent der Stimmen den Wiedereinzug in den Landtag. In Zeiten einer erneuten SPD Minderheitsregierung, die zunächst auf die Tolerierung durch die Grünen angewiesen war, war die FDP Fraktion mit dem Vorsitzenden Dr. Gerhardt als dritte Kraft im Landtag eine starke, viel beachtete Opposition. Neben den Kernthemen Innen-, Rechts- und Wirtschaftspolitik wurden gezielt Schul- und Hochschulpolitik Themenschwerpunkte der liberalen Oppositionsarbeit. Mit der Landtagswahl am 5. April 1987 endete das Bündnis aus SPD und Grünen. Die Wähler hatten CDU und FDP den Auftrag erteilt, eine Regierung zu bilden. Nach konstruktiv verlaufenden Verhandlungen (Abschluss in Lauterbach!) wurde eine Koalitionsvereinbarung ausgehandelt, die in weiten Bereichen eine liberale Handschrift zeigte.

In der Regierungskoalition übernahm Alfred Schmidt das Ressort Wirtschaft und Technik, Wolfgang Gerhardt Wissen-

schaft und Kunst. 1988 war er Präsident der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder. Zugleich war er der Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund. Als Mitglied des Bundesrats wirkte er an der Gesetzgebung des Bundes mit. Er war der Koordinator der sogenannten F-Länder, d. h. der Landesregierungen mit Beteiligung der FDP, wechselnd und nach Bildung der Neuen Länder immerhin 10. Der Bevollmächtigte war zugleich für Europaangelegenheiten zuständig und damit auch für die Hessische Vertretung bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel.

Wolfgang Gerhardt hat unaufgeregt, aber zielstrebig seine politischen Ziele verfolgt. Wie er einen Landesverband geführt und ihm in schwierigen Zeiten neues Selbstvertrauen gegeben hat, hat mich zutiefst beeindruckt. Als Minister hat er Hochschul- und Wissenschaftspolitik, nicht zuletzt auch die Kunst- und Kulturpolitik in Hessen erfolgreich und zukunftsweisend gestaltet. Es war eine spannende Zeit, vier Jahre als Geschäftsführer der Landtagsfraktion unter seinem Vorsitz an einer konstruktiven Oppositionspolitik mitwirken zu können und von 1987 - 1991 als sein Staatssekretär die Politik in Hessen und im Bundesrat mitgestalten und durchsetzen zu können.

Frank Portz, Staatssekretär
a.D., u.a. 1984 bis 1987
Geschäftsführer der FDP-
Landtagsfraktion in Hessen;
1987 bis 1992 Staatssekretär
im hessischen Ministerium
für Wissenschaft und Kunst

Abschnitt

2

**WEITER-
ENTWICKLUNG IN
DER LANDES- UND
BUNDESPOLITIK
(1982-1994)**

1982 bis 1994

Thomas Volkmann

Die Landtagswahlen 1982 in Hessen hätten für die dortige FDP zu keinem schlechteren Zeitpunkt stattfinden können. Zwei Wochen vor dem Wahltermin war im Bund die sozialliberale Koalition zerbrochen und die FDP hatte – in großer Zahl – beim konstruktiven Misstrauensvotum im Bundestag für den Kandidaten Helmut Kohl gestimmt. Nach einem schwierigen Wahlkampffinale und unter erheblichen Anfeindungen durch Sozialdemokraten in Bund und Land kam die FDP am Wahltag unter die Räder.

Weder die CDU, die prozentual im Vergleich zur vorherigen Wahl leicht verlor, noch die SPD, die etwas deutlicher verlor, erreichten bei der Landtagswahl eine Mehrheit. Die FDP kam nur noch auf 3,1 Prozent und verfehlte den Einzug ins Parlament. Die relativ neu gegründeten Grünen schafften dagegen mit 8 Prozent den Einzug in den Landtag, kamen aber als Koalitionspartner nicht in Frage. Ein

überliefertes Zitat des Ministerpräsidenten Börner spricht hier Bände: „Die Grünen stehen für mich außerhalb jeder Kalkulation. Ich schließe nicht nur eine Koalition, sondern jede Zusammenarbeit mit ihnen aus.“ Hierdurch kam es zu den so genannten „hessischen Verhältnissen“, einer Minderheitsregierung der SPD, und bereits nach einem Jahr zu Neuwahlen zum Landtag.

Auch in der hessischen FDP war, wie in den übrigen Landesverbänden der liberalen Partei, über den Ausstieg aus der sozialliberalen Koalition gestritten worden. Das Wahlergebnis belastete die Situation der Hessen-FDP nun noch mehr. In dieser Situation hatte Wolfgang Gerhardt Mut und Standfestigkeit gezeigt und sich bereit erklärt, den Vorsitz der hessischen FDP zu übernehmen. Zudem war er seit 1982 als Mitglied des FDP-Bundesvorstands auch in der Bundespolitik präsent.

Seine Arbeit zeigte schnell Wirkung, denn nach der Neuwahl 1983 kehrte die FDP mit 6,5 Prozent der Stimmen ins Parlament zurück. Die Pattsituation von 1982 allerdings wurde durch die Neuwahl nicht aufgelöst. Holger Börner und die SPD beschlossen, sich von den Grünen tolerieren zu lassen, selbst also eine Minderheitsregierung zu bilden. Börner wurde Chef einer geschäftsführenden Landesregierung, und im Juni 1984 wurde er mit den Stimmen der Grünen zum Ministerpräsidenten gewählt. Im Oktober 1985 kam es schließlich zur ersten rot-grünen Koalition in der Bundesrepublik.

Die in diesem Band zu diesem Zeitabschnitt aufgeführten Redebeiträge Wolfgang Gerhardts spiegeln zunächst diese hitzige Phase der hessischen Politik, in der er von 1982 bis 1995 Landesvorsitzender der FDP Hessen und von 1983 bis 1987 sowie von 1991 bis 1994 Vorsitzender der Landtagsfraktion war. Zu den politischen Grundsätzen seiner Arbeit ist in diesem Band eine Rede zu Ehren von Wolfgang Mischnick abgedruckt.

1987 zerbrach die rot-grüne Koalition in Hessen an internem politischem Streit. Bei der darauf folgenden Wahl erreichten CDU und FDP gemeinsam eine regierungsfähige Mehrheit, und Wolfgang Gerhardt wurde Hessischer Minister für Wissenschaft und Kunst, Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund und

zugleich Stellvertreter des Ministerpräsidenten Walter Wallmann. In diese Zeit fielen der Fall der Berliner Mauer und die Wiedererlangung der Deutschen Einheit, zu der Gerhardt sowohl im Hessischen Landtag, als auch im Bundesrat in Bonn sprach; beide Reden sind auch hier dokumentiert.

Da die CDU-FDP-Koalition bei der Landtagswahl 1991 ihre Mehrheit verloren hatte, schied Wolfgang Gerhardt im April 1991 aus der Landesregierung aus und übernahm erneut die Funktion des Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion. In Hessen regierte nun eine rot-grüne Landesregierung unter Ministerpräsident Hans Eichel. Die Protokolle der Landtagsitzungen aus den folgenden Jahren zeigen hitzige Diskussionen; exemplarisch ist eine Rede von Wolfgang Gerhardt zur ersten Regierungserklärung von Eichel in diesem Band abgedruckt.

Gerhardts Augenmerk richtete sich in dieser Zeit aber auch verstärkt auf bundes- und europapolitische Zusammenhänge; zu beiden Feldern finden sich Reden aus den Jahren 1992 und 1993 in dieser Sammlung.

Wolfgang Gerhardt hatte sich entschlossen, ein Bundestagsmandat anzustreben. Dieses erreichte er bei der Bundestagswahl 1994, und eine neue Phase in seiner politischen Laufbahn begann.

REDE

Zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Börner (Auszüge)

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist für jeden klar, dass nach dem ersten Ölpreisschock, der die Industrieländer, Herr Ministerpräsident, sehr drastisch überfallen hat, alles auch anders kommen kann, dass vertraute Wachstumsphasen der Wirtschaft sich verändern und dass für viele Menschen die Zukunft nicht mehr als so einfach zu bewältigen erschien.

Es ist auch vielen klar, dass seit den ersten Veröffentlichungen des Club of Rome zu der Endlichkeit der Ressourcen deutlich geworden ist, dass sich an die Politik die Frage der Bewohnbarkeit unseres Planeten stellt. Es ist spätestens seit der Studentenbewegung der sechziger Jahre überhaupt nicht zu bestreiten, dass es eine große Aufgabe ist, das Verhältnis der Generationen zueinander so zu gestalten, dass man niemanden ausgrenzt, niemandem eine Absage erteilt und man vor allem niemanden abschreibt. Ich stimme diesen Grundsätzen in Ihrer Regierungserklärung ausdrücklich zu.

Aber die Erkenntnisse über die Weltwirtschaftslage, die Sie breit vorgetragen haben, über Arbeitslosigkeit, über die Umweltkrise,

die technologische Revolution, die atomare Angst und die Informationstechniken, wie Sie sie geschildert haben, haben noch keinen verantwortlichen Politiker in der Bundesrepublik Deutschland veranlasst, das zur Grundlage seiner Politik zu machen, was Sie mit den GRÜNEN auf 172 Seiten vereinbart haben. Das ist die Fragestellung für dieses Landesparlament.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Bezeichnenderweise ist ja die Ausgabe „Hessen ‚84“ mit dem Titel „Sondernummer“ von Ihrer Partei gekennzeichnet worden. Wenn es um die Frage geht, ob ein Verlag diese Sondernummer als in Leinen gebundene Ausgabe mit der Überschrift „Die Architektur einer neuen Politik“ auflegen sollte, bin ich der Überzeugung: Es findet sich keiner. Denn schon der Lektor eines Verlages hätte sich an den „freilaufenden Hühnern“ gestört, er wäre beim Schanghaier Kugelfischabkommen mächtig irritiert gewesen, und er hätte es auch als nicht stilistisch einwandfrei empfunden, dass Ihre Vereinbarung zum Teil Vereinbarung ist, zum Teil Veröffentlichung reger Korrespondenz, mit einigen Fernschreiben des Bundes gewürzt und einige unterschiedliche Manifeste eingestreut.

Herr Ministerpräsident, es ist Ihnen vorbehalten geblieben, nach der großen Einleitung der weltwirtschaftlichen Situation diese Sondernummer zur offiziellen Regierungspolitik in Hessen zu erklären. Wir wünschen Ihnen Erfolg, wir beglückwünschen Sie zu Ihrer Wahl, wir haben aber erhebliche Zweifel, ob die Architektur dieser neuen Politik trägt, und ich möchte Sie bitten, die statische Berechnung zur Kenntnis zu nehmen, die Sie nicht geleistet haben.

Jakob (GRÜNE):
Das haben wir
vorher gemacht!

Es gab in der Geschichte Baumeister, die eine durchaus kühne Architektur gepflegt haben. Die haben aber sorgfältige statische Berechnungen angestellt, und die haben sich sogar unter Einsatz ihrer physischen Existenz an die Stellen des Gebäudes begeben, um die Sorgfältigkeit ihrer Planung zu beweisen, wo man die größte Einsturzgefahr vermutete. Herr Ministerpräsident, ich lade Sie ein, sich an verschiedene Stellen dieses Gebäudes zu begeben.
(...)

Die Landtagsfraktion der F.D.P., Herr Ministerpräsident, wendet sich gegen eine Kombination von Politik, die manchen Gruppen besondere Mittel gewährt, besondere Nachsicht entgegenbringt, besondere Freiheiten einräumt und den guten Willen anderer nachhaltig strapaziert, unnötig belastet und nicht pflegt.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Sie lassen die Gnade des Landesherrn einer bestimmten Klientel zuteil werden. Sie stehen dort in einem immerwährenden Dialog inklusive Dotationen. Sie schreiben in Ihrem Bündnis die Dialogfähigkeit mit großen Teilen des hessischen Handwerks, mit vielen Selbständigen und Leistungsbereiten auf das reine Entbieten der Tageszeit politisch fest. Sie normieren Freiheiten und Ansprüche bei den einen und normieren Regelungsdichten gegen die anderen. Herr Ministerpräsident, Freiheit ist unteilbar,

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abgeordneten der CDU

und deshalb kritisieren wir diesen Sachverhalt. So wird es uns in dieser Legislaturperiode passieren können, dass die GRÜNEN sich für jede Bürgerinitiative engagieren, die gegen eine Deponie, gegen Lärmbelästigung, gegen Ortsumgehung ist. Wir werden vielleicht manchmal entgegennehmen, dass die GRÜNEN aber nicht bereit sind, sich für den Elternwillen zu engagieren, der gegen die Einrichtung einer weiteren integrierten Gesamtschule ist.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Das ist dieser Eklektizismus der Freiheitsgewährung in diesem Bündnis, den wir ablehnen. Sie müssen, wenn Sie „Freiheit“ an Ihre Fahnen heften, allen gleiche Freiheitsrechte gewähren und dürfen nicht aus moralischer Sicht dem einen viel und dem anderen wenig gewähren.

Beifall bei der F.D.P.

Das ist das berühmte Beispiel der Freiheit für Legehennen, die eine ganze Pressemitteilung des Sozialministers in Anspruch genommen hat, und korrespondierend dazu manches scharfrichterliche Urteil der grünen Szene über die Lebensweise von Leuten, die den GRÜNEN nicht passen.

Beifall bei der F.D.P.

Das befürchten wir an diesem Bündnis. Das ist die Gefährdung.

Wir halten diese **scharfrichterliche Arroganz der grünen Szene** für unerträglich und die Verbindung von Ökologie und Sozialismus für gefährlich, weil sie erziehungsdiktatorische Züge trägt, weil sie Weltverbesserermentalitäten bringt und weil sie nicht die nötige Gelassenheit gegenüber Andersdenkenden aufbringt.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abge-
ordneten der CDU

Wir haben das heute Morgen in der Aktuellen Stunde erleben dürfen.

Zuruf der Abg.
Schilling (GRÜNE)

Dieses Bündnis führt dazu, dass staatliche Intervention nicht mehr daran gemessen wird, ob sie die Perspektive zu einer offenen und freiheitlichen Gesellschaft ermöglicht.

Bei diesem Bündnis, Herr Ministerpräsident, spielen die Polizei und der Verfassungsschutz die Rolle des Buhmannes. Dort reagiert man auf Freiheitsbedrohungen; Sie machen große Datenschutzsymposien. Sie haben das Orwell-Jahr zu einem wichtigen Jahr erklärt.

Zuruf des Abg.
Kern (GRÜNE)

Aber mit jeder auch nur im entferntesten auszumachenden ökologischen Begründung, und sei es der größte Quatsch, lösen Sie in diesem Bündnis rege staatliche Tätigkeit aus, sind Sie bereit zur staatlichen Bevormundung gegenüber jedermann. Das ist die Schizophrenie des Freiheitsbegriffs in diesem Bündnis.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU –
Gebhardt (SPD):
Deshalb stehen
die Massen hinter
der F.D.P.!

Wir möchten gegen diese **schleichende Erosion der Freiheit** eine Oppositionsrolle der Landtagsfraktion der F.D.P. setzen, die sich auf folgende Punkte konzentriert:

Erstens. Wir wollen mehr Kompetenzen an die Menschen selbst zurückgeben. Deshalb wenden wir uns gegen den rot-grünen Faden des Zentralismus und der Staatsbezogenheit in allen Feldern Ihrer Vereinbarung.

Beifall bei der F.D.P.

Zweitens. Wir wollen eine **liberale Umweltschutzpolitik**,

Blau (GRÜNE):
Was heißt denn das?

die auf Ingenieurleistungen, auf technische Kenntnisse und die Realität einer hoch technologisierten Gesellschaft setzt.

Blau (GRÜNE):
Wer will, kann das
machen; wer nicht,
lässt es bleiben!

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abge-
ordneten der CDU –
Zabel (SPD):
Das ist sehr gut!

Wir lehnen Besserwisserei ab, ebenso wie Weltverbesserungsmentalität mit missionarischem Eifer.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abge-
ordneten der CDU

Drittens. Wir wenden uns gegen jede Art von **Bevormundung**, in welchem politischen Feld auch immer, auch aus den Gründen eines in der grünen Umweltschutzbewegung wirklich stark verhafteten neunmalklugen Seminarmarxismus.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abge-
ordneten der CDU

Viertens. Wir werden **die Versorgungsmentalität** einiger Gruppen auf Kosten des Steuerzahlers nicht hinnehmen und auf die direkte Finanzierung des Umfeldes der GRÜNEN auf Kosten des Steuerzahlers aufmerksam machen.

Beifall der
Abg. Wagner
(Darmstadt) (F.D.P.)

Fünftens. Gesetze, die verfassungsrechtliche Bedenken auslösen, wie die beabsichtigte Novellierung des Personalvertretungsgesetzes, werden wir auf geeignetem Wege zu einer rechtlichen Überprüfung bringen.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abge-
ordneten der CDU

Wir fordern den Landesanwalt auf, hier tätig zu werden, falls dieses Gesetz verabschiedet werden sollte.

Sechstens. Herr Ministerpräsident, wir werden Sie nicht aus der **Klärung des Verhältnisses der Gewaltanwendung** entlassen. Wir werden Ihnen dies als dauernde Frage vorhalten. Ihr Amt gebietet es, Klarheit in dieser Frage in der Zusammenarbeit mit den GRÜNEN zu schaffen.

Siebtens. Arbeitsplatzvernichtung durch unausgelegene Konzepte der Zusammenarbeit von SPD und GRÜNEN wird hier als solche bezeichnet werden. Wir wollen bei Haushaltsberatungen Anträge, die Arbeitsplätze sichern, die Ausbildungsplätze ermöglichen und die eine solide Finanzierung beinhalten.

Achtens. Wir setzen auf den Mut zur Zukunft durch Förderung der Hochschulen, verantwortbare technische Innovation in der Wirtschaft, Vertrauen in die Selbständigen; wir setzen auf die Notwendigkeit, den Arbeitnehmern ihre Leistung zu honorieren, statt sie

in die Griffe der Umverteilung zu nehmen, indem man ihnen erst etwas aus der Tasche nimmt, um es dann hinterher über Umverteilungsmechanismen des Staates wieder zurückzugeben.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abgeordneten der CDU

Neuntens. Unsere Sozialpolitik wird die stützen, die der Hilfe bedürfen. Wir lehnen es einfach ab, **Neid zum politischen Kampfmittel zu machen** und unsere Gesellschaft in sogenannte Besserverdienende und Bezieher niederer Einkommen zu spalten. Nur wer Leistung honoriert, wird denen helfen können, die Hilfe brauchen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU –
Beucker (SPD): Das
sind doch Phrasen!

Zehntens. Die kommunale Selbstverwaltung wird von uns nicht durch Worte verteidigt, sondern durch Anträge zum Kommunalen Finanzausgleich und durch geeignete Initiativen zur Entbürokratisierung.

Beucker (SPD):
Phrasenhaftes
Geschwätz!

Herr Ministerpräsident, Ihrem Kabinett fehlen

Zabel SPD):
Die F.D.P.!

– nicht personenbezogen – in der politischen Konzeption Zuverlässigkeit, Beständigkeit und Handlungsfähigkeit. Über Ihrer Landesregierung hängt das Damoklesschwert jeder grünen Landesversammlung, jeder selbsternannten Basis, jeder Regung der Szene. Niemand hat Ihnen das besser vorgehalten als der aus Ihrem Kabinett ausgeschiedene Wirtschafts- und Finanzminister Heribert Reitz.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abgeordneten der CDU

Sie laufen Gefahr, erpressbar zu sein.

Solche Sachverhalte begünstigen weder eine solide Umweltschutzpolitik, noch begünstigen sie eine geordnete Finanzpolitik, weder eine marktwirtschaftliche Politik noch eine Politik der charakterfesten Verteidigung des demokratischen Rechtsstaats gegenüber Bedrohung und Umwertung von Werten in jeder Form.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU –
Schilling (GRÜNE):
Hören Sie auf!
Das ist echt
unerträglich!

Der Preis für Ihre Mehrheit, Herr Ministerpräsident, ist zu teuer. Der Architektur Ihrer neuen Politik fehlt die Statik, Ihnen selbst fehlt die Glaubwürdigkeit.

Lebhafter Beifall
bei der F.D.P. –
Beifall bei der CDU

REDE

Zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Börner

Herr Präsident,
meine Damen und Herren!

Der Herr Ministerpräsident hat jetzt das Koalitionsbündnis begründet. Wir halten es mit dem Motto „jeder soll nach seiner Façon selig werden“.

Vielhauer (GRÜNE):
Ein echter
Liberaler!

Sie haben offen zu erkennen gegeben, dass Ihre Partei sich einen neuen politischen Standort gesucht hat. Die Reste der Schmidt-SPD sammeln sich in der Kurt-Schumacher-Gesellschaft, um dort zu überwintern.

Kronawitter (SPD):
Eingeweckt!

Herr Rau erklärt, das Bündnis, das Sie vorhin begründet haben, sei kein Modell für den Bund. Herr Schröder in Niedersachsen erklärt in Radio Luxemburg, er könne auch nicht mit den GRÜNEN, korrigiert sich zwei Tage später – nachdem der Landesvorsitzende Bruns erklärt hatte, es sei richtig, dass Herr Schröder das gesagt habe –, er denke aber noch einmal nach.

Herr Ministerpräsident, Sie waren der Vorreiter dieser ganzen Entwicklung. Die ganze Karawane Ihrer Kollegen in anderen Bundesländern ist an Ihnen vorbeigezogen. Sie sitzen jetzt in der Wüste,

Heiterkeit und
Beifall bei der F.D.P.
und der CDU –
Boppel (GRÜNE):
Die Kamele –
das ist die F.D.P.!

das nächste Wasserloch ist weit, und die Kamele sind verschwunden. Das ist die ganze Situation dieser Landespolitik.

So schnell kann das gehen. Sie dürfen nicht den Versuch machen, uns zu erklären, dass dahinter noch die Architektur einer großen Politik stehe. Das ist eine reine Achterbahn.

Vielhauer (GRÜNE):
Es gab auch Tee!

Das, was Sie neulich stundenlang beim Kaffeetrinken – ein besonderes neues Kennzeichen der Öffentlichkeitsarbeit der GRÜNEN –

verhandelt haben, war ja nicht mehr die Architektur einer neuen Politik. Da ging es doch darum, dass Sie gedenken, eine Staatssekretärin bei sich zu behalten, sie aber einem anderen Minister zu unterstellen, da Sie eine neue Staatssekretärin berufen und mit einer anderen Ministerin gleichberechtigt arbeiten lassen wollen,

Boppel (GRÜNE):
Das Modell
ist anders!

dass Sie ein Mitglied Ihres Kabinetts durch Entzug von Abteilungen persönlich erheblich geschädigt haben

Jakob (GRÜNE):
Sie müssen das
Kleingedruckte
lesen!

und ihm ein Trostpflaster mit dem Bundesratsministerium gegeben haben; der darf sich dann zu Weihnachten einen langgehegten Wunsch erfüllen und sich einen neuen Staatssekretär suchen. Das ist doch keine Architektur einer neuen Politik!

Heiterkeit und
Beifall bei der
F.D.P. und der CDU
Boppel (GRÜNE):
Was wären Sie denn
gern geworden,
Herr Gerhardt?

Sie haben natürlich recht: Auch so kann man Bewegung in eine Landespolitik bringen. Das ist aber die Bewegung eines Brummkreisels, das hat keine große politische Perspektive.

Heiterkeit und
Beifall bei der F.D.P.

Das Kaffeegespräch bei Ihnen mit den GRÜNEN,

Zurufe von der SPD

die ja sonst nach Möglichkeit immer alle Welt an ihren Verhandlungen zu beteiligen suchen, hat nichts mit der Versöhnung von Ökonomie und Ökologie zu tun gehabt. Es hat auch nichts mit einer geordneten Regelung der Abfallbeseitigung zu tun gehabt. Wahrscheinlich haben Sie keine fünf Minuten darauf verschwendet, einmal zu überlegen, welche Haushaltsreste Sie denn haben, warum diese entstanden sind, welche Arbeitsplätze sie nicht stabilisiert

haben und wie die Beschäftigungslage aussieht.

Beifall bei der F.D.P.

Ich habe auch nicht zu würdigen, dass dieses Bündnis bisher in dieser Phase der Tolerierung besondere Leistungen erbracht hätte. Mit zwei Gesetzen sind Sie vor der Verfassungsgerichtsbarkeit.

Zuruf des Abg.
Boppel (GRÜNE)

Beim **Förderstufenabschlussgesetz** haben Sie sich durchsetzen können, und die GRÜNEN haben Ihr schulpolitisches Programm beerdigt. Beim **Personalvertretungsgesetz** haben Sie wider besseres Wissen durch Ihre langjährige exekutive Tätigkeit den Kopf eingezogen und die beiden Sie tragenden Fraktionen beschließen lassen, dass hessische Dienststellenleiter sich fragen lassen müssen, ob sie die Verantwortung für die Leitung einer Dienststelle fürderhin noch übernehmen können. Ich unterstelle Ihnen, Sie denken genauso wie ich, aber Sie haben nicht die Traute gehabt, diesen Fraktionen zu sagen, dass es für eine geordnete Exekutive notwendig ist, dass Verantwortlichkeiten klar bestimmt werden.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abgeordneten der CDU

Das ist kein Erfolg Ihrer Politik.

Sie haben ein **Bildungsurlaubsgesetz** beschlossen, und wir haben das hier in Debatten erörtert. Sie stehen jetzt vor der Verabschiedung eines **Abfallgesetzes**. Ich sage Ihnen voraus, Sie werden sich wundern, wie das Ihr in Aussicht genommener Minister handhaben wird.

Boppel (GRÜNE):
Wissen Sie das denn schon? –
Engel (GRÜNE):
Warten Sie
erst einmal ab!

Es ist legitim für eine Opposition, einmal darauf hinzuweisen, dass vielleicht der Sozialminister Clauss nun ganz froh ist, dass er den Mülltourismus an Joschka Fischer abgeben darf. Das ist aber nicht die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie, das ist das Schwarze-Peter-Spiel, wer das hinterher in der Öffentlichkeit zu vertreten hat. (Boppel (GRÜNE): Sie wirken so beleidigt, Herr Gerhardt!)

Boppel (GRÜNE): Sie wirken so beleidigt, Herr Gerhardt!

Wir haben festzustellen, dass der Innenminister der Lage nicht mehr gewachsen ist. – Herr Boppel, wenn Sie in der Opposition wären, dann hätten Sie Herrn Winterstein ganz anders angegangen und angegriffen, als Sie das nun tun, wo Sie sich ins Kabinett begeben wollen.

Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. –
Vielhauer (GRÜNE):
Dann wäre er gar kein Innenminister!

Beifall bei der
F.D.P. – Vielhauer
(GRÜNE): Wie hätten
Sie es denn gern?
Seien Sie nicht
so heuchlerisch!
Wie wollen Sie es
denn haben? –
Welteke (SPD):
Der Punkt ist: Die
F.D.P. hat damit
schon lange Übung!

Boppel (GRÜNE): Sie
waren doch dafür!
Sie haben es doch
positiv begrüßt!

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU –
Zuruf des Abg.
Vielhauer (GRÜNE)

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Das ist ja das Wundersame an den GRÜNEN: Eine neue politische Kultur wollen sie bringen, und wenn ein Kabinettsessel winkt, dann vergessen sie geradezu alles in der Auseinandersetzung mit dieser Lage.

Was hat eigentlich den Innenminister, der doch geordnete Verfahrensabläufe in einem Rechtsstaat kennt, dazu bewogen, sich einen Dritten als Beauftragten auszusuchen, um seine Pflichten zu erledigen?

Wie erklären Sie sich eigentlich die Tatsache, Herr Winterstein, dass Sie den Ministerpräsidenten auch noch veranlasst haben, dem in Aussicht genommenen Herrn ein Dankschreiben zu schicken, obwohl Sie noch nicht einmal mit der Staatsanwaltschaft gesprochen hatten und sich der in Aussicht Genommene wohl auch nicht das Richtergesetz daraufhin angesehen hatte, ob das denn wohl so gehen könnte? Das war keine friedensstiftende Funktion, Herr Winterstein. Sie sind stiftend gegangen, das ist die Tatsache, die hier festgehalten werden muss.

Sie haben Angst bekommen, mit einer eindeutigen Erklärung des Innenministers eventuelle Verhandlungen stören zu können. Sie waren doch auf Tauchstation. Sie haben doch den Redeschwall der GRÜNEN hingenommen, ohne an dem Wochenende überhaupt ein Wort zur Polizei zu finden. Sie sind der erkennbar schwächste Minister in diesem Kabinett, ohne dass man Ihnen eine Abteilung weggenommen hat und sie Joschka Fischer zuordnen will. Mit Ihnen ist kein Staat zu machen, weil Sie die Grundsätze dieses Staates in dieser schwierigen Situation von Ereignissen in Frankfurt in der Verantwortung Ihres Dienstbereichs nicht kühl entschlossen und geradlinig vertreten haben. Sie sind ausgewichen. Und deshalb ist der Antrag begründet.

Ob die GRÜNEN einen anderen Staat wollen, sollen die GRÜNEN meines Erachtens selbst beantworten. Es gibt vieles in den Aussagen, das darauf hindeutet; allerdings gestehen die GRÜNEN selbst, dass ihre Programme so kunterbunt sind.

Boppel (GRÜNE):
Sie distanzieren
sich im Moment
von Herrn Milde!

Mir würde eine Diskussion zu grobschlächtig sein, mit Ihnen jetzt darüber zu rechten, welchen anderen Staat Sie wollen.

Wir nehmen auch die Äußerungen des Ministerpräsidenten zum Thema **Gewaltanwendung** ernst. Wir begrüßen auch die **Klarstellung zum staatlichen Gewaltmonopol**. Gegen all das haben wir nichts einzuwenden.

Boppel (GRÜNE):
Das hebt Sie
wohltuend von
der CDU ab!

Aber, Herr Ministerpräsident, eines vermissen wir: dass am Ende Ihrer Ausführungen zum staatlichen Gewaltmonopol, zur Gewaltanwendung und zu polizeilichen Einsätzen die Überlinger Erklärung nicht Gegenstand Ihrer Regierungserklärung wird. Darf ich Ihnen diese hier noch einmal verlesen? Das ist die Erklärung des SPD-Landesvorstands und des Fraktionsvorstandes der SPD in Hessen. Die erklären am 3. November 1982: „Die Gruppe der GRÜNEN im Hessischen Landtag, die zu den gewalttätigen Angriffen einer anarchistisch-kriminellen Gruppierung nichts Besseres zu erklären weiß, als den recht- und pflichtmäßigen Einsatz der Polizei zu verurteilen, zeigt nicht nur ihre politische Unreife, sondern auch ihr offensichtlich gestörtes Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und zum Rechtsstaat.“

Zuruf von der CDU:
Hört, hört!

Weiter: „Der SPD-Landesvorstand und der Fraktionsvorstand der SPD-Landtagsfraktion lassen aber in Fragen der parlamentarischen Demokratie und Gewaltfreiheit nicht mit sich spielen.“

Das haben Sie in Ihrer Regierungserklärung heute auch erklärt; nur damals waren einige Sätze noch hinzugefügt.

Kanther (CDU): Jetzt
spielen Sie mit!

Diese lauten: „Es bleibt in der politischen Verantwortung und Entscheidung der GRÜNEN, anarchistische Gruppen zu tolerieren oder sich mit ihnen zu verbinden. Sozialdemokraten haben weder für das eine noch für das andere Verständnis. Die GRÜNEN entziehen sich selbst den Boden für parlamentarische Gespräche.“

Stanitzek (CDU):
Hört, hört! –
Kanther (DU): Es
lebe die Koalition!

Damals haben Sie den Boden für parlamentarische Gespräche als entzogen gewertet; heute halten Sie den Boden für den Einzug der

GRÜNEN ins Kabinett für bereitet. Das ist der schizophrene Teil Ihrer Regierungserklärung gewesen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Das lässt sich auch nicht hinwegdiskutieren. Die GRÜNEN haben sich nach den Frankfurter Ereignissen ausschließlich damit beschäftigt, mit Blickrichtung auf den polizeilichen Einsatz, wie wir das seit Jahren gewohnt sind, zu argumentieren. Sie haben **kein differenziertes Bild über den Einsatz der Polizei** abgegeben, und sie haben nicht die Kraft gehabt, sich von Gewalttätern in dieser Szene zu distanzieren. Vielleicht, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, täten Sie das gerne. Ich unterstelle nicht, dass Sie sich unbedingt solidarisieren wollen. Wahrscheinlich müssen Sie es, weil Sie auf so wackeligen politischen Beinen stehen, dass Sie auf diese Unterstützung gegenwärtig nicht mehr verzichten können.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU –
Vielhauer (GRÜNE):
Wir stellen uns
der Auseinander-
setzung!

Das ist mehr, als nur offen zu sagen: Ist das eine Gewaltanwendung?

Engel (GRÜNE):
Haben Sie mit
Ihrer Distanzierung
eine Gewalttat
verhindert?

Diether Stolze hat über eine geringe Abwehrbereitschaft gegen ein Denken und Tun derer geschrieben, die sich als Vorbild für Progressivität und Toleranz präsentieren und Gefallen an der Ergründung möglicher ehrenhafter Motive für Terroristen und Gewalttäter finden. Das ist die **schleichende Erosion**, nicht, ob jemand sagt: Ich vertrete zu diesem polizeilichen Einsatz oder zu der Gewaltanwendung die und die Auffassung.

Boppel (GRÜNE):
Haben Sie sich
jemals von Scholl
distanziert?

„Gewalt gegen Sachen wird weiterhin gerechtfertigt, vor allem dann, wenn es sich um Gewalt gegen Symbole des Kapitalismus handelte“, schreibt Stolze. „Überhaupt gab man sich alle Mühe,“ – wie recht hat der Mann – „Anschläge auf die Rechtsordnung zu entschuldigen mit dem Hinweis auf den berechtigten Zorn junger Menschen.“

Das ist eine völlig klare Diagnose des grünen Umfeldes. Herr Ministerpräsident, dieses Umfeld greift in Ihre Partei etwas über. Sie tragen das in Ihrer Regierungserklärung nicht vor, aber Ihre Partei ist beseelt von einem großen Schwall von Verständnisbereitschaft und geringer werdender Bereitschaft zu klarer Abgrenzung bei der Anwendung von Gewalt.

Ich sage nicht, dass das bei Ihnen in der Partei schwierig wird; aber ich sage: Sie haben zu wenig Mut, Sie haben zu wenig Traute, um diesen Anfängen offen entgegenzutreten. Wenn Sie es schon nicht argumentatorisch machen wollen, halte ich es für geradezu beschämend, dass man nachgeben will und einen Vertreter dieser Auffassung auch noch ins Kabinett nimmt. Das ist der eigentlich entscheidende Punkt.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Sie äußern von der Sozialdemokratischen Partei für alles und jedes Verständnis unter Preisgabe überzeugenden Regierungshandelns. Sie regieren dieses Land, seit es besteht, aber Sie haben selten so wenig Führungskraft gehabt. Noch nie sind sozialdemokratische Ministerpräsidenten so lange auf Tauchstation gewesen. Noch nie ist die Taktik so zum alleinigen Inhalt sozialdemokratischer Politik geworden wie in Hessen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Diese Koalition, die Sie uns vor Weihnachten, noch beschenken wollen, ist nicht mehr mit politischen Zielen verbunden.

Boppel (GRÜNE):
Und wie!

Sie resultiert aus der Befindlichkeit der politischen Akteure.

Boppel (GRÜNE):
Es sind nur nicht
Ihre Ziele!

Die SPD wollte nicht anders, und die GRÜNEN konnten nicht anders. Sie werden sich beide belauern, ob und wann der jeweilige Partner einen günstigen Punkt zum Ausstieg aus diesem Bündnis hat. Orwell läßt schön grüßen! Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen im Kabinett.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Das Motto dieser Arbeit wird nämlich sein: Wer zieht wen wann und mit was über den Tisch? Das wird eine Kreuzfahrt zum Schaden des Landes, und hier wollen wir die Rahmenbedingungen offen ansprechen.

Es ist klar, dass eine prosperierende Wirtschaft ein günstiges politisches Klima voraussetzt. Wer die **Hanauer Nuklearbetriebe** so beutelt, wie das Ihr Bündnis getan hat, der kann wohl nicht auf begeisterte Zustimmung aus dem Bereich der Wirtschaft hoffen. Wer das **Nachtflugverbot** monatelang durch die öffentliche Diskussion schleppt, wird keinen Betrieb begeistern, der bestimmte Güter

und Dienstleistungen über den Flughafen Frankfurt zu bestimmten Zeiten ausfliegen muss. Wer eine Summe von Vereinbarungen über 170 Seiten geschrieben und niedergelegt hat, darf sich doch nicht wundern, dass von der Wirtschaft Kritik kommt, wenn sie das liest. Denn nicht alle Teile der Vereinbarungen werden von denen als Schanghaier Kugelfischabkommen gewertet.

Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU

Also ist es legitim, sich dazu zu äußern.

Vielhauer (GRÜNE):
Dazu äußere ich mich gleich!

Herr Rappe hat im Grunde nichts Anderes geäußert, als Stellungnahmen aus dem Bereich der Wirtschaft gekommen sind. Ich möchte jetzt nicht mehr Herrn Reitz mit früheren Äußerungen zitieren und wende mich einmal einem Zitat von Herrn Rappe zu. Herr Rappe hat erklärt, die weitreichenden Kompetenzen eines grünen Umweltministers in Hessen führten zu einer Verunsicherung der Wirtschaft.

Zuruf des Abg. Lütgert (SPD)

„Wichtige Investitionsentscheidungen für die Zukunft und damit neue Arbeitsplätze“, so Herr Rappe, „werden verhindert.“ Rappe begrüßte ausdrücklich, dass SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau eine Koalition mit den GRÜNEN ablehne, und sprach sich für den Fall unklarer Mehrheitsverhältnisse nach der Bundestagswahl 1987 für eine Zusammenarbeit der beiden großen Volksparteien aus.

Boppel (GRÜNE):
Da kriegen Sie Angst!

Meinen Sie nicht, mit einem Teil der Beschimpfungen, die Sie in die Reihen der hessischen Wirtschaft gerichtet haben, hätten Sie auch Herrn Rappe getroffen nach diesen Äußerungen, die ich hier zitiert habe?

Meine Damen und Herren, wir wollen die Betriebe auffordern, in Hessen zu bleiben.

Demonstrativer Beifall bei den GRÜNEN

Dieses Bundesland Hessen ist nicht das Eigentum der rotgrünen Koalition, und wir wollen das auch öffentlich deutlich machen.

Beifall bei der F.D.P. und der CDU – Vielhauer (GRÜNE):
Auch nicht Ihres!

Wir sind dem Land verpflichtet und nicht Joschka Fischer. Wir wollen vor politischer Torheit nicht weichen.

Hessen ist mehr als Rotgrün. Wir wollen Hessen diesem Bündnis nicht überlassen! Deshalb fordern wir die Betriebe auf, hierzubleiben und mit uns auch in die nächste Wahlentscheidung hineinzugehen.

Engel (GRÜNE):
Danke! –

Boppel (GRÜNE):
Sie sind der Retter
Hessens!

Herr Ministerpräsident, Sie haben wiederum die **Gegengewichtspolitik** vertreten. Mir ist bei diesen Ausführungen eingefallen, warum Sie jetzt wirklich Hessen medienpolitisch weiter abschotten wollen.

Engel (GRÜNE):
Hessen vorn!

SAT 1 hat Helmut Schmidt eine Talkshow und Moderationsaufgaben angeboten. Es besteht für Sie die große Gefahr, wenn er in den Wohnstuben hessischer Sozialdemokraten den Menschen erklärt, wieviel Nullen eine Milliarde hat, dass Ihre ganze Gegengewichtspolitik zusammenbricht.

Beifall bei der SPD
und Abgeordneten
der CDU –

Boppel (GRÜNE):
Wieviel Nullen
hat die F.D.P.?

Das ist nämlich bei Ihrer Gegengewichtspolitik auf Ihre Erklärung zu erwidern.

Beginnen wir einmal mit Ihrem Kanzlerkandidaten z.A. Johannes Rau. Dieser Mann ist neulich in einer großen politischen Auseinandersetzung direkt aus dem Unterstand ohne Helm und Waffe aufs Gefechtsfeld, so nach dem Motto: „Der Pfarrer steht in Gottes Hand, drum braucht er keinen Unterstand.“

Heiterkeit bei der
F.D.P. und der CDU

Er hat sich zu einer Zurücknahme des NATO-Doppelbeschlusses bereit erklärt und zu einer Zurücknahme aller Kürzungen von sozialen Leistungen.

Dann ist er von Herrn Vogel etwas korrigiert worden. Aber, Herr Ministerpräsident, jetzt möchte ich in aller Sachlichkeit einmal die zwei Sparten Ihrer Gegengewichtspolitik abhandeln.

Wir haben mit Ihnen gemeinsam in der Vergangenheit in der sozialliberalen Koalition Kürzungen vornehmen müssen. Dabei hat uns nicht die Lust am Sparen getrieben.

Boppel (GRÜNE):
Was?

Keine Regierung spart gern; sie gibt lieber aus. Es war aber erforderlich, sachgerechte Entscheidungen zu fällen. Antworten auf elementare Fragen der Entwicklung unserer Gesellschaft waren notwendig, und wir mussten den Herausforderungen begegnen.

Können Sie mir zustimmen, wenn ich feststelle, dass wir in der alten Koalition seit 1975 ein Volumen von 132 Milliarden DM durch Beitragserhöhung und Einsparung von Leistungen gemeinsam beschließen mussten? Die Beschlüsse der jetzigen Regierung betreffen ein Volumen von 103 Milliarden DM. Kluge Statistiker rechnen aus: Die alte sozialliberale Koalition hat 62 Prozent der Kürzungen im Sozialbereich zu vertreten, die neue 38 Prozent.

Zuruf von der CDU:
Hört, hört! –
Boppel (GRÜNE):
Das sind sehr
kluge Statistiker!

Von den Leistungsminderungen im Bereich des Arbeitsförderungsgesetzes hat die sozialliberale Koalition sogar rund 70 Prozent veranlasst, die jetzige Regierung. 30 Prozent. Allein das Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz vom Dezember 1971 hat die Hälfte aller Einschränkungen in diesem Bereich gebracht und bringen müssen. Das haben wir zu verantworten; dazu stehen wir. Das haben Sie damals auch verantwortet; Sie stehen heute nicht mehr dazu.

Was ist eigentlich nach den Verschiebungen der Rentenerhöhungen unter sozialdemokratischen Ministern und der Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages für Rentner in der Großen Koalition diese große Kampagne der Gegengewichtspolitik wert? Fragen Sie sich doch einmal selbst, ob Sie deshalb eine Koalition mit den GRÜNEN eingehen müssen.

Engel (GRÜNE):
Das scheint Sie
getroffen zu haben!

Stellen Sie sich die Frage, ob Sie nicht öffentlich anerkennen könnten, dass auch die jetzige Bundesregierung wieder einige **Korrekturen auf sozialpolitischem Gebiet** vorgenommen hat: bei der Erhöhung des Kinderfreibetrages; bei der Erweiterung des Kindergeldes für Geringverdienende; bei der Einführung eines Erziehungsgeldes ab 1988 für ein gesamtes Jahr nach Geburt eines Kindes; bei der Anhebung des Freibetrages bei Unterhalt eines volljährigen Angehörigen; bei der Erhöhung des Haushaltsfreibetrags für Alleinerziehende; bei der Wiedereinführung von Kindergeld und kostenloser

Krankenversicherung für Jugendliche, die arbeitslos sind; bei der Erhöhung des Wohngeldes; bei der Verlängerung des Arbeitslosengeldbezuges für ältere Arbeitslose; bei der Verbesserung der Freifahrtenregelung für Schwerbehinderte; bei der Einführung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung.

Ist das denn wirklich eine Koalition der Umverteilung, eine Ellbogen-gesellschaft, wenn wir uns mit Maßen bemühen, soziale Leistungen, soweit es Haushalte ermöglichen, wieder an die Menschen zurück-zugeben? Was bleibt denn übrig für Ihre Gegengewichtspolitik, wenn Sie das nicht verschweigen in der Öffentlichkeit?

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Sind denn wirklich Ihre weitergehenden Wünsche, die aber, aus unserer Sicht, gegenwärtig eine solide Finanzierung außer Acht lassen, ein Grund für eine Gegengewichtspolitik in einer Koalition mit GRÜNEN in Hessen? Überzeugend ist er nicht.

Wenden wir uns dem anderen Bereich zu. Gibt es denn überzeu-gende Gründe aus Ihrer Sicht, eine rotgrüne Koalition hier zu bilden mit Blick auf den Arbeitsmarkt? Sind die GRÜNEN für Ihr Konzept wirklich der bessere Partner? Lassen Sie mich Ihnen in aller Zurück-haltung und kritischer Distanz zu diesem Konzept mit den Worten von Helmut Schmidt antworten. Helmut Schmidt schrieb neulich in einem langen Aufsatz in der „Zeit“: „Die auf den nationalen Suppen-tellerrand beschränkten Analysen und Vorschläge dieses Sommers sind bedenklich. Es begann schon vor der politischen Wende in Bonn mit der törichten Behauptung, die damalige Bundesregierung sei mit ihrer Schuldenpolitik schuld an der Arbeitslosigkeit. Tatsäch-lich haben wir heute“ – so sagt er – „wesentlich längere und höhere Arbeitslosigkeit als vor Antritt der heutigen Bundesregierung. Dafür allein die jetzige Bundesregierung schuldig zu sprechen, wäre abwe-gig. Sie allein für erfolgreich zu erklären, ist gewiss nicht klüger.“

Er beschäftigt sich dann, wie wir das von ihm gewohnt sind, mit weltweiten Entwicklungen. Ich möchte jetzt auf seine Konsequenz für die Innenpolitik kommen. Er sagt: „Nationale Strategien sind obsolet. Auch ein nationaler Sonderweg der Arbeitszeitverkürzung

kann arbeitsmarktpolitisch nur dann Erfolg haben, wenn und soweit er sich auf die Verteilung desjenigen Anteils am Produktivitätsfortschritt beschränkt, der nicht für Lohnerhöhungen oder für Unternehmensgewinne und Investitionen anderweitig verteilt wird.“

Er führt weiter aus: „Sofern nationale Arbeitszeitverkürzungen über diesen Anteil wesentlich hinausgingen, würden sie zu Wettbewerbsnachteilen im Verhältnis mindestens zu den übrigen EG-internen Industrien führen und damit erneut zu relativ vermehrter Arbeitslosigkeit.“

Er fügt einen Satz hinzu, den sich Sozialdemokraten bei Teilnahme an Veranstaltungen der DGB-Aktionswoche einmal hätten zu Gemüte führen müssen: „Freilich, wer alle Verantwortung auf die Bundesregierung schiebt, der macht es sich zu leicht. Differenzierende Lohnpolitik der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften bleibt in jedem Fall geboten.“

Wenn Sie diese Aussagen von Helmut Schmidt an Ihre Gegengewichtspolitik legen, brauchen Sie die F.D.P. nicht weiter als Industriepartei zu beschimpfen. Die gleiche Kritik äußern wir an Ihrem Gegengewichtskonzept.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abgeordneten der CDU

Herr Ministerpräsident, ich stimme Ihnen zu: Wir haben zu viele Arbeitslose. Aber wir haben hinter uns auch das Erlebnis von 17 Ausgabenprogrammen sozialdemokratischer Art.

Welteke (SPD):
Nein, wenn schon, sozialliberaler Art!

Moment! Mit 50 Milliarden DM von 1974 bis 1982. Herr Kollege Welteke, richtig: Wir haben das mitgetragen. Aber im Unterschied zu Ihnen haben wir daraus gelernt.

Beifall bei der F.D.P.

Was haben diese Programme nämlich gebracht? Gebracht haben sie und geblieben sind die Schulden. Die Arbeitslosigkeit lag damals bei 600.000. Sie blieb trotz der großen Programme bei dieser Zahl; die Arbeitslosigkeit schnellte am Ende der Programme auf 900.000 und dann auf 2.000.000 hoch; Das waren die Auswirkungen der Konjunkturprogramme; aber Sie fordern jetzt in beschäftigungspolitischen

Welteke (SPD): Wie
wären die Zahlen,
wenn wir nichts
gemacht hätten?

Diskussionen wiederum solche Programme.

Herr Welteke, wenn Sie einmal zwei Minuten Gelegenheit nähmen – trotz der Kritik an der Arbeitsmarktentwicklung –, einige wenige Argumente zur Kenntnis zu nehmen!

Welteke (SPD):
Ich höre Ihnen gern
zu als Volkswirt!

Erstens. Es ist unbestreitbar – in der Statistik hat es sich noch nicht bemerkbar gemacht –, dass wir seit 1984 eine **Steigerung der Zahl der Beschäftigten** zu verzeichnen haben. Ende Dezember waren es 168.000 mehr, im ersten Halbjahr dieses Jahres rund 100.000 mehr. Die Zahl der Kurzarbeiter ist auf rund 100.000 gesunken. Obwohl die Ausbildungskosten für Jugendliche in Betrieben von 4.000 DM auf 12.000 DM pro Jahr gestiegen sind, wird es einen neuen Rekord in der Zurverfügungstellung von Ausbildungsplätzen geben.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abge-
ordneten der CDU

Uns reicht das nicht. Aber es sind ermutigende Zeichen.

Ich komme auf Helmut Schmidt zurück: Uns beschäftigt die hohe Zahl der Ungelernten bei den Arbeitslosen. Das möchte ich jetzt im Zusammenhang mit Ihrer Gegengewichtspolitik einmal abhandeln. Dürfen wir uns denn nicht die Frage stellen, ob nicht auch der von Ihnen immer unterstützte DGB mit seiner erheblichen Sockelei im Bereich der Metallindustrie, die zu einer um 30 Prozentpunkte größeren Steigerung unterer Tarifeinkommen im Vergleich zu den Facharbeitern geführt hat, auch Veranlassung gegeben hat, dass wir diese Situation heute auf dem Arbeitsmarkt haben.

Beifall bei der F.D.P.

Meinen Sie denn, die große Schuld in der Arbeitsmarktentwicklung nur auf die CDU und die F.D.P. schieben zu können, um damit Ihre Gegengewichtspolitik zu begründen?

Kronawitter (SPD):
Das letzte Stück ist
absoluter Blödsinn!

Ich wiederhole, was Helmut Schmidt, gerichtet an die sozialdemokratische Fraktion, gesagt hat: „Wer alle Verantwortung auf die Bundesregierung schiebt, macht es sich zu leicht. Differenzierende Lohnpolitik der Arbeitgeber und der Gewerkschaften wäre notwendig.“

Zuruf des Abg.
Welteke (SPD)

Welteke (SPD):
Wie oft haben denn
die Arbeitgeber
regional differen-
zierte Tarifverträge
abgelehnt? –
Also so was!
Keine Ahnung von
der Ökonomie!

Das ist doch mehr, Herr Kollege Welteke, als diese simple Gegen-
gewichtspolitik zur Begründung einer Koalition in Hessen.

Herr Kollege Welteke, darf ich Ihnen noch zwei Zahlen nennen:
Können Sie mir denn zustimmen, wenn ich hier einmal festhalte, dass
es für einen Arbeitnehmer schon einen Unterschied bedeutet, ob er
in der alten sozialliberalen Koalition im Jahre 1982 eine Inflationsrate
von 5,2 Prozent zu verkraften hatte, oder ob er im Jahre 1985 mit
einer Inflationsrate von 2,0 Prozent zu Rande kommen muss.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Ist das denn nichts? Lohnt das denn solche Kampagnen, wenn man
sich ehrlich bemüht?

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU –
Welteke (SPD):
Gucken Sie doch
einmal den Dollar-
kurs in der Zeit an!

Herr Kollege Welteke, geben Sie mir zu, dass zwischen einem Export
von 35 Milliarden DM in den Jahren 1980/82 und einem Export von
70 Milliarden DM in den Jahren 1983/85 ein Unterschied besteht und
dass wir stolz darauf sein können, dies mit erreicht zu haben?

Herr Börner, in der gemeinsamen Koalition mit Ihnen haben wir
manche schwerwiegenden Entscheidungen treffen müssen, die
sozialpolitische Kürzungen betrafen. Wir waren auch nicht immer
erfolgreich in staatlichen Rahmenbedingungen im Bereich der
Arbeitsmarktentwicklung. Wir haben uns über manche Sachver-
halte auseinandergesetzt. Aber eines möchten wir nun doch nicht
zulassen: dass Sie den Popanz der Gegengewichtspolitik aufbauen,
um ein ganz simples Argument der Verschleierung zu bringen.

Das heißt ganz einfach: Begründen Sie bitte nicht weiter mit **Gegen-
gewichtspolitik**, die konzeptionell nicht trägt, die vielleicht noch 20
Prozent mehr sozialer Wünsche befriedigt – dafür brauchen Sie in
Hessen keine rotgrüne Koalition zu machen – und die zum Arbeits-
markt alte Rezepte in den Bundesrat trägt – dafür brauchen Sie
auch keine Koalition, im Bundesrat können Sie auch allein Anträge
stellen –, verschleiern Sie nicht, dass das Sinnen und Trachten Ihrer
Partei die Machterhaltung in Hessen um jeden Preis ist. Das ist das
Ergebnis dieser Politik.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Präsident Dr. Lang: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Nein.

Sie haben seit Juni unsere Frage nach den Kosten der Gegengewichtspolitik nicht beantwortet. Das, was Sie vorgetragen haben, reicht nicht aus, um überzeugend die Notwendigkeit einer Koalition mit den GRÜNEN zu begründen. Es reicht vor allem in keinem Punkt aus, um den Wortbruch gegenüber dem hessischen Wähler vergessen zu machen. Das ist Faktum.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Ich habe mich über die Gründe Ihrer Absage an die CDU nicht auszulassen; diese Diskussion haben Sie und die Union zu führen. Aber auch nach der heute abgegebenen Erklärung von Ihnen verwehere ich mich gegen Ausreden im Lande, die nordhessischen Sozialdemokraten mit etwas konservativerer Struktur weismachen will, es habe für Sie keine andere Alternative gegeben; und die zu Interviews in evangelischen Heften, die in Stuttgart erscheinen, führen, in denen Sie sagen: Der Bruch mit der F.D.P. ist logisch, konsequent, von Dauer; das ist eine Industriepartei, mit der geht es nicht, wir müssen Gegengewichtspolitik machen.

Mich rührt heute nicht mehr so sehr die Frage, ob Sie die Wähler an der Nase herumgeführt haben. Wir ertragen es aber nicht, dass Sie tagtäglich mit gespaltener Zunge draußen auf Feuerwehresten, bei Treffen mit Industrievertretern, bei Handwerksfachverbänden und in Ihrer eigenen Partei reden. Die Haushaltsreste sprechen eine beredete Sprache: Es gab keinen Grund für Ihre Partei, unsere Haushaltsanträge abzulehnen mit dem Hinweis darauf, dass damit das Herzblut eines Sozialdemokraten getroffen würde. Das Geld konnten Sie sowieso nicht umsetzen, das wir als Deckung für unsere Programme gebraucht hätten.

Beifall bei der F.D.P.

Also wenn, dann offener politischer Schlagabtausch, aber nicht das Drücken um die Ecke. Sie haben schon im letzten Jahr Erklärungen aus den Reihen Ihres Landesvorstands gehabt, dass die Gespräche mit CDU und F.D.P. nur pro forma seien. Das hat mich damals zu der

Feststellung geführt, die ich nicht zurückzunehmen habe: Die SPD ist das Bündnis selbst geworden, auch ohne die GRÜNEN.

Wenn Sie an Ihrer Strategie festhalten wollen, durch dieses Umarmen und die Hereinnahme ins Kabinett die GRÜNEN irgendwann aus dem Parlament zu entfernen, um so vielleicht eher eine eigene, alleinige Mehrheit zu erreichen, dann sage ich Ihnen: Dann wird diese Sozialdemokratische Partei, die jahrelang Hessen regiert hat, nicht mehr den alten Charakter haben, sondern das wird eine andere Sozialdemokratische Partei sein. Ohne dass die GRÜNEN noch hier im Parlament sitzen, wird in Ihren Reihen dann dieselbe Glaubensrichtung personell und in der politischen Konzeption vertreten sein.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Sie haben sich von vielem verabschiedet, was in den achtziger Jahren unumstritten war. Sie erinnern sich, dass die Koalition zwischen uns wegen der Auseinandersetzung beendet wurde, ob man in Biblis einen dritten Block braucht und ob Ihre wirtschaftspolitischen Thesen, die Sie auf dem Münchener Parteitag vorgetragen hatten, mit unseren vereinbar gewesen wären.

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, Sie sind heute noch viel weiter. Heute wäre es doch nicht mehr die Frage eines dritten Blocks, heute wäre es die Frage, ob überhaupt noch **Kernenergie** eingesetzt wird. Heute geht es bei Ihnen doch nicht mehr um die Frage hoher investiver Anteile, heute haben Sie mit den GRÜNEN das Gezerre um fast **jede Straßenbaumaßnahme**. Die Autobahn Olpe – Hattenbach haben Sie damals aus verschiedenen Gründen, auch wegen der Entscheidung Nordrhein–Westfalens, politisch zur Disposition gestellt. Heute vertreten Sie nicht einmal mehr die anderen Autobahnbaumaßnahmen.

Welteke (SPD):
Ist doch nicht wahr!
Das haben Sie doch
auf dem Parteitag
gemacht!

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Herr Ministerpräsident, Sie wollen jetzt einen Mann ins Kabinett nehmen, dem Sie die Politikfähigkeit persönlich abgesprochen haben.

Wem ich die Politikfähigkeit abspreche, dem sage ich auch auf einem Landesparteitag der F.D.P., dass er besser nicht Mitglied im Landes-

vorstand würde, und äußere mich auch in Personaldiskussionen mit den Delegierten so. Muss denn Ihre seelsorgerische Bemühung um die Rettung gefährdeter Seelen so weit führen, dass Herr Joschka Fischer dem Herrn Görlach die Naturschutzabteilung wegnimmt, ebenso wie er die Energiewirtschaft aus anderen Häusern abzieht und dass er Mitglied des Kabinetts wird? Ist denn das Politik?

Wagner (Darmstadt)
(F.D.P.): Kabarett!

Finden Sie nicht auch, dass solche seelsorgerischen Bemühungen an anderer Stelle der Gesellschaft geleistet werden müssen?

Die Aufbruchsstimmung für das Bündnis zwischen SPD und GRÜNEN ist gründlich verfliegen. Das ist kein Bündnis des Schreckens oder des Chaos oder des Untergangs. Das Bündnis ist einfach unbegründet. Die bisherigen Ergebnisse sind blamabel. Die Schwierigkeiten der Koalitionspartner sind beträchtlich, und der gebückte Gang der SPD lässt sich nicht länger verbergen. Die SPD unterliegt seit längerem der Auffassung, dass alles, was sie tut, auch gut für das Land Hessen ist. Sie verwechselt ihr parteipolitisches Wohlergehen mit den Interessen unseres Bundeslandes.

Beifall bei der F.D.P.

Das haben alle Parteien so an sich, die zu lange in Ländern regieren. Wir hatten ähnliche Erscheinungen –das sage ich ganz wertfrei – auch bei der CDU Ende der sechziger Jahre gehabt, als wir mit Ihnen in die sozial-liberale Koalition im Bund gingen. Sie sollten sich davor hüten, in Hessen gefährliche Tendenzen einer Staatspartei zu entwickeln. Im Grunde vereinigen Sie sich jetzt mit einem Partner, der die beiden letzten Jahre mit quälenden Prozessen der Selbstfindung verbracht hat.

Boppel (GRÜNE):
Das haben Sie
gar nicht nötig! –
Zuruf des Abg.
Kronawitter (SPD)

Sie auch, nur war Ihr Partner etwas offener. Sie waren schon bisher nicht sehr erfolgreich. Sie werden sich in Zukunft mit dem Umschiffen von Problemen in Hessen beschäftigen, statt mit deren Lösung. Sie stehen immer noch vor der ungeklärten Frage des Verhältnisses Ihres Partners zur Gewaltanwendung.

Welteke (SPD):
Verglichen mit der
Bonner Koalition,
geht es uns bestens!
– Zuruf des Abg.
Boppel (GRÜNE)

Sie nehmen jemanden ins Kabinett, der die **moderne Industrie-**
gesellschaft bekämpft, aber sich offensichtlich in dem Behagen
wohlfühlt, von der „Knete“ derer leben zu können, die eben diese
industrielle Gesellschaft in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung pro-
spizieren lassen: die Arbeitnehmer.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Sie werden mit dieser Koalition keinen Staat machen. Sie werden
aber den Charakter der Sozialdemokratischen Partei verändern.

Gebhardt (SPD):
Darum machen Sie
sich keine Sorge!

Vielleicht gelingt es Ihnen, dem einen oder anderen das gesamte
Vorhaben als Versuch der Rettung, gefährdeter Seelen vorzustellen,
mit Blick auf die Generation, die hier durch die GRÜNEN vertreten
wird. Das Kabinett ist zu klein, seine seelsorgerische Aufgabe ist um-
stritten. Der finanzielle Spielraum des Landeshaushalts geht gegen
Null, um dabei erfolgreich sein zu können.

Heute Morgen, Herr Ministerpräsident, kam eine Dokumentation der
GRÜNEN auf meinen Tisch. Dort steht: In Frankfurt ist dabei für viele,
auch für uns, der Eindruck einer Polizeistrategie entstanden, die das
Einschlagen von Schaufensterscheiben abwartet, um danach mit
Massenfestnahmen, Einkesselungsaktionen und totalem Schlagstock-
einsatz eine Eskalation herbeizuführen,

Koch (CDU):
Der Koalitions-
partner da!

die bestimmten politischen Interessen dient.

Koch (CDU):
Sehr richtig!

Herr Ministerpräsident, Sie wissen nun, mit wem Sie sich einlassen.

Lebhafter Beifall bei
der F.D.P.
und der CDU

Mit sozialdemokratischer Politik hat das nichts mehr zu tun.

REDE

Verleihung der Ehrenurkunde und Paulskirchen-Medaille

in Würdigung seiner Verdienste
um den politischen Liberalismus
an Wolfgang Mischnick

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zu Beginn möchte ich darauf aufmerksam machen, dass die Liberalen nicht erst seit vierzig Jahren für die Freiheit streiten. Sie haben viel erreicht. Ihr Werk ist der **liberale demokratische Verfassungsstaat**, und ihrem politischen Weg ist die moderne arbeitsteilige Industriegesellschaft gefolgt. Dennoch hat die liberale Bewegung nicht gesiegt. Rechte und linke Diktaturen beherrschen immer noch eine zu große Zahl von Völkern.

Liberale Politik ist deshalb aus unserer Sicht nötiger denn je: Für die weltweite Ächtung der Todesstrafe, für die weltweite Ächtung der Folter, für die Bekämpfung des Rassismus (als einer der übelsten Menschenrechtsverletzungen) wie gegen Ausländerfeindlichkeit; gegen die rechte Diktatur in Chile genauso wie gegen linke Repression, Unterdrückung und Pressezensur in Nicaragua.

Die liberale Bewegung hat sich geschichtlich nicht erschöpft. Armut und Hoffnungslosigkeit verhindern in weiten Teilen der Erde immer noch die Teilhabe vieler Menschen, und auch in modernen Industriestaaten gilt es, die persönliche Sphäre des einzelnen gegen das Vordringen und den Druck großer Organisationen und großer Institutionen zu verteidigen und der öffentlichen Verwaltung von Menschen entgegenzuwirken. Deshalb ist liberale Politik weltorientiert. Für die **größtmögliche Freiheit des einzelnen** in Staat und Recht, in Wirtschaft und Gesellschaft, für die Erhaltung und Entfaltung der **Individualität persönlichen Daseins** und der **Pluralität menschlichen Zusammenlebens**, schlicht für die **Menschenwürde durch Selbstbestimmung**.

Freiheit und Menschenwürde sind für uns unteilbar. Menschenrechte bedeuten für viele überhaupt erst die Chance zu überleben, bedeuten Befreiung von Hunger und Krankheit. Sie bedeuten Befreiung von Obdachlosigkeit und Analphabetentum. Sie bleiben aber nur Stückwerk ohne die **Freiheit des Geistes und der Kultur**. Arbeit und soziale Sicherheit entfalten doch erst ihren Sinn, wenn sie zum privaten Lebensentwurf des einzelnen hinführen.

Deshalb werden aus unserer Sicht die Menschenrechte erst durchgesetzt sein, wenn die Menschen nicht nur im wirtschaftlichen und sozialen Sinn menschenwürdig leben, sondern wenn sie zugleich kulturell, geistig und politisch frei entscheiden können. Das ist unser Unterschied, dass wir die Ablösung einer linken Diktatur durch eine rechte Repression nicht für gut befinden und die Ablösung einer rechten Repression durch eine linke Repression nicht als Befreiung von Menschen empfinden können. Sehr in Konkurrenz zu manchen Bewegungen. Wenn wir für die Freiheit gestritten haben und streiten, dann tun wir das für die ganze Freiheit. Für die Freiheit des Geistes ebenso wie für die freie Wirtschaftsordnung. Für die Befreiung von Not ebenso wie für die Befreiung von Unterdrückung und Unrecht.

Meine Damen und Herren,

die F.D.P. ist keine Aktiengesellschaft, die sich aus wirtschafts- politischen und innen- und rechtspolitischen Anteilseignern zusammensetzt. **Freiheit ist unteilbar.** Freiheit findet ihre Grenzen dort, so haben wir im liberalen Manifest von 1952 beschlossen, wo die Rechte der Mitbürger, die Gleichheit vor dem Gesetz oder die Existenz des demokratischen Staates bedroht werden. Und sie beruht auf Toleranz und Wettbewerb als denjenigen Grundsätzen, welche im Zeitalter des religiösen und politischen Pluralismus allein Fortschritt durch die Aufklärung aus der Kraft der Vernunft gewährleisten, haben wir, nahtlos daran anschließend, in den Freiburger Thesen von 1971, fast zwanzig Jahre später, erklärt. Sie ist für uns undenkbar ohne die Bereitschaft des einzelnen, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen und Leistung zu erbringen, ergänzen unsere Kieler Thesen von 1978.

Meine Damen und Herren,

wer Chancen will, muss Risiken akzeptieren. Wer Rechte bekommt, hat auch Pflichten. Wer etwas ändern will, muss aktiv mitarbeiten. Der Weg zur Durchsetzung von Forderungen ist lang, und wir brauchen Geduld. Die Sicherung der Freiheit kann nur gelingen, wenn allen Bürgern die Bedingungen für eine menschenwürdige Existenz und die Erfüllung formal garantierter individueller Rechte eröffnet werden und wenn die wesentlichen Gestaltungsprinzipien für eine verfassungsmäßige Ordnung durch einen Staat garantiert werden. Für die F.D.P. ist damit der **Staat** mehr als nur der gewünschte Garant eines Auftrags zur Wachstumsvorsorge. Wer ihn so verengt, der macht ihn zu einem Koloss auf tönernen Füßen und treibt ihn in eine Legitimitätskrise.

Wer Freiheit und soziale Sicherheit haben will, der darf diese Aufgaben nicht täglich allein an den Staat delegieren, sondern der muss sich für die Übernahme eigener Verantwortung entscheiden. Denn niemand kann vom Staat die perfekte Vorsorge erwarten, ihm das dazu notwendige Diagnose-, Prognose- und Steuerungs-

instrumentarium geben, ohne die Personalität und die Subjektstellung des privaten Menschen anzutasten. Die Verringerung des Risikos geht immer auf Kosten der Freiheit, hat uns Karl-Hermann Flach ins Stammbuch geschrieben.

Wer Freiheit verwirklichen und schützen will, braucht **Macht**. Niemand hat das besser erfahren als die Nationalversammlung, die 1848 hier an diesem Ort, in der Paulskirche getagt hat. Die F.D.P. bejaht die Bundeswehr. Unsere Soldaten bilden Streitkräfte in einer Demokratie. Sie sind nicht dazu da, die Grenzen anderer Staaten zu gefährden, sondern unsere demokratische Ordnung zu verteidigen. Wir respektieren aber auch die Gewissensentscheidung eines Wehrdienstverweigerers. Wir wehren uns dagegen, dass der Wunsch nach Frieden moralisch zwischen Soldaten und Zivildienstleistenden aufgeteilt wird. Niemand darf vom ‚Gewissen haben‘ so reden, als sei er das Gewissen selbst. Auch unsere Soldaten wollen, wie wir selbst auch, den Frieden als unabdingbare Voraussetzung für ein Leben in Freiheit und Menschenwürde. Denn nur ein solches Leben verleiht doch dem Frieden wahrhaft Sinn.

Wir wollen deshalb entschiedene und fortgesetzte Schritte zu einer wirklichen **Abrüstung der konventionellen und nuklearen Waffen**. Mehr gegenseitiges Vertrauen und weniger Waffen. Es bleibt unser Ziel, den Frieden durch blockübergreifende Zusammenarbeit, schrittweise europäische Sicherheitsvereinbarungen, schrittweise Abrüstungsmaßnahmen und schließlich die Umwandlung des militärischen Blocksystems in ein Friedenssystem zu sichern. Vor dem Hintergrund dieser Aufgabe ist es unerlässlich, nicht beim Vollzug des Nato-Doppelbeschlusses stehen zu bleiben, die Stationierung von Systemen im Weltall zurückhaltend abzuwägen und besser konkrete Schritte auszuarbeiten, die all das näher bezeichnen, das uns weiter zum langfristigen Ziel der Überwindung von militärischen Blöcken führt.

Schon in der Gründungsproklamation der F.D.P. 1948 in Heppenheim haben die Liberalen zur Selbstverantwortung und Achtung vor der Menschenwürde aller aufgerufen. Dies ist der Weg der

F.D.P. zu Freiheit, Frieden und Sicherheit für Deutschland in einem geeinten Europa, beschloss der erste Bundesparteitag der F.D.P.

Meine Damen und Herren,

unser Land hat viel Leid und unermesslichen Schrecken über unsere Nachbarländer gebracht. Aber trotzdem haben wir den Wunsch, dass sich das deutsche Volk seine innere und äußere Ordnung friedlich und frei wählen können sollte. Den Liberalen geht es um die deutsche Identität im Rahmen einer **Europäischen Union**. Eine Gemeinschaft freier Völker in offener Freundschaft mit anderen Demokratien. Weil wir eben eine gemeinsame deutsche Kultur und eine gemeinsame Geschichte staatlich vereinigt sehen wollen und weil wir uns keine traumatische Belastung allein durch zwölf Jahre deutscher Geschichte geben wollen. Deutschland hatte nicht nur Adolf Hitler, Deutschland hatte auch die Nationalversammlung hier in der Paulskirche 1848.

Freiheit und Macht ist nicht nur ein äußeres Problem. Macht kann auch Freiheit bedrohen, im Innern wie nach außen. Die Freiburger Thesen haben deshalb der Eigentumsfrage eine große Bedeutung gewidmet. Freiheit braucht Eigentum, formulieren sie. Eigentum schafft Freiheit. Nicht die Freiheit hat im Eigentum, sondern das Eigentum findet in der Freiheit seine Begrenzung und Begründung. Eigentum grenzt den Freiheitsraum anderer ein.

Und 1977 hat daraus ein Bundesparteitag in Kiel gefolgert, das Recht am Eigentum findet seine Entsprechung im Recht auf Eigentum. Es bedarf im freiheitlichen Rechts- und Sozialstaat unseres Grundgesetzes jedoch der Ergänzung durch die Verpflichtung des Staates. Zu einer Gestaltung der Eigentumsverhältnisse, die Eigentum von einem Vorrecht weniger zu einem Recht aller macht. Denn unkontrollierte und oft unbegrenzte Macht kann sich in vielfältigen Formen in den Händen weniger konzentrieren, nicht nur in autoritärer oder diktatorischer Herrschaft.

Die liberale Bewegung begann einst als Aufstand gegen die absolute Herrschaft der Fürsten. Sie hat zunächst das Prinzip der liberalen Demokratie entwickelt, als durch alle Bürger legitimierte und kontrollierte Herrschaft auf Zeit. Sie hat aber auch wirtschaftliche Macht begrenzt, durch Markt und Wettbewerb einerseits, durch staatliche Rahmenbedingungen andererseits und durch Mitbestimmung, meine Damen und Herren.

Die F.D.P. bevorzugt eine Mitbestimmung, die dem einzelnen mehr Möglichkeiten als großen Organisationen gibt, die seine Stimme verwalten, denn uns bewegt immer noch die Frage von Friedrich Naumann, ob es Formen gibt, um auch im Zeitalter großer Betriebe die Persönlichkeiten zu retten und zu erhalten. Wir können uns schlecht an quantitative Bemessungen gewöhnen, wonach 10 000 Menschen nicht viel sind, 50 000 auch noch nicht die nötige Durchschlagskraft haben, meine Damen und Herren, und dass einer für sich allein schon unendlich viel sein kann, ein fast vergessener Gedanke in unserer Gesellschaft wird.

An den Deutschen Gewerkschaftsbund möchte ich von dieser Stelle aus ein versöhnliches Wort richten. Der DGB hat unbestreitbare Verdienste in der Nachkriegsentwicklung unseres Landes, nicht nur mit seinem Beitrag zur reinen wirtschaftlichen Prosperität, sondern vor allem für die soziale und demokratische Stabilität unseres Landes. Wir streiten deshalb mit den Gewerkschaften nicht über die Mitbestimmung, sondern über die Form der Mitbestimmung. Wir streiten mit den Gewerkschaften nicht über das Streikrecht, sondern über die Wirkung neuer Streikformen in der Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit. Und deshalb sagen wir dem DGB: Keine falschen Fronten beim Paragraphen 116 und hin zur Sache, um die es geht. Keine Feindschaft zwischen DGB und F.D.P., sondern Argumente zwischen einer demokratischen Partei und einer freien Organisation in einer Demokratie.

In seinem Essay über die Freiheit hat John Stuart Mill geschrieben: „Schutz gegen die Tyrannei der Behörde ist nicht genug. Es bedarf auch des Schutzes gegen die Tyrannei der vorherrschenden

Meinungen und Gefühle“. Geistige Macht, meine Damen und Herren, kann sich in einer freien Gesellschaft entwickeln. Deshalb muss sie dem kritischen Urteil und der freien Entscheidung des einzelnen im Wettbewerb vieler Ideen und Religionen unterworfen werden. Liberale dulden **keine kulturelle Hegemonie**, deshalb wehren wir uns dagegen, dass eine Gesellschaft dazu neigen kann, Ideen und Gewohnheiten auch durch andere Mittel als bürgerliche Strafen Andersdenkenden aufzunötigen. Denn wir leben in einer Situation, so haben wir im Freiburger Programm formuliert, in der Wahrheit und Gerechtigkeit nicht als fertige Antworten überliefert werden, sondern angesichts des Wandels der Verhältnisse stets als neu zu stellende Frage an den Menschen auf geworfen und erörtert werden.

Ein großer Sohn der Stadt Frankfurt, Johann Wolfgang von Goethe, hat im Jahre 1830 die Liberalen beschrieben. Er sagt: Der wahre Liberale sucht mit Mitteln, die ihm zu Gebote stehen, so viel Gutes zu bewirken, als er nur immer kann. Aber er hütet sich, die oft unvermeidlichen Mängel mit Feuer und Schwert vertilgen zu wollen. Er ist bemüht, durch ein kluges Vorschreiten die öffentlichen Gebrechen nach und nach zu verdrängen, ohne durch gewaltsame Maßregeln zugleich ebenso viel Gutes mit zu verderben. Er begnügt sich in dieser stets unvollkommenen Welt so lange mit dem Guten, bis ihn, das Bessere zu erreichen, Zeit und Umstände begünstigen.

Es gibt nichts Besseres zur F.D.P. zu sagen. Vier Jahrzehnte lang hat die F.D.P. in Hessen Politik in dieser Tradition gemacht, sie wurde am 29. Dezember 1945 im Basler Hof in Frankfurt am Main gegründet. Seit dem ersten Landesvorsitzenden unserer Partei, Georg Ludwig Fertsch, dem Vater unseres heutigen Landtagsabgeordneten Dieter Fertsch-Röver, haben nicht nur die, die jeweils an der Spitze standen, sondern alle Mitglieder, Kommunal-, Bundes- und Landespolitiker, die in unserer F.D.P. mitgearbeitet haben, diesen Landesverband geprägt. Sie gingen mit der F.D.P. in Hessen durch Höhen und Tiefen ihrer öffentlichen Geltung und auch, wenn ich an das Jahr 1956 denke, durch innere Krisen. Max Becker und Oswald Kohut, Karl-Hermann Flach, Heinz Herbert Karry und Heinrich Kohl

seien stellvertretend für die genannt, deren Lebensleistung sich mit liberaler Politik verbunden hat.

Wir sind nicht klüger als die anderen Parteien, auch nicht moralischer, aber auch nicht dümmer, hat Theodor Heuss einmal erklärt. Entscheidend ist, welche **Werte** wir in die Zukunft hineinretten und bewahren wollen und welche **Garantien** wir der Öffentlichkeit dafür geben, in Personen, die uns repräsentieren, in der Sache und im Erscheinungsbild unserer Partei.

Wer ein System von Basisentscheidungen predigt, meine Damen und Herren, so hat Karl-Hermann Flach geschrieben, der muss Garantien entwickeln, dass es weder zur totalen Funktionsunfähigkeit führt noch in eine Wertediktatur umschlagen kann. Wer ein sozialistisches System will, der kommt um eine Analyse solcher bestehenden Systeme nicht umhin, um eine Untersuchung ihrer Repressionsgrade, ihrer Manipulationspraktiken, ihrer Effektivität und ihrer besonderen Abhängigkeiten. Wer einen starken Ordnungsstaat bevorzugt, der wird das Machtstreben von Bürokratien und die Einschränkung des privaten Lebensentwurfs des einzelnen in Kauf nehmen müssen.

Wir vertreten den Rechtsstaat als Garanten liberaler Grund- und Freiheitsrechte, und wir müssen den Mut haben, den Menschen zu sagen, dass sie stark genug sein müssen, andere Menschen anders sein zu lassen. Wir brauchen **freien und kritischen Geist**. Wir wollen den Zugang von jedermann zur Bildung und Kultur nach Eignung und Leistung weiterhin aufrechterhalten. Wir wollen den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel bewältigen.

Dabei muss die Herausforderung durch **moderne Technologien** angenommen werden, zur Humanisierung des Arbeitslebens. Carl Friedrich von Weizsäcker sagt uns: Die Fron der Arbeit mildert sich. Nur manche psychische und soziale Struktur erklärt alle Technik zum Übel.

Wir wollen die **Gleichberechtigung von Mann und Frau** im alltäglichen Leben und insbesondere am Arbeitsplatz durchsetzen. Wir glauben nicht, dass es ein dauerhaftes Instrument sein kann, dieses über Frauenbeauftragte zu erreichen, sondern nur über Berufschancen, die wir Frauen im Arbeitsleben anbieten.

Wir brauchen die Systeme der **sozialen Sicherung**, wir brauchen die Erneuerung des Generationsvertrages zwischen alter und junger Generation. Wir brauchen die Solidargemeinschaft, meine Damen und Herren, aber sie muss in der Mitte stehen, zwischen sozialer Kälte und sozialer Verhätschelung, ihre Voraussetzung nämlich, und ihre Finanzierungsvoraussetzung ist die persönliche Leistungsbereitschaft. Und persönliche Leistungsbereitschaft ist keine Kategorie der Ellenbogengesellschaft, sondern ein großer Bestandteil der Lebensführung von Menschen. Sie trägt damit zur politischen und wirtschaftlichen Stabilität in einer industriellen Hochkultur bei. Abraham Lincoln hat es treffend ausgedrückt. Er sagt: Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt. Ihr werdet keine Brüderlichkeit schaffen, wenn ihr den Klassenhass schürt. Ihr werdet den Armen nicht helfen, wenn ihr die Reichen ausmerzt. Ihr könnt den Menschen auf die Dauer nicht helfen, wenn ihr für sie tut, was sie für sich selbst tun könnten und sollten.

Liberaler Politik, meine Damen und Herren, ist eine Politik aus der **Bejahung des Lebens**. Wir glauben, dass die Menschen in ihrer übergroßen Mehrzahl immer noch mehr Lust haben, zu leben als zu sterben. Und deshalb empfinden wir es als unseren Auftrag, einen Beitrag zur **Verringerung der Selbstängstigungsbereitschaft in unserer Gesellschaft** zu leisten. Und an die Stelle der lähmenden und problemverschärfenden Perspektiven der letzten Jahre motivierende und problemschärfende Perspektiven zu setzen.

Das ist, meine Damen und Herren, der Kern unserer gegenwärtigen aktuellen Oppositionsaufgabe in Hessen. Unsere Wirtschaft produziert nicht nur Lippenstifte und Nippesfiguren. Sie produziert auch Krankenhäuser, Schulen und hochwertige Medikamente. Bei der Chemotherapie des Krebses, beim industriellen Einsatz heißer

Plasmen, bei industriellen Fertigungsanlagen, bei der Konstruktion des Weltraumlabor, bei der Qualität unserer Facharbeiterausbildung hat sie doch beispielhafte Erfolge aufzuweisen. Sie bringt ein großes Humankapital in der deutschen Facharbeiterausbildung in die Zukunft. Und deshalb werden auch einst, wenn die Prognosen so eintreten, zwölf Milliarden Menschen auf dieser Erde leben können, und ihre Versorgungssicherheit wird auch durch einen hohen Beitrag entwickelter Industrieländer bewältigt werden können.

Meine Damen und Herren, wir haben in vierzig Jahren Geschichte der hessischen F.D.P. keine Patina angesetzt. Unsere politische Aufgabe ist nicht erledigt. Vieles, was uns heute als selbstverständlich erscheint, muss täglich neu erkämpft werden. Wir sind aber optimistisch. Mit Johann Wolfgang von Goethe gehen wir einen Weg, der heißt: Nur der verdient sich die Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muss.

Allein mit unserem Grundgesetz ist es nicht getan. Mehrheiten können mit Minderheiten intolerant umgehen. Antipluralistisch kann sich unsere Gesellschaft entwickeln. Aggressivität lernen wir doch täglich kennen. Wir müssen uns deshalb weiter um eine **freiheitliche Entwicklung in unserer Gesellschaft** bemühen. Wir stehen heute vor der Aufgabe, eine Politik zu gestalten, die in einer Gesellschaft im Wandel von Schornsteinen – als Symbol industrieller Entwicklung – zu der Einbeziehung von hoch entwickelten Informationstechnologien kein soziales Vakuum entstehen lassen darf.

Deshalb möchte ich zum Abschluss einen Auftrag weiterhin für die F.D.P. festhalten. Mit ihrem spezifischen politischen Beitrag mit dafür zu sorgen, dass wir soziale und demokratische Stabilität im Strukturwandel unserer Gesellschaft erhalten müssen wegen des inneren und äußeren Friedens in unserem Land und für unser Land. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

REDE

Startbahn West / Demonstrationen

Herr Präsident,
meine Damen und Herren!

Der Debatte ist zu entnehmen, dass wir wohl alle der Meinung sind, dass am Montagabend der letzten Woche Kriminelle am Werk waren, dass Polizeibeamte, deren Aufgabe es ist, den Rechtsstaat zu schützen, die Sicherheit und den inneren Frieden zu gewährleisten, ermordet worden sind. Diese Debatte findet ja wohl auch statt, weil wir alle empfinden, dass diese Demonstration bei allem, was wir im Zusammenhang mit Demonstrationen schon an Eskalationen erlebt haben, eine einmalige Eskalation gewesen ist, und weil wir das Gefühl haben, dass wir gegenüber der Öffentlichkeit Rechenschaft ablegen müssen und den polizeilichen Einsatz, die gesetzgeberische Lage und das politische Tun neu zu durchdenken haben.

Ich darf aus einem Kommentar von Hermann Rudolph in der „Süd-deutschen Zeitung“ zitieren. Das war ja wohl auch der Ausgangspunkt der Argumentationen, die viele Sprecher der Fraktionen hier heute vorgetragen haben.

„Die Richtung, in der sich Demonstrationen entwickelt haben, ist leider ganz offenkundig. Denn das Entsetzen über die beiden

Toten verdeckt nur teilweise, dass diese Morde so unvorhersehbar nicht waren. Dass der Demonstrationsszene in den letzten Jahren eine militante Bürgerkriegstruppe zugewachsen ist, war ja wahrhaftig nicht zu übersehen. Ebenso wenig konnte man sich darüber Illusionen machen, dass die sogenannten „Autonomen“ auf dem Weg waren, auch Barrieren zu schleifen, an denen nicht gerührt werden darf, wenn menschliches Zusammenleben möglich bleiben soll;“

Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.

„die Aufladung mit Gewaltbereitschaft, die ihre martialische Aufmachung wie ihre auf den puren, aggressiven Aktivismus gerichtete Pseudo-Ideologie anzeigt, gibt dieser Eskalation jedenfalls eine fatale innere Folgerichtigkeit. Und schließlich änderte sich trotz aller Klagen und Auseinandersetzungen nichts an dem parasitären Verhältnis, in dem sich diese Gruppen, die mit dem demokratischen Demonstrieren nichts im Sinne haben, zu denen befinden, die es friedlich nützen – weder an der Ausnutzung dieses Rechtes durch die Autonomen noch an der Hinnahme dieses Missbrauchs durch die meisten Demonstranten.“

Beifall bei der CDU und der F.D.P.

Das ist für die Landesregierung der Ausgangspunkt, nicht nur das konkrete Ereignis an jenem Montagabend in Frankfurt, sondern eine von uns seit Jahren, wie das in der „Süddeutschen Zeitung“ so geschildert ist, erkannte, beobachtete, oft hingenommene **Demonstrationsbewegung**, der wir oft machtlos gegenüberstehen und die dieses parasitäre Verhältnis manchen gibt, die mit diesem Staat nichts im Sinn haben. Die ist aufgebrochen, demonstrativ, entscheidend, mit dem Mord an diesen beiden Polizeibeamten, und zwar im Missbrauch des Rechts auf Demonstration.

Das ist es, was die Landesregierung dazu bewegt hat, zu sagen: Wir müssen diese Entwicklung neu durchdenken. Wir müssen alle Ebenen der politischen, der polizeilichen und der persönlichen Verantwortung einbeziehen.

Warum fahren, meine Damen und Herren, an jenem Montagabend um eine Gruppe von Vermummten Jugendliche mit Fahrrädern herum, die sehen konnten, dass diese Gruppe, wie es auf dem Film zu

sehen war, Molotowcocktails auspackt, Waffen aus den Taschen zieht und mindestens in Vorbereitungshandlungen eintritt, um Gewalt anzuwenden? Wie wird denn in den Familien in Hessen oder dort, wo diese Jugendlichen wohnen, dann hinterher darüber gesprochen? War das denn nötig? Wie wird darüber diskutiert? Was denken sich Eltern dabei, wenn sie mit ihren Kindern darüber nicht sprechen?

Beifall bei der CDU
und der F.D.P.

Was denkt eigentlich die Dame, die zwischen dieser Gruppe und der Startbahnmauer, während diese Gruppe sich ansammelt, Gewalt anzuwenden, hin- und herspaziert?

Meine Damen und Herren, warum ist eine so geringe Bereitschaft vorhanden, **Gewalttäter** zu isolieren, ihnen keine Deckung zu geben, ihr Tun nicht als Teil einer demokratischen Demonstration zu verstehen?

Vizepräsident Dr. Lang:

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Nein. Ich möchte das im Zusammenhang vortragen.

Warum? Dies ist unser aller Appell auch an eine Öffentlichkeit, die wir benötigen, um Rechte zu sichern. Schärfen wir eigentlich genügend das Bewusstsein dafür, dass **Gewalt kein Schauspiel** sein darf, an dem sich Unbeteiligte mit leichtem Schaudern und Nervenkitzel ergötzen? Haben wir eigentlich die Kraft, Demonstranten zu sagen, dass es nun wirklich an der Zeit ist, selbst einen Beitrag dazu zu leisten, dass das grundgesetzlich verbrieftete Recht auf Demonstration durch persönliche Verantwortung mit uns gemeinsam zu retten ist, statt nur auf Fehler der Polizei zu verweisen oder die Politik in die Ecke zu stellen?

Beifall bei Abge-
ordneten der F.D.P.

Die Politik macht Fehler. Die Polizei macht Fehler. Aber machen nicht auch friedliche Demonstranten Fehler, wenn sie es an Entschiedenheit mangeln lassen, **Gewalt gegen Personen und Sachen zu isolieren**?

Beifall bei der CDU
und der F.D.P.

Das ist das, was die Landesregierung sehr bewegt hat.

Mich bewegt auch sehr persönlich immer wieder diese zu vernehmende tibetanische Gebetsmühle des formalen Sich-Herausredens: Man habe ja nicht gewusst, man habe ja nicht gewollt, man habe ja nicht geahnt, man habe ja gar nicht erwartet, dass alles so verlaufen werde, so, als ob wir aus den letzten Jahren nicht genügend Beispiele hätten, dass es eben von manchen so gewollt war, von manchen gezielt vorbereitet und im Ablauf geplant war und Gewalt als Ergebnis erwartet wurde.

Die Landesregierung appelliert an alle hessischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, sich erneut bewusst zu sein, dass Rechte und Freiheiten, die uns das Grundgesetz garantiert, jeden Tag neu erstritten werden müssen. Das Recht auf Demonstration kann aber nur in gemeinsamer Verantwortung von Politik und Bürgertum gesichert und verteidigt werden. Dazu gehört, dass die Bürger nicht zulassen, dass das **Demonstrationsrecht von Gewalttätern zuschanden geritten** wird.

Beifall bei der CDU
und der F.D.P.

Damit muss untrennbar verbunden sein die Bereitschaft aller Menschen, Gewalttaten keinen Schutz, keine Deckung, keinen Schirm, keine kleine und große Menge zu bieten, um Anonymität zu schaffen und Feigheit und Verbrechen zu verbergen. Man kann sich von Vorbereitungshandlungen zur Gewaltanwendung entschieden entfernen. Man muss nicht zögern. Man muss nicht noch ein kleines Weilchen zusehen, was sich da gegebenenfalls entwickelt, um Neugier und Sensationslust zu befriedigen. Zu hoch ist der Preis, den wir für solches Fehlverhalten in persönlicher Verantwortung in diesem demokratischen Rechtsstaat bezahlen müssen.

Beifall bei der CDU
und der F.D.P.

Hermann Rudolph schreibt in der „Süddeutschen Zeitung“: „Das Recht auf Demonstration ist nicht nur bedroht von der Einschränkung durch Gesetz und Exekutive.“

Dr. Günther (SPD):
Aber auch!

Ein Teil der Diskussion hat sich ja heute Morgen so vollzogen.

Es ist zumindest ebenso gefährdet durch eine Demonstrationspraxis, die seinen Sinn ins Gegenteil verkehrt, indem sie nicht verhindert, dass Demonstrationen in Gewalt umschlagen.

Dies erfordert eine scharfe und unübersteigbare Grenze, die ich hiermit in einem öffentlichen Appell ziehen wollte. Wir benötigen die Mitarbeit der Öffentlichkeit, um das Demonstrationsrecht zu sichern. Das Grundgesetz ist nicht nur beschriebenes Papier. Es appelliert an personale Verantwortungsbereitschaft der deutschen Öffentlichkeit.

Beifall bei der CDU
und der F.D.P.

Der Journalist, den ich gern zitiere, weil ich damit freier in der eigenen Argumentation bin, schreibt – ich zitiere es: „Polizei und Justiz gelingt es nicht mehr zu handeln, wie es ihre Aufgabe ist: die potentiellen Störer daran zu hindern, Gewalt auszuüben, die Täter aufzugreifen, die Aufgegriffenen zu überführen und zu verurteilen. Demonstrationen haben den Staat zu oft zum Offenbarungseid gezwungen. Unübersehbar wurde das Recht gebrochen, aber der Versuch, dies zu ahnden, griff ein ums andere Mal ins Leere.“

Der Hintergrund von Einzelgesetzgebungsdiskussionen – Vermummung, Versammlungsrecht, Landfriedensbruch – führt auf den Kern dieser von den Bürgern gefühlten Ohnmacht des Staates bei gewalttätigen Ereignissen, ohne dass wir als Landesregierung heute eine klare Diagnose und eine klare Therapie entwickeln könnten.

Das ist für das **Rechtsgefühl der Bürger** nicht hinnehmbar. Die Frage an uns ist, wie man diesem Zustand abhelfen kann. Sie richtet sich ganz entschieden an die Verantwortung der Politik. Sie geht in die Verantwortung einer Landesregierung, auch eines Parlaments, in die Felder personeller Stärkung der Polizei. Sie geht in die Notwendigkeit einer immer zu führenden Diskussion über polizeiliche Taktik. Sie berührt im Grunde auch das Thema des von vielen Polizeibeamten ausgedrückten **„Alleingelassenwerdens“ der Polizei**, das mit dem Stichwort „Prügelknabe“ hervorstechend und vorwurfsvoll uns Politikern entgegengeschleudert wird, und sie schließt letztendlich auch gesetzgeberische Diskussionen ein.

Der Journalist Hermann Rudolph formuliert weiter: „Der entscheidende Schritt muss der Zugriff auf das Gewaltpotential der „Autonomen“ sein. Denn in ihnen ist ganz offenbar der Gedanke des politischen Protestes so unheilbar pathologisch entgleist, dass Nachsicht nicht mehr zu rechtfertigen ist – welche verqueren Biographien sich hinter ihren furchterregenden Maskeraden auch verbergen mögen. Ob sie diesem Zweck dienen, kann das Kriterium für die Diskussion über die Strafbarkeit der Vermummung sein, die nun wieder auf-flammen wird.“

Eine Demonstrationspraxis, die dem Gewalttäter eine Kulisse zur Verfügung stellt, vor der er seine kriminellen Handlungen bis hin zum Mord begehen kann ohne das Risiko einzugehen, erkannt und be-straft zu werden, ist für den Staat, für den Bürger und für die Polizei nicht hinnehmbar.

Beifall bei der CDU
und der F.D.P.

Die Hessische Landesregierung hat dazu nicht voreilig beschlos-sen. Sie will mit der Bundesregierung die Gesetzgebung zur Ver-mummung, zum Versammlungsrecht und zum Landfriedenbruch gemeinsam behandeln. Dieses Behandeln erfolgt unter der ein-mütigen Auffassung der Landesregierung, dass wir den Feinden des Rechtsstaates niemals mit Mitteln antworten werden, die zu einem Rechtsstaat nicht gehören.

Beifall bei der CDU
und der F.D.P.

Ich füge auch das für die Öffentlichkeit hinzu, deren Erbitterung ich verstehe; sie ist auch meine Erbitterung: Erbitterung ist für jeman-den, der in politischer Verantwortung steht, ein schlechter Ratgeber. Wir verstehen den Zorn und die Erbitterung vieler Menschen. Die Regierung hat die Pflicht, dieses ernst zu nehmen. Aber sie hat auch die Pflicht, kluge Entscheidungen zu treffen, damit sich der Bürger mit seinem Rechtsgefühl im Handeln des Staates wiederfindet.

Beifall bei der CDU
und der F.D.P.

Wir brauchen eine **Identität des Rechtsgefühls des Bürgers mit politischen Entscheidungen**. Diese Identität wird zuzeiten nicht er-reicht werden, wir werden sie nicht immer vollkommen herbeiführen können. Aber ich halte es auf Dauer für eine Gefahr für den demo-kratischen Rechtsstaat, wenn politische Verantwortung den Bürgern

nicht signalisiert, dass ihr Rechtsgefühl im ganz einfachen, praktischen, menschlichen Zusammenleben auch das Rechtsgefühl ist, das politische Entscheidungen leitet. Deshalb muss man aber nicht jedem Begehren in emotionaler Aufwallung nachgeben, darf jedoch über verständliche Emotionen auch nicht kühl hinweggehen.

Eines dürfen wir nicht, und dies wird die Landesregierung auch nicht tun: Wir dürfen einer Gefühlsaufwallung nicht mit einer Gesetzgebung abhelfen wollen, die am Ende einen ohnmächtigen Staat produziert, der die von ihm verhängte Strafanandrohung nicht durchzusetzen vermag und damit erst recht den Zorn unserer Mitbürger herausfordert.

Beifall bei der CDU
und der F.D.P.

Eine solche „maßlose“ Enttäuschung würde aus unserer Sicht die Politik insgesamt in Verruf bringen und über alle Parteien hinwegfegen.

Für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, für die Landesregierung, für mich selbst, auch für die beiden F.D.P.-Minister in der Landesregierung ist es unerträglich, dass wir vermummte Demonstranten als Teil eines gewohnten und an vielen Abenden über die Fernsehschirme flimmernden Bildes haben. Wir lehnen **Vermummung** ab. Wer in der Bundesrepublik Deutschland demonstrieren will, braucht sich nicht zu vermummen.

Beifall bei der CDU
und der F.D.P.

Es gibt keinen einzigen Grund für Vermummung. Es gibt dafür keine Entschuldigung. Wir haben dafür auch kein Verständnis. Dies muss der Öffentlichkeit gesagt werden, weil eine rechtspolitische Auseinandersetzung allein nicht genügt, um der Öffentlichkeit klarzumachen, worum es bei diesem Sachverhalt geht und was zu überlegen ist. Die Diskussion über die Vermummung bedarf einer klaren Argumentation.

Robert Leicht hat in der letzten Ausgabe der „Zeit“ geschrieben – ich zitiere –: „Von der gezielten Regelverletzung bis zu gezielter Schießerei ist ein weiter Weg; aber seine Richtung bleibt dieselbe. Wer das Gesetz bricht, schafft keine Freiheit, sondern umgekehrt:

Beifall bei der CDU
und der F.D.P. sowie
bei Abgeordneten
der SPD

Wer die Bindungen des Rechts sprengt, schnürt die Chancen des politischen Prozesses ab.“

Das ist für Liberale ein ganz wichtiger Satz. Wir haben uns oft in der Vergangenheit – und die Hessische Landesregierung hat es in der Gegenwart zu bestehen – auseinandersetzen müssen mit manchen Vorwürfen, dass man bei kleinen Regelverletzungen, bei kleinen ersten Schritten doch nicht gleich mit der Fülle staatlicher Handlungsmöglichkeiten zuschlägt. Das war wohl immer die kritische Bemerkung.

Ich bin deshalb froh, dass ein Journalist in der „Zeit“ schreibt, dass es immer ein himmelweiter Unterschied sei, aber der gleiche Weg. Für die Liberalen ist das das Zentrum, meine Damen und Herren. Das gilt auch für mich, und ich sage es für die Landesregierung: Wir sind es leid, uns dauernd damit abfinden zu müssen, dass bewusst Regelverletzungen begangen, dass bewusst Regelverletzungen jeden Tag propagiert werden und man von der Regelverletzung zu dem Bewusstsein einer kleinen Gesetzesübertretung, dann gegebenenfalls einer größeren Gesetzesübertretung kommt und dann – vor welchem verquasteten politischen Hintergrund auch immer – der Rechtsstaat einfach nur zusieht und dies zulässt. Das ist das Zentrum der Diskussion, die wir heute zu führen haben.

Beifall bei der CDU
und der F.D.P.

Vermummung ist verboten. Sie ist zunächst eine Ordnungswidrigkeit.

Fischer (Frankfurt)
(GRÜNE): Dann
sagen Sie doch
einmal etwas zu den
Regelverletzungen
in Schleswig-
Holstein oder
zu denen von
Herrn Lambsdorff!

Ich komme noch darauf. Entschuldigen Sie sich nicht mit dem Hinweis auf Lambsdorff, Herr Kollege Fischer, wenn ich das Umfeld zu bewerten habe, das uns in den letzten Jahren Gewaltkriminalität beschert hat.

Fischer (Frankfurt)
(GRÜNE): Sagen
Sie einmal etwas
zu den 80 Prozent,
die Politikern nicht
mehr glauben! Ihre
Selbstgerechtigkeit
ist ja nicht mehr
anzuhören! Gerade
Sie als Liberaler!

Ich glaube, Sie fürchten sich etwas vor den Argumenten, die ich hier vortrage. Ich bitte Sie, sich etwas zu mäßigen. Ich glaube, es ist wichtiger, dass ich dem Parlament hier etwas sagen kann.

Beifall bei der CDU
und der F.D.P. -
Fischer (Frankfurt)
(GRÜNE): Sitzen Sie
im Glashaus?

Vermummung ist verboten. Sie ist zunächst eine Ordnungswidrigkeit und wird in bestimmten Situationen zu einer Straftat. Dieser Unterschied ist umstritten. Er wird rechtspolitisch diskutiert, stellt aber natürlich, wie wir alle in Veranstaltungen spüren, in der Öffentlichkeit kein genügend differenziertes Bild dar. In der Öffentlichkeit überwiegt die Meinung, dass Vermummung nicht verboten sei.

Ich erkläre für den Koalitionspartner F.D.P., aber auch für die Landesregierung: Zwischen Ordnungswidrigkeit und Straftat bei Vermummung liegt im Jahre 1987 nicht der Hort des politischen Liberalismus, sondern nach Austausch aller Argumente die Überzeugung, mit der vorgenommenen Differenzierung die sachlich richtige Lösung gefunden zu haben. Ob diese Überzeugung weiter Bestand haben kann, ist eine der Fragen, die wir jetzt zu beantworten haben. Man kann jedenfalls nicht die Beschwörung einer Liberalität der Absicht, das Demonstrationsstrafrecht in puncto Vermummung zu verschärfen, wie eine Monstranz dem Beelzebub entgeghalten. Das kann keine Argumentation sein;

Zustimmung bei der
CDU und der F.D.P.

denn wir würden die Vermummung grundsätzlich missverstehen, wenn ihre Verteidigung zum Ausweis von Liberalität würde. Das kann kein politisches Anliegen sein.

Entscheidender Grundsatz des Liberalismus ist das **Verhindern des Entstehens von Gewalt** und die **Bekämpfung der Gewalt mit rechtmäßlichen Mitteln**. Zweifellos wäre ein strafbewehrtes Vermummungsverbot ein Mittel des Rechtsstaates, daran kann überhaupt kein Zweifel bestehen.

Die Frage ist aber, ob dieses Mittel geeignet und sinnvoll ist. Wichtig ist, dass Gesetze Sicherheit nicht bloß vortäuschen, sondern dazu beitragen, sie zu gewinnen. Das ist die entscheidende Frage.

Beifall bei der CDU
und der F.D.P.

Die Anordnungen des Gesetzgebers bis hin zum Verbot und bis hin zu Strafsanktionen müssen durchsetzbar sein. Gesetzgebung allein – das weiß die Hessische Landesregierung auch – reicht nicht aus, um Demonstrationskriminalität und politisch motiviertes Verbrechen im

weitesten Sinne in der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern. Sie muss mit einer entscheidenden Anstrengung in der Politik zusammenlaufen, den Gewalttätern durch politische Entscheidungen mit Klugheit das Umfeld zu entziehen, aus dem heraus sie agieren. Das letztere muss bei vielen politischen Entscheidungen bedacht werden. Das erstere wird nach dem Willen der Landesregierung gemeinsam mit der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Polizei geprüft. Wir benötigen das Votum der Polizei selbst. Wir möchten wissen, wie die Polizei die Notwendigkeit und auch die Durchsetzbarkeit von Gesetzen sieht. Es darf zwischen Polizei und Politik in diesen Fragen keine Einbahnstraße geben. Das hat die Landesregierung auf dem Weg, der mit der Bundesregierung vereinbart ist, vor.

Wir brauchen die Sicherheit und die Information darüber, dass die Polizei einen sachverständigen Rat zur Gesetzgebung gibt. Die Polizei muss in dieser Stunde wissen, dass ihr Urteil über die **Notwendigkeit des strafbewehrten Vermummungsverbots** mit entscheidet. Kein Polizeipräsident, kein Einsatzleiter und kein Polizeiführer soll sich bei der Politik darüber beschweren dürfen, dass sie nicht seine Erfahrungen beachtet habe. Man muss uns aber auch sagen, woran wir sind. Es darf nichts im Allgemeinen bleiben. Es muss alles konkret erörtert werden.

Zustimmung bei der
CDU und der F.D.P.

Wir wälzen damit keine Entscheidung auf die Polizei ab. Wir wollen uns aber jetzt nach diesen schrecklichen Ereignissen erneut mit der Meinung derer befassen, die diesen Staat in den vordersten Linien seit Jahren gegen Gewalttäter verteidigt haben, die vorne in schwierigen Situationen Einsatzbefehle geben müssen, die sich gewalttätigen Demonstranten gegenübersehen und die uns nun sagen müssen, ob die Schere der Vorwürfe, die Politik lasse die Polizei im Stich, mit mannigfachen Diskussionen, man benötige dieses oder jenes Gesetz, in sachverständigem Zusammenwirken enger werden kann, damit diese Differenzen, die psychologisch auch der Polizei nicht helfen, nicht mehr weiter bestehen. Diese Frage müssen wir als Verantwortliche der Polizei stellen.

Beifall bei der CDU
und der F.D.P.

Die Landesregierung will den Part der Polizei mitbedenken, bevor man zur Gesetzgebung schreitet. Das ist der Weg, den wir gehen wollen und den wir mit der Bundesregierung verabredet haben. Dieser Weg wird uns in den nächsten Wochen zu Entscheidungen führen.

Robert Leicht schreibt in der „Zeit“ weiter: „Wer auch in diesen zornigen Zeiten darauf besteht, dass ein leerlaufender Gesetzesdruck die Distanzierung von der Militanz jeglicher Form nicht fördert, sondern eher erschwert, der muss Gewalt mit anderen Mitteln überzeugend entgegentreten.“

Das ist nicht nur ein Hinweis auf Taktik, Strategie und Ausstattung der Polizei. Unsere Fragen und unser Wille richten sich darauf, das **Bewusstsein für die unbedingte Verpflichtung zur Beachtung von Gesetz und Recht neu zu schärfen**, vor allem dort, wo die Auseinandersetzung mit staatlichem Handeln, mit dem man als Betroffener nicht einverstanden war, zu einer Praxis der Rechtsverletzung geführt hat, die unter dem Vorwand des eigenen guten Willens und der verabsolutierten eigenen Gewissensentscheidung als legitimer, illegaler Widerstand Rechtfertigung fand, in Wahrheit aber dem politisch motivierten Terror das Feld bereitete.

Die Landesregierung nimmt zunächst in eigener gemeinsamer polizeilicher und politischer Verantwortung in der weiteren Arbeit auch Überprüfungen hinsichtlich des polizeilichen Einsatzes vor. Ich möchte mich aber am heutigen Tage vor Aufnahme von Diskussionspunkten über diesen polizeilichen Einsatz für die Landesregierung hinter die Polizei stellen, weil nicht der Eindruck erweckt werden darf und nicht erweckt werden kann, meine Damen und Herren, als könne man sich am Ende mit kritischen Bemerkungen zum polizeilichen Einsatz vor den schrecklichen Geschehnissen an jenem Abend herausreden.

Zustimmung bei der
CDU und der F.D.P.

Das hätte die Polizei in dieser Stunde nicht verdient.

Beifall bei der CDU
und der F.D.P.

Deshalb muss man auch als politisch Verantwortlicher sehr darauf achten, wenn es darum geht, kritische Bemerkungen aufzunehmen, mit welchem zeitlichen Horizont, mit welchen Maßstäben und in welchen Gremien man in eine ruhige, sachliche und kritische Bewertung des polizeilichen Einsatzes kommt.

Mir persönlich ist noch vieles von dem gegenwärtig, was ich in den letzten Jahren an öffentlichen Stellungnahmen zu vorbeugendem Einsatz der Polizei im Rahmen von Kontrollen bei Demonstrationen gelesen und gehört habe. Viele haben sich ja in den letzten Tagen mit klugen Ratschlägen zum polizeilichen Einsatz an der Debatte beteiligt. Früher wurde von einer Person, die diesem Hause nicht angehört, das Durchsuchen von Plastiktaschen bei Demonstranten auf dem Anmarschweg zu Demonstrationen zu meiner Verwunderung schon als Umschlag von und Verlust an Rechtsstaatlichkeit bewertet. Nach den Frankfurter Ereignissen wurde die mangelnde präventive Tätigkeit der Polizei von derselben Person als sehr problematisches polizeitaktisches Fehlverhalten geschildert.

Beifall bei der CDU
und der F.D.P. –
Fischer (Frankfurt)
(GRÜNE): Danach
werden wir auch
weiterhin fragen!

Deshalb darf die Landesregierung auch einmal darauf hinweisen, dass früher viele den polizeilichen Einsatz, der manchen Ereignissen präventiv vorausging, als grob unverhältnismäßig bezeichnet und das mangelnde Fingerspitzengefühl der Polizei beklagt haben. Sie haben die ungenügende Bewertung durch Polizeieinsatzleitungen in langen Berichten gewürdigt. Aber über das Skandieren der Bezeichnung „Bulle“ wurde von keinem auch nur ein leises stilkritisches Wort verloren. Das sind psychologische Sachverhalte, die die polizeiliche Arbeit so schwer machen.

Zuruf von der F.D.P.:
Selektive
Wahrnehmung!

Wir sagen dies in dieser Stunde nicht nur den Polizeibeamten, sondern ich habe dies auch für die Landesregierung in einer Bundespressekonferenz ausgedrückt: Meine Damen und Herren, sind wir uns eigentlich darüber im Klaren, was sich in hessischen Familien vollzieht, deren Kinder oder Brüder oder Väter im hessischen Einzeldienst zusammengezogen werden müssen, in einen Bus gesetzt werden und dann wöchentlich zu bestimmten stundenlangen Einsätzen an die Startbahn gefahren werden?

Man muss ihren Zorn und ihre Gefühlsaufwallung verstehen; man muss aus politischer Verantwortung einen Weg finden, wieder gefühlsmäßig mit ihnen zusammenzukommen. Wenn wir hier nur so reden, als hätten wir sie nicht im Auge, als begnügten wir uns jetzt mit einer Kritik an dem polizeilichen Einsatz – wobei wir vielleicht noch den Zweifel erwähnten, ob das eine oder andere Gesetz gut ist, worüber man immer streiten kann –, so wäre das nicht ausreichend. Es muss eine Zuwendung der Landespolitik zu diesem Teil unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger kommen.

Beifall bei der CDU
und der F.D.P.

Es gab bemerkenswerte Anregungen. Eine davon – ich habe sie gehört – lief darauf hinaus, dass es eigentlich falsch gewesen sei, dass die Polizei einen Mann, den sie observiert hatte, nicht im Vorfeld festgenommen habe; denn dann hätte man doch vermeiden können, dass sich dieser Mann so schuldig macht.

Ich kann hier nicht solche Behauptungen aufstellen, weil ich mich als Liberaler sehr korrekt daran halte, Herr Kollege Fischer, dass niemand zu verurteilen ist, bevor er nicht von einem Gericht verurteilt wurde. Damit gebe ich Ihnen den Zwischenruf „Lambsdorff!“ zurück.

Beifall bei der F.D.P.
Zustimmung
bei der CDU

Zu dem, was aus manchem Umfeld der Polizei zugemutet wird und wie jetzt argumentiert worden ist, nämlich dass man hätte festnehmen müssen, wodurch die Tat hätte verhindert werden können, dazu muss ich doch sagen: Man darf persönliche Mitverantwortung in der Geschichte der Regelüberschreitung nicht verdrängen. Begonnen hat der Montagabend letzter Woche mit dem Verabsolutieren eigener Lebensanschauungen, mit der Pervertierung des Begriffes Widerstand, mit bewusst angekündigter und durchgeführter Regelverletzung auf dem Wege zur Auslotung der inneren Unsicherheit eines freiheitlichen Rechtsstaates, der trotz aller wirtschaftlichen Souveränität ein gutes Stück verheerender deutscher Geschichte mit sich schleppt und der dem Verlust der Maßstäbe in der Demonstrationskultur nicht beizukommen wusste.

Beifall bei der CDU
und der F.D.P.

Der **Verlust der Mitte** ist das, was uns allen so schwer zu schaffen macht. Wir befinden uns in der Bundesrepublik Deutschland im dauernden Schwanken zwischen Extremen und in der Angst vor manchen verantwortbaren Entscheidungen, weil wir zwölf Jahre verheerende deutsche Geschichte mit zu verantworten haben. Wir müssen uns nun dazu durchringen, der **Gewalt früher entgegenzutreten**. Wir können nicht länger darauf setzen, dass der Staat ausschließlich oder überwiegend auspendelt. Wir haben alle beobachten können, dass ein zurückhaltender Staat zusehen muss, wie das Demonstrationsrecht für alle Bürger von Gewalttätern gefährdet wird. Dies zu verhindern, steht nicht die eine oder andere Gesetzgebung als Allheilmittel zur Verfügung. Notwendig ist eine politische Verantwortung, die sich klar darüber wird, dass der Staat auf Dauer den inneren Frieden gegenüber Gewalttätern mit dem zunehmenden Verzicht auf die Sicherung und Verteidigung von Rechtsgütern bezahlt. Und dies darf nicht sein.

Robert Leicht weist in seinem Artikel in der „Zeit“ uns voraus, an welchem Fall sich das möglicherweise exemplarisch als ganz entscheidende Frage stellen könnte: in der Hamburger Hafenstraße.

Innerer Frieden, meine Damen und Herren, kann nicht das Ergebnis des Zurückweichens vor Gewalt sein. Nicht der Rechtsstaat steht auf dem Prüfstand. Die vorurteilsfreie Erörterung über Notwendigkeit oder Verzichtbarkeit gesetzgeberischer Maßnahmen führt uns nicht in die Unfreiheit. Wichtig ist, dass wir **das Notwendige tun, damit Gewalt nicht am Ende siegt**. Da wir mit der überwältigenden Mehrzahl der Bürger dieser Auffassung sind, können und müssen wir jetzt ihre Hilfe auch erbitten.

Die Wiedereinführung des Landfriedensbruchsparagrafen alter Fassung oder die Verschärfung des Vermummungsverbot es oder die Änderungen des Versammlungsgesetzes können auch Täter-mengen schaffen, deren die Polizei kaum Herr werden kann. Wir müssen uns davor hüten, neue Identifikationschancen für den falsch verstandenen Widerstand und für falsch verstandene Solidarität zu schaffen. Dies könnte sich als kontraproduktiv erweisen.

Einen Wettbewerb um Scheinlösungen wird es zu Lasten der Polizei mit der Hessischen Landesregierung nicht geben.

Beifall bei der CDU
und der F.D.P.)

Wenn sich aber – das sage ich trotz aller und in vielen Feldern bekannter Unterschiede in der Innen- und Rechtspolitik zwischen den beiden Partnern, die gemeinsam hier Regierungsverantwortung haben – gesetzgeberische Möglichkeiten andeuten, die uns die Chance bieten, der Gewalt präventiv besser beizukommen oder im polizeilichen Einsatz der Gewalt besser Herr zu werden, so wird sich trotz Bewertungsunterschieden zwischen CDU und F.D.P. die Hessische Landesregierung für einen solchen Weg entscheiden können.

Beifall bei der CDU
und der F.D.P.)

Kein Gesetz aber, keine noch so gut ausgerüstete und ausgebildete, keine mit noch so vielen Stellen ausgestattete Polizei, keine noch so überlegte Politik wird am Ende erfolgreich sein, wenn sich Menschen weiter dazu entschließen – das ist eine sehr persönliche Wertung von mir –, einen aus meiner Sicht typisch deutschen Nachholbedarf an Widerstand geschichtlich verspätet und mit verquastem Argumenten geltend zu machen.

Beifall bei der CDU
und der F.D.P. -
Fischer (Frankfurt)
(GRÜNE):
Wohl wahr!

Die geistige Vermummung gilt es zu bekämpfen.

Dies wird lange Zeit beanspruchen, ohne dass ein Erfolg in Sicht wäre. Die Hessische Landesregierung wird sich inzwischen allein durch Appelle, allein durch Diskussionen, allein durch Erörterung großer gesamtgesellschaftlicher Problemhorizonte die Sicherheit für das Leben von Polizeibeamten und die Sicherheit von Menschen nicht vorstellen können. Deshalb wird sie unmittelbar einige Entscheidungen treffen müssen: zu Fragen der inneren Sicherheit, zu vielen Ausstattungsfragen auch hinsichtlich personeller Verstärkung. Denn wir tragen als Landesregierung politische Verantwortung, und wir dürfen nichts unterlassen, was in der Exekutive neben polizeilicher Erörterung und vielfältiger Diskussion notwendigerweise nach dem Mord an zwei Polizeibeamten überlegt werden muss, um das Leben von Menschen gegen Gewalttäter besser zu schützen und Gewalttäter besser zu greifen.

Anhaltender Beifall
bei der CDU
und der F.D.P.)

REDE

Zur deutschen Wiedervereinigung

Herr Präsident!
Meine Damen und Herren!

Die deutsche Geschichte hat uns in diesem Jahrhundert nicht sehr viele positive Ereignisse beschert. Sie hat uns nicht reichlich mit Ereignissen gesegnet, über die wir uns freuen können. Ich freue mich sehr, dass uns der heutige Tag Gelegenheit gibt, zu einem Ereignis zu sprechen, das die restliche Tagesordnung des Bundesrates in gewisser Weise unwichtig erscheinen und sie zurücktreten lässt.

Die letzten Wochen gehören zu den **positiven Ereignissen deutscher Geschichte**. Daraus entsteht aus meiner Sicht eine neue deutsche Visitenkarte. Diese wird von unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in der DDR geschrieben und ist geschrieben worden. Wir haben sie nicht zu bevormunden; wir haben sie zu beglückwünschen und ihnen unseren Respekt auszusprechen. Sie haben ein vitales Lebensinteresse zum Ausdruck gebracht, und sie haben auch einer verwöhnten Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland deutlich gemacht, dass frei sein von bedrückender sozialer oder materieller Not im Grunde genommen nicht ausreicht, um wirklich frei zu sein.

Sie haben deutlich gemacht, dass sich auf Dauer kein Gesellschaftssystem halten kann, das Menschen private Lebensentscheidungen untersagen will, aus welcher Ideologie heraus und mit welcher inneren Philosophie es auch ein Staatswesen gegründet hat.

Im Übrigen ist durch die gestrige Nacht deutlich geworden, dass in Europa Diskussionen über Grenzfragen entbehrlich sind. Die gestrige Nacht hat deutlich gemacht, dass Grenzen ihre Bedeutung in der Zukunft verlieren werden. Wenn Grenzen ihre Bedeutung verlieren, sollte über Grenzen nicht mehr diskutiert werden. Die deutsche Visitenkarte, die für die internationale Völkergemeinschaft und auch für die notwendigen emotionalen, positiven Beziehungen unter Völkern neu geschrieben wird, bedingt auch, dass sich die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland daran beteiligt.

Herr Bürgermeister Voscherau hat von der Notwendigkeit gesprochen, nicht zu bevormunden, dem ich ausdrücklich zustimme. Wir möchten zunächst von der Bevölkerung der DDR wissen, was sie möchte, und wir sollten ihr nicht sagen, was sie mögen soll. Zu dieser deutschen Visitenkarte gehört auch, dass wir alle unsere Kraft in allen Parteien zusammennehmen, um unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in der Bundesrepublik Deutschland jetzt zu sagen, dass hier die Entscheidung auf dem Prüfstand steht, ob unsere von reichlich positiver wirtschaftlicher Entwicklung gesegnete Gesellschaft in diesen Tagen die Kraft aufbringt zu teilen, abzugeben, über Ressourcen zu entscheiden, die gegebenenfalls für andere Menschen und anderswo im Interesse von Frieden und Stabilität in Europa dringender gebraucht werden als in von ihren Einkommensverhältnissen her gut situierten privaten Haushalten der Bundesrepublik Deutschland.

Das heißt: Der Beitrag der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, die seit 1945 die Chance gehabt hat, die längste Zeit in der deutschen Geschichte in Freiheit zu leben, ist das Abfragen einer Wertentscheidung, ob sie die Bereitschaft dazu in diesem freiheitlichen System aufbringt oder ob diese Bereitschaft seit 1945 in unserer eigenen Entwicklung verlorengegangen ist. Dies

ist schwierig, weil wir alle aus der deutschen Geschichte wissen, dass es politische Gruppierungen gibt, die in solchen Situationen mit dem Feuer spielen und diese Bereitschaft mit Komplexen des Neides und der Nichtbereitschaft, abzugeben, auf ihre politischen Mühlen lenken, und zwar bei vielen alltäglichen Problemen, die insbesondere im Bereich des Wohnungsbaus sicherlich entstehen werden.

Da wir aber aus der deutschen Geschichte wissen, dass solche Gruppierungen in sozialen und gesellschaftlichen Konfliktsituationen bei uns chancenreicher als bei allen europäischen Nachbarn sind, ergibt sich aus meiner Sicht aus den Ereignissen der letzten Wochen unter Beibehaltung der unterschiedlichen politischen Standorte der Parteien die – ich bitte das nicht überhöht zu verstehen – in Kenntnis der deutschen Geschichte notwendige **Verantwortung, hier gemeinsam zu handeln**.

Die Termine, die vor uns stehen und die – das gilt auch für Entscheidungen bei den nächsten Landtagswahlen und der Bundestagswahl – zeigen, dass wir frei wählen können, dürfen innenpolitisch nicht dazu genutzt werden, um in der entstandenen positiven Situation der deutschen Geschichte kleinkarierte politische Auseinandersetzungen auszutragen.

Wir wissen alle gemeinsam, was an Entscheidungen ansteht. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung, in dieser Situation politische Kräfte, die gegen die Herausforderungen an unsere eigenen Bürgerinnen und Bürger niedere Instinkte mobilisieren, nicht stärker zu machen, als es ihnen in dieser historischen Stunde hinsichtlich ihrer Bedeutung zukommt. Deshalb habe ich es sehr begrüßt, dass wir noch Gelegenheit hatten, zu den Erklärungen zu sprechen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

REDE

Aktuelle Entwicklung in Deutschland

und ihre Auswirkungen auf Hessen / Mauerfall

Herr Präsident,
meine Damen und Herren!

Wir haben in der jüngeren deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts nicht sehr viele Ereignisse beschert bekommen, über die wir uns freuen können. Die Ereignisse der letzten Wochen gehören zu denen, über die wir uns freuen können. Deshalb erscheint mancher Punkt, der auf der Tagesordnung der jetzigen Plenarsitzung steht, und auch manches, was die Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahren bewegt hat, wenn wir uns an viele politische Diskussionen erinnern, so unwichtig angesichts der Ereignisse, wie sie sich jetzt vollziehen.

Fischer (Frankfurt)
(GRÜNE): Oder
überholt wie der
Doppelhaushalt!

Deshalb habe ich den Herrn Präsidenten gebeten, mir das Wort zu erteilen. Es geht nicht darum, dass wir als Ressortminister zu diesen Fragen Stellung nehmen. Aber da es uns alle bewegt, muss es auch erlaubt sein, dass sich ein Kabinettsmitglied dazu äußert.

Beifall bei der CDU
und der F.D.P. -
Dann (SPD):
Keine Frage!

Niemand hat eine solche Entwicklung in dieser Geschwindigkeit voraussehen können. Noch vor einigen Wochen konnte man in der öffentlichen Berichterstattung viele Modelldiskussionen über die Zukunft des europäischen Hauses vernehmen. Einige Modell-

diskussionen waren traditionell davon bestimmt, dass es nicht um Destabilisierung von Systemen in unserer osteuropäischen Nachbarschaft gehen könne, sondern darum, dass wir in einem **langen Prozess der Annäherung der europäischen Staaten** am Ende vielleicht zu Schritten kommen könnten, die diese **Trennungslinie mitten in Europa beseitigen**, die sich gegenüberstehenden militärischen Blöcke über Abrüstungsverhandlungen reduzieren und dann gegebenenfalls zu einem Zustand führen, in dem die **deutsche Teilung überwunden werden kann**.

Es gab andere, die – typisch deutsch, möchte ich sagen – nicht aus der Geschichte gelernt haben und die Adenauersche Politik nicht, wie Erhard Eppler das vertreten hat, als eine verantwortbare Politik akzeptierten, sondern uns weismachen wollen, es könne doch gegebenenfalls historisch einen **deutschen Sonderweg** geben – der aus meiner geschichtlichen Sicht auch schon Irritationen in der internationalen Völkergemeinschaft hervorgerufen hat und mit Bedenken belegt werden kann.

Dann gibt es unterschiedliche andere Varianten, bei denen von der Möglichkeit einer deutschen Föderation gesprochen wurde, die sich in einem europäischen Haus unter Überwindung der Trennung von Menschen enger zueinander entwickeln könne. Meine persönliche Auffassung ist, dass es uns allen guttäte, nicht weiter Modell-spekulationen zu betreiben.

Beifall bei Abgeordneten der SPD und bei der F.D.P.

Wir wissen noch nicht, was am Ende der Entwicklung stehen kann. Wir wissen nur, dass die aufgebrochene Entwicklung gut ist und dass wir sie nach Kräften zu unterstützen haben.

Beifall bei der CDU, der SPD und der F.D.P.

Wir wissen in der Bundesrepublik Deutschland, dass es nach der Präambel des Grundgesetzes unser Ziel ist, eingebettet in eine europäische Friedensordnung die **Chance zur Überwindung der Teilung Deutschlands** zu suchen – in Frieden mit unseren Nachbarn. Deutsche Interessen richten sich gegen niemanden in unserer Nachbarschaft.

Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und bei der F.D.P.

Das muss klar sein, und das ist für die F.D.P. besonders klar. Herr Kollege Krollmann, wir sind die Partei, die der Aufforderung Erhard Epplers in ihrem politischen Wirken in der Bundesrepublik Deutschland schon nachgekommen ist. Ich habe der Rede von Erhard Eppler genau zugehört. Wir sind die Partei, die es für verantwortlich gehalten hat, zunächst in einer Koalition mit der Union den Schritt in die westliche Wertegemeinschaft zu tun, weil wir geglaubt haben, es sei falsch, nach 1945 und dem, was sich geschichtlich ereignet hat, nicht für Klarheit zu sorgen, in welcher Wertegemeinschaft deutsche Interessen aufgehoben sind. Wir sind die Partei, die 1969 nicht etwa unter dem Blickwinkel, ob sie drei oder vier Mandate gewinnt oder verliert, am Sonntagabend vor dem Fernsehschirm gesessen und geschaut hat, ob es sie am nächsten Montag im Bundestag noch gibt,

Beifall bei der F.D.P.

als es notwendig war, die Schritte mit den Sozialdemokraten in Annäherung an die mittel- und osteuropäischen Nachbarn zu gehen. Wir sind im Übrigen zweimal mit dem Thema „Verrat“ belegt worden.

Beifall bei der F.D.P.

Wir sind mit dem Thema „Verrat“ belegt worden, als wir 1967 auf dem Bundesparteitag in Hannover begonnen haben, die Tabuzone deutscher Politik zu durchbrechen und uns zur Oder-Neiße-Linie zu äußern.

Beifall bei der F.D.P.

Wir sind ein zweites Mal mit dem Thema „Verrat“ belegt worden – ich will das nicht ausbreiten; aber ich habe es noch im Kopf, wie das rot an allen Litfaßsäulen hing –,

Wagner (Darmstadt)
(F.D.P.): So ist es!

als wir nicht nur aus eigenem Antrieb, sondern auch aus Entwicklungen in der Koalitionspartei heraus die sozial-liberale Koalition verlassen haben.

Beifall bei Abgeordneten der CDU
und bei der F.D.P.

Ich spreche das deshalb aus, weil ich mit Ihnen in der Wertung der beiden Schritte ansonsten einverstanden bin und es für das Klima zwischen Parteien gut ist, wenn man sich dem zuwendet, welche Funktion Worte haben können. Dieses Thema hat der Friedens-

preisträger des deutschen Buchhandels, Havel, in seiner Rede, die er in der Paulskirche nicht halten konnte, zum Gegenstand seiner Erwiderung gemacht. Maximilian Schell hat das hervorragend vorgetragen. Havel hat damals im Grunde festgestellt, dass Worte sehr geheimnisvolle und verräterische Erscheinungen sind, dass sie ein Lichtstrahl sein können, dass sie aber auch ein todbringender Pfeil sein können, dass sie in manchen Situationen eine Weile dies und eine Weile jenes und manchmal sogar beides gleichzeitig sein können.

Er hat das am Wort des Sozialismus, am Beispiel Lenins, am Beispiel von Marx, auch am Beispiel von Jesus Christus und der Entwicklung des Christentums deutlich gemacht. Aber zum Sozialismus kann keinem in der politischen Auseinandersetzung etwas Besseres einfallen, als das, was wir gegenwärtig entgegennehmen und was auch damit zu tun hat, wie das Wort wirkt. Havel sagt: „Es gab zum Beispiel Zeiten, in denen das Wort Sozialismus für ganze Generationen Erniedrigter und Unterdrückter ein magnetisches Synonym für eine gerechtere Welt war. Für die Ideale, die mit diesem Wort ausgedrückt worden waren, wurden Menschen fähig, lange Jahre ihres Lebens zu opfern und vielleicht gar das Leben selbst. Ich weiß nicht“, – so sagt Havel – „wie es sich in Ihrem Land verhält. Doch in meiner Heimat ist aus demselben Wort, also aus dem Wort Sozialismus, schon längst ein ganz gewöhnlicher Gummiknüppel geworden, mit dem irgendwelche reichgewordenen und an nichts glaubenden Bürokraten allen ihren frei denkenden Mitbürgern in den Rücken schlagen, wobei sie die Feinde des Sozialismus und antisozialistische Kräfte nennen. Wirklich: In meinem Land ist dieses Wort schon längst eine gottlose Beschwörung, der man am besten ausweicht, will man nicht verdächtigt werden.“

Er sagt am Ende: „...nicht weil er gegen eine sozial gerechte Gesellschaftsordnung gewesen wäre, sondern einfach weil viele Menschen ein Wort hörten, welches über Jahre hinweg in allen möglichen und unmöglichen Zusammenhängen von einem Regime beschworen wurde, das nur imstande ist, die Menschen zu manipulieren und zu erniedrigen.“

Das zum Wort Sozialismus ist es, was auch die Menschen in der DDR bewegt hat. Deshalb wird das Wort Sozialismus auch von vielen dort diskutiert, um ihm wieder einen besseren Inhalt zu geben.

Beifall bei Abgeordneten der SPD und bei der F.D.P.

Dieser Prozess muss mit Respekt begleitet werden. Aber ich füge hinzu: Ich persönlich bin nicht davon überzeugt, dass eine freiheitliche gesellschaftliche Entwicklung mit freien, gleichen und geheimen Wahlen auf der anderen Seite ein Wirtschaftssystem haben kann, das dieselben Grundrechte und Freiheiten im Wirtschaftsleben versagt. **Freiheit ist unteilbar.**

Beifall bei der CDU - Lebhafter Beifall bei der F.D.P.

Eine Gesellschaft kann Freiheitsrechte nicht aufteilen, indem sie Menschen erlaubt, private Lebensinteressen durch Einkaufsgewohnheiten, freie, gleiche und geheime Wahlen, Auslandsreisen und Besuche in der Nachbarschaft zu realisieren, und dieselbe Gesellschaft auf Dauer auf einen Weg der Mündigkeit bringen, wenn der Antritt der Arbeit morgens um 8 Uhr in einem Betrieb bürokratisch reglementiert und obrigkeitsstaatlich anbefohlen wird. Für Liberale ist Freiheit unteilbar.

Beifall bei Abgeordneten der CDU und bei der F.D.P.

Es gibt keine Gesellschaftsordnung, die Freiheit in Schächtelchen dosiert zulässt, je nach politischen Zwecken.

Was die Mitbürgerinnen und Mitbürger in der DDR uns vorgeführt haben, ist das **Signal an eine verwöhnte Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland**, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Befreiung von unmittelbarer sozialer und materieller Not nicht ausreicht, um wirklich frei zu sein.

Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU

Sie haben uns ein vitales Lebensinteresse signalisiert, und sie haben in den letzten Wochen für die internationale Völkergemeinschaft eine neue deutsche Visitenkarte geschrieben. Sie haben nach den geschichtlichen Abläufen dieses Jahrhunderts der internationalen Völkergemeinschaft eine **positive emotionale Reaktion von deutschen Bürgern** signalisiert.

Beifall bei der F.D.P.

Wir sollten uns an dem Beschreiben dieser Visitenkarte beteiligen, ohne dass wir sie bevormunden.

Jetzt ein Wort zur deutschen Einheit. Auch in der Koalition mit der SPD, bei den Verhandlungen über die Verträge mit unseren osteuropäischen Nachbarn, bei dem Warschauer Vertrag, bei dem von Willy Brandt und Walter Scheel in Moskau unterzeichneten Vertrag, war völlig klar und unbestreitbar, dass die Politik der Bundesrepublik Deutschland von der Präambel des Grundgesetzes ausgeht und es als legitimes Ziel empfindet, eine Politik zu verfolgen, die die Chance bietet, die Teilung Deutschlands zu überwinden. Wir haben deshalb immer erklärt, dass es oberstes Ziel der Deutschland- und Berlinpolitik ist, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

Das ist der Brief zur deutschen Einheit. Den hat kein anderer geschrieben als damals in schwieriger Situation das politische Lager aus SPD und F.D.P., weil die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten die **Notwendigkeit der Annäherungsschritte zu den osteuropäischen Nachbarn** gesehen haben, aber auch die Verpflichtung der Politik, alles zu tun, damit die Teilung überwunden werden kann; denn in der Teilung liegt natürlich auch ein wirklicher Kern von Konflikten. Ein **zukünftiges Europa**, das es einer Nation zumutet, geteilt zu sein, ist nicht im entferntesten ein so stabiler und offener Faktor, als wenn es darauf beruht, dass alle Nationen ungeteilt ihre Zukunft in einem solchen Europa suchen können.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abgeordneten der CDU

Dann haben wir als Ausfluss der Präambel des Grundgesetzes und in der innenpolitischen Diskussion unseren westeuropäischen und atlantischen Verbündeten immer sehr nüchtern vorgetragen, dass sie Verständnis dafür haben müssten, dass aus einer gemeinsamen Geschichte und Kultur, einer gemeinsamen Sprache eine Nation gebildet wird, dass sie nicht verschwindet, weil eine Trennungslinie mit Schießbefehl, Mauer und Stacheldraht in einer Nation errichtet wird. Wir haben immer gesagt: „Wir wissen, dass alles, was die getrennten Teile Europas zusammenbringt, auch uns Deutsche

zusammenführen kann“ und haben hinzugefügt: „Unsere deutschlandpolitischen Ziele richten sich gegen niemanden. Wir wollen sie nicht gegen unsere Nachbarn, sondern mit deren Unterstützung verwirklichen.“

Meine Damen und Herren,

deutsche Interessen sind europäische Interessen, weil sich Stabilität und eine dauerhafte Friedensordnung in Europa ohne die Aufhebung der Teilung schwierig erreichen lassen werden. Das ist der Ausgangspunkt. Das ist kein überhöhter Nationalismus, das ist auch nicht Bestandteil von revanchistischer Politik. Das ist auch keine Aussage, die uns vor den Abläufen der Geschichte insbesondere in diesem Jahrhundert verblendet erscheinen lässt. Das ist eine ganz natürliche Feststellung, die Menschen mit gleicher Sprache, mit gemeinsamer Kultur und mit gleicher Geschichte an ihre Verbündeten und an ihre Nachbarn richten können. Ich will es eindeutig sagen: Auf diesem Wege wird es notwendigerweise noch mehrere Tabus zu brechen geben.

Ein Tabu muss für die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland beendet sein. Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass im Warschauer Vertrag die Bundesrepublik Deutschland und Polen die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in Zukunft bekräftigen und sich zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität verpflichten. Wörtlich heißt es in diesem Vertrag:

Sie erklären, dass sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.

Gleichzeitig stellen beide Seiten fest, dieser Vertrag berühre nicht die von den Parteien früher geschlossenen oder sie betreffenden zweiseitigen oder mehrseitigen internationalen Vereinbarungen. Dazu gehört, wie der Bundestag festgestellt hat, dass wir noch keinen Friedensvertrag haben.

Meine Damen und Herren,

das polnische Volk ist vor fünfzig Jahren das erste Opfer des vom Hitler-Deutschland vom Zaune gebrochenen Krieges geworden. Die Polen müssen wissen, dass ihr Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen **weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird.**

Lebhafter Beifall

Das ist schmerzlich. Ich kann empfinden, wie es Menschen gehen muss, die in diesen Gebieten aufgewachsen sind und von dort vertrieben wurden. Aber ich glaube, wir können nicht mehr aufrechnen. In Gebieten, die jenseits dieser Grenzen liegen, ist auch die zweite Generation polnischer Bürger aufgewachsen, die ein Recht haben, dort in ihren Lebensinteressen anerkannt zu werden.

Beifall

Wenn wir die Kraft haben, dies in der Politik der Bundesrepublik Deutschland nicht streitig werden zu lassen und damit auch die Kraft haben, heute als selbstverständlich angesehene Außenpolitik weiterzuverfolgen, die von einem Mann vertreten wird, der im Übrigen im Wandel der Zeiten auch schon anders öffentlich beleuchtet und mit Misstrauen versehen wurde, als das heute aussieht – er hat sich nicht immer der Unstreitigkeit in den politischen Lagern erfreut –, dann müssen wir sagen, dass es für die Parteien gut wäre, die beiden für unsere Politik verantwortbaren Entscheidungen von Konrad Adenauer und Willy Brandt zu vertreten. Dies bedeutet aber auch, dass wir in den jeweiligen politischen Lagern die Kraft haben müssen, all jenen entgegenzutreten, die typisch deutsch des Glaubens sind, wir könnten unabhängig von dem, was sich um uns herum ereignet, einen deutschen Sonderweg gehen wie das Weltkind in der Mitten, und die Überzeugung haben, dass unsere Nachbarn aus den geschichtlichen Abläufen nicht wüssten, dass sie dann besonders misstrauisch sein sollten.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abgeordneten der SPD

Die eingeleiteten Schritte und die historischen Chancen, die wir haben, werden nicht weiter chancenreich betrieben werden können, wenn wir es zu internationalen Irritationen über die Haltung der Bundesrepublik Deutschland kommen lassen.

Beifall bei der F.D.P.

Deshalb gibt es, für die F.D.P. die wirkliche Notwendigkeit, an den von uns eingeschlagenen, für die Bundesrepublik Deutschland mitbestimmten, sich heute als lebensnotwendig erweisenden außenpolitischen Schritten festzuhalten. Wir haben das getan, gleich, in welcher Koalition wir waren. Es gehört zum Selbstverständnis der Freien Demokratischen Partei; es ist heute Gemeingut der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland, dass wir das nicht hätten anders machen können. Aber der Weg wurde in der ersten Phase durch heftige Opposition der SPD gegen unsere Politik begleitet und in der zweiten Phase durch heftige Opposition der Union. Ich will das einmal sehr persönlich feststellen; denn wir müssen heute gemeinsam Bilanz ziehen: Ich glaube, dass meine Partei in dieser Politik eine Funktion erfüllt hat, die auch mit zu den heutigen Chancen beigetragen hat, die wesentlich höher liegt, als die fünf Prozent, um die wir immer ringen müssen.

Anhaltender
lebhafter Beifall
bei der F.D.P.

REDE

Regierungserklärung des Minister- präsidenten Eichel

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!
Herr Ministerpräsident,

ich möchte Sie zunächst im Namen der F.D.P.-Landtagsfraktion zu Ihrer Wahl beglückwünschen. Ich wünsche Ihnen und der Landesregierung im Interesse des Landes Erfolg in Ihrer Arbeit. Die Einladung zur konstruktiven und kritischen Zusammenarbeit nehmen wir gerne an.

Beifall bei
der F.D.P.

Ich hätte mir gewünscht, dass die frühere Opposition in der vergangenen Legislaturperiode mehr auf persönliche Anwürfe gegenüber dem Ministerpräsidenten Wallmann verzichtet hätte und die gleiche konstruktive und kritische Haltung eingenommen hätte, die Sie von der F.D.P. in dieser Legislaturperiode erleben werden.

Beifall bei
der F.D.P.

Ich bedanke mich ausdrücklich persönlich bei dem früheren Ministerpräsidenten Wallmann und der Union für die gute und faire Zusammenarbeit. Wir haben eine Wahl verloren, aber wir haben gemeinsam eine erhebliche Leistung für die Zukunftsfähigkeit Hessens geschaffen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Wir haben nun eine Regierungserklärung entgegengenommen, die schon weniger dicht war als die Koalitionsvereinbarung und allemal undichter als die finanziellen Versprechungen, die vor der Wahl gemacht worden sind. Die Überprüfungen stehen in den nächsten Haushaltsdebatten hier zur Diskussion.

Herr Ministerpräsident Eichel, es hat einige einfache Ausreden gegeben, die ich so nicht stehenlassen will. Die **Kosten der deutschen Einheit** standen auch für Sie erkennbar bevor. Sie waren als Vertreter der SPD sogar jemand, der über einen 15-Milliarden-Kredit an die Regierung Modrow noch mit sich reden lassen wollte, als er zur Debatte stand.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Es reicht nicht aus, diese Themen einfach mit dem Hinweis abzuhandeln, der frühere Ministerpräsident Wallmann habe – so habe ich es in der Zeitung nachgelesen – als CDU-Landesvorsitzender über finanzielle Spielräume Erklärungen abgegeben, an die Sie sich gehalten hätten. Sie haben sich sonst nie an Unionserklärungen gehalten!

Herr Ministerpräsident, es gibt im Grunde genommen auch jetzt hinsichtlich der möglichen zukünftigen Belastungen keine sichere Prognose. Sie haben das in Ihrer Regierungserklärung angesprochen. Die **Neuregelung des Länderfinanzausgleichs** steht bevor. Tatsache ist aber, dass sozialdemokratische Ministerpräsidenten in den westlichen Bundesländern, die Nehmerländer sind, alles behalten wollen einschließlich der Strukturhilfe und andere zum Teilen auffordern. Ich will es nicht zulassen, dass die Länder Hessen und Baden-Württemberg landespolitisch als Besserverdienende bezeichnet werden, die man zum Teilen auffordert, während andere die Besitzstandswahrer der Republik sind.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Wenn geteilt werden muss, dann bei allen. Wir werden mit Interesse beobachten, wie Sie sich mit Ihren sozialdemokratischen Amtskollegen Oskar Lafontaine und Johannes Rau auseinandersetzen haben, wenn es um die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs geht. Halten Sie uns diese Ministerpräsidenten etwas fern, wenn vom

Teilen geredet wird; denn dort war die Bereitschaft zum Teilen am geringsten ausgeprägt.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Die Fehler in der Vergangenheit liegen auch woanders. Die F.D.P., meine eigene Partei, hat den entscheidenden Fehler gemacht, den Menschen nicht rechtzeitig mit der Chance zur Wiedervereinigung auch die notwendigen Maßnahmen und die **Kosten** zu nennen, die diese geschichtliche Aufgabe mit sich bringt.

Auf die ersten Fragestellungen des damaligen Kanzlerkandidaten der SPD, Oskar Lafontaine, haben viele Politiker der F.D.P. und auch der Union nach dem Motto: „Was kostet uns das?“ so getan, als koste uns das gar nicht viel, als wäre diese Aufgabe zu lösen bei Wahrung des Grundgesetzartikels I, der Besitzstandswahrung für jedermann. Wir hätten die Menschen besser darauf hingewiesen, dass wir bereit sind, einen Preis dafür zu bezahlen, dass diese geschichtliche Aufgabe gelingt, der Friede in Europa sicherer wird und die Deutschen wieder zueinander finden. Das wäre auch positiv aufgenommen worden.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abgeordneten der CDU

Die politische Klasse in der Bundesrepublik Deutschland hat diesen entscheidenden Fehler gemacht, obwohl die Botschaft zu diesem großen Werk bei der Bevölkerung aus meiner Sicht wirklich aufgenommen worden wäre. Im Kern haben sich die Sozialdemokraten sehr schwer damit getan, das Thema deutsche Einigung politisch zu bewältigen. Willy Brandt hat das gespürt. CDU und F.D.P. haben sich schwergetan, die Dimension des Übergangs von 40 Jahren zentralverwaltungsverwaltungswirtschaftlicher Ordnung in eine marktwirtschaftliche Ordnung einzuschätzen.

Es steht jetzt ein hartes Stück Arbeit bevor, aber diese Arbeit ist mit Parolen nicht zu bewältigen, wie sie von Gewerkschaftsfunktionären geäußert werden, die nach Leipzig zu Demonstrationen anreisen und für die Sicherung von Arbeitsplätzen auch in solchen Betrieben werben, die Produkte herstellen, die niemand mehr kaufen will. Das ist schlichte Demagogie.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Es wird auch einer der zentralen Punkte der Auseinandersetzung mit der von Ihnen konzipierten Sozialpolitik sein, dass wir darauf hinweisen müssen, dass kein staatlicher Haushalt Arbeitsplätze in Betrieben subventionieren kann, die Produkte herstellen, die niemand mehr kauft.

Beifall bei
der F.D.P.

Und für das Sterben solcher Betriebe in den neuen Bundesländern sind immer noch eher die vierzigjährige Herrschaft durch die SED und die Widerstandskämpfer gegen die SED in der heutigen PDS verantwortlich als die Bundesregierung in Bonn.

Zustimmung bei der
F.D.P. und der CDU

Es gibt zu dem Konzept der **Privatisierung, der Sanierung und der Umstrukturierung von Betrieben** keine Alternative; alles andere ist Demagogie. Es ist verantwortungslos,

Fischer (CDU):
So ist das!

was wohlbestallte, mit der Sicherheit von Arbeitsplätzen in westlichen Bundesländern versehene Vertreter von Gewerkschaften heute auf Kundgebungen den Menschen in den neuen Bundesländern erklären.

Zuruf des Abg.
Fischer (CDU)

Die D-Mark ist nicht nur eine Währung. Sie ist auch das Ergebnis von Innovationsbereitschaft, von Risikobereitschaft. Ihre internationale Stärke beruht auch auf dem Bewusstsein – einem Bewusstsein, das dieser Hessischen Landesregierung der Regierungserklärung zufolge abhandengekommen ist –, dass sich sozialpolitische Maßnahmen immer nur im Gleichklang mit der Produktivität einer Volkswirtschaft entwickeln können – niemals anders, nie gegen eine wirtschaftliche Entwicklung.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Es wird zu den wichtigsten Aufgaben der Opposition in diesem Hause gehören, darauf aufmerksam zu machen, dass **die hessische Ausgabenpolitik** zwar ganz großartig aussieht, die Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung der Regierungserklärung zufolge sich jedoch sehr zweifelhaft darstellt. Sie haben doch eine Verteilungsvereinbarung mit den GRÜNEN geschlossen und eine Vereinbarung zur Erwirtschaftung!

Zustimmung bei der
F.D.P. und der CDU

Ich möchte – auch im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen, insbesondere dem Ereignis wenige Tage vor der hessischen Landtagswahl – auf die Vereinbarung zwischen SPD und GRÜNEN in Hessen aufmerksam machen, derzufolge die Landesregierung einem Einsatz deutscher Streitkräfte außerhalb des Nato-Gebietes im Bundesrat widersprechen will.

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident,

die Freie Demokratische Partei kennt die deutsche Geschichte ebenso gut, wie die Sozialdemokratische Partei sie kennt. Es erfremt niemanden, Soldaten in konfliktträchtige Gebiete zu schicken. Doch die zahlreichen Demonstrationen im Januar und manche Äußerung hinsichtlich der Nato-Verpflichtungen gegenüber dem Partner Türkei haben nicht nur Skrupel, sondern auch Irritationen aufzeigt.

Zuruf von der SPD

Manche Äußerungen haben mich sehr nachdenklich gestimmt. Wie kommen wir uns eigentlich gegenüber amerikanischen Familien vor, die zum Beispiel in meiner persönlichen Nachbarschaft, in Bierstadt, leben und deren Angehörige, Väter und Söhne, in Zeiten des Kalten Krieges unsere Freiheit und die West-Berlins hätten verteidigen müssen? Es hätte da doch auch jemand in San Francisco fragen können, warum denn ausgerechnet amerikanische Soldaten dieses Territorium hätten verteidigen sollen!

Zustimmung bei der F.D.P. und der CDU

Es war kein besonderes Glanzstück deutscher Politik, was sich im Januar dieses Jahres hier ereignet hat. Die Bereitschaft, auf der Straße zu demonstrieren, war größer als die, einen Diktator zu kritisieren.

Prof. Dr. Hamer (CDU): Sehr richtig!

Und die Funkstille bei öffentlichen Erklärungen war bemerkenswert! Das darf sich nicht wiederholen. Nach meiner Überzeugung muss das wiedervereinigte Deutschland im Rahmen der Beschlüsse der Vereinten Nationen, also einer Völkergemeinschaft, auch seinen Beitrag leisten. Wir können uns nicht davor drücken.

Beifall bei der F.D.P. und der CDU

Ich sage Ihnen voraus, Herr Ministerpräsident: Das in Hessen von Ihnen vereinbarte Nein ist außenpolitisch falsch, es ist menschlich den unterdrückten und okkupierten Völkern gegenüber nicht verantwortbar. Außenpolitik darf nicht allein von innenpolitischen Belangen abgeleitet werden.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Nachdem der alte Ost-West-Gegensatz durch die Arbeit der Vereinten Nationen endlich überwunden werden könnte und die **Vereinten Nationen** zu dem werden könnten, was wir uns in weltpolitischer Verantwortung immer gewünscht haben, gibt es keinen Grund dafür, dass sich die Deutschen einer **maßvollen Mitverantwortung** entziehen. Herr Ministerpräsident, der Begriff „Solidarität“ darf für Ihre traditionsreiche Sozialdemokratische Partei in, der Außenpolitik kein Fremdwort sein.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Im Übrigen haben die Deutschen nicht, wie Sie es in Ihrer Regierungserklärung formuliert haben, die Aufgabe, eine Pfadfinderrolle zu übernehmen. Das wäre eine Überhöhung. Vielmehr braucht die Sozialdemokratische Partei einen Pfadfinder. Das könnte Willy Brandt sein. Ich fordere ihn auf, sich zum zweiten Male einer großen Orientierungslosigkeit in der Sozialdemokratischen Partei anzunehmen und seine Partei nach seinem Engagement bezüglich der deutschen Wiedervereinigung auch über den Solidaritätsbeitrag deutscher Politik auf internationaler Ebene zu unterrichten.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Wir begrüßen Ihre Erklärung für **Berlin als Bundeshauptstadt**. Ich glaube auch nicht, dass sich das vielfach vorgetragene Argument, Berlin störe die föderative Grundordnung eher, Bonn sei daher besser geeignet, durchsetzen wird. Wir haben in den vergangenen 40 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland viele Zentren sich entwickeln sehen. Wir werden **niemals mehr ein Zentralstaat sein**. Wir haben Lebensrechte und Entwicklungsperspektiven in Stuttgart, München, dem Rhein-Main-Gebiet, der Rhein-Ruhr-Schiene; es werden Magdeburg, Rostock, Dresden und Leipzig hinzukommen. Berlin wird sich nicht zur Hauptstadt eines Zentralstaates entwickeln können. Die Ansiedlung der wichtigsten Verfassungsorgane in Berlin

ist eine notwendige politische Entscheidung, über die wir 40 Jahre lang gesprochen haben. Wir sind gerne bereit, diese Entscheidung mitzutragen. Diese Frage wird nur verkürzt diskutiert, wenn man lediglich den kurzen Abschnitt deutscher Geschichte zwischen 1933 und 1945 betrachtet.

Wir begrüßen ausdrücklich die öffentlichen Äußerungen des Bundespräsidenten zur Hauptstadtfrage. Wir halten es für geboten, uns klarzumachen, dass es politisch unvertretbar wäre, den Bundespräsidenten nach Berlin zu schicken und die anderen Verfassungsorgane in Bonn zu belassen.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abgeordneten der CDU

Es ergibt sich eine Konsequenz daraus, Herr Ministerpräsident: Sie müssen, wenn Sie schon die Hauptstadtfrage diskutieren, auch Auskunft darüber geben, was Sie an **Entwicklungsperspektiven zur Sicherung der Regionen Hessens** anbieten. Sie haben keine Aussage darüber gemacht, wie das wirtschaftlich und kulturell attraktive Rhein-Main-Gebiet, die Region von Wiesbaden über Frankfurt, Offenbach bis Hanau, gesichert werden kann.

Zustimmung bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU

An dieser Stelle möchte ich die Leistungen unserer Regierung nennen: Wir waren es, die die Abschaffung der Börsenumsatzsteuer erreicht und damit den Standort Frankfurter Börse gesichert haben. Wir waren es, die den Sitz der Bundesbank in Frankfurt gesichert haben. Wir haben dazu beigetragen, dass die Schnellbahnverbindung Köln – Frankfurt möglich wurde, ein Projekt, das bei Ihnen jetzt schon wieder sehr variantenreich diskutiert wird. Wir hatten die Kapazitätsprobleme des Frankfurter Flughafens im Blick und haben diesem Unternehmen auch ermöglicht, über seine Zukunftsperspektiven zu reden. Sie bleiben alle Antworten auf die wirtschaftlichen Grundsatzfragen im Zusammenhang mit dem Rhein-Main-Gebiet, einem der dynamischsten Wirtschaftsräume innerhalb des zukünftigen europäischen Binnenmarktes, schuldig.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abgeordneten der CDU

Sie geben dem Frankfurter Flughafen keine Möglichkeit, sich weiterzuentwickeln. Die politisch gleichgerichtete Stadtregierung

in Frankfurt ist der Metropolenkraft dieser Stadt längst nicht mehr gewachsen. Der Kleinkram der SPD ist das äußere Zeichen für deren Zustand.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Sie geben mit Rot-Grün keine Entwicklungsperspektive. Sie sind kein er jetzigen Situation Bremser statt Mitgestalter.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Der europäische Binnenmarkt, aber auch die deutsche Einigung werden zu einer **völlig neuen Wirtschaftsgeographie** auch in unserem Land führen. Wir werden, was Standorte angeht, neue Konkurrenten bekommen. Wir werden auch eine neue Entwicklung der Regionen ins Auge fassen müssen. Frankfurt, das Rhein-Main-Gebiet überhaupt, liegt auf der Achse der wirtschaftlich stärksten Regionen Europas. Es liegt im Zentrum einer Entwicklungsachse von London bis Mailand. Wer diese Achse an diesem Standort unterbricht, der verschlechtert die Chancen für viele. Mit reinem ÖPNV und der Schiene allein wird es Ihnen nicht gelingen, die Attraktivität dieses Standortes zu erhalten, Herr Ministerpräsident.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abgeordneten der CDU

Die **Zukunft der Regionen Mittel-, Ost- und Nordhessen** liegt nicht in der Zonenrandförderung. Ihnen kommt durch ihre Lage in der geographischen Mitte Europas eine Chance zu. Aber sie gewinnen diese Chance erst, wenn sie eine Verkehrsanbindung erhalten, nicht nur, weil sie in der Mitte der Landkarte liegen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Sie brauchen wieder die Lage an den großen Fernverkehrsachsen, vom Köln-Bonner Raum, vom Ruhrgebiet bis in die sich neu entwickelnden Zentren, die alten europäischen Handelswege von Paris bis Kiew und von Prag bis Hamburg.

Die ganze alte Strukturpolitik, meine Damen und Herren von der SPD, ist doch vorbei, auch die, die die Ära Zinn bestimmt hat und damals richtig war. Wer Straßen rückerbaut, macht heute das Tor zu einer zukunftsfähigen Strukturpolitik in diesen Feldern zu.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Sie brauchen heute die **Telekommunikationsinfrastruktur**, und Sie brauchen den **Straßenbau**. Den neuen Wirtschaftsminister bitte ich,

sich eine Untersuchung der HLT sogleich zu Gemüte zu führen. Die HLT schreibt zur Chance des Wirtschaftsraums Hessen-Thüringen: „Marktnähe heißt die Nähe zu und die Erreichbarkeit von wichtigen Absatz- und Beschaffungsmärkten, heißt das Vorhandensein regionaler und überregionaler Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen.“

Und sie formuliert weiter: „Aufgrund der wirtschaftsgeographischen Lage und der Grundstruktur des Verkehrswegenetzes verfügt der nordhessische, der thüringische und auch der mittelhessische Raum über ein bemerkenswertes Infrastrukturpotential. Dieses Netz muss so gestaltet werden,“ – alles Originalton HLT – „dass es die zu erwartenden erhöhten Verkehrsvolumina überhaupt bewältigen kann und zusätzliche Entwicklungsimpulse für die zentralen Arbeitsmarktregionen in Nord- und Mittelhessen sowie in Thüringen schafft, was durch die Anbindung an eine der bedeutsamsten europäischen Ost-West-Transversalen erreicht werden kann.“

Diese Frage beantworten Sie jedoch überhaupt nicht in Ihrer Regierungserklärung und in der Koalitionsvereinbarung. Diese Aufgabe lösen Sie nicht. Sie sprechen von einem Verkehrsinfarkt, wollen die Verlagerung auf die Schiene verzögern, gleichzeitig die Schiene und haben sich auch bei den wenigen und überschaubar notwendigen Straßenbaumaßnahmen nur halbherzig entschieden.

Beifall bei
der F.D.P.

Sie schließen Südhessen verkehrsgeographisch ab, Sie binden Nord-, Ost- und Mittelhessen nicht ausreichend an, und Sie verschlafen damit eine gewaltige Chance für die Zukunft Hessens.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Das geschieht auch so. Herr Kollege Kanther hat Ihnen vorhin die Informationen über Stellungnahmen aus der Kasseler SPD überreicht. Ich habe, zu meiner Überraschung auch, weil ich ja die Solidarität unter Genossen kenne, einen Bericht in der „Hessisch Niedersächsischen Allgemeinen“ gelesen, wonach die Kasseler SPD am Montag von Wirtschaftsminister Welteke den vierspurigen Ausbau der Bundesstraße 7 zwischen Kassel und Eisenach gefordert hat. Herr Welteke, so hat die Kasseler SPD festgestellt, der einen dreispurigen

Ausbau als ausreichend bezeichnet hatte, sehe die Verkehrspläne zu sehr unter südhessischen Gesichtspunkten; Kassel müsse die Chance des geographischen Mittelpunktes nutzen.

Ich muss Herrn Welteke aber in Schutz nehmen gegen den herben Vorwurf, er sehe das unter südhessischen Gesichtspunkten. Rot-Grün sieht das gänzlich so, das hat überhaupt nichts mit Regionen zu tun.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Es führt doch dazu, dass Sie neben dem Straßenrückbauprogramm bis zur einbahnigen Kriechspur der ehemals geplanten A 49 in Nord- und Mittelosthessen kein Konzept haben. Das ist die Vereinbarung. Die nächsten zehn Jahre sind so entscheidend, dass Sie hier vieles verspielen.

Ich möchte auch zu einem zweiten Bereich, von dem ich eigentlich glaube, dass er sicher ein großes Stück Kontinuität auch in der Nachfolgerin finden wird, sprechen. Die alleinige Formulierung für eine **Wissenschaftslandschaft mit sozialökologischer Zukunftsbewältigung** ist mir zu eng. Es gibt mir zu viele Bemerkungen in der Koalitionsvereinbarung, dass in vielen Fällen – von Wissenschaftlern wird ja nicht gesprochen, es wird von kritischen Wissenschaftlern gesprochen, von atomenergiekritischen Wissenschaftlern gesprochen, eine ganz besondere Spezies –

Beifall bei der F.D.P. –
Zuruf des Abg. von
Plottnitz (GRÜNE)

Ich möchte der Landesregierung sagen, dass richtig ausgeübte Wissenschaft allemal kritisch ist, es bedarf keiner Sonderbezeichnungen.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abgeordneten der CDU

Vollends problematisch wird es, wenn sich Politiker an bestimmte Bewertungen begeben – die Unterscheidung zwischen Wissenschaftlern und kritischen Wissenschaftlern und wenn sie dazu noch ökologische Umorientierung als zentrales Ziel der Hochschulpolitik nennen.

Wissenschaft ist bekanntermaßen ein Kommunikationsprozess, keiner, der sich durch beliebige Zielvorgaben ausrichten lässt.

„Ununterbrochen“, so schreibt der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, „beschäftigt er die Gehirne zahlloser kluger Menschen, vieler leider oft gar nicht so kluger lebender, jedenfalls einiger der klügsten unter denen, die schon lange tot sind, zu einem gewaltigen System. Wissenschaft ist der soziale Verstand der Menschheit“. Dieses nach sozialökologischen Gesichtspunkten auszurichten, missbraucht die hessische Wissenschaftslandschaft, meine Damen und Herren.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Hubert Markl schreibt in seinem Buch „Wissenschaft im Widerstreit“ einige wichtige Sätze, Herr Kollege von Plottnitz.

von Plottnitz
(GRÜNE): Ich höre
zu, ich lausche!

„Wer zu Recht vor den Langfrist- und Nebenwirkungen einer Technologie warnt, ist immer gut beraten, auch die Langfrist- und Nebenfolgen des Verzichts auf sie im Auge zu behalten. Es gibt eben auch Nebenfolgen des Warnens vor Nebenfolgen. Wir dürfen gewiss nicht alles, was wir können. Aber dürfen wir deshalb alles verhindern, was wir verhindern können? Es ist nicht immer der der beste Ratgeber, der am meisten Angst einzujagen versteht, weil er seine Besorgnisse am lebhaftesten auszumalen weiß.“

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Diese Bemerkung möchte ich als grundsätzliche Bemerkung zu der Oppositionsaufgabe der F.D.P. schon jetzt voranstellen, wenn Wissenschaftspolitik einseitig ausgerichtet werden sollte. Wir haben eine lebendigere Wissenschaftslandschaft, als sie nur in Professoren in der Kundenkartei der GRÜNEN für Anhörungen zum Ausdruck kommt.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

SPD und GRÜNE haben eine Vereinbarung getroffen und festgestellt, dass sich bezüglich der **zivilen Nutzung der Atomenergie** gezeigt habe, dass bereits heute ökonomisch und ökologisch vorteilhaftere Energiealternativen bekannt seien, darüber hinaus auch technisch machbar seien – finanzierbar sind sie auch – und diese allein eine energiepolitisch sichere Zukunft für das Industrieland Hessen garantieren könnten. So einfach steht das in der Koalitionsvereinbarung. Heute, am 17. April, kann ich das für die F.D.P. noch nicht nachvollziehen. Wir sind jetzt gespannt, welche Förderpraxis bei Energieträ-

gern um sich greift, denn Kohle kann ja wohl der Energieträger für morgen nicht sein.

Kerschgens
(GRÜNE): Warum
denn das nicht?

Wir werden Sie gern unterstützen, Herr Ministerpräsident, wenn Sie mit Ihren Amtskollegen Rau und Lafontaine die **Kohlesubventionierung** zurückdrängen;

Beifall bei
der F.D.P.

denn Sie werden die große Schwierigkeit haben, auch mit Ihrer rot-grünen Koalition, den Hessen weiszumachen, aus der Atomenergie aussteigen zu können und die Kohle zu verbannen, aus dem Jahrhundertvertrag heraus. Sie müssen dann ja ohnehin mit Herrn Rau die Subventionierung von Arbeitsplätzen im Ruhrgebiet und den internationalen CO₂-Ausstoß bei Kohle diskutieren. Verweigern Sie aber den Hessen nicht die Restenergieauskunft! Mit was, mit wem, zu welchem Preis sollen Energiekosten kalkulierende Betriebe von Herleshäusen bis Limburg und von Bad Karlshafen bis Hirschhorn am Neckar arbeiten? Diese Frage muss beantwortet werden.

Beifall bei der F.D.P. –
von Plottnitz
(GRÜNE): Dafür soll
ein Klimaschutzgesetz
gemacht werden!

Ich greife ausdrücklich eine Bemerkung auf, die Sie vielleicht als Ansatzpunkt für Perspektiven hessischer Politik rot-grüner Art gemacht haben. Ich stimme Ihnen zu, es gibt in unserer Gesellschaft natürlich eine **Entwicklung zu vielfältigeren und individuelleren Lebensformen**. Die Familienstrukturen werden bunter, die Sozialstrukturen auch, der einzelne kann sein Leben viel mehr nach eigenen Plänen gestalten. Das bürdet ihm allerdings ein höheres Maß an Selbstverantwortung auf. Karl Popper hat das ausgedrückt – es trifft auch in unserer deutsch-deutschen Situation jetzt so sehr zu -: „In der Verbindung von Freiheit und Sicherheit liegt eine der größten kulturellen Herausforderungen der Gegenwart.“

Wir spüren ja alle, dass unsere Landsleute in den neuen Bundesländern damit psychologisch nach 40 Jahren eines Regimes ernsthaft zu tun haben. Hier liegt übrigens das eigentliche Problem bei der Organisation des deutsch-deutschen Zusammenwachsens.

Beifall bei
der F.D.P.

Aber die vereinbarte **Sozialpolitik** von SPD und GRÜNEN trägt die Gefahr in sich, dass sie so weit perfektioniert wird, dass sie den einzelnen aus meiner Sicht mehr zu einem Objekt des Staates macht. Die soziale Sicherung, Herr Ministerpräsident, kann keine Absicherung gegen die großen Lebensrisiken sein, sondern nur ihre Folgen mildern. Der einzelne kann auf keinen Fall aus seiner Verantwortung für sein eigenes Tun entlassen werden.

Beifall bei der F.D.P. –
von Plottnitz
(GRÜNE): Wer will das
denn, wer hat das
denn vor? Das hat
niemand vor!

Das ist der zentrale Punkt der Auseinandersetzung. Ihre Vereinbarung gibt nur Auskunft über Verteilung, sie gibt keine Auskunft über Erwirtschaftung.

von Plottnitz
(GRÜNE): Nein!
Sie gibt Auskunft
über Hilfe!

Das Netz von Regulierungen und bürokratischen Auflagen, das Sie sozialpolitisch ziehen, wird die Fähigkeit zur wirtschaftlichen Anpassung in unserem Land hemmen.

von Plottnitz
(GRÜNE): Ein
Pappkamerad, den
Sie da aufbauen!

Das wird die Konsequenz Ihrer Politik sein. Sie verteidigen zu lange Altes, Überholtes, Überkommenes und lassen chancenreiches Neues sich nicht ausreichend entwickeln. Das ist die Konsequenz Ihrer Vereinbarung.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

So innovativ Sie sich auch gebärden, Sie sind nicht bereit, den Rahmen, der das Aufkommen sichert, zu durchlüften. Sie wollen, einen **Vollkaskostaat** auf der Grundlage der höchsten Löhne, der kürzesten Arbeitszeiten, des am meisten ausgebauten sozialen Systems. Diesen Rahmen können Sie nicht finanzieren. Er ist auch nicht vertretbar. Er wird am Ende die Freiheitsrechte der Bürger beschädigen. Das wird eine der Auseinandersetzungen sein, die wir mit Ihnen zu führen haben.

Zuruf des Abg. von
Plottnitz (GRÜNE)

Sie verschweigen den Menschen die eigenen Anstrengungen um den notwendigen Wandel.

Sie denken auch zu verkürzt, meine Damen und Herren. Sie sorgen sich um die **beruflichen Chancen von Frauen**. Hinter Ihnen steht eine ganze Gewerkschaftsbewegung, die nichts anderes zu sagen hat, als überall Frauenbeauftragte und Frauenförderpläne zu schaffen.

Solange Sie keine Arbeitszeiten anbieten, die Frauen Berufschancen eröffnen, können Sie von SPD und GRÜNEN all die Frauenbeauftragten vergessen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU –
Zuruf des
Abg. Clauss (SPD)

Sie brauchen **flexiblere Lösungen im Arbeitsrecht**. Sie brauchen flexiblere Lösungen in der Arbeitszeit, und Sie brauchen andere Tarifstrukturen. Wir müssen die Tarifvertragsparteien auffordern, beweglicher zu werden, regionale Besonderheiten zu berücksichtigen, betriebliche Vereinbarungen zu ermöglichen. Wir sind doch keine Industriegesellschaft der fünfziger Jahre mehr, wo Krupp und Hoechst bestimmend waren. Wir sind eine Gesellschaft im strukturellen Wandel, wo die mittelständischen Betriebe die innovativsten sind. Wer denen mit der festen Arbeitszeit von Montagmorgen bis Freitagnachmittag zu Leibe rückt, der soll uns nicht erzählen, dass er berufliche Chancen von Frauen verbessert.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Wir haben als Koalition von CDU und F.D.P. überhaupt die ersten Schritte getan, mit dem Thema Betreuungsschule, mit dem Kindergartenengesetz, das wir beschlossen haben. Sie haben doch die ganze Zeit die Flexibilität befürchtet wie der Teufel das Weihwasser. Das ist ja auch verständlich. Natürlich wird der DGB an Organisationsmacht verlieren, je flexibler Arbeitsverhältnisse sind.

Beifall bei
der F.D.P.

Es kann aber nicht unser Interesse sein, uns die Organisationskraft einer Massenorganisation zum Ziel zu nehmen. Unser Interesse muss es sein, die Berufschancen von Frauen in Arbeitszeiten zur Kenntnis zu nehmen. Diese sind heute nur gegen die Arbeitszeitköpfe des DGB zu erreichen.

Wagner (Darmstadt)
(F.D.P.): Jawohl!

Die Aufforderung, die ich an Sie richte – wo Sie ja sonst doch so innovativ sind und über die Jahrtausendwende gesprochen haben –: Seien Sie nicht so eklektizistisch in Ihrer Innovationsbereitschaft. Zeigen Sie eine pluralistische Innovationsbereitschaft, dann auch gegen die, die Ihnen vor Wahlen im Kreuz stehen und für Sie Flugblätter verteilen.

Beifall bei
der F.D.P.

Die verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten sind ja in allen Ländern gleich. Trotzdem bildet sich immer ein unterschiedliches Regionalimage heraus. Das liegt auch an anderen Faktoren, nicht nur an dem Faktor eines wirtschaftsstarken Landes.

Ich will hier nur bemerken, dass ich sehr hoffe, dass die **Kulturpolitik** nicht wieder in ein Nischendasein – wie sie es immer unter sozialdemokratischer Herrschaft in Hessen hatte – zurückkehrt. Sie ist für das Regionalimage des Landes entscheidend. Wir haben sie aus ihrem Schattendasein herausgeholt. Sie soll jetzt dort auch bleiben. Wir sagen jede Unterstützung bei künftigen Haushaltsberatungen zu. Wir wollen nicht wieder einen Rückfall in einen Dornröschenschlaf in Hessen in der Kulturpolitik.

Beifall bei
der F.D.P.

Aber eines der wichtigsten kulturellen Signale aus einem Land, auch für die Standortqualität Hessens, ist nun einmal auch die **Schulpolitik**. Es handelt sich um viel mehr als nur um eine Schulaufbahn eines Kindes.

Zunächst möchte ich hier bemerken, dass 70 Prozent der jungen Generation in das berufsbildende Schulwesen gehen. Man gewinnt ja oft bei Debatten über Schulorganisationsfragen den Eindruck, als diskutierte man für 30 Prozent. Wir werden sehr darauf zu achten haben, dass dieser große Anteil der jungen Generation in der Verbesserung des Berufsschulwesens begleitet wird.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Das ist für diesen Teil der jungen Generation der Einstieg in das Berufsleben. Ich diskutiere nachher gern über Gymnasium und Gesamtschule. Aber ich möchte für die F.D.P. sagen, dass wir allen Wert darauf legen müssen, dass wir denen eine Auskunft für die Zukunft erteilen, die über Schule, Berufsausbildung und Berufsschule und sich hinterher anschließende Weiterbildung ihren Berufsweg und ihre Lebenssicherheit suchen.

Wir haben es in Hessen in allen politischen Lagern nie gut verstanden, die Schulen in Ruhe arbeiten zu lassen und uns von dem Glauben an die Überlegenheit der einen oder anderen Schulform

zu verabschieden. Das ist auch ein Stück Image von Hessen in den anderen Bundesländern. Zu Beginn einer Legislaturperiode wiederholen sich aber auch immer die gleichen Fehler.— Sie wiederholen jetzt den Fehler, den wir auch gemacht haben: erste Debatte — zwei Gesetzentwürfe.

Beifall bei
der F.D.P.

Der gleiche Fehler! Es erfolgt immer ein vom politischen Willen be-seelter Gesetzgebungsschritt, der die schulorganisatorische Debatte dann jeweils für die komplette Legislaturperiode neu eröffnet. Ich habe geglaubt, Herr Ministerpräsident, dass Sie diesen Fehler nicht machen. Bei unseren internen Diskussionen habe ich vorsorglich erklärt: Ich glaube, dass Herr Ministerpräsident Eichel nach seinen vor der Wahl abgegebenen Erklärungen wirklich pragmatisch einen Weg sucht, die Vielfalt des Schulsystems doch irgendwie zustande zu bringen.

Das wäre auch relativ einfach. Bei den Kreisen, bei denen es flächendeckend Schulsysteme gibt, könnte er ja doch als Sozialdemokrat in ruhiger und vernünftiger Weise mit Landräten und Oberbürgermeistern reden und sagen: Hört einmal zu! Das sozialdemokratische Programm ist ja ganz gut. Aber ich muss euch darauf hinweisen: Vielleicht gibt es ja Eltern, die nicht unserer Meinung sind. Können wir nicht einen Weg finden, Schule, so zu organisieren, dass wir einen Standort für eine weiterführende Schule aussuchen, die andere nicht schädigt, weil wir Sozialdemokraten ja doch so liberal sind, dass wir auch andere Meinungen zulassen als unsere eigene!

Er hat es nicht gemacht. Herr Ministerpräsident, ein großer Fehler! Ein großer Fehler, der zu Beginn der Legislaturperiode gemacht wird. Ich hätte es so nicht erwartet. Ich hätte auch von meinem Kollegen Holzapfel eine persönliche Weiterentwicklung erwartet, statt am Anfang der siebziger Jahre stehenzubleiben.

Beifall und Heiter-
keit bei der F.D.P.
und der CDU

Diese Koalitionsvereinbarung von SPD und GRÜNEN geht zweifellos — verdeckt und zum Teil deutlich — in Richtung einer tendenziellen Vereinheitlichung des gegliederten Schulwesens durch Sekundar-

stufenschule, durch gemeinsame Stundentafeln. Sie verdecken dann auch noch durch Jahrestundentafeln den kommenden Unterrichtsausfall. Sie setzen Akzente, die im Grunde – dazu gehört auch der Punkt Probeunterricht – das fördern, was alles zu einem Einheitschulsystem führt.

Ich will Ihnen sagen, was an Maßnahmen notwendig wäre – Sie haben uns ja zur konstruktiven Begleitung aufgefordert –, um den vielbeschworenen Schulfrieden in Hessen nun auch einmal wirklich zustande zu bringen. Die hartnäckigsten Störungen wären aus der Welt, wenn es überall in Hessen gelänge, einen Zugang zum gegliederten Schulsystem in Klasse 5 zu organisieren an einem einvernehmlich mit dem Schulträger festzulegenden Standort, der andere Schulstandorte nicht schädigt und berücksichtigt, dass es viele Eltern mit vielen Elternwünschen gibt.

Ich halte es für vertretbar, pro kommunale Gebietskörperschaft einen solchen Standort oder auch zwei Standorte zustande zu bringen.

Wagner (Darmstadt)
(F.D.P.): Das wäre
Liberalität!

Der Verfassungsauftrag, den **Zugang zum Gymnasium von der Eignung abhängig zu machen**, wird aus meiner Sicht wirklich nicht erfüllt, wenn für Zweifelsfälle keinerlei Probeunterricht vorgesehen ist. Er ist aus Sicht der F.D.P. kinderfreundlicher als das bewusste Öffnen aller Tore mit der Perspektive: Schulabbruch nach bestimmter Zeit.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Bei der Innovationsbereitschaft in diesem Feld – Herr Kollege Holzapfel, Sie zeigen sie ja groß – ist für mich nicht einzusehen, warum denn überhaupt keine Bereitschaft besteht, die traditionelle Gymnasialzeit von neun Jahren zu überdenken. Wenn schon um der Durchlässigkeit der Schulformen willen keine Verkürzung der Mittelstufe stattfinden soll, dann diskutieren Sie doch einmal mit einem Lehrerkollegium, das bereit ist, Oberstufenfragen zu behandeln. Seien Sie doch nicht so eng wie in der letzten Legislaturperiode, als ein Kollegium bereit war, einen derartigen Versuch zu machen und Sie sich hinter den Schulträger geklemmt haben, der das ablehnte.

Über Liberalität sollen mit uns diejenigen nicht reden, die nicht bereit sind, auch einmal einen schlichten Modellversuch zu machen. In der deutsch-deutschen Situation, wo die neuen Bundesländer wirklich nicht von ihrer 12jährigen Gymnasialzeit abgehen, gibt es doch keinen erkennbaren Grund, einem reformbereiten Lehrerkollegium einen Modellversuch zu verweigern, wo Sie doch sonst alle Reformmodellversuche machen. Es gibt keinen Grund dafür.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Herr Kollege Holzapfel, vielleicht nehmen Sie im Lauf der Legislaturperiode noch einmal Gelegenheit, es näher zu erläutern: Ich habe mit Interesse gelesen, dass man eine Vereinbarung über Europaschulen getroffen hat. Bei der Koalitionsvereinbarung braucht man manchmal Bibelforscher, die einem den Text so richtig erläutern.

Kerschgens
(GRÜNE):

Die haben wir halt!
– von Plottnitz

(GRÜNE): Die stellen
wir Ihnen, Herr
Dr. Gerhardt!

Ich will vorsorglich darauf hinweisen, auch wenn ich es selbst missverstanden haben sollte: Eine unspezifisch multikulturell ausgestattete Sammelschule kann das nicht sein. **Europaschulen** müssen Schulen sein, die auf ein Leben in internationalen Zusammenhängen vorbereiten. Dies geschieht in bilingualen Schulen, die konsequent und gründlich Sprache und Kultur eines Landes unterrichten. Das ist unsere Vorstellung von Europaschulen.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abge-
ordneten der CDU

Vorsorglich weiterer **Schuldebatten**, die wir auch in diesem Landtag wieder haben werden, muss ich feststellen, dass die Innovationsbereitschaft auf dem schulpolitischen Feld besonders groß ist. Sie ist aber nicht vielfältig, sie ist nicht pluralistisch. Die Rückkehrbereitschaft zu früheren und damit auch alten und schulpolitisch Anfang der siebziger Jahre längst ausdiskutierten Konzepten ist größer als die Bereitschaft, mit Gelassenheit möglichst viele nach ihrer Fassung selig werden zu lassen. Das ist der Fehler der Koalitionsvereinbarung.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abge-
ordneten der CDU

Sie werden jetzt die Einstellung von 3.000 Lehrern plus Ersatzbedarf und Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung abwickeln müssen, dann 4.650. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung von über 5.000 gesprochen. Gleichzeitig schließe ich die 40.000 Wohnungen ein. Das werden wir bei den Haushaltsberatungen überprüfen können.

Sehr richtig! und
Beifall bei der F.D.P.
und der CDU –
von Plottnitz
(GRÜNE): Da warten
wir mal auf die
Frankfurter CDU!

Im Übrigen werden wir gern auf die Verantwortungsbereitschaft von SPD und GRÜNEN auf der kommunalen Ebene blicken, wenn es darum geht, **Baugebiete auszuweisen, um Wohnungen bauen zu können.**

Denn die Wahlkampfaussage der SPD ist jetzt schon um ein Jahr gestreckt. 40.000 Wohnungen sollen jetzt bis Ende 1995 gebaut werden. Gnädigerweise ist auch der Bau von 7.500 Wohnungen von der bisherigen Koalition schon eingerechnet, Herr Kollege Kanther. Die Bilanz wird also schon etwas geschönt. Das ist auch notwendig; denn die Finanzierbarkeit und die planerischen Voraussetzungen bleiben weitgehend im Dunkeln. Sie werden 1 Milliarde DM pro Jahr aufbringen müssen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU –
von Plottnitz
(GRÜNE): „Totale
Regulierungspolitik“
ist doch ein Witz!
Vorsicht mit
der Diktion!

Sie haben erkannt, dass Sie den frei finanzierten Wohnungsbau einbeziehen müssen. Aber da kann ich Ihnen vorhersagen, Herr Ministerpräsident: Mit Ihrer totalen Regulierungspolitik locken Sie keinen freien Investor hinter den Ofen hervor.

Sie scheren alle unterschiedlichen Entwicklungen auf regionalen und sektoralen Wohnungsmärkten über einen Kamm. Sie weiten das **Zweckentfremdungsverbot** auf ganz Hessen aus. Sie kündigen die Schaffung eines Wohnungspflegegesetzes an. Sie schaffen ein **prinzipielles Verbot des Verkaufs von landeseigenen Wohnungen an Private.** Mit der Ausweitung von Gebieten mit erhöhtem Wohnungsbedarf laufen Sie in ein erhebliches Prozessrisiko. Sie werden feststellen, dass **Regionalplanung** mehr ist als die Begrenzung des Flächenverbrauchs und die Entwicklung von umweltverträglichen Nutzungen.

Beifall bei der F.D.P.

Am Ende werden Sie die 40.000 Wohnungen nur bauen können, wenn Sie Herrn Jordan veranlassen, sich nicht genau an die Koalitionsvereinbarung bei Landes- und Regionalplanung zu halten, oder Sie werden die Schlange vor den Wohnungsämtern vergrößern.

Fischer (CDU): Das
wollen die doch!

Mit Ihrer Wohnungspolitik bekommen Sie 40.000 Wohnmöglichkeiten überhaupt nicht. Wir sind gespannt auf die örtliche Verantwortungsbereitschaft von SPD und GRÜNEN auf diesem Feld.

Das gilt genauso für das Feld der **Abfallwirtschaft**. Wir haben nun völlig Neues entgegengenommen. Die Planung und Ausführung der Abfallwirtschaft ist jetzt wiederum eine Selbstverwaltungsaufgabe der kommunalen Gebietskörperschaften. Das Land soll allgemeinverbindliche Standards einer ökologisch verträglichen Abfallwirtschaft feststellen — so steht es in der Vereinbarung — und seine Aufgaben als Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde erfüllen. Die Erläuterungen haben Sie beigefügt. Entscheidungen über Abfallkonzepte wollen Sie den kommunalen Gebietskörperschaften überlassen. Damit die aber auch ihre Freiheit gleich richtig verstehen, haben Sie gesagt: Über Hausmüllverbrennungsanlagen dürfen die selbstverständlich nicht mehr entscheiden! Alles andere darf jetzt grundsätzlich entschieden werden, aber nach Vorgaben. Das Land soll die Vorgaben für Kriterien und alles andere erlassen, Eingriffe in die Planungshoheit der Gemeinden sollen aber ansonsten nicht stattfinden.

Meine Damen und Herren,

wer die gestrige Debatte zur Sondermüllverbrennungsanlage Biebesheim erlebt hat, der kann sagen: Hier ist ein komplett neues Schwarzer-Peter-Spiel erfunden worden. Sie haben eine große Ankündigung gemacht: Gegen verwertungs- und entsorgungspflichtige Gebietskörperschaften, die ihre Aufgaben eigenverantwortlich nicht oder nur zögerlich erfüllen und meinen, ihre Probleme auf dem Rücken anderer Leute lösen zu können, soll rechtzeitig und entschieden vorgegangen werden! — Potz Blitz, dorthin wünsche ich Ihnen gute Fahrt.

Heiterkeit und
Beifall bei der F.D.P.

Denn eines ist klar, meine Damen und Herren: Die **Verantwortungsbereitschaft für Entsorgung** ist bei allen politischen Parteien auf der kommunalen Ebene noch gewaltig steigerungsfähig.

Minister Fischer:
Das haben Sie doch
selbst ins Gesetz
geschrieben!

Herr Kollege Fischer, Sie haben auf diesem Feld die größte Entwicklungsmarge bei Ihren GRÜNEN. Die Verhaltensweise der GRÜNEN schlägt alle Rekorde.

Beifall bei der F.D.P.

Herr Minister Fischer, die nicht zu bestreitenden Verdienste der GRÜNEN in der Bewusstseinsbildung über die ökologische Verantwortung in einer Industriegesellschaft stehen bis heute noch dauerhaft in einem krassen Gegensatz zur Verantwortungsbereitschaft dann, wenn in Entscheidungsfragen entschieden werden muss.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Es sieht nicht so aus, als würde sich das durch Regierungshandeln in Hessen ändern. Sie eröffnen keine neuen Perspektiven.

Ein Stück konkreteste Vereinbarung ist die **Innen- und Rechtspolitik**. Die F.D.P. begrüßt ausdrücklich die **Entwicklungsperspektive für eine zweigeteilte Laufbahn bei der Polizei**. Wir werden jede denkbare Haushaltsentwicklung in diesem Bereich konstruktiv begleiten und für die schwere Arbeit der Polizei eher den politischen Konsens als den Schlagabtausch suchen.

Rechts- und verfassungspolitisch bedeutsam ist die Ankündigung des Ministerpräsidenten auf eine Neuorientierung des Grundgesetzes. Dazu muss eine Bemerkung gemacht werden, weil sich nach meiner Überzeugung und der der gesamten F.D.P. das Grundgesetz in 40 Jahren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bewährt hat. Es ist die freiheitlichste Verfassung, es muss nicht neu erfunden werden. Es ist auch kein Gegenstand beliebigen Unterbringens von Formulierungen, die man in Parteiprogrammen hat.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Soziale Grundrechte festzuschreiben, wie es SPD und GRÜNE wünschen, macht vergessen, dass sich einklagbare Rechte auf Wohnen und Arbeit in einer sozialen Marktwirtschaft, die mit Freiheitsgarant einer Demokratie ist, nicht realisieren lassen. An welchem Standort und in welchem Betrieb soll denn der Arbeitslose sein Recht auf Arbeit einklagen, wenn man das Recht auf Arbeit ins Grundgesetz schreibt? Unsere marktwirtschaftliche Ordnung hat ihre Begrenzung in Markt und Wettbewerb. Sie ist durch staatliche Rahmenbedingungen begrenzt. Sie hat in Europa die weitestgehenden Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte. Diesen in 40 Jahren relativ erfolgreichen Mechanismus, zu dem andere ihren Beitritt

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abge-
ordneten der CDU

erklärt haben, möchten wir nicht durch einen Warenhauskatalog neuer Grundrechte durcheinanderbringen.

Freiheit und marktwirtschaftliche Ordnung sind beide Seiten einer Medaille, die Demokratie heißt. Wir sind kein Land, das sich in innen- und rechtspolitische Aktieninhaber und wirtschaftspolitische Aktieninhaber aufteilen lässt. Die Quellen des Erfolgs unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung liegen in einer äußerst erfolgreichen gegenseitigen Sicherung und Ergänzung von Freiheit und Marktwirtschaft. Sie hat uns vor großen Verteilungskonflikten bewahrt und hat damit einen großen Beitrag zum inneren Frieden in unserem Land geleistet.

Das muss gerade einer rot-grünen Mehrheit – wahrscheinlich wiederholt in diesen vier Jahren – hier erklärt werden, weil die Bewahrung vor Konflikten bei aller Kenntnis der Daten deutscher Geschichte als großer Beitrag einer marktwirtschaftlichen Ordnung gewertet werden muss. Wir Deutsche sind ein Volk, das bei den geringsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten immer die größten politischen Ausschläge hatte. Die **Marktwirtschaft** hat mehr getan, als nur einige Besserverdienende in unserer Gesellschaftsordnung zu produzieren.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abge-
ordneten der CDU

Sie hat uns wirklich innere Sicherheit gegeben. Ich möchte davor warnen, dass wir die Wiedervereinigung, die aus technischen und anderen Notwendigkeiten natürlich einige Grundgesetzänderungen mit sich bringt, nutzen, um immer neue Verfassungsmöbel in die Schaufenster zu schieben. Es reicht geradezu, dass jede Woche fünfmal der Runde Tisch als neues Verfassungsmöbel strapaziert wird.

Meine Damen und Herren, wir stehen am Beginn einer Legislaturperiode. Die hessischen Wählerinnen und Wähler haben der F.D.P. in der Entscheidung am 20. Januar das Mandat für die Opposition gegeben. Wir haben uns aus der Regierung, auch durch Übergabe an die Nachfolgerinnen und Nachfolger, fair verabschiedet. Als ich vor vier Jahren mein Amt als Minister für Wissenschaft und Kunst antrat, hatte ich doch das Gefühl, dass eine Partei die Regierungsverantwortung verlässt, die das Land als ihr Eigentum betrachtet hat.

Es wäre gut, Herr Ministerpräsident – und ich hoffe sehr, dass Sie das auch tun –, wenn solche Bewusstseinsbildungen in dieser Legislaturperiode bei der SPD nicht mehr einreißen. Die nächste Wahl ist in vier Jahren. Und wir haben die Absicht, Sie dann abzulösen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Also: Richten Sie sich nicht auf allzu lange Zeit ein! Sagen Sie nicht: Weil die SPD 40 Jahre hier regiert hat, waren die vier Jahre danach nur ein Betriebsunfall gewesen, und es geht dann wieder 40 Jahre weiter. Sie stehen in vier Jahren wieder zur Wahl. Regieren Sie anständig! Wir begleiten Sie dabei. Wir sind eine **konstruktive Opposition**. Wir werden Sie mit Vorwürfen persönlicher Art,

Beifall bei der F.D.P.

wie Ihre Partei das mit Herrn Wallmann praktiziert hat, verschonen. Wir legen hier Wert auf eine gute Atmosphäre. In der Sache wird gestritten. Sie sind unser politischer Konkurrent; Sie sind kein Feind. So nimmt die F.D.P. die Rolle auf. Und in vier Jahren tauschen wir vielleicht die Plätze.

Anhaltender Beifall
bei der F.D.P.
und der CDU

REDE

Fortentwicklung der europäischen Integration

Herr Präsident,
meine Damen und Herren!

Ehe ich das nachher vergesse, nehme ich die wahrscheinlich letzte Gelegenheit, dass ich mit Ihrer Aufmerksamkeit sprechen kann, wahr: Frohe Weihnachten! Ein gutes Neues Jahr!

Beifall bei der F.D.P.
– Heiterkeit

Richten Sie das bitte auch den Kolleginnen und Kollegen aus, die momentan nicht hier sein können.

Heiterkeit und
allgemeiner Beifall

Nach diesem freundlichen Wunsch habe ich schon vorab eine Bitte: Meine Fraktion hätte es sehr gerne, wenn wir heute nicht einen Beschluss zu zwei Dringlichen Anträgen fassen müssten, die uns eine Stunde vor Beginn des Plenums zugegangen sind. Wir sollten die Chance suchen, im Ausschuss zu einer einvernehmlichen Entscheidung zu kommen,

Beifall bei
der F.D.P.

weil der Antrag der Union auch den Vorteil hat, dass er die Konferenz von Edinburgh einbezieht, was bei dem anderen Antrag nicht der Fall ist.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU –
Dr. Jung (CDU):
Wir sind halt besser!

Wir sollten, wie im Deutschen Bundestag auch, einen Konsens herbeiführen. Ich glaube, es könnte gelingen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Ich werde mich nun nicht speziell noch einmal zum **Vertrag von Maastricht** äußern. Ich glaube, dass wir auch nach der Diskussion, die wir hier hatten, darüber sprechen müssen, ob uns draußen jemand auf den europäischen Weg folgt; denn die Menschen haben nicht die Frage, wie viele Vertreter im Regionalausschuss sind. Sie fragen auch nicht danach, ob das Europäische Parlament jetzt die Vollzahl der deutschen Abgeordneten hat – das ist aus unserer nationalen Sicht wichtig – oder ob es in dem einen oder anderen Sektor noch einen Regelungsmechanismus gibt, sondern sie haben das dumpfe Gefühl, dass wir alle über Europa reden, ohne dass wir mit unseren Reden ein europäisches Bewusstsein vermitteln.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abgeordneten der CDU

Wenn es im Bewusstsein der Öffentlichkeit überhaupt einen Anknüpfungspunkt gibt, dann besteht er vielleicht darin, dass man nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa etwas gestalten muss, das uns nicht mehr in alte Situationen zurückfallen lässt. Die Menschen haben aber nicht unbedingt das Gefühl, dass das auf Wegen vorgehen könnte, die ihnen die politische Klasse quer durch Europa gegenwärtig anbietet; denn Europa wird eigentlich zu wenig erläutert.

Die Menschen stellen ganz einfache Fragen. Sie stellen die Frage: Könnten wir denn nicht auch ohne diesen weiteren Prozess in einer Art Binnenmarkt oder einer Art Freihandelszone in Europa zusammen gut leben? – Dann muss man sich schon anstrengen, zu **sagen, warum wir Europa wollen.**

Dann haben sie auch noch nicht die klare Kontur, wenn man die politische Union Europas will, was dezentral geregelt werden kann. Es ist bezeichnend, dass erst jetzt, und zwar im Interesse der deutschen Politik, das Prinzip der Subsidiarität in den Vertrag geschrieben worden ist, während man vorher nahezu 280 Regelungen verabschiedet hat, um den Binnenmarkt überhaupt in Kraft treten zu lassen.

Beifall bei der
F.D.P., der SPD
und der CDU

Wenn jetzt über Subsidiarität geredet wird, sagt der EG-Präsident Delors, er sei gespannt, was herauskomme; am besten man mache ein Preisausschreiben, um einmal festzustellen, wer das genau beschreiben könne.

Das heißt, wir sind uns europäisch noch nicht klar, was in diesem Prozess an Argumentation und an Dezentralität notwendig ist. Das Beste, was die EG-Kommission tun könnte, wäre, wenn sie jetzt öffentlich von den 280 schon getroffenen Regelungen 100 wieder zurücknähme, im Übrigen auch, weil viele Verbände aus Deutschland das gefordert haben. Wir haben die Diskussion über das Reinheitsgebot beim Bier hinter uns. Entweder ist ein Bier gut und setzt sich durch, oder es ist nicht gut und hat keine Marktchance.

Beifall bei der F.D.P.
und der SPD

Wir haben aber gemeint, es müsse geregelt werden. Jetzt findet eine Bananen-Diskussion statt. Am Ende wird wohl noch geregelt, wie krumm eine Banane sein muss, um als Banane anerkannt zu werden.

Möller (Marburg)
(CDU): Bei Äpfeln
haben wir
das schon!

Meine Damen und Herren,

quer über alle Fraktionen, diese **Regelungswut** ist unerträglich für die Europäische Gemeinschaft und für die Bürger. Ich bin gestern Abend in Erfurt gefragt worden, ob ich mir vorstellen könnte, dass man ein europäisches Hochschulrahmengesetz bräuchte. Warum denn? Bologna war immer eine europäische Universität, ohne dass man alles bis in den letzten Schubkasten hinein geregelt hat.

Beifall bei der F.D.P.
und der SPD

Das ist ein Stück des Ärgers gegenwärtiger EG-Politik, bei der die Front aber nicht so gestellt ist, dass man sagen könnte, die EG-Kommission wolle das alles regeln.

Meine Damen und Herren,

wir haben, als ich ein Jahr dort mitwirken konnte, in den Minister-räten der EG sechs Stunden über die Frage verhandelt, ob man ein europäisches Programm zur Bekämpfung des Analphabetismus im Schulunterricht auflegen sollte. Auf meinen Vorhalt, das könnten die

Länder machen, die müssten es am besten können, kamen andere Erziehungsminister aus der Europäischen Gemeinschaft und sagten: Nein, das soll Brüssel regeln, die können das besser, außerdem gibt es dann hinterher dafür Geld. Das ist ein Stück Europa, das wir mit unseren Vereinbarungen so nicht weiterfahren können.

Die Menschen fragen zweitens: Warum sollen wir die **D-Mark** zugunsten einer Wirtschafts- und Währungsunion opfern? Manchmal hat man das Gefühl, dass aufgrund der deutschen Geschichte und der Schwierigkeiten in diesem Jahrhundert die D-Mark die letzte Restsubstanz eines Nationalgefühls der Deutschen ist, das uns psychologisch Schwierigkeiten bereitet. Es gibt viele, die sagen: Der Vertrag von Maastricht reicht nicht aus. Wenn man ihnen sagt, der Vertrag von Maastricht sei hinsichtlich der Preisstabilität und der Konvergenzkriterien eindeutiger als das Bundesbankgesetz, weil die EZB auf Preisstabilität verpflichtet ist, dann bekommt man die Antwort: Aber der französische Staatspräsident äußert doch, dass seine Regierung in Zukunft noch Vorbehalte habe.

Meine Damen und Herren,

wenn wir es nicht machen, dann haben wir eine noch viel geringere Chance, dass man sich in Europa auf **Preisstabilität** verständigen kann. Die Menschen haben aber das Gefühl, sie verlören den deutschen Identifikationspunkt D-Mark. Wenn wir in einem Land mit zwei Hyperinflationen in diesem Jahrhundert nicht aufpassen, kann es sehr dramatisch werden, wenn wir keine klugen Antworten geben.

Die Menschen fragen drittens: Was bringt uns das eigentlich in Europa? Wir vergessen selbst, ihnen zu sagen: Auch bei 100 falschen Regelungen für den Binnenmarkt hat sich der Weg in diese Europäische Gemeinschaft mit all ihren Problemen schon gelohnt, und sei es auch nur deshalb, dass wir 40 Jahre in diesem Europa keinen Krieg mehr hatten.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Wir verschieben Wertvorstellungen. Wir sollten uns nicht auf eine Diskussion über Regelungen einlassen. Ein Wort zur **EG-Zentralbüro-**

kratie. Zu meiner Verwunderung habe ich festgestellt: Die EG-Verwaltung hat weniger Beamte als eine Stadtverwaltung wie zum Beispiel in München oder Köln. Trotzdem entsteht dieser Eindruck der Überbürokratisierung; denn wir haben es nie verstanden, eine Wertediskussion in Europa zu führen. Deshalb ist eine reine Vertragsdiskussion, ob der Vertrag von Maastricht ausreicht, nicht die richtige Antwort.

Beifall bei der F.D.P.

Herr von Plottnitz, ich möchte eines Ihrer Argumente aufnehmen und etwas erwidern. Ich glaube nicht, dass anhand der Beispiele Asyl oder Staatsbürgerschaft bei uns Deutschen ein Test der Europafähigkeit festgemacht werden könnte.

von Plottnitz
(GRÜNE):
Da wäre ich mir
nicht so sicher!

Umgekehrt wird ein Schuh daraus.

Beifall bei der F.D.P.

Wir haben Bürgerkriegsflüchtlinge aufgenommen, und unsere englischen Kollegen haben uns gesagt: „That’s your problem!“ Asylbewerber aus aller Welt sind zu uns gekommen, und andere haben eine europäische Verteilung nicht akzeptiert.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Die Milliarden für die GUS-Staaten werden zu zwei Dritteln aus der Bundesrepublik bezahlt und weniger aus Westeuropa.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abgeordneten der CDU

In Europa fehlt ein europäisches Bewusstsein für die Aufgaben. Wir erleben immer, wenn eine europäische Frage diskutiert wird, dass diejenigen, die von Europa reden, dann in sehr nationale Kategorien zurückfallen.

Beifall bei der F.D.P.

Eines der Probleme des Gipfels von Edinburgh ist doch, einen Kohäsionsfonds zu beraten, ihn mit 15 Milliarden Ecu auszustatten und gleichzeitig gegenüber Dänemark zu sagen: Ihr könnt aus der Wirtschafts- und Währungsunion, aus der gemeinsamen Verteidigungspolitik und der gemeinsamen Außenpolitik herausbleiben!

Wir wissen selbst, dass die Situation in Portugal, in Alentejo, geradezu idyllisch ist gegenüber der Situation rund um Sankt Petersburg oder Moskau. Wer hier nicht europäisch denkt, wird keine weiteren

Fortschritte machen. Wir haben auch gespürt, dass im Falle des Konflikts im Frühjahr im ehemaligen Jugoslawien, obwohl in Europa die Erinnerung an den Krieg vorhanden war, die Reaktion in Europa nicht europäisch war, sondern alten Denkschablonen entsprach. Hier hat man ein Stück gemeinsame Außenpolitik versäumt.

Das Problem ist, dass bisher europäische Politik betrieben worden ist, ohne dass sie richtig als europäische Politik wahrgenommen worden ist. Es gab auch eine Art unspezifischen Vertrauensvorschuss. Wer erklärt hat, das sei europäisch notwendig, dem ist gesagt worden, dann müsse das wohl gemacht werden. Seit dem Vertrag von Maastricht ist das vorbei. Wir müssen jeden Schritt legitimieren. Wir müssen versuchen, die Menschen bei diesen Schritten mitzunehmen. Der zentrale Punkt ist für uns, für meine Fraktion, dass wir heute, wenn wir aus der Debatte über den Vertrag von Maastricht etwas gelernt haben, eigentlich sagen müssten: Es wird schwieriger werden. Es lässt sich in Europa nichts herbeireden. Es kann nur etwas wachsen. Europa wächst erkennbar langsamer, als europäische Entscheidungen notwendig sind. Die Legitimation wird schwieriger.

Beifall des Abg.
Kappel (F.D.P.)

Nun komme ich zur **demokratischen Qualität des Zusammenwachsens Europas**. Herr von Plottnitz, hier stimme ich Ihnen ausdrücklich zu. Wir hatten das schon einmal diskutiert. Es stellt sich nicht nur die Frage, ob das Parlament mehr Rechte bekommt. Wir werden in Europa europäisch streitfähiger werden müssen, auch bei mehrheitlichen Ratsentscheidungen. Es ist schon ein Stück, aber es wird nichts nützen, dem Parlament alle Rechte zu geben, wenn sich die Abgeordneten nicht als Europäer verstehen und nicht europäisch denken, sondern bei Einzelentscheidungen in nationalstaatlichen Kategorien denken. Wenn dieser Bildungsprozess nicht vorher zum Abschluss gekommen ist, habe ich größte Zweifel, dass die Demokratisierung viel bringt.

Die zentrale Frage wird sein: Schaffen wir es, **ein europäisches Bewusstsein zu schaffen**? Wir Deutschen haben Erfahrungen mit Plebisziten. Wenn wir manche Fragen zur Abstimmung stellen würden, wüsste ich nicht, wie die Antwort lautete.

Beifall des Abg.
Hielscher (F.D.P.)

Es muss eine politische Führung geben. Aus meiner Sicht werden wir am Ende um eine Legitimation nicht umhinkommen. Wenn es uns auf dem Weg zu einer Europäischen Union tatsächlich gelingt, die nächsten Schritte klüger zu gestalten und als Politiker mehr Vermittlungsfähigkeit hineinzulegen, werden wir am Ende so etwas wie eine **europäische Verfassung** haben müssen.

Zuruf des Abg. von
Plottnitz (GRÜNE)

Diese würden wir gern legitimieren durch eine Abstimmung in Europa, damit es ein Fundament bekommt.

Beifall bei
der F.D.P.

Wir neigen nicht dazu, auf dem Weg dorthin jedes plebiszitäre Element einzubeziehen.

Beifall bei
der F.D.P.

Aufgrund der Kenntnisse über die Notwendigkeit des europäischen Aufbaus neigen wir dazu, dass die politische Führung der politischen Klasse in der Bundesrepublik Deutschland notwendig ist.

Dr. Jung (CDU):
Siehe Schweiz!

Dass sie dies bisher nicht ausreichend genug und nicht erfolgreich genug wahrgenommen hat, ist klar. Dass wir das aber in Zukunft mit europäischem Bezug machen müssen, ist ebenso klar.

Beifall bei
der F.D.P.

Ich habe mich bewusst für meine Fraktion in dieser Debatte gemeldet, weil die alte Europadebatte passé ist. Nur über Europa zu reden und zu sagen: „Wir brauchen Europa, wir haben das schon immer so gesagt, es ist eine Konsequenz aus der deutschen Geschichte“, ist nicht mehr ausreichend. Wir müssen das Bewusstsein für Europa wie vieles andere auch in der heutigen Zeit neu begründen.

Beifall des Abg.
Dr. Dieter (SPD)

Wir sollten einen Konsens zwischen den großen politischen Grundströmungen in der Bundesrepublik Deutschland suchen. Dies ist die Haltung, die meine Fraktion dazu vertritt. Deshalb bitten wir darum, nicht heute eine Beschlussfassung des Landtags herbeizuführen, weil zwei Dringlichkeitsanträge vorliegen. Lassen Sie uns in den Ausschüssen den Versuch machen, etwas politisch Bewegenderes zu erreichen als eine reine Bewertung des Vertragswerks von Maastricht; also ein neuer Weg auch für ein Länderparlament.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

REDE

Brandanschlag in Solingen / Gewalt in unserer Gesellschaft

Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren!

Der Mord an Menschen und die Brandstiftung an Häusern, die wir erleben, sind **Zeichen einer insgesamt gewachsenen Bereitschaft zur Gewalt in unserer Gesellschaft**. Die Täter sind im wahrsten Sinne des Wortes Kinder unserer Gesellschaft.

Beifall der Abg.
Streb-Hesse (SPD) –
von Plottnitz
(GRÜNE):
Das ist richtig!

Betroffenheitserklärungen reichen nicht aus. Sowohl Betroffenheitserklärungen als auch Forderungen nach doppelter Staatsbürgerschaft fünf Minuten nach dem Anschlag in Solingen allein verändern nichts in unserer Gesellschaft.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abgeordneten der CDU

Diese Ereignisse geschehen in einem Land, das, wie das der Kollege Kanther ausgedrückt hat, von der Plötzlichkeit vieler Ereignisse betroffen worden ist.

Bevor man sich Integrationsschritten zuwendet, muss man über den **Zustand unserer Gesellschaft** sprechen. Mauer und Stacheldraht waren, wie wir rückblickend sehen können, große Vereinfacher. Jetzt befinden wir uns in einem Zustand, dass wir mit

anstürmenden Problemen nicht so schnell fertig werden. Die Probleme kommen auch nicht sauber nacheinander auf uns zu. Sie kommen zusammen, und sie können sich zu einer gefährlichen Chemie entwickeln. Wir sind, unabhängig von parteipolitischen Stellungnahmen, bis heute nicht mit der Tatsache fertig geworden, dass sich um unser Land herum außenpolitisch ganz neue Landschaften entwickelten, dass Grenzen porös geworden sind, dass sich regionale Bauernkriege entfalten können, und wir sind mit der Situation in Europa und im früheren Jugoslawien weder von der Mentalität noch vom Gesetzgeber noch vom Mut im politischen Entscheidungsprozess her fertig geworden.

Beifall der Abg. Ruth
Wagner (Darmstadt)
(F. D. P.)

Das hat sich auch schon bei der **Asylgesetzgebung** gezeigt. Wir haben doch nicht die politische Kraft gehabt, sinnvoll darüber zu entscheiden, wieviel unser Land sozial verkraften kann. Jeder wusste, dass eine Einwanderung stattfindet, dass sie über den Art. 16 des Grundgesetzes geht. Als man das Problem lösen wollte, ist es zu einem politischen Schlagabtausch gekommen. Herr Kollege von Plottnitz, mir haben zwei Äußerungen nicht gefallen. Wenn man sich in einem gemeinsamen Vorgehen vieler politischer Kräfte mit guten Argumenten zu einer Lösung zusammengefunden hat, dann müssen wir deutlich sagen, dass die Gesellschaft auch die Kraft haben muss, ihr Parlament in Ruhe und Frieden darüber entscheiden zu lassen.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abge-
ordneten der CDU

Das, was in Bonn vor sich gegangen ist, hat nicht die Kraft der Gesellschaft zum Ausdruck gebracht, dass sie weiß, was Parlamentarismus in unserem Land bedeutet. Ich komme nachher noch darauf zurück.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abge-
ordneten der CDU

Verteilungsrituale im wirtschaftlichen Bereich finden in unserem Land, wir haben das doch erlebt, so statt, als lebten wir noch mit Mauer und Stacheldraht bei jährlich garantierten Wachstumsraten in der alten Bundesrepublik Deutschland. Wir haben eine zu hohe Zahl von Staatskunden, und wir brauchen dringend Staatsbürger in unserem Land.

Beifall bei Abge-
ordneten der F.D.P.
und der GRÜNEN

Denn ohne Staatsbürger lässt sich eine Demokratie auf die Dauer nicht halten. Unsere Gesellschaft muss sich schon fragen, ob sie eine neue Kraft entwickeln kann. Zunächst muss aber eines klar sein: Es gibt auch bei den vielen anstürmenden Problemen in einem Land keinen Grund, zur Lösung irgendeines Problems Gewalt anzuwenden.

Beifall bei Abgeordneten der F.D.P., der SPD und der GRÜNEN

Gewalttätern darf in einem Rechtsstaat auch kein Erfolgserlebnis vermittelt werden – weder von der Politik noch von den Medien noch von Bürgern.

Beifall bei der F.D.P., der SPD und den GRÜNEN

Die **Selbstinszenierung der Gewalt** haben wir in unserem Land zu oft erlebt. Es sind Grenzen überschritten worden. Dies bedeutet aber auch, dass wir Klarheit darüber haben müssen, dass unsere Polizei – ich sage bewusst: unsere Polizei – das staatliche Gewaltmonopol klar gegenüber Gewalttätern vertreten und diesen notfalls auch mit Mitteln staatlich legitimierter Gewalt entgegentreten muss. Sie muss politisch sicheren Rückhalt haben.

Beifall bei der F.D.P. und der CDU

Natürlich muss Ursachenforschung betrieben werden. Aber es muss unstreitig sein, es muss eine Aussage aus dem politischen Feld in Deutschland geben, dass nämlich **kriminelle Täter konsequent verfolgt und ihrer Strafe zugeführt werden**.

Beifall bei der F.D.P. und der CDU

Ich bin deshalb gezwungen, diesen Satz zu sagen, weil ich gesehen habe, dass es in früheren Zeiten der Geschichte unseres Landes große Probleme bei manchen politischen Gruppierungen gegeben hat, dann, wenn Gewalt angewandt worden ist, auch zu sagen, dass das Gewalt ist.

Zustimmung bei der F.D.P. und der CDU

Ich will vermeiden, dass wir blauäugig werden. Wir wissen, dass Gewalt von Rechtsextremisten wegen der Geschichte unseres Landes größeren Schaden anrichtet. Aber Gewalt ist eben Gewalt, egal, von wem sie kommt.

Der Hessische Landtag sollte an alle appellieren, die in der Erziehung junger Menschen Verantwortung tragen, den **Jugendlichen Orientierungen** zu geben. Viele in unserer Gesellschaft haben geglaubt, dass Erziehung eine repressive Veranstaltung sei. Eine qualitativ durchaus beachtenswerte Minderheit hat geglaubt, dass der Freiheit am besten mit autoritärer Erziehung die Grundlage gelegt werde und dass das Selbstbestimmungsrecht von Menschen so am besten zum Tragen käme. Wenn wir Jugendlichen nicht Orientierungen vermitteln, wenn wir ihnen keine Tugenden vermitteln, wenn wir ihnen nicht Rücksichtnahme auf andere im wahrsten Sinne des Wortes „beibringen“ und wenn wir in der Politik nicht Diskussionen beenden, die Parlamentarismus, Rechtsstaat und parlamentarische Demokratie zu Worthülsen verkommen lassen, was können wir denn dann eigentlich von Kindern unserer Gesellschaft erwarten?

Zustimmung bei der
F.D.P. und der CDU

Das sind verpflichtende Grundlagen unseres Zusammenlebens! Sie sind europäisches Gemeingut. Das muss an den Schulen gelehrt werden. Ein Kultusminister hat auch die Pflicht, darauf zu achten. Ich will nicht, dass sich die **klare Vermittlung von Tugenden, klare Unterrichtsinhalte und das klare Bekenntnis zu Aufklärung, Demokratie und Rechtsstaat im Unterricht** verwischen. Das ist eine Frage der Haltung von Lehrern und auch von Eltern. Durch Studienangebote allein kommt man nicht dahin.

Zustimmung bei der
F.D.P. und der CDU

Ich sage das auch für die Partei, die ich vertrete. Die F.D.P. hat erhebliche Anstrengungen unternommen, Freiheitsrechte des einzelnen auszubauen. Wir müssen heute Wert auf die Feststellung legen – ganz dringlich –, dass Freiheit ihre Konsequenz auch in Pflichten hat. Diese Pflichten können niemandem vom Staat auferlegt werden. Sie müssen aufgrund eigener Entscheidung, souverän, gelebt werden. Wir müssen aber Wert auf die Feststellung legen, dass **Freiheit nicht Bindungslosigkeit** bedeuten kann.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Wer Freiheit mit Bindungslosigkeit verwechselt, der schafft dieses Vakuum, das von politischen Hasardeuren in so gefährlicher Weise aufgefüllt wird, insbesondere bei der jungen Generation.

Zustimmung bei der
F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU

In unserer Gesellschaft ist jeder nicht nur Anspruchsberechtigter mit dem Staat als Erfüllungsgehilfen. In dieser falsch verstandenen Einheit und Vielheit lässt sich die Legitimität des Staatswesens nicht begründen. Wir wissen alle, dass der politische Wettbewerb zwischen Parteien vielfach nach dem Motto stattfindet: Wer sagt vor einer Wahl, ob man wem das Leben noch etwas schöner machen könnte? Diese **Legitimationsschwäche des Staates** ist das, was uns heute zu schaffen macht. Wir verbrauchen viele Haushaltsmittel für die Gegenwart. Wir verwenden viele Anstrengungen zur Befriedigung von Tagesbedürfnissen. Wir verbrauchen viel Kraft, um über die Entwicklung wirtschaftlichen Wohlstands Konflikte zuzuschütten. Wenn die Mittel nicht ausreichen, dann pumpt sich der Staat irgendwo noch etwas, um vermeintliche Probleme von Menschen zu lösen. Das wird auf Dauer dazu führen, dass die Akzeptanz für unseren Staat, wenn dieser in wirtschaftliche Krisen gerät, verlorengeht. Deshalb muss auf diesem Weg umgekehrt werden, meine Damen und Herren.

Beifall bei der F.D.P.
und bei Abgeordneten der CDU

Wir haben eine absolute Unterentwicklung in der Öffentlichkeit, was die Abwägung von Einzelinteressen mit Interessen des Gemeinwohls angeht. Nahezu jeder geht heute mit seinem Einzelinteresse vor Gericht, obwohl er bei genauer Prüfung manchmal einsehen müsste, dass auch Parlamente bei der Gesetzgebung das Gemeinwohl berücksichtigt haben. Die Bereitschaft, einmal zu akzeptieren, dass neben einem selbst auch noch andere leben, ist in unserer Gesellschaft so gering geworden, dass wir etwas dafür tun müssen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Wir müssen einen neuen Anlauf unternehmen. Wir brauchen in Bildungs- und in Ausbildungssystemen wieder die Kraft zur Erziehung. Angesichts der dramatischen Veränderungen müssen wir wieder neu bestimmen, was Marktwirtschaft und was sozialer Konsens bedeuten. Manchmal habe ich den Eindruck, dass wir alle vergessen haben, wo denn die **Quellen unseres Wohlstands** liegen. Diese müssen erst erarbeitet werden. Verschwunden ist auch – das ist ein großes Problem in einer der politischen Grundrichtungen –, verschwunden ist anscheinend auch das Bewusstsein dafür, dass

wir 1945 auch deshalb aus der Katastrophe herausgekommen sind, weil unser Land bündnisfähig mit anderen Demokratien war – das ist mehr als Bündnisfähigkeit; das ist Teil unserer Staatsräson –, und zwar wegen des Vertrauens der anderen in uns.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

Eine große politische Grundrichtung tut sich so schwer, dies zu sehen. Deshalb, meine Damen und Herren, ist dies überhaupt nicht der Vormittag kleiner politischer Auseinandersetzungen. Wenn man diese Punkte alle sieht, dann weiß man doch, dass es als erste Reaktion auf den Vorfall in Solingen eben nicht reicht, die doppelte Staatsbürgerschaft und kommunales Wahlrecht für alle zu fordern. Wenn die **Fundamente in der Gesellschaft** dafür nicht gelegt worden sind – in Werten, in Tugenden, dann nützt das überhaupt nichts.

Zustimmung bei der
F.D.P. und der CDU

Darum geht es mir. Nicht, dass man oder ich gegen doppelte Staatsbürgerschaft wäre! Aber ein reiner Maßnahmenkatalog erscheint uns zu verkürzt.

Wir haben viele Ausländer in unser Land gerufen. Daran müssen wir unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger erinnern. Diese Ausländer tragen durch ihre Arbeit zu unserem Wohlstand bei. Sie sind auch eine **Bereicherung für unsere Gesellschaft**. Es ist ja schon merkwürdig – Friedrich Naumann hat das einmal gesagt –: In diesem Jahrhundert gibt es die Erscheinung, dass man 10.000 Menschen für eine geringe Zahl hält; 50.000 sind manchen auch noch nicht genug; bei einer Demonstration von 100.000 nimmt man sie dann wahr. Dass ein Mensch allein in seiner Würde unendlich viel sein kann, das ist fast ein verlorengegangener Gedanke in unserer Gesellschaft.

Zustimmung bei der
F.D.P. und der CDU

Das gilt aber auch schon für uns Deutsche untereinander. Die Unleidlichkeiten in Nachbarschaftskonflikten in unserer Gesellschaft, die kleinen Mäkeleien unter Freunden, der gelegentliche Kampf bis aufs Messer in der Geschäftsführung eines Vereins – das sind doch schon Zeichen von Unverträglichkeit, die überhaupt nicht mehr zur Kenntnis nimmt, wo denn nun wirklich die schwersten Probleme und die größten Entscheidungen in einer Gesellschaft liegen.

Es gibt **Missbrauch von Sozialleistungen**. Den gibt es aber nicht nur bei Ausländern; den gibt es auch bei uns Deutschen in hohem Maße. Deshalb müssen wir auch den Mut haben zu sagen, dass wir Hetzschriften ablehnen, die dieses Problem unseren ausländischen Mitbürgern zuschieben. Denn diese Schriften sind der Beginn eines Kreises der Radikalisierung. Dieser führt erst zur Angst der Deutschen vor Ausländern und damit zur Angst der Ausländer vor den Deutschen. Das ist es, was aufzulösen ist.

Im Innern unseres Landes müssen wir den strukturellen Wandel abfedern. Im Übrigen – im Verweis auf die Jugendproblematik – stimme ich, Herr Ministerpräsident, weiten Teilen Ihrer Erklärung zur Jugendproblematik zu. Wäre es nicht besser, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den neuen Ländern genau der Jugendarbeit und Betreuung zukommen zu lassen, als hiermit das Entstehen von Arbeitsplätzen in mittelständischen Betrieben zu verhindern? Arbeitsmaßnahmen, in der Jugendarbeit eingesetzt, erzielen eine größere gesellschaftspolitische Wirkung als die Verhinderung des Eintritts in ein natürliches Beschäftigungsverhältnis beim Entstehen von Arbeitsplätzen. Wir müssen **der jungen Generation eine Zukunftschance geben**. Denn Unsicherheit schafft den Nährboden für Gewalt. Wir sehen in unserem Staat – das möchte ich doch sagen – mehr als nur eine geschichtlich gewachsene Form des Zusammenlebens von Menschen einer Sprache, einer Kultur und einer Geschichte. Unser Staat hat die Aufgabe, Demokratie zu sichern. Er muss der Anwendung von Gewalt entgegentreten. Er hat für die Freiheit und Sicherheit allereinzutreten, die auf seinem Gebiet leben. Er muss strukturellen Wandel absichern. Er muss es aber vermeiden, Antriebe zu vermindern. Denn er kann für die Menschen niemals mehr tun, als sie für sich selbst tun könnten und sollten.

In dieser Gefahr stehen wir.

Dieser Staat kann nur überzeugend sein und Motivation ausstrahlen, wenn die Menschen, seine Bürger, selbst **Werte** leben. Niemand kann und sollte ihn deshalb überfordern, weder von innen noch von außen. Wir brauchen am Ende ein **Einwanderungsgesetz**.

Das ist bitter notwendig, weil wir selbst die soziale Kraft unserer Gesellschaft sehen müssen, die ausreichend sein muss, um anderen Menschen helfen zu können. Überziehen wir sie, produzieren wir neuen Nährböden. Ich halte das für eine ganz wichtige Forderung, die auch hier erwähnt werden muss, denn nur eine Gesellschaft, die in der Lage ist, mit den eigenen Problemen fertig zu werden, kann sich überhaupt anderen zuwenden. Wir sind mit uns noch nicht fertig.

Die Gewalt dieser Wochen zeigt, dass es einer großen gemeinsamen Anstrengung unserer gesamten Gesellschaft bedarf, dem humanen, dem liberalen, dem freiheitlichen Charakter unserer Verfassung gerecht zu werden und die Würde des Menschen an jedem Ort in unserem Land täglich zu sichern.

Wir fordern zu dieser gemeinsamen Anstrengung auf. Sie gründet sich auf beste Traditionen, die in Europa, auf unserem Kontinent, gewachsen sind. Wir haben die Aufklärung hinter uns. Wir haben den Weg zum modernen Verfassungsstaat erlebt. Wir dürfen nichts davon von extremen Kräften verschütten lassen. Wir alle können zu viel verlieren, wenn wir jetzt nicht aufpassen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU

„Dieser Staat kann nur überzeugend sein und Motivation ausstrahlen, wenn die Menschen, seine Bürger, selbst leben. Niemand kann und sollte ihn deshalb überfordern, weder von innen noch von außen.“

Dr. Wolfgang Gerhardt, 1993

Präzise Analysen und überzeugende Sacharbeit

Hans-Joachim Otto

Wolfgang Gerhardt – mit keinem anderen Politiker verbindet mich menschlich und politisch so viel wie mit ihm. Ich bin stolz, dass ich mich an seiner Seite Jahrzehnte im Bundesvorstand, im Hessischen Landtag und im Bundestag für unsere FDP engagieren durfte. In dieser gesamten Zeit haben wir immer vertrauensvoll, konstruktiv und konfliktfrei zusammengearbeitet. Besser lassen sich politische Geistesnähe und Verbundenheit wohl nicht belegen. Wolfgang und ich waren stets politische Verbündete und wurden zu privaten Freunden.

Besonders eindrücklich für mich waren die Jahre ab 1983 im Hessischen Landtag, als ich mein erstes Parlamentsmandat errungen hatte. Meine politischen Erfahrungen beschränkten sich bis dahin im Wesentlichen auf die Gründung und den Aufbau der Jungen Liberalen. Für meinen damals notwendigen parlamentarischen Lernprozess war es ein großes Glück, auf einen Fraktionsvorsitzenden mit der Autorität und Persönlichkeit

eines Wolfgang Gerhardt zu treffen.

Denn es waren äußerst hektische Zeiten, als der damalige Ministerpräsident Holger Börner die Grünen noch „mit der Dachlatte“ bekämpfen wollte, kurz später aber mit Joschka Fischer die erste rot-grüne Regierung in Deutschland bildete. Als junger Oppositionsabgeordneter, politisch sozialisiert im Studentenparlament und im innerparteilichen Konflikt mit den Jungdemokraten, bestand für mich anfangs die Versuchung, im Plenum und den Ausschüssen des Landtages die eigenen Beiträge radikal zuzuspitzen. Nicht jedoch mit diesem Fraktionsvorsitzenden!

Wolfgang Gerhardt war in seinem privaten Leben wie auch in seinem politischen Wirken stets ein Gentleman. Er wahrt beste Umgangsformen und lässt sich von niemandem aus der Ruhe bringen. Seine Souveränität wurde mir zum großen Vorbild. Er verhalf mir zur Erkenntnis, dass diese zerstrittene

Regierung Börner/Fischer weitaus wirkungsvoller mit präzisen Analysen und überzeugenden Sachargumenten bloßgestellt werden konnte als mit Lautstärke und Polemik.

Die hessische FDP erwarb sich dank Wolfgang Gerhardt das Prädikat einer seriösen und wirkmächtigen Opposition gegen Rot-Grün. Besonders gerne erinnere ich mich an die fröhlichen abendlichen Treffen im Büro des Fraktionsvorsitzenden, in denen er eine Flasche Rheingauer Riesling aus dem Kühlschrank holte und uns mit einem Schmunzeln zugprostete: „Was haben wir doch für eine schöne Jugend!“ Dieser gemütliche Ausklang von hitzigen Plenumstagen hat mich stets daran erinnert, dass es – auch im Leben eines Politikers – Wichtigeres gibt als Politik und dass sich kein Politiker wichtiger nehmen sollte als er ist.

Selbst seine Kritiker mussten einräumen, dass Wolfgang Gerhardt so belesen und gebildet ist wie kaum ein anderer Politiker. Nirgendwo konnte ich das besser feststellen als auf unserer Fraktionsreise 1986 nach Eisenach, Weimar und Leipzig. Sein historisches Wissen und seine klugen Beobachtungen auf dieser Reise ließen mich die Strukturen des SED-Unrechtsstaates durchschauen. Die eindrücklichen Kulturerlebnisse dieser Reise, vertieft durch viele intensive Gespräche mit Wolfgang Gerhardt (und natürlich auch mit Ruth Wagner), waren es, die mein starkes

Interesse an Kulturpolitik weckten – das mich bis heute antreibt.

Grundsatzreden von Wolfgang Gerhardt mitzuerleben, verschafft immer großen Erkenntnisgewinn. Ich habe keine Rede erlebt, in der nicht zahlreiche scharfsinnige Analysen, überraschende Zitate und neue Argumente enthalten sind, die ich vorher so noch nicht kannte. Er ist auch keiner, der sich Reden von seinen Mitarbeitern „aufschreiben“ lässt. Wolfgang Gerhardt verfasst alle wichtigen Reden und Buchbeiträge selbst – stets handschriftlich. Diejenigen, die dies für altmodisch halten, verfehlen den Tiefgang und die Originalität seiner Beiträge meist um Längen.

Wolfgang Gerhardt lässt sich vom Zeitgeist ohnehin nicht treiben. Er ist zwar neugierig und befasst sich gerne mit neuen Ideen und Entwicklungen, aber ruht so stark in sich, dass er davor gefeit ist, seine festen Überzeugungen vermeintlich „modernen“ Trends zu opfern. Was er für richtig hält, daran hält er fest, auch wenn es andere für überholt ansehen. Das erklärt auch, dass Wolfgang Gerhardt keine seiner zentralen inhaltlichen und personellen Bewertungen je revidieren musste.

Hans-Joachim Otto, Parlamentarischer Staatssekretär a.D.; Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen 1980 bis 1983; Mitglied des Hessischen Landtags 1983 bis 1987; Mitglied des Deutschen Bundestages 1990 bis 1994 und 1998 bis 2013

Abschnitt

3

**BUNDESVORSITZ
DER FDP UND MDB
(1994–1998)**

1994 bis 1998

Thomas Volkmann

Nach der Bundestagswahl 1994 erreichte Wolfgang Gerhardt über Platz 2 der hessischen FDP-Landesliste, hinter dem damaligen Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, Hermann Otto Solms, den Einzug in den Deutschen Bundestag und übernahm dort den Themenbereich der Bildungs- und Forschungspolitik. Seine „Jungferrede“ zum entsprechenden Teil der Regierungserklärung des Bundeskanzlers 1994 findet sich in diesem Band abgedruckt.

Die FDP hatte bei der Bundestagswahl 1994 ein Ergebnis von 6,2 Prozent erzielt und unter schwierigen Umständen den Wiedereinzug in den Bundestag geschafft. Die Kritik an der Parteiführung wurde allerdings lauter: Man habe sich im Wahlkampf mit der implizit geäußerten Aufforderung: „Wählt FDP, damit Kohl Kanzler bleibt!“ zu sehr von der Union abhängig gemacht, statt ein eigenes Profil herauszustellen, war ein Vorwurf, auch innerhalb der Partei. Beim FDP-Partei-

tag 1994 in Gera gab es offenen Streit um die politische Lagebewertung durch die Parteiführung und um die zukünftige Strategie der Liberalen. Zum neuen Generalsekretär wurde Guido Westerwelle gewählt, und Anfang des darauffolgenden Jahres teilte der FDP-Vorsitzende Klaus Kinkel mit, dass er nicht erneut für das Amt kandidieren werde.

Nachfolger im Bundesvorsitz wurde Wolfgang Gerhardt, der die Delegierten des Parteitages 1995 mit einer überzeugenden (und hier dokumentierten) Vorstellungssrede hinter sich brachte und die Abstimmung gegen Jürgen Möllemann deutlich gewann.

Auch Gerhardts Rolle als Debattenredner im Deutschen Bundestag änderte sich dadurch deutlich. Schon zwei Wochen nach seiner Wahl musste er im Bundestag die Haltung der FDP zur Jugoslawien-Krise erläutern; danach folgten wichtige programmatische Parlamentsreden zum

Bundeshaushalt und zum „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“, die liberale Wirtschaftspolitik pur lieferten und die Regierung zum Kurshalten in schwierigen Zeiten mahnten.

Gerhardts Position an der Parteispitze festigte sich zusehends. Die Rede beim Dreikönigstreffen der FDP 1996 fasste seinen „Kompass“ zur Politik der Liberalen zusammen, die Rede zum Bundesparteitag der FDP im Juni 1996 in Karlsruhe bilanzierte die Arbeiten zum neuen Grundsatzprogramm der FDP, die Rede beim Kongress der Europäischen Liberalen 1996 die internationalen Politikansätze. Speziell die laut Protokoll immer wieder von lebhaftem Beifall unterbrochene Bundesparteitags-Rede zeigt, wie schnell es Wolfgang Gerhardt auch hier, wie einst in Hessen, gelungen ist, die Partei zusammenzuführen und zu einen. Die schwierige Situation, in die die FDP nach einer Serie von schlechten Wahlergebnissen ab 1994 gekommen war, konnte so bei Land-

tagswahlen im Frühjahr 1996 verbessert werden. Die Koalition auf Bundesebene allerdings geriet zunehmend in Probleme, ein Machtwechsel zeichnete sich ab. Der „Modernitätsschub für die Koalition“, den Wolfgang Gerhardt in seiner Kandidatenrede zum Bundesvorsitz 1995 gefordert hatte, war für viele im Land zu wenig erkennbar.

Das in der politischen Gesamtlage schwierige Jahr 1998 findet sich in diesem Band zum einen in einer programmatischen Rede „150 Jahre Liberale Revolution 1848“, zum anderen in der Rede bei der Debatte zum Bundeshaushalt, der traditionellen „Generalabrechnung“ im Deutschen Bundestag.

Bei der Bundestagswahl im September 1998 wurde die schwarz-gelbe Bundesregierung abgewählt, und die FDP begann ihre 11 Jahre als „putzmuntere Opposition“.

REDE

Regierungsprogramm 1994 - 1998

Frau Präsidentin!
Meine Damen und Herren!

Wer vor den Folgen der Technologie warnt, muss immer auch die **Folgen des Verzichts** auf Technologie im Auge behalten. Ein einfacher Hinweis: In den Vereinigten Staaten von Amerika arbeiten im biotechnologischen Bereich 100 000 Mitarbeiter. Damit bestehen 100 000 hoch qualifizierte Beschäftigungsverhältnisse, darunter 20 000 mit Wissenschaftlern. In unserem Land, das doch wirklich eine Position zu verteidigen hat, haben wir noch nicht einmal 1 000 Mitarbeiter. Es geht also gar nicht um die Frage der Folge einer Technologie, sondern es geht um die Frage des Verlierens des Anschlusses auf dem Gebiet einer Schlüsseltechnologie und um zukünftige moderne Beschäftigungsverhältnisse.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Wir müssen uns darüber klar werden, vor welchen Aufgabenstellungen wir stehen und in welchem Land wir über diese Themen diskutieren. Diese Bundesregierung, wir alle und die Menschen im Land unternehmen die gewaltige Anstrengung, eine von der SED zur Schrottreife geführte Volkswirtschaft wieder aufzubauen und enorme Mittel zu investieren. Gleichzeitig machen wir uns daran, einen Einstieg in eines der Felder zu suchen, das für unser Land ein Stabilisator ist.

Wer über Deutschland spricht – Herr Kollege Thierse hat recht, dass wir da auch über Denkhaltungen sprechen müssen –, der muss wissen, wie wir aus der Katastrophe von 1945 herausgekommen sind: nicht nur mit Überlegungen, welche Technologien uns schaden, sondern mit der Erkenntnis, dass wir **technische Höchstleistungsfähigkeit** brauchen, um wieder auf die Beine zu kommen. Das haben wir dann mit großer Kraftanstrengung auch geschafft.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Darüber sprechen wir bei diesen Themen. Wenn man in Deutschland – nicht nur in diesem Hause, sondern auch außerhalb – solche Debatten führt, bekommt man den Eindruck, dass ein großer Teil der Öffentlichkeit denkt, unsere Zukunft sei mit Beschäftigungsprogrammen, mit Umstrukturierungen, mit großen Gedankengebäuden für Übergangsmodele und mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu gewinnen. Es haben sich ganze Gruppen mit Inbrunst dem zweiten Arbeitsmarkt gewidmet. Meine Damen und Herren, wir sind in Gefahr, als Gesellschaft insgesamt den Blick für die eigentlichen Grundlagen für Beschäftigung, Wohlstand und Zukunftssicherung zu verlieren. In unserem Land geht es um Fähigkeit zur Spitze, nicht nur um die Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Wir brauchen die technische Höchstleistungsfähigkeit nicht, um andere beiseite zu drängen. Wir brauchen sie, weil wir Arbeitsplätze, die heute im zweiten Arbeitsmarkt beschäftigungspolitisch gestützt werden, wieder zu wirklich produktiven Beschäftigungsverhältnissen des ersten Arbeitsmarktes machen wollen.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Wenn es einen Unterschied zu Gruppen in der Opposition gibt, dann formuliere ich den, insbesondere für meine Fraktion, so: Nicht Gedankengebäude über eine neue Verteilung werden die Beschäftigung der Zukunft sichern, sondern nur die **Fähigkeit und die Kraft einer Gesellschaft zur ständigen Innovation**. Das ist der Unterschied zwischen uns!

Beifall bei der F.D.P.

Wenn wir erfolgreich sein wollen, müssen wir nicht nur in unserer praktischen politischen Arbeit, sondern auch in unserem Denken

einige Steine aus dem Weg räumen. Wir müssen einiges abbauen, was zu Lasten der Innovationen geht. In Deutschland gehen Pioniergewinne verloren, weil wir zu lange Verfahren haben, weil wir ein Konglomerat von Vorschriften haben, das lähmt, weil wir zu viel auf Strukturert halt setzen und den Weg für Neues verbauen. Natürlich hat die F.D.P. nicht die Illusion, dass Privatisierung und Deregulierung sofort wirken. Wir wissen aber, dass sie für den Aufbau neuer Beschäftigungsfelder zumindest begünstigend wirken. Jeder weiß, dass unser Land an Beweglichkeit verloren hat, dass der Staat überfordert worden ist und dass das Gleichgewicht zwischen Freiheit und persönlicher Verantwortung aus den Fugen geraten ist.

Beifall bei der F.D.P.

Da müssen wir ansetzen, das müssen wir ändern, weil Qualifizierung und Bildung nichts nutzen werden, wenn in unserem Land das Bewusstsein einer Staatskundschaft gepflegt und der Weg zur Staatsbürgerschaft mit eigener Verantwortung nicht gesucht wird.

Beifall bei der F.D.P.

Meine Damen und Herren, Forschung und Innovation, Kreativität und wissenschaftliche Neugier, das sind Felder mit Bereitschaft zu außerordentlicher Leistung und zur Herausbildung der Fähigkeit, Höchstleistungen zu erbringen. Das erfordert eine bestimmte geistige Haltung. Notwendig ist die **Bereitschaft, Risiken einzugehen, langen Atem in der Grundlagenforschung** zu haben, Stärke zu akzeptieren, und sogar darauf aus zu sein, möglichst viele Stärken entstehen zu lassen. Das ist kein Feld für Gleichmacher und für Menschen, die in Vollkaskoversicherungssystemen denken. Im Kern müssen wir weg von den alten Themen des bildungspolitischen Aufbruchs der 60er Jahre in unserem Land, der stecken geblieben ist.

Dr. Peter Glotz
[SPD]: Aber davon
sind wir längst weg!

Nein, wir sind nicht weg. Sehen Sie sich die Länder an! Ich bringe es auf den Punkt: Ihre Partei macht in den Ländern eine **Schulpolitik**, die immer noch nicht begriffen hat, dass Chancengleichheit zu gewährleisten ist, aber nie gleiche Ergebnisse für alle herauskommen können.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Ich greife das sehr präzise auf: Wir müssen auch über den Begriff Leistung einen offenen Diskurs suchen. **Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft** sind keine Kategorien einer Ellbogen-gesellschaft. Sie sind Bestandteil der sicheren Lebensführung von Menschen. Sie sind überhaupt erst die Voraussetzung von Verantwortungsübernahme in einer freiheitlichen Gesellschaft. Leistung und soziales Empfinden stehen sich im Übrigen nicht diametral gegenüber. **Soziale Kompetenz** wird nicht in bestimmten Schulformen erzeugt, soziale Kompetenz entsteht im Kopf, nach Begegnung mit anspruchsvollen Inhalten im Unterricht, in der Begegnung mit Menschen, oder sie entsteht nicht. Sie entsteht auf keinen Fall durch Herabsetzung des Niveaus, sondern nur in der Förderung möglichst vieler nach oben.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Wie oft, Herr Kollege Glotz, hat die politische und die gesellschaftliche Auseinandersetzung in unserem Land diesen Sachverhalt so dramatisch verkürzt, wie oft sind in den Ländern ganze **Schulformdiskussionen** mit völlig falschen Ansätzen über Eliten gepflegt worden! Neid – das möchte ich an dieser Stelle festhalten – ist nie eine Begründung für ein politisches Programm. Neid ist ein Charakterfehler.

Beifall bei Abge-
ordneten der F.D.P.
und der CDU/CSU

Wer, weil er die naturgegebenen Unterschiede der Leistungsfähigkeit verschiedener Menschen leugnet – so formuliert Professor Markl –, die Auswahl und Pflege der Begabung verweigert, beseitigt dadurch nicht die Ungleichheit der Talente, er vergeudet sie nur. Das ist der Sachverhalt, über den wir uns im Klaren sein müssen, wenn wir einen neuen Anlauf in Bildung und Erziehung, in Forschung und Entwicklung nehmen wollen. Wir müssen unsere Haltung zu diesem Feld klären und nicht nur Fragen der Finanzierung erörtern. Wir müssen **Wettbewerb und Vielfalt wieder installieren**. Wir müssen akzeptieren, dass es unterschiedliche Leistungsfähigkeit gibt. Wir dürfen stärkere und leistungsfähigere Menschen nicht als Bedrohung für schwächere erklären, sondern wir müssen sie als Glück, als Voraussetzung empfinden, den anderen in den Systemen zu helfen, die wir haben. (Beifall bei der F.D.P. und der

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU
Anke Fuchs [Köln]
[SPD]: Zählen Sie
sich zur Elite?

Die Koalitionsvereinbarung sieht überproportionale Haushaltssteigerungen vor. Wir werden bei Haushaltsdebatten Gelegenheit haben, diese Erörterungen fortzuführen. Auf eines möchte ich für meine Fraktion aufmerksam machen: Wir werden noch einmal eine Anstrengung bei der **Bund-Länder-Finanzierung im Hochschulbau** unternehmen müssen. Das angekündigte überproportionale Wachstum muss sich hier konkretisieren.

Beifall des Abg.
Dr. Peter Glotz [SPD]

Wir müssen ganz deutlich sagen, dass von Bund und Ländern noch einmal eine Anstrengung unternommen werden muss, um im Hochschulbau weiterzukommen.

Dr. Peter Glotz
[SPD]: Sehr gut!
Richtig! Jawohl!

Das ist eine gemeinsame verantwortliche Aufgabe. Unsere Erwartung an die Länder ist, sich zu präzisieren, nicht alles und jedes vorzuschlagen, auch notwendige forschungsintensive Maßnahmen zu entscheiden und im eigenen Kabinett die Entscheidung herbeizuführen. Eines geht nicht: dass die Bundesregierung öffentlich kritisiert wird, weil sie die Mittel noch nicht ausreichend steigert, aber die jeweiligen Landesfinanzminister diese Summe in ihren jeweiligen Kabinetten schon in Abgang gestellt haben, weil sie sich darüber freuen.

Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.

Wir wollen eine einheitliche Stellungnahme der Länder haben. Auch die Länder können zu Kostensenkungen beitragen. Ich spreche mich für meine Fraktion für diesen nochmaligen Anlauf zur Steigerung der Mittel aus, weil am Ende Verkürzungen von Studienzeiten, Strukturreformen an den Hochschulen und auch die Beseitigung von Mängeln im Management der Hochschulen nur gelingen werden, wenn wir auch eine **vernünftige Plattform in der Finanzierung** haben. Dann können Hochschulen ihre eigenen Hausaufgaben erledigen. Die **Stärkung der beruflichen Bildung** war in den Verhandlungen das Ziel der F.D.P. Es gibt unbestreitbar eine enge Verknüpfung von Qualifizierung und wirtschaftlichem Erfolg. Meine Fraktion und auch ich sind es leid, dass in Deutschland, wenn über Qualifizierung und Bildung gesprochen wird, ausschließlich von BAföG, von Hochschulen, von Gymnasien und von weiterführenden Schulen die Rede ist. Ein großer Teil der jungen

Generation – wir haben nur eine einzige – sucht über den beruflichen Bildungsweg seine Chancen.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Die müssen wissen, dass wir sie im Blickfeld haben. Wer heute sieht, dass berufliche Ausbildung, berufliche Prüfungen schon an so hohen Qualifikationsniveaus hängen, dass viele sie nicht schaffen, und dass solche ohne Zertifikat kaum einen Arbeitsplatz finden, der wird auch das als Feld neben einer BAföG-Diskussion sehen müssen, dem wir uns zuwenden wollen. Wir möchten der jungen Generation, die im beruflichen Bildungssystem ist, ausdrücklich sagen, dass wir ihr Partner sein wollen, dass auch sie für die Zukunft gebraucht werden.

Beifall bei der F.D.P.

Dazu gehört eben die **Förderung der Gleichwertigkeit von beruflichen und allgemeinbildenden Ausbildungsgängen**, ebenso die Aufforderung an das Fachhochschulsystem, ein studienbegleitendes Angebot in allen Ländern für diejenigen zu machen, die nach dem Abitur in die Berufsausbildung gehen. Sie sollten parallel dazu studieren können.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Dazu gehört im Übrigen auch eine Aufforderung an die Hochschulen, nicht nur diejenigen zu sehen, die mit der traditionellen Hochschulreife, Abitur oder Fachabitur, zu ihnen kommen, sondern auch diejenigen zu sehen, die mit erheblicher Reife nach langer beruflicher Qualifizierung vor den Türen der Hochschulen stehen könnten. Dieses Potential darf nicht verlorengehen.

Dr. Peter Glotz
[SPD]: Das fordern
wir seit Jahren!

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Herr Gerhardt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Bertl?

Dr. Wolfgang Gerhardt (F.D.P.): Ja; bitte.

Hans Werner Bertl (SPD): Herr Kollege, Sie haben eben von Höchstleistungen gesprochen. Höchstleistung bedeutet Training und Investition. Ist Ihnen bekannt, dass in einer Fachgruppe beim Deutschen Industrie- und Handelstag im Zusammenhang mit der beruflichen Bildung die Kosten des dualen Bildungssystems als

wettbewerbsverzerrend für die deutsche Wirtschaft gesehen werden und dass dort zunehmend englische und französische Modelle von verschulter oder teilverschulter beruflicher Bildung als eine Alternative gesehen werden?

Zuruf von der F.D.P.:
Übernehmen Sie das?

Meine Frage an Sie: Wie stehen Sie zur Verantwortung der deutschen Wirtschaft, auch in der Frage der Investitionen im Bereich des dualen Bildungssystems?

Dr. Wolfgang Gerhardt (F.D.P.): Die hat die Wirtschaft ganz klar, ganz eindeutig. Ich verstehe Ihre Frage in diesem Zusammenhang nicht. Habe ich denn in meiner Rede behauptet, dass ich sie aus der Verantwortung herausnehmen wollte? – Nein, das ist ganz eindeutig.

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Herr Gerhardt, es gibt noch eine Frage des Abgeordneten Kuhlwein.

Dr. Wolfgang Gerhardt (F.D.P.): Dann lasse ich auch die noch zu.

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Herr Kuhlwein.

Eckart Kuhlwein (SPD): Herr Kollege Gerhardt, Sie haben zu Recht von dem hohen Qualifikationsniveau, das sich in der Berufsausbildung ergibt, gesprochen. Ist Ihnen bekannt, dass Ihre Fraktion in diesem Haus in der vergangenen Legislaturperiode einen Änderungsantrag zum Hochschulrahmengesetz abgelehnt hat, mit dem wir ermöglichen wollten, dass auch Berufserfahrene ohne Abitur grundsätzlich den Hochschulzugang bekommen können?

Beifall bei der SPD

Dr. Wolfgang Gerhardt (F.D.P.): Herr Kollege Kuhlwein, ich unterstelle jetzt einmal, dass das so war. Dann darf ich Ihnen heute die freudige Mitteilung machen, dass wir in der Koalitionsvereinbarung mit unserem Partner erreicht haben, dass wir jetzt solche Zugangsmöglichkeiten schaffen wollen.

Beifall bei der F.D.P. –
Horst Kubatschka
(SPD): Dann haben wir
ja etwas erreicht!
Die sind ja lernfähig!

Ich darf zusammenfassen: Wir müssen uns wieder daranmachen, Substanz und Qualität aufzubauen, anstatt ausschließlich von vorhandener Substanz zu leben. Das ist der Auftrag in diesem Feld. Wir müssen die Fähigkeit zur **ständigen Innovation über Bildung, Qualifizierung und Forschung** schaffen, anstatt in Verteilungsmodellen steckenzubleiben. Wir müssen einen **langen Atem in die Grundlagenforschung bringen**, auch Rückschläge in Kauf nehmen und exzellente Leistungen geradezu hervorrufen. Wir dürfen **wissenschaftliche Neugier nie einengen**. Wir brauchen eine **neue, stärkere Bewertung der beruflichen Bildung**. Es gibt eine einzige junge Generation. Deshalb geht es nicht nur um ein BAföG-Thema, sondern um gleiche Chancen, gleichen Start und gleiche Zuwendung auch für junge Menschen in der beruflichen Bildung. Der größte Technologietransfer vollzieht sich über die Qualifizierung von Menschen. Sie sichern und schaffen nicht nur Produkte und Arbeit, sondern sie stabilisieren auch unsere Demokratie in einer Weltoffenheit, die wir bewahren wollen, durch ihr Können, durch ihre Leistung. Wir, die F.D.P. und diese Koalition, wollen der Partner solcher Menschen sein. Wir wünschen uns, Herr Bundesminister Rüttgers, eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen. Wir wünschen Ihnen Glück in Ihrem Amt und Erfolg. Ich sage sehr persönlich: Ich danke für meine Fraktion auch Herrn Professor Laermann für die geleistete Arbeit. Auf eine erfolgreiche Legislaturperiode!

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU
sowie des Abg.
Dr. Peter Glotz [SPD]

REDE

Vorstellungsrede zur Kandidatur als Bundesvorsitzender der F.D.P.

Guten Morgen, meine Damen und Herren!
Liebe Freunde! Liebe Delegierte!

Das ist ein anstrengender Tag für mich, aber es kann ein schöner Tag für die Partei werden. Jeder weiß: Wir befinden uns in Schwierigkeiten, aber wir haben auch alle Chancen. Wir sind die Partei, die die Erfolgsgeschichte dieses Landes maßgeblich mitgeprägt hat.

Beifall

Bei uns beheimatet ist **marktwirtschaftliche Grundorientierung**, die soziale Sicherheit in diesem Land gegeben hat. Wir haben mit unserer Existenz dafür gekämpft, dass **Bündnisfähigkeit nach Westen**, aber auch **Nachbarschaft und Partnerschaft nach Osten** die Chance zur **Wiedervereinigung** überhaupt erst möglich gemacht haben.

Beifall

Während bei der wichtigen Bundestagswahl 1969 andere gesehen haben, ob sie fünf Mandate mehr oder weniger hatten, haben wir unsere Existenz dafür eingesetzt, dass dieses Standbein erhalten bleibt. Wir haben die Freiheitsidee als die Grundlage unserer Verfassung mitgetragen. Wir haben die Prinzipien bei uns beheimatet, die die Grundlage des Erfolgs waren und die uns aus der

Katastrophe von 1945 herausgeführt haben. Wir können stolz auf diese Partei sein.

Beifall

Wie keine andere Partei vertreten wir **Haltungen, die die Qualität unserer Gesellschaft ausmachen**. Das ist persönliche Initiative, das ist Leistungsbereitschaft, das sind Kreativität und Toleranz. Wir bieten keine großen Programme, um Menschen aus Leiden herauszuführen. Wir sichern einfach das private Glück von Menschen und tun dies über Offenheit in der Gesellschaft. Wir freuen uns über die Freiheit des Einzelnen. Das ist nicht viel, das ist einfach, aber das ist einfach das klare Unterscheidungsmerkmal zu allen anderen Ideologien, und deshalb ist das wichtig.

Beifall

Unsere Prinzipien haben gesiegt. Der Sozialismus ist wieder in die Bibliotheken der Welt zurückgekehrt. Wir haben Wahlen verloren, aber niemals unsere Ideen.

Beifall

Unsere Prinzipien drücken **das größte Vertrauen in die Menschen selbst** aus. Alle anderen Parteien in Deutschland denken an einen Staat, der Probleme löst, der sich über der Gesellschaft bewegt. Wir sind die einzigen, die an die Kräfte der Menschen selbst denken und sie zur Grundlage machen wollen. Das ist unser unverwechselbarer Standort in der politischen Landschaft Deutschlands. Deshalb muss es uns geben.

Beifall

Wir sind eine moderne Partei, wir verfügen über einen großen Spannungsbogen; das haben wir gestern gesehen: ökologische Marktwirtschaft, Bürgerrechte, Bildung, Chancengleichheit. Wir haben Kompetenz im strukturellen Wandel, wir sitzen nicht auf alten Strukturen. Wer Vorsitzender einer solchen Partei werden will, der muss auch die Partei insgesamt repräsentieren, der muss das sein, was die Partei selbst ist. Er muss Kritik ertragen, er muss Dispute führen können, aber er muss auch Kurs halten für Sie alle. Ich werde immer dem Motto von Voltaire folgen, mich mit allem, was ich habe, dafür einzusetzen, dass in dieser Partei jeder frei seine Meinung äußern darf.

Beifall

Deshalb akzeptiere ich **nationalliberale Traditionen**. Sie gehören von der Geschichte her zu uns. Für Nationalliberale in der F.D.P. stehe ich ein, für ein Irrlicht im politischen Spektrum stehe ich nicht zur Verfügung. Das muss man wissen.

Lebhafter Beifall

Über Freiheit wird in Deutschland zu wenig gesprochen. 17 Millionen erleben zum ersten Mal seit 1933 die Menschenrechte. Ist das denn nichts, meine Damen und Herren, was wir zusammen mit den Menschen in den neuen Ländern und durch die Politik der F.D.P. geschafft haben?

Beifall

Manchmal wird Freiheit, wenn man sie hat, in Deutschland zu wenig geschätzt; das kennen wir aus unserer Geschichte. Freiheit ist in unserem Land heute nicht mehr durch Diktatur bedroht, aber die **Verringerung des Risikos schläfert Freiheit ein**. Manche Gruppen machen den Versuch, anderen ihre Lebensgewohnheiten geradezu aufzunötigen. Bürokratie erstickt und Steuerlast erdrückt Verantwortungsbereitschaft und Freiheit.

Beifall

Im Übrigen tun dies auch Arbeitslosigkeit und Not. Sie hindern Menschen an der Teilhabe an Freiheit, und sie verderben ihnen die Freude daran. Ich möchte über **Arbeitslosigkeit** persönlich reden. Wir nehmen Anteil an dem Schicksal von Arbeitslosen und wollen Arbeitslosigkeit mit unserer Politik beseitigen.

Lebhafter Beifall

Wir sind die **Freiheitspartei**. Wir wenden uns dem Morgen zu. Wir bleiben in der Außenpolitik bündnisorientiert. Wir glauben nicht wie SPD und GRÜNE, wir könnten in Mitteleuropa so etwas wie eine größere Schweiz sein. Wir brauchen das Vertrauen der anderen in uns, und deshalb müssen wir bündnisfähig und verantwortungsbewusst bleiben.

Beifall

Wir bewältigen mit unserer **Wirtschaftspolitik** den Strukturwandel. Wir wollen **ökologische Marktwirtschaft** bewusst als unser Thema setzen. Wir haben es zu lange liegenlassen, dann packen wir es doch jetzt an und gehen wir daran!

Beifall

Bildung, Qualifizierung und Technik werden die Chancen für unsere Gesellschaft sein. Es wird nicht ausreichen, Arbeit zu verteilen. Wir müssen die Grundlage für Arbeit neu schaffen. Diese Quellen müssen wir benennen.

Beifall

Wir brauchen **Privatisierung, Liberalisierung, Öffnung der Märkte**. Allein das Beschäftigungspotential, das entstehen würde, wenn man endlich die Netzmonopole aufheben und Private in das Telekommunikationsnetz bringen würde, wäre schon ein gewaltiger Beschäftigungsschub.

Beifall

Wir sind Anwälte der **Chancengleichheit aller Menschen**. Jeder sollte gleiche Startchancen haben. Aber wir sind die Partei, die es auch erträgt, wenn andere leistungsstärker sind. Wir brauchen Talente, wir brauchen die Spitze, wir helfen Schwachen nicht, wenn wir Starke schwächen.

Lebhafter Beifall

Es gibt gute Chancen für unsere Partei. Sie liegen auf der Hand. Die SPD ist zu einer alten konservativen Umverteilungspartei geworden. Sie versteht sich als Betriebsrat der Nation, sie sendet seit Jahren kein einziges Modernitätssignal aus. Im Einvernehmen mit den GRÜNEN ist sie Bedenkenträger bei Forschung und Entwicklung. Sie ist Verzögerer bei Genehmigungsverfahren. Sie ist Gleichmacher bei Schule und Bildung. Sie hat überhaupt kein Verhältnis zu Eliten. Dieses Land braucht aber all das, was ich eben genannt habe.

Beifall

Beide, SPD wie GRÜNE, organisieren eine gewaltige Überforderung des Staates, gewaltige Bürokratien zur Lösung der Probleme, und sie schieben jede soziale Verantwortung in die nächste Generation. Das dürfen wir in diesem Land nicht zulassen.

Beifall

Teile von CDU/CSU haben sich dem angeglichen: die Kohlesubventionspolitik wie Rau, die Pflegeversicherung wie Scharping und die Gesundheitspolitik wie Dressler. Wir haben in Deutschland schon anderthalb sozialdemokratische Parteien.

Als Kandidat sage ich Ihnen: Wenn ich gewählt würde, wäre ich Vorsitzender der F.D.P. Wir sind zuallererst Freie Demokraten und dann Koalitionspartner.

Lebhafter Beifall

Ich hätte Gesprächsbedarf mit der Union, weil, wenn man erfolgreich sein will, jetzt praktische Schritte in der **Umweltpolitik** nach vorn getan werden müssen. Wir müssen **Bildung, Forschung, Qualifizierung verstärken**. In diesem Jahr muss die Entscheidung fallen, dass auch der Teil der jungen Generation, der in die berufliche Bildung geht, genauso finanziert und gesichert wird wie diejenigen, die studieren.

Beifall

Wir leben in einer internationaler werdenden Welt. Der Koalitionspartner muss einsehen, dass wir ein **modernes Staatsbürgerschaftsrecht** brauchen.

Beifall

Wir brauchen die **Öffnung der Märkte bei Telekommunikation**, wir brauchen **neue Chancen für mittlere und kleinere Unternehmen**, wir brauchen einen **Modernitätsschub für die Koalition**; sonst können wir nicht erfolgreich sein. Das werde ich als meine Aufgabe ansehen.

Beifall

Politik wird immer durch Menschen verkörpert. Sie müssen sich in einer Medienlandschaft bewähren, wenn die F.D.P. erfolgreich sein will. Am Ende wird aber nur die Kombination von Person und Sache dauerhaft in der Medienlandschaft Bestand haben.

Beifall

Ich kann mich nicht verändern, ich werde ein Vorsitzender sein, der überlegt, der nachdenkt und der nicht nur jeden Tag da sein will, sondern da sein muss, damit die Botschaft der F.D.P. präzisiert wird, und zwar dauerhaft präzisiert wird. Wir müssen in unserem Umfeld **wieder ein Milieu herausbilden**. Es ist wahr: Zu viele, die wir gewinnen könnten, werden durch unsere Rituale abgeschreckt, viele, die wir brauchen, sind durch berufliche Inanspruchnahme überhaupt nicht in der Lage, an unseren Mechanismen teilzunehmen.

Beifall

Manche Möglichkeiten verpassen wir, einfach weil bei uns die ehrenamtliche Arbeit und die Unterstützung in der Dienstleistungsfähigkeit durch die jeweiligen Zentralen nicht ausreichen. Ich will sie neu ordnen. Wir müssen frei werden für die politische Ansprache vor Ort und dürfen nicht nur Verwaltungsbehörde des Landes- oder des Bundesverbandes sein.

Beifall

Ganz unten fängt es im Übrigen an, wenn wir wieder Erfolg haben wollen. Niemand wird sich wieder anstrengen, wenn er im Freundes- und Bekanntenkreis eher niederschmetternde Argumente über uns hört. Ich kandidiere, weil ich auch glaube, Ihnen die Gewissheit vermitteln zu können, dass Ihnen Nachbarn und Freunde sagen würden, Sie hätten, wenn sie mich gewählt haben, einen guten Mann gewählt.

Beifall

Ich will ein sehr persönliches Wort an die Freunde in den neuen Ländern richten: Ich bin 6 000 Kilometer ohne Journalistenbegleitung dort gereist, habe Umschulungszentren besucht, morgens in Schulklassen diskutiert. Nichts ist so wichtig, wie Menschen spüren zu lassen, dass man an ihren Schicksalen Anteil nimmt, ihre Leistungen anerkennt und ihnen zuhören kann.

Beifall

Diese Menschen erwarten Wärme, Herzlichkeit. Niemand kann auf die Dauer ohne Lob und Zuspruch leben. Dafür will ich mir Zeit nehmen. Deshalb kandidiere ich für dieses Amt und für kein anderes. Die F.D.P. braucht einen ganzen Mann nur für sich selbst und zur Motivation der Basis.

Beifall

Botschaften und Politik werden über Personen vermittelt, oder sie kommen bei den Menschen nicht gut an. Wir müssen uns für Parteilose öffnen, wir müssen auf der kommunalen Ebene auch die Zusammenarbeit mit freien Listen suchen, und wir müssen Jugendlichen und Frauen größere Chancen geben, wir müssen ihnen mehr Verantwortung in dieser Partei übertragen.

Beifall

Reden Sie nicht über Quoten, die nicht erfüllt sind, wählen Sie sie, wenn Frauen kandidieren.

Beifall

Wir sind wie keine andere Partei in Deutschland durchgängig zu strukturellen Reformen in der Lage. Aber wir dürfen diese Chancen nicht vergeuden und uns selber nehmen. Wir sind selbst daran schuld, wenn wir nicht erfolgreich sind. Wir müssen ein Stück neu beginnen. Aber an diesem Neubeginn steht auch die Bitte, mit denen, die Verantwortung getragen haben, fair umzugehen.

Beifall

Ich danke ausdrücklich Klaus Kinkel und Otto Graf Lambsdorff für faire Zusammenarbeit. Ich habe mit diesen Bundesvorsitzenden loyal zusammengearbeitet. Ich habe nicht jedes Mikrofon gesucht und keinem Journalisten meine Befindlichkeit gesteckt. Jeder Kreisvorsitzende braucht einen loyalen Stellvertreter, sonst kann die Arbeit nicht geführt werden.

Lebhafter Beifall

Dort, wo ich an erster Stelle – im Übrigen in ganz schwierigen Zeiten – einmal Verantwortung übernommen habe, als wir in Hessen bei 3,1% gescheitert waren, habe ich zusammen mit anderen in vier Wahlen bewiesen, dass ich mit der Öffentlichkeit kommunizieren kann.

Beifall

Meine Freunde, ich bin, wie Thomas Dehler das formuliert hat, der tiefen Überzeugung, dass Freie Demokraten nicht nur eine Kraft sind, sondern dass sie die bewegende Kraft freier Gesellschaften sind. Wir haben unsere Chancen selbst in der Hand – durch unsere Haltung, durch unsere Fähigkeit zuzuhören und mit anderen umzugehen, Diskussionen mit Qualität zu führen, aber auch in der stetigen Vergewisserung unseres Standorts und unserer Wurzeln. Ein erstes Signal vertrauensvoller Zusammenarbeit will ich Ihnen geben: Sie sollten wissen, dass ich, sollte ich gewählt werden, Guido Westerwelle zum Generalsekretär vorschlagen werde. Ich vertraue ihm.

Beifall

Er soll seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen können. Man braucht immer Vertrauen. Der Partei ist es nie gut gegangen, wenn in Zeitungen der oder die aufgefordert wurde, ihr Amt eher zu verlassen. Vielleicht geht es der Partei besser, wenn man Mannschaften bildet, wenn man eine neue Atmosphäre schafft und sich nicht nur über die Presse mitteilt, was man von dem anderen hält. Ich werde das nicht tun.

Beifall

Ich weiß, ein Parteivorsitzender hat unangenehme Aufgaben. Ich werde mit Sicherheit manchen auch auf die Füße treten müssen, aber das tue ich intern und nicht öffentlich.

Beifall

Liebe Freunde, wenn Sie das Zutrauen und die Überzeugung haben, dass hier vorne einer vor Ihnen steht, der an der Spitze der F.D.P. diese Partei gut repräsentieren könnte, der die Fähigkeit hat, den politischen Liberalismus in Deutschland in seiner Person auszudrücken, dann bitte ich Sie jetzt ernsthaft um Ihre Stimme. Ich will mit ganzem Herzen, mit großer Freude engagiert für die F.D.P. und für Liberale in Deutschland arbeiten. Deutschland braucht die liberale Kraft. Unsere Demokratie braucht die F.D.P. Wir brauchen Sympathie, Achtung und Respekt. Darum werde ich mich bemühen. Ich verspreche Ihnen: Ich will mein Bestes für Sie geben.

Herzlichen Dank.

REDE

Deutsche Beteiligung an den Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung

des schnellen Einsatzverbandes im
früheren Jugoslawien einschließlich
der Unterstützung eines eventuellen
Abzugs der VN-Friedenstruppen

Frau Präsidentin!

Meine Damen und Herren!

Ich glaube, dass sich niemand im Hause die Entscheidung leicht-
macht. Herr Kollege Fischer, auf eines möchte ich Sie hinweisen.
Sie haben diesem Haus früher schon einmal angehört, aber Sie
sind sehr vergesslich geworden. Den schweren Vorwurf, mit der
Anerkennung große Fehler begangen zu haben, möchte ich zurück-
weisen. Dieses Haus hat mit einer Drucksache vom 14. November
1991 mit der Fraktion der CDU/CSU, der Fraktion der SPD, der
Fraktion der F.D.P. und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
folgendes beantragt und beschlossen:

Dr. Wolfgang
Schäuble [CDU/
CSU]: Hört! Hört!

„Für ein Weiterbestehen Jugoslawiens in seiner bisherigen Form und Verfassung gibt es keine Chance mehr. Die Staatsidee Jugoslawiens, das gleichberechtigte Zusammenleben der südslawischen Völker in einem Staat, ist gescheitert.“

Auch von Ihrer politischen Gruppe unterzeichnet. Weiter heißt es: „Der Deutsche Bundestag lässt sich davon leiten, dass es allein den Völkern Jugoslawiens obliegt, über die Zukunft ihres Landes zu entscheiden; unterstreicht seine Überzeugung, dass das Selbstbestimmungsrecht aller Völker in Jugoslawien respektiert werden muss und dass es Angelegenheit der Völker ist, es auf friedlichem und demokratischem Wege auszuüben, wenn sie dies wünschen.“

Zum Schluss des Antrags heißt es: „Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung, parallel zu der Friedenskonferenz die Voraussetzungen für eine völkerrechtliche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens

Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl:
So war das!

sowie derjenigen Republiken Jugoslawiens ... zu schaffen, die ihre politische Unabhängigkeit anstreben ...“

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Vizepräsident Becker hat dann am 15. November 1991 zur Abstimmung über diesen Antrag aufgerufen: „Wir stimmen ab über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. sowie der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ... Wer stimmt dafür? Wer stimmt dagegen? Enthaltungen? Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.“ Damit weise ich Ihre Kritik zurück.

Lebhafter Beifall
bei der F.D.P. und
der CDU/CSU

So war es. Die Wahrheit muss hier öfter wiederholt werden, da die Unwahrheit vorher vorgetragen worden ist.

Erneuter lebhafter
Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Das hat aber nichts damit zu tun, dass wir vor einer unendlich schwierigen Situation stehen. Bosnien fordert uns heraus. Im Grunde kann man sagen: Dort werden wieder ganz alte Landkarten aufgeschlagen, dort liegen Trümmer von geschichtlichen Großreichen, die niemals ordnungsgemäß beiseite geräumt worden sind, dort kehrt ein dramatisches Stück Geschichte zurück. Das ist die

Herausforderung. Da hilft, Herr Fischer, nicht der Verweis nur auf die bisherige Politik. Ich möchte für die F.D.P. erklären: Wir wollen uns nicht daran gewöhnen, dass dieser Konflikt zum Alltag bei uns in Deutschland wird, übertragen durch die Medienlandschaft.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Wir wissen, dass Demokratien es schwer haben zu reagieren. Wir alle haben Skrupel. Wir denken in Kategorien der Ultima ratio, bevor wir eingreifen. Wir haben auf Grund unserer Geschichte die Notwendigkeit der Zweck-Mittel-Relation abzuwägen. Immer muss zuerst alles probiert werden, bevor man das Militär einsetzt. Kein Parlament, auch wir heute nicht, macht sich eine solche Entscheidung leicht. Mich beschleicht der Gedanke, ob sich vielleicht diejenigen die Entscheidung sogar schwerer machen, die Ja sagen müssen, weil sie wissen, dass sie eine größere Verantwortung haben und einer unbequemen Frage nicht ausweichen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Diese Skrupelhaftigkeit ist ein Zeichen unserer inneren Stärke. Aber sie macht uns, das wissen wir, gegenüber internationalen Rechtsbrechern ganz anfällig. Wir erleben doch die dosierte Aggression eines Herrn Karadzic gegen UNPROFOR-Truppen mit Geiselnahme, mit Bedrängnis und mit Erniedrigung. Es kann keine freiheitliche Gesellschaft geben, die das auf Dauer akzeptiert. Es muss eine geben, die dem entgegentritt. Das ist der Kern der Auseinandersetzung.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Das heißt, am Ende einer großen Kultur der Zurückhaltung, der Kenntnis unserer Geschichte und der Skrupel, die wir haben, sagen wir: Wir wollen uns diesen Vorgängen nicht länger durch Wegschauen entziehen. Wir müssen **internationalen Rechtsbrechern Grenzen setzen**. Das Völkerrecht kann sich nicht selber schützen. Es braucht diejenigen, die es in gemeinsamer Verabredung schützen wollen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Das ist der Kern des großen Unterschiedes zwischen dem Konzept der Bundesregierung und der sie tragenden Fraktionen von CDU/CSU und F.D.P. einerseits und dem Konzept der Opposition andererseits. Herr Kollege Fischer, Sie können mit Pazifismus auf sehr

hohem rhetorischen Niveau zwar eine Weile arbeiten, am Ende müssen Sie sich aber eingestehen, dass Sie das Kind in Sarajevo alleinlassen, dort, wo die Granaten einschlagen. Das will dann auch moralisch gesehen werden.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Uns macht es keine Freude, uns dieser gewachsenen internationalen Verantwortung zu stellen. Wir wissen, wie schwierig das gerade für uns Deutsche wird. Aber wir sind heute eben Partner in der Europäischen Union, der NATO, der KSZE und den Vereinten Nationen mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten. Bündnisfähigkeit ist für uns immer Staatsräson gewesen. Aber **Bündnisfähigkeit** heißt auch: Wir bekommen von anderen nur so viel Sicherheit, wie wir anderen an Sicherheit geben. Wir sind nicht die größere Schweiz in Mitteleuropa. Unsere geographische Lage und unsere Geschichte zwingen uns zu Bündnissen und zu Vereinbarungen mit anderen. Sie zwingen uns auch zu ganz, ganz unbequemen Entscheidungen. Eine davon haben wir nachher zu treffen. Wir wissen, die Situation ist schwierig. Der Friedensplan ist nicht von allen akzeptiert. Natürlich stehen wir an einem Scheideweg. Entweder wir setzen die humanitäre Hilfe in Bosnien fort, eigentlich auch als Druck auf politische Friedensbemühungen, um Menschenleben weiter schützen und Menschen helfen zu können dann müssen wir alles tun, um UNPROFOR zu schützen und zu helfen –, oder wir resignieren, wir ziehen uns zurück, und wir heben das Embargo auf. Wir wissen genau, was dann passiert. Dann wird es einen Konflikt geben, der noch mehr Menschenleben kostet, als er schon bisher gekostet hat. Die **Alternative des Draußenbleibens** ist die deutlichste Absage an eine politische Lösung des Konflikts, den wir dort haben. Deshalb entscheiden wir uns anders.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Lassen Sie mich das ganz einfach ausdrücken. Wir haben gesagt: Wir möchten, dass die UNPROFOR-Truppen so lange wie möglich dort verbleiben, dass sie ihre humanitäre Hilfe fortsetzen, dass ihr Engagement vor Ort bleibt. Ich sage Ihnen: Dieses Engagement hat nichts mit Intervention oder mit militärischer Aggression zu tun. Das ist eine zutiefst humanitäre Aufgabe. Sie schützen Menschen, sie treten Aggressoren entgegen, sie halten Widerstand. Wenn es

in den vergangenen drei Kriegswintern gelungen ist, drei Millionen Menschen schlicht mit Essen und Medikamenten zu versorgen, dann hat es sich schon deshalb gelohnt, dass UNPROFOR dort war.

Beifall bei der F.D.P.
und der SPD

Diese Tornados und das andere, Herr Kollege Scharping, von dem Sie mit großen Kenntnissen, nahezu als wären Sie im Generalstab, geredet haben, haben doch keinen anderen Sinn, als humanitäre Aufgaben zu übernehmen, Menschen zu schützen und zu helfen, damit sie Essen und Medikamente bekommen, damit weniger sterben, als das in den letzten drei Jahren der Fall war. Das ist eine zutiefst moralische Begründung. Ich wehre mich dagegen, dass auch in der Öffentlichkeit Deutschlands zwischen denen unterschieden wird, die entsenden wollen, als wären das welche, die leichtfertig in den Krieg treiben, und denen, die nicht entsenden wollen, als wären das die Humanisten. Nein, eine zutiefst humanistische Auffassung unterliegt auch unserer Beschlussfassung: Es soll den bedrängten Menschen geholfen werden.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Ich zitiere, was der Generalleutnant Manfred Eisele, der deutsche Vertreter bei der UNO, gesagt hat: „Was von den jungen UNO-Soldaten in Bosnien-Herzegowina an Disziplin und Härte verlangt wird, ist unglaublich. Die Tatsache, dass Soldaten aus Jordanien, aus Argentinien, aus Spanien und anderen Staaten nach wie vor bereit sind, ihren Dienst zu versehen, obwohl sie zum Teil von Notrationen leben müssen wie die Ukrainer, das verdient größte Anerkennung. In vielen Situationen gehört viel mehr dazu, nicht zu schießen, als zu schießen.“ Der Mann hat recht. Das ist unsere Intention der Hilfestellung.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU
so wie bei Abgeordneten der SPD

Dieses Zitat zeigt doch, dass es nicht nur um Bündnissolidarität geht oder dass wir nun eine große Rolle übernehmen wollen. Dieses Zitat zeigt, dass hier die Entscheidung abverlangt wird, ob wir bereit sind, über 40 000 Blauhelmen aus rund 40 Ländern zu helfen, die 200 Gefallene und viele Verwundete zu beklagen haben und die tagtäglich Menschen helfen. Wir wollen **Menschen helfen**. Nichts Anderes ist der Auftrag, den wir mit Mehrheit hier erteilen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Bundesaußenminister Klaus Kinkel hat heute aus der Sicht der F.D.P. das Unterstützungsangebot ausführlich und klar dargelegt. Die Bundesregierung hat die Beteiligung deutscher Soldaten überzeugend begründet. Ich erkläre hier für die Fraktion der F.D.P.: Wir werden die Bundesregierung unterstützen. Wir halten das für richtig, und wir entscheiden uns dann auch so.

Vor 22 Jahren, Herr Kollege Scharping, hat ein deutscher Bundeskanzler eine denkwürdige Rede aus Anlass unseres Beitritts zu den Vereinten Nationen gehalten. Er sagte: „Wir sind gekommen, um auf der Grundlage unserer Überzeugungen und im Rahmen unserer Möglichkeiten weltpolitische Mitverantwortung zu übernehmen.“ Wenn das ein christdemokratischer Bundeskanzler heute gesagt hätte, würden Sie sagen: Das ist etwas überhöht. Es ist für mich nur die Chance gegeben, Willy Brandt zu zitieren, weil er das klar, bescheiden, aber auch mit der Bereitschaft, Pflichten zu übernehmen, so gesagt hat, wie wir das sehen.

Das, was er damals gesagt hat, gilt heute: Wir sind **souveränes Mitglied der Vereinten Nationen mit allen Rechten und Pflichten**. Unsere Partner erwarten zu Recht, dass wir auch den Pflichtenkatalog sehen. Mauer und Stacheldraht waren in einer Zeit auch eine Chance für uns, uns aus vielem herauszuhalten. Niemand hat uns herausgefordert, weil er das Schicksal dieses Landes und die außenpolitische Begrenztheit gesehen hat. Wir gehen heute mit diesem Beschluss, Herr Kollege Fischer, nicht in eine andere Option, als stellten wir uns vor, dass wir Deutschen die Übel der Welt beseitigen könnten. Wir geben einen ganz kleinen, bescheidenen Beitrag aus Solidarität zu den UNPROFOR-Truppen. Wir weisen unsere Verbündeten darauf hin, dass wir diese Begrenztheit beschließen. Aber wir verstehen das als Signal, dass andere akzeptieren, dass diese **Demokratie in Deutschland** erwachsen geworden ist und mit anderen Demokratien zusammen Menschen verteidigen können soll. Das ist der ganz entscheidende Punkt.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Ich bekunde an dieser Stelle meinen Respekt vor denjenigen aus den Reihen der SPD, vielleicht auch einigen aus dem BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN, die sich so entscheiden, wie ich das sehe. Wir alle, d. h. diejenigen, die so abstimmen, wissen, dass wir ausschließlich den **Schutz von UNPROFOR** wollen. Deshalb sage ich ganz offen: Mitglieder des Deutschen Bundestages sollten aufhören, der Öffentlichkeit einzureden, dass die Unterstützung des Antrags der Bundesregierung mit dem **Hineinschlittern Deutschlands in einen Krieg** gleichzusetzen sei. Das kann weder den Kolleginnen und Kollegen, die vonseiten der SPD nachher vielleicht mit uns stimmen, noch uns unterstellt werden. Es geht auch nicht, wie in aggressiver Rhetorik von einer anderen Gruppe gesagt worden ist, um eine Blankovollmacht für den Kriegseintritt. Wer so verbal aufrüstet, der verdeckt sich den Blick für die Wirklichkeit und die ernsthaften Gründe unserer Entscheidung.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU
so wie bei Abge-
ordneten der SPD

Das mindeste, was hier erwartet werden muss, Herr Kollege Fischer, ist, dass man seine Position ganz klar erklärt. Ich beklage mit Ihnen, dass in der Geschichte Deutschlands **pazifistische Grundtraditionen im Bürgertum** so wenig Beachtung gefunden haben. Sie wissen aber genauso gut wie ich, dass Sie aus diesem pazifistischen Elfenbeinturm heraus kein Mittel haben, um Menschen in Not wirklich zu helfen, und dass Sie, wenn Sie ausschließlich pazifistisch argumentieren, internationale Rechtsbrecher in der Welt ermuntern. Sie werden ihnen immer nur dann entgegentreten können, wenn Sie sie wissen lassen, dass Sie am Ende bereit sind, ihnen auch mit Militär entgegentreten; sonst wird Diplomatie wirkungslos. Das ist der wesentliche Punkt.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Ich respektiere Ihre Meinung. Sie müssen mir aber zubilligen, dass ich mit den gleichen großen ethischen und moralischen Beweggründen eine andere vertreten kann. Ich sage Ihnen: Ich glaube, dass meine Meinung und die der F.D.P.-Fraktion hinsichtlich der Pflichten der UNO wirkungsvoller ist als Ihre. Es gibt unbequeme Entscheidungen, denen man sich nicht durch Wegschauen entziehen kann

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

und denen man sich auch nicht dadurch entziehen sollte, indem man andere beschuldigt, sie hätten etwas ganz Anderes vor, als im Antrag steht. Nein, wir haben nichts Anderes vor, als zu sagen, dass wir nun bereit sind, durch Unterstützung des Antrags der Bundesregierung **Soldaten zu entsenden, um Menschen helfen zu können.**

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schuster?

Dr. Wolfgang Gerhardt (F.D.P.): Nein, ich möchte meine Ausführungen jetzt im Zusammenhang zum Abschluss bringen.

Ich will zum Schluss sagen: Niemals darf sich die Politik dieser Bundesregierung oder der Mehrheit dieses Hauses in der Unterstützung des schnellen Einsatzverbandes erschöpfen; das tut sie auch nicht. Es bleibt die gewaltige Herausforderung für deutsche Politik, tagtäglich entscheidend zur politischen Konfliktlösung beizutragen. Wir dürfen uns nicht auf einem Beschluss, den wir heute möglicherweise fassen, ausruhen. Die F.D.P. geht davon aus, dass wir weiterhin alles versuchen müssen, damit der **Friedensplan der Bosnien-Kontaktgruppe** Verhandlungsgrundlage für die weitere politische Lösung des Konflikts bleibt. Wir alle wissen, dass am Ende dieses Konflikts nie eine militärische Lösung stehen kann. Der Friedensplan ist nur Druck auf die dortigen Konfliktparteien.

Wir werden beide Verpflichtungen erfüllen: Verantwortung für die Fortsetzung des politischen Dialogs im Rahmen unserer Möglichkeiten und Hilfe bei dem Verbleib der UNPROFOR-Truppen in Bosnien. Niemand entsendet gerne Soldaten. Wir müssen das aber tun, weil wir sonst wahrscheinlich nicht weiterkommen. Wir danken unseren Soldaten, dass sie dazu bereit sind. Ich würde mich freuen, wenn der Deutsche Bundestag heute und hier die Bundesregierung bei diesen beiden Aufgaben möglichst breit unterstützt. Die F.D.P.-Fraktion und ich werden das tun. Herzlichen Dank.

Anhaltender Beifall
bei der F.D.P. und
der CDU/CSU

REDE

Finanzplan des Bundes 1995 bis 1999

Herr Präsident!
Meine Damen und Herren!

Jede Opposition versucht natürlich, in einer Haushaltsdebatte Bilder eines Landes zu zeichnen. Ich glaube nicht, dass die beiden Sprecher ein zutreffendes Bild unseres Landes mit seinen Problemen, mit seinen Herausforderungen, aber auch mit seinen Chancen gezeichnet haben.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Wir sind nicht auf dem Weg zu einer Zweidrittelgesellschaft, nicht auf dem Weg zur Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und auch nicht auf dem Weg zu außen- und verteidigungspolitischen Abenteuern. Wir sind **verlässliche Partner im Bündnis mit demokratischen Staaten**. Wir haben den größten Erfolg in der Geschichte Deutschlands dieses Jahrhunderts hinter uns. Angesichts der Anwesenheit des Friedensnobelpreisträgers sage ich, dass die **Freiheit für 17 Millionen Deutsche mehr wert ist als ein Haushaltsproblem** und die Debatte um mehr oder weniger als 5 Millionen DM im Etat eines Einzelplans.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Ich weise deshalb darauf hin, weil wir eigentlich **der größte Gewinner der großen, dramatischen politischen Veränderungen**

der letzten Jahre sind. In Bautzen sitzen keine politischen Gefangenen mehr. Mittelstreckenwaffen, die früher auf beide Teile des geteilten Landes gerichtet waren, sind weg. Die Soldaten sind ohne einen Schuss abgezogen, und für 17 Millionen Menschen beginnt jetzt die große Chance eines Wiederaufbaus, der nicht nur negative Seiten hat, sondern schon heute erhebliche positive Seiten zeigt. Das ist die Lagebeschreibung in unserem Land.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Das ist jetzt fünf Jahre her. Das ist nicht ein alleiniges Verdienst der Bundesregierung, aber die Bundesregierung hat in dieser geschichtlichen Situation die Chance am Schopf ergriffen und einen soliden Einigungsvertrag gemacht, der kein Dokument ideologischen Denkens ist, sondern die Chance zu Eigentum, zu Demokratie und Rechtsstaat für 17 Millionen Menschen ist. Das ist eine gewaltige Leistung gewesen, an der wir unverändert festhalten.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Eines muss auch klargestellt werden angesichts derer, die politisch anders denken als ich. Nicht die Treuhand hat die Wirtschaft der DDR ruiniert, sondern ein System hat diese Wirtschaft auf Grund gefahren.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Das war auch kein freiheitlicher Staat. Er war nicht so schön zu beschreiben wie eine Gesellschaft im Biedermeier, die sich die Nischen suchte. Schon im Biedermeier hat Metternichs Repression die Menschen erreicht. Auch die Nischen in Dresden waren von der Stasi-Überwachung nie frei. Die heutige Situation ist doch eine politische Leistung, die wir gemeinsam erreicht haben, die wir gewollt haben vielleicht einige nicht so schnell. Aber im Grunde ist das eine Leistung, die uns auch einmal wieder Prioritäten vermitteln sollte. In Deutschland hat Freiheit nie eine große Konjunktur gehabt. Herr Kollege Fischer hat dies einmal in der Bosnien-Debatte in anderem Sinne dargestellt. Wir haken es schon ab. Wir vergessen, dass 17 Millionen Menschen die Freiheit haben und wenden uns sogleich ausschließlich den Alltagsproblemen zu. Ich finde, es muss bei allen Arbeitslosenproblemen, bei allen Ausbildungsproblemen, die wir haben, und bei allen

Notwendigkeiten zur wirtschaftlichen Entwicklung darauf hingewiesen werden, dass **das Wertvollste ist, dass Menschen frei ihre Meinung äußern können, dass sie frei reisen können, dass sie überhaupt Alternativen haben, ja dass sie öffentlich frei denken können.** Das ist die Leistung der Politik.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Im Übrigen gibt es auch in Deutschland bei allen Problemen ganz gute Entwicklungszahlen in den neuen Ländern. Für 1995 wird ein **reales Wachstum** von 9,2 % geschätzt. Die Aussage zu den Exporten liegt bei 12,9 % plus reales Wachstum für ostdeutsche Produkte. Es geht doch ein Stück aufwärts. Wer diese Zahlen nennt, beschönigt doch keine Probleme, aber er stellt Wahrheiten dar. Immer muss man Menschen motivieren, dass wir es schaffen können. Man kann nicht ausschließlich die Botschaft vermitteln, es gehe alles schief;

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

denn wir wollen in den neuen Ländern ein Stück Mut und Zuversicht vermitteln.

Im Übrigen geschieht das alles, Herr Kollege Scharping, ohne dass in diesem Land jemand an den Bettelstab käme. Der Bezug von Sozialhilfe ist nicht schön, aber sie bedeutet mehr als nichts und ist eine gewaltige sozialpolitische Leistung, um Menschen davor zu bewahren, ins Nichts zu verfallen. Sozialhilfe und auch die gewaltigen Summen, die wir ausgeben, können nur bezahlt werden, weil dieses Land mit seinen politischen Rahmenbedingungen, die eine Leistung dieser Koalition sind, Menschen ermuntert, etwas zu tun, sie ermutigt, Risiken einzugehen und dazu veranlasst, mehr Verantwortung zu übernehmen. Das jedenfalls veranlassen wir doch durch unsere Politik. Man kann hinterher über verschiedene Bewertungen sprechen, aber man kann sicherlich sagen: Unser Land ist nicht auf einem Weg in die Armut, in die Umweltzerstörung und in Abenteurer. Unser Land hat eine solide Grundlage, und wir arbeiten zusammen nach dem größten Erfolg der Politik in der deutschen Geschichte in diesem Jahrhundert.

Wir haben alle Chancen, das zu bewältigen. Wir haben ein Arbeitskräftepotential, das gut ausgebildet ist. Wir haben Menschen, die Mut haben, die in den neuen Ländern Verantwortung übernehmen können. Wir haben doch eher den Ärger, dass sie noch nicht die Chancen haben, so viel Verantwortung zu übernehmen, wie sie wollen. Vor uns steht doch ein positiver Abschnitt deutscher Geschichte und nicht ausschließlich Weinen und Wehklagen. Das ist die Haltung, die auch die Koalition einnimmt und die sie befürwortet. Ich beschreibe das einmal ganz einfach. Natürlich gibt es Arbeitslosigkeit. Es gibt Beschäftigungsprobleme, um deren Lösung wir uns kümmern müssen. Aber in diesem Haushalt ist eine gewaltige Leistung vollbracht worden, indem eine Freistellung des Existenzminimums und ein Familienleistungsausgleich erreicht worden sind. Da geht es um Milliardensummen. In diesem Haushalt stehen Förderprogramme für die neuen Länder, für den gewerblichen Mittelstand. Das Eigenkapitalhilfeprogramm ist aufgestockt worden. Es ist eine Entscheidung in dem Bereich des mittelständischen Groß- und Einzelhandels getroffen worden. Es gibt die Kombination mit den EU-Programmen. Die KfW sagt, dass sie den neuen § 7 a des Fördergebietsgesetzes, durch den sie nach dem Vorbild der ehemaligen Berlin-Darlehen 500 Millionen DM zur Eigenkapitalstärkung weitergeben kann, für gut hält.

Wir haben in den neuen Ländern 140 neue außer universitäre Forschungsinstitute, 10 neue Max-Planck-Institute, 24 Institute der Blauen Liste, 3 Großforschungseinrichtungen, 27 universitäre Arbeitsgruppen. Das ist doch nicht ein Nichts, das ist doch der **Beginn einer Wissenschaftslandschaft!** Das ist nicht nur eine verlängerte Werkbank, sondern der Beginn von Forschung und Entwicklung in den neuen Ländern mit allen Chancen, die dahinterstecken, und mit allen Möglichkeiten.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Wir geben im Jahr 1 Milliarde DM für Projektförderung aus, 1 Milliarde für institutionelle Förderung. Wir haben im Übrigen schon hervorragende Ergebnisse: in den Geowissenschaften in Potsdam, in der molekularbiologischen Forschung in Berlin.

Herr Kollege Fischer, an dieser Stelle beginnt meine Kritik an Ihnen. Sie haben, was Forschung und Entwicklung, Biotechnologien betrifft, eher die Haltung der Angst. Wir haben eher die Haltung der Zuversicht. Sie haben den Glauben, Sie könnten wissenschaftliche Neugier untersagen.

Joseph Fischer
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:
Das ist doch Käse!

Wir wissen aus der Geschichte: Das wird niemals gelingen. Nur Menschen entscheiden über die Handhabung von Forschungsergebnissen und die Möglichkeit, etwas zu erforschen, niemand anders und keine staatlichen Ge- und Verbote.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Wenn wir in unserem Land in den Forschungsansätzen freier, entideologierter und nicht weiter so engstirnig wären, hätten wir viel größere Chancen in der Entwicklung, Industrien bei uns zu erhalten und zum Entstehen zu bringen, die wir für die Zukunftsfähigkeit sicher brauchen.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Es ist eben ein Unterschied, ob man die Technologie bejaht oder ob man nur vor den Folgen warnt und die Folgen des Verzichts nicht im Auge behält. Es ist nicht nur eine Frage, ob man große und kleine Anbieter bei der Öffnung des Marktes in der Telekommunikation hat, es ist die Voraussetzung für Beschäftigung in der Zukunft, an Stelle des Monopols der Telekom endlich viele Anbieter regionaler und lokaler Netze auf dem Markt zu haben und nicht nur einige EVUs, die sich aus ihrem Monopolbereich heraus in einen anderen hineinbegeben. Wir wollen die Chancen für mittelständische, für mittlere und kleinere Unternehmen und für Beschäftigung in Deutschland.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/
CSU so wie bei
Abgeordneten des
BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN

Seit Jahren trägt meine Partei, die F.D.P., im Deutschen Bundestag, in der Koalition vor, dass wir die Gewerbesteuer für eine Substanzbesteuerung von Unternehmen halten, dass sie die Schaffung von Arbeitsplätzen behindert, da sie schon gezahlt werden muss, wenn noch überhaupt kein Gewinn gemacht worden ist. Wir tragen seit Jahren unter heftiger Beschimpfung von Sozialdemokraten vor, dass es doch gut wäre, diese Steuer

abzuschaffen, wenn man die Beschäftigung in Deutschland stimulieren will.

Beifall bei der F.D.P.

In diesem Herbst hat Herr Struck zum ersten Mal signalisiert, dass es jetzt wohl gehe. Das heißt, es ist jetzt eine Situation eingetreten, Herr Kollege Scharping, in der wir neue Chancen nutzen und die strukturellen Veränderungen aufnehmen müssen. Es gibt eigentlich nur ein Land, in dem es politische Gruppierungen gibt, die glauben, dass man durch weniger Arbeit mehr Produktivität erziele. Es gibt kein anderes Land auf der Welt, in dem nicht über flexible Beschäftigungsverhältnisse geredet würde, in dem nicht über Arbeitszeiten geredet würde, in dem nicht Jahresarbeitszeitbudgets diskutiert würden. Namhafte Sozialdemokraten mahnen einen Modernisierungsschub in ihrer eigenen Partei an. Die heutige Debatte zeigt doch, dass Sie mehr Auskünfte geben müssen als wir. Unsere Politik zielt auf den strukturellen Wandel. Wir wollen mit dem Haushalt diese Bewegung bringen. Wir wollen **Märkte öffnen**. Wir wollen **deregulieren**. Wir wollen den **Staat verschlanken**, das **öffentliche Dienstrecht reformieren**, **Genehmigungsverfahren verkürzen**. Auf Ihrer Seite sitzen die Tabuwächter, vor allem in Gestalt von Herrn Dreßler, die mit jedem Totschlagargument kommen, wenn auch nur eine neue Idee präsentiert wird, wie wir bei der Beschäftigung in Deutschland vielleicht weiterkämen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Natürlich kann eine Regierung kritisiert werden, wenn sie Haushaltsansätze nicht ausreichend bringt. Eine Regierung ist nicht unangreifbar. Aber Tatsache ist, dass wir in diesem Land nicht ausschließlich sagen dürfen, Tarifverhandlungen sind gut, wenn sie Ergebnisse bringen, die dem sozialen Frieden dienen. Tarifverhandlungen müssen auch Beschäftigung animieren und beschäftigungswirksam sein.

Beifall bei der F.D.P.
und Abgeordneten
der CDU/CSU

Nur beides macht den Erfolg aus. Leider kann man sehr offen sagen, dass eine Kette von Tarifverträgen nicht immer beschäftigungswirksam in Deutschland war und dass in der eigenen

Verantwortung der Tarifvertragsparteien nicht immer dieses Ziel erreicht wurde. Es gibt Tarifverträge, die jede Produktivität überschritten und die Betriebe überfordert haben. Jeder weiß, dass mittelständische Betriebe den Verbänden davonlaufen, weil sie in den großen Flächen und in den großen Regionen keine Luft zum Atmen mehr haben. Der Koalition geht es nicht um das Abschneiden von sozialen Sicherungssystemen.

Ingrid Matthäus-
Maier (SPD): Doch!

Uns geht es aber um **neue und mobile Wege für mehr Beschäftigung**, weil die beste soziale Sicherheit ein Arbeitsplatz ist und nicht Arbeitslosenhilfe und nicht der zweite Arbeitsmarkt. Das ist der klare Unterschied zu all dem, was hier gesagt worden ist.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Das ist eben die **Deregulierung**. Nehmen wir das Beispiel in einer ideologisierten Beschäftigungsdiskussion. Sie wissen wie ich, dass bei Sozialdemokraten und Grünen – einen grünen Verbündeten habe ich ja in Hessen, Herr Kollege Fischer, Ihren Fraktionsvorsitzenden Hertle – eine andere Auffassung besteht. Sie wissen, dass die Lebenswirklichkeit in Deutschland auch darin besteht, dass Menschen mit 580-DM-Verträgen arbeiten. Das sind nicht alles geknechtete Menschen. Da sind viele darunter, die möchten das so. Sie wollen sich auch so etwas dazuverdienen. Sie fragen sogar an, ob das nicht so möglich ist. Ich sage Ihnen, wenn die Lebenswirklichkeit solche Beschäftigungen ermöglicht, bin ich dafür und bin nicht für Abstrafung dieser Beschäftigungen, mit welchem Motto auch immer.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Ich finde, dass es wichtig ist, dass man nicht den Versuch macht, die Menschen völlig zu ändern. Es fühlen sich auch viele, die etwas dazuverdienen, in diesen Beschäftigungsverhältnissen wohl. Es ist auch verständlich, Herr Fischer, Sie haben es selbst gesagt, Oberkante Unterlippe –, dass bei der Steuerbelastung, die wir haben, jemand so eine Beschäftigung sucht, um einer weiteren Steuerbelastung zu entgehen.

Joseph Fischer
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:
Daran seid doch
ihr Schuld!

Mich freut es, wenn die Menschen Beschäftigung haben. Ich ärgere mich nicht darüber, dass man ihnen jetzt nicht steuer-

lich nachkommen kann. Im Übrigen müssen Sie wirklich einmal sehen, dass, wenn die Bundesversicherungsanstalt für einen Rentenanspruch von 6,31 DM pro Jahr einen monatlichen Beitrag von 107 DM berechnet, dies doch absurd ist. Lassen Sie doch die Menschen, die in diesen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten wollen, auch in ihnen arbeiten. Deshalb wehren wir uns, dass jetzt ganze Landesregierungen mit dem moralischen Zeigefinger kommen und sagen, das müsste man beseitigen. Das gilt auch für das berühmte Dienstmädchenprivileg. Es gibt eben Frauen, die hochclever und klug sind, mit guter Lebenserfahrung ausgestattet, die gerne einen Haushalt führen, die gerne eine Beschäftigung ausführen würden zum Management in einem Haus. Lassen wir sie doch, wenn man solche Beschäftigungen in unserer Gesellschaft anbieten kann, anstatt sie zu beschimpfen und das nicht wahrzunehmen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU
Widerspruch
bei der SPD

Ich wusste, dass Sie sich so aufregen. Ich bleibe aber trotzdem dabei. Frau Matthäus-Maier, zwischen Ihnen und mir besteht ein Unterschied: Sie versuchen Macht über das Denken von Menschen zu gewinnen, indem Sie Argumente vortragen, an die Sie selbst nicht glauben, und nur auf Wirkung warten. Ich versuche die wahre Lebenswirklichkeit von Menschen in Deutschland zu beschreiben. Das ist der Unterschied.

Beifall bei der F.D.P.

Wir wollen für die F.D.P. sagen: Wir haben so viele Veränderungen. Mit unseren bisherigen Tarifverhandlungen, mit unserem bisherigen Beschäftigungssystem, mit unserer Hinnahme sehenden Auges der Entwicklung der Lohnnebenkosten werden wir Arbeitsplätze aus diesem Land eher vertreiben als schaffen. Deshalb ist es das Gebot der Stunde, wie wir es machen wollen: zu deregulieren, zu öffnen, ein Stück mehr Flexibilität zu bekommen, konkurrenzfähige Unternehmensbesteuerung vorzunehmen, niedrigere Lohnnebenkosten zu erreichen. Das wird auf der Seite der Politik und der Tarifvertragsparteien geklärt werden müssen. Nur niedrigere Lohnnebenkosten heißt, eine offene Diskussion zu führen, wer am Entstehen von Lohnnebenkosten beteiligt ist, wer sie zu verantworten hat, wie wir sie zumindest nicht explosions-

artig weiter steigen lassen müssen. Denn es gibt zwei Wettbewerber: einmal andere, die billiger als wir produzieren, und dann die junge Generation, die bei uns für die Zukunft Arbeitsplätze nachfragt. Wer glaubt, der jungen Generation ehrlicher Weise sagen zu können, es soll so bleiben, wie es ist, nichts soll sich ändern, es soll immer nur kürzere Arbeitszeiten und mehr Lohn geben, der soll das vertreten. Er betrügt die junge Generation in Deutschland um ihre Zukunft.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Deshalb muss hier die ethische Frage gestellt werden, wer eigentlich die größeren Chancen für die Zukunft anbietet. Es sind außenpolitische Bemerkungen von Herrn Kollegen Scharping und von Herrn Kollegen Fischer gemacht worden. Ich bin immer froh, wenn heute, nachdem wir am 30. Juni noch streitig diskutiert haben, etwa zwischen den Grünen und mir unstreitig diskutiert werden kann. Aber eine Bemerkung kann ich mir nicht verkneifen: Wir haben damals recht gehabt. Ich glaube, wir haben die richtige Entscheidung getroffen. Wir haben sie nach heftiger und schwieriger Debatte auch mit Stimmen aus den Reihen der Grünen und der Sozialdemokraten getroffen. Heute müssten Sie eigentlich die Größe haben, zuzugeben, dass Sie sich damals geirrt haben, dass wir wohl richtig entschieden haben. Zumindest müsste die moralische Dimension des Vorwurfs, wir würden in ein außen- und verteidigungspolitisches Abenteuer gehen, heute herausgenommen werden. Ich habe das Gefühl, die Bürger der Bundesrepublik Deutschland haben diese Koalition bei der Bundestagswahl zu Recht mit Mehrheit gewählt.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Bei der Juni-Entscheidung hat sich gezeigt, dass diese Wahl richtig war. Das ist nun noch nicht zu Ende. Aber die Chance für eine politische Konfliktlösung ist heute eher gegeben als vor unserer Entscheidung und auch vor den Entscheidungen der NATO. Ich erwähne das deshalb, weil wir uns in der Innenpolitik manche Fehler leisten können. Viele sollten wir uns nicht leisten, aber Fehler in der Innenpolitik sind erträglich, wenn wir nach einer Entscheidung sagen: Das war wohl doch nicht so richtig. In der deutschen Außenpolitik darf man sich möglichst keinen Fehler

erlauben. Der Bundeskanzler hat es einmal so ausgedrückt: Weil es ein Kernbestand der erfolgreichen Geschichte unseres Landes ist, ist Außen- und Bündnispolitik für Deutschland Staatsräson. Italien mag sich einige Sonderwege leisten können, auch unsere französischen Nachbarn, wie wir sehen, können manche Entscheidungen treffen: Wir können das nicht. Wir sind auf das Vertrauen der internationalen Völkergemeinschaft am stärksten angewiesen: wegen unserer geographischen Lage und wegen unserer Geschichte. Wer das nicht begreift, der sollte in Deutschland keine Regierungsverantwortung haben.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Das ist der Kern dieser wichtigen Entscheidung. Deshalb sage ich das in Richtung sozialdemokratische Partei. Herr Verheugen wollte im Sommer alles streitig stellen.

Carl-Ludwig Thiele
[F.D.P.]: Unglaublich!

Ein Parteiprogramm erreicht seine Grenze dann, wenn man weiß, dass man Regierungsverantwortung in Deutschland übernehmen will. Dann kann man nicht in Parteiprogramme schreiben und auf Parteitag nicht beschließen, was die internationale Völkergemeinschaft und unsere Verbündeten irritiert.

Günter Verheugen
[SPD]: Das tut doch
keiner!

Sie haben schon eine gewaltige Dimension der Nichtfähigkeit zur Übernahme internationaler Pflichten erreicht.

Beifall bei Abge-
ordneten der F.D.P.
und der CDU/CSU

Ich finde, die großen politischen Gruppierungen haben alle Kraft zusammenzunehmen, den Bürgern unseres Landes beizubringen, dass die Zeiten des Windschattens von Mauer und Stacheldraht bei den gegenwärtigen internationalen Herausforderungen vorbei sind und dass wir uns einigen Problemen nicht durch Wegschauen entziehen können. Sie machen die Leute glauben, sie könnten sich dem durch Wegschauen entziehen. Wer Ihren saarländischen Ministerpräsidenten zum Thema Blauhelme reden hört und abschnittsweise seine Aussageunfähigkeit zu anderen Themen mitbekommt, wo es ernst wird, der muss sagen: Solange dieser Zustand bei Ihnen so bleibt, sollte Sie die Mehrheit der Bürger nicht mit Regierungsverantwortung in Deutschland beauftragen. Wir wollen das mit unserer Beteiligung auch so halten.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Die **Opposition** in diesem Hause ist in Kernfragen der deutschen Außenpolitik, in schwierigen Fragen, wenn es ernst wird, wenn man zu etwas stehen muss, nicht auskunftsfähig. Das hat der heutige Vormittag gezeigt.

Günter Verheugen
[SPD]: Das zeigt,
dass Sie keine
Ahnung haben!

Die ökologische Dimension ist vorgetragen worden, Herr Kollege Fischer. Das nehmen wir gerne auf. Wir haben uns verabredet, im Herbst über **ökologische Steuerungselemente** zu reden. Wir haben auch der SPD das Gespräch angeboten. Sie, Herr Fischer, haben neulich erwähnt, dass Sie zu der Erkenntnis gekommen seien, dass das nicht mit Draufsatteln ginge. Vielmehr müsse man vorher wissen, wo die steuerliche Entlastung herkommen solle. Sie sind allmählich zum echten Minderheitensprecher bei den Grünen geworden.

Beifall bei der F.D.P.

Joseph Fischer
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/ DIE
GRÜNEN]: Was ist
daran falsch, wenn
eine demokratische
Partei über Sach-
fragen diskutiert?
Das soll mir mal
einer sagen!

Denn Sie haben darauf hingewiesen: Ob das bei allen so sei, sei noch nicht sicher. Ich sage nur eines: Wir sind bereit, über ökologische Steuerungselemente zu reden. Aber wir sind nicht bereit, über diese Elemente zu reden, bevor nicht auch klargeworden ist, wo wir andere Steuern senken.

Es geht nämlich nicht um Draufsatteln, es geht um Umsteuern, wenn wir etwas unternehmen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU;

Joseph Fischer
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:
Tabaksteuer!

Deshalb ist das der Weg der Koalition. Es gibt zu diesem Vor-gehen bei einer **Steuerbelastung** — Oberkante Unterlippe, wie Sie sich ausdrücken — keine Alternative. Dann bemächtigen Sie sich aber argumentativ soweit Ihrer Bündnisgrünen, Herr Kollege Fischer, dass die nicht nahezu jeden Tag eine neue Steuer erfinden, bevor sie überhaupt gesagt haben, wo die Steuerbelastung heruntergehen soll.

Dr. Wolfgang Weng
[Gerlingen] [F.D.P.]:
Bei jeder
unangenehmen
Frage passen!

Diesen Weg können wir nicht beschreiten. Wir wollen überhaupt nicht bestreiten, dass wir in dieser Koalition Haltungs-, Meinungs- und Bewertungsunterschiede haben. Etwas Anderes wäre auch unnatürlich. Drei Parteien bilden die Koalition. Es ist überhaupt

Joseph Fischer
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:
Kruzifix!

keine Frage, dass wir Reibungspunkte und viel Arbeitsbedarf in Bereichen der Innen- und Rechtspolitik haben.

Joseph Fischer
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:
Lauschangriff!

Wir haben vereinbart, im Jahr 1996 die Gesetze aus der letzten Legislaturperiode zu überprüfen. Wir werden das objektiv tun und werden dann entscheiden, wo Handlungsbedarf besteht. Es ist auch klar, dass wir im Staatsbürgerschaftsrecht gerne weitergehen würden.

Wolf-Michael
Catenhusen [SPD]:
Das sagen Sie schon
seit sechs Jahren!

Ich komme dazu. Wir haben immer erklärt, dass wir für die Kinder der dritten Generation einen weiteren Schritt brauchen und dass das eine große Geste dieses Landes wäre. Wir wissen, dass das der Koalitionspartner anders sieht.

Günter Verheugen
[SPD]: Das sieht
man an Ihrer Rede!
Wolf-Michael
Catenhusen [SPD]:
Meinen Sie
Rexrodt?

Wir sind weiterhin in Gesprächen. Es ist auch in einer Koalition viel Reibung, weil sich natürlich ein enormer Arbeitsbedarf ergibt. Es gibt auch Ermüdungserscheinungen,

weil manche Verhandlungsrunden genauso sind wie im richtigen Leben. Aber eines ist dann auch klar: Wir sind ein Partner, der in dieser Koalition auch seinen Erfolgsteil hat. Wir sind auch ein Partner, der dann, Herr Kollege Fischer, wenn es um das Thema der **weltanschaulichen Neutralität des Staates** geht, Stellung nimmt. Ich habe das Verfassungsgerichtsurteil begrüßt. Dennoch sage ich dazu: Klüger, entschiedener und klarer von Anfang an hätte das Verfassungsgericht das behandeln können.

Beifall bei Abge-
ordneten der F.D.P.

Wir werten aber, das füge ich hinzu, jemanden, der christlicher Lebensüberzeugung ist, nicht ab. Ich habe hohen Respekt vor Glaubensintensität und vor Engagement. Nur, ich sage dazu: Dieser Staat hat nun einmal weltanschauliche Neutralität zu vertreten. Meines Erachtens ist das sogar ein Schutzrecht für die Konfessionen; denn die Konfessionen haben dadurch Schutz, dass der Staat sich nicht in ihre Belange einmischt, sondern heraushält.

Beifall bei der
F.D.P., der SPD und
dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN

Wir sind auch mit Erscheinungsformen konfrontiert, die aus unserer Sicht nicht mehr in die heutige Zeit passen. Die französischen Atomversuche sind ein Stück alter Politik. Sie führen überhaupt nicht weiter. Wir wissen aber auch, dass in den politischen Auseinandersetzungen der heutigen Tage sich Nationen und Nachbarn nicht anders als durch das Wort und durch das Argument ihre Meinung sagen sollten. Das habe ich für meine Fraktion ausgedrückt; zu jeder Stunde wiederhole ich das, und ich teile es jedem, der es hören will, mit. Die Bundesregierung hat die französische Regierung wissen lassen, wie unsere Haltung ist. Es gibt einen Bewertungsunterschied in der Frage, ob wir hier noch mit einer Resolution nachfassen sollten. Ich finde, man sollte Nachbarn im freien Wort und in freier Debatte seine Auffassung zu diesem Vorgang sagen. Nicht unbedingt müssen Resolutionen beschlossen werden, die dann auch psychologisch bei den Nachbarn und bei befreundeten Nationen und deren Regierungen vielleicht doch nicht so gut wirken.

Beifall bei der F.D.P.

Wir haben in der Koalition vor, uns in diesem Herbst über **Steuerreduzierungen** Gedanken zu machen. Es gibt einen Bewertungsunterschied, was den Solidarzuschlag betrifft. Er ist einer auf Zeit, er ist kein Jahrhundertvertrag. Wir haben vereinbart, ihn jährlich zu überprüfen. Wenn es die wirtschaftliche und finanzielle Lage hergibt der Finanzminister hat das gestern erklärt -, kann man in einem Zeitrahmen, der nach unserem Wunsch 1997, nach seiner Feststellung 1998 bedeutet, mit der **Reduzierung des Solidarzuschlags** beginnen. Das können wir ganz objektivierbar in der Koalition machen.

Wir wissen, dass wir jetzt auch noch eine gewaltige Wegstrecke im Spannungsfeld von Freiheit, Verantwortung und Recht vor uns haben. Das ist nicht mit einfachen Lösungen zu bearbeiten. Die **zunehmende Gewalt in unserer Gesellschaft** ist nicht nur mit neuen Gesetzen zurückzudrängen, und der Schutz des Bürgers durch den und im Staat lässt sich manchmal nicht ohne kontroverse Diskussion bewerkstelligen. Eines sage ich aber für die Freie Demokratische Partei: Auch bei unterschiedlichen Bewer-

tungen von Fragen einzelner Gesetze gibt es überhaupt keinen Unterschied in der Haltung, Kriminalität zu bekämpfen, alles zu tun, um Gewalt entgegenzutreten und Rechtsbrecher in diesem Land vor Gericht zu bringen. Das ist ganz eindeutig.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Wir haben viel Arbeit. Es gibt Probleme. Wir haben aber auch große Chancen. Diese Koalition hat bedeutende Herausforderungen großartig gemeistert. Sie hat die deutsche Einheit eingebettet. Sie hat notwendige Entscheidungen getroffen, um ein **Zusammenwachsen zwischen Ost und West** zu ermöglichen. Sie legt jetzt einen ernsthaften Sparhaushalt vor. Sie will **solide finanzwirtschaftliche Bedingungen für die Zukunft** haben. Sie hat auch die Sommerpause recht gut hinter sich gebracht. Nach meiner Einschätzung war das die beste Sommerpause, die je eine Regierung in Deutschland hinter sich gebracht hat. Wir haben uns dabei ganz gut erholt, und die Richtung stimmt.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU;
Zuruf von der SPD

Wir werden weiter dafür eintreten, dass die deutsche **Außenpolitik** mit Klaus Kinkel an der Spitze europäisch eingebettet und weltoffen bleibt und dass wir in den internationalen Bündnissen auch unsere Pflichten wahrnehmen. Wir werden einen **klaren marktwirtschaftlichen Kurs zu produktiven Arbeitsplätzen am ersten Arbeitsmarkt** steuern. Wir wollen **Belastungen reduzieren**, und wir wollen den **Weg der ökologischen Verantwortung am Markt statt des Staatsdirigismus** gehen.

Beifall bei der F.D.P.

Wir wollen in dieser Koalition **Forschungs- und Qualifizierungsanstrengungen zum Schutz der Umwelt** unternehmen, zur Verbesserung der Produkte und der Produktion, und wir wollen in der **Mitfinanzierung für den beruflichen Einstieg** der jungen Generation eine erste Chance in der Aufstiegsfortbildung geben. Wir gehen auch auf dem Weg der **Privatisierung und Entbürokratisierung** weiter. Wir wollen **verkürzte Genehmigungsverfahren**, die **Reform des öffentlichen Dienstes**. Wir wollen aber dann die **tatsächliche Privatisierung in den Bereichen Bahn und Post** und nicht nur eine organisationsrechtliche.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Das muss in dieser Legislaturperiode erledigt werden. Wir setzen im Kern – und das ist unser Unterschied zur versammelten Opposition – eher auf die Verantwortung des einzelnen, weil wir wissen: Für die künftige Freiheit und den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes brauchen wir **Tugenden, die eine innere Demokratie stabilisieren**. Das sind Selbstvorsorge und Eigenverantwortung, das ist das Leistungsprinzip, das ist die Toleranz.

Solche Verhaltensweisen zu stützen und zu belohnen und zu ihnen zu ermuntern – das ist die Aufgabe von Politik in Deutschland. Das sind notwendige Haltungen in einer Demokratie. Sie müssen gesichert werden, um denen helfen zu können, die sich nicht ausreichend selbst helfen können. Das ist im Kern das tiefe moralische Ziel von Politik, weil wir in Deutschland wissen, dass Demokratie immer gefährdet ist, wenn wir große Verwerfungen haben.

Anke Fuchs [Köln]
[SPD]: Was ist denn
das für eine
Philosophie!

Die Koalition hat diese Aufgabe bisher mit Erfolg auf ihrem Weg gemeistert. Herr Kollege Schäuble, wir wollen das auch vertrauensvoll in guter Zusammenarbeit fortsetzen. Mich beschleicht das tiefe Gefühl, dass sich erst jetzt, auch in der heutigen Debatte, in dem Zustand der Opposition das, was wir tun, rechtfertigt: Die Bürger haben zu Recht diese Regierung haben wollen,

Zuruf von der CDU/
CSU: Das ist wahr!
Lachen der Abg.
Anke Fuchs [Köln]
[SPD]

und wir wollen diesen Wählerwillen respektieren.

Anhaltender Beifall
bei der F.D.P.,
Beifall bei der
CDU/CSU

Auf gute Zusammenarbeit!

REDE

Dreikönigstreffen

06. Januar 1996

(Auszug)

Der Verlust von Beweglichkeit, die Überforderung des Staates und der Abbau von Eigenverantwortung – das ergibt eine **Inventur der gesellschaftlichen wie politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland** zum Jahreswechsel 1995/96.

Die Grundlagen marktwirtschaftlicher Ordnung und wirtschaftlicher Erfolge wurden vielfach zerredet, Apparate sind oft bürokratisch erstarrt, die Systeme der sozialen Sicherung sind unbeweglich geworden, die Parteien folgen alten Satzungsmustern und der Arbeitsmarkt ist durch Regulierungen so gut wie abgeschafft. Viele Menschen haben die Wahrnehmung ihrer Interessen an Systeme abgetreten, sie erwarten viel vom Staat und drohen ihm mit Liebesentzug, wenn er nicht alles regelt.

Die **Störung des Gleichgewichts zwischen Freiheit und Verantwortung** ist die Wurzel unserer Probleme. Ihre Beseitigung ist die Voraussetzung zur Bewältigung der Zukunft und das entscheidende Qualitätsmerkmal einer freiheitlichen Gesellschaft. Keine politische Partei wird ausreichend Geld mobilisieren können, um einen Staat zu finanzieren, der für die Menschen mehr tut, als sie für sich selbst tun könnten und auch sollten. Die alte Politik der Verteilung nach dem Motto „wer bietet mehr“ hat sich erledigt. Politik als Dienstleistung zur reinen Befriedigung rivalisierender Interessengruppen hat sich

überlebt. Der Verbrauch in der Gegenwart ist zu hoch, die Vorsorge für die Zukunft ist zu gering.

Wer jetzt wie der saarländische Steuererhöhungserfinder Oskar Lafontaine Arbeitsplätze auf Pump finanzieren will, der macht alte Politik, der nimmt Inflation in Kauf, der schwächt stabiles Geld, der bringt die Quellen zum Versiegen, auf denen wir die Zukunft aufbauen wollen. Die Buchstaben SPD stehen heute für Schulden, Pump und Defizite. Wer jetzt wie der Grüne abgabenpolitische Lautsprecher Joseph Fischer eine Nahverkehrsabgabe, eine Schwerverkehrsabgabe, eine Verpackungsabgabe, verschiedene Formen von Abfallabgaben verkündet, der stranguliert Beschäftigung, der vernichtet Ausbildungsplätze und verbürokratisiert das Leben und die Umwelt. Wer jetzt wie Gregor Gysi und die modernen Nachfahren der SED den Staat als Vollkasko-Versicherung organisieren will, der macht ihn zu einem Koloss auf tönernen Füßen, belohnt Bequemlichkeit und bestraft Leistungswillen. Es ist besser, der Sozialismus bleibt in den Bibliotheken, denn seine Ausflüge in die Wirklichkeit gingen immer auf Kosten der Freiheit.

Bedenkenträgern bei Forschung und Innovation, Gleichmachern bei Schule und Bildung, Neidhammeln gegenüber besonderer Begabung und Leistung, Modernisierungsverweigerern, Arbeitsplatzvernichtern, die die Schattenwirtschaft begünstigen, die rechts leben und links wählen, denen wollen wir die politische Bühne in Deutschland nicht überlassen. 1996 geht es bei den bevorstehenden Wahlen in Schleswig-Holstein, in Rheinland-Pfalz, in Baden-Württemberg um die Behauptung der F.D.P. und damit um den [Kurs unseres Landes](#).

Es geht um eine stabile demokratische und liberale Mitte oder um ein Ausfransen an den politischen Rändern, es geht um unbewegliche große Koalitionen oder Vorboten für einen strukturkonservativen Doppelpakt von SPD-Sozialingenieuren, grünen Ideenaufsehern, zu denen die geschulten Staatsorganisatoren der PDS als Hilfstruppen später hinzukommen. Entweder packen wir das Jahr 1996 als Chance, nach vorn zu gestalten oder wir werden Mehrheiten bekommen, die nach rückwärts verwalten.

Wir werden nur erfolgreich sein können, wenn wir von uns selbst überzeugt sind, unsere Ziele überzeugend vertreten und auch heute unseren Kurs klar und überzeugend bestimmen. Eine Voraussetzung müssen wir zunächst bei uns selbst schaffen: Es ist an der Zeit, unsere eigenen rückwärtsgewandten Symboldiskussionen zu beenden. Wir sind keine Aktiengesellschaft von Bindestrich-Liberalen mit innen- und rechtspolitischen sowie wirtschaftspolitischen Anteilseignern. Wir alle sind Freie Demokraten, die auf Verantwortung, auf Vernunft, auf Freiheit und auf Zukunft setzen. Für uns alle ist die F.D.P. die liberale politische Partei Deutschlands und unsere gemeinsame politische Heimat. Wir orientieren uns an Leistung und nicht an Herkunft, an Weltoffenheit und nicht an Engstirnigkeit, an Toleranz und nicht an Dogmen, an Risiko und nicht an Anspruchsdenken. Wir sind und bleiben die Freiheitspartei, und wir müssen jetzt unsere Reihen schließen, wenn wir gewinnen wollen. Freiheit ist nicht nur durch Diktatur und Unterdrückung gefährdet. Verringerung des Risikos geht auf Kosten der Freiheit. Gesellschaftliche Gruppen versuchen, anderen ihre Lebensgewohnheiten aufzunötigen. Aggression kann sich in einer Gesellschaft entwickeln und um sich greifende Bürokratie kann jede Verantwortungsbereitschaft ersticken. Solange viele ohne jeden Skrupel den Staat verpflichten wollen, Arbeit, Wohnen und Auskommen zu schaffen und im wirtschaftlichen Bereich Abnahmegarantien und Subventionen auszuhändigen, kann ein Gemeinwesen nicht wirklich frei und erfolgreich sein. Wir sind die Partei der Marktwirtschaft. Wettbewerb zügelt wirtschaftliche Macht. Unkontrollierte wirtschaftliche Macht entsteht immer dort, wo der Wettbewerb aus politischen Motiven entmachtet worden ist.

Nicht staatliche Transferleistungen sichern am Ende soziale Sicherheit, sondern Beschäftigungsmöglichkeiten in Produktion oder Dienstleistung. Der volkswirtschaftlich kluge und zuverlässige Weg zu mehr Beschäftigung in Deutschland heißt: Steuersenkungen, Reduzierung der Lohnnebenkosten, Forschung und Entwicklung Bildung und Qualifizierung. Deregulierung und Privatisierung, ein schlanker Staat und der Umbau sozialer Sicherungssysteme sind die Aufgaben der Zukunft. Wir sind die Partei der Zukunft.

Wenn wir wissen, dass mit der Ausdehnung unseres Wohlstandes auf 5 Milliarden Menschen eine ökologische Katastrophe droht, dann müssen wir auf **Technologien** setzen, statt sie zu verteufeln, beim Einsatz von Ressourcen um eine **höhere Effizienz** bemüht sein, statt sie zu verschwenden und eine **wirtschaftlich vernünftige ökologische Akzentsetzung im Steuersystem** vornehmen. Die **Staatsquote** muss reduziert, die **Staatsausgaben** müssen zurückgeführt und die **Steuern** müssen gesenkt werden. Beide Ziele sind nicht gegeneinander austauschbar. Das eine kann nicht auf Kosten des anderen gelöst werden. Es geht um Arbeit und Umwelt.

(...)

Die F.D.P. will den Erfolg der Koalition. Wir sind ein zuverlässiger Partner, aber wir legen Wert auf die Erkennbarkeit unserer Ziele und unserer Erfolge. Diese Koalition hat noch viel zu tun. Es gibt noch viel zu erledigen. Neuwahlen finden in diesem Jahr ausschließlich in den Ländern statt. Die Aufgaben für deutsche Politik lassen sich beschreiben:

- **Außenpolitik** der europäischen Einbettung, der Welttoffenheit, der internationalen Bündnisse mit ihren Rechten und auch Pflichten.
- Klarer **marktwirtschaftlicher Kurs** zu produktiven Arbeitsplätzen, ökologische Verantwortung am Markt statt Staatsdirigismus.
- **Reduzierung der Staatsquote**, weniger Steuern als Signal für Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland.
- Forschungs- und Oualifizierungsanstrengungen für die **Zukunftschancen der jungen Generation**, zum Schutz der Umwelt und zur Verbesserung der Produkte und der Produktion.
- **Privatisierung und Entbürokratisierung** statt Überforderung des Staates, Beschleunigung der Genehmigungsverfahren.

- **Toleranz, Vernunft Sicherung von Bürgerrechten, aber auch Beachtung von Bürgerpflichten**, Neubelebung staatsbürgerlicher Verantwortungsbereitschaft für ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht in einem moderneren und internationaler werden den Deutschland.
- **Chancengleichheit für alle Menschen**, aber Akzeptanz unterschiedlicher Fähigkeiten gegen den Neid und für ein besseres Klima in unserer Gesellschaft.

Politik muss darauf aufmerksam machen, dass es auch schöne Dinge gibt, dass wir uns an Aufgaben freuen, dass die Welt nicht ausschließlich kaputt ist und alle durcheinander schreien und niemand mehr eine Vision der Zukunft hat.

(...)

Unser **Bundestagswahlprogramm** hat 135 eng bedruckte Seiten. Es ist das umfangreichste Wahlprogramm, das wir je hatten. Mehr als 300 einzelne Stichworte sind im Verzeichnis aufgeführt. Ich vermute: Niemand in dieser Partei geht 100 %ig konform mit allen 300 einzelnen Punkten. Ich bin 1965 in die F.D.P. eingetreten, weil sie mein liberales Lebensgefühl vertritt. Ich bin nicht wegen dieser oder jener Koalitionsaussage oder einem Einzelpunkt oder Spiegelstrich eines Wahlprogrammes eingetreten. Ich wollte und ich will auch heute gemeinsam mit den Mitgliedern und Sympathisanten der F.D.P. in unserer Gesellschaft für **mehr Freiheit, für mehr Toleranz, für mehr Chancen, Offenheit und Reformwillen** eintreten.

Dabei weiß ich, dass die Politik für Wandel, für Veränderungen und Fortschritt heute stärker als Bedrohung empfunden wird und weniger als Chance. Aber ich weiß auch, dass jedes Festhalten die Zukunftsgestaltung verhindert. Die F.D.P. darf auf keinen Fall ihre Stärke verlieren, die darin besteht, in jeder geschichtlichen Situation neu zu definieren, wie unser gemeinsamer Vorrang für den Grund-

wert Freiheit auf die zentralen Probleme der Gesellschaft anzuwenden ist. Wir müssen ins Zentrum unserer Politik die Themenstellung der Gegenwart und die Eröffnung einer Zukunftsperspektive mit neuen Themen setzen.

Freiheit stirbt zentimeterweise, wenn der Staat glaubt, er wisse besser mit dem Einkommen des Bürgers umzugehen als der Bürger selbst, wenn der Staat glaubt, er könne besser Vorsorge treffen für den Bürger als der Bürger selbst, wenn Bevormundung und Bürokratie Eigeninitiative ersticken und Eigenvorsorge bestrafen.

Freiheit stirbt zentimeterweise, wenn die viel zu hohe Steuer- und Abgabenlast neue Investitionen und neue Arbeitsplätze verhindert, wenn der Sozialstaat immer weiter aufgebläht wird, aber bei Bedürftigkeit und Not nicht mehr zielgenau geholfen werden kann, wenn die Zukunftschancen künftiger Generationen durch immer mehr Staatsschulden mit einer unzumutbaren Hypothek belastet werden.

Freiheit stirbt zentimeterweise, wenn Umweltzerstörung unwiederbringbar natürliche Lebensgrundlagen und die Vielfalt der Natur vernichten.

Freiheit stirbt auch zentimeterweise, wenn Kriminalität Menschen Angst macht und den Staat resignieren lässt. Das alles sind die modernen Bedrohungen von Freiheit, denen wir den Kampf ansagen. Wir vertreten die Erfolgsgesichtspunkte der Bundesrepublik Deutschland in marktwirtschaftlicher Grundorientierung, im Gleichgewicht zwischen Aufkommen und Verteilung, in technischer Höchstleistungsfähigkeit durch Bildung und Qualifizierung und Bündnispolitik als Staatsräson wegen des Vertrauens der anderen in uns. Für diese Politik stehen wir. Gegen eine andere Politik kämpfen wir. Wir sind die Garantie gegen eine andere Mehrheit in Deutschland. Denn Deutschland darf seinen Kompass nicht verlieren.

REDE

Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung

Herr Präsident!
Meine Damen und Herren!

Lachen und
Widerspruch beim
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
und bei der PDS

Wir wollen auch keine amerikanische Entwicklung, Herr Kollege Fischer,

die von einer „Hire-and-fire“-Mentalität begleitet wird. Der Herr Bundespräsident hat das, was wir mit dem Hinweis auf Amerika meinen, vor wenigen Tagen sehr präzise ausgedrückt: Wir brauchen ein Stück dieser mentalen Standortfähigkeit, die diese Nation ausstrahlt.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Er hat das mit einem Hinweis auf Carl Zuckmayer zitiert. Es geht nicht vorrangig um die Frage von Arbeitsbedingungen und Investitionen. Es geht um die **mentale Fähigkeit zur Veränderung**, die wir in Deutschland brauchen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Das, Herr Kollege Fischer, ist nun einmal klar zu beantworten, und das ist auch die Grundlage unseres Programms. Wir werden der Veränderungen mit der sozialpolitischen Begleitung von Problemen nicht Herr werden; die kennen wir. Beschäftigungsprogramme haben wir schon gemacht. Strukturhilfen sind gewährt worden.

Frühverrentungen sind gemacht worden. Arbeitszeitverkürzungen sind gemacht worden. Die AB-Maßnahmen sind erhöht worden. Viele haben geglaubt, die 35-Stunden-Woche bringe den Beschäftigungsschub. All das, was die Opposition hier im Hause erzählt, ist reale Politik, aber die Arbeitslosenzahl ist gestiegen. Deshalb kann das nicht die letzte Antwort sein.

Beifall bei der F.D.P.

Das hat die Koalition bewegt, sich neu zu verabreden. Ich möchte sehr persönlich sagen, Herr Bundeskanzler, Herr Kollege Waigel: Vielleicht wissen wir erst heute in der Debatte und in den nächsten Tagen, was dies für eine Bedeutung für die Koalition und für unser Land haben wird. Ich halte das für eine der wichtigsten Entscheidungen in dieser Legislaturperiode und bedanke mich ausdrücklich bei CDU und CSU für die faire Zusammenarbeit und das gute Übereinkommen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Meine Damen und Herren, der Punkt ist doch nicht, dass sich hier Regierung und Opposition gegenüber sitzen und wir mit Freude Sparmaßnahmen einleiten würden.

Anke Fuchs [Köln]
[SPD]: Doch, die
F.D.P. schon!

Wir wissen, dass sie schwerwiegend sind und dass man Menschen überzeugen muss. Aber wir wissen auch: Wir würden die Gesellschaft um ihre Zukunft betrügen, wenn wir jetzt nicht zu Entscheidungen kämen. Das ist der Kern unseres Programms.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Unser Programm verlangt dieser Gesellschaft nicht zu viel ab. Es verlangt nur eines: **Fähigkeit zum Wandel, Fähigkeit zu neuem Denken und Fähigkeit zu strukturellen Veränderungen.** Ich erkläre ausdrücklich für die F.D.P.: Wir wollen diesen Wandel, wir wollen diese Veränderungen, wir wollen der jungen Generation eine Zukunftschance mit einer neuen, gesicherten Rentensystematik und mit neuen Beschäftigungsmöglichkeiten geben. Dazu bitten wir um ein Stück **Zurückhaltung bei Tarifverhandlungen** und um **Geduld von einem Jahr bei den Zuwächsen.** Das kann eine Gesellschaft ertragen, die wie unsere Gesellschaft in diesem Wohlstand lebt. Darum bitten wir.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Weltweit werden die Gesellschaften gewinnen, die die Veränderungen kompetent bewältigen, und es werden diejenigen verlieren, die verdrängen. Das Wahlergebnis im März hat im Übrigen gezeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung denen mehr zutraut, die ihr sagen: Wir wollen uns verändern. Wir haben all das, was jetzt beschlossen worden ist, im Wahlkampf jedem, der es hören wollte, erklärt, als notwendige Grundlage von Entscheidungen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU
Anke Fuchs [Köln]
[SPD]: Sie haben es
verschwiegen!

Die große Oppositionspartei hat die Wahlen auch deshalb verloren, weil sie die Probleme verdrängt hat und weil sie zum Wandel und zur Modernität gegenwärtig nicht auskunftsfähig ist. Das war der Kern dieser Entscheidungen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Man muss einfach die Wahrheit sagen. Jeder weiß, dass Tarifverhandlungsrunden der Vergangenheit denen geholfen haben, die Beschäftigung hatten, und denen eher Schwierigkeiten gemacht haben, die Beschäftigung suchten. Jeder weiß, dass Solidargemeinschaften, die wir haben, von den eigenen Mitgliedern überstrapaziert worden sind, weil viele geglaubt haben, sie könnten auf Kosten Dritter leben, und es hinterher zu Beitragssteigerungen in exorbitanter Höhe gekommen ist. Jeder weiß, dass Steuern in unserem Land hoch sind. Wenn es so einfach wäre, dass Steuersenkungen nur Ausfall in Haushalten bedeuteten, dann hätte man das schon in den 80er Jahren spüren müssen. Da hat diese Koalition Steuersenkungen durchgeführt. Das Ergebnis war: mehr Beschäftigung und mehr Konsolidierung der Haushalte.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Wenn die Steuerhöhe über die Haushaltskonsolidierung entscheiden würde, dann müssten wir einen überschäumenden Haushalt haben. Hohe Steuern haben wir genug. (Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Wer hat sie denn eingeführt?) Aber wir haben Probleme. Das zeigt, dass der umgekehrte Weg von Senkung und Entlastung die einzige Chance ist.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Ich will noch einmal auch für die Öffentlichkeit sagen: Macht eine Koalition, die mit der SPD vor vier Monaten **Kindergeld** von 70 auf 200 DM erhöht und 7,2 Milliarden DM Familienleistungsausgleich

geschaffen hat, eigentlich einen politischen Fehler und schädigt sie die Zukunft des Landes, wenn sie jetzt darum bittet, die nächste Erhöhungsstufe erst im nächsten Jahr zu verwirklichen? Ist das eine Beeinträchtigung unserer Gesellschaft? In welchem Land leben wir denn, wenn diese Gesellschaft eine Erhöhung ein Jahr später nicht aushalten kann? Das ist doch wirklich zumutbar!

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Jetzt reden wir einmal über Beschäftigung. Wer hat uns denn mit dem Stichwort „**Dienstmädchenprivileg**“ beschimpft,

Dr. Wolfgang Weng
[Gerlingen] [F.D.P.]:
Matthäus-Maier!

obwohl die Bundesanstalt für Arbeit nahezu 700 000 Beschäftigungsverhältnisse in privaten Haushalten prognostiziert? Schwarzarbeit haben Sie mit Ihrem Verhalten gefördert! Wir wollen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU
Detlev von Larcher
[SPD]: Warum
schreiben Sie
eigentlich so?

Es zählt auch zur einfachen Wahrheit, dass in einem Betrieb mit fünf Arbeitnehmern – das sind meistens keine Betriebe mit großem Gewinn; das sind Betriebe, die in Form der Personengesellschaft geführt werden – die Entscheidung darüber, ob man einen weiteren Arbeitnehmer einstellt, auch davon abhängig ist, wie man, wenn die Ertragslage nicht mehr so gut ist, mit dem Risiko fertig wird. Deshalb ist die **Erhöhung des Schwellenwertes** eine Chance für Tausende von Beschäftigungsverhältnissen in Deutschland und bedeutet nicht eine Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Der Kern unserer gemeinsamen Verabredung ist doch nicht mehr und nicht weniger, als aus gemachten gesellschaftlichen Erfahrungen **soziale Sicherungssysteme im Verhältnis zu Beschäftigungschancen neu zu justieren**. Jeder in Deutschland weiß, dass Verteilungspolitiker in langen Jahren des Wachstums soziale Sicherungssysteme geschaffen haben, die jetzt Beschäftigung gefährden. Da aber das höchste soziale Gut Beschäftigung ist, müssen die sozialen Sicherungssysteme so umgebaut werden, dass dieses größte Gut mehr zum Durchbruch kommen kann. Das ist der Kern des Programms.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Wir wollen ihnen wieder neue Chancen geben. Herr Ministerpräsident Lafontaine, jeder weiß, dass die **Gewerbekapitalsteuer**

eine Substanzbesteuerung ist. Sie haben im vergangenen Jahr die Koalition gebeten, die Beratungen darüber etwas zu verschieben, und dies mit der Ankündigung verbunden, auch die SPD sei auf dem Wege der Überlegung und brauche hinsichtlich einer Verfassungsänderung noch ein bisschen Zeit. Wir haben darauf reagiert. Jetzt aber kommen Sie wieder und erklären, Sie seien nicht bereit, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Das ist das absurdeste steuerpolitische Bekenntnis, das ich seit langem gehört habe. Es ist falsch; die Annahmen stimmen nicht. Wenn Sie uns erzählen wollen, dass ein Diffamierungspotential bei einem Aufkommen aus der Besteuerung privater Vermögen in Höhe von 2 Milliarden DM möglich sei, wovon die Hälfte im Übrigen durch Verwaltungskosten aufgezehrt wird,

Ingrid Matthäus-
Maier [SPD]: Unwahr!
Anke Fuchs [Köln]
[SPD]: Bleiben Sie
mal bei der Wahrheit,
Herr Kollege!

und dass die Koalition nicht den richtigen Weg gehe, wenn sie allein aus Vereinfachungsgründen dies bei der Erbschaftsteuer mit einbinden will, dann täuschen Sie die deutsche Öffentlichkeit. Stecken Sie die Diffamierung beiseite; es lohnt sich nicht.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Meine Damen und Herren, wir haben dieses ganze Paket deshalb auf den Weg gebracht – es ist schwierig genug –, weil unsere Gesellschaft auch im Interesse der demokratischen Stabilität Auskunft über die Beschäftigung in Deutschland braucht. In unserem Land ist **Arbeitslosigkeit** ein größeres Problem auch im kollektiven Gedächtnis unserer Nation als in jedem europäischen Nachbarland. Wir haben dieses Paket auf den Weg gebracht, um der jüngeren Generation auch eine Zukunftschance zu vermitteln, wenn sie nach ihrem Erwerbsleben soziale Sicherheit im Hinblick auf das Älterwerden haben will. Darüber wird es ohnehin noch eine heiße Debatte geben. Aber ich sage uns allen in der Koalition: Ich begrüße außerordentlich, dass wir zu den beiden zentralen Punkten **Tarifreform im Steuersystem** sowie **Diskussion der Rentenformel** und der **Neuentwicklung der zukünftigen sozialen Sicherheit** in unserer Gesellschaft verabredet haben – es ist richtig, wie es der Herr Bundeskanzler erklärt hat –, dass wir noch in dieser Legislaturperiode, also vor Wahlen, Entscheidungen treffen und die Gesetzgebung abschließen. Das sind die wichtigsten psychologischen

Orientierungsdaten für Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Nicht das Verschieben der Sozialhilfeerhöhung um ein Jahr gefährdet unsere Zukunftsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt, auch nicht das Verschieben der Familienförderung um ein Jahr. Unsere Gesellschaft braucht für den sozialen Zusammenhalt in den großen Entwicklungslinien die Auskünfte, die eine Regierung geben muss. Die geben wir unserer Gesellschaft in dieser Legislaturperiode.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Das ist die wichtigste Entscheidung dieser Koalition. Dahinter ist die übrige Diskussion darüber, die **Lohnfortzahlung** tariffähig zu machen, die Gesellschaft zu bitten, damit einverstanden zu sein, dass wir Erhöhungen um ein Jahr verschieben, eine zweitrangige Diskussion. Entscheidend ist, ob diese Gesellschaft und die politisch führenden Kräfte noch die Fähigkeit haben, Systeme zu verändern, bei denen die Erkenntnis der letzten Jahrzehnte jedem klar vor Augen geführt hat, dass sie der Beschäftigung schaden und Zukunftsvorsorge verbauen.

Herr Kollege Fischer, Ihre Bewegung hat Verdienste. Sie hat Engagement für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen mit in diese Gesellschaft gebracht. Die Staatsquote aber ist das gesellschaftliche Ozonloch der Bundesrepublik Deutschland, und dieses muss beseitigt werden.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Kerstin Müller [Köln]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:
Wer ist denn an
der Regierung?
Dafür sind Sie doch
verantwortlich!

Darüber werden wir einen schönen Kompetenzstreit führen.

Ich freue mich darauf. Es kann eine politische Partei für die Zukunft der Gesellschaft Aussagen nur treffen, wenn sie hinsichtlich der Grundannahmen der großen Systeme ein Reformmodell vorstellt, das finanzierbar ist, den sozialen Zusammenhalt festigt und die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland stabilisiert.

Joseph Fischer
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:
Herr Gerhardt,
wie lange sind Sie
an der Regierung?

Eines füge ich hinzu: Nahezu jedes europäische Nachbarland hat im Hinblick auf diese Systeme schon reagiert. Alle um uns herum haben bei all dem, was wir heute besprechen, ihre Entscheidungen getroffen. Wenn Sie, Herr Kollege Scharping, in der Sozialistischen

Internationale nachfragen, geben Ihnen diejenigen, die irgendwo in der Verantwortung standen oder stehen, nahezu die gleichen Auskünfte wie der Herr Bundeskanzler heute Morgen.

Ulrich Heinrich
[F.D.P.]: Richtig!
Die haben das schon
viel früher gemacht!

Wir erfinden hier kein Modell, das die Armen ärmer und andere reicher machen soll.

Widerspruch bei
der SPD und dem
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN

Wir haben uns zu diesen Entscheidungen entschlossen, weil ein Stück gesellschaftliche Zukunft damit verbunden ist.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Wir haben das auch deshalb unternommen, weil wir wissen, dass, wenn in einer Gesellschaft ganze Schichten wegbrechen, wenn die keine Beschäftigungschancen mehr haben, die **Demokratie doch sehr gefährdet** ist. Wir haben bei Wahlen schon Verbote erlebt. Wir haben bei der baden-württembergischen Landtagswahl wider Erwarten schon bei den kleinsten Hinweisen den Pendelausschlag erlebt, der zeigt, was sich in dieser Gesellschaft vollzieht, wenn Menschen Angst vor Wettbewerb haben und sich nicht offen den Veränderungen stellen. Eines wissen wir aber: Jeder, der sich Veränderungen entzieht, jeder, der das verdrängt, wird scheitern. Man mag diese Koalition kritisieren, weil sie darum bittet, mit Zuwächsen zu einem späteren Zeitpunkt einverstanden zu sein. Man mag sie kritisieren, weil sie Einsparungen vornimmt. Man mag sie auch kritisieren, weil sie die Lohnfortzahlung tariffähig macht. Man muss aber eines zur Kenntnis nehmen: Dieses Land steht jetzt im Kern vor der **Frage der Veränderungsbereitschaft und der Modernisierungsbereitschaft**. Wer zur Modernisierung nicht bereit, nicht fähig oder in der Lage ist, der kann hier nicht regieren. Die Zukunft der Koalition ist die Fähigkeit der Koalition zur Modernisierung des Standortes Deutschland. Deshalb wollen wir auch weiter gut und fair zusammenarbeiten.

Anhaltender Beifall
bei der CDU/CSU
und der F.D.P.

REDE

47. Ord. Bundesparteitag der Freien Demokraten

Meine Parteifreunde,

wir sind ein Land, das weltweit bewundert wird für seine Erfolge und die Leistungen der letzten Jahre; und wir sind der eigentliche Gewinner der großen politischen Veränderungen in Europa seit dem Auftreten Michail Gorbatschows. Es ist richtig: Wir haben deutliche Fehleinschätzungen gemacht. Wir haben das gewaltige Ausmaß der in einer Diktatur von der SED hinterlassenen nicht nur materiellen, sondern vor allem seelischen Schäden gewaltig unterschätzt. Wir haben uns verkalkuliert in den Möglichkeiten einer schnellen Problemlösung der Umwandlung einer geschlossenen Gesellschaft in eine offene Gesellschaft. Sie wird länger dauern; sie wird noch gewaltige finanzielle Anstrengungen erfordern; sie wird aber vor allem menschliche Zuwendung und Solidarität brauchen. Dazu sind wir bereit.

Lebhafter Beifall

Denen, die daran herummäkeln, sagen wir: Niemand konnte sich auf diese Situation vorbereiten. Kaum noch jemand hat geglaubt, dass sie in diesem Jahrtausend erreichbar ist. Umso wichtiger war es, die kurze Chance beherzt zu ergreifen. Dafür danken wir **Hans-Dietrich Genscher**, der großen Erfolg dabei hatte.

Anhaltender
lebhafter Beifall

Wir müssen heute sagen, was wichtig ist. Es ist wichtig, dass Tausende von Autobahn-Kilometern gebaut werden, dass Tausende von Telefonanschlüssen nun in den neuen Ländern gelegt werden. Es ist auch wichtig, dass über Bitterfeld die Luft besser wird. Aber eigentlich wichtig ist, dass in Bautzen niemand mehr inhaftiert ist, dass die Menschen Freiheitsrechte haben seit 1933.

Anhaltender
lebhafter Beifall

Die sowjetischen Soldaten sind abgezogen. Erinnern Sie sich noch an einen unserer Parteitage, auf dem wir darum stritten, ob der NATO-Doppelbeschluss durchgesetzt werden muss? Ganze Mittelstreckenraketen haben früher auf beide Teile Deutschlands gezeigt. Freunde, wir müssen den Menschen auch in den neuen Ländern und bei uns im Westen sagen, was der eigentliche Gewinn der Vereinigung ist: Das ist die Freiheit. Wir sind die **Freiheitspartei** in Deutschland, und wir werden das auch bleiben.

Lebhafter Beifall

Freiheit bedeutet im Übrigen nicht nur Abwesenheit von Not. Der Unterschied im Freiheitsbegriff der F.D.P. zum Freiheitsbegriff der Grünen besteht genau darin: Die Grünen sind schon begeistert nach Nicaragua gereist und haben Brunnen für Dörfer gebohrt, als die rechte Repression durch eine linke Repression abgelöst worden ist. Wir lehnen Diktatur – gleich, welcher Art – auf dieser Welt ab.

Lebhafter Beifall

Denn es ist niemand wirklich frei, nur weil er nicht arm ist. Frei ist erst jemand, wenn er sozial an Freiheit teilhaben und diese auch nutzen kann, und zwar im Notfall gegen die, die ihn regieren. Meine Damen und Herren, der Prozess, in dem wir uns jetzt in Deutschland befinden – auch das, was wir in unserem Grundsatzprogramm diskutieren und was wir politisch in der Koalition entscheiden müssen –, kostet uns nicht nur Geld; er wird uns tiefgreifende Veränderungen in unserem bisherigen Leben abverlangen. Wir sind deshalb aber nicht auf einem Weg in eine Zweidrittelgesellschaft und auch nicht auf dem Marsch in eine andere Republik. Wir gefährden auch nicht den inneren Frieden. Wir müssen nur unsere **Schieflagen aufdecken, die wir uns in einer Wohlstandsgesellschaft angewöhnt haben**, wenn wir die Zukunft gewinnen wollen.

Lebhafter Beifall

Wir sind nämlich nach den Veränderungen der letzten Jahre noch nicht in der neuen Realität angekommen. Auch für uns im Westen waren Mauer und Stacheldraht gewaltige Vereinfacher. Im Übrigen hat sich ja auch im Westen bei manchen in unserer Gesellschaft in Erwartung staatlicher Lösungen eine Verhaltensweise herausgebildet, die der verdammte Nahekam, die ein anderes System im Osten unseres Landes erzeugt hatte. Wenn wir sie nicht überwinden, werden wir keinen Erfolg haben.

Lebhafter Beifall

Es wird deshalb nicht reichen, auf gutes Wetter zu hoffen. Wenn es uns nicht gelingt, die wirtschaftliche, die ökologische und die sicherheitspolitische Stabilität in ganz Europa zu erreichen, dann werden wir auf unserer Stabilitätsinsel so nicht weiterleben können. Das ist der tiefere Sinn der Notwendigkeit der europäischen Einbettung. Wenn es uns im Inneren unseres Landes nicht gelingt, die Investitionshindernisse zu beseitigen, die Investitionswilligkeit wiederanzukurbeln, werden wir Entwicklungen verschlafen. Wir werden Wettbewerbe verlieren und zu noch größerer Arbeitslosigkeit kommen. Wir müssen uns ändern, wenn Menschen Beschäftigung in Deutschland haben sollen.

Lebhafter Beifall

Es gibt vier Millionen Arbeitslose. Ich möchte diesen Arbeitslosen von diesem Parteitag signalisieren: Es gibt kein drängenderes Problem für die Freie Demokratische Partei in Deutschland, als ungewöhnliche und neue Wege zu gehen, damit diese Menschen soziale Sicherheit am Arbeitsplatz bekommen. Das ist unser Ziel.

Lebhafter Beifall

Wir sagen ihnen, dem versammelten DGB und allen ganz klar: All diejenigen, die Arbeitslosigkeit bekämpfen wollten und die sich als Arbeitnehmervertreter ausgegeben haben, haben mit ihren Programmen nicht verhindert, dass die Arbeitslosigkeit gestiegen ist. Alles das, was der DGB heute fordert, ist ausprobiert worden. Es sind Arbeitszeitverkürzungen eingeführt worden; es sind Strukturprogramme eingeführt worden; es sind Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen durchgeführt worden. Alles an sozialdemokratischen Instrumenten ist probiert worden – und alles ist gescheitert und

hat die Arbeitslosigkeit in die Höhe getrieben. Das ist doch die Wahrheit in dieser Gesellschaft!

Lebhafte
Zustimmung

Wenn es doch so gewesen wäre, dass die 35-Stunden-Woche uns vor vier Millionen Arbeitslosen bewahrt hätte. Sie hat uns nicht davor bewahrt. Und andere Wege sind uns versperrt worden. Meine Freunde, das waren alte Reaktionen einer Gesellschaft in alter Vollbeschäftigungspolitik. Sie reichen nicht mehr aus. Sie haben uns eine Staatsquote und eine Steuerlast beschert, die mehr als die Hälfte des verdienten Geldes den Menschen abnimmt. Ein Staat, der die Menschen bis vor wenigen Tagen in diesem Jahr in Arbeit schickt – ausschließlich für ihn –, das ist kein gerechter Staat. Und das müssen wir ändern!

Lebhafter Beifall

Deshalb reden wir Ja im Übrigen nicht über **Steuerpolitik**, als sei das eine Verengung. Steuerpolitik, die beim einzelnen wieder größere private Verfügbarkeit über Geld herstellt, ist zutiefst Freiheitspolitik und auf die persönlichen Chancen des einzelnen in unserem Land ausgerichtet. Denn eine Überzeugung unterscheidet uns von Lafontaine. Wir glauben in der Tat – und wir halten es sogar für erwiesen –, dass der Bürger klüger als staatliche Entscheidungsgremien mit seinem Geld umgehen kann.

Lebhafter Beifall

Es kann im Übrigen in Deutschland auch nicht hinweggestreikt werden, dass die **Systeme der Arbeitsbeziehungen** erstarrt sind, dass das **Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit** ein biblisches Alter erreicht hat, dass die **Allgemeinverbindlichkeitserklärungen** mit Rasenmähermethode mittelständische Betriebe daran gehindert haben, Menschen zu beschäftigen. Das kann nicht hinweggestreikt werden! Und wenn sich hunderttausend versammeln, sagen wir ihnen: Dies ist ein Irrweg gewesen; wir müssen ihn verändern.

Lebhafter Beifall

Wer mehr Beschäftigung in Deutschland will, der muss jetzt **mehr Flexibilität** wollen. Der muss sich um eine **Umkehr der Kostenentwicklung** bemühen, der muss eine **Tarifpolitik** beenden, die zunächst verhandelt, die Arbeitsplätze aus dem Land treibt und sich dann

gegen Bonn stellt und sagt: Die Bundesregierung soll für Arbeitsplätze sorgen. Auch Tarifvertragsparteien haben Verantwortung in Deutschland – auf beiden Seiten.

Lebhafter Beifall

Überall stellen das im Übrigen sehr vernünftige Menschen fest. Helmut Schmidt hat in einem bemerkenswerten Interview in der „Wirtschaftswoche“ auf die Frage, wie er denn den SPD-Plan beurteilt, Leistungsträger stärker zu belasten, ganz einfach geantwortet: Wer nur die hohen Einkommen und Vermögen stärker treffen will, muss sich fragen, ob er noch mehr Kapital- und Wohnungslagerungen nach Luxemburg, Monaco und anderswohin auslösen will. Das hätte ich mich als F.D.P.-Vorsitzender gar nicht zu sagen getraut. Er hat auf die weitere Frage geantwortet, was ihm denn lieber wäre: Lieber wäre ihm, wenn das gesamte deutsche Sozialversicherungssystem generalüberholt und wenn der Abstand der Sozialleistungen von den regulären unteren Einkommen wieder deutlicher würde.

Beifall

Ja, ich halte das aufgrund eines tiefen Gerechtigkeitsgefühls für richtig! Ich meine auch, dass derjenige, der eine Arbeit annimmt, immer etwas mehr als der haben muss, der vom staatlichen Transfer lebt.

Lebhafter Beifall

Von einem **subventionierten zweiten Arbeitsmarkt** hält Helmut Schmidt überhaupt nichts. Er antwortet auf die Frage ganz einfach mit „nichts“ und fügt hinzu: Je mehr der Staat eingreift, desto mehr geht schief. Er lässt auch die Feststellung nicht aus, dass dadurch, dass die unteren Lohngruppen dauernd so angehoben worden sind, zu viele Arbeitsplätze weggefallen seien. Alles ist ganz klar zu seh'n, nur nicht bei Herrn Lafontaine.

Heiterkeit und
lebhafter Beifall

Denn für den gehört das **Lohnabstandsgebot** weiter in den Giftschrank. Die Leistungsträger gehören stärker belastet, und die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollen erhöht werden. Die SPD hat sich im Übrigen wieder verrechnet. 28 Milliarden DM erwartet sie von einer Vermögensabgabe. Die bekäme sie aber nur, wenn sie an das kleinste Sparbuch der Rentnerin und ans Einfamilienhaus geht.

Sie müsste Freibeträge vorsehen, und am Ende bliebe nicht mehr übrig, als heute schon ohnehin mit dem einen Prozent Vermögensabgabe eingenommen wird: rund fünf Milliarden DM. Meine Freunde, Sie können wetten: Wenn die SPD ein Rechenbeispiel anstellt, verrechnet sie sich. Sie bekommt dieses Volumen nicht!

Zustimmung

Gestern sind Versuche gescheitert, in der Finanzministerkonferenz der Länder Einvernehmen über Sparmaßnahmen in Länderhaushalten zu erzielen. Niedersachsen pfeift zum Beispiel aus dem letzten Loch: höchster Schuldenstand, geringste Investitionsquote, höchste Personalkostenentwicklung. Der saarländische Ministerpräsident wird noch als Ministerpräsident über Wasser gehalten, weil er Bundesergänzungszuweisungen für die Kosten politischer Führung im Saarland bekommt und dieses Land noch nicht einmal eine Regierungsorganisation tragen würde. Aber er stellt sich hin und hindert seine SPD-Kollegen bei dramatischen Situationen in den Länderhaushalten an Abschlüssen. Er sagt, er wolle auch Subventionsabbau. Dann soll er doch einmal bei der westdeutschen Steinkohle anfangen, wenn er Subventionsabbau haben will!

Lebhafter Beifall

Meine Damen und Herren, der Mann hat nach seiner Wahl kräftig Gas gegeben, aber er hat überhaupt keinen Gang eingelegt.

Heiterkeit und
lebhafter Beifall

Die Chemnitzer „Freie Presse“ beschreibt das in einem Kommentar heute ganz treffend: Da ist schon ein Stück parteipolitisch motivierter Verantwortungslosigkeit im Spiel. Lafontaine und seine Genossen fürchten um ihre Glaubwürdigkeit, wenn ein Teil der SPD in diesem Moment einem Kürzungspaket zustimmt und der andere Teil eine Woche später in Bonn mit den Gewerkschaften auf einer der größten Kundgebungen der vergangenen Jahre gegen das Sparpaket der Bundesregierung zu Felde zieht. Nach dem Donnerstag am Rhein aber wird die Wirklichkeit die SPD rasch einholen. An den Sparzwängen führt auch in den SPD-Ländern kein Weg vorbei. So ist es.

Beifall

Meine Damen und Herren, in wichtigen Fragen unserer **Zukunfts-****fähigkeit** werden bei SPD und Grünen kaum neue Vorschläge aufgenommen. Alles stört das eigene Weltbild. Törichter kann man sich

nicht anstellen in einer Zeit, in der Geistesgegenwart, Beweglichkeit und Vernunft notwendig sind. Wir haben in Deutschland West mit 45 DM Kosten je Arbeitsstunde den teuersten Standort. Davon sind im Übrigen 25 DM Stundenlohn und 20 DM sogenannte Nebenkosten. Ich glaube nicht, dass Dänemark in Not und Elend lebt. Dort erhält der Arbeiter einen Stundenlohn von 29 DM, aber die Zusatzkosten machen nur sieben DM aus. Sie bereisen sicherlich oft die Niederlande. Ich glaube nicht, dass unser Nachbar ein Schwellenland ist. Es ist ein hochentwickeltes Land. Dort sind die Arbeitskosten je Stunde um 10 DM niedriger. Die Vereinigten Staaten besuchen alle von Ihnen gerne. Viele behaupten, dort gäbe es nur McDonald's-Arbeitsplätze. Gegenwärtig stehen hochqualifizierte Arbeitsplätze in den Vereinigten Staaten im Übrigen für Tausende von deutschen Wissenschaftlern in Technologien zur Verfügung, die wir hier eher verdrängen und die wir hier eher verhindern.

Lebhafte
Zustimmung

Der belgische Ministerpräsident, der niederländische Regierungschef und auch der französische Staatspräsident leben in Ländern, in denen man komfortabel leben kann. Sie haben auch öffentliche Haushalte zu gestalten. Aber sie haben Steuersätze, die im **Unternehmensbesteuerungsbereich** mindestens zehn Punkte niedriger als in Deutschland sind. Merkwürdigerweise gibt es dort auch Arbeitsplätze und öffentliche Haushalte. Es gibt kommunale Haushalte und Gemeinden in Frankreich, die ihre Aufgaben finanzieren können. Das ist nicht alles komfortabel, aber das zeigt: Nicht hohe Steuern machen Haushalte solide, sondern eher umgekehrt. Hohe Steuern haben wir genug! Und wir haben damit die Haushaltsprobleme.

Lebhafte
Zustimmung

Wir sind auf der Rangliste der **Wettbewerbsfähigkeit** auf Platz 22 zurückgefallen. In einer Ranking-Liste der Bertelsmann-Stiftung für Beschäftigungspolitik liegen wir auf Platz acht. Das wirft ein Schlaglicht auf die gesamte Situation. Diese Unterschiede können wir allein mit Infrastrukturen, hochmotivierten Qualifizierungssystemen und Mitarbeitern nicht ausgleichen. Es sind schon politische und gesellschaftliche Veränderungen erforderlich, wenn wir wieder nach vorn kommen wollen. Deshalb haben wir im Übrigen das **Programm für Beschäftigung und Wachstum** in der Koalition verhandelt und in

der Bundesregierung beschlossen. Es macht niemandem Spaß, ein 25-Milliarden-DM-Sparprogramm aufzulegen. Aber ich sage diesem Parteitag: Es ist eher das Minimum, das wir zustande bringen müssen, wenn wir wieder auf die Füße kommen wollen.

Zustimmung

Deshalb appelliere ich an alle, uns in diesem Kurs zu unterstützen. Das ist ein Kurs, der Anstrengungen verlangt. Aber es ist auch ein Kurs, der deutlich die Handschrift der F.D.P. trägt. Lassen Sie mich eine persönliche Bemerkung an dieser Stelle machen. Wir – Hermann Otto Solms, Günter Rexrodt und ich – haben über das Programm in den entscheidenden Phasen verhandeln können. Günter Rexrodt geht es besser, als eine große Zeitung heute Morgen aufgemacht hat. Ich hatte Ihnen ja gesagt: Ich telefoniere mit seiner Frau in einigen Stunden Abstand. Er befindet sich in einem stabilen Zustand. Zwar ist es keine leichte Erkrankung, aber er lässt Sie alle grüßen.

Lebhafter Beifall

Wir haben in diesem Programm den **Abbau des Solidaritätszuschlags** vorgesehen. Wir haben ihn durchgesetzt. Er war für uns nicht das Ende unserer Steuerpolitik; er war für uns der psychologische Beginn der Steuersenkung. Den Freunden und den versammelten Ministerpräsidenten in den neuen Ländern sage ich: Der Abbau des Solidaritätszuschlages hat überhaupt nichts mit dem Abbau von Solidarität zu tun. Wir werden die Förderprogramme behalten und konzentriert ausrichten.

Lebhafter Beifall

Es wäre sogar besser, wenn die Ministerpräsidenten von Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg uns endlich folgten; denn unser Steuerkurs beinhaltet die Abschaffung der Gewerbesteuer nach Kapital sofort und die Abschaffung der betrieblichen Vermögensteuer. Wenn wir das nicht tun, müssten diese Substansteuern zu Beginn des neuen Jahres in den neuen Ländern eingeführt werden. Ich möchte aber keine hohen Steuern in den neuen Ländern; ich möchte **Arbeitsplätze in den neuen Ländern**. Deshalb sollte man uns in dieser Politik unterstützen.

Lebhafter Beifall

Wir wollen, meine Freunde, die Chancen für Beschäftigung in privaten Haushalten. Das ist das berühmte Thema Dienstmädchen-Privileg. Selten ist eine Beschäftigungschance in Deutschland für Menschen, die sie ergreifen möchten, so polemisch und entwürdigend gegen Dienstleistungsbereitschaft karikiert worden wie dieser Sachverhalt.

Lebhafte
Zustimmung

Es gibt eben Menschen, die sich freuen, eine Dienstleistung zu erbringen, die gerne nachts einem noch ein Menü zubereiten, die Flasche Wein aus dem Keller holen und nichts dabei finden, wenn sie eine Hausarbeit verrichten, die sich aber für genauso emanzipiert wie jemand halten, der einem anderen Beruf nachgeht. Das sollte man in Deutschland sagen.

Lebhafter Beifall

Das Unerträgliche in unserem Land besteht nämlich darin, dass die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen sagt: Es möchte ja niemand sonntags frische Brötchen. Es braucht niemand um acht Uhr abends noch einzukaufen. Wer maßt sich eigentlich an, uns vorzuschreiben, was wir tun und lassen sollen! Wir müssen uns dagegen wehren.

Lebhafter Beifall

Deshalb ist die Ladenöffnungszeit mehr als eine Frage bis nur 20 Uhr. Mindestens müssen wir diese Öffnungszeit erreichen. Liebe Freunde, wenn der Koalitionspartner jetzt noch einmal darum herumgeht, dann lassen wir das lieber sein. Ein Stück Durchbruch muss in diesem Denken erfolgen.

Lebhafter Beifall

Im Übrigen gibt es ganz unangenehme Fragen, die entschieden werden müssen. Zu denen bekenne ich mich. Ich habe länger bei diesen Fragen gezögert, aber ich bekenne mich zu ihnen. Ich halte es für vertretbar, dass im Krankheitsfall für sechs Wochen achtzig Prozent des Lohns gezahlt werden, wenn bei einem Familienvater, der auf das Einkommen Wert legen muss, die Alternative besteht, Urlaubstage zur Verfügung zu stellen. Ich halte es nicht für eine Verelendung dieser Gesellschaft, wenn wir dieses Ziel anstreben.

Beifall

Lassen Sie mich gleich ein Zweites hinzufügen – auch gegen Kritik in der eigenen Partei. Es hätte mir auch Freude gemacht, die **weitere Erhöhung des Kindergeldes** in diesem Jahr vorzunehmen. Wenn es gelingt, eine andere Finanzierung zu finden, die das gleiche Sparvolumen erreicht, machen wir das. Wir sind nicht familienpolitisch unaufgeklärt. Aber wissen Sie eigentlich, über was wir hier sprechen? Wir sprechen über eine Verschiebung von 20 DM, nachdem wir das Kindergeld für das erste Kind gerade von 70 DM auf 200 DM und für das zweite Kind von 130 DM auf 200 DM erhöht haben. Wir bitten die Gesellschaft nur um ihr Einverständnis, weitere 20 DM um ein Jahr zu verschieben. Ich sage: Wenn das eine Gesellschaft nicht mehr fertig bringt, können wir uns abmelden.

Lebhafter Beifall

Hermann Otto Solms, dem ich sehr danken möchte, hat unsere **steuerpolitischen Vorstellungen** in Stufentarifen vorgelegt. Er wird für uns der Steuerreformkommission angehören. Er hat das Profil der F.D.P. in diesem Feld gezeichnet. Wir wollen für die Tarifreform möglichst viel von unseren steuerpolitischen Vorstellungen durchsetzen. Ich füge hinzu: Wir wollen eine **ökologische Akzentsetzung vornehmen**. Wir wissen alle, dass wir mit der heutigen Sorte Wohlstand bei sechs Milliarden Menschen nicht zurechtkommen. Wir brauchen Wachstum, aber wir brauchen auch dringend Ressourcen-Minimierung im Verbrauch.

Zustimmung

Deshalb wollen wir mit einer **langfristigen ökologischen Akzentsetzung im Steuersystem** einen volkswirtschaftlich klugen Mechanismus anbringen, der Ressourcenverbrauch minimiert, weil wir über unser Land hinaus weltpolitische Verantwortung bei der Klimaentwicklung auf dieser Erde haben.

Beifall

Das ist ein notwendiger Beitrag einer Industriegesellschaft. Wir wenden uns im Übrigen gegen das bewährte antiökonomische Denken im Umweltschutz. Für uns ist der **Markt das beste Mittel, den ökologischen Herausforderungen zu begegnen**. Wir müssen alle die Kosten unseres Verbrauchs spüren. Birgit Homburger danke ich an dieser Stelle für ihr unermüdliches Engagement in diesen Fragen.

Beifall

Meine Damen und Herren, wir gehen jetzt auf die **Sicherung der Renten** zu. Niemand hätte das für möglich gehalten. Ja, wir werden im nächsten Jahr eine neue Rentenformel beschließen müssen. Wir sind dazu bereit. Wir wollen den **Generationenvertrag auf eine neue Grundlage stellen**. Wir wollen insgesamt den Sozialstaat auf den Arbeitsmarkt ausrichten, anstatt ihn dauernd als Barriere gegen den Arbeitsmarkt zu gebrauchen. Das wird uns noch viele Auseinandersetzungen bringen. Aber von einem bin ich überzeugt – und das haben Sie im Grundsatzprogramm so diskutiert und entschieden –: Wir wissen, dass nur die Gesellschaften weltweit demokratische Stabilität sichern und die Zukunft ihrer Bevölkerung in Frieden bewahren können, die sich dem Wandel stellen. Wer Kompetenz im Wandel entwickelt, wird gewinnen. Wer den Wandel verleugnet, ihn verdrängt und sich ihm versperrt, wird Magenbeschwerden, demokratische Instabilität und große Verwerfungen in Demokratien bekommen. Deshalb braucht unser Land eine Partei wie die Freie Demokratische Partei, die gegen SPD und Grüne, gegen die geschlossene PDS; auch gegen manche Konzepte in der Union diesen Wandel will und ihn nicht nur als unbequem und lästig empfindet, sondern ihn herausfordert, wenn wir die Zukunft gewinnen wollen.

Lebhafter Beifall

Die wahren Konservativen sind heute SPD und Grüne. Ihnen ist die komplette mentale Innovationsfähigkeit abhandengekommen. Sie senden keine Modernitätssignale aus. Sie sind Bedenkenträger bei Forschung und Innovation, Verzögerer bei Genehmigungsverfahren. Sie sind Gleichmacher bei Schule und Bildung. Sie haben überhaupt kein Verhältnis zu den Eliten. Meine Damen und Herren, wir wissen doch, dass es eine unterschiedliche menschliche Leistungsfähigkeit gibt. **Chancengleichheit**, wie es Werner Maihofer gesagt hat, bieten wir. Das ist Aufgabe eines freiheitlichen Staates. Aber da es eine unterschiedliche Leistungsfähigkeit gibt, kann Chancengleichheit nicht Gleichheit der Ergebnisse bedeuten. Man muss sich zu dem bekennen wollen.

Lebhafter Beifall

In der Nachkriegsgeschichte unseres Landes war der Fortschritt noch nie so weit entfernt von der SPD und die Gängelung noch nie so nahe wie bei der Partei der Grünen. Sie prangern die hohe

Staatsverschuldung an und fordern zugleich höhere Staatsausgaben. Sie fordern Einsparungen am Staatshaushalt, nennen aber keine Alternativen. Das Beunruhigende ist: Es fällt kaum noch auf, wenn man so argumentiert. Bei vielen überwiegt ohnehin der Glaube, dass die Rechnung von Dritten beglichen würde. Das müssen wir im Übrigen auch ändern. Unsere Solidargemeinschaften haben einen verflixten Hang zu der Mentalität entwickelt: Ich zahle ja ein, also muss ich etwas herausholen. Die Spitze dieser Bewegung war es, dass viele zuerst bei Billiganbietern gebucht hatten und in Urlaub flogen, aber als diese pleite machten, haben sie erwartet, dass der bundesrepublikanische Staat sie zurückfliegt. Das gehört für mich nicht zu einer aufgeklärten Gesellschaft.

Lebhafter Beifall

Wir haben Chancen – unsere Wirtschaft hat gute und starke Standbeine –, aber wir müssen sie auch nutzen. Es geht im Übrigen um mehr als Verteilung von Arbeit und auch um mehr als um Steuerpolitik und um die Reduzierung von Arbeitskosten. In unserem Land gehen mögliche Pioniergewinne immer noch durch zu lange Verfahrensdauern verloren. Wir haben ein unglaubliches Konglomerat von Vorschriften, das uns lähmt. Wir dringen bei Forschung und Entwicklung nicht mehr bis zur Spitze durch. Wir müssen den Anschluss an Spitzentechnologien wiederfinden. Dafür müssen wir das wissenschaftsskeptische Klima in unserem Land überwinden. Wir müssen wieder klarmachen, dass die Chancen auf Wissenschaft und Forschung beruhen und dass heute niemand weiß, auf welchen Feldern sie in Zukunft liegen werden.

Lebhafter Beifall

Wir brauchen eine Kultur der neuen technologischen Höchstleistungsfähigkeit. Unsere Wirtschaft produziert ja nicht nur Nippesfiguren und Lippenstifte, sondern stellt hochwertige Medikamente her. Deshalb ist im Übrigen, meine Freunde, Leistung keine Kategorie einer Ellbogengesellschaft. Es gibt ein weites Feld zwischen sozialistischer Kuhstallwärme und Ellbogengesellschaft. Es gibt nicht nur das eine oder das andere; es gibt persönliche Verantwortungschancen und eigene Entwicklungsmöglichkeiten. Leistung ist auch Bestandteil der sicheren Lebensführung von Menschen. Haben Sie schon einmal ein Kind beobachtet, wie es strahlt, wenn es auch nur

einen schlichten Lernerfolg in einem Sonderschulsystem hat, um ihn überhaupt zu erleben. Wie sich jemand an einer vollbrachten Leistung, an einem Kunstwerk, an seiner abgelieferten Arbeit, an einem Werkstück freut? Es beruht doch nur auf der Motivation einer freiheitlichen Ordnung, dass wir denjenigen, die leistungsbereit sind, die Chancen zur Erfüllung ihres Lebens anbieten.

Lebhafter Beifall

Das heißt doch nicht, dass sie nicht zu sozialen Neigungen und Impulsen fähig seien. Es war ein großer Fehler der **Bildungspolitik** in diesem Land, soziale Kompetenz mit einer Schulform zu verwechseln. Die Gesamtschule stellt genauso wenig Kompetenz her wie das Gymnasium. Entscheidend ist die Begegnung mit Lehrerpersönlichkeiten, die Begegnung mit anspruchsvollen Inhalten. Soziale Kompetenz entwickelt sich im Kopf eines Menschen, aber nicht in der Bevorzugung einer Schulform.

Lebhafter Beifall

Deshalb muss die alte **Schulpolitik** beendet werden. Wir haben ein Jahrzehnt in den Bundesländern mit ideologischem Streit über Gesamtschule und Gymnasium verbracht. Wir waren daran beteiligt. Aber das Grundsatzprogramm, das wir jetzt beraten, sollte uns alle verpflichten, möglichst ein Angebot zu machen, das Eltern eine eigene Entscheidung über den Schulweg ihres Kindes treffen können und er ihnen nicht vom Staat vorgegeben wird.

Lebhafter Beifall

Die Bildungspolitik von SPD und Grünen trifft gegenwärtig die Schwächeren in unserer Gesellschaft. Der Rückzug aus dem Unterricht, die Epochalisierung von Fächern in den Ländern und das Einbringen von politischen Bestandteilen in den Unterricht geschieht zu Lasten wichtiger Fächer, die für das Erwachsenwerden eines Kindes und für seinen beruflichen Weg wichtig sind. Wer an den deutschen Schulen Unterricht verweigert, zurückzieht und kürzt, der benachteiligt die junge Generation in ihren Zukunftschancen. Und noch eines füge ich hinzu: An den Schulen ist es das Wichtigste, Unterricht zu erteilen – und nicht die Personalratsarbeit.

Anhaltender
lebhafter Beifall

Das trifft nämlich die Schwächeren in unserer Gesellschaft. Das Kind, dessen Vater zu Hause keine Bibliothek hat, dessen Mutter

nicht zwei Fremdsprachen spricht, ist einzig und allein auf die Schule angewiesen. Die Kinder, die außerhalb der Schule – zu Hause – eine Atmosphäre vorfinden, die sie begünstigt, werden bevorzugt. Deshalb ist die Erteilung von Unterricht eine zutiefst und eminent wichtige sozialpolitische Tat. Der, der sie zurückzieht, versündigt sich an den Chancen der jungen Generation.

Anhaltender
lebhafter Beifall

Meine Damen und Herren, die F.D.P. war und bleibt Garant für eine berechenbare **Außenpolitik**. Das haben liberale Außenminister von Walter Scheel über Hans-Dietrich Genscher bis Klaus Kinkel gezeigt.

Beifall

Wir wussten nach Kriegsende, dass dieses Land nach dem Irrweg in diesem Jahrhundert seine Zukunft nur finden wird, wenn es bündnispolitisch eingebettet ist. Das klingt heute für jeden plausibel; das war aber nicht plausibel. Unsere Partei hat ja fast mit ihrer Existenz dafür gekämpft, dass das plausibel wurde.

Beifall

Deshalb ist **Bündnispolitik** für uns nicht so etwas wie für unsere französischen Nachbarn, wie für die holländischen Nachbarn. Bündnispolitik ist für uns Staatsräson. Nur in der Bündnispolitik mit den Demokratien, die in den Werten gewachsen sind, die wir aus der europäischen Geschichte kennen, wird unser Land Stabilität finden. Oder es wird keine finden. Deshalb ist der Teil, den wir zu diskutieren haben, viel wichtiger für uns, als man das im innerparteilichen Schlagabtausch meint. Wir hatten im letzten Jahr – genau am 30. Juni 1995 – eine **Bosnien-Debatte** führen müssen, in der der damalige SPD-Vorsitzende Scharping erklärte, die Bundesregierung handle falsch; man hätte Kroatien und Slowenien nicht anerkennen dürfen. Die Tornados dürften nicht entsandt werden. Er hatte vergessen, dass seine eigene Fraktion der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens damals zugestimmt hatte, als sie anstand. Nach ihm sprach Joschka Fischer. Er erklärte das gleiche und sagte, wenn wir das täten, würde es auf dem Balkan eskalieren. Das sei eine Militarisierung der deutschen Außenpolitik. Ich hatte das Vergnügen, meine erste Rede im Deutschen Bundestag damals nach Joschka Fischer zu halten. Ich habe gewusst, um was es bei der Bosnien-Debatte ging. Es war ein wichtiger Schritt für die deutsche Außen-

politik. Aber ich habe recht behalten und' die beiden anderen nicht. Vier Wochen später schrieb Joschka Fischer seinen Grünen dasselbe, was ich im Bundestag vorgetragen hatte, und wurde von der deutschen Medienlandschaft dafür noch gelobt. Der Mann ist einer der wenigen, der abends in den Nachrichten etwas Anderes als das sagen kann, was morgens von ihm in den Zeitungen stand.

Lebhafte
Zustimmung

Die Opposition ist in wichtigen Grundfragen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik zerstritten – und das in einer Zeit, in der gerade die Außen- und Sicherheitspolitik durch den Drang vieler kleiner Gruppen nach einer eigenen Nation und durch die Verwerfungen in Europa herausgefordert ist. Wir haben es doch nicht nur mit einem Konflikt auf dem Balkan zu tun, wir haben es zutiefst mit den Ergebnissen der Verträge nach dem Ersten Weltkrieg zu tun. Es werden doch ganz alte Atlanten wiederaufgeschlagen, und Trümmer von Großreichen beguckt. Für die Serben war die Schlacht auf dem Amselfeld gestern; für uns war sie 1387. Darum geht es doch in Europa! Wer das nicht begreift, wer diese Außenpolitik nicht einsortieren kann, der ist auch national nicht regierungsfähig. Deshalb ist es gut, dass wir den Außenminister stellen – und nicht Die Grünen.

Lebhafter Beifall

In einiger Nachbarschaft von uns müssen wir einem Land helfen, das ein Achtel der Landmasse der Erde und neun Zeitzonen umfasst. Wenn man die Geschichte der russischen Zaren liest, weiß man nicht, wie lange das Land noch brauchen wird, um überhaupt im Entferntesten zu einem System zu kommen, wie wir es in Westeuropa, kulturell gewachsen an Demokratie, an Gewaltenteilung, an Bürgerrechten aus der Französischen Revolution und an Aufklärung, haben. Aber haben wir denn eine Alternative? Wir müssen dort helfen. Wenn wir es nicht tun, wird es sehr problematisch werden.

Lebhafte
Zustimmung

Die **Sicherheit in Europa** ist unteilbar. Am Ende werden wir bei einer gegenwärtig noch anzuzeigenden Stärke der Bundeswehr von 340.000 doch keine Sicherheit haben; nicht weil die anderen vielleicht größere Armeen hätten, sondern weil massenhaft mehr Menschen in Not kommen könnten. Es nützt die Aufstellung des Bundesgrenzschutzes an der Grenze zu Polen überhaupt nichts,

wenn die Gesellschaften, die sich hinter dieser Grenze befinden, nicht aus dem freien Fall herauskommen. Das ist doch zutiefst die Europapolitik, nicht nur eine Sonntagsrede, dass sich nach dem Kriege die Völker nach Europa zuwandten. Wir müssen wieder einen intensiven Schritt nach Europa tun. Er muss qualitativ jetzt gegangen werden, um Europa zusammenzuführen und sicherheitspolitisch auf eine Ebene zu bekommen.

Lebhafter Beifall

Wenn wir uns heute die **Entwicklung in Westeuropa** ansehen, erkennen wir doch, alle, dass kaum noch ein Thema bis zum Ende nationalstaatlich gelöst werden kann: weder die großen Verkehrs- noch die Kommunikationsnetze, noch Technologien, noch Verteidigungsfragen und Verbrechensbekämpfung. Alles muss mit anderen verabredet werden. Ja, sogar manche Kernkraftwerke, die außerhalb unserer Grenzen stehen, haben für uns ein Bedrohungspotential, wenn wir das nicht ändern, das früher Kriege hatten. Deshalb diskutiere ich mit Freunden, die anderer Meinung sind, nicht nur über eine Währung. Ich diskutiere darüber, dass der weitere Weg Europas wegen dringend notwendiger gemeinsamer europäischer Verkehrs-, Außen- und Sicherheitspolitik eingebettet werden muss. Das ist die einzige Chance, und das muss den Nationalstaat nicht schlechtmachen.

Hagen Schulze hat in einem bemerkenswerten Buch über Staaten und Nationen in der europäischen Geschichte geschrieben: Früher wurden Grenzen durch gewaltsame Eroberungen oder einträgliche Heiraten verschoben. Heute ist es notwendig, sie in ihrer realen Bedeutung zu entwerten. Sie sollen den Austausch von Gedanken, von Personen und Gütern immer weniger beschränken. Allmählich – so schreibt er weiter – tritt der klassische Nationalstaat zurück, um Platz zu machen für ein gemeinsames Europa in freiheitlicher Verfassung, in Überwindung der bisherigen staatlichen Grenzen, aber im vollen Respekt für die Verschiedenheit der regionalen und nationalen Kultur, die gerade der Reichtum unseres Kontinents ist. Wer verleugnet denn seine Kultur, wenn er mit anderen zur Zusammenarbeit fähig ist? Lasst uns diesen Gegensatz vergessen.

Lebhafter Beifall

Wir wollen, das möchte ich sagen, deshalb nicht nur Binnenmarkt oder Währungsunion; wir wollen ein **Europa mit einer freiheitlichen Verfassung**.

Beifall

Wir wollen das auch deshalb, weil ich es nicht nur für notwendig halte, dass Länder wegen möglicher ökonomischer Teilhabe zu Europa kommen wollen. Europa bedeutet auch ein Bekenntnis zu der **Kultur, die Europa entwickelt hat** – zu einer civil society, zu einem aufgeklärten politischen Denken und zu all dem, was 200 Jahre Entwicklung der Freiheitsrechte in Europa bedeutet.

Lebhafter Beifall –
Bravo-Ruf

Das Potential Deutschlands macht uns östlich von Washington und westlich von Moskau zu einem Land – ob wir es wollen oder nicht –, auf das sich weltweit ungeheuer viele Hoffnungen richten. Wir müssen diesen Hoffnungen in schöpferischer Partnerschaft mit anderen begegnen, weil wir sonst unsere Aufgaben nicht erledigen können. Wir sind nämlich nicht, wie es Oskar Lafontaine und Joschka Fischer meinen, die größere Schweiz in der Mitte Europas. Wir sind jetzt verpflichtet, auch die Aufgaben internationaler Bündnisse zu erfüllen. Was hat denn eigentlich die amerikanische Mutter, die in Milwaukee lebte und Westberlin auf dem Globus überhaupt nicht erkennen konnte, vielleicht in dem Bewusstsein gesagt, dass ihr Sohn gegebenenfalls dort stationiert ist, um, wenn etwas passiert, an der Mauer mit seinem Leben für unsere Freiheit einzustehen? Und wir haben der amerikanischen Nation geantwortet: Wenn jetzt Völkerrechtsbrechern international entgegengetreten werden muss, haben wir aber doch Bedenken, ob das so richtig ist.

Freunde, das Völkerrecht trägt sich nicht von selbst. Es braucht Menschen, die es verteidigen und notfalls gegen Rechtsbrecher schützen.

Lebhafter Beifall

Es geht deshalb in vielem nicht um ein beliebiges Stück Politik. Deshalb dürfen wir vor manchen Diskussionen nicht zurückweichen. Der Bundestag hatte mit den Stimmen der CDU/CSU und der F.D.P. 1992 den **Maastrichter Vertrag** ratifiziert. Ich weiß, dass dieser Vertrag in unserem Land Skepsis hervorruft. Wie sollte es auch anders sein! Die-

ses Land, in dem die Nazis alle Werte missbraucht und entwertet haben, hat krampfhaft nach identifikationsstiftenden Symbolen gesucht. Wenn man sieht, wie heute noch rückwirkend beschwörend der Name Ludwig Erhard – Wirtschaftswunder, stabile D-Mark – genannt werden, dann war das ein Stück Selbstbewusstsein, das sich entwickelt hatte, weil alles andere nahezu geschwunden war. Diese psychologische Schwelle zu bearbeiten und argumentativ aufzunehmen, das ist doch der Kern der Auseinandersetzung um den Maastrichter Vertrag – nicht nur die Währungsunion-Diskussion. Natürlich gibt es Ängste und Befürchtungen. Aber die Reaktion kann doch aufgrund unserer Geschichte, unserer geographischen Lage und der derzeitigen Weltlage nicht sein, vor denen zurückzuweichen. Wir müssen sie aufnehmen, sie konstruktiv bewältigen und offensiv voranschreiten.

Lebhafter Beifall

Ich erinnere hier deshalb an den eigentlichen Sinn des Verfassungsauftrages: Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. – Das müssen wir jetzt als F.D.P. tun.

Beifall

Ich kann nicht sagen, wie das ausgehen wird. Ich weiß nur, wir würden einen gewaltigen Fehler machen, wenn wir diese offensive Haltung jetzt nicht einnehmen. Ich sage Ihnen: Ich nehme sie ein. Ich bin zu dem Vorsitzenden einer Partei gewählt worden, die wusste, dass wir **europäische Einbettung** brauchen. Ich bin nicht bereit, diese Politik abzubrechen. Ich stelle mich jeder innerparteilichen Diskussion; aber der Weg wird gegangen.

Anhaltender
starker Beifall

Das bedeutet eine **klare Einhaltung der Konvergenzkriterien und des Ziels, den Zeitplan zu erreichen**, weil jedes Abweichen davon die auf den Plan rufen würde, die außerhalb unseres Landes in der Geldpolitik sowieso etwas lockerer sind und die bei Haushaltsanstrengungen nachlassen, weil die Kriterien nicht so schnell erreicht werden müssen. Im Übrigen sage ich Ihnen voraus: Das wird die Lafontaine-sche Haltung sein. Nach seinen Purzelbäumen im Wahlkampf mit Herrn Spöri sagt er jetzt wieder, wir wollen Maastricht. Aber seine Sparbeschlüsse hält er nicht durch und vermiest die Kriterien. Ich bin es leid. Und das meine ich damit – jetzt nehme ich die Kritik in dem Faltblatt auf –; das meine ich als strategischen Pygmäen, wenn

ich überhaupt von einem solchen gesprochen habe. Und es steht mir Helmut Schmidt bei; der hat es nämlich genauso gesagt.

Beifall

Nein, wir wollen **konsequente Geld- und Geldwertstabilitätspolitik**. Im Kern engagiere ich mich als Ihr Vorsitzender deshalb so, weil ich weiß, dass im Maastrichter Vertragswerk nicht nur ein Stück vereinbarte Geldpolitik steckt. Im Maastrichter Vertragswerk steckt für die anderen europäischen Nationen eine psychologische Bewusstseinsbildung, dass das Stück Dominanz der Geldpolitik durch Deutschland nun in diese Ordnung übergeleitet worden ist. Im Maastrichter Vertrag steckt aber psychologisch für uns, wenn wir es klug anstellen, die großartige Chance, dass wir nicht mehr in unserer Arbeit und in unserer Währung von anderen beeinträchtigt werden, die mit ihren Währungen nicht so stabilitätsbewusst wie wir umgehen. Im Maastricht-Vertrag steckt für unsere Arbeitsplätze und unsere Wirtschaft doch die große Chance, dass andere daran gehindert werden, unilateral zu handeln, da doch jetzt gemeinsames Handeln angesagt ist. Es ist ein Geben und Nehmen, das uns gemeinsam hilft.

Lebhafter Beifall

Deshalb kann ich uns nur raten: Machen wir uns nicht zu solchen Purzelbaumschlagern wie Lafontaine und Spöri. Es gibt Themen, die Widerspruch erregen; es gibt Themen, die große Probleme bereiten, wenn man dem Volk aufs Maul schaut. Aber Politik macht man auch um eine Position, die man aufgrund der deutschen Geschichte, der gegenwärtigen Erfordernisse, der geographischen Lage und des notwendigen Umgangs mit anderen für unverzichtbar halten muss. Dazu muss man stehen, auch wenn einem der Wind ums Gesicht bläst.

Lebhafter Beifall

Ich sage hier, weil das ja immer wieder behauptet wird: Wir haben mit Mehrheit entschieden, dass es **Mitgliederentscheide in der Partei** gibt. Wenn ein Teil der Partei ein Quorum erzeugt, das einen Mitgliederentscheid notwendig macht, fürchte ich mich davor nicht. Ich gehe mit meiner Meinung in die Mitgliedschaft der F.D.P. Sie haben keinen Vorsitzenden, der mit Tricks versucht, eine andere Meinungsbildung zu verhindern. Ich sage denen voraus, die einen Mitgliederentscheid wollen: Sie können ihn haben, aber ich werde ihn gewinnen. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

Lebhafter Beifall

Meine Damen und Herren, unseren tschechischen Nachbarn ist durch den deutschen Überfall Schlimmes angetan worden. Und am Ende des Krieges – das sage ich genauso frei – haben Sudetendeutsche und andere Schlimmes erfahren, Vertreibung, Enteignung und Grausamkeiten erdulden müssen. Das braucht uns kein CSU-Politiker und kein Sudetendeutscher zu erklären. Ich weiß, dass Vertreibung Unrecht war. Ich habe keine Hemmungen, das festzustellen. Aber angesichts dieser beiden Sachverhalte führt doch kein Weg daran vorbei, dass wir uns jetzt mit den tschechischen Nachbarn auf die Zukunft verständigen müssen.

Lebhafter Beifall

Dazu gehören geduldige Verhandlungen, Sensibilität und Fingerspitzengefühl. Sie bringt Klaus Kinkel in seinen schwierigen Verhandlungen auf. Er braucht dazu Zeit, aber er hat unsere volle Unterstützung. Wir lassen uns den Fahrplan nicht vorgeben.

Lebhafter Beifall

Es gibt in der Koalition viel Gemeinsames; es gibt auch Meinungs- und Bewertungsunterschiede. Es gibt unterschiedliche Haltungen in Fragen, die eine Koalition nicht vereinbaren sollte und bei denen ich Wert darauf lege, dass Sie, meine Freunde in der F.D.P., unabhängig von den Koalitionsvereinbarungen entscheiden können. Eine dieser Fragen ist von uns in freier Abstimmung des Deutschen Bundestages bei der [Novellierung des § 218](#) entschieden worden. Wir wollen nie wieder, dass Druck auf eine Frau für eine bestimmte Entscheidung ausgeübt wird. Für uns soll eine Frau entscheiden können.

Lebhafter Beifall

Deshalb ist für uns der bayerische Weg, der sich jetzt andeutet, nach einem mühsam gefundenen Konsens im Deutschen Bundestag politisch ein großer Fehler. Er dient weder den Frauen in Deutschland noch dem Schutz des ungeborenen Lebens.

Beifall

Der bayerische Gesetzentwurf wäre, wenn er so beschlossen werden sollte, eine Missachtung des Deutschen Bundestages und eine Missachtung des Bundesrechts.

Zustimmung

Ich erkläre hier für die Mitglieder der F.D.P. im Deutschen Bundestag gemeinsam mit Hermann Otto Solms und mit dem Bundesjustiz-

minister Edzard Schmidt-Jortzig: Wenn die bayerische CSU diesen Weg geht, werden die F.D.P.-Abgeordneten des Deutschen Bundestages völlig frei sein, am Ende persönlich zu überprüfen, ob sie ihn akzeptieren. Wenn sie ihn nicht akzeptieren – und das sehe ich so –, müssen und werden wir bereit sein, Karlsruhe anzurufen. Das ist die notwendige Entscheidung.

Lebhafter Beifall -
Bravo-Ruf

Im Übrigen sage ich dem bayerischen Ministerpräsidenten: Es ist nicht nur deshalb ein großer Fehler, weil er vielleicht glaubt, eine besondere bayerische Ausgestaltung vornehmen zu können. Es kann sich nach der Kenntnis der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts als großer, dramatischer Fehler erweisen, dass möglicherweise beide Lösungen in Probleme kommen. Freunde, wir würden ein Desaster für Frauen in Deutschland vor uns haben. Deshalb sage ich sehr persönlich und eindringlich an die CSU: Es gibt manchmal Situationen, in denen das eigene politische, parteipolitische, konfessionelle und Bindungsumfeld nicht Ratgeber für politische Entscheidungen sein kann.

Beifall

Ich gebe es nicht auf, auch jetzt noch an den bayerischen Ministerpräsidenten zu appellieren, diesen Gesetzentwurf zu stoppen. Er hat es noch in der Hand.

Lebhafter Beifall

Meine Damen und Herren, das Spannungsumfeld von Freiheit, Verantwortung und Recht ist niemals einfach aufzulösen. Der **Schutz des Bürgers vor dem Staat** und der Schutz des Bürgers im Staat wird uns in vielen Fällen – auch innerparteilich – zu Auseinandersetzungen über Mittel bringen, die man dem Staat an die Hand gibt oder nicht. Der Staat kann nicht alles, und der Staat darf nicht alles. Aber er muss die Chance haben, Kriminalität unter hohen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen. Nichts Anderes ist zum Beispiel mit dem elektronischen Abhören entschieden worden. Deshalb habe ich die herzliche Bitte, nicht eine solche einzelne Entscheidung zum Lackmустest für Liberalität zu erklären. Das wäre falsch. Auch die, die anderer Meinung sind, können sie akzeptieren.

Lebhafter Beifall

Wir wollen jetzt aber auch das Votum der Mitglieder so halten. Deshalb sage ich das hier dem Parteitag. Die hohen rechtsstaatlichen Hürden, die wir wollen, werden wir in der Koalition durchsetzen. Es wird kein Gegengeschäft mit der SPD geben, die auf einmal bei der Geldwäsche-Kriminalität eine Beweislastumkehr haben möchte. Meine Damen und Herren, ich habe nicht Jura studiert, aber ich kann erahnen, was es bedeutet, wenn in einem Bereich auf einmal nicht mehr die Unschuldsvermutung gilt, sondern jemand schon als Angeklagter dasteht, bevor er überhaupt etwas unternommen hat. Das können wir nicht zulassen. Es ist im Übrigen interessant: Diese Hüter des Rechtsstaates, die jetzt sagen, sie wollten uns beerben, wollen die Beweislastumkehr wegnehmen, fünfmal Ladendiebstahl straffrei stellen, Umweltsünder hoch bestrafen, Geschwindigkeitsüberschreiter auch hoch zur Kasse bitten, äußern aber bei gewalttätigen Demonstranten Verständnis. So haben wir den **Rechtsstaat** nie verstanden, meine Damen und Herren!

Anhaltender
starker Beifall

Wir leben in einer internationaler werdenden Welt. Wir bleiben bei unseren Vorstellungen auf dem Weg zu einem **modernen Staatsbürgerschaftsrecht**. Wir wollen, dass den Kindern in der dritten Generation die deutsche Staatsbürgerschaft ermöglicht wird. Wir haben frühere Einbürgerung und Verbesserungen beim Aufenthaltsrecht erreicht. Ich danke Cornelia Schmalz-Jacobsen für die gute Zusammenarbeit und für die gute Verhandlungsführung in diesem Bereich.

Lebhafter Beifall

Wir sind ein verlässlicher Koalitionspartner. Wir bekennen uns zu dieser Koalition. Wir haben sie gewollt; wir haben den Wahlkampf dafür geführt. Sie hat gegenwärtig keine ernsthafte Alternative. Denkt jemand ernsthaft daran, mit diesen regierungsunfähigen Oppositionsparteien, die sich einer Modernisierung verweigern, die Sparschritte zu unternehmen, die nicht möglich wären, die Außenpolitik aufrechtzuerhalten, die nicht möglich wäre? Nein, das ist kein Spiel in Koalition; das ist auch keine Ehe. Das ist ein **Zweckbündnis auf Zeit**. Aber die Aufgaben lassen sich in dieser Koalition, wenn wir es wollen, gemeinsam gut bestimmen. Wir bestimmen aber unsere eigene Politik, und wir tun das sehr mutig. Wir vertreten eine

Außenpolitik der europäischen Einbettung, der Bündnisse und der Weltoffenheit. Wir vertreten einen klaren marktwirtschaftlichen Kurs zu produktiven Arbeitsplätzen, zur Bewältigung des Strukturwandels. Und wir vertreten ökologische Verantwortung am Markt. Wir wollen die Schaffung von Arbeitsplätzen über weniger Steuern. Wir wollen Investoren wieder Investitionsbereitschaft in Deutschland ermöglichen. Wir wollen Forschungs- und Qualifizierungsanstrengungen für die Zukunftschancen der jungen Generation zum Schutz der Umwelt, zur Verbesserung der Produkte. Wir wollen Privatisierung und Entbürokratisierung statt Überforderung des Staates.

Wir haben die **Kraft zur Toleranz**. Wir müssen ja schon unseren deutschen Nachbarn anders sein lassen, als wir selbst sind. Das müssen wir auch in dieser Gesellschaft aufrechterhalten. Aber wir sagen auch: Freiheit ist eine unbequeme Botschaft. Freiheit bedeutet persönliche Verantwortung. Bevor jemand nach dem Staat ruft, ist er zu einem vornehmen Akt der Selbstsolidarität mit sich selbst verpflichtet, indem er eigene Anstrengungen unternimmt, bevor er an die Solidargemeinschaft herantritt.

Lebhafter Beifall

Meine Freunde, wir sind und bleiben eine Partei, die seit Georg Picht Anfang der sechziger Jahre die **Chancengleichheit im Bildungswesen** vertreten hat. Wir sagen nur allen, die damals in ihrem Gedankengut steckengeblieben sind: Chancengleichheit bedeutet nicht Gleichheit der Ergebnisse. Wenn wir die leistungsfähigen nicht fördern, vergeuden wir Talente für die Schwächeren in unserer Gesellschaft.

Lebhafter Beifall

Wir setzen auf die **Verantwortung des einzelnen**, weil wir wissen: Für den künftigen Erfolg unseres Landes, für unsere demokratische Stabilität brauchen wir Wettbewerb und Vielfalt, Eigenverantwortung und Selbstvorsorge, Leistungsprinzip und Toleranz. Das sind nicht nur Zukunftsmerkmale; das sind Zeichen der Qualität einer Gesellschaft. Andere Parteien in Deutschland denken an den Staat und daran, was er zur Lösung der Probleme leisten könnte. Wir sind die einzige Partei in Deutschland, die sich gelegentlich daran erinnert, dass die Gesellschaft eine eigene Kraft zur Problemlösungsfähigkeit entwickeln muss. Deshalb wollen wir uns gegen andere behaupten.

Lebhafter Beifall

Meine Damen und Herren,

wir sind nach dem 24. März nicht überheblich. Wir sind auch nicht marktschreierisch. Wir dürfen aber zuversichtlich sein. Wir wollen argumentativ sein. Wenn wir ein Stück **Bescheidenheit im Auftreten** haben, nutzt das der gesamten Freien Demokratischen Partei. Die Verteilung einer Hochglanzbroschüre mit unserem Programm hilft uns nicht, wenn diejenigen, die für sie gegenüber anderen sprechen, nicht Sympathiewerbung für sie machen können. Das ist auch die Aufgabe in der Führungsspitze.

Lebhafter Beifall

So gehen wir jetzt nach einem schweren Jahr nach Karlsruhe an die Arbeit. Ich weiß: Als Sie mich im letzten Juni wählten, wussten Sie genau, dass Sie heute wieder auf Ihren Vorsitzenden blicken, ob er denn einigermassen für Sie das Jahr bewältigt hat. Es gab Schwierigkeiten; es gab große Anstrengungen. Aber eines haben wir geschafft: Wir haben eine Team-Fähigkeit in der Bundesspitze hergestellt. Ich danke hier ausdrücklich Guido Westerwelle, Rainer Brüderle, Cornelia Schmalz-Jacobsen, Jürgen Bohn, Hermann Otto Solms und Walter Döring – ich habe nur einige Namen genannt – für die faire und ausgesprochen gute Zusammenarbeit. Ich schließe dabei – das sage ich sehr persönlich, weil der Ehrenvorsitzende noch da ist – Hans-Dietrich Genscher ein. Man führt manchmal Gespräche, die man nicht jedem mitteilt, die aber zeigen, dass jemand in einer schwierigen Situation zu einem steht. Das hat er getan. Ich glaube, dass diese Partei keine Chancen hat, wenn wieder alte Zeiten anbrechen, in denen sich jeder sein Mikrophon außerhalb der Halle suchte, um seine Botschaft loszuwerden.

Zustimmung

Wir haben nur eine Chance, wenn Sie zu denen stehen, die Sie mit Ämtern beauftragt haben. Ich glaube, Sie sollten nach diesem Parteitag sagen können: Wir haben an der Spitze eine Mannschaft, die die Chance beim Schopfe ergriffen hat. Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen. Auf weitere gute Zeit!

Langanhaltender
starker Beifall
der sich von ihren
Plätzen erhoben
habenden
Delegierten

Herzlichen Dank.

REDE

Kongress der Europäischen Liberalen (ELDR)

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe liberale Freunde,

dies ist mein erster ELDR-Kongress. Ich freue mich, dass ich als Vorsitzender der F.D.P. heute die Gelegenheit habe, zu Ihnen zu sprechen. Ich freue mich auch deshalb, weil die F.D.P. seit den letzten Wahlen am 24. März 1996 wieder mit Zuversicht in die Zukunft blicken kann. Wir führen heute mit dem Rückenwind der guten Wahlergebnisse die Reformdebatte in unserem Land an.

Wir haben die Krise der F.D.P. nur überwunden, weil wir uns auf unsere Stärken als liberale Reformkraft besonnen haben: auf Wettbewerb und Vielfalt, auf Eigenverantwortung und Selbstvorsorge, auf Leistungsorientierung und Toleranz. Nur deshalb ist es uns gelungen, die Mehrheit der Reformverweigerer in unserem Land zu brechen.

Natürlich haben wir noch einen weiten Weg vor uns. Deutschland hat lange gebraucht, um die Tragweite der dramatischen Veränderungen in Europa und weltweit zu begreifen. Wir haben dringend notwendige Reformen immer wieder aufgeschoben. Die Ängste und Widerstände gegen die notwendigen tiefgreifenden Veränderungen in unserem Land sind immer noch groß. Aber immer mehr Menschen

in Deutschland spüren, dass die staatliche Fürsorge-Gesellschaft zur Entmündigung der Bürger, zu unerträglich hohen Steuern und Abgaben und zur Unfinanzierbarkeit unseres Gemeinwesens führt. Der Weg aus dem Bürokratie-, Steuer- und Schuldenstaat führt nur über mehr Freiräume für Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Marktwirtschaft. Ich bin zuversichtlich, dass Deutschland mit den Reform-Initiativen der F.D.P. seine Zukunftsfähigkeit wiedergewinnen und seine Rolle als Stabilitätsanker in Europa behaupten wird.

Die Europäischen Liberalen müssen auf der europäischen Ebene die Diskussion über die Zukunft der Europäischen Einigung anführen. Die Umbrüche in Mittel- und Osteuropa, die tiefgreifenden strukturellen Veränderungen in den Industriegesellschaften und die Globalisierung aller Lebensbereiche fordern grundlegende Reformen für Europa. Wenn es uns nicht gelingt, die wirtschaftliche, die ökologische und die sicherheitspolitische Stabilität in ganz Europa zu erreichen, dann werden wir auf unserer Stabilitätsinsel so nicht weiter leben können. Das ist der tiefere Sinn der Notwendigkeit der europäischen Einbettung.

Die Europäische Union muss sich institutionell erneuern, sich für neue Mitglieder öffnen und außenpolitisch handlungsfähiger werden. Und sie darf bei allen drei Reformprojekten keine Zeit mehr verlieren. Nur so kann die Europäische Union ihre Stellung in einer sich dynamisch entwickelnden Weltwirtschaft behaupten und ihrer gewachsenen Verantwortung für Frieden und Sicherheit gerecht werden. Das gemeinsame Europa ist aus der historischen Suche nach einer stabilen Friedensordnung entstanden. Die mangelnde europäische Handlungsfähigkeit bei der Beendigung des Krieges im früheren Jugoslawien rüttelt an den Grundfesten des gemeinsamen Europas. Wir müssen gemeinsam in der Lage sein, Sicherheit und Frieden in Europa zu wahren und wiederherzustellen, wenn die alten Dämonen Nationalismus und Eroberungsdenken wieder auferstehen.
Mehr Arbeitsplätze für Europa

Es gibt mehr als vier Millionen Arbeitslose in Deutschland, mehr als 20 Millionen Arbeitslose in der Europäischen Union. Deshalb kann es kein drängenderes Problem für Liberale geben, als neue Wege bei

der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu gehen und begonnene Reformen konsequent fortzusetzen, damit Menschen ohne Arbeit wieder soziale Sicherheit durch einen Arbeitsplatz bekommen. Das muss unser Ziel sein. Darauf müssen wir in Europa die richtigen Antworten geben. Das erwarten die Menschen zurecht von uns.

Umso wichtiger ist es, dass wir bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union keine falschen Erwartungen wecken. Angesichts geringer Wachstumsraten und hoher struktureller Arbeitslosigkeit in fast allen Mitgliedsstaaten Europas werden Forderungen nach einer aktiven Beschäftigungspolitik auf europäischer Ebene immer lauter. Auch die Vorschläge des Präsidenten der Europäischen Kommission Jacques Santer und des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac zielen auf neue Kompetenzen und Ausgaben der EU für Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitiken ab.

Als europäische Liberale müssen wir mit aller Deutlichkeit klarmachen: Die Regierungen und Sozialpartner in den Mitgliedstaaten dürfen ihre Verantwortung für den Abbau der Arbeitslosigkeit nicht auf die Europäische Union abwälzen. Wir lehnen die Übertragung weiterer Kompetenzen für Beschäftigungsinitiativen auf die EU ab. Es darf keine Neuauflage alter erfolgloser staatlicher Beschäftigungsprogramme auf europäischer Ebene geben. Was national ohne Erfolg war, hat auch in Europa keine Zukunft. Im Gegenteil: neue Beschäftigungskompetenzen auf europäischer Ebene verwischen die Verantwortlichkeiten zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und Regierungen. Vor allem aber erzeugen sie falsche Erwartungen an die EU und schaden damit dem europäischen Einigungsprozess.

Von diesem ELDR-Kongress muss ein deutliches Signal an die Mitgliedstaaten und Tarifpartner ausgehen, ihre strukturellen Hindernisse für mehr Wachstum und Beschäftigung abzubauen. Einige Mitgliedstaaten haben bereits erfolgreich Reformen durchgeführt. Andere haben dies noch vor sich. Für mein Land gilt dies insbesondere: Vorrang haben Abbau der hohen Steuer- und Abgabenlast, Rückführung der Staatsquote, Begrenzung der Lohnnebenkosten, Reform der sozialen Sicherungssysteme, Flexibilisierung der Arbeits-

märkte und Stärkung der Leistungsfähigkeit unserer Unternehmen durch steuerliche Entlastung und besseren Zugang zu Risikokapital. Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen, die unternehmerische Leistung fördern. Hier ist ein radikales Umdenken in den Mitgliedstaaten, aber auch auf europäischer Ebene gefordert. So kann sich die Europäische Union zu einer attraktiven Zukunftsgemeinschaft für Investitionen, Fortschritt und Arbeitsplätze entwickeln.

Wirtschafts- und Währungsunion vollenden

Die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion ist das wichtigste europäische Modernisierungsprojekt der nächsten Jahre. Eine gemeinsame Europäische Währung ist ein Stück Zukunftssicherung für den Standort Europa. Der Einführung des Euro hat aber nicht nur wirtschaftliche oder beschäftigungspolitische Gründe. Der Euro bedeutet auch ein „Mehr“ an Identität der Europäischen Union, die nicht nur einen großen Binnenmarkt repräsentiert, sondern auch zu einer politischen Union zusammenwachsen will.

Wir alle wissen: es gibt keine „Euro“-Euphorie in unseren Ländern. Deutschland ist da keine Ausnahme. Laut einer Umfrage der Zeitschrift Spiegel im Juni 1996 lehnen 52 % der Deutschen eine Währungsunion ab. Die meisten Menschen haben Angst vor Geldentwertung und dem Verlust nationaler Souveränität. Die Deutschen hängen besonders an der guten alten D-Mark. Angesichts der historischen Erfahrung zweier Hyperinflationen in diesem Jahrhundert ist dies auch verständlich.

Die Bürger werden verunsichert durch ständig neue Diskussionen über eine Verschiebung der Währungsunion oder eine Aufweichung der Stabilitätskriterien. Wir müssen klar argumentieren und neue Kraft entfalten.

Die Erfüllung der Konvergenzkriterien und die Einhaltung des Zeitplans ist im Interesse aller Mitgliedstaaten. Sie ist Ansporn für vernünftige stabilitätsorientierte Haushalts- und Wirtschaftspolitik: stabile Preise, gesunde Staatsfinanzen, stabiles Geld und niedrige Zinsen bedeuten

neue Investitions-, Wettbewerbs- und Beschäftigungschancen in allen Mitgliedsländern der EU. Wir müssen die Existenzsorgen der Bürger in unseren Ländern aufgreifen und positiv mit der Währungsunion verbinden. Nur so schaffen wir Akzeptanz beim Bürger.

Ich bin überzeugt, wir werden das Jahrhundertprojekt Währungsunion nur realisieren, wenn wir offensiv und ehrlich dafür werben. Wir werden den Euro aber nicht durchsetzen, wenn wir sagen: Nur weil wir Europa wollen, brauchen wir den Euro. Wir müssen die gemeinsame europäische Währung mit den Lebensinteressen, den Beschäftigungsinteressen und den Existenzsorgen der Menschen verbinden.

EU-Kommissar Karel van Miert hat vor kurzem gesagt: „Der Euro kommt, wenn die Deutschen es wollen.“ Ich möchte ihm widersprechen: Der Euro wird kommen, wenn wir Europäer ihn wollen und bereit sind, dafür gewaltige Kraftanstrengungen zu unternehmen. Die Verschuldung ist eine der größten Belastungen für die Staaten Europas. Rückführung von Haushaltsdefiziten und Abbau von Staatsverschuldung verlangt von uns allen enorme Disziplin. Ohne den heilsamen Druck des Zeitplans für die Währungsunion, wären wir in Europa aber längst nicht bereit, mit Schuldenpolitik zu Lasten künftiger Generationen endlich Schluss zu machen. Die F.D.P. wird alle Anstrengungen unternehmen, damit Deutschland die Teilnahme an der Währungsunion termingerecht erfüllt. Wir müssen uns mit ganzer Kraft für den Erfolg der Währungsunion einsetzen. Die Jahrhundertchance der gemeinsamen Währung braucht die volle Unterstützung der Liberalen.

Erweiterung der EU

Wir Liberale waren immer Vorkämpfer für ein geeintes Europa. Der Freiheitswille der Menschen in Warschau, Budapest und Prag hat uns Deutschen zur Einheit verholfen. Wir fühlen uns deshalb besonders verpflichtet, unseren östlichen Nachbarn, mit denen wir Europaabkommen geschlossen haben, den Weg in die Europäische Union zu öffnen. Die Menschen in den Reformländern stehen aber inmitten dieser gewaltigen Umwälzungsprozesse. Ihre Erwartungen an die

Europäische Wohlstandsgemeinschaft sind enorm. Gleichzeitig müssen die Reformstaaten noch große Anstrengungen auf dem Weg in die Europäische Union leisten. Umso mehr sind wir Liberale aufgefordert, die schnelle Öffnung und Erweiterung der Europäischen Union offensiv zu unterstützen.

Nur eine konkrete Beitrittsperspektive zur EU stabilisiert die jungen Demokratien und ihre Marktwirtschaften, sie stärkt die Wettbewerbsfähigkeit in ganz Europa und bedeutet vor allem die Erschließung neuer Märkte mit enormen Wachstumspotentialen direkt vor unserer Haustür. Freihandel und rasche Öffnung der Märkte in beide Richtungen ist Motor für Investitionen und Arbeitsplätze in Ost und West. Eine schnelle Heranführung und Integration der assoziierten mittel- und osteuropäischen Reformstaaten liegt aber nicht nur im wirtschaftlichen Interesse der EU. Wenn wir uns die Entwicklung in Westeuropa ansehen, erkennen wir doch alle, dass viele Probleme am Ende nicht mehr nationalstaatlich gelöst werden können: weder die großen Verkehrs- und Kommunikationsnetze noch die Herausforderungen neuer Hochtechnologien. Sicherheit in Europa ist unteilbar geworden und umfasst heute nicht nur nukleare Sicherheit und Verteidigungsfragen, sondern vor allem die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität, sowie die Bewältigung der Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungsproblematik. In all diesen Bereichen brauchen wir gemeinsames europäisches Handeln aller Staaten in Europa.

Offensive Europapolitik – Führungsaufgabe für Liberale

Der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien hat uns drastisch vor Augen geführt, wohin europäische Unentschlossenheit führt: zum Rückfall in nationalstaatliches Denken, zum Aufschlagen alter Atlanten und zur Wiederbelebung alter historischer Ansprüche und Träume von Großreichen. In einer Zeit, in der die europäische Außen- und Sicherheitspolitik durch den Drang vieler kleiner Gruppen nach nationaler Eigenständigkeit mehr als je zuvor herausgefordert ist, muss Europa einen intensiven Schritt nach vorne tun. Der Erfolg der Europäischen Einigung beruht doch auf Hinwendung der Völker nach Europa nach der schrecklichen Erfahrung der Katastrophe zweier Weltkriege.

Die drei großen Herausforderungen an die Europäische Union an der Schwelle zum 21. Jahrhundert – die wirtschaftliche und politische Erneuerung im Inneren, die Öffnung für neue Mitglieder und die Handlungsfähigkeit nach außen – können wir nur durch gemeinsame offensive Schritte nach Europa bewältigen. Nur dann wird es uns gelingen, Konfrontation und Renationalisierung dauerhaft in Europa zu verhindern. Das muss ein Kernanliegen der Europäischen Liberalen sein.

Für die F.D.P. ist die Politik der konsequenten europäischen Einbettung Deutschlands Staatsräson. Ohne sie wäre die friedliche Wiedervereinigung unserer geteilten Nation und das internationale Vertrauen und Ansehen Deutschlands heute nicht denkbar. Unsere entscheidende Aufgabe ist auch in Zukunft, durch europäische Einbettung und enge Kooperation mit unseren Nachbarn, Partnern und Freunden eine wettbewerbsfähige, demokratische und handlungsfähige Europäische Union mit 20 und mehr Mitgliedsstaaten zu bauen. Wir alle wissen: Ohne grundlegende Reformen der Organe und Entscheidungsstrukturen sind Erweiterung und Integrationsfortschritte kaum möglich. Das Mehrheitsprinzip bei Abstimmungen im Rat muss zum Regelfall werden. Dies ist auch ein Beweis für die Demokratiefähigkeit der Mitgliedstaaten in Fragen der europäischen Zusammenarbeit. Angesichts der zentralen europäischen und globalen Herausforderungen kann sich die EU keine interne Blockadepolitik mehr leisten. Sie muss ihren weltweiten Integrationsvorsprung durch Offenheit und entschlossenes europäisches Handeln ausbauen.

Nicht Abschottung und nationalstaatlicher Egoismus, sondern Offenheit, Wettbewerb und gemeinsame Problemlösungen sind die richtige, die liberale Antwort auf die neuen Herausforderungen. Unser gemeinsames Ziel muss sein, das Vertrauen in die Zukunft der Europäischen Union zu stärken und nicht zu untergraben. Nur so können wir Demokratie, Rechtstaatlichkeit und wirtschaftliche Stabilität und damit Wohlstand und soziale Sicherheit in ganz Europa dauerhaft verankern

REDE

Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts

Frau Präsidentin!
Meine Damen und Herren!

Herr Fischer hat recht: Im Kern geht es um die Kursbestimmung der Politik in Deutschland, und nicht nur um eine Haushaltsfrage.

Dr. Peter Struck
[SPD]: Nein, es geht
um das Überleben
einer Splitterpartei!

Diejenigen, die Reformen in Deutschland heute verhindern, sitzen auf der linken Seite, und diejenigen, die Reformen wollen, sitzen auf der rechten Seite dieses Hauses.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU
Lachen bei der SPD

Es ist so, als drängten sich in diesen Tagen alle Verteidiger der alten Wohlstandsgarantien und alle Besitzstandswahrenden in Deutschland zusammen. Jeder holt einen Balken aus seiner Scheune und verhindert **beschäftigungsprogrammatische Impulse**, die wir beschlossen haben. Jeder stellt sich gegen Reformen und gegen ein Stückchen mehr eigene Selbstverantwortung. Viele wollen **Alters- und Sozialsicherungssysteme** garantiert haben, die sich aber als Barriere gegen Beschäftigung entwickeln. Herr Scharping, was hat denn Ihre Partei dazu beigetragen, um über mehr Deregulierung zu mehr Beschäftigung in Deutschland zu kommen?

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU
Joseph Fischer
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:
Was habt ihr
denn gemacht?

Das Armutszeugnis, das Sie sich mit der **Ladenschlussdiskussion** ausgestellt haben, ist noch in guter Erinnerung. Wie reagieren denn Sozialdemokraten und Grüne auf kleinste Schritte der **Privatisierung**, außer sie zu verzögern und zu behindern? Wie lange haben wir denn im Rahmen der großen Privatisierungsdiskussionen warten müssen, bis Sie entscheidungsfähig waren? Wo ist denn Ihr Beitrag zur **Reform der Gesundheitssysteme**? Wo ist denn Ihr Beitrag, sich vom alten Denken zu verabschieden und ein Stück programmatischer Reformpolitik einzuleiten? Sie mobilisieren all diejenigen in der deutschen Öffentlichkeit, die die Veränderungen nicht wahrhaben wollen, die die Globalisierung der Märkte leugnen, die die Arbeitsbeziehungen in aller Welt wegdenken, obwohl sie Realität sind. Dann richten Sie sich an uns und sagen, wir seien die Schuldigen für die Arbeitslosigkeit. Sie verursachen Löcher in dem Haushalt, die wir zu stopfen haben. Das ist die Situation, die benannt werden muss.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU
Lachen bei der SPD
und dem BÜNDNIS
90/ DIE GRÜNEN
Dr. Peter Struck
[SPD]: Das ist ja
lächerlich!

Sie beschließen Ausgabenprogramme via Bundesrat, die wirklich im Gegensatz zu dem Antrag stehen, den Sie uns heute hier zur Beschlussfassung vorlegen.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Es ist doch in der Bundesrepublik nicht so, dass die Regierung und die Koalition allein die Verantwortung hat; Sie bestimmen in diesem Land mit. Es gibt aber keinen einzigen Einsparungsvorschlag der Sozialdemokratischen Partei. Ich kenne ausschließlich Vorschläge zur Ausgabensteigerung.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Und dann rufen Sie nach einer Gleichgewichtspolizei. Sie sollten nicht sozusagen in den Haushalt einbrechen und hinterher nach der Polizei rufen. Das können wir Ihnen hier nicht durchgehen lassen.

Beifall bei der F.D.P.

Sie sind zu **Kurskorrekturen in der deutschen Politik**, die wir dringlichst brauchen, weil die alte Politik der Dienstleistung und auch die alte Politik der Befriedigung von Interessen nicht mehr trägt, nicht in der Lage.

Anke Fuchs [Köln]
[SPD]: Wer regiert
hier eigentlich
seit 13 Jahren?

Sie sind zu Kurskorrekturen nicht in der Lage, weil Sie Ihre vielseitigen Bindungen sei es im gewerkschaftlichen Milieu, sei es zu Interes-

sengruppen daran hindern, mutige Entscheidungen zu treffen.

Beifall bei der F.D.P.

Die Koalition muss die notwendigen Entscheidungen treffen, weil sie die Verantwortung hat. Sie reibt sich, und es gibt auch Diskussionen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU
Zuruf des Abg.
Joseph Fischer
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]

Aber sie ist als einzige Gruppierung in Deutschland dazu in der Lage. Wir wollen diesen Weg fortzusetzen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/
CSU Josef Fischer
[Frankfurt] [BÜND-
NIS 90/
DIE GRÜNEN];

Wir haben durchaus einen Rückschlag erlitten, Herr Kollege Fischer; das gestehe ich Ihnen zu. Aber nicht diejenigen beschädigen die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland, die eine **Steuersenkung** verschieben, sondern die, die zu Entscheidungen zur Steuersenkung gar nicht fähig sind und Ausgabenprogramme beschließen, die sie kreditfinanzieren, ohne auf die Seriosität der Haushalte zu achten. Die sitzen aber nicht im Regierungslager.

Wer war das denn?
Anke Fuchs [Köln]
[SPD]: Wen meinen
Sie damit?

Wir haben Diskussionen über die Notwendigkeit von **Reformen bei den sozialen Sicherungssystemen** geführt. Sie wissen genauso gut wie ich: Wenn wir die sozialen Systeme heute nicht reformieren, werden wir morgen Arbeitsplätze in Deutschland vernichten, statt neue zu schaffen. Sie sind hinsichtlich der sozialen Sicherungssysteme zu keinem Reformvorschlag in der Lage. Sie bestätigen altes Besitzstandswahrenden Denken, ohne dass Sie jährliche Wachstumsraten zur Verfügung haben, wie wir sie früher hatten. Sie sind nicht zu Reformschritten in der Lage und halten an alten Besitzständen fest, über die wir hinweg müssen, wenn dieses Land Zukunft haben will.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei Abgeord-
neten der CDU/CSU
Anke Fuchs [Köln]
[SPD]: Worüber
reden Sie eigent-
lich? Keine Ahnung!

Eine Politik, über die Herr Scharping und Sie hier diskutieren, die sich darauf beschränkt, in der Öffentlichkeit all diejenigen zu mobilisieren, die nicht bereit sind, die Wahrheit und die wirkliche Lage zur Kenntnis zu nehmen, ist in Wahrheit Populismus.

Anke Fuchs [Köln]
[SPD]:
Die F.D.P. und die
Wahrheit! Oje!

Das muss ich Ihnen vorhalten. Das ist ein Stück Populismus, der den Menschen die Zukunft verbaut.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Sie haben uns bei allen großen politischen Entscheidungen in der Bundesrepublik Deutschland auch bei denjenigen, die schwierig und zur Aufstellung von Haushalten notwendig waren, nie gestützt.

Sie haben alle schwierigen Entscheidungen, bei denen Sie wussten, wir müssen den Menschen etwas zumuten, konterkariert, uns kritisiert und beschimpft. Sie haben via Bundesrat keinen Beitrag zur Haushaltsstabilisierung geleistet und dürfen deshalb aus dieser Diskussion mit der Position, die Sie hier vortragen, nicht glaubwürdig entlassen werden. Das kann nicht nur im Interesse des Parlaments, sondern auch im Interesse der deutschen Öffentlichkeit so nicht hingenommen werden.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Wenn Sie Haushalte konsolidieren und über das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht sprechen wollen, dann treten Sie bitte hier an dieses Rednerpult und sagen Sie hinsichtlich der großen Subventionsbereiche, ob, wie schnell und mit welcher Zielsetzung Sie sie abbauen wollen. Sagen Sie bei der deutschen Steinkohle bitte ganz klar, mit welcher Zielsetzung Sie bis zum Jahre 2005 welche Absenkung anstreben und wann Sie beginnen wollen. Sagen Sie das nicht nur hier; sagen Sie das auch im Ruhrgebiet – beschimpfen Sie uns nicht dort –, wo wir dann beschimpft werden, weil wir ein Stück alte Struktur verändern wollen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Wir können weitere Bereiche diskutieren. Wir entlassen die junge Generation zu spät in das Berufsleben. Das Rentensystem trägt nicht mehr, wenn Arbeitnehmer früher als mit 65 Jahren aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Sagen Sie, was Ihre Alternative ist, wenn Sie uns kritisieren, dass wir eingestehen, die Rente erst wieder mit 65 Jahren in seriöser Weise bezahlen zu können. Treffen Sie in den Ländern bildungspolitische Entscheidungen, die die jungen Menschen früher in die berufliche Wirklichkeit entlassen, statt sie zu lange im Schulsystem festzuhalten. Sie haben dazu nicht den Mut. Das muss hier angesprochen werden.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Ich erinnere mich noch daran, wie Sie uns Vorwürfe gemacht haben, als wir seriöser Weise feststellen mussten, dass das Rentensystem es jedenfalls nicht mehr finanzieren kann,

Joseph Fischer
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN];

Man hat es euch seit
Jahren prophezeit!

dass jemand heute so spät in das Berufsleben eintritt und im Alter von 60 Jahren dann die früher gewohnte Rente die man nun ab 65

erhält je ausgezahlt bekommt. Sie haben uns deswegen beschimpft. Sie haben eher Kosten und Probleme verursacht, als einen mutigen Reformschritt getan.

Ihr Vorwurf hinsichtlich des **Gesundheitswesens** ist die pure Unfähigkeit, bei diesen kollektiven Systemen Entscheidungen zu treffen, damit den Menschen überhaupt transparent wird, was ihnen auf dem Konto abgebucht wird. Sie beklagen die geringen Nettolöhne. Sie fordern die Gewerkschaften zu hohen Tarifabschlüssen auf.

Zuruf von der SPD:
Abkassierer!

Sie spreizen zwischen Lohn und Produktivität 20 Prozent. Dann kritisieren Sie uns bei unserer Haushaltskonsolidierung und Politik.

Widerspruch
bei der SPD,
dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
und der PDS

Nein, Sie haben keine politische Richtung außer der des Festhaltens an Besitzständen und lieb gewonnenen Gewohnheiten der Vergangenheit.

Beifall bei der
F.D.P. sowie bei
Abgeordneten der
CDU/CSU

Wir müssen in diesem Herbst bei einer schwierigen finanziellen und wirtschaftlichen Situation ein Stück **Kurskorrektur in der Politik** in der Bundesrepublik Deutschland vornehmen. Wir geraten an schwierige Stellen. Es wird aber entscheidend darauf ankommen, ob wir die Kraft haben, das durchzustehen.

Anke Fuchs [Köln]
[SPD]: Was denn?

Wenn wir das jetzt aufgeben, werden wir verlieren. Wenn wir jetzt durchhalten, können wir gewinnen. Deshalb, Herr Fischer, ist **Steuersenkung** nichts Beliebiges. In einem Land, das Beschäftigung sichern will, ist die Senkung von Steuern notwendig, um internationale Signale für Investitionen in Deutschland zu senden.

Anke Fuchs [Köln]
[SPD]: Das sagen Sie
seit 13 Jahren!

Darum geht es. Es geht um Steuersenkung für die Sicherung von Beschäftigung in Deutschland.

Beifall bei der
F.D.P. sowie bei
Abgeordneten der
CDU/CSU

Die Koalition muss mit seriösen Deckungsvorschlägen alles daran setzen, die Steuern so früh wie möglich zu senken – nicht weil es um den Koalitionspartner F.D.P. geht, sondern weil es um Beschäftigung in Deutschland geht. Das ist unser Ziel. Deshalb vertreten wir diese Position.

Beifall bei der
F.D.P. sowie bei
Abgeordneten der
CDU/CSU

Sie wissen genauso wie ich, dass Kapital international mobil ist und dass Arbeit weltweit handelbar ist. Wenn wir darauf nicht mit steuerlichen Instrumenten reagieren, wird diese Mobilität an uns vorbeigehen und zwar zu Lasten der Zukunftschancen der jungen Generation in Deutschland.

Beifall bei
Abgeordneten
der F.D.P.

Deshalb sage ich zum Abschluss: Im Gegensatz zu Ihnen vertreten wir eine Politik, die die **Fähigkeit zu Reformen**, auch die **Fähigkeit zu Kurskorrekturen** und damit ein Stück notwendige Neuorientierung der Politik in Deutschland beinhaltet. Sie befindet sich jetzt in einer schwierigen Situation, aber wir müssen es durchstehen, wenn wir der Bundesrepublik Deutschland eine stabile Zukunft geben wollen.

Anhaltender Beifall
bei der F.D.P.,
Beifall bei
der CDU/CSU

Finanzplan des Bundes 1997-2001

Frau Präsidentin!
Meine Damen und Herren!

Parteien, wie die hier im Parlament vertretenen, haben sicher unterschiedliche Vorstellungen über die Ziele von Politik, auch über die nächsten Schritte. Aber ich möchte Ihnen, Herr Scharping, für die F.D.P. einmal sehr persönlich sagen: Es ist unerträglich, es entspricht weder den Leistungen Ihrer Partei und Ihrer Vorgänger noch den Leistungen, die meine Partei für die Bundesrepublik Deutschland erbracht hat, wenn Sie uns mit dem Wort **Klientelpartei** diffamieren. Sie hätten keinen Bundeskanzler Willy Brandt gehabt ohne diese F.D.P., die hier sitzt.

Beifall bei der
F.D.P. sowie bei
Abgeordneten der
CDU/CSU.

Sie hätten keinen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten ohne diese Partei, die hier sitzt. Sie hätten keinen Bundeskanzler Helmut Schmidt gehabt ohne die F.D.P., die hier sitzt. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn Parteien so miteinander umgehen, dass sie meinen, eine andere Partei, die anderer Meinung ist als sie, für entbehrlich halten und in die Ecke stellen zu können, leisten sie keinen Beitrag zur Vielfalt der politischen Strömungen in einer Demokratie.

Beifall bei der
F.D.P. sowie bei
Abgeordneten der
CDU/CSU

Wir haben in verschiedenen Abschnitten der Bundesrepublik Deutschland erhebliche Leistungen vollbracht. Meine Partei hat manchmal Sonntagabends vor dem Fernseher gesessen, um zu sehen, ob es sie am Montag noch gibt, während Sie schon bei zehn verlorenen Mandaten große Probleme hatten. Meine Partei hat in einem entscheidenden Abschnitt der Bundesrepublik Deutschland mit Einsatz ihrer ganzen Existenz dafür gekämpft, dass dieses Land mit Konrad Adenauer gegen Widerstände in die Westbindung eintrat. Meine Partei hat beinahe unter Verlust der Anwesenheit im Bundestag dafür gekämpft, dass wir mit Ihrem und unserem Bundeskanzler Willy Brandt auf die osteuropäischen Nachbarn zugegangen sind.

Zuruf von der SPD:
Das waren
andere Leute!

Wir haben unter Einsatz unserer Existenz 1983 dafür gestritten, dass eine Kurskorrektur durchgeführt werden konnte, weil sie notwendig war. Wenn Sie heute vortragen, eine Kurskorrektur sei notwendig, dann frage ich Sie, wo denn die reformbereite deutsche SPD ist. Nach Tony Blair wird doch in Deutschland gefahndet.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Nein, wenn man die Regierung übernehmen will, muss man deutlicher und präziser sagen, was man machen will. Was Sie nicht gemacht haben, was aber bitter notwendig wäre, will ich Ihnen jetzt nennen. Jeder in Deutschland weiß, dass die bürokratischen Apparate erstarrt sind, dass eine Reform des Dienstrechts notwendig ist, dass wir Privatisierungen brauchen. Ich frage: Wo ist denn Ihre Teilhabe am Privatisierungsprozess? Wo ist Ihre Mithilfe beim Privatisierungsprozess?

Herr Kollege Fischer, wenn Sie den Kollegen Rexrodt wegen der Reform des Energierechts kritisieren und auf die großen Unternehmen verweisen, dann sage ich: Sie haben es doch in der Hand, den größten Hauskonzern einer Landesregierung, das RWE, zu verändern. Warum tun Sie es denn nicht? Die Grünen sind doch an der Regierung in NRW beteiligt.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Es verhält sich doch nicht so, dass Sie als Opposition nur so auftreten könnten, als hätten Sie nirgendwo in Deutschland Verantwortung, nach dem Motto: Wir hätten für alles die Verantwortung,

Sie wären für nichts verantwortlich. Ihre Glaubwürdigkeit muss auf den Prüfstand. Nennen Sie mir eine Privatisierungsmaßnahme in Deutschland, die Sie unterstützt haben! Bei fast jeder Privatisierungsmaßnahme haben Sie sich im Prozess der Umsetzung zur Klientelpartei der Besitzstandswahrer entwickelt und die Privatisierung verhindert.

Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU/CSU

Ich erinnere an die **Postreform**, wo Sie, statt die Märkte zu öffnen, nichts Besseres wissen, als ein Monopol eher noch zu verteidigen. Das beginnt bei der 100-Gramm-Briefsendung und reicht über das neue Porto von 1,10 DM bis hin zur Quersubventionierung der Frachtpost. Wo ist denn da, meine Damen und Herren von der Opposition, Ihr Reformeifer? Herr Fischer, ich nenne die **Rentenreform**. Das wäre ja wunderbar. Wo sind Sie denn, wenn es um die Strukturreform geht, wenn Sie die Wahrheit sagen müssen?

Joseph Fischer
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:
Na, na! Fragen Sie
einmal Herrn Blüm!

Sie verhalten sich so, dass die Politik der Landesregierungen, an denen Sie beteiligt sind, bewirkt, dass es automatisch auf immer höhere Beitragszahlungen der jungen Generation im Erwerbsleben hinausläuft, weil Herr Dreßler und die gesamte Sozialdemokratische Partei nicht den Mut haben, der älteren Generation zu sagen, dass ein neuer Generationenvertrag geringere Zuwächse bedeutet.

Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU/CSU

Sie treten hier auf, als wären Sie die Reformer für die Bundesrepublik Deutschland. Nein, Sie sind in allen Bereichen, die verändert werden müssen, die stockkonservativste Opposition, die dieses Haus je erlebt hat.

Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU/CSU

Die Sozialdemokratische Partei ist bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme selbst in der Sozialistischen Internationale völlig isoliert. Tony Blair trägt Ihnen vor, dass die sozialen Sicherungssysteme reformiert werden müssten, weil sie nach seiner Einsicht eher denen genutzt haben, die nicht einen Job annehmen wollten, und diejenigen benachteiligt haben, die einen Job gesucht haben. Herr Scharping, was ist denn eigentlich gerecht und solidarisch? Ist eine Gesellschaft auf Dauer gerecht und solidarisch, die ihren Blick ausschließlich auf die Erhöhung von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld,

Arbeitslosenhilfe richtet, oder sind eine Gesellschaft und eine Politik nicht auch solidarisch, die diejenigen ermuntern und die Leistung derjenigen honorieren, die sich anstrengen, die mehr Leistung erbringen wollen und die einen Arbeitsplatz auch annehmen. Ich finde, auch diese Personen müssen Gerechtigkeit erfahren; sie müssen angesprochen werden.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Herr Fischer und Herr Scharping, Sie wissen: Der **Arbeitsmarkt** in Deutschland ist stranguliert. Es gibt die Tarifautonomie, aber gleichzeitig das Ausscheiden von vielen aus den Verbänden. Einigen Einzelgewerkschaften laufen die Mitglieder davon; in den neuen Ländern sieht man, wie Unternehmen in größerer Zahl aus den Arbeitgeberverbänden ausscheiden. Jeder weiß, dass der Flächentarif nicht mehr trägt. Keiner glaubt mehr, dass der metallverarbeitende Betrieb im Erzgebirge dasselbe zahlen kann wie Daimler-Benz im mittleren Neckarraum. Wann sprechen Sie denn dann einmal mit Ihren Gewerkschaften, die für Sie immer Kundgebungen veranstalten, und ermuntern sie, das etwas zu flexibilisieren? Ich habe erlebt, dass Sie sich immer an die Betonköpfe geklammert haben, wenn es um die Reform des Arbeitsmarktes und ähnliche Reformen geht.

Beifall bei der F.D.P.

Wo ist denn der große Befreiungsschlag beim **Subventionsabbau** geblieben? Sie, Herr Fischer, haben innerhalb weniger Stunden die Beschlussfassung der Grünen geändert, um drüben mit den Bergarbeitern auf die Barrikaden zu gehen. Wo war denn da Ihre Glaubwürdigkeit?

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU
Jörg van Essen

[F.D.P.]:
Eine Umfallerpartei
und nichts Anderes!

Wenn wir hier über die **Tarifautonomie** reden und sagen, die Flächentarife sollten reformiert werden, dann bezichtigt Herr Dreßler uns doch eines Anschlages auf die Tarifautonomie. Ich akzeptiere es nicht länger, dass bei uns über verschiedene Sachverhalte aus nahezu religiösen Gründen eine Veränderungssperre verhängt wird. Heilige Kühe gibt es genug. Industrienationen, die heilige Kühe beiseite geräumt haben, haben jedenfalls eine bessere Beschäftigungslage als die Bundesrepublik Deutschland. Da mag diese Koalition ein Sommertheater veranstaltet haben, sie hat auch Fehler

gemacht – aber der Wille, hier etwas zu verändern, ist auf der rechten Seite des Hauses größer als auf der linken Seite. Deshalb muss fortgeschritten werden.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Im Übrigen gibt es auch aus Ihrem Bereich Kollegen, die das so sehen. Ich will jetzt einmal einen gewaltigen Neoliberalen zitieren: Helmut Schmidt. Er sagt in der „Wirtschaftswoche“: Wer nur die hohen Einkommen und Vermögen treffen will, muss sich fragen, ob er noch mehr Kapital- und Wohnungsverlagerungen nach Luxemburg, Monaco und anderswohin auslösen will. Er sagt: Das bringt nichts. Die „Wirtschaftswoche“ fragt weiter: Wie hätten Sie es denn lieber? Da sagt dieser Neoliberale Helmut Schmidt: Mir wäre es lieber, wenn das gesamte deutsche Sozialversicherungssystem generalüberholt würde.

Anke Fuchs [Köln]
[SPD]:
Das hat er schon
immer gesagt!

Jetzt kommt es. Der Abstand der Sozialleistungen von den regulären unteren Einkommen muss wieder deutlicher werden. Was haben wir von Ihrer Seite für Kübel von Schmutz ertragen müssen, als wir hier dasselbe vorgetragen haben.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Ich bin noch nicht fertig. Dieser Neoliberale äußert sich auch zu der Frage: Was halten Sie von einem subventionierten zweiten Arbeitsmarkt, um die Arbeitslosenzahl zu senken? Darauf sagt der Mann tatsächlich – so weit traute ich mich gar nicht –: Nichts. Je mehr der Staat eingreift, desto mehr geht schief.

Dr. Wolfgang Weng
[Gerlingen] [F.D.P.]:
Hat Norbert Blüm
das auch gelesen?

Da frage ich mich, warum Sie uns mit einem solchen Wortschwall so geißeln. Ich komme zum **Spitzensteuersatz** und zur **Steuerreform**, Herr Kollege Scharping, und will jetzt wieder einige aus Ihrer Partei zitieren. Gerhard Schröder sagt: Es ist vernünftig, wenn dieser für gewerbliche Einkommen unterhalb von 40 Prozent liegt. Er fügt hinzu: Ich bezweifle, ob es verfassungsmäßig ist, wenn der Spitzensteuersatz für Privatpersonen dann mehr als acht Punkte darüber liegt. Darauf könnten wir uns schon morgen im Vermittlungsverfahren verständigen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident, Kurt Beck, erklärt: Die Regierung ist uns schon ein gutes Stück entgegengekommen. Wenn die jetzt ein akzeptables Angebot machen, müssen wir zustimmen.

Jörg Tauss [SPD]:
Machen Sie
das Angebot!

Sogar die brandenburgische Finanzministerin erklärt: Diese Mischung, die jetzt auf dem Tisch liegt, ist nicht in Bausch und Bogen abzulehnen. Rudolf Scharping erklärt im Deutschlandfunk am 24. Januar dieses Jahres: Eine Festlegung des Spitzensteuersatzes scheint mir in der gegenwärtigen Situation nicht nötig. Es ist mir Übrigens auch gleichgültig, ob der bei 38 oder 40 Prozent liegt. Nur Ministerpräsident Lafontaine hält die Linie. Er sagt am 4. Februar dieses Jahres: Der Spitzensteuersatz von 53 Prozent muss in der jetzigen Höhe bleiben, denn in der Verfassung steht, dass jeder nach Leistungsfähigkeit besteuert wird.

Beifall bei Abgeordneten der SPD,
Dr. Wolfgang Weng
[Geringen] [F.D.P.]:
Noch eine Mindeststeuer drauf!

Am selben Tag sagt der Hamburger Bürgermeister Voscherau im „Stern“: Die SPD hat sich darauf festgelegt, dass sie die Senkung des Spitzensteuersatzes von jetzt 53 Prozent für möglich – ich füge für mich hinzu: für unausweichlich hält. Meine Damen und Herren, es mag sein, dass sich der Spitzensteuersatz toll eignet, um das alte gesellschaftliche Lied auf unten und oben, auf die unverdient Reichen, die unverdient Armen, zu singen. Da lässt sich viel mobilisieren. Wir wissen, dass in vielen politischen Konzepten der schlechte Charakterzug des Neides und der Missgunst eine gewaltige Rolle spielt.

Anke Fuchs [Köln]
[SPD]: Schämen
Sie sich!

Nein, ich schäme mich nicht. Er spielt eine Rolle. Sie spielen auf diesem Klavier, füge ich hinzu, und zwar sehr bewusst.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU,
Joseph Fischer
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:
Das sagt die
F.D.P.! Das ist
abenteuerlich!

Deshalb reden wir jetzt einmal über Leistung. Wir werden keine Gesellschaft schaffen – jedenfalls ist jede Politik, die den Versuch gemacht hat, in Diktatur und Unterdrückung geendet –, die sich so organisiert, dass jeder, der mehr im Portemonnaie hat als ein anderer, das automatisch nur unter den besten Bedingungen, mit größtem Verdienst selbst erreicht hat. Genauso wenig können Sie eine Gesellschaft mit staatlichen Befehlen und Unterdrückung organisieren, um Menschen vor Armut zu bewahren. Gerechtigkeit kann Politik nicht absolut organisieren.

Ingrid Matthäus-
Maier [SPD]:
Nun überhöhen
Sie es nicht so!

Immer noch gibt es **eigene Verantwortung in persönlicher Lebensführung von Menschen**. Nicht immer ist die Gesellschaft schuld, wenn jemand in Schwierigkeiten kommt, und nicht jedermann hat unverdientermaßen etwas mehr als ein anderer. Ein Erfolg in persönlicher Lebensführung kann auch in Leistung, Verantwortungsbereitschaft und persönlichen Ausbildungsanstrengungen begünstigt von Glück begründet sein. Wer eine solche Gesellschaft nicht will, der muss das hier sagen. Ich jedenfalls möchte auf weiteres in einer Gesellschaft leben, die diese Chancen bietet. Ich möchte sie auch Menschen erhalten. Ich möchte Menschen von einer verdienten D-Mark nicht mehr als 50 Pfennig abnehmen, weil ich einen Staat nicht als gerecht empfinden kann, der den Lohn der Leistungsfähigkeit der Menschen so besteuert.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Joseph Fischer
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:
Höchste Steuer-
und Abgabenlast,
unter Beteiligung
der F.D.P.!

Dafür gibt es keine Begründung.

Leistung ist nichts Unanständiges. Leistung ist nicht etwas, für das man die Leute bestrafen müsste. Leistung ist kein Begriff der Ellbogengesellschaft. Leistung ist eine zutiefst persönliche menschliche Anstrengung, die bei einem gerecht steuernden Staat die Voraussetzungen dafür schafft, dass man Menschen in Not helfen kann. Aber niemand sollte glauben, dass man, wie Lincoln gesagt hat, Armen helfen kann, wenn man die Reichen ausmerzt. Diese Erkenntnis sollten Sie beherzigen.

Beifall bei Abge-
ordneten der
CDU/CSU

Joseph Fischer
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:
In welchem Land
leben Sie denn?

Verlassen Sie also politische Konzeptionen, die nicht tragen.

In dieser Legislaturperiode haben wir gelernt, dass der Untergang des Abendlandes nahe bevorsteht. Können Sie sich an die große Reformfreude von SPD und Grünen erinnern, als wir die **Ladenöffnungszeiten** nur um 90 Minuten verlängern wollten?

Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl: Ja!

Da wurde der Zusammenbruch der Gesellschaft beschworen. Können Sie sich erinnern, wie Sie blockiert haben, als wir darüber gestritten haben, die **Kohlesubventionen** in zehn Jahren auf 5 Milliarden DM zurückzuführen? Können Sie sich an die Auseinandersetzungen erinnern, als diese Bundesregierung und die hier sitzen-

de Mehrheit sich darangemacht hat, das **Meister-BAföG einzuführen** und das **Kindergeld in Schritten zu erhöhen**, die noch nie gegangen wurden?

Anhaltender Widerspruch bei der SPD

Was waren das alles für Auseinandersetzungen! Nein, meine Damen und Herren, Sie vertreten in Ihren politischen Konzepten rückwärts-gewandte Strukturen.

Dr. Wolfgang Weng
[Gerlingen] [F.D.P.]:
Neinsager!

Sie sind bei jenen, denen der Wandel Schwierigkeiten macht. Sie ermuntern sie aber auch nicht zum Wandel. Sie helfen ihnen nicht dabei. Sie leiten nicht über in neue Strukturen, sondern sitzen fest in Ihren Traditionsverbänden, die keine Bewegung ausstrahlen.

Jörg Tauss [SPD]:
Das sagt ausgerechnet dieser Herr!

Das ist die Situation der Opposition.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Das unterscheidet die jetzige Situation von allen anderen in der Bundesrepublik Deutschland, in denen sich eine Opposition darangemacht hat, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Als sich die Union damals, 1982/83, anschickte, Regierungsverantwortung zu übernehmen, vertrat die Union in den zentralen Fragen, die anstanden und die in der Fraktion der SPD von Helmut Schmidt nicht mehr gelöst werden konnten,

Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl:
Sehr gut!

nämlich zum Beispiel bezüglich der Haushaltskonsolidierung, eine Position, mit der wir arbeiten konnten.

Joseph Fischer
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:
Aha, Wandel heißt:
Regierungswechsel
der F.D.P.

Welches Konzept hat denn diese vereinte Opposition, wenn sie ankündigt, sie wolle Verantwortung übernehmen? Das würde die rückwärtsgewandteste Regierungsveranstaltung, die die Bundesrepublik Deutschland je erlebt hat,

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

verbunden mit Politik für Besitzstandswahrer, für Unbewegliche, für Strukturerehalt, für alte Industriestrukturen, gegen die, die einen neuen Aufbruch wagen wollen. Das einzige, was Sie hier tun, ist, Veränderungstheater ohne jeglichen wirklichen Reform- und Modernisierungswillen vorzuspielen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Wenn Sie ernsthaft, ohne kabarettistische Einlagen mit Rückblick auf die Sommerpause,

Jörg Tauss [SPD]:
Wie Glos!

die Fragen beantworten wollen, die die Bundesrepublik Deutschland heute entscheiden muss,

Joseph Fischer
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:
Dann wechseln wir
die Koalition!

dann müssen Sie die Fragen beantworten, die andere führende Industrienationen beantwortet haben. Diese haben die Steuern gesenkt, die Staatsquote reduziert, den Arbeitsmarkt flexibilisiert, um mehr Beschäftigung zu ermöglichen. Alles das, was nicht neue Dynamik in die Wirtschaft bringt, ist für die Konsolidierung der Haushalte nichts nütze. Die Haushalte werden sklerotisch bleiben, wenn sich die Beschäftigungslage nicht ändert.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Beschäftigung schafft man bekanntlich aber nicht, indem man den Betrieben noch eine Umlage zumutet, lediglich einen Verschiebebahnhof bei den Lohnnebenkosten vorsieht und eine ökologische Steuerreform, die auf jeden Fall eine höhere Steuerbelastung darstellt, einführen will. **Beschäftigung und Dynamik** schaffen wir nur, wenn wir **couragierte Steuersenkungspolitik** betreiben und die **sozialen Systeme reformieren**.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Deutschland hat eine geringe Attraktivität, Herr Kollege Fischer, für ausländische Studierende, weil sich das **deutsche Hochschulsystem**, das alle Chancen hatte, diese freiwillig einzuführen, erst jetzt unter der gesetzgeberischen Voraussetzung entschließt, angelsächsische Abschlüsse anzubieten. Diese hätten die Universitäten längst einführen können. Das deutsche Hochschulsystem hätte längst die Studienzeiten verkürzen können. Niemand hat die Professoren eines Fachbereichs daran gehindert, die Studierenden in zwölf Semestern zum Abschluss zu führen. Das wäre auch im Interesse der Studenten. Was macht denn die Regierung unter Ihrer Beteiligung in Sachsen-Anhalt? Sie verlängert jetzt die Schulzeit auf 13 Jahre, obwohl man in zwölf Jahren zum Abitur hätte führen können. Sie führt flächendeckend Orientierungsstufen ein. Wo ist die **Vielfalt im Schulsystem** in den Ländern, in denen Sie die Verantwortung tragen? Sie sind doch die Vertreter der Einheits-

schulformen. Bei uns sitzen die Vertreter der Vielfalt, der Elternentscheidung, des Wettbewerbs und der Systeme.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Wer ist denn eigentlich Anwalt der jungen Generation? Ist es derjenige, der sie erst nach 13 Jahren Schulzeit zum Abitur führen will? Ist es derjenige, der glaubt, es müssten noch mehr und noch längere Studiengänge absolviert werden, weil er annimmt, dass man umso reifer sei, je länger man ausgebildet wurde? Oder ist der der bessere Vertreter der jungen Generation, der hier offen sagt: Es ist besser, wenn die jungen Menschen früher in den Wettbewerb, den Beruf kommen, es ist besser, wenn es für die Kinder pädagogisch verantwortbare Leistungsfeststellungen in der Schule gibt, anstatt ihnen dauernd auszuweichen? Wer hilft denn der jungen Generation besser? Ich habe heute aus Nordrhein-Westfalen gehört, man sollte auf Notengebungen in der Grundschule verzichten. Wes Geistes Kind sind denn Leute, die glauben, man könne Kinder ohne jede Leistungsbewertung in eine Gesellschaft entlassen? Das kann doch keine Grundlage einer Politik für die junge Generation sein.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Meine Damen und Herren, wir müssen die **Globalisierung** annehmen, ob sie Herrn Lafontaine gefällt oder nicht. Wir werden nicht nach dem Motto handeln können: Bitte, Tony Blair, erhöhe in Großbritannien die Steuern, damit wir Deutschen wettbewerbsfähiger für Investitionen sind. Wir müssen schon bei uns selbst aufräumen. Ich sage für alle, die anderer Meinung als ich oder die F.D.P.-Fraktion sind: Es ist ein Gebot politischer Führung, den Menschen in Deutschland, deren Ängste wir kennen, zu sagen, dass der **Termin der Europäischen Währungsunion eingehalten** werden muss, dass die Konvergenzfortschritte in Europa noch nie so eng beieinanderlagen, dass wir die **Chance der Währungsunion** nicht verpassen sollten. Wir müssen ihnen sagen, dass der **Euro** eine wichtige Antwort für die Märkte ist, die vom Yen und dem nordamerikanischen Dollar dominiert werden, und für Deutschland als exportorientiertes Land eine wichtige Grundlage für die Beschäftigung ist.

Wir wissen, dass die Menschen in Deutschland zwei Hyperinflationen erlebt haben, und wir verstehen ihre Ängste. Wir müssen ihnen

aber sagen, dass verantwortliche deutsche Politik nicht irritieren sollte. Wir müssen den Kurs beibehalten und den Vertrag einhalten, weil wir nach unserer tiefsten Überzeugung auf einer Stabilitätsinsel Deutschland nicht überleben, sondern nur mit unseren Nachbarn in einer Europäischen Währungsunion die Chance haben, den weltweiten Strukturwandel zu bestehen.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Es gibt immer Versuchungen, das zu vergessen, vor allem dann, wenn Wahlen unmittelbar vor der Tür stehen. Es wäre ein unermesslicher Fehler deutscher Politik, wenn wir eine neue Eurodiskussion beginnen würden, nur weil in Bayern und in Hamburg gewählt wird. Herr Voscherau äußert sich Übrigens auf einmal ganz anders, als das früher wahrnehmbar war. Ich sage das deshalb, weil wir beginnen, unsere Nachbarn zu irritieren. Sie verstehen uns nicht und fragen, was mit den Deutschen los ist. Sie erwarten von der politischen Führungsklasse in Deutschland Standing, Vertragstreue und Berechenbarkeit. Das erkläre ich für die Freie Demokratische Partei.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Wer in Deutschland andere Gruppen wählen will, der soll das tun. Es muss in Deutschland aber klare, berechenbare Konturen auf diesem Kurs geben. Das betrifft nicht nur die Frage der Währungsunion. Ich sage das mit Dank an die Adresse des Bundesaußenministers. Vielleicht haben viele geglaubt, nachdem der Warschauer Pakt und die NATO in einer veränderten Situation sind – jener hat sich aufgelöst, dieser steht vor Erweiterungen –, werde die Friedensdividende ausgezahlt, und die Welt sei am Ende der Geschichte angekommen. Dass die Welt nicht am Ende der Geschichte angekommen ist, wissen wir. Wir haben auf dieser Welt Regime, in denen Familienclans herrschen, in denen nicht im entferntesten die Prinzipien einer aufgeklärten Gesellschaft das politische Gerüst tragen. Wir haben einige hundert Kilometer von unserer Grenze entfernt, in Russland, immer noch eine Gesellschaft, bei der wir schauen: Wann hört der freie Fall auf? Wann konsolidiert sie sich? Wann kommt dieses Land wirklich nach Europa, auch in seinen inneren Strukturen? Solange das so ist, empfiehlt sich jedenfalls die **Kontinuität in einer Außenpolitik**, die nicht einfach alles vergisst, was uns 50 Jahre Frieden gebracht hat, die die internationale Einbettung sieht – ich sage auch

das –, inklusive der Bundeswehr. Die Bundeswehr ist eine Armee in einer Demokratie. Wir danken den Soldaten.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Bei dieser Gelegenheit weise ich darauf hin, dass die PDS in Hamburg ein Plakat aufgehängt hat, auf dem steht: „Soldaten“ das ist ganz groß und in Schwarz gedruckt „benutzen bisweilen Schaufeln statt Gewehre und sind“ – „sind“ wieder groß gedruckt „im militärischen Ernstfall staatlich ausgebildete Mörder“.

Paul Breuer [CDU/
CSU]: Unglaublich!
Joseph Fischer
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:
Mauerschützen!

Das ist aus „Der bewachte Kriegsschauplatz“ von Kurt Tucholsky. Dieses Zitat ist feige, weil man es selbst nicht zitiert. Es ist infam, und es ist unmenschlich gegenüber den Soldaten, die im Oderbruch den Menschen geholfen haben und die großen Respekt verdienen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU
sowie bei Abge-
ordneten der SPD
und des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN

Wir sollten dieses Plakat den Menschen im Oderbruch zeigen,

Beifall bei der
F.D.P. sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

damit diese begreifen, dass sie es nicht nur mit einer Partei zu tun haben, die den Alten freundlichst die Rentenanträge ausfüllt, sondern mit einer Partei, die niemals wieder in diesem Land Verantwortung haben sollte. Das muss klargemacht werden.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Es gibt an entscheidenden Abschnitten der deutschen Politik immer politische Kontroversen. Es gibt immer den Glauben: Die nächste Wahl gewinnen wir ganz bestimmt. Ich weiß es noch nicht.

Joseph Fischer
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:

Ihr glaubt: Bei der
nächsten Regierung
sind wir dabei! Die
ist nie ohne F.D.P.
gewesen!

Herr Kollege Fischer, wenn Sie sich die Geschichte der Wahlen anschauen, dann sehen Sie, dass 1982 gesagt worden ist: Bei der März-Wahl 1983 ist Helmut Kohl ganz bestimmt weg und die F.D.P. sowieso. Es ist dann anders ausgegangen. Dann gab es eine Wahl.

Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl: Da
war er wieder weg!

Da war er wieder weg. Ich glaube auch, die Sozialdemokraten hatten mehr das Gefühl, dass Helmut Kohl mit Saft und Kraft im Publikum steht, während Herr Vogel mehr mit Saft und Kraft in der Aktenlage beheimatet ist. Dann kam eine Wahl, da habe ich gedacht: Jetzt wird es aber kritisch; denn da steht der Umverteiler Helmut Kohl als kalter Vertreter einer kapitalistischen Koalition gegen „versöhnen statt spalten“ von Johannes Rau. Erinnern Sie

sich, welchen Vorsprung Johannes Rau in Umfragen hatte? Kaum einholbar. Merkwürdigerweise ist die Wahl wieder anders ausgegangen. Dann kam die Vereinigung. Da habe ich gelesen, jetzt liege es gar nicht mehr an Personen, sondern die Sozialstruktur der neuen Länder wie Sachsen alte Industriegesellschaft sei klar sozialdemokratisch dominiert. Willy Brandt brach nach Eisenach auf. Tausende waren auf dem Marktplatz. Das könne diese rheinische Koalition und Konstellation, die nur in der alten westdeutschen Bundesrepublik begünstigt sei, nie gewinnen. Komischerweise hat sie die Wahl gewonnen. Hinterher sind wir alle schlauer.

Jetzt kommen viele Ratschläge von denen, die sagen, was man damals alles hätte machen müssen. Herr Fischer, ich lasse mir ungerne Ratschläge geben, was man damals alles hätte tun müssen, und zwar von Ihrer Fraktion, die damals bedenkliche Schwierigkeiten mit der deutschen Einheit hatte.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU;
Joseph Fischer
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:
Ewiger Sieg!

Nun will ich noch einmal auf die letzte Bundestagswahl kommen. Da kamen sie dann zu dritt: die Troika. Nicht mehr einer kam, sondern sie kamen zu dritt. Da dachte ich: Jetzt wird Helmut Kohl überwältigt. Drei ist wirklich zu viel. Er hat gewonnen. Wir wissen nicht, wer das nächste Mal gewinnt. Zuversicht allein ist kein guter Ratgeber. Aber wir sind entschlossen, die Wahl zu bestreiten, weil wir davon überzeugt sind: Die besseren Konzepte für die Zukunft dieses Landes liegen hier. Dies müssen wir sagen.

Beifall bei der
F.D.P. sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Wir müssen die Konzepte beständig wiederholen. Wir dürfen in der Koalition keine Angst davor haben. Wir dürfen nicht zurückschrecken, wenn wir Gegnerschaft spüren. Eine Politik, die verändern will, hat es immer mit strukturell privilegierten Interessengruppen zu tun, die dagegen sind.

Zuruf von der SPD:
Da spricht einer!

Die Opposition ist Anwalt strukturell privilegierter Interessengruppen in festen Beschäftigungsverhältnissen. Wir wollen Anwalt der Leute sein, die durch Veränderung 4,3 Millionen Arbeitslosen neue Chancen geben. Dafür lohnt es sich zu streiten.

Langanhaltender
lebhafter Beifall
bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

REDE

Gedenkveranstaltung „150 Jahre Libérale Revolution“

Liberaler streiten für die Freiheit. Sie haben den Weg zum demokratischen Verfassungsstaat und den Weg zur modernen, sozialen Marktwirtschaft mit bereitet. Dennoch hat die liberale Bewegung keinen Anlass, die Bücher zu schließen und sich zurückzulehnen.

Verlässliche demokratische Strukturen haben sich noch nicht überall durchgesetzt. Es gibt auf der Welt Gesellschaften, die befinden sich geradezu im freien Fall. Es gibt Varianten des Fundamentalismus und gewaltige Probleme bei Säkularisierungsschritten. Es gibt Regime und Familienclans, es gibt Repression und Unterdrückung. Manche Konflikte kommen aus großen geschichtlichen Tiefen. An manchen Orten werden ganz alte Landkarten aufgeschlagen.

Die weltweite Ächtung der Todesstrafe, die weltweite Ächtung der Folter, die Bekämpfung des Rassismus und die Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit, die Beseitigung von Pressezensuren sind weitere klassische Aufgaben für liberale Politik. Nicht nur deshalb hat sich die liberale Bewegung geschichtlich nicht erschöpft.

Menschenrechte bedeuten für viele überhaupt erst die Chance zu überleben, bedeuten Befreiung von Hunger und Krankheit. Sie bedeuten die Befreiung von Obdachlosigkeit und Analphabetentum in weiten Teilen unserer Welt.

Sie bleiben aber nur Stückwerk ohne die Freiheit des Geistes und der Kultur. Deshalb werden aus unserer Sicht Menschenrechte erst durchgesetzt sein, wenn die Menschen nicht nur im wirtschaftlichen und sozialen Sinn menschenwürdig leben, sondern wenn sie zugleich kulturell, geistig und politisch frei entscheiden können. Das ist der Unterschied: Liberale fanden die Ablösung einer linken Diktatur durch eine rechte und die Ablösung einer rechten Repression durch eine linke in der Geschichte der letzten Jahre nie gut, sehr in Konkurrenz zu manchen anderen Bewegungen in unserer Gesellschaft. Wenn Liberale für die Freiheit streiten, dann tun sie das für die ganze Freiheit. Für die **Freiheit des Geistes** ebenso, wie für eine **freie wirtschaftliche Ordnung**, für die **Befreiung von Not** ebenso, wie für die **Befreiung von Unterdrückung und Unrecht**.

Freiheit ist nicht nur durch Diktatur und Unterdrückung gefährdet. In den großen Industriestaaten gibt es andere Gefährdungen von Freiheit. Freiheit wird in Deutschland gewünscht, wenn sie abhandengekommen ist. Freiheit wird weniger geschätzt oder als selbstverständlicher Besitz betrachtet, wenn man sie hat.

Parlamente und Recht, föderativer Staatsaufbau und Marktwirtschaft, das ist nicht schon die Sache selbst. Was zur Sicherung der Freiheit hinzukommen muss, sind Überzeugungen und auch Bewusstsein für Institutionen und Regeln. Ein **Bekennnis zur Vernunft**, eine **Haltung mit Weitsicht**, die **persönliche Qualität von Verlässlichkeit** und die **Kraft zur Toleranz und zur Gesetzestreue**. Bürger wird man nicht allein durch Geburt oder durch Rechte, sondern durch Haltung.

Die Verringerung des Risikos geht auf Kosten der Freiheit. Die Angst vor der Störung gewohnten Wohlstands, die macht den Staat und die Gesellschaft nicht freiheitlich. Gerechte Verhältnisse nur in

ungestörtem Wachstum zu sehen, das sind keine tief verankerten Freiheitsempfindungen. Bei der Freiheit geht es nicht nur um Demokratie mit Wachstum. Es geht um die gesellschaftliche Fähigkeit und die gesellschaftliche Kraft zur Freiheit. Und um die kulturelle Tradition der Freiheit in einer Gesellschaft.

Was den Deutschen fehlt, scheint ein **Verständnis von Gemeinwesen** zu sein, das von selbstbewussten Bürgern getragen wird, die ihr Vertrauen nicht von der Hochkonjunktur abhängig machen. Das aber kann nur, wer über ein öffentliches historisches Gedächtnis verfügt, das für Stabilität und Kontinuität sorgt. Hierzulande wird Demokratie auf einen wirtschaftlichen und sozialen Zweckverband reduziert.

Wie die Freiheit dauerhaft gemacht werden kann, damit sie auch hinreichend Reformkräfte in schwierigen wirtschaftlichen und politischen Krisenlagen hervorbringen kann und ein waches Empfinden für die Gefährdungen des Gemeinwesens hat, das ist neben der Bewältigung des Beschäftigungsproblems in Deutschland so außerordentlich wichtig. Und es ist gleichzeitig in Deutschland nicht übermäßig stark ausgeprägt.

Freiheit wird als unbequem empfunden. Es fehlt vielerorts die Bereitschaft, zwischen der Aufrechterhaltung eines sozialen Sicherheitsanspruches an den Staat und eigener Verantwortung zur Erhaltung der Freiheit neu zu disponieren. Der **Staat**, das sind anscheinend immer die anderen. Freiheit und die persönliche Verantwortung sind aber zwei Seiten einer Medaille, ohne die eine **Bürgergesellschaft** nicht funktioniert. Persönliche Freiheit heißt selbst entscheiden zu können und selbst entscheiden zu wollen. Einschließlich des Risikos, auch scheitern zu können. Der freiheitliche Charakter von Gesellschaften besteht darin, Menschen zu eigener Verantwortung zu befähigen. Das soll und muss das unverwechselbare Ziel liberaler Politik sein und bleiben. Nur die Freiheit, die auch quält, ist die Freiheit, die auch zählt. Ein politisches Gemeinwesen, das den gegenwärtigen Strukturwandel überstehen will, müsste die Zugehörigkeit zum politischen Gemeinwesen neu in Erinnerung rufen. Es mangelt aber an einem Verständnishorizont, in dem sich

Vergangenheit und Gegenwart begegnen können, um ein Selbstvertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu schaffen, das unerlässlich für eine Bürgergesellschaft ist. Bescheidenheit mit Selbstbewusstsein zu verbinden und sich von einem Staat zu emanzipieren, der uns zwar beschützt aber auch in unseren Fähigkeiten beschneidet, diese mentale Leistung muss vollbracht werden, so schreibt neulich Antonia Grunenberg. Denn nur so stellt sich ein freiheitliches Verhältnis zwischen Bürger und Staat wirklich ein, füge ich hinzu.

Die F.D.P. ist keine Aktiengesellschaft, die sich aus wirtschaftspolitischen und innen- und rechtspolitischen Anteilseignern zusammensetzt. Freiheit ist unteilbar. Freiheit findet ihre Grenzen dort, wo die Rechte der Mitbürger, die Gleichheit vor dem Gesetz oder die Existenz des demokratischen Staates bedroht werden – so haben wir im liberalen Manifest seit 1952 beschlossen. Sie beruht auf der Toleranz und dem Wettbewerb als denjenigen Grundsätzen, die im Zeitalter religiösen und politischen Pluralismus allein Fortschritt durch Aufklärung aus der Kraft der Vernunft gewährleisten – das haben wir nahtlos daran anschließend, in den Freiburger Thesen von 1971, fast zwanzig Jahre später, erklärt.

Sie ist für uns undenkbar, ohne die Bereitschaft des einzelnen, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen und Leistung zu erbringen, so ergänzen wir in unserem neuen Grundsatzprogramm, den Wiesbadener Grundsätzen von 1997.

Wir vertreten eine **unbequeme Botschaft**. Während alle anderen Mitbewerber oft staatliche Lösungen anbieten, denken wir an die Kraft der Gesellschaft selbst. Wir muten Menschen etwas zu, weil wir ihnen viel zutrauen. **Persönliche Verantwortungs- und Leistungsbereitschaft, Toleranz** und **eigener Lebensentwurf**, das sind Signale für die Qualität einer Gesellschaft. Nur eine solche Qualität lässt den Wandel bewältigen, strukturelle Veränderungen zuversichtlich angehen und die Kraft zur Hilfe für Schwächere herausbilden.

Wer Chancen will, muss Risiken akzeptieren. Wer Rechte bekommt, hat auch Pflichten. Wer etwas ändern will, muss aktiv mitarbeiten.

Der Weg zur Durchsetzung von Forderungen ist lang. Die Sicherung der Freiheit kann nur gelingen, wenn allen Bürgern die Bedingungen für eine menschenwürdige Existenz und die Erfüllung garantierter individueller Rechte eröffnet werden und wenn die wesentlichen Gestaltungsprinzipien für eine verfassungsmäßige Ordnung durch einen Staat garantiert werden.

Für die F.D.P. ist damit der Staat mehr als nur der gewünschte Garant eines Auftrages zur Wachstumsvorsorge. Wer ihn so verengt, der treibt ihn in eine falsche Legitimität. Wer Freiheit und soziale Sicherheit haben will, der darf diese Aufgaben nicht täglich allein an den Staat delegieren, sondern muss sich für die Übernahme eigener Verantwortung entscheiden.

Eine solche Bürgergesellschaft muss sich europäisch verstehen, ohne dass sie ihre geschichtliche Eigenart und ihre kulturellen Besonderheiten und ihre jeweiligen politischen Profile aufgibt. Nicht die Uniformität der europäischen Gesellschaften ist gefragt, sondern Akzeptanz der Differenz. Ohne einen Verständigungshorizont über das eigene und die Differenz zu den anderen ist keine europäische Politik möglich. Was notwendig ist, ist ein neues Bürgerbewusstsein, das die **europäische Vision als Chance** und nicht als Bedrohung empfindet, und nicht in den technokratischen Funktionalismen steckenbleiben will.

Wir wollen durch eine Politik der europäischen Einbettung und der atlantischen Partnerschaft unsere Beziehungen vertrauensvoll und schöpferisch gestalten. Der tiefere Sinn unseres Weges und unseres weiteren Weges nach Europa ist für uns Staatsräson. Nicht etwa wegen der alten Angst der Deutschen vor sich selbst und ihrer manchmal beschrittenen Sonderwege, sondern weil wir ein friedliches Europa zusammenfügen müssen und auch brauchen. Ohne ein solches Europa wird Deutschland seine Rolle nicht dauerhaft und stabil finden können.

Wir sind nicht in der Mitte Europas, wie manche bei SPD und Grünen denken, wie eine größere Schweiz.

Wir müssen unsere Bemühungen darauf ausrichten, die wirtschaftliche, die ökologische und die sicherheitspolitische Stabilität in ganz Europa zu bekommen. Sonst werden wir die Konsequenzen auch bei uns in unserer Werteordnung und in unserer eigenen wirtschaftlichen wie politischen Stabilität spüren.

Nationalstaaten und nationale Regulierungsmechanismen für Konflikte und auch nationale Kulturen sind nichts Verachtenswertes, schreibt Hagen Schulze. Sie sind wichtige Rahmen auch für eine Demokratie. Wenn man sich heute allerdings die Entwicklung genau ansieht, dann sieht man, dass Nationalstaaten auf manchen Ebenen nicht mehr die entscheidenden Probleme lösen können. Die großen Wirtschaftsräume, die Fragen der Verteidigungspolitik, die Verbrechensbekämpfung, die großen Verkehrs- und Kommunikationsnetze, auch grenzüberschreitende Umweltprobleme verlangen neue Formen. Nicht nur der intergouvernementalen Zusammenarbeit, sondern auch neue Formen der Integration.

Heute ist es notwendig, Grenzen zu überschreiten und sie auch in ihrer realen Bedeutung zu entwerfen. „Sie sollen den Austausch von Gedanken, von Personen und Gütern immer weniger beschränken. Allmählich tritt der klassische Nationalstaat zurück und macht Platz für ein sich entwickelndes Europa in freiheitlicher Verfassung.“ In Überwindung der bisherigen staatlichen Grenzen, aber in vollem Respekt für die Verschiedenheit der regionalen und nationalen Kulturen, die ja gerade der Reichtum unseres Kontinents sind.

Eine rein einseitig nationale Orientierung in manchen Gruppen ist deshalb falsch, weil sie unseren Interessen, eigentlich auch unseren nationalen Interessen, widerspricht. Notwendig ist Orientierung nach vorn und nicht Denken nach hinten.

Europa muss unabhängig von den einzelnen heutigen tagespolitischen Erfordernissen am Ende eine freiheitliche Verfassung bekommen und diese auch entfalten können. Das ist eine gewaltige Aufgabe über den Vertrag von Maastricht hinaus. Sie kann nur erfolgreich gestaltet werden, wenn Aufklärung und Parlamentarismus,

insgesamt eine Civil-Society mit bewusster und bejahter ökonomischer Entwicklung auf der Tagesordnung steht und auf romantische Sehnsüchte verzichtet wird. Vor allem aber, wenn Orthodoxien eine Absage erteilt wird. Das meinen wir als Gedankengebäude, auch einer politischen Union hinter dem jetzigen Vertragswerk.

Das ist die eigentliche Verfassungssicherheit am Ende auch für die Gesellschaften der mittel- und osteuropäischen Reformstaaten, die wir in Europa haben möchten.

Wir leben in einer internationaler werdenden Welt und sollten nicht glauben, dass wir uns als Insel retten könnten.

Wir leben im Zeitalter der **Globalisierung** und der **Informationsgesellschaft**, in der die Kompetenz des nationalen Staates immer weiter abnimmt. Unsere Gesellschaften werden immer komplexer, die Probleme und Produktionsweisen immer differenzierter. Deshalb wird eine Politik, die ständig auf den Staat setzt, immer mehr zu einer Politik der guten Absichten mit schlechten Ergebnissen. Die Briten, die Niederländer, die Dänen und viele andere Staaten haben daraus bereits Konsequenzen gezogen. Wir Deutschen werden am 27. September bei der Bundestagswahl zu entscheiden haben, ob wir mit dem unbequemen Weg der Freiheit die Zukunft gestalten wollen oder uns mit einer staatsorientierten Parteienkonstellation auf einen Bahnsteig begeben, an dem kein Zug mehr hält.

Vor 150 Jahren wehte der Wind der Freiheit in Europa. Der Preis, den die Menschen in Europa für das vorläufige Scheitern der liberalen Revolution bezahlen mussten, war hoch, viel zu hoch.

In der Gründungsproklamation der F.D.P. 1948 in Heppenheim haben die Liberalen zur Selbstverantwortung und Achtung vor der Menschenwürde aller aufgerufen. Dies ist der Weg der F.D.P. zu Freiheit, Frieden und Sicherheit für Deutschland in einem geeinten Europa, beschloss der erste Bundesparteitag der F.D.P. Das gilt auch heute noch und sollte auch weiter Gültigkeit behalten.

REDE

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1999

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Oftmals muss man sich als Bundestagsabgeordneter aus Gründen des Respekts vor anderen und der Tugenden der Höflichkeit eine Rede anhören, nach der man sich fragen muss: Was wollte er uns eigentlich sagen?

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Herr Fischer, Sie haben eine alte Tradition fortgesetzt: Sie haben zu dem, was in Ihrem Programm steht, was Sie außen- und wirtschaftspolitisch wollen, nichts Konkretes gesagt. Deshalb hole ich das jetzt nach.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU
Günter Verheugen
[SPD]: Das hat dafür
Herr Glos getan!

Als ich hier meine erste Rede als Bundesvorsitzender der F.D.P. hielt, hatten vorher gerade Sie gesprochen. Sie hatten die **Jugoslawien-Politik** der Bundesregierung heftig kritisiert und sich damals gegen den IFOR-Einsatz der Bundeswehr gewandt. Herr Scharping hatte das im Übrigen ebenfalls heftig kritisiert. Ich durfte Ihnen damals vorlesen und lese es jetzt noch einmal vor, was Ihre Gruppe und die ganze sozialdemokratische Fraktion dazu hier im Deutschen Bundestag beschlossen hatte. Sie hatten beschlossen, dass der Deutsche Bundestag sich davon leiten lassen solle, „dass es allein den Völkern

Jugoslawiens obliegt, über die Zukunft ihres Landes zu entscheiden“. Sie hatten beschlossen, die Bundesregierung aufzufordern, zusammen mit ihren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft dafür einzutreten, dass der innerjugoslawische Dialog über die Zukunft des Landes einschließlich einer staatlichen Neugestaltung friedlich und ohne Androhung von Gewalt zu einvernehmlichen Lösungen führt. Sie hatten dann die Bundesregierung beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass die Friedenskonferenz über Jugoslawien, gegebenenfalls nur mit den kooperationswilligen Konfliktparteien, weitergeführt wird. Es sollten alle Voraussetzungen geschaffen werden für die völkerrechtliche Anerkennung von Slowenien und Kroatien. Sie traten hier auf, als hätten Sie mit all dem nichts zu tun. Sie kritisierten die Außenpolitik der Bundesregierung mit dem damaligen Außenminister, Hans Dietrich Genscher, und lehnten den IFOR-Einsatz in Bosnien ab. Und heute rufen Sie dazu auf, dass wir europäisch handlungsfähiger werden sollen. Wo waren Sie denn, als es darum ging, dies zu demonstrieren?

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU
Günter Verheugen
[SPD]:
Herr Gerhardt,
wissen Sie eigentlich,
wovon Sie reden?

Nein, nein, Herr Verheugen, der Auftritt von Herrn Fischer damals war insbesondere deshalb bemerkenswert,

Günter Verheugen
[SPD]: Sie haben
„IFOR“ gesagt!
Das war 1995!

weil er vier Wochen später seiner grünen Basis das mitteilte, was ich vorgetragen hatte: dass es nämlich notwendig sei, die Bundeswehr zusammen mit Soldaten anderer Demokratien dort hinzuschicken. Dies alles, Herr Fischer, steht in einer unglaublichen Schleifspur Ihrer außenpolitischen Fehleinschätzungen in den Zeiten, in denen es darauf ankam.

Beifall bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Sie haben hier bei **Bosnien-Entscheidungen** zweimal gegen die Mehrheit des Hauses gestimmt. Sie haben gegen den **Maastricht-Vertrag** gestimmt und sprechen heute über den **Euro**, als sei er Ihre Erfindung. Als es darauf ankam, hätten Sie Ihre Hand heben sollen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Sie sind auch kein Vertreter der Geldwertstabilität, der dem Bundesfinanzminister vorhalten könnte, ihm in punkto Geldwertstabilität überlegen zu sein. Ihre Gruppe hat doch die Demokratisierung der Europäischen Zentralbank beschlossen. Ihre Gruppe hat die Stabili-

tätskriterien nicht gewollt. Ihre Gruppe vertritt eine Landschaft des Euro – wie Sie im Magdeburger Programm geschrieben haben –, bei der jeder teilnehmen kann, der will. Das führt doch zu keiner Währungsstabilität; das ist eine Nullaussage zu einer stabilen europäischen Währung. Dies würde die Interessen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland schädigen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Sie haben zum **Somalia-Einsatz der Bundeswehr**, der eine humanitäre Hilfsaktion war, um die Menschen dort vor dem Verhungern zu bewahren, nein gesagt. Sie haben sich beim **Amsterdamer Vertrag** donnernd enthalten und haben gesagt, der Vertrag öffne wegen der Anbindung an die Europäische Union die Tür zur Militarisierung Europas, und das in einer Zeit, in der sich manche ost- und mitteleuropäischen Reformstaaten auf Grund ihrer Sicherheitsinteressen nichts sehnlicher wünschen, als der Stabilitätsgemeinschaft NATO anzugehören.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Ich sage das, weil Sie, wenn Sie ein Wettbewerber für die Regierungsverantwortung sind, die verdammte Pflicht haben, der deutschen Öffentlichkeit zu sagen, was Sie wollen, und dies nicht dauernd zu verschweigen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Ihre Politik ist nicht von dem zu trennen, was andere Mitglieder Ihrer Fraktion oder auch Ihrer Partei sagen. Ein Mitglied Ihrer Fraktion hat zu dem wichtigen Sicherheitsaspekt der Bundeswehr anlässlich eines **öffentlichen Gelöbnisses**, also zu Soldaten, die unsere Freiheit verteidigt haben, gesagt: Gelöbnisse sind aggressive militärische Demonstrationen,

Zuruf von der PDS:
Sehr richtig!

für die öffentlicher Raum beschlagnahmt wird. Das sagt Frau Beer. Sie unterstützt lautstarke und phantasievolle Störungen von öffentlichen Gelöbnissen der Bundeswehr.

Zuruf von der
CDU/CSU:
Unerhört!

Herr Trittin ergänzt das durch eine ganz bemerkenswert andere Sicht. Er sagt: Der, der am Jahrestag von Lidice ein Gelöbnis veranstaltet und sich dabei auf Traditionen beruft, stellt die Bundeswehr in die Tradition der Wehrmacht.

Zuruf von der PDS:
Sehr richtig!
Zuruf von der
CDU/CSU: Pfui!

Das waren bemerkenswerte Aussagen; und diese sind nicht die einzigen. Sie sind auch von Ihnen kritisiert worden. Ihre Kollegin Röstel hat den Rücktritt von Herrn Trittin abgelehnt, aber gesagt, dass die Äußerungen bedenklich seien. Andere haben gesagt: Das bringt uns unter die 5-Prozent-Hürde. Der Landesvorstand der Grünen in Berlin hat sich mit Herrn Trittin solidarisiert. Bayerns Grünen-Chefin hat das für äußerst dumm erklärt. Es geht mir jetzt nicht darum, welche innerparteiliche Diskussion bei Ihnen geführt wird. Es geht mir darum, welch Geistes Kind einige Ihrer Vertreter in dieser Diskussion sind.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Wenn Sie für Rot-Grün werben und Außenpolitik gestalten wollen, muss die deutsche Öffentlichkeit wissen, wie Ihre Außenpolitik aussehen soll.

Carl-Ludwig Thiele
[F.D.P.]: Sehr richtig!

Sie sieht jedenfalls nicht so aus, dass Sie für Bündnispartner verlässlich sind. Sie beschädigt die deutschen Interessen, die als Staatsräson in der Bündnisfähigkeit unseres Landes liegen. Sie vernachlässigt eklatant unsere Sicherheitsinteressen und beschädigt den Beruf des Soldaten in der Bundeswehr und das Bild des Wehrdienstpflichtigen. Sie erschüttert damit einen Punkt der Grundfestigkeit unseres Staates.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Mir reicht der Rückblick auf Bosnien, Jugoslawien, die europäische Handlungsfähigkeit nicht. Ihre außenpolitische Begrenztheit in der Aussagefähigkeit verstehe ich in diesem Punkt. Einen Teil des Debattebeitrags über Asien haben Sie hier nicht abgegeben – dafür kennen wir Sie zu genau –, um die erstaunten Mitglieder des Bundestages über die asiatische Lage aufzuklären. Sie haben dies vorgetragen, um davon abzulenken, über die tatsächlichen Grundrichtungen Ihrer Außenpolitik sprechen zu müssen. Das war ein reiner Nebelwerfer. Deshalb will ich die **außenpolitische Konzeptionslosigkeit** der Grünen zu einem Punkt meiner Betrachtung führen, der unser Land betrifft: Herr Fischer, wissen Sie noch, wann die Mauer gefallen ist? Am 12. Oktober 1989 gab es von Ihnen eine Äußerung im Hessischen Landtag, die ich mir wörtlich herausgesucht habe. Sie lautet: Ich glaube in der Tat, dass wir Deutschen gut beraten wären, die Wieder-

vereinigung auf lange, lange Zeit zu vergessen. Herr Fischer, zu der Zeit, als Sie das noch nicht für möglich gehalten haben, waren die Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Sie heute rühmen, sie hätten unsere Freiheit erkämpft, schon längst auf der Straße.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Da traf man sich schon an der Nikolaikirche in Leipzig. Ich weiß nicht, für was Sie vielleicht auf der Straße waren. Ich habe gehofft, dass diejenigen sich durchsetzen, die dort in Leipzig standen und das Schild „Wir sind ein Volk“ hochhielten. Gerhard Schröder hat keine bedeutsameren Erklärungen abgegeben als Sie. Gerhard Schröder ist in der „Bild“-Zeitung vom 12. Juni 1989 wie folgt nachzulesen: „Nach 40 Jahren Bundesrepublik sollte man eine Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht.“ Als sie dann kam, wurde er nicht so recht damit fertig und stimmte gegen die Wirtschafts- und Währungsunion. Da muss ich doch sagen: Wer zu dieser Zeit mit der Einheit nicht fertig wurde, soll auch das vereinte Deutschland nicht regieren können. Darum geht es.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Zu der **Außenpolitik**, die dieses mögliche Bündnis betreibt, will ich nur noch eines ergänzen. Herr Ministerpräsident Schröder, Sie haben neulich den amerikanischen Präsidenten besucht und ihm Kontinuität in der Außenpolitik zugesagt. Ich habe mich schon gewundert, dass Jost Stollmann das Programm der SPD nicht gelesen hat. Sie haben anscheinend das Programm der Grünen nicht gelesen, sonst hätten Sie das nicht sagen können. Wir können Sie zum Einhalten Ihrer Versprechen bringen, weil wir ganz davon überzeugt sind, dass nicht Joschka Fischer Außenminister wird, sondern Klaus Kinkel Außenminister der Bundesrepublik Deutschland nach dem 27. September bleiben wird.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU
Günter Verheugen
[SPD]:

Herr Gerhardt,
wetten, dass nicht?
Was wetten Sie?

Herr Verheugen, Sie müssen sich nicht nur mit der Programmlage der Sozialdemokratischen Partei beschäftigen; die macht mir auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht große Sorgen. In außenpolitischer Hinsicht habe ich keine großen Probleme. Sie müssen sich mit der Programmlage und den Intentionen jener beschäftigen, die Sie sich als Bündnispartner ausgewählt haben. Deshalb helfen die Zwischen-

rufe hier nicht weiter. Sie müssen hier erklären, ob Sie die Bundeswehr langsam auflösen wollen, ob Sie aus der NATO austreten oder sie in eine andere Sicherheitsarchitektur überführen wollen, wie Sie mit den Krisenreaktionskräften umgehen wollen,

Joseph Fischer
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:
Die braucht ihr
dringender in eurer
Koalition!

die die Grünen im Magdeburger Programm nahezu sofort zur Disposition stellen. Dieses Land ist aus der größten Katastrophe seiner Geschichte herausgekommen, weil es bündnisfähig und verlässlicher Bündnispartner war.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Es steht nicht nur die Frage an, wie man am deutschen Arbeitsmarkt Bewegung erzeugt, welches bessere Programm man vorlegt, um Jugendarbeitslosigkeit zurückzudrängen. Nein, es steht im Kern die Entscheidung an, ob dieses Land seine Geschichte in diesem Jahrhundert kennt. Spinnereien können wir nicht vertragen. Deshalb muss klarer Kurs gehalten werden.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Die ganze Diskussion wird noch auf die Spitze getrieben. Ich las neulich, dass Gregor Gysi dem ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker schreibt, die PDS habe sich doch geändert, und den CDU-Politiker geradezu um öffentliche Fürsprache bittet. Zur gleichen Zeit würdigt sein Parteivorsitzender Gysi Walter Ulbricht in einem Atemzug mit Konrad Adenauer. Das schlägt der öffentlichen Fürbitte geradezu ins Gesicht. Es ist doch der Panzertrupp Walter Ulbrichts gewesen, der den Prager Frühling niedergetrampelt hat, und es war die Freiheitsidee mit Hans-Dietrich Genscher, die es ermöglicht hat, dass auf dem Prager Botschaftsgelände die Freiheit verkündet wurde. Das ist doch der Unterschied.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Ich will nicht versäumen, das zu wiederholen, weil man Wahres nicht oft genug sagen kann. Ich wende mich hier entschieden dagegen, dass wir der PDS in den neuen Ländern überhaupt die Chance geben, die Menschen hinter das Licht zu führen. Nicht die Marktwirtschaft hat die Wirtschaft der DDR ruiniert, sondern die SED hatte die Menschen um den Ertrag ihrer Arbeit gebracht.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Es ist nachzulesen. Deshalb trage ich es hier noch einmal vor und bin bereit, die Unterlagen jedem Kollegen und jeder Kollegin zur Verfügung zu stellen. Es müsste zur Pflichtlektüre aller Deutschen gemacht werden. Im Protokoll der SED über vier ZK-Sitzungen im Jahr 1989 kann man das genau nachlesen, was die Gruppe der PDS hier nicht wahrhaben will: „Die Feststellung, dass wir hier über ein funktionierendes System der Leitung und Planung verfügen, hält einer strengen Prüfung nicht stand.“ Das können wir noch mit Lächeln zur Kenntnis nehmen; wahrscheinlich haben wir das auch überschätzt. Dann kommt aber: „Die Verschuldung im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet ist seit 1971 auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR in Frage stellt.“ Weiter heißt es: „Die DDR hat ab 1989 eine Schuldendienststrafe von 150 Prozent. Die Zahlungsbilanz wird sich 1990 weiter verschärfen. Zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit der DDR in den folgenden Jahren müssten höhere Exportüberschüsse erreicht werden. Allein das Stoppen der Verschuldung würde im Jahr 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25 bis 30 Prozent erfordern und die DDR unregierbar machen.“

Das ist ja auch eingetreten. Aber daran waren nicht die Treuhand und die Marktwirtschaft schuld. Vielmehr bemühen sich die Menschen, mit **Treuhand** und **Marktwirtschaft** das wiederaufzubauen, was vorher zerschlagen worden ist.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Deshalb werden wir mit allen Kräften dafür kämpfen, dass nicht diejenigen auch nur die Chance einer Regierungsbeteiligung unter welcher Konstruktion auch immer bekommen, deren geistige Verfahren dies verursacht haben und deren Nachkommen, die sie um ihre Lebensleistung betrogen haben, das alles jetzt wieder aufbauen müssen. Es gehört zu den gewaltigen Anstrengungen auch meiner Partei, die in den neuen Ländern nicht begünstigt ist, sondern dort schwer zu kämpfen hat,

Joseph Fischer
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]: Die
Blockflöten! LDPP!

mit dafür einzutreten, dass die PDS nicht noch einmal die Chance bekommt, den Fuß in die Tür zu setzen. Sie hätte es schon in Sachsen-Anhalt nicht tun dürfen. Sie darf es erst recht nicht in Mecklenburg-Vorpommern.

Lieber Herr Ministerpräsident Schröder, wenn Sie heute in der „FAZ“ sagen, Sie hätten sich diesen Entwicklungen bei Ihren Genossen in Ostdeutschland beugen müssen und müssten die Entscheidungen dort respektieren, dann kann ich Ihnen nur sagen: Sie hätten vor Sachsen-Anhalt den Mund halten sollen, statt die Menschen hinsichtlich dessen zu betrügen, was sich hinterher dort wirklich vollzieht.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Es geht nicht nur um das, was die Kurt-Schumacher-Gesellschaft sagt. Sie und Herr Lafontaine lassen es doch zu, dass Ihr Bundesgeschäftsführer alle neuen Länder geradezu zu diesen Beteiligungen eingeladen hat. Sie sehen doch staunenden Auges, dass die PDS in Sachsen-Anhalt jetzt ankündigt, es werde nach dem 27. September eine andere qualitative Zusammenarbeit geben. Ihr Herr Ringstorff aus Mecklenburg-Vorpommern erklärt doch heute in der „FAZ“, dass Gerhard Schröder endlich die wahren Verhältnisse im Osten zur Kenntnis nehmen müsse. Lieber Ministerpräsident Schröder, das hätten Sie vorhersehen müssen. Aber Ihr Betrug an den Wählerinnen und Wählern in Sachsen-Anhalt darf sich bei der Bundestagswahl nicht wiederholen. Deshalb müssen wir jetzt wissen, worum es geht.

Lebhafter Beifall
bei der F.D.P. und
der CDU/CSU

Deutschland braucht jetzt, an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend, klare Orientierungen und klaren Kurs. Es braucht eine verlässliche Außenpolitik. Es braucht klare europäische Orientierung. Es braucht Bündnisfähigkeit. Es braucht Modernisierungsbereitschaft. Es braucht Beschäftigungsimpulse durch Steuersenkung. Angesichts dessen geht es einfach nicht, dass Sie, Herr Ministerpräsident Schröder, im Nadelstreifen bei Unternehmern für Steuersenkungen plädieren und abends mit Ballonmütze bei Ihren eigenen Genossen nicht mehr die Kraft haben, das zu wiederholen, was Sie noch vormittags beim Festvortrag gesagt haben.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Es geht doch nicht - ich will wiederholen, was der Kollege Glos gesagt hat -, dass der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei gestern in der politischen Auseinandersetzung hier auftritt und die Präsidenten des DIHT, des BDI und Herrn Hundt von der BDA ein

„Trio Asozialer“ nennt. Diese Herren haben wie ich auch andere Vorstellungen, wie man in Deutschland zu mehr Beschäftigung kommen kann. Aber ihre Vorstellungen sind mindestens genauso ernsthaft zu prüfen wie die des DGB. So mit ihnen umzugehen ist schäbig. Das sage ich in aller Deutlichkeit.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Die Grünen haben ein gewaltiges Beschäftigungsprogramm im Sinn. Herr Fischer hat das aber nicht vorgetragen. So muss ich erläutern, was die Grünen wirklich wollen, weil Herr Fischer es unterlässt.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Die Grünen wollen eine Grundsicherung ohne Bedürftigkeitsprüfung, die den deutschen Steuerzahler 58 Milliarden DM kosten wird.

Joseph Fischer
[Frankfurt]

[BÜNDNIS 90/ DIE
GRÜNEN]:
140 Milliarden DM
an Steuer-
entlastung!

Die Grünen wollen die Wiedereinführung der Vermögensteuer, über die das Bundesverfassungsgericht geurteilt hat, dass man von einer hälftigen Teilung zwischen Staat und Privaten ausgehen müsse. Die Grünen wollen den Benzinpreis schrittweise auf 5 DM pro Liter erhöhen. Zwar schlagen sie das im Kurzprogramm nicht mehr vor, haben aber beschlossen, dass die Magdeburger Beschlüsse gelten. Das ist ein einzigartiger Wählerbetrug, der größte, den ich je erlebt habe.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Sie fordern, anscheinend, um das Ozonloch zu schließen, den Ausstieg aus der Kernenergie; sie haben große Probleme mit der Gentechnologie; sie wollen den sofortigen Ausstieg aus der Chlorchemie; sie haben Vorschläge gemacht, den Bundesverkehrshaushalt um Milliarden zu kürzen. Damit kürzen sie die notwendigen Baumaßnahmen von Autobahnen, die West-Ost-Verbindungen in Deutschland schaffen sollen, die für die Infrastruktur in den neuen Ländern sehr wichtig sind. Sie wollen den Transrapid nicht, wollen aber eine nationale Energiesteuer. Sie wollen Arbeitszeitverkürzungen pro Woche, äußern sich aber nicht dazu, wie der Arbeitsmarkt damit in Einklang gebracht werden kann; denn Arbeitszeitverkürzung nutzt nichts, wenn die Beschäftigungsverhältnisse nicht denjenigen angeboten werden können, die die Qualifikation dazu haben. Sie wollen die 620-DM-Jobs abschaffen.

Herr Schröder ist differenzierter: Bei Zeitungsverlegern will er sie nicht abschaffen, bei der SPD jedoch schon. Jedem, der sie braucht, sagt er sie zu. Wenn er jedoch auf eine Gruppe trifft, die ihm nicht so nahesteht, dann lehnt er sie ab. Das wird eine Mixtur von Politik, die in Deutschland kein Beschäftigungswunder erzeugt, sondern wirtschaftlich destabilisierend wirkt. Seien Sie sich bitte darüber im Klaren, was nun gilt: Entweder gibt es einen Aufschwung, oder es gibt ihn nicht. Als Herr Kohl von Aufschwung gesprochen hat, sagte Schröder, wir hätten keinen. Dann behauptet er: Ich selbst bin der Aufschwung.

Heiterkeit bei
der F.D.P. und
der CDU/CSU

Wir hatten früher Könige, die immer dachten, sie seien das Land selbst. Neuerdings haben wir Kanzlerkandidaten, die glauben, sie seien der Aufschwung selbst. Wir müssen uns aber daran gewöhnen, dass ein Aufschwung nicht durch eine Kanzlerkandidatur zustande kommt, sondern durch politische Rahmenbedingungen, durch den Fleiß und die Leistungsbereitschaft vieler Menschen in Deutschland.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Ministerpräsident Schröder hat am 5. März 1998 in Mainz erklärt, bei einer Stimme Mehrheit von Rotgrün gebe es eine **rotgrüne Koalition**. Das ist eine der wenigen Aussagen von Gerhard Schröder, die ich ihm glaube. Am 6. August 1998 hat er erklärt, er könne sich auch eine große Koalition mit Volker Rühe vorstellen. Das ist eine der vielen Aussagen, die ich ihm nicht glaube. Solche und ähnliche Äußerungen über große Koalitionen hat er auch schon vor der Wahl in Sachsen-Anhalt ventiliert. Daraus ist aber nichts geworden. Herr Ministerpräsident Schröder, ich halte Ihr Gerede von großen Koalitionen für ein reines Täuschungsmanöver.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Ich sage Ihnen auch, warum Sie das machen. Sie wollen mit diesem Gerede die neue Mitte, auf die Sie abzielen, täuschen, um die alte Linke zu installieren. Wir werden das unterbinden.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Die Koalition ist nicht bei allen Fragen schnell zu Entscheidungen gekommen. Eine Opposition hat nie eine Bundesregierung vor sich, die sich selbst nur in glänzendes Licht stellen kann. Aber zu den Grundfragen, die in den Jahren anstanden, in denen wir die Verantwortung

getragen haben, haben wir gegen Ihren Widerstand die richtigen außen- und verteidigungspolitischen Entscheidungen getroffen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Als uns nach der deutschen Einheit klar wurde, dass wir energisch Reformen anpacken müssen, haben wir sie angepackt. Man könnte sagen: Vielleicht spät, vielleicht auch zu langsam, wir hätten es couragierter tun sollen. Aber Sie haben uns doch eher daran gehindert. Sie können hier doch nicht auftreten, als hätten Sie das Rad erfunden, wo doch in Ihrem Regierungsprogramm steht, dass Sie alles das wieder zurückdrehen wollen, was wir begonnen haben. Sie machen das glatte Gegenteil nicht nur der Politik, die wir vertreten, sondern von der Politik nahezu aller sozialdemokratischen Parteien in den befreundeten Ländern Westeuropas. Sie können uns doch hier nicht erzählen, dass dieses deutsche Volk ausgerechnet auf die konservativste deutsche SPD hereinfallen sollte, wo doch Viktor Klima, Wim Kok, die Dänen und die Schweden die Systeme noch weitergehend als wir reformiert haben.

Zuruf von der SPD:
So ein Quatsch!

Deshalb ist der Wechsel zu Rot-Grün kein beliebiger Regierungswechsel, der hier unter dem Motto „Auf zu neuen Ufern“ so schön diskutiert werden könnte. Es wäre ein Risiko für Deutschland, weil durch die aufgezeigte Konzeption die zarten Pflänzchen des Wachstums zerstört werden würden.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Diese Alternative wäre keine modernisierungsbereite Regierung. Sie können noch nicht einmal dort in Deutschland, wo Sie Verantwortung tragen, die **Schulzeit** von 13 auf 12 Jahre verkürzen. Sie können noch nicht einmal ein Stück **Flexibilität am Arbeitsmarkt** vertreten. Sie hängen doch den alten Strukturen nach: flächendeckend, einheitlich, kollektiv. Wehe, es geht jemand einen Sonderweg! Der größte Fehler, den Sie haben, ist Ihr mentaler Fehler, dass Sie Menschen, die leistungsbereit sind und sich wünschen, vom Ertrag ihrer Leistung etwas mehr zu behalten, eher diffamieren und dass Sie versuchen, die Menschen glauben zu machen: Wir helfen den Armen, wenn wir die Reichen ausmerzen. Das ist kein Weg. Dieses Land muss auch leistungsbereite Menschen stützen.

Ingrid Matthäus-
Maier [SPD]:
Platitüden!

Joseph Fischer
[Frankfurt]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:
Unter Helmut Kohl!

Es muss den Neid zur Seite drängen. Es muss den einzelnen in der Breite der Gesellschaft in Verantwortung bringen. Deshalb ist diese Koalition auf dem Weg ins nächste Jahrtausend

auf dem richtigen Weg. Wir sind reformbereit. Wir strengen uns an. Wir sagen den Menschen im Wahlkampf die Wahrheit, und wir wollen sie auffordern, in Deutschland nicht mehr rückwärts zu marschieren, sondern mit uns nach vorne zu blicken. Herzlichen Dank.

Anhaltender
lebhafter Beifall
bei der F.D.P. und
der CDU/CSU

Neues Selbstverständnis und Selbstbewusstsein gegen den Reformstau

Hans-Rolf Goebel / Dr. Silke Jansen /
Jörg Paschedag

Persönlichkeiten, die Solidität ausstrahlen und über Ausgeglichenheit, Gelassenheit und bemerkenswerte Unaufgeregtheit verfügen, werden in ihrem Willen, bis ganz nach oben zu gelangen, oftmals unterschätzt. Als Wolfgang Gerhardt am 10. Juni 1995 in der Mainzer Rheingoldhalle mit 57 Prozent der Delegiertenstimmen die Kampf-abstimmung gegen Jürgen Möllemann (33 Prozent) gewann und Bundesvorsitzender der FDP wurde, war die Unterschätzung seiner strategischen Fähigkeiten, seines Sinns für Vernetzung und seines taktischen Geschicks sicherlich ein ausschlaggebender Faktor. Zuvor hatte Wolfgang Gerhardt die Niederlagenserie des Superwahljahres 1994, das für die FDP alles andere als super lief, mit einem FDP-Ergebnis von 7,5 Prozent in seiner Heimat Hessen vorübergehend in den Hintergrund rücken lassen. Auch da hatte er sein taktisches Geschick spielen lassen, indem

er den Ex-Bundesbankchef Karl-Otto Pöhl, Mitglied der SPD, im Wahlkampf dazu bewegen konnte, in einer großen Zeitungsanzeige für die Stimmabgabe zugunsten der FDP zu werben, weil eine liberale Partei im hessischen Landesparlament unbedingt gebraucht werde (was Pöhl anschließend sogar ein Parteiordnungsverfahren der SPD eintrug).

Ein Wahlergebnis gegen den Trend war damals für die FDP von immenser Wichtigkeit, denn das Jahr 1994 war ein Annus horribilis für die Liberalen. Die Euphorie des Mauerfalls und der Wiedervereinigung war lange verklungen und einer deutsch-deutschen Katerstimmung gewichen, die die FDP im Westen hart, im Osten mit voller Wucht traf. Die Partei flog aus insgesamt acht Landesparlamenten in Folge, schrumpfte im Osten bis zur Bedeutungslosigkeit, verlor die Europawahl, nahezu die gesamte kommunalpoli-

tische Basis in Nordrhein- Westfalen und gab bei der Bundestagswahl rund vier Prozent (und zwei Ministerposten) im Vergleich zum Urnengang im Jahr 1990 ab. Auch die positive Wirkung des Zwischenhochs der erfolgreichen hessischen Landtagswahl währte nicht lange. So fiel die FDP anschließend auch aus den Parlamenten in Bremen und – besonders gravierend – in Nordrhein-Westfalen heraus. Zudem schmerzte die Tatsache, dass die FDP als über die Jahre etablierte dritte Kraft im Deutschen Bundestag die Grünen an sich vorbeiziehen sah. Die FDP war zu diesem Zeitpunkt eine entkräftete, durch unterschiedliche politische Strömungen zerrissene, wundgelegene Partei. Die Stellenbeschreibung für den neuen Parteivorsitzenden war somit alles andere als verlockend, und doch hat es Wolfgang Gerhardt gereizt, sich dieser Herkules-Aufgabe zu stellen, die FDP wieder in ruhigeres Fahrwasser zu lenken, ihr gemeinsam mit dem auch von ihm favorisierten Generalsekretär Guido Westerwelle ein neues Selbstverständnis und Selbstbewusstsein zu geben und ihr in der schwarz-gelben Koalition wieder mehr eigenständige Sichtbarkeit zu verleihen.

Einen kurzen Schreckmoment hatte die Partei allerdings noch zu überstehen. Kaum vier Wochen nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden musste sich Wolfgang Gerhardt einer Bypass-

Operation am Herzen unterziehen, von der die Öffentlichkeit erst erfuhr, als er sie erfolgreich hinter sich gebracht hatte. Der leidenschaftliche Debattenredner hielt im Deutschen Bundestag morgens noch eine flammende Rede gegen Atombombenversuche der Franzosen, bevor er sich dann in die Mainzer Uniklinik begab. Damals hat er das Rauchen aufgegeben. Sein Schoppen schmeckt dem Hessen immer noch. Nach der Rekonvaleszenz in Waldkirch/Schwarzwald (sein ehemaliger FDP-Sprecher kauft auf damalige Empfehlung von Wolfgang Gerhardt noch heute seinen Wein dort) ging der neue Vorsitzende dann die Aufgabe in der ihm eigenen Art an: Beharrlichkeit im Verfolgen der Ziele, überzeugen durch überreden und dies alles mit Stil und Anstand. Brandherde in Partei und Koalition gab es zur Genüge.

So hatten die Delegierten in der Mainzer Rheingoldhalle nicht nur darüber entschieden, wer der neue Bundesvorsitzende sein sollte, sondern sie machten auch den Weg frei für eine Mitgliederbefragung zum Großen Lauschangriff, ein Thema, das zwischen den unterschiedlichen Strömungen der Partei zu vehement ausgetragenen Diskussionen geführt hatte. Das Ergebnis der Mitgliederbefragung wurde im Dezember 1995 verkündet. Rund 43 Prozent der Parteimitglieder hatten sich beteiligt, wodurch das nötige Quorum von

25 Prozent erreicht war. Von ihnen sprachen sich mehr als 63 Prozent für den „Großen Lauschangriff“ aus. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger trat in der Konsequenz als Bundesjustizministerin zurück, Burkhard Hirsch als innenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion. Die Partei war danach mit Klaus Kinkel, Günther Rexrodt und Edzard Schmidt-Jortzig im Bundeskabinett vertreten.

Die Nationalliberalen um Alexander von Stahl machten mobil und drängten nachdrücklich auf eine Kursänderung der FDP, eine Art „Haiderisierung“ der Liberalen nach dem Vorbild des damaligen FPÖ-Vorsitzenden Jörg Haider. Wolfgang Gerhardt appellierte und kämpfte für einen Kurs der Mitte und setzte ihn auch durch. Die Partei wurde im März 1996 mit beeindruckenden Wahlerfolgen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein belohnt.

Aber im Gebälk der schwarz-gelben Koalition knarrte und ächzte es nach mehr als zwölf Jahren gemeinsamen Regierens beträchtlich. Profil und Prinzipien der FDP hatten in dieser Zeit arg gelitten. Die Kanzlerdämmerung Helmut Kohls kam unaufhaltsam näher. Als hätte er es geahnt, forderte Wolfgang Gerhardt in seinem 1997 erschienenen Buch „Es geht. Wir haben alle Chancen.“ mit Nachdruck mehr

Innovationswillen ein, um den Reformstau in Deutschland aufzulösen.

Er spürte, dass sich das Schicksal der Regierungskoalition daran entscheiden werde. Rückblickend stellte er später fest, die letzten Jahre der schwarz-gelben Koalition seien eine Zeit der verpassten Chancen gewesen. Die Union sei mit Blick auf Reformen einfach zu zögerlich gewesen. Wer will dem widersprechen? In dieser Zeit war die neue Führung der FDP gefordert, die Partei wegzulenken vom inhaltschwachen Mehrheitsbeschaffer, durfte sie aber andererseits nicht zum Dauerstörenfried der Koalition werden lassen. Da hat es sicher geholfen, dass der Hesse Gerhardt und der Pfälzer Kohl einen guten Draht zueinander hatten. Aber das konnte am Ende auch nicht verhindern, dass am 27. September 1998 die schwarz-gelbe Koalition Geschichte wurde und die FDP mit 6,2 Prozent auf den Oppositionsbänken Platz nahm.

Hans-Rolf Goebel,
Sprecher der FDP
1988 bis 1999;

Dr. Silke Jansen,
Büroleiterin des FDP-Bundes-
vorsitzenden 1995 bis 1999;

Jörg Paschedag,
Büroleiter des Bundes-
vorsitzenden 1999 bis 2001

Abschnitt

4

**BUNDESVORSITZ
UND FRAKTIONS-
VORSITZ
(1998–2006)**

4 1998 bis 2006

Thomas Volkmann

„Putzmunter“ sollte die Oppositionsarbeit also gestaltet werden, kritisch, aber fair. So sagte Wolfgang Gerhardt in der Bundestagsdebatte zum Regierungsprogramm 1998 zum neuen Bundeskanzler: „Wir werden Ihre Politik kritisch begleiten, ihr, wo immer das möglich ist, zustimmen, sie aber auch ablehnen, wann immer das notwendig ist.“ Die Grundlinien für eine derartige konstruktive Oppositionsarbeit steckte er dann in seiner Rede auf dem Dreikönigstreffen der FDP im Januar 1999 ab.

Der erste große Einschnitt in dieser Zeitphase kam mit dem Umzug von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin; die Rede zur dies betreffenden Parlamentsdebatte ist in diesem Band dokumentiert.

Die Agenda der neuen, rot-grünen Bundesregierung brachte auch neue Schwerpunkte der Arbeit mit sich, die im Bundestag debattiert und auch innerhalb der FDP diskutiert wurden. Beispielhaft sind hier zwei wichtige

Debatten aus 2001 – eine zur Bekämpfung des politischen Extremismus, eine zu „Recht und Ethik der modernen Medizin und Biotechnologie“ – in dieser Zusammenstellung enthalten.

Zudem sind zwei wichtige Reden Wolfgang Gerhardts auf den FDP-Bundesparteitagen 2000 und 2001 aufgeführt: Im Januar 2001 hatten sich Wolfgang Gerhardt und Guido Westerwelle darauf verständigt, dass Gerhardt beim anstehenden Bundesparteitag nicht mehr zum Bundesvorsitz kandidieren und sein bisheriger Generalsekretär Westerwelle sich um dies Amt bewerben sollte, während der Vorsitz der Bundestagsfraktion weiterhin bei Gerhardt verbleiben sollte. Rechtzeitig zur Bundestagswahl 2002 sollte die neue Führung installiert und arbeitsfähig sein. Der Parteitag 2001 in Düsseldorf geriet dann durch die Ambitionen von Jürgen Möllemann und dessen Versuch, die Partei auf seine Linie einzuschwören, unerwartet turbulent, aber das „Tandem“ Gerhardt/Westerwelle setzte sich durch.

Die politische Lage erhielt durch die Anschläge auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington eine neue Dynamik. Die Rede Wolfgang Gerhardts zu den Geschehnissen aus dem September 2001 findet sich ebenfalls in dieser Zusammenstellung. Auch der Wahlkampf zur Bundestagswahl 2002 wurde durch die Geschehnisse massiv beeinflusst. Die FDP versuchte, die politische Stimmung in ihre Richtung zu lenken; beispielhaft hierzu ist die stark außenpolitisch ausgerichtete Rede Wolfgang Gerhardts auf dem FDP-Bundesparteitag in diesem Band enthalten.

Die angestrebte Ablösung der rot-grünen Bundesregierung misslang 2002, maßgeblich auch wegen des unerwartet schlechten Wahlergebnisses von CDU und CSU. Gleichzeitig wurden die Differenzen in der rot-grünen Regierungskoalition deutlicher, die Abstimmungen schwieriger und die Politik des Bundeskanzlers Schröder umstrittener, sodass dieser 2005 das Risiko einging, Neuwahlen noch in diesem Jahr anzustreben.

Die Liberalen waren durch ihre Arbeit im Parlament und das gute Zusammenspiel zwischen Fraktion und Bundespartei gut auf diese Situation eingestellt. Die Chancen, nach der Wahl in eine Bundesregierung einzutreten, standen nach allgemeiner Meinung gut, und Wolfgang Gerhardt war für eine solche Koalition als Außenminister vorgesehen. Seine hier abgedruckte Rede auf dem außerordentlichen Bundesparteitag im September 2005, kurz vor der Wahl, stellt diese Ambition sehr gut dar.

Es kam anders. Nach der Wahl bildeten Union und SPD die so genannte Große Koalition und die FDP verblieb für weitere vier Jahre in der Opposition. Mit welchen inhaltlichen und strategischen Grundsätzen sie dies tun wollte, lässt sich an der hier aufgeführten Rede Wolfgang Gerhardts zur Regierungserklärung der neuen Bundeskanzlerin Angela Merkel aus dem November 2005 gut ablesen.

Regierungs- programm 1998

Frau Präsidentin!
Meine Damen und Herren!

Herr Bundeskanzler, zunächst gratulieren wir Ihnen zu Ihrer Wahl. Wir wünschen Ihnen im Interesse unseres Landes Erfolg in Ihrer Arbeit. Sie werden uns in Debatten engagiert sehen. Wir werden Ihre Politik kritisch begleiten, ihr, wo immer das möglich ist, zustimmen, sie aber auch ablehnen, wann immer das notwendig ist. Das gehört zum guten parlamentarischen Stil. Es ist völlig vernünftig und klar, dass es an einem fairen Umgang miteinander nicht mangeln wird.

Man erfährt ja an einem solchen Tag sehr viel, wenn man genau zuhört. Die [Koalitionsvereinbarung](#) wurde, kaum dass die Tinte trocken war, mit Nachbesserungen versehen.

Friedrich Merz
[CDU/CSU]:
Bis heute!

Sie ist in einzelnen Debattenbeiträgen noch einmal sachlich erläutert worden. Der Gesetzentwurf, der uns über die Ökosteuer im geheimen und im besonderen informieren soll, wurde zunächst noch zurückgehalten und jetzt wieder zurückgenommen. Herr Bundeskanzler, die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland hat nun wirklich nicht den Eindruck, dass hier ein Reformbündnis angetreten ist.

Beifall bei der
F.D.P. sowie bei
Abgeordneten der
CDU/CSU

Selbst im Zeitungswald, der Sie geradezu gefördert hat, macht sich eine gewaltige Enttäuschung breit. Da braucht man nur die Überschriften zu lesen. Eine heißt: „Oskar greift zur Axt“. Das war eine Überschrift der Zeitschrift „Die Woche“. Sie schildert die besonderen Stilmittel Ihres Finanzministers, wenn es darum geht, an die Lösung von Problemen heranzugehen. Die gleiche Wochenzeitung schreibt zur Steuerreform: „völlig verheddert“. Die gesamte deutsche Öffentlichkeit weiß, was hier vor sich gegangen ist: Sie haben eine Wahl gewonnen. Mit dieser Wahl waren bei der Neuen Mitte, die Sie angesprochen und im wahrsten Sinne des Wortes hofiert haben, Hoffnungen verbunden. Sie wollten nicht alles anders machen; sie wollten ein Stück Kontinuität und einiges besser machen. Jetzt macht Oskar Lafontaine alles anders, aber überhaupt nichts besser.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Sie haben die deutsche Öffentlichkeit – diesen Vorwurf kann ich Ihnen nicht ersparen – gewaltig getäuscht. Ich muss der deutschen Öffentlichkeit aber auch sagen: Sie hat sich leicht täuschen lassen. Sie hat die Modernisierungsbereitschaft von Gerhard Schröder überschätzt und die konservative sozialdemokratische Haltung von Oskar Lafontaine unterschätzt. Frau Kollegin Müller, die Grünen haben angekündigt, sie wollten auf Augenhöhe verhandeln. Sie müssen auf Hühneraugenhöhe verhandelt haben. Das stellt man fest, wenn man das Ergebnis der Koalitionsvereinbarungen betrachtet.

Heiterkeit und
Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Das ist nicht nur eine Aussage von mir und von den Kolleginnen und Kollegen der F.D.P. Roland Berger hat sich vor der Wahl oft lobend über Gerhard Schröder geäußert. Er wünschte ihn sich allerdings in der Konstellation einer großen Koalition. Jetzt trage ich Ihnen einmal vor, was dieser Mann heute sagt.

Zuruf des
Bundesministers
Joseph Fischer

– Herr Fischer, jetzt wird es zum Nachteil, dass Sie Außenminister geworden sind. Denn auf der Regierungsbank müssen Sie den Mund halten. Von den Abgeordnetensitzen dürfen Sie Zurufe machen. Das hätten Sie sich vorher überlegen sollen.

Beifall bei der
F.D.P. sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Sie sind jetzt Minister. Da müssen Sie Ihr Verhalten ändern. Die Jacke haben Sie ja schon gewechselt.

Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. –
Dr. Wolfgang Schäuble
[CDU/CSU]:
Zeitung darf
er lesen!

Roland Berger sagt: „Mit Ausnahme von Tony Blair sind alle sozialdemokratischen oder sozialistischen Regierungen in Europa erst zwei oder drei Jahre ihren Illusionen nachgejagt, bis sie von der Realität eingeholt worden sind.“ Dann führt er aus, was für diese Politik gilt: „Ihre Länder und die Menschen mussten für diesen Lernprozess allerdings teuer bezahlen, weil verspielte Jahre im globalen Wettbewerb für lange Zeit verloren sind.“ Das ist der Fehler der eingeleiteten Politik.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Er fügt hinzu – falls er die Regierungserklärung gehört hat, wird er seine Meinung nicht ändern –: „Auch diese deutsche Regierung ist zur Macht gekommen und hat nichts dazugelernt. Sie ist völlig unvorbereitet auf Innovation.“ So war Ihre Regierungserklärung: völlig unvorbereitet auf **Innovation**. Das erzählen nicht nur meine Freunde und ich. Das spüren auch viele in Ihren Reihen. Soll ich sie namentlich vorlesen? Bodo Hombach, Ihr Minister, erklärt im Hinblick auf die Koalitionsvereinbarung: Das ist doch zunächst einmal bedrucktes Papier – Das ist völlig richtig; das habe auch ich so gesehen. – Nach genauerem Durchlesen stellt er fest: Viele Themen seien vertagt oder in Arbeitsgruppen verwiesen worden. Da sei noch genügend Platz für Schröders Handschrift, für den „Meister der Moderation“, wie seine Berater jetzt der deutschen Medienlandschaft mitteilen. Ich halte ihn nicht für den Meister der Moderation. Herr Bundeskanzler, wo waren Sie eigentlich bei den Koalitionsverhandlungen? Wo ist Ihre Handschrift? Wo kommt es zu Innovationen?

Beifall bei der
F.D.P. sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Die Politik, die Sie einleiten, kostet Deutschland viel Geld. Sie wirft uns im Wettbewerb dramatisch zurück. Sie gestaltet nicht die **sozialen Sicherungssysteme** neu und innovativ. Im Übrigen ist die **Steuerreform**, wie auch immer Sie sie verpacken, ein reines Abkassieren der Bürgerinnen und Bürger.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Und auch dazu lese ich Ihnen jetzt einmal etwas vor. Man muss sich auf der Zunge zergehen lassen, was die FAZ heute über die gegenwärtigen Wasserstandsmeldungen bezüglich der **Ökosteuer** berichtet. Die Grünen äußerten sich so zu der Ökosteuer: Die schnelle

Einigung – das muss die gestrige gewesen sein; ich weiß noch nicht, wie sie aussieht, das werden wir nächste Woche erfahren –

Siegfried Hornung
[CDU/CSU]:
Aber nur vielleicht!

führten die Grünen darauf zurück, dass mit der Stromsteuer ... eine neue Geldquelle erschlossen wird, an der das Finanzministerium Interesse zeige. Darüber seien Bedenken in den Hintergrund getreten. – Soll ich das noch einmal vorlesen?

Beifall bei der F.D.P.

Man hat sich in der Koalition geeinigt, weil durch die **Stromsteuer** eine neue Geldquelle erschlossen worden ist. Herr Lafontaine, die Aufgabe des Finanzministers ist nicht, neue Geldquellen zu erschließen, sondern zu sparen, den Staat schlank zu machen und den Bürgern das Geld zurückzugeben, anstatt es ihnen aus der Tasche zu ziehen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Das alles wird noch gesteigert: Die Grünen hoffen jetzt auf Nachbesserungen im Steuerkonzept. Ich erinnere mich an Äußerungen – man tauscht sich ja doch gelegentlich aus – auch aus den Reihen der Kolleginnen und Kollegen der Grünen zum **Spitzensteuersatz**. Der Kollege Oswald Metzger war meinen Gedankengängen nicht fremd.

Zuruf des Abg.
Albert Schmidt
[Hitzhofen]
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]

Ja, aber wer hat denn für ihn als Chefunterhändler verhandelt? Für Sie ist doch ein Flunderergebnis herausgekommen: die „gewaltige“ Absenkung des Eingangssteuersatzes von 25 Prozent auf 19,9 Prozent in drei Trippelschritten bis zum Jahre 2002. Das hilft uns doch nicht weiter! Bis zum Jahre 2002 ziehen Sie denselben Bürgerinnen und Bürgern, denen Sie diese 5 Prozent Steuersenkung in die linke Tasche geben, die Ökosteuern aus der rechten Tasche. Das ist ein Betrug an der Öffentlichkeit. Und so darf das auch genannt werden.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Sie als Grüne haben das auch erkannt. Ihr Chefunterhändler – bei den Koalitionsverhandlungen war ja fast jeder Chefunterhändler, außer dem Bundeskanzler –, der Chefunterhändler der Grünen, hat erklärt, man sehe jetzt doch noch Spielraum für einen Spitzensteuersatz bei 45 Prozent oder darunter. Meine Damen und Herren, ich formuliere es einmal so: Die Grünen sollen ruhig sagen, dass sie

jetzt endlich einmal regieren wollen. Das ist völlig in Ordnung. Das will jeder; darum gibt es einen Wettbewerb. Die Grünen sollen aber nicht den Versuch machen, zu erklären, dass sie programmatisch irgendeinen Anteil an der Politik hätten, die die Koalition jetzt vertritt. Dabei geht es nämlich nicht um eine Ökosteuer und auch nicht um eine Modernisierung, sondern da handelt es sich um schlichtes Abkassieren. Es gibt keine neue **Abfallwirtschaft**. Die Grünen haben auch keine neue **Verkehrspolitik** eingeleitet. Der Transrapid läuft jetzt durch die nordrhein-westfälische Landespolitik als eine Art fahrbares Garzweiler III.

Beifall bei der F.D.P.

Am Ende wird der Verkehrsminister erklären, er wolle doch die alte Strecke nehmen. — Das alles werden wir hier erleben. Ich lese den Grünen einmal ihre „Verhandlungserfolge“ vor: Garzweiler II wird genehmigt. Ich sage voraus: Auch der Frankfurter Flughafen wird ausgebaut. Dazu gibt es einen interessanten Vorschlag des Grünen Tom Koenigs. Die Grünen haben immer gesagt, der Flughafen dürfe nicht über den Zaun hinaus ausgebaut werden. Jetzt hat Tom Koenigs erklärt, man könne den Zaun doch ein Stückchen verschieben. — Das ist eine sehr findige Regierungsbeteiligung in Hessen!

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Die **Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“** sollen mit den Grünen weiterlaufen. Mir gefällt das; das ist ja auch völlig richtig. Dann aber sollen die Grünen nicht den Versuch machen, hier ihre Programmtreue vorzutragen. Frau Kollegin Müller, Sie waren platt wie eine Flunder. Sie stellen den Außenminister und haben sich dessen Politik und Jogging angeglichen: Fünf Kilometer am Rhein entlang, Spitzkehre, fünf Kilometer zurück — das ist Bewegung, aber kein Fortschritt für Deutschland! Das ist das Verhandlungsergebnis.

Heiterkeit und
Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Nein, meine Damen und Herren, Deutschland hat mit dieser Art von Politik, bei der jetzt in Nachbesserungsrunden nachgegessen wird, einen Zeitverlust zu befürchten. Ich lese in der Zeitung, bei SPD und Grünen sollten sich jetzt Reformallianzen bilden. — Meine Herrschaften! Eine Reformallianz muss man haben, wenn man regieren will. Wenn man sie erst hinterher bildet, ist es zu spät. Ich will deshalb noch einmal auf Roland Berger zurückkommen.

Rezzo Schlauch
[BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Lieber
Gott, macht ihn
doch zum Ehren-
mitglied! Er wird
sich bedanken!

Albert Schmidt
[Hitzhofen]

[BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Der kann
sich nicht wehren!

Lachen und
Beifall bei der
F.D.P. – Beifall bei
Abgeordneten der
CDU/CSU

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei Abg. der
CDU/CSU – Rezzo
Schlauch [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]:
Sie aber auch!

Ingrid Matthäus-
Maier [SPD]:
Kalter Kaffee!

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Ihm wurde die Frage gestellt: Wie kann Schröder – so fragte dieses bekannte Magazin – sich noch befreien und die versprochene Modernisierung von Staat und Wirtschaft angehen? Der interviewte Roland Berger

antwortete darauf aus meiner Sicht verblüffend deutlich. Er sagte: Will er das überhaupt? Er ist Kanzler und hat sein Lebensziel erreicht, fügte er hinzu.

Herr Bundeskanzler, Sie müssen in diesem Haus mehr vortragen als heute bei Ihrer Regierungserklärung,

um dem in der Öffentlichkeit entstandenen Eindruck entgegenzuwirken, dass zwar Sie es waren, der zum Kanzler gewählt worden ist, die Führung der Regierungsgeschäfte aber beim Finanzminister liegt.

Das ist gar kein kalter Kaffee; es ist in der deutschen Öffentlichkeit umgehend deutlich geworden, wer hier das Sagen hat. Ich finde, wir Parlamentarier haben ein Recht, zu erfahren, wer wirklich das Sagen hat. Wenn Sie modernisieren wollen, finden Sie uns an Ihrer Seite. Wenn Sie den sich abzeichnenden strategischen Kurs fortsetzen, fahren Sie Deutschland in die Sackgasse – finanziell, dadurch, dass Sie Zeit verspielen, und mit einer falschen politischen Konzeption. Der treten wir entgegen.

Herr Bundeskanzler, es sind ja nicht wir allein, die Ihnen entgegen-treten. Es gibt eine Heerschar solcher Personen, auch aus Ihren eigenen Reihen. Ich greife einmal diejenigen heraus, deren Seriosität überhaupt nicht bestritten werden kann. Sie kennen genauso gut wie ich – deshalb zieht die Erblastlegende überhaupt nicht – die Stellungnahme der führenden wirtschaftswissenschaftlichen Insti-tute. Sie ist ganz eindeutig. Darin sagen die Institute Ihnen, dass die von Ihnen beabsichtigte **Steuerreform** kaum zu höherem Wachstum und schon gar nicht zu mehr Beschäftigung führt. Diese Stimmen werden ergänzt von Herrn Schmoldt, dem Vorsitzenden der IG Bergbau, Chemie, Energie, der dasselbe erklärt. Die wirtschafts-

wissenschaftlichen Institute fordern Sie geradezu auf, couragierter heranzugehen. Die öffentlichen Haushalte, so sagen die Institute – wenn Sie es Herrn Schäuble und mir nicht glauben, dann zitieren wir die Institute; sie sagen es Ihnen und der deutschen Öffentlichkeit –, leiden nicht unter einer solchen Not, wie die Chefunterhändler der Koalition bekannt geben. Es ist erkennbar, dass Sie zu mehr Steuer-senkungen in der Lage wären, wenn Sie das nur wollten. Sie wollen es aber nicht, weil Sie nicht Steuersenkung im Sinn haben, sondern **Umverteilung**. Bei diesem System zahlen dann die Jüngeren für die Rentner, die Kleinen für die Großen, der Mittelstand für die Groß-industrie und die nächste Generation für den Verbrauch, den Sie jetzt bewirken. Das ist das Falsche an Ihrer Politik.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Wir werden den Gesetzentwurf zur **Ökosteuer** in der nächsten Woche vorgelegt bekommen. Die Institute sagen Ihnen aber schon jetzt, dass eine deutliche Entlastung der Umwelt bei gleichzeitigem Abbau der Arbeitslosigkeit von einer ökologischen Steuerreform nicht geleistet werden kann. Ob die Erhöhung eine Mark oder zwei Pfennig ausmachen soll, ist völlig egal. Das, was Sie vorhaben, kann nicht geleistet werden. Der Staatssekretär Tacke aus dem Wirt-schaftsministerium wird mit den Worten zitiert – der Mann drückt sich vorsichtig aus; völlig zu Recht –, die doppelte Dividende sei geringer, als man dachte. Recht hat der Mann; das hätte man auch vorher wissen können. Ich will erläutern, was das bedeutet. Die doppelte Dividende ist nicht nur geringer, sehr verehrter Herr Ta-cke; bei einer doppelten Dividende dieser Art ist klar, dass in dem Maße, wie das eine Ziel erreicht wird, das andere verfehlt werden muss. Wird die Umwelt geschont, dann bekommt Herr Lafontaine keine Einnahmen, mit denen er die Lohnnebenkosten senken kann. Diese Erfahrung kann Ihnen auch jemand mitteilen, der nicht Volkswirtschaft studiert hat. Das sagt uns schon der gesunde Menschenverstand. Trotzdem machen Sie es. Wenn Sie es machen, müssen Sie hier gewaltige Argumente anführen, warum. Sie müssen die deutsche Öffentlichkeit darüber aufklären, warum Sie das tun.

Ich sage Ihnen: Sie hängen dem uralten, anscheinend nicht ausrott-baren sozialdemokratischen Glauben an, dass der Staat die bessere

Institution zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit ist, so dass er den Bürgern etwas mehr abnehmen soll, um es dann auf anderen Wegen zuteilen zu können. Wir Freien Demokraten repräsentieren den entgegengesetzten Denkansatz: Wir glauben, dass eine Gesellschaft vitaler ist, wenn man den Bürgern mehr Geld belässt und es ihnen nicht aus der Tasche zieht. Deshalb sind wir gegen Ihre Politik.

Beifall bei der
F.D.P. sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Mit der Ökosteuer wird kein Impuls für die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgelöst. Im Übrigen bin ich gespannt, ob der Gesetzentwurf Ungereimtheiten beseitigt. Kohle soll bei der Verstromung stärker steuerlich belastet werden. Wer Brikett oder Eierkohle in den Ofen schiebt, gilt als Umweltsünder. Erdgas und Öl, deren Einsatz umweltfreundlicher ist als etwa die Brikettverfeuerung, wollen Sie genauso hoch besteuern. Das müssen Sie einmal vernünftigen Menschen erklären. Das ist nicht erklärbar. Das ist nur dann zu erklären, wenn Sie sagen: Das ist für uns eine Glaubensfrage. Da uns die Kollegin Müller auf Dänemark verwiesen hat, möchte ich Sie auffordern: Erzählen Sie einmal dem staunenden Haus, wie die Umweltentlastung in Dänemark zurückgegangen ist, nachdem dort Ökosteuern eingeführt worden sind! Die Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft hat zehnmal so viel an Umweltentlastung gebracht wie die Ökosteuererhöhung in Dänemark.

Beifall bei der F.D.P.

Deshalb wollen wir bei dem eingeschlagenen Weg bleiben.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU –
Rezzo Schlauch
[BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]:
Wer will da bleiben?

Im Übrigen: Herr Bundeskanzler, Sie haben in der Regierungserklärung gesagt, am Ende der Legislaturperiode, also 2002, wollen Sie die Menschen um 15 Milliarden DM entlastet haben.

Siegfried Hornung
[CDU/CSU]:
Vier Wochen
vor der Wahl!

Darf ich Sie daran erinnern, wie Sie die Entlastung in Höhe von 7 Milliarden DM, die wir in der letzten Legislaturperiode im Zuge der Soli-Senkung vorgenommen haben, kommentiert haben? – Das sei nur soviel „wie für eine Pizza“. Und jetzt verkaufen Sie die 15 Milliarden DM als eine große Steuerreform!

Dr. Gregor Gysi
[PDS]: Das ist
dann eine Pizza
für zwei Personen!
Immerhin!

Ich halte das für unververtretbar: sich in der letzten Legislaturperiode über die Rückgabe von 7 Milliarden DM so zu erregen und jetzt

15 Milliarden DM als Konzept für vier Jahre deutscher innovativer Politik vorzutragen – und das vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die letzte Steuerschätzung für das Jahr 2002 etwa 150 Milliarden DM mehr Steuereinnahmen voraussieht. Angesichts dessen muss ich Ihnen vorwerfen: Ihr Finanzminister hat durch sein strammes Verteilungsgedanken das Geld, das die Bürger in Deutschland bis zum Jahre 2002 noch erarbeiten müssen, schon längst verpulvert! Gegen diese Politik werden wir angehen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Es geht auch nicht nur um die Frage: Ist das die falsche Grundrichtung? Reichen die **Reformanstrengungen** – die ich gar nicht erkennen kann – aus? Nein, es geht auch darum, ob Ihre Regierung wirklich willens und in der Lage ist, auf der Höhe der Zeit die Themen so zu bearbeiten, wie es bei nahezu jeder modernen Wettbewerbsgesellschaft auf dieser Welt der Fall ist. Alle anderen modernen Wettbewerbsgesellschaften, mit denen wir stärkste Konkurrenz aushalten müssen, haben eine solche Politik spätestens zwei Jahre nach dem Einstieg korrigieren müssen.

Wir werden mit Interesse beobachten, wie es im weiteren Verlauf um die **Modernisierungsbereitschaft** Ihrer Regierungskommissionen und Arbeitsgruppen bestellt ist. Aber es geht um mehr: Sie mögen bei den sozialen Sicherungssystemen durch nicht geeignete Reformanstrengungen Fehler machen. Sie können falsche wirtschaftspolitische Akzente setzen. – Das können wir immer mit dem Florett ausfechten. Aber der schwere Säbel der Opposition wird erst bei dem verantwortungslosen Gequatsche von Oskar Lafontaine über das Thema Geldwertstabilität, Bundesbank und Europäische Zentralbank gezogen.

Meine Damen und Herren, das ist kein beliebiger Spielplatz. Die Einrichtung einer unabhängigen Notenbank mit dem Auftrag, die Geldwertstabilität zu wahren, gehört – dies ist über alle Parteigrenzen hinweg anerkannt – zu den institutionell erfolgreichsten Nachkriegsergebnissen deutscher Politik. Wer hier in Interviews leichtfertig redet, wer in der europäischen Öffentlichkeit den Eindruck erweckt – „Hauptsache, wir haben einmal darüber gesprochen“ –, man könne mittels dauerhafter öffentlicher Auseinandersetzungen

die Entscheidungen der Bundesbank konterkarieren und die Europäische Zentralbank schon einmal vorsorglich darauf vorbereiten, welcher Wind im nächsten Jahr weht, der macht all das an Ergebnissen zunichte, was die Bundesregierung von CDU/CSU und F.D.P. im europäischen Kontext in Stabilitätsverhandlungen erreicht hat. Ein grober Fehler!

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Sie mögen das ganze Kapitel noch so sehr abfeiern: Ich habe gelesen, neulich haben Sie erklärt – vor einem besonders kundigen Gewerkschaftspublikum, das an Geldwertstabilität natürlich, wie immer, interessiert ist –, man könne das einmal diskutieren. Herr Bundeskanzler, „Hauptsache, wir haben einmal darüber gesprochen“ reicht als Auskunft nicht. Im Verhältnis zu den erreichten Zielen gehört für deutsche Politik zum Start am 1. Januar des nächsten Jahres mit EZB und Euro, dass sich dieses Land stabilitätskonform verhält und in der alten Kultur der Geldpolitik der Bundesrepublik Deutschland, die Tradition hat, ja Staatsräson ist, verbleibt. Es gibt, wie ich sehe, nur ganz wenige, die sich in der jetzigen Situation an diesem verantwortungslosen Geschwätz beteiligen. Und es genügt nicht der Hinweis, auch der Herr Bundesbankpräsident habe nun zugestanden, man könne ja einmal darüber sprechen. – Nein, darum geht es dem Herrn Lafontaine nicht. Der will durch dauerndes Gerede die alte Stabilitätspolitik so unterminieren,

Dr. Wolfgang
Schäuble [CDU/
CSU]: So ist es!

dass ihm die Rechenschaftspflichtigkeit der EZB irgendwann wie eine reife Frucht in den Schoß fällt! Das nutzt vielleicht Herrn Lafontaine; das schädigt aber die Bezieher kleiner Einkommen, die Rentner, die auf die Geldwertstabilität angewiesen sind, weil sie keine Sachwertbesitzer sind. Für die werfen wir uns in dieser Diskussion in die Bresche.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Wo immer Sie einen Zipfel erwischen können, da packen Sie auch zu. Deshalb muss man den Anfängen wehren. Ihren Beutezug ins Wirtschaftsministerium mögen Sie noch so viel mit dem Hinweis auf das britische Treasury garnieren. Dieses hat eine andere Tradition. Selbst wenn ich dieses Argument und den Hinweis auf Herrn Strauss-Kahn akzeptiere: In Deutschland widerspricht dieser Beutezug von Oskar

Lafontaine den berühmten „checks and balances“, die in unserer deutschen wirtschaftlichen Tradition immer beachtet wurden. Das ist doch keine Verschlenkungmaßnahme.

Darf ich Ihnen einmal vorlesen, Herr Schröder, was Sie als Ministerpräsident am 24. November 1994 zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl gesagt haben? – Ich zitiere: Es fällt auf, dass in dieser Regierung das Wirtschaftsministerium offenbar als eine Art Steinbruch für andere Häuser benutzt wird.

Zuruf von der CDU/
CSU: Hört! Hört!

Es kann einem schon leid tun, wie mit dem amtierenden Wirtschaftsminister umgegangen wird. – Haben Sie Herrn Müller oder Herrn Stollmann gemeint?

Meine Damen und Herren, dieser Beutezug ins Wirtschaftsministerium ist nicht nur das Herausklamüsern von einigen Aufgaben oder ein Stück Zentralisierung wegen der besseren europäischen Verhandlungslinie. Nein, das ist eine Tendenz, die sich in Ihrer Regierung andeutet. Sie gehen mit Unabhängigkeit und Souveränität von Ressortministern nicht gut um.

Dr. Gregor Gysi
(PDS): Das war auch
nicht die Stärke von
Kanzler Kohl!

Ich füge noch ein Beispiel hinzu, weil es notwendig ist. Sie haben jemanden als **Verteidigungsminister** auf Ihre Regierungsbank geholt, der gar nicht dahin wollte und der in seiner früheren Funktion einem anderen im Wege war. Das ist der innere Zustand der Mechanismen, mit denen hier Politik gemacht wird. Das spreche ich hier an. Sie sind als Kanzlerkandidat angetreten und haben in der deutschen Öffentlichkeit von einem Modernisierungseffekt gesprochen. Sie haben Ihren Wahlkampf durch Events bestimmt. Sie haben Menschen für sich gewonnen, die daran geglaubt haben, dass Sie als reformerischer Kanzler antreten. – Die alle haben Sie enttäuscht. Ich treffe heute kaum noch jemanden, der sich optimistisch, zuversichtlich dazu bekennen will, Sie gewählt zu haben.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Sowohl bei dem Steuerthema wie bei vielem anderen: Sie haben Ihren Start innerhalb weniger Tage granatenhaft vergurkt. Sie haben alles in den Orkus geredet, was an guten Hoffnungen da war. Sie

haben die **Neue Mitte** zertrampelt. Sie haben in Ihrem Programm geschrieben: Sie setzen auf die Leistungsbereiten. – Ich wusste, das war ein Tippfehler: Sie setzen sich auf die Leistungsbereiten! Das wollen wir nicht zulassen.

Heiterkeit und
Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Meine Damen und Herren, in der letzten Legislaturperiode war für die Grünen vieles an liberaler **Außenpolitik** falsch. Ich habe mir die Reden von Herrn Fischer immer angehört. Heute reist Herr Fischer – ich begrüße das – in alle Länder der Welt und verkündet – bisher jedenfalls erkennbar – die Kontinuität deutscher Außenpolitik. Der Außenminister ist nicht hier; man mag es ihm übermitteln: Herr Fischer ist auf Grund seiner derzeitigen Amtsführung der beste Beleg dafür, dass liberale Außenpolitik in gemeinsamer Verantwortung von Außenminister Klaus Kinkel und Bundeskanzler Helmut Kohl so schlecht nicht gewesen sein kann, wenn er sich jetzt voll in deren Kontinuität bewegt.

Beifall bei der
F.D.P. sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Ich finde das in Ordnung. Wir werden aber genauestens beobachten müssen, ob das in seiner Fraktion auch so bleibt; denn der Koalitionsvertrag, meine verehrten grünen Kolleginnen und Kollegen, ist das glatte Gegenteil von dem, was Sie beschlossen haben. Ich glaube nicht, dass mich meine Partei weiter an der Spitze getragen hätte, wenn ich unter Vernachlässigung und Missachtung der eigenen Beschlusslage so schnell versucht hätte, ins Außenministerium zu kommen, wie Joschka Fischer das gemacht hat.

Beifall bei der F.D.P. –
Dr. Gregor Gysi [PDS]
Doch!

Aber bei Ihnen ist das an der Tagesordnung. Ich halte das im Interesse Deutschlands nicht für schlecht. Aber erzählen Sie als Grüne bitte niemandem mehr, dass Ihr Programm fünf Minuten nach seinem Druck in der Bundesrepublik Deutschland noch irgendetwas gilt. Die Zeiten des Respekts sind vorbei.

Beifall bei Abge-
ordneten der F.D.P.
und der CDU/CSU

Der Außenminister hat unsere Unterstützung, wo er in Kontinuität arbeitet. Wir werden aber genau beobachten, ob das auch für seine Fraktion gilt. Herr Kollege Schäuble, über eines sind wir uns, glaube ich, klar: Wenn diese rotgrüne Regierung vor schwierigen Entscheidungen steht, muss sie zunächst einmal ihre eigenen

Mehrheiten bringen. Wir sind nicht Ersatzreserve III, 2. Klasse, Abteil 2 a, um Mehrheiten zu beschaffen, die sie selbst in der Koalition nicht haben. Wer dieses Land regieren will, muss auch unangenehme Fragen entscheiden.

Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.

Ich will jetzt noch auf einige Punkte der Regierungserklärung eingehen und die Sachverhalte bewerten. Die Opposition muss hart in der Sache darstellen, wo es nötig ist. Wo es parteiübergreifende Entscheidungen gibt, sollte man das sagen. Im Bereich der **Innenpolitik** ist für uns durchgängig ein pragmatischer Lösungsansatz zu erkennen. Das hat uns wiederum gefreut. Die Grünen haben mit diesem Ansatz ihre Schwierigkeiten. Wir werden sehen, wie sich das in der praktischen Politik niederschlägt. Es zeigt jedenfalls, dass die entscheidenden Gesetze – beim **Asylrecht**, bei der **Bekämpfung der organisierten Kriminalität** – für die wir so beschimpft worden sind, nicht verändert werden. Die sind unter Dach und Fach. Wahrscheinlich freuen Sie sich sogar darüber, dass wir die noch unter Dach und Fach gebracht haben, weil Sie Schwierigkeiten hätten, sie unter Dach und Fach zu bringen. Sie respektieren damit aber, dass unsere Entscheidungen richtig waren. Ich bedanke mich ausdrücklich für diese nachträgliche Anerkennung.

Auch wir wissen, dass es in der **Drogenpolitik** keinen Königsweg gibt. Wir sind bereit, neu nachzudenken. Aber auch bei neuen Wegen gelten Wertentscheidungen. Eine Freigabe von Drogen kommt für uns nicht in Frage. Aber der Weg, einem Arzt zu ermöglichen, an Schwerstabhängige Drogen auf dem Weg zur Therapie abzugeben, um sie nicht in die Kriminalität rutschen zu lassen und um den Menschen, die schwer krank sind, wirklich zu helfen, ist mit uns ausdrücklich zu gehen.

Beifall bei der F.D.P.

Lassen Sie sich auf einen solchen Weg ein! Suchen Sie dafür parlamentarische Mehrheiten, dann gehen wir diesen Weg mit! Ich schließe einen zweiten Punkt an.

Das **Staatsangehörigkeitsrecht** ist für die F.D.P. nicht nur ein Stück Papier. Es geht um die Notwendigkeit, den bei uns schon lange

lebenden Ausländern ein faires Angebot der Integration zu machen. Es darf aber keine Beliebigkeit geben. Man muss von ihnen auch den Willen zur Integration erwarten dürfen. Wir werden bereit sein, ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht zu beschließen. Ich sage Ihnen aber auch: nicht jedes. Wenn Sie Wert auf parteiübergreifende Abstimmung legen, dann sollten Sie in der Koalition beraten, ob Sie die jetzige Breite der doppelten Staatsbürgerschaft nicht zurückführen. Denn die doppelte Staatsbürgerschaft als Regel ist nicht unsere Vorstellung. Ich glaube, dass dieser Ansatz keine Akzeptanz in der deutschen Öffentlichkeit finden wird.

Michael Glos
(CDU/CSU): Richtig!

Auch der alte Ansatz, das nicht zu reformieren, war falsch. Man muss sich hier um gesellschaftliche Akzeptanz bemühen.

Beifall bei der F.D.P.

Deshalb sage ich Ihnen, Herr Bundeskanzler: Wir wollen, dass beim Staatsangehörigkeitsrecht Mitte und Maß ausschlaggebend sind, die gesellschaftliche Akzeptanz mitbewertet wird. Wenn Sie der Auffassung sind, es wäre für das Parlament und für Deutschland gut, dass ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht eine breitere parlamentarische Zustimmung findet, dann biete ich sie Ihnen ausdrücklich mit dem Hinweis an, dass dann aber auch Ihre Seite, die Mehrheitsseite dieses Hauses, eine Korrektur anbringen muss. Gehen Sie bei dem Modell „doppelte Staatsbürgerschaft nahezu als Regel“ ein Stück zurück, verständigen Sie sich mit uns auf das Angebot an die Kinder, die hier geboren werden, und wir werden nicht zögern, einem solchen Gesetzentwurf zuzustimmen!

Beifall bei der F.D.P.

Ich sage dies deshalb, weil Oppositionsarbeit sowohl Kritik als auch variantenreiches Arbeiten beinhalten muss. Herr Bundeskanzler, Sie werden – das ist meine tiefe Überzeugung – die von Ihnen eingeleitete Politik, die in dieser ersten Phase maßgeblich von Finanzminister Lafontaine bestimmt worden ist, in den finanziellen, steuerpolitischen und wirtschaftlichen Grunddaten im Laufe dieser Legislaturperiode korrigieren müssen. Das ist nur eine Frage der Zeit. Sie werden dem Themendruck und Adam Riese nicht entkommen. Wir wollen jetzt einmal sehen, wie lange das dauert. Wir werden Sie dabei kritisch begleiten. Sie werden Ihre Politik verändern müssen.

Dann werden wir uns in einer solchen Debatte wieder treffen. Das wird dann eine wichtige Debatte für Deutschland sein. Nur, bedauerlicherweise wird das Land bis dahin Zeit verloren haben. Es wäre besser, Sie kehrten jetzt um.

Anhaltender Beifall
bei der F.D.P. –
Beifall bei
der CDU/CSU

REDE

Wir sichern die Freiheit des Einzelnen

Zum letzten Mal treffen wir uns beim Dreikönigstreffen 1999 in Stuttgart im alten Jahrhundert. Der Blick auf das vor uns liegende Jahr 1999 geht diesmal schon ins nächste Jahrtausend. Ich freue mich über Ihre Anwesenheit hier im Staatstheater und stelle fest, dass die F.D.P. ihre Anziehungskraft nicht verloren hat. Wir haben keine Patina angesetzt.

Nach fast dreißig Jahren Regierungsarbeit haben wir eine neue Aufgabe. Wir sind **Oppositionspartei** im Deutschen Bundestag. Wir sind darauf programmatisch und personell vorbereitet. Aus der Regierungsverantwortung sind wir ohne Wehmut geschieden. Für die Opposition gilt: Strategie statt Nostalgie. Einige von uns haben neue Aufgaben. Schauen Sie sich das Podium hier an. Sie können mir glauben, wir sitzen nicht nur nebeneinander, wir stehen auch zusammen.

Der Souverän hat entschieden. Die Wählerinnen und Wähler wollten den Wechsel, und sie haben ihn bekommen. Die SPD hat einen überragenden Wahlsieg erzielt, das ist niemandem verborgen geblieben. Sie hat versprochen, zwar nicht alles anders, manches aber besser zu machen. Das ist allerdings bisher so ziemlich jedem verborgen geblieben. Gerhard Schröder ist nicht Tony Blair, und die SPD ist nicht new labour. Im Gegenteil: Die Wählerinnen und

Wähler haben Gerhard Schröder maßlos überschätzt und Oskar Lafontaine gefährlich unterschätzt.

Gerhard Schröder ist im wahrsten Sinne des Wortes der schlecht vorbereitete Verlierer der Koalitionsverhandlungen, und Oskar Lafontaine ist der gut vorbereitete Gewinner der Koalitionsverhandlungen. Nach der Wahlwerbung um die neue Mitte dominiert nun wieder die alte Linke. Die Grünen sind mit von der Partie, sie haben sich bei den Koalitionsverhandlungen platt wie eine Flunder gemacht.

In der **Sozialpolitik** triumphieren die alten sozialdemokratischen Rezepte großer kollektiver Solidargemeinschaften. In der **Wirtschaftspolitik** dominiert Lafontaine'sche Konjunkturpolitik vor der investitionsfreundlichen Struktur- und Steuerpolitik. In der **Steuerpolitik** herrscht Umverteilung vor Arbeitsplätzen und kleine Trippelschritte anstelle von Courage zu Steuersenkungen. In der **Europapolitik** werden von der neuen deutschen Regierung wilhelminische Töne laut, aber auf dem EU-Gipfel Null Ergebnisse erzielt.

Die bisherige Bilanz von Rot-Grün ist handwerklich mangelhaft und inhaltlich falsch. Es lag nicht an den Koordinationsmängeln der ersten einhundert Tage. Es lag an dem politischen Konzept der Vergangenheit, mit dem die Zukunft nicht gestaltet werden kann.

Oskar Lafontaine hat mit seinen konjunkturpolitischen Theorien international eine Abfuhr nach der anderen erhalten. Zielzonen für feste Wechselkurse sind gescheitert, die Steuerharmonisierung in der Europäischen Union wird nicht auf der Basis der hohen Steuern in Deutschland zustande kommen, und die neue Lastenteilung innerhalb der Europäischen Union wird schwieriger erreichbar sein, als der Bundeskanzler ahnt.

Joschka Fischer beginnt im guten Anzug und verspricht die Kontinuität der deutschen Außenpolitik. Dann aber gibt er der grünen Basis ein Stückchen Zucker mit der völligen Verdrehung der atomaren Erstschatzdiskussion der NATO, findet aber für diese Ansicht nicht einen einzigen Verbündeten innerhalb der NATO.

Das verantwortungslose Geschwätz des Finanzministers Oskar Lafontaine über die Politik der Zentralbank gefährdet unser Geld und verletzt die große deutsche Nachkriegstradition der unabhängigen Notenbank. Die Politik der rot-grünen Bundesregierung kommt die Bürger durch eine total verhedderte Steuerreform mit Öko-Etikettenschwindel teuer zu stehen. Der Anschlag auf den Mittelstand ist in Vorbereitung. Wer die Teilwertabschreibung abschafft, ohne gleichzeitig die Steuersätze deutlich zu senken, der schafft für viele mittelständische Betriebe eine drastische Steuererhöhung und vernichtet Arbeitsplätze.

Die Politik der rot-grünen Bundesregierung flexibilisiert keine Arbeitsmärkte. Sie beseitigt keine strukturellen Defizite. Sie konsolidiert keine Haushalte und baut keine hohe Steuer- und Abgabenlast ab. Sie gibt auch Bildung und Ausbildung keine wirklich neue Priorität.

Die rot-grüne Bundesregierung macht ihre Hausaufgaben nicht. Sie setzt nicht auf die Leistungsbereiten, wie es im SPD-Programm steht. Das war ein Tippfehler: Sie setzt sich auf die Leistungsbereiten.

Bisher galt die Hoffnung: Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den dazugehörigen Verstand. Diese Hoffnung ist von Rot-Grün deutlich enttäuscht worden. Rot-Grün 1999, das wird ein Jahr des Zeitverlustes für die Bundesrepublik Deutschland im weltweiten Wettbewerb. Die **Systeme der sozialen Sicherung** sind unbeweglich geworden, die Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten werden wieder zurückgedrängt. Jedermann weiß aber, dass die ungebremste Überführung individueller Lebensvorsorge in das steuer- und beitragsfinanzierte Kollektiv so nicht mehr finanzierbar ist.

Der **Arbeitsmarkt** in Deutschland wird wieder stärker reguliert. Der Arbeitsmarkt in Deutschland wird einheitlich und kollektiv verwaltet und dadurch unter enormen Kräfteverlusten nahezu stranguliert. Seit zwei Jahrzehnten ist versucht worden, die Probleme der gesetzlichen Krankenversicherung durch Kostendämpfungsgesetze zu kurieren. Deren stets nur begrenzter Erfolg hat zu einer Struk-

turreform geführt, die jetzt von Rot-Grün wieder vernichtet wird. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Kassen werden verengt, und die Transparenz für die Inanspruchnahme von Leistungen vernichtet. Für die notwendige Modernisierung ist die rotgrüne Koalition nicht gerüstet. Sie ist kein Reformhaus. Wo Diät notwendig wäre, füttert sie hinzu, wo Stärkungsmittel verabreicht werden müssen, verordnet sie FDH. Statt Vitaminen gibt sie Schlafmittel und an anderer Stelle statt Dopingkontrollen wiederum Anabolika.

Das alles wird ergänzt durch eine sich im Dauertauchen übende Partei Bündnis 90/ Die Grünen. Die Verzückung über die Erlangung der Regierungsmacht hält noch an, die Bereitschaft, bisherige Positionen über Bord zu werfen auch, und Kreide wird gleich in Kilopaketten geschluckt, dass es nur so staubt.

Die F.D.P. kennt nun wirklich Koalitionsverhandlungen zur Genüge. Wir kennen die Schwierigkeiten bei gegensätzlichen Positionen und das oft mühselige Suchen nach Kompromissen. Wir sind auch vertraut mit Vorwürfen, dies und jenes nicht durchgesetzt zu haben. Aber ich kann Ihnen hier glaubhaft versichern: Gegen die Grünen waren wir geradezu Helden.

Die Grünen haben sich, wenn man die rot-grüne Koalitionsvereinbarung liest, in keinem Punkt ihren Zielen genähert. Weder beim Tempolimit, noch bei einer wirklich umfassenden Ökosteuerreform, weder beim Austritt aus der NATO, noch bei einer Reduzierung der Bundeswehr, noch bei einer ökologischen Verkehrswende. Nicht, dass wir darüber unglücklich wären: Aber die Grünen müssen sich an ihren eigenen Versprechungen und Prinzipien messen lassen.

Selbst bei dem Punkt, bei dem sie behaupten, sie hätten in der Koalitionsvereinbarung Klarheit geschaffen, beim Ausstieg aus der **Kernenergie**, zeigt sich im politischen Alltag, dass anscheinend nichts klar ist. Entweder sind unsere Kraftwerke nicht mehr sicher genug, dann müssen sie abgeschaltet werden und zwar möglichst sofort. Oder sie sind auf hohem Sicherheitsniveau, aber die Entsorgung der Kernbrennstoffe ist es nicht, dann muss auch ausge-

stiegen werden, weil keiner weiß, wohin mit dem Zeug. Wenn aber die deutschen Kernkraftwerke als sicherste der Welt gelten und es nicht wirklich gesichert ist, dass alternative Konzepte tatsächlich eine wirksame Reduktion der Kohlendioxidbelastung garantieren, ist die Option auf die Kernkraft unverzichtbar.

Option heißt für die F.D.P. dabei nicht, einfach weiter so, sondern auch Weiterarbeit an besseren Techniken beim Einsatz von Kernbrennstoffen. Aus dieser Arbeit darf sich Deutschland schon deshalb nicht verabschieden, weil inhärent sichere Kraftwerke entwickelt werden können und müssen. Es mag gefährlich sein, Energie aus Kernbrennstoffen zu gewinnen, verglichen mit den Folgen einer weltweiten Klimaveränderung muss diese Gefahr aber bewältigt werden können.

Ja, es ist sogar die Verpflichtung weiterentwickelter, hochleistungsfähiger Gesellschaften, Kompetenz im Umgang mit Kernenergie zu behalten. Der Weiterbetrieb von Reaktoren, die nach internationalem Standard sicher sind, ist schon deswegen unerlässlich, weil derzeit abgebrannte Brennstoffe in diesen Kraftwerksanlagen zwischengelagert sind und es für sie noch keinen anderen Verbleib gibt. Vor allem dann, wenn man wie Rot-Grün es vorhat, die Wiederaufbereitung beenden will.

Wenn ich in solch zentralen Fragen für die Politik der F.D.P. mit einer derartigen Bilanz vor einen F.D.P.-Bundesparteitag getreten wäre und gesagt hätte, dies ist unser Koalitionsvertrag, ich hätte froh sein können, mit dem Leben davonzukommen. Die Grünen haben alles geschluckt. Von dieser Partei der Prinzipien ist nur noch das Prinzip geblieben, keines mehr zu haben. Früher konnten Sie bei jeder Menschenrechtsverletzung in China und bei jedem Vorgehen gegen Dissidenten am nächsten Tag die Aufforderungen von Herrn Fischer an Herrn Kinkel hören, der chinesischen Führung Ratschläge zu erteilen. Heute dürfen Sie bei einem erkennbaren, viel energischeren Vorgehen der chinesischen Führung gegen Dissidenten die Meldungen an einer Hand abzählen, die der Bundesaußenminister Fischer nach Peking drahtet.

Und die Verdrängungsreserven zugunsten des Machtstrebens sind noch lange nicht erschöpft. Im Stile einer japanischen Automarke „alles ist möglich“ fordert der ehemalige Vorstandssprecher Trittin eine Neuorientierung gegenüber der PDS. Er versteht die öffentliche Aufregung über eine Zusammenarbeit zwischen SPD und PDS im Osten nicht, sagt er. Wenn zwei sozialdemokratische Parteien sich zusammenfinden, so könne er nicht erkennen, dass sich da zwei völlig fremde politische Strukturen begegneten. Das ist für einen ehemaligen K-Gruppenfunktionär wohl nicht anders zu sehen. Nur: Für die Politik in der Bundesrepublik Deutschland hat dieser Mann erkennbar ein höheres Restrisiko als die ihm so verhassten Atomkraftwerke.

Vor einigen Wochen beschrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung in einem Kommentar, dass die SPD die Macht zum Teil gewonnen habe, weil in der europäischen Bevölkerung, und ich füge hinzu, auch in der deutschen Gesellschaft, die Sehnsucht nach alten Zeiten und nach einem Staat, der soziale Harmonie ausstrahlt und organisiert, groß ist. Die Widersprüche aber, so fährt der Kommentar fort, beginnen dort, wo die SPD sich auf eine andere Klientel beruft, die sogenannte neue Mitte. Denn die Macht ist der SPD auch gleichzeitig aus diesen Schichten erwachsen, deren Selbstbewusstsein im Zuge der Globalisierung gewachsen war und die auf politische Erneuerung drängten und sich auf eine emanzipierte SPD verlassen haben.

Jost Stollmann, der von dem roten Hahn aus dem Saarland vom Hof gebissen wurde, personifiziert dieses Dilemma. Da mag Gerhard Schröder, so oft er will, den strahlenden Helden geben und den Erneuerer spielen. Es ist die alte Tante SPD, die regiert. Sie ist nur gut geschminkt.

Wir wollen uns nicht damit begnügen, auf einem rot-grünen Verkehrsübungsplatz zu stehen, den Regierungsnovizen beim Verschalten und beim Abwürgen des Motors zuzusehen und ihr krampfhaftes Spurhalten zu beobachten.

Über alle Einzelthemen hinaus muss eine klare, grundsätzliche Auseinandersetzung geführt werden. Rot-Grün beginnt in diesen Tagen eine bedenkliche Politik. Die **Reaktorsicherheitskommission** will Herr Trittin neu besetzen. Das heißt nichts Anderes, als dass unliebsame Meinungen beiseitegeschoben werden sollen. Den **Sachverständigenrat** will Herr Lafontaine auf Linie bringen. Das heißt nichts Anderes, als dass ihm das Herbstgutachten nicht gefallen hat- das konnte es auch nicht. Den **Sachverständigenrat im Gesundheitswesen** hat Frau Fischer aufgelöst und will ihn neu besetzen, weil er zu anderen Konzepten rät, als Rot-Grün will. Die **deutschen Benennungsvorschläge für die EU-Kommission** haben SPD und Grüne in einem Kuhhandel ausgemacht: Die Grünen stimmen für einen sozialdemokratischen Bundespräsidenten und erhalten dafür einen grünen EU-Kommissar. Keine Rede mehr von der Tradition, immer auch einen Personalvorschlag der Opposition für die EU-Kommission einzubeziehen.

SPD und Grüne glauben wohl, alles zu ihrer Beute machen zu können. Diesen Versuch der Gleichschaltung nach innen, verbunden mit Rot-Rot im Osten und Rot-Grün im Westen, muss Einhalt geboten werden. Die Bundesrepublik gehört nicht SPD und Grünen, sie ist nicht das Eigentum einer Partei. Wilhelminisch nach außen, gleich ausgerichtet nach innen, mit sozialpolitischer Meinungspolizei und kulturpolitischer Geschmacksdiktatur, so stellen wir uns die Bundesrepublik Deutschland nicht vor.

Wenn 40 % der Menschen in Deutschland glauben, dass dies auf Dauer gut gehen könnte, so mögen dies 40 % in Deutschland glauben. Unsere Aufgabe besteht darin, diejenigen Menschen anzusprechen, die wissen, dass das nicht die Antwort für die Zukunft sein kann. Bei den Wahlen 1999 geht es deshalb um Kontrolle von Macht statt Allmacht, um Vielfalt statt Einfalt, um Gegengewicht statt Stromlinienform. Es geht um die Behauptung der Contraposition zu rot-grüner Politik.

Die F.D.P. erschöpft sich nicht in einem wandelnden Steuerberatungsbüro. Wir werden Lösungen auf allen politischen und gesellschaftlichen Feldern für unser Land voranbringen. Wir erheben einen **umfassenden Anspruch zur Gestaltung der Politik in Deutschland**. Die Botschaft, die wir vertreten, ist unbequem, aber sie ist richtig. Es ist die Botschaft der Orientierung statt der Gängelung, und sie lautet: „Weg vom Vollkaskostaat, Eigenverantwortung statt Anspruchsdenken, Differenzierung vor Vereinheitlichung, Vielfalt und Toleranz, Leistung und Verantwortung, Fairness und Spielregeln, Generationengerechtigkeit und Wettbewerb und Freiheit.“

Bahnbrechende Entscheidungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurden durch politische und gesellschaftliche Auseinandersetzungen getroffen: Die Westbindung nach dem Zweiten Weltkrieg, die Wiederbewaffnung, die Ostverträge und die neue Außenpolitik nach 1969 und ebenso die Nachrüstung. Die neue Fassung des Abtreibungsparagraphen 218 war Gegenstand breiter Dispute und kontroverser Diskussionen und langer Auseinandersetzungen.

Wir waren bei allen diesen Entscheidungen eine wichtige politische und gesellschaftliche Kraft, und wir müssen diese politische und gesellschaftliche Kraft auch behaupten. Wir müssen einladend sein, damit Menschen zu uns kommen, weil sie mit uns diskutieren möchten, weil sie bei uns Sachverstand vermuten und weil sie wissen, dass sie bei uns über pro und contra argumentieren können.

Wir müssen Farbe bekennen, wir müssen entschieden sein, kämpferisch auftreten und klar sagen, was wir wollen. Wir vermitteln keine Heilslehren oder einen Lebenssinn, der den Menschen Leiden abverlangt. Wir sichern die **Freiheit des Einzelnen**. Wir stehen für die **Offenheit einer Gesellschaft**, und wir freuen uns über die Chancen von Menschen zu persönlichem Glück etwa im Jahr 1999. Das klingt einfach, und es ist auch einfach. Das ist das kardinale Unterscheidungsmerkmal zu allen Systemen der Unterdrückung. Der liberale Gedanke hat Zukunft. Das Verteilungsdenken darf

nicht über die Leistungsbereitschaft obsiegen, und die Gleichheit darf die Freiheit nicht übertönen. Solange ein großer Teil von Rot-Grün ohne jeglichen Skrupel den Staat für verpflichtet hält, dem einzelnen Bürger Arbeit, Wohnen und ein Auskommen zu schaffen und ihm im wirtschaftlichen Umfeld Abgabegarantien zu geben und Subventionen auszuhändigen, werden die Grundlagen eines Gemeinwesens zerstört.

Das eigentlich Politische reduziert sich bei Rot-Grün auf eine Art Bedürfnisbefriedigung durch öffentliche Mittel unter nicht mehr tragbaren Kosten mit einem für alles zuständigen Staat. Ein übermäßiges Verlangen nach Absicherung und die Verweigerung von Risiken, das ist aber nicht der kulturelle Bezug zur Freiheit, den eine freiheitliche Gesellschaft braucht. Bei der Freiheit geht es aber nicht nur um Demokratie und Wachstum. Es geht um die **gesamte gesellschaftliche Kraft zur Freiheit.**

Freiheit darf nicht als unbequem empfunden werden. Der freiheitliche Charakter von Gesellschaften, die Freiheitsidee des Grundgesetzes besteht darin, Menschen zu eigener Verantwortung zu befähigen. Eine offene Gesellschaft muss, um funktionieren zu können, demokratisch und wettbewerblich sein. Eine Gesellschaft mit dem Ziel hoher Produktivität und dem Wunsch nach einem hohen Lebensstandard setzt voraus, dass hinreichend Verhaltensweisen der Verantwortungsbereitschaft gepflegt werden und Leistung nicht als Körperverletzung verstanden wird, sondern als notwendige Voraussetzung für soziale Sicherheit.

Die SPD spielt in der öffentlichen Landschaft der Bundesregierung Deutschland die sozialpolitischen Tabuwächter. Sozial ist nur noch, was Sozialdemokraten unter sozial verstehen, und maximal noch das, was Heiner Geißler publiziert.

Auch die F.D.P. würde gerne mehr Kindergeld zahlen, die Zuzahlung zu Medikamenten gegenstandslos machen und Menschen in Not noch mehr Sozialhilfe zukommen lassen. Aber wir müssen den Menschen sagen, dass es keinen Staat gibt, der auf die Dauer mehr

für die Menschen tun sollte, als sie für sich selbst tun können. Die Wahrheit ist, dass solche Vorstellungen auf Dauer nicht finanzierbar sind, zu einer modernen Form von Sozialprotektionismus führen und schließlich im Mangel von Selbstbehauptungswillen und in der Unmündigkeit und im Verzicht auf eigene Anstrengungen enden.

Der rot-grüne Marsch nach rückwärts mit Steuern, Finanzen, Sozialpolitik, Bildungspolitik, Kernenergiepolitik, der Kaufkrafttheorie der Löhne und kleinen Umverteilungsspielchen findet in Deutschland am Ende eines Jahrhunderts statt, in dem sich Europa einem weitreichenden und ehrgeizigem Zukunftsprogramm zuwendet. Europa erhält mit den geschichtlich bedeutsamen Erweiterungsschritten ein neues Gesicht. Europa ist mit der Agenda 2000 unterwegs zu einer neuen Gestalt. Europa gibt mit dem EURO eine Visitenkarte auf den Märkten der Welt ab.

Diese Vorhaben sind mit Risiken behaftet, sie stellen Anforderungen an die Bürger, sie verlangen Veränderungsbereitschaft in Branchen und ganzen Volkswirtschaften. Die Chancen sind aber größer als die Risiken. Wenn das europäische Zukunftsprogramm gelingt, dann werden alle Mitglieder der europäischen Union den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft weitaus besser gewachsen sein, als viele dies heute ahnen.

Deutsche Politik muss mit ihren Zielen ein Stabilitätsanker dieser Entwicklung und vor allem der neuen Währung sein. Eine Währung ist nur so stabil wie die Gesellschaft, die hinter ihr steht, die leistungs- und verantwortungsbereit ist, die Risiken auf sich nimmt, die Chancen bewertet und neues wagt.

Deutschland kann ohne ein **friedliches und balanciertes Europa** seine Rolle nicht dauerhaft und stabil finden. Deshalb sagen wir auch an die Adresse der rot-grünen Bundesregierung: Die Haltung zur **Osterweiterung der Europäischen Union**, die der Außenminister Fischer und der Bundeskanzler Gerhard Schröder vertreten, ist nicht akzeptabel. Die Freie Demokratische Partei ist nicht bereit, die Slowenen, die Ungarn, die Esten, die Tschechen, die Polen hin-

zuhalten und zu vertrösten. Unser Land wäre heute nicht vereint, wenn nicht die Ungarn oder die Tschechen die Grenzen geöffnet und die Zäune durchgeschnitten hätten. Es gibt nicht die Alternative der Reform der Europäischen Union vor Beitritt, wie Bundeskanzler Schröder dies glaubt. Beides muss gegenseitig unter Druck gebracht werden.

Deutschland muss aus seiner geografischen Lage und aus seiner Geschichte immer eine hochambitionierte Europapolitik führen. Es kann niemals im Bremserhäuschen sitzen. Wenn es uns nicht gelingt, die wirtschaftliche, die ökologische und die sicherheitspolitische Stabilität in ganz Europa herzustellen, dann werden wir Konsequenzen für uns selbst, für unsere eigene Werteordnung, für unsere wirtschaftliche und politische Stabilität nicht verdrängen können. Die Fortführung der europäischen Integration ist kein Selbstzweck. Der europäische Einigungsprozess selbst ist die beste Garantie für Sicherheit und Stabilität in Europa. Er ist aktive Sicherheitspolitik für Deutschland.

Äußere Zeichen zu diesem Jahreswechsel deuten auf innere Zustände hin. Zur Festlegung des Wechselkurses des EURO reist nicht Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine an, sondern Werner Müller - der Wirtschaftsminister, dem Oskar Lafontaine vorher jegliche europapolitische Zuständigkeit genommen hat. Ein Grüßaugust bei einem der symbolisch wichtigsten Termine in der Geschichte Europas. Das war das Produkt der neuen Troika Lafontaine, Schröder, Fischer.

Wir wollen am 13. Juni bei der Wahl des Europaparlaments Liberale nach Europa schicken, die dort auch etwas zu sagen haben. Mit Helmut Haussmann an der Spitze wollen wir unseren Nachbarn das europäische Deutschland zeigen, die liberale Stimme verstärken und Anwalt ganz Europas sein. Die Europäische Union heißt Europäische Union und nicht Westeuropäische Union.

Die F.D.P. muss sich 1999 nicht nur bei der Europawahl behaupten. Eine Vielzahl von Kommunalwahlen und die Landtagswahlen in Hessen, in Bremen, in Brandenburg, in Berlin, im Saarland, in Sachsen und in Thüringen stehen an. (...)

Die Wahlen dieses Jahres müssen kämpferisch angegangen werden. Das spezifische Gewicht der F.D.P. muss erhöht werden. Koalitionsfragen sind zweitrangige Fragen, sie dienen der Information an die Wähler, sie sind aber nicht die Identität liberaler Politik. Koalitionsfragen entscheiden im Übrigen die Landesparteien der F.D.P. selbst. In Hessen will uns die CDU bei einem Regierungswechsel helfen, sie ist uns herzlich willkommen.

Koalitionsfragen entscheiden wir im Übrigen dann, wenn sie anstehen. Für die Bundesebene steht eine Koalitionsaussage eben fünf Minuten nach einer Bundestagswahl nicht an. Mit der CDU haben wir keine Mehrheit. In der Opposition gibt es keine Koalition, und mit der SPD stimmen wir bei deren gegenwärtiger Programmatik in der wichtigsten Frage, nämlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, weder in den finanzpolitischen noch in den wirtschaftspolitischen noch in den steuerpolitischen Rahmenbedingungen überein. Die SPD steht vor einem sozialpolitischen Bad Godesberg. Sie muss sich wandeln. Sie ist die strukturkonservativste sozialdemokratische Partei in Europa. Warum sollten wir sie von ihren Aufgaben erlösen? Die CDU sucht erkennbar ihre Oppositionsaufgabe. Sie erteilt sich öffentlich gegenseitig Ratschläge, wie sie am besten wahrzunehmen ist, und korrespondiert auf allen Ebenen heftig miteinander, immer nach dem Motto: Wer schreibt, der bleibt. Die Grünen haben sich zum Beipack entschieden. Und die PDS blickt nach hinten.

Alles in allem haben wir beste Voraussetzungen, uns zu mausern. Nutzen wir 1999 ohne Koalitionsschere im Kopf, angriffslustig und kämpferisch, anspruchsvoll in unseren Themen und intellektuell auf der Höhe der Zeit und mit guter Laune.

REDE

50 Jahre Demokratie - Dank an Bonn

Herr Präsident!
Meine Damen und Herren!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich weiß nicht, wie es Ihnen in den letzten Tagen ergangen ist. Ich jedenfalls habe mich mehrmals dabei ertappt, dass ich länger und nachdrücklicher aus meinem Büro auf den vorbeifließenden Rhein gesehen habe, Eindrücke von vorbeifahrenden Schiffen, abends mit Positionslichtern, verfestigen wollte und mich gefragt habe, ob man in Berlin aus der ganz natürlichen Arbeitshaltung heraus wieder ein solches atmosphärisches Bild gewinnen kann. Ich bin auch ganz anders um den Bundestag herumgegangen und habe ganz anders Begegnungen mit Besuchergruppen vor dem Plenarsaal gesucht. Ich bin sehr bewusst an einige Orte in Bonn gegangen, die gewohnter Weise Orte der Begegnungen unter uns gewesen sind – manchmal zu viel unter uns und weniger mit anderen –, ich war in der Innenstadt, obwohl ich dort schon mehrmals war,

Heiterkeit

und habe versucht, noch einmal Dinge aufzunehmen und mir darüber klarzuwerden, was die Stadt für mich ganz persönlich eigentlich war.

Von ihrer Größenordnung her kann man übertragen, was sie für uns war: Sie war ein Stück schattenspendende Institution in der Nachkriegsgeschichte, und sie war die Verkörperung eines Maßes. Mit „Maß“ meine ich nicht nur ein persönliches Maß, sondern auch ein zutiefst menschliches und ein politisches Maß. Ich habe mich in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass Theodor Heuss im Parlamentarischen Rat gesagt hat, dass dieses für die deutsche Politik nun sehr wichtig sei. Er hat das in einigen Punkten zum Ausdruck gebracht: Keine Überdehnung der Freiheit im Namen der Freiheit, Beendigung der Politik der nationalen Selbstvergewisserung, dem deutschen Volk den billigen Nationalismus abgewöhnen. Außerdem hat er einige Sätze geprägt, die für mich ganz entscheidend sind und die beim Umzug nicht verlorengehen dürfen. Beim Umzug geht manchmal etwas verloren, wie Sie aus Ihrem privatem Leben wissen. Bei diesem Umzug darf die Substanz nicht verlorengehen. Theodor Heuss hat formuliert: Bonn steht für das Vertrautwerden der politischen Eliten über die alten Ressentiments hinweg mit den wirklichen parlamentarischen Systemen des Westens.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU
sowie bei Abge-
ordneten der SPD

Wenn ich von „politischer Elite“ und von „Ressentiments“ spreche, klingt das heute, im Nachhinein betrachtet, so geschichtlich. Aber er hat das im Parlamentarischen Rat, der hier getagt hat, so formuliert, weil er das Scheitern der Weimarer Republik erlebt hatte und die Ursachen und Gründe genau kannte. Ich wiederhole es: das Vertrautwerden der politischen Eliten mit den wirklichen parlamentarischen Systemen des Westens. Nach 1945 war eine erhebliche Integrationsleistung zu vollbringen, es war viel Kraft erforderlich, um sich über die eigenen Biographien der vergangenen zwölf Jahre klarzuwerden.

Erlauben Sie mir deshalb noch die Bemerkung – ich bin dankbar, dass Bundestagspräsident Thierse heute Morgen bereits darauf hingewiesen hat –: Uns in der alten Bundesrepublik Deutschland hat dabei die positive wirtschaftliche Entwicklung, die mit dem Namen Ludwig Erhards konzeptionell verbunden ist, erheblich geholfen. Die Festigung der Demokratie ist ohne Festigung der Lebensperspektiven für Menschen schwierig. Das, was wir heute als Wirtschafts-

wunder bezeichnen, hat einen außerordentlich hohen Anteil auch an der Festigung der Demokratie gehabt. Deshalb muss es eindeutig in unserem Interesse liegen, dieses Festigungswerk mit wirtschaftlichem Erfolg und Lebenszuversicht für die Menschen auch in den neuen Ländern zu erhalten. Das ist keine Frage des Transfers. Das ist eine Haltung, die wir einbringen müssen.

Deshalb gibt es so einen Ersatz für die alte Deutschlandpolitik, mit der wir uns immer auch kontrovers in der alten Bundesrepublik Deutschland auseinandergesetzt haben. Ich glaube, dass wir dazu kommen sollten, über Parteigrenzen hinweg dieses Thema der Festigung und des ökonomischen Erfolges in den neuen Ländern wirklich zu einer Frage der inneren Haltung zu machen. Für mich ist das der moderne Kern der alten Deutschlandpolitik meiner Partei. Früher war sie durch eine Grenze gehindert. Heute müssen wir anderes überwinden.

Bonn ist eigentlich ein bescheidener Name, wenn man auf die Geburtsstunden freiheitlicher Ordnungen blickt. Es gibt gewaltige Geburtsstunden freiheitlicher Ordnungen, in denen sich diese berühmten Charmes of Liberty großartig entfalten. Nehmen Sie die amerikanische Unabhängigkeitserklärung. Nehmen Sie die Entwicklungen, von denen Sie in Geschichtsbüchern lesen können, am Vorabend der Französischen Revolution. Ja, die Paulskirchenverfassungsdebatte hat für uns durchaus ein Stück vergleichbarer Atmosphäre. Ich weiß nicht, ob man die parlamentarischen Beratungen bis zum Grundgesetz so einordnen kann. Aber in ihrer Nachhaltigkeit, in ihrer Wirkung und in ihrer Festigung in einem Land, das in diesem Jahrhundert in seiner Geschichte nach allem anderen gesucht hat und mit vielen politischen Kräften gesegnet war, die wirklich nicht das gesucht haben, was das Grundgesetz beschreibt, ist das eine gewaltige Leistung.

Gerade dafür steht Bonn, eben auch in der Ausprägung der Individualrechte. Dieses Land hat sich in den 50 Jahren Geschichte schwergetan. Es hat bis heute immer noch nicht die Balance gefunden zwischen wirklicher Privatheit, zwischen wirklichen Indivi-

Beifall bei der
F.D.P. sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

dualrechten und Staat. Die **Teilung zwischen Staat und Privat** muss immer neu bestimmt werden. Sie stimmt auch so noch nicht.

Beifall bei der
F.D.P. sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Es gibt eine überwiegende deutsche politische Kultur, die auf Staat setzt, die mit staatlichen Lösungen kommt und in staatlichen Kategorien denkt. Dieses Land muss immer noch sein inneres Gleichgewicht finden zwischen Freiheit und Verantwortung, zwischen Staat und Privat.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei Abgeord-
neten der CDU/CSU
und der SPD

Mit dem Namen Bonn verbunden sind auch Geschichten – ohne jetzt Namen zu nennen –, die dann zu großen Skandalen aufliefen. Da hat sich gezeigt, dass der Name Bonn, jedenfalls dieser Abschnitt der Geschichte, auch dafür steht, dass sich in Deutschland eine kritische Öffentlichkeit herausgebildet hat, und zwar nicht nur in Bezug auf das, was wir hier kontrovers debattieren; vielmehr hat sich auch außerhalb dieses Raumes die Fähigkeit herausgebildet zu einer kritischen Beobachtung von Politik, zu einer kritischen Begleitung, im entscheidenden Bereich sogar zu einer Medienlandschaft in Deutschland, die fähig ist, ein Wächteramt mit anderen zu übernehmen. Das gehört zu Geschichten in diesem Jahrhundert, die mit dem Namen Bonn verbunden sind und die in einer Demokratie eben auch wichtig sind. Bei dem bevorstehenden Umzug müssen wir darauf achten, dass diese Grundachse nicht verschoben wird, die dieses Land so erfolgreich gemacht hat. Das ist der Kern des Auftrags.

Deshalb hat der ehemalige Bundeskanzler Kohl völlig recht. Ich stimme ihm voll zu. Es darf und kann für uns keine **Bonner Republik** geben, und es kann auch keine **Berliner Republik** geben. Es gibt eine Republik, die der gelungene zweite Versuch der Deutschen in diesem Jahrhundert ist, Demokratie dauerhaft zu verankern. Das muss in Berlin fortgesetzt werden. Ich glaube sogar, dass die Stadt Berlin, die wir in ihrer dynamischen Entwicklung so sehen und zu der wir uns mit Spannung hinbegeben, diese Chance selbst sehen muss. Vorhin ist den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Bonn zu Recht gedankt worden. Es ist auf ihr Naturell hingewiesen worden, das für mich – ich komme aus Oberhessen – zu einer großen Bereicherung

des Lebens geworden ist. Ich sage aber auch für Berlin: Hauptstadt ist man nicht nur durch Beschluss des Bundestages oder weil das verfassungsmäßig so sein sollte. Hauptstadt muss man sein wollen, und Hauptstadt muss man auch gemeinsam dort leben.

Ich freue mich auf Berlin. Wir haben die innere Spannung dieser Stadt schon bei den vielen Besuchen in den letzten Jahren erfahren. Wir trauen ihr eine ganz dynamische Entwicklung zu. Wir wissen auch, dass unsere europäischen Nachbarn Berlin viel zutrauen. Sie schätzen Berlin als eine der großen europäischen Metropolen – wenn nicht sogar als die große Metropole – der Zukunft ein.

Sie erwarten von uns allerdings auch, dass Berlin mit dem Umzug ein Stück Akzentsetzung und ein Stück prägende Kraft gewinnt. Ich glaube, dass in Berlin die Chancen größer als jedes Risiko sind. Wir sollten unsere Nachbarn und die Erwartungen an uns nicht enttäuschen. Dass wir diese Chance haben, dass wir in Berlin diese demokratische Substanz leben und praktizieren können und dass wir dort – in dieser Stadt, in der manches auch schon gescheitert ist – dieses Stück demokratische Stabilität haben, daran hat Bonn, diese Stadt am Rhein, ganz entscheidende Anteile. Aus diesem Grund gilt unser Dank dieser Stadt.

Beifall bei der
Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU
sowie bei Abge-
ordneten der SPD

Meine Damen und Herren, wir müssen sehen, dass Parlament, Verfassung, unabhängige Institutionen, die Debatten, die wir führen, das Bundesverfassungsgericht, die Bundesbank oder jetzt auch schon die Europäische Zentralbank und der föderative Staatsaufbau – also all das, was wir als „balance of power“ brauchen, damit Macht geteilt wird und sich keine Allmacht entwickelt –, nicht alles sein kann. Das ist ein Gerüst.

Zusätzlich brauchen wir aber Bürgerinnen und Bürger, die die Mitte, das Maß, Toleranz und Weitsicht sowie die Fähigkeit, andere anders sein zu lassen, als sie selbst sind, haben. Institutionen und Verfassungen leben nicht, wenn die mentale Verfassung der Gesellschaft nicht fähig ist, sie zu leben. Deshalb ist eine geschriebene Verfassung nicht ausreichend. Bonn ist mit der geschriebenen Ver-

fassung verbunden. Für ihre Dauerhaftigkeit brauchen wir aber die stetige Verankerung einer **demokratischen mentalen Verfassung der Gesellschaft** und der Politik der Bundesrepublik Deutschland.

Das ist eine Aufgabe, die weitergeführt werden muss, die nie enden wird, die große Substanz hat und die vielleicht auch Berlin die Chance gibt, nach vielen Rückschlägen in diesem Jahrhundert jetzt endlich eine deutsche Hauptstadt zu sein, von der für unsere Nachbarn Verlässlichkeit, für unsere Bürger Sicherheit, für unser Land demokratische Stabilität und für alle Welt Weltoffenheit und freundschaftliche Beziehungen ausgehen. Darauf darf sich Berlin mit uns freuen. Wir wollen das Beste dafür tun, dass das gelingt.
Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei Abgeord-
neten der CDU/CSU
und der SPD

REDE

Freiheit ist wählbar in Deutschland

Wir haben das neue Jahrtausend mit zwei großen **Wahlerfolgen** in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen begonnen. Wir stehen an einem Anfang voller Chancen. Wir werden sie nutzen.

Das Jahr 2000 begann in Schleswig-Holstein mit einem großartigen Ergebnis, zu dem ich Wolfgang Kubicki und Jürgen Koppelin herzlich gratuliere. In Nordrhein-Westfalen wurde ein großartiger Wahlsieg errungen, zu dem ich Jürgen Möllemann meinen herzlichen Glückwunsch ausspreche.

Und ich möchte auch Ihnen allen danken. Ihnen, die Sie für tausende Parteifreunde hier auf dem Parteitag in Nürnberg die F.D.P. vertreten. Stellvertretend für diejenigen, die lange Zeit so unermüdlich für uns gekämpft haben, die Zeit bei ihrer Familie und Freunden für die Partei abgezwickelt haben, möchte ich eine Person erwähnen, die den Wahlerfolg in Nordrhein-Westfalen als krönende Belohnung zum Ende ihrer Berufstätigkeit erfahren hat. Liebe Renate Potthoff, Sie haben sich viele lange Jahre für die Partei engagiert. Ich freue mich, dass Sie so eine exzellente Bestätigung ihrer Arbeit erfahren haben. Ich möchte Ihnen ausdrücklich an dieser Stelle meinen ganz persönlichen Dank sagen.

Die F.D.P. ist im Jahr 2000 gestärkt zurück auf der politischen Bühne Deutschlands. Wir werden auch weiter stärker werden, wenn wir unsere Ziele erkennbar benennen und glaubwürdig vertreten.

Souveränität und Unabhängigkeit in den eigenen politischen Zielen, ein unverwechselbarer und klarer politischer Kurs, kompetente Lösungsvorschläge zu den Themen der Zeit, dazu Zuverlässigkeit in den politischen Grundwerten einer freiheitlichen Gesellschaft und eine optimale organisatorische Vorbereitung der anstehenden Wahlkämpfe: Das sind die Bausteine für den Erfolg der Zukunft.

Die F.D.P. muss nicht jeden Morgen das Lineal anlegen, um den Tagesabstand zur SPD und CDU zu messen. Wir brauchen keine Koalitionsaussage der Woche. Wir empfinden uns nicht als Bindestrich-Liberale. Wir sind Freie Demokraten.

Wir standen nie da, wo das Gedränge der Betreuer und Bevormünder groß ist. Wir wenden uns an alle Bürgerinnen und Bürger, die verantwortungsbereit sind. Die nicht darauf hoffen, dass der Staat mehr für sie tun kann, als sie für sich selbst tun könnten. Wir waren und sind im besten Sinne eine **wirkliche Bürgerpartei**. Dabei sollten wir bleiben. Wir haben einen guten Namen. Entscheidend ist nicht die Vereinsform, sondern unsere politische Botschaft und die Qualität unserer Politik.

Unsere **Botschaft** lautet: soziale Sicherheit, aber weg vom Vollkaskostaat, Eigenverantwortung vor Anspruchsdenken, Vielfalt statt Vereinheitlichung, Arbeitsplätze durch Steuersenkung, Fairness im Wettbewerb, Generationengerechtigkeit, Chancengleichheit, Aufbau Ost als gelebte deutschland-politische Tradition, Bündnisfähigkeit und Berechenbarkeit in der Außenpolitik. Deshalb haben wir eine neue Alterssicherung vorgeschlagen, deshalb wollen wir den kleinen und mittleren Betrieben mehr eigene Entscheidungsmöglichkeiten geben, deshalb verwechseln wir nicht Chancengleichheit mit Gleichheit von Ergebnissen. Menschen mit unterschiedlichen Talenten werden auch unterschiedliche Lebenschancen verwirklichen.

Deshalb wollen wir wieder Bewegung in die Europapolitik bringen. Durch eine Perspektive für die mittel- und osteuropäischen Staaten und eigene Anstrengungen zur Reform der Institutionen. Deshalb wollen wir niedrige Steuern, mehr Belohnung für Leistung und mehr Chancen für Arbeitsplätze in Deutschland. Wir sind stolz auf die marktwirtschaftliche Kompetenz der F.D.P. - und wir sagen denen, die sich moralinsauer gegen die Marktwirtschaft richten, dass sie falsch liegen.

Wir kennen die **moralischen Qualitäten von Freiheit und Vielfalt von Markt und Wettbewerb**. Die deutsche Linke hat bis heute nicht begriffen, dass Wettbewerb wirtschaftliche Macht begrenzt und dass sich Macht dort unkontrolliert breitmacht, wo Wettbewerb ausgeschaltet wird.

Wir wissen, dass der Markt kein Nullsummenspiel ist, bei dem der eine nur gewinnt, was er dem anderen wegnimmt. Wir wissen, dass es kein wirksames Mittel gegen Verschwendung gibt als Wettbewerb, und wir wissen, dass **Wettbewerb** sowohl ökologisch vernünftig als auch gerecht gegenüber künftigen Generationen ist. Wettbewerb schützt natürliche Lebensgrundlagen besser, als jedes Programm des Staatsinterventionismus. Wir wissen, dass nichts dem Verbraucher mehr nützt, als Wettbewerb. Die Telekom ist das beste Beispiel: Bis zu 80 Prozent günstigere Preise, bei mehr Auswahl und Qualität. Wir brauchen mehr Wettbewerb. Ob Bahn oder Bildung, ob Post oder Energieversorgung. Wo Rot-Grün-Schwarz den Markt ausschaltet, verpasst Deutschland den Anschluss.

Unsere **Ziele** verlangen Engagement, aber auch Disziplin. Sie haben, meine Parteifreundinnen und Parteifreunde, Anspruch auf die Fähigkeit zur Zusammenarbeit in der Führung unserer Partei. Wir können nur erfolgreich sein, wenn wir uns mit unserem politischen Gegner auseinandersetzen, und zwar möglichst mehr als mit uns selbst. Wir werden nicht überzeugend nach außen wirken können, wenn wir uns innerparteilich Sand ins Getriebe streuen.

Dass die **Führung** durch unterschiedliche Persönlichkeiten repräsentiert wird, ist selbstverständlich. Das muss auch so sein. Und es bereichert unsere F.D.P. Jeder soll mit seinem eigenen Typus und seinen Talenten für die gemeinsame Botschaft der F.D.P. werben. Niemand ist verpflichtet, sich gegenseitig zu lieben: wir wollen ja nicht heiraten in den Führungsgremien. Aber nach dem Motto des Direktors in Goethes Faust: „Ihr wisst, auf unsren deutschen Bühnen probiert ein jeder was er mag“ geht es eben auch nicht.

Manche mögen ja meinen, es schade nichts, dem Vorsitzenden ab und zu gegen das Schienbein zu treten. Aber viele spüren, dass es uns allen auf Dauer nicht gut bekommt, unsere Ziele beeinträchtigt und unsere Kräfte sinnlos vergeudet. Wir können Wahlen nur gemeinsam gewinnen.

Die Summe der Nickeligkeiten in den letzten Wochen war absolut entbehrlich. Wir hatten darauf bei den Wahlkämpfen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen verzichtet und gemeinsam gekämpft und Erfolge erzielt. Jetzt haben Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Anspruch auf dieselbe Selbstverständlichkeit. (...)

Auf dieser Zielgeraden führen wir Wahlkampf als Freie Demokratische Partei mit unseren Zielen und nicht als Koalitionspartei mit den Zielen anderer. Egal ob wir eine Koalitionsaussage machen oder darauf verzichten. Wir sind völlig frei, zu entscheiden, wir sind unseren Grundsätzen verpflichtet und nicht anderen Parteien. Das wird Ihre Entscheidung auf einem Parteitag sein und nicht die der täglichen Wasserstandsmeldungen im Jahr 2000.

Bei den Wahlen gibt es immer lange Stimmzettel. Aber nur eine wirkliche Alternative. Entweder die Wählerinnen und Wähler entscheiden sich für ein Modell von Staatsparteien in Gestalt der SPD, der CDU/CSU, der Grünen oder der PDS. Sie alle stehen auf der Seite staatlicher Lösungen, auf der Seite kollektiver Angebote, auf der Seite flächendeckender Regelungen. Ihr Schutzpatron ist St. Bürokratius. Oder sie entscheiden sich für zukunftsfähige Politik, für ein neues Verhältnis zwischen Staat und Privat, für Vielfalt, für

dezentrale Lösungen, für menschliches Maß, für individuelle Lebens-
entscheidungen und für eigene Verantwortung. Wir versammeln uns
hier, um diese Alternative anzubieten.

Deutschland hat eine Alternative. Unser Land ist im Aufbruch.
Deutschland geht in neue Gründerjahre. Und es sind unsere Kin-
der, die den Aufbruch gestalten. Unsere Kinder sind im Wortsinn
selbstständig geworden. An jedem ersten Dienstag im Monat treffen
sich in der ganzen Welt rund 70.000 junge Unternehmensgründer
zum Erfahrungsaustausch. Auch in mehreren deutschen Städten
finden solche Treffen statt. Allein in Berlin kommen zu diesem
„First Tuesday“ etwa 700 junge Menschen. Vergangene Woche habe
ich an diesem Treffen teilgenommen.

Die seit drei Jahrzehnten, seit der Generation der 68er gültige
Faustformel „Jung ist gleich Links und Grün“ gilt nicht mehr. Die
Kinder der 68er schlagen aus der Art. Sie denken anders als die,
die nach dem langen Marsch durch die Institutionen nun in Berlin
an den Schalthebeln der Macht sitzen. Die Technikfeindlichkeit,
die Leistungsverweigerung und die Gleichmacherei der 68er, ihr
abgrundtiefes Misstrauen gegenüber Eigeninitiative und Markt,
gegenüber Wettbewerb und Unternehmertum, ihr Glaube an den
Übervater Staat: All das ist der jungen Generation von heute fremd
geworden. Sie wollen selbst **Unternehmer** werden, und nichts liegt
ihnen ferner, als ihre Mitarbeiter auszubeuten. Sie brauchen keine
Flächentarifverträge, denn sie zahlen mit Unternehmensbeteili-
gung. Sie können geregelte Arbeitszeiten nicht gebrauchen, weil sie
motiviert länger arbeiten wollen. Sie sind Teamarbeiter und wollen
sich bei ihrer Arbeit wohlfühlen. Sie haben Freude am Risiko und
Spaß am Wettbewerb. Sie geben ihren sicheren Job auf und machen
sich selbständig - eine Laufbahn im öffentlichen Dienst kommt ihnen
gar nicht in den Sinn. Sie haben keine Angst vor der Zukunft und vor
dem Scheitern. Sie fangen dann einfach noch einmal an.

Die anderen Parteien haben dieser **freiheitlich gesinnten Generation**,
die aus der kollektiven Käseglocke eines allgegenwärtigen Staates
flieht und ihre Zukunft selbst in die Hand nimmt, nicht viel zu bieten.

Sie fühlen sich allesamt als Hüter der Käseglocke. Aber es sind nicht nur diejenigen aus der jungen Generation, die selbst etwas unternehmen wollen. Ich war vor kurzem in Thüringen zu Besuch, in einem Zentrum für Ausbildungs- und Umschulungsmaßnahmen. Dort traf ich Frauen verschiedener Generationen, leistungsbereit, engagiert, ganz selbstverständlich auf der Suche nach neuen Beschäftigungsmöglichkeiten, die gemeinsam mit Jüngeren, die sich in der Ausbildung befanden, neue Chancen für sich aufbauten. Es entstand eine merkwürdige Situation: Sie baten darum, dass der Lehrer die Klasse einmal verlassen sollte. Nach ersten überraschten Reaktionen geschah dies. Und dann teilte die Klasse mir, dem Besucher mit, dass sie zu wenig lernen würden, dass der Lehrer sie nicht genug fordern würde. Sie sagten mir, dass sie wüssten, welche Herausforderungen auf sie zukämen. Und sie sagten mir, dass sie sich nicht ausreichend darauf vorbereitet fühlten.

Diese Menschen leben überall in Deutschland. Es gibt sie in allen Altersgruppen und allen Berufen. Sie leben vor, was in unserem Grundsatzprogramm steht: **Freiheit, Selbstverantwortung, Leistungsbereitschaft und Wettbewerbsgeist**. Mit diesen Haltungen kehrt Deutschland zurück an die Weltspitze. Für diese Tugenden steht die F.D.P.

Gegen diese Tugenden stehen die Grünen. Grüne Politik bremst, Grün blockiert, Grün bevormundet. Die Grünen sind zu schlagen, und zwar ganz einfach, weil sie sich selbst bereits geschlagen geben. Sie haben so lange den Kampf für bedrohte Arten geführt, dass sie mittlerweile selbst zu einer bedrohten Art geworden sind. Dabei ist das Problem der Grünen nicht etwa ein falsches Ziel: Wir alle wollen eine saubere Umwelt. Das Problem der Grünen besteht darin, dass sie ein richtiges Ziel mit der Drangsalierung der Menschen erreichen wollen.

Die Grünen reden vom Gewissen so, als seien sie das Gewissen selbst schon immer gewesen. Die grüne Politikerin Renate Künast hat das Problem der Grünen auf den Punkt gebracht in ihrer Rede, mit der sie sich um den Posten als Parteivorsitzende beworben hat.

Sie sagte treffend: „Alles was Spaß macht, ist entweder verboten, oder es macht dick, oder die Grünen sind dagegen.“ Frau Künast hat recht. Die mentale Verfassung der Grünen ist ungeeignet, Zukunft zu gestalten. Grüne an der Macht können nur eins: verbieten und verhindern. Dieser grüne Urinstinkt ist am besten verkörpert durch Frau Höhn in Düsseldorf. Die Landesplanung war für sie der entscheidende Hebel, über anderer Leute Pläne zu entscheiden, und zwar mit dem Ziel, anderer Leute Pläne zu verhindern. Nun gibt Frau Höhn in Nordrhein-Westfalen ein Beispiel dafür, dass aus der einstigen Protestpartei eine inhaltsleere Machtpartei wurde. Mit dem Umweltministerium wurde dort das grüne Kernministerium kräftig entkernt. Frau Höhn soll nun Ministerin ohne Geschäftsbereich werden, aber mit Dienstwagen und Chauffeur. Ich frage mich, wieso der grüne Parteitag eigentlich noch zusammentritt. Er hat doch ohnehin nichts mehr zu beschließen, und selbst wenn er beschließt, beschließt er über nichts. Die Grünen werden verhöhnt und vervespert - und das auch mit einem Scheingeschäft Atomausstieg für die nächsten 32 Jahre. Die Kernkraftwerke bleiben am Netz.

Das wirklich allerletzte, was die Grünen zustande gebracht haben, ist die **Ökosteuer**. Sie wollen, dass das Autofahren so teuer wird, dass es sich immer weniger noch leisten können. Sie glauben, dass die Rente nach dem Modell „Rasen für die Rente“ saniert werden kann. Im Grunde ihres Herzens sehnen sie sich wirklich nach 5 Mark pro Liter Benzin, sie glauben, so die Welt besser machen zu können. Sie glauben noch ernsthafter, dass sie es dann sind, die die Welt besser gemacht haben. Sie wollen sich das auch noch bezahlen lassen, am besten natürlich auf Kosten anderer, wie immer auf Kosten Dritter, aber diesmal vor allem auf Kosten derer, als deren Schutzpatron sie sich zusammen mit den Sozialdemokraten immer ausgegeben haben: Der Arbeitslosen, der Rentner, der Studenten, der kleinen Einkommen und der Pendler, die keine S-Bahn vor der Tür haben.

Wir wollen das nicht. Wir wollten das noch nie. Unser Ziel war es immer, Kraft, Dynamik und Bewegung freizusetzen, der Einengung zu entfliehen, dumpfen Verbotsstrategien intelligente Motivationsstrategien entgegenzustellen. Deshalb sind wir freiheitlich und die

Grünen bürokratisch. Deshalb sind wir offen und die Grünen rechtshaberisch. Deshalb sind wir zukunftsorientiert und die Grünen vergangenheitsbefangen. Es ist gut, ein Liberaler zu sein, und es macht Spaß, Auto zu fahren.

Jetzt, in der Schlussphase des Wirkens der Grünen, kann man eine kulturhistorische Bilanz ihrer politischen Betätigung in Deutschland anstellen. Die Grünen, aufgebrochen im Nachgang zu der 68er Bewegung, greifen just zu dem Zeitpunkt, an dem sie den Marsch durch die Institutionen abgeschlossen haben, wie Klammeraffen zu den Methoden derer, die sie angeblich immer bekämpfen wollten. Das ist nichts als pure Machtgier. Sie werden jetzt durch die Generationen durchgereicht – und zwar nach hinten. Der Muff von tausend Jahren steckt heute in den Maßanzügen von Joschka Fischer. Wer hätte das gedacht!

Wir wollen uns jetzt den Sommer nicht durch grüne schlechte Laune vermiesen lassen. Wir sagen ganz klar:

- Die Ökosteuer ist eine reine Abzocke der Autofahrer.
- Die Grüne Bürokratie lähmt Deutschland.
- Niemand möchte noch länger im Stau stehen.
- Niemand will diese Technologiefeindlichkeit.
- Niemand hat Lust, sich noch mehr durch Verbote einengen zu lassen

Und niemand kann mehr zuhören, wenn die Grünen rechts leben und links predigen. Das haben die Bürger gründlich satt, das alles zählt nicht mehr, die Grünen haben fertig.

Die deutsche **Außenpolitik** lahmt. Der Balkanstabilitätspakt kommt nur langsam voran, die europäische Integration ist ins Stocken geraten, die Osterweiterung verzögert sich, der Euro wird nicht genügend psychologisch unterstützt. Den deutsch-französischen Beziehungen, Motor der europäischen Integration, fehlen nicht nur die Feinmechaniker, es fehlt der europäische Geist. Die Dritte-Welt-Politik leidet unter einer gewaltigen Erschöpfung, denn auch nach

Fischers viermal abgesagter Afrikareise ist keine Konzeption zu erkennen. Die Kürzungen der Entwicklungshilfe, die Schließungen der Auslandsvertretungen und die Reduzierung der auswärtigen Kulturpolitik sind ein Armutszeugnis für Deutschland in der Welt.

Die größte Enttäuschung ist Fischers **Menschenrechtspolitik**: In der Opposition als Gladiator gestartet, ist er in der Tschetschenienfrage als Däumling gelandet.

Als volkspädagogischer Riese gebärdet er sich jetzt gegenüber unserem Nachbarland Österreich, im trauten Verein mit dem Bundeskanzler. Das wäre sicher unterblieben, wenn die FPÖ dort eine sozialdemokratische Regierung toleriert hätte. Die Expedition wurde erst gestartet, nachdem die ÖVP eine Koalition mit der FPÖ einging. Wir sind über die FPÖ schon immer gut unterrichtet gewesen. Wir brauchten dieses Ereignis nicht, um zu wissen, woran wir sind. Otto Graf Lambsdorff, unser Ehrenvorsitzender, war es, der mit dafür gesorgt hat, dass die FPÖ aus der Liberalen Internationalen ausschied.

Aber weder Walter Scheel, noch Hans-Dietrich Genscher, noch Klaus Kinkel wäre es jemals in den Sinn gekommen, Österreich zu isolieren, Österreich an den Pranger zu stellen, bei internationalen Konferenzen den Handschlag zu verweigern und sich bei Fotoanlässen aus dem Bildausschnitt zu schleichen, um hinterher denen, wegen derer man sich weggeschlichen hat, ohne Fotografen und Fernsehkameras wieder im Gespräch zu begegnen.

Dieses Getue bewirkt das Gegenteil von dem, was es bewirken soll. Es irritiert eine ganze Reihe von kleinen Staaten in der Europäischen Union und beitrtrittswilligen kleinen Staaten außerhalb der Europäischen Union.

Die Beziehungen zu Österreich sind eingefroren. Dabei müsste doch spätestens seit Ötzi, dem Tausendjährigen aus dem Eis, sattsam bekannt sein, was passiert, wenn man Österreicher einfriert: Sie werden härter und haltbarer und nicht weicher und nachgiebiger.

Herr Bundesaußenminister Fischer, Bundeskanzler Schröder, beenden Sie dieses Trauerspiel, und zwar möglichst schnell: Verhalten Sie sich europäisch!

Die Angst der SPD und auch der CDU vor Wählerwanderungen verführt beide Parteien zu zunehmender Verwechselbarkeit ihrer Positionen. Die Unfähigkeit zu einer wirklichen Reform der sozialen Sicherungssysteme: an dieser Stelle liegt der Hase begraben. Hier hat die mangelnde Beschäftigungsdynamik ihren Ursprung.

Die SPD schreckt immer noch davor zurück, der **Marktwirtschaft** wirklich ernsthaft und dauerhaft Vertrauen zu schenken. Gewerkschaftsparolen schaffen keine Arbeitsplätze im Zeitalter von Internet und Globalisierung. Die CDU ist immer noch zu unbeweglich in wichtigen Fragen. Sie traut sich gesellschaftspolitisch nichts, ohne nach rechts zu blicken, und wirtschaftspolitisch nichts, ohne auf die eigene sozialdemokratische Gewerkschaftsmentalität in den Sozialausschüssen nach links zu blicken.

Die CDU hat ihr Schaufenster mit Angela Merkel dekoriert. Aber keiner beantwortet die Frage, was eigentlich verkauft werden soll. Die politischen Ziele der CDU sind in der Steuerpolitik zu zögerlich, in der Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer absurd, bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme mutlos, in der Gesundheitspolitik nicht klar genug und in der Bildungspolitik zu ältlich. Das Risiko der Freiheit ist für die CDU in vielen Bereichen des menschlichen Lebens zu hoch.

Ein Sozialsystem zusammenzuflicken, das an allen Ecken auseinanderzubrechen droht, das wird nicht ausreichen. Ein Rentensystem nicht mutig zu verändern, das weder Jung noch Alt dauerhaft Zukunft verspricht, das ist falsch. Ein Steuerlabyrinth nicht entscheidend zu durchbrechen, das Kräfte lähmt, statt sie freizusetzen, wirft Deutschland im Wettbewerb zurück. Eine ausländer- und wirtschaftsfeindliche Kampagne von Rüttgers loszutreten, sie halbherzig zu führen, am Ende Postkarten nicht mehr zu drucken, zeigt die ganze Schwäche der Union in einer internationaler werdenden Gesellschaft.

Die SPD ist deshalb aber noch lange nicht schöner. Sie erhebt Öko-Steuern, anstatt den Sozialstaat zu modernisieren, sie hat keine Courage zu wirklichen Steuersenkungen. Die SPD will die vielen kleinen und mittleren Unternehmen immer noch nicht zur Kenntnis nehmen. Sie reguliert, sie erstickt, sie verbürokratisiert, sie öffnet nicht den Arbeitsmarkt.

Die Greencard für zehntausend Beschäftigte in der Informationstechnologie: Das ist für eines der führenden Länder dieser Welt im Kampf um die besten Köpfe dieser Welt eine ausgesprochen schmalspurige Antwort. Das ist ein Armutszeugnis für die deutsche Bildungspolitik. Das ist kleinstes Karo im Denken eines der wichtigsten Länder dieser Welt in Vorbereitung seiner zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit. Da können und da wollen wir nicht mithalten, denn auf Pepita kann man kein Schach spielen.

Die Menschen sind unser wertvollstes Kapital. Die Partei der Freiheit ist die Partei der Bildung. Die Fähigkeiten und Haltungen der Menschen entscheiden über die Qualität eines Standorts. Bildung und Ausbildung sind unser Schicksal. Der einzig nennenswerte Rohstoff, den wir hier in Deutschland haben, sind unsere grauen Zellen. Ihnen verdanken wir unseren heutigen Wohlstand. Ihnen verdanken wir unsere Chancen, verdanken wir soziale Sicherheit und verdanken wir Freiheit.

Die F.D.P. wird dafür sorgen, dass Deutschlands **Schulen und Hochschulen**, dass Deutschlands **berufliche Bildung**, um die uns die ganze Welt beneidet, erneuert werden. Wir werden dafür sorgen, dass die besten Köpfe der Welt zu uns kommen können, bei uns lernen können und bei uns lehren können. Die Bildungsreform ist für unser Land genauso wichtig wie die Steuerreform. Es gilt wieder, den Ernstfall an Deutschlands Schulen und Hochschulen zu proben. Chancengleichheit für alle bedeutet nicht Gleichheit der Ergebnisse für alle. Leistungsfeststellungen müssen früher als bisher getroffen werden. Dem Prinzip des lebenslangen Lernens muss wirklich zum Durchbruch verholfen werden. lebenslanges Lernen ist wichtig, aber bitte im Beruf und nicht als Beruf.

Deutschland hat im Fach **Bildungspolitik** geschlafen - Deutschland muss wieder Schule machen. Die Qualität von Schulen, Hochschulen und beruflicher Bildung muss wieder ein deutsches Markenzeichen werden!

Die **Bundeswehr** steht, ob mit oder ohne Wehrpflicht, in einem tiefgreifenden Wandel. Ihre eigene Größe, die Zahl der Krisen-Reaktionskräfte und die Dauer der Wehrpflicht werden seit Monaten diskutiert. Die internationale Lageeinschätzung und die sicherheitspolitischen Bewertungen sind höchst kontrovers. In der F.D.P. gibt es trotz Beschlusslage für die Wehrpflicht auch gewichtige Meinungen, die für eine Berufsarmee plädieren.

Die Soldaten, die junge Generation und die Gesellschaft insgesamt haben Anspruch auf eine klare dauerhafte Antwort zur Zukunft der Bundeswehr. Die wollen wir geben, nach ausreichender Beratung auf einem Sonderparteitag der F.D.P. im September dieses Jahres.

Wir werden in diesem Herbst Hans Eichel die **Mittelstands-Diskriminierung bei der Steuerreform** nicht durchgehen lassen. Auf Kosten der Unternehmer, die mit eigenem Risiko ihren Betrieb führen, werden die Großkonzerne mit Steuersubventionen gefüttert und Mittelständler benachteiligt. Die Steuerpläne bürokratisieren die Mittelständler, versteuern ihre Zukunftssicherung und unterwerfen hunderttausende Facharbeiter dem Spitzensteuersatz. Das alles braucht Deutschland nicht. Deutschland braucht einen großen Wurf, keine Stolperschritte.

Unser Vorschlag ist ganz einfach. Er lautet: Steuersätze von 15 %, 25 % und 35 % ohne Diskriminierung von Einkommen, das ist niedrig, das ist einfach, das ist gerecht. Das hilft den mittleren und kleinen Unternehmen, dort werden die meisten Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen. Wir garantieren jedem Einkommensbezieher, dass sich seine Arbeit wieder lohnt. Die F.D.P. hat das überzeugendste **Steuersenkungskonzept** aller Parteien in Deutschland.

Hier in Nürnberg stellen wir unseren Antrag zur **Sozialpolitik** vor. Wir wissen, dass soziale Sicherheit die Voraussetzung für Teilhabe an der Freiheit ist. Wir wissen aber auch, dass die größte soziale Sicherheit ein Arbeitsplatz ist und nicht die soziale Begleitung von Arbeitslosigkeit. Wir bekennen uns zur Grundsicherung über die Sozialhilfe, um Menschen vor Not zu bewahren. Wir wollen aber, dass Solidarität vor allem als Bürger- und nicht allein als Staatsaufgabe gesehen wird. Hilfe vom Staat muss Hilfe zur Selbsthilfe sein. Punktuell, zielgenau und befristet. Kein Staat kann so viel Gerechtigkeit organisieren wie Menschen selbst in gelebter Mitmenschlichkeit.

Am Dienstag dieser Woche musste Bundeskanzler Schröder viele unserer Prinzipien zur Rentenreform akzeptieren, die er noch vor drei Jahren als soziale Schweinerei gebrandmarkt hatte. Herzlich Willkommen, Herr Bundeskanzler, in der Wirklichkeit und bei der Wahrheit.

Wir brauchen **Generationengerechtigkeit im Rentensystem**, bei dem auch die junge Generation einen Sinn darin sieht, in die Rentenkassen einzuzahlen. Deshalb haben wir ein Konzept vorgelegt, das private Vorsorge mit einbezieht, das die Beitragssätze unter 20 % des Bruttoeinkommens abriegelt, während die Regierung sie bis 2030 auf 26 % heraufschrauben möchte.

In der **Gesundheitspolitik** haben wir ein klares Rezept, mehr Markt und mehr Wettbewerb und klare Signale für persönliche Verantwortung. Nicht ein Supermarkt ohne Preisschilder, sondern die Kenntnis und das Recht der Versicherten, wirklich darüber bestimmen zu können, wovor sie sich eigentlich schützen wollen, sind entscheidend. Grundrisiken sollten pflichtversichert sein. Kleinere Risiken sollten privat abgedeckt werden.

Schule, Wohnen und Arbeit in Deutschland haben ihre zahlenmäßigen Grenzen. Es liegt im legitimen Interesse unseres Landes, **jährliche Einwanderungsquoten** festzulegen, damit kein sozialer Sprengstoff entsteht. Die F.D.P. hat den Mut zu den notwendigen Antworten: Wir Deutschen haben ein Recht darauf, zu bestimmen, wer und wie viele

zu uns kommen dürfen. Wir wollen, dass diejenigen kommen, die einen guten Beitrag für unsere Zukunft leisten können. Und wir wollen, dass politisch Verfolgte weiter Asylrecht genießen können.

Niemand kommt an der Erkenntnis vorbei, dass wir ein **Einwanderungs-Gesetz** brauchen. Rote und Grüne fordern ein solches Gesetz in ihrem Wahlprogramm, die CDU fordert nun nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen ganz plötzlich auch ein Einwanderungsgesetz. Wir sind immer noch die einzige Partei, die eins vorgelegt hat – und eine Koalition aus Rot-Grün-Schwarz verweigert uns die Zustimmung. Wir werden ihnen ihre eigenen Äußerungen solange vorhalten, bis sie zu einer Lösung bereit sind.

Die gesellschaftlichen Megatrends zu Beginn dieses Jahrhunderts, das sind die Trends zu unseren Grundsätzen. Der Trend ist kein Genosse. Wir können die Meinungsführerschaft in den wichtigsten Themen für Deutschland übernehmen. Diese Chance werden wir nutzen.

Die Grünen haben die Themen der Zeit verloren, wir haben die Themen der Zeit gewonnen. Daran habe ich immer geglaubt und ich war davon überzeugt. Dafür habe ich von Anfang an gekämpft. Im Übrigen auch gegen manchen Ratschlag für einen anderen inhaltlichen Kurs, als den, den wir eingeschlagen haben.

Wir wenden uns zu Beginn eines neuen Jahrtausends an alle, die mehr freie Entfaltung für sich und andere wollen.

Wir wenden uns an alle, die auf persönliche Verantwortung setzen, die in Zukunft zuerst Chancen sehen, und nicht nur Risiken.

Wir wenden uns an alle, für die Vielfalt Reichtum bedeutet, nicht Bedrohung.

Wir wenden uns an alle, die auf Leistung setzen, auf Fleiß und auf Selbständigkeit. Die denen helfen, die arbeiten wollen, es aber nicht können.

Wir wenden uns an alle, die mehr Freiheit für Wettbewerb, für Leistung und für Wohlstand wollen, die für die Tugenden stehen, die unser Land in den anerkannten Kreis der Völker dieser Welt zurückgeführt haben und die die freiheitliche Qualität einer Gesellschaft ausmachen.

Das Beste, was Deutschland zu bieten hat, ist unsere freiheitliche Verfassung. Ihre Stärke kommt aus dem Geist und der Tradition des Liberalismus. Daraus kommt auch die Kraft zur Erneuerung.

Und wir sagen ihnen: Macht bei uns mit! Es gibt Schätze, die muss man immer wieder von neuem heben.

Deutschland hat eine Alternative. Es ist die Freie Demokratische Partei. Für die stehe ich.

Es ist die Alternative der Freiheit. Für die arbeite ich.

Freiheit ist wählbar in Deutschland. Für die kämpfe ich.

REDE

Bekämpfung des politischen Extremismus

Herr Präsident!
Meine Damen und Herren!

Der Bundesinnenminister hat den **Verfassungsschutzbericht 2000** vorgelegt, der eine steigende Zahl rechtsextremistisch motivierter Straf- und Gewalttaten schildert. Es wird festgestellt, dass das Personenpotenzial nicht steige, sondern eher zurückgehe, aber auch, dass sich in dem vorhandenen Personenpotenzial die Bereitschaft, Gewalt anzuwenden und aggressiver zu reagieren, erhöht habe. Die gewaltbejahenden Äußerungen würden deutlicher und vielfältiger. Die kulturelle Revolution von rechts, wie es der Verfassungsschutzbericht ausdrückt, über Konzertveranstaltungen, über die Gruppenszene gelinge nicht, sondern gehe eher zurück. Die Bedeutung des Internets aber steige. Es gebe noch keine ausreichende Reaktion auf die Dimension des Missbrauchs dieses Mediums. All das unterstreicht, dass wir eine sehr differenzierte Reaktion brauchen.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei Abge-
ordneten der SPD

Deshalb will ich daran erinnern: Meine Fraktion, die F.D.P., hat am 5. April des vergangenen Jahres einen Antrag zur **Bekämpfung des Rechtsextremismus** eingebracht. Ich muss mich heute im Nachhinein wundern, wie gering die Reaktion auch in diesem Haus auf diesen Vorgang war.

Beifall bei der F.D.P.

Alles bis zu der Bemerkung – und zwar ohne Ansehen einer bestimmten Fraktion –, ob denn wirklich Bedarf bestünde, darüber ausführlich zu diskutieren, klingt mir noch sehr in den Ohren. Die Bundesregierung hat natürlich – das sollten wir aus dem parteipolitischen Streit heraushalten – mit einer Summe von Maßnahmen reagiert, auch, was im Übrigen sehr erfolgreich war, in Richtung eines Verbots rechtsextremer Organisationen, soweit man verwaltungsmäßig selbst entscheiden konnte, bis hin zur Vereinheitlichung der Kriterien für die Erfassung rechtsextremistischer und antisemitischer Straftaten, um überhaupt ein Lagebild zu bekommen – das ist eine notwendige Aufgabe –, und zur Verstärkung im Bereich der politischen Bildung.

Aber – um auch das hier zu sagen – das bleibt doch alles sehr im Bereich traditioneller Maßnahmen. Das ist eine Hausaufgabe, die man zu erledigen hat. Selbst die Fragestellung, wie man zu dem Antrag auf Verbot der NPD steht – wir müssen sie heute nicht ausführlich diskutieren, sondern kommen ein anderes Mal darauf zurück –, ist eine traditionelle Reaktion. Die Bundesregierung ist der Überzeugung, er entfalte große Symbolkraft und nehme den Nährboden in Form einer organisatorischen Hülle weg. Aber es gibt viele organisatorische Hüllen und viele Parteien, in die die Wölfe wie in einen Schafspelz sofort wieder schlüpfen können.

Beifall bei der
F.D.P. sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Im Übrigen werden wir das Argument, man nehme mit großer Symbolkraft eine organisatorische Hülle weg, erneut besprechen, wenn das Bundesverfassungsgericht am Ende entschieden haben wird. Denn darauf darf man heute ja aufmerksam machen: Bei aller Überzeugung und Glaubenskraft der Bundesregierung – ihre Glaubenskraft ist ja auch in vielen anderen Bereichen größer als das, was an Ergebnissen tatsächlich zutage tritt – entscheidet am Ende Karlsruhe.

Zuruf von der CDU/
CSU: So ist das!

Ob Karlsruhe das so bewerten wird wie die Bundesregierung, das lassen wir heute einmal völlig außerhalb dieser Debatte. Entschiede das Gericht aber anders, hätte die Bundesregierung mit diesem

Beifall bei der
F.D.P. sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Vorgehen eher die andere Seite gestärkt, als dass ihr mit großer Symbolkraft das Wasser abgegraben würde.

Manche Reaktionen der Bundesregierung sind also richtig, manche sind im Streit. Bedauerlicherweise haben Sie, liebe, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sich trotz des gemeinsamen Antrags bei den Haushaltsberatungen dafür entschieden, einen Antrag der F.D.P. abzulehnen, der 300 Millionen DM für **Maßnahmen der politischen Bildung, Sozialarbeit und kommunalen Jugendarbeit** vorsah. Mir fehlt dafür das Verständnis;

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei Abgeord-
neten der CDU/CSU
und bei der PDS

denn wenn man gemeinsame Aktionen will, dann sollte man auch parteienübergreifend die Souveränität haben, solchen Maßnahmen zuzustimmen.

Aber auch ein solches Programm verbliebe natürlich am Ende im Bereich traditioneller Maßnahmen. Es reihte sich in gewaltige Kraftanstrengungen ein, könnte aber wahrscheinlich auch nicht bis zum Kern vorstoßen. Diesen Kern möchte ich jetzt einmal an zwei Punkten zu beschreiben versuchen. Ich habe im letzten Jahr Schulen besucht und werde das auch fortsetzen. Wenn Schülerinnen und Schüler einem entgegentreten, dann spürt man, dass sie im Hinblick auf diesen katastrophalen Abschnitt deutscher Geschichte zwei Sachverhalte bemerken. Sie beklagen manche Unterrichtserteilung als schlichte Unterrichtung über einen Abschnitt deutscher Geschichte, ohne dass sie ausreichendes persönliches Engagement der Lehrerinnen und Lehrer spürten, als handelte es sich bei diesen Unterrichtungen um etwas Ähnliches wie die Erteilung des Mathematikunterrichtes oder die Lektüre eines Buches im Deutschunterricht. Sie vermissen ein Stück erzieherischer Qualität in der Begleitung des Unterrichtsstoffes. Auf der anderen Seite beklagen sie genauso eine pädagogische Penetranz mit intellektuellem Rohrstock bei der **Vermittlung dieses katastrophalen Abschnitts deutscher Geschichte**, und zwar so stark, dass sie ihren Protest dagegen erregt.

Beifall bei der F.D.P.
sowie des Abg.
Wolfgang Zeitlmann
(CDU/CSU)

Die pädagogische Qualität und die Fähigkeit von Lehrerinnen und Lehrern, das zustande zu bringen, was Wolfgang Schäuble eben

erwähnt hat, nämlich den Schülerinnen und Schülern zu vermitteln, dass niemand anders als die Nazis Schande über das deutsche Volk gebracht haben, sind nicht so ausreichend ausgeprägt, dass sie sich der jungen Generation mitteilen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Weil ich diese Gegenreaktionen erlebe, stelle ich mir die Frage, welche erzieherische Qualität im Hinblick auf solche Schlüssel-szenen des Unterrichts an deutschen Schulen zu entwickeln ist. Viele Familien glauben, sie könnten sich mit dem Hinweis darauf, dies sei Sache der Schule und der Politik, heraushalten. Das dürfen wir nicht zulassen. Das ist nicht die Chefsache des Bundeskanzlers oder der MdBs aus allen Fraktionen, das ist die Chefsache jeder Mutter und jedes Vaters in einer deutschen Familie. Dem darf sich niemand entziehen.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Um auf die gestrige Debatte zurückzukommen: Das Stolzsein auf irgendetwas hat zwei ganz unterschiedliche Grundlagen. Eine liegt darin, dass es oft als Kompensation individueller Schwächen oder schwieriger Lebenssituationen empfunden wird, dass man sich eine Erlösungsideologie sucht und ihr nachläuft. Ideologen – jetzt muss ich allerdings sagen: von links und rechts – nutzen solche Situationen immer in ungemein starkem Maße. Weltanschauungs-transporteure waren und sind immer dadurch gekennzeichnet, dass sie Menschen schwacher intellektueller Qualität für sich gewinnen. Beide Vorgänge zeigen einen unglaublichen Bedarf an wirklicher erzieherischer Qualität.

In die deutsche Bildungspolitik darf man wohl wieder die Erkenntnis einführen, dass es in ihr nicht nur auf die Dauer von Schulzeiten, auf die wettbewerbsfähige Hochschullandschaft und darauf ankommt, ob man die Kinder mit fünf oder sechs Jahren einschult und ob für die Kindergärten Beiträge gezahlt werden müssen oder nicht. In die Bildungspolitik in einer Demokratie muss die notwendige **Erziehung zur Demokratie** und zum verantwortungsbewussten Umgang mit der Freiheit sowie die **Wertevermittlung** einziehen. Diese Überzeugung muss man dann auch über die Fraktionen hinweg vertreten.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Die gestrige Diskussion hat im Übrigen das ganze Dilemma deutlich gemacht. Es soll doch niemand glauben, dass man allein mit diesem Hinweis auf den katastrophalen Abschnitt der deutschen Geschichte kulturelle Bindungen, das Empfinden der sprachlichen Heimat der Deutschen in europäischer Einbettung beseitigen könnte. Das sind ganz natürliche menschliche Regungen. Es reicht nicht aus, ihnen nur mit „political correctness“ gegenüberzutreten. Die Sprache als Heimat, die Kulturgeschichte des Lernens in Deutschland – das überwindet, weil wir Menschen sind, auch diesen katastrophalen Abschnitt. Den Gefahren, die darin stecken, vorzubeugen und Wirkung zu erzielen, darauf kommt es an. Das ist ganz entscheidend. Das heißt, wir dürfen ganz bestimmte zivilisatorische Tugenden nicht dem Amüsierbetrieb preisgeben.

Beifall bei der
F.D.P. sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

Das sage ich jetzt aber auch einmal zur anderen Seite. Den Fingerzeig derjenigen, die gestern ihren Zeigefinger nach rechts erhoben haben und sich sogar dazu verstiegen haben zu sagen, die Mitte in Deutschland reagiere manchmal fahrlässig so, dass sie rechts begünstigt, würde ich gerne entgegennehmen, wenn sie sich genauso stark über den zivilen Ungehorsam von links, über die Blockaden auf Schienen, über die Aufforderung „Macht kaputt, was euch kaputt macht“ ereifern. Leider jedoch wendet diese Seite eine Sprache an, die den Menschen nicht mehr klar vermittelt, dass Gewalt kein legitimes Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele ist.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Die Herausforderung besteht darin, Gesetz und Recht und ganz bestimmte Tugenden auch gegen die eigenen Emotionen und eigenen Vorstellungen gelten zu lassen. Deswegen hört sich meine Fraktion ungern an, wenn uns von ganz linker Seite moralisierend erzählt werden soll, wie man Rechts besser begegnet. Jeder muss an seiner Stelle das Notwendige tun.

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

Wolfgang Schäuble hat – darauf will ich abschließend aufmerksam machen – zu Recht das Ergebnis der baden-württembergischen Landtagswahl hinsichtlich des Abschneidens der Republikaner begrüßt und gewürdigt. Dieses Ergebnis freut uns alle. Folgendes will

ich auch nach außen sagen: Bürgerinnen und Bürgern waren sich nicht zu fein, zur Wahl zu gehen. Das war im Übrigen auch schon einen Wahlsonntag vorher Gott sei Dank bei der hessischen Kommunalwahl der Fall.

Ich will hier ausdrücklich den Bürgerinnen und Bürger danken, die nicht nur in Zimmern, in intellektuellen Kreisen auch uns Bundestagsabgeordneten immer erzählen, was unsere Sache sei. Ich will denen danken, die dann auch zur Wahl gehen und die Rechten nicht wählen,

Beifall bei der F.D.P.
und der CDU/CSU

weil es auch manchmal ein Stück politischen Hochmuts in Deutschland gibt, sich zu fein zu sein, zur Wahl zu gehen,

Zustimmung bei
der CDU/CSU

von der Politik gar nichts mehr zu halten, dann aber zu rasonieren, was dabei herauskommt, wenn andere für einen entscheiden, weil man selbst nicht hingegangen ist.

Beifall bei Abgeordneten
der F.D.P.
und der CDU/CSU

Diesen Bürgerinnen und Bürgern, die zur Wahl gegangen sind, sollten wir unseren Dank sagen. Zum Abschluss eine Überzeugung: Die erste deutsche Demokratie hatte eine so schöne Verfassung wie die unsrige. Die Weimarer Verfassung war freiheitlich und rechtsstaatlich. Der Vorteil der zweiten deutschen Demokratie, den wir jetzt erleben: Sie hat eine genügende Anzahl von Persönlichkeiten und Bürgern, die auch zur Verfassung stehen. Darauf kommt es an.

Beifall bei der
F.D.P. sowie bei
Abgeordneten
der CDU/CSU

REDE

Die Kraft der Freiheit

Die Freie Demokratische Partei hat die Erfolgsgeschichte unseres Landes wie keine andere Partei geprägt und politisch gestaltet. **Marktwirtschaftliche Grundorientierung** war und ist die Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit und soziale Sicherheit. **Liberale Außenpolitik** hat Vertrauen nach West wie nach Ost aufgebaut und war die Chance zur Vereinigung Deutschlands. Sie ist und bleibt in ihrer Bündnisfähigkeit und europäischen Orientierung Staatsräson. Die Freiheit war und ist die Grundlage unserer Verfassung. **Freiheitliche Prinzipien** waren es, die uns aus der Katastrophe von 1945 herausgeführt haben.

Unsere Botschaft drückt das größte Vertrauen in die Menschen selbst aus. Die deutsche politische Kultur von der PDS über die Grünen und die SPD bis hinein in die CDU und die CSU denkt bei auftretenden Problemen immer zuerst an einen über der Gesellschaft agierenden Staat.

Wir stehen nicht in diesem Gedränge der Betreuer und Bevormünder. Wir vertreten so klar wie keine andere Partei Haltungen,

die die freiheitliche Qualität einer Gesellschaft ausmachen: Persönliche Initiative, Verantwortungs- und Risikobereitschaft, Kreativität, unbändiger Willen zur Unabhängigkeit und Selbstbestimmung und Leistungsbereitschaft. Wir setzen auf die Energien und die Fähigkeiten der Menschen selbst.

Das ist unser eigentlicher und unverwechselbarer Standort in der politischen Landschaft. Wir vermitteln keine Heilslehren, wir verlangen keine Glaubensbekenntnisse, wir predigen keine Utopien.

Wir sichern die **Freiheit des Einzelnen**, wir stehen für die **Offenheit einer Gesellschaft**, und wir freuen uns über die Chancen von Menschen zu persönlichem Glück. Das klingt einfach, und das ist auch einfach. Es ist ganz einfach das kardinale Unterscheidungsmerkmal zu Zwangsgesellschaften und zu Indoktrination und zu Unterdrückung.

Fritz Stern, der großartige Historiker, Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, hat von einem berühmten deutschen Philosophen erzählt, der sich darüber beklagt haben soll, dass seine Lebensgefährtin so viel rede, dass er nicht zum Denken komme. „Worüber redet sie denn?“ wurde gefragt. „Das sagt sie nicht“ war die Antwort. Mit dieser Anekdote über den sprachlichen Wasserfall der Philosophen-Lebensgefährtin sprach Fritz Stern die Glaubwürdigkeit der politischen Klasse an, die zu viel rede und zu wenig sage und vergesse, dass Bürger mündig und ansprechbar sind.

Wir wenden uns an diese mündigen und ansprechbaren Bürger in Deutschland. Wir wenden uns an alle, die auf **persönliche Verantwortung** setzen, für die Zukunft in erster Linie aus Chancen besteht und nicht nur aus Risiken. Für die Vielfalt Reichtum bedeutet und nicht Bedrohung. Wir wenden uns an alle Bürger in Deutschland. An alle, die neue Wege gehen wollen. Für die **Unabhängigkeit und Selbstbestimmung** wichtige Werte sind.

Wir wenden uns an alle Bürger in Deutschland. An alle, die auf **Leistung** setzen, auf **Fleiß** und **Selbständigkeit**.

Wir wenden uns an alle Bürger in Deutschland. An alle, die ihre Lebensziele und Lebensstile in **Respekt und Toleranz gegenüber anderen** leben und damit für die Tugenden stehen, die die freiheitliche Qualität einer Gesellschaft ausmachen.

Wir wenden uns an alle Bürger in Deutschland. An alle, die auf **Freiheit für Wettbewerb** setzen und damit auf die Grundlagen, die unser Land in die Spitzengruppe der erfolgreichen Volkswirtschaften dieser Welt geführt haben.

Wir wenden uns an alle Bürger in Deutschland. Wir wenden uns an alle, um ihnen allen zu sagen: Es gibt keinen Staat, der auf Dauer für seine Bürger mehr tun könnte, als sie für sich selbst tun könnten und sollten.

Wer einen solchen Staat will, der endet in einem Bevormundungsstaat.

Wer einen solchen Staat will, der landet in einem Staat, der die Zukunft verbraucht, statt sie vorzubereiten.

Wer einen solchen Staat will, der bestraft Tüchtigkeit und belohnt Trägheit.

Wer einen solchen Staat will, verleitet am Ende die Bürger dazu, von ihm selbst zu viel und von sich selbst zu wenig zu verlangen.

Wer einen solchen Staat will, der stützt sich zuletzt nur noch auf den Neid. Auf den Neid von Menschen, die fürchten, dass Freiheit anderen nützlicher sein könnte als ihnen selbst.

Freiheit, Chancen und Vielfalt sind die Kennzeichen einer freiheitlichen Gesellschaft, nicht Trägheit, Unmündigkeit und Einfalt. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit im Geist unseres Grundgesetzes ist unser Ziel, nicht der verwaltete Mensch. So begann die F.D.P. mit Theodor Heuss. Und dabei bleibt sie auch.

Das Beste, was dieses Land aufzuweisen hat, ist seine freiheitliche Verfassung. Ihre Stärke kommt aus dem Geist und der Tradition des Liberalismus. Darin liegt auch die Kraft zur Erneuerung. Diese Kraft liegt bestimmt nicht bei rot-grünen Vorhaben wie den Regelungen zur Scheinselbstständigkeit. Auch nicht bei der Beseitigung von 630-DM-Verträgen, oder dem Anspruch auf Teilzeitarbeit. Nicht bei dem Ladenschlussgesetz und der Verlängerung des Postmonopols, den staatlichen Beteiligungen an Unternehmen. Schon gar nicht bei der zentralen Vergabe von Studienplätzen und sowieso nicht bei der Budgetierung und Reglementierung im Gesundheitswesen. Sie liegt auf gar keinen Fall beim geplanten Betriebsverfassungsgesetz. Das ist eine reine Grußadresse an die Gewerkschaftsfunktionäre.

Schröder, das ist die tägliche Seifenoper der öffentlichen Darstellungen. Ihre Spezialität: Dramaturgie. Ihr Arrangement: Leute auf Konfliktkurs gehen lassen. Das Ergebnis als Durchbruch im Scheinwerferlicht kommentieren. Ihre Leistung: Kaschieren des Verzichts auf wirkliche Modernisierungspolitik. Ihre Requisite: Ein runder Tisch. Das ist ein neues Verfassungsmöbel.

Es verkörpert den Wunsch, dabei zu sein. Es vereint viele in einem großen politischen Tariffkartell. Er richtet sich meistens gegen die, die nicht dabei sind: Die Steuerzahler und die Arbeitslosen. Der Titel des Stücks: Bündnis für Schröder. Einspielergebnis bisher: Das Kanzleramt für Schröder. Kartenvorverkauf: An allen deutsche Tankstellen. Eintrittspreis: Die Ökosteuer. Die Hauptrolle: Schröder.

Der 1. Akt des Stückes spielt bei Holzmann. Zu solchen Stücken schrieb Karl Hermann Flach: Die Verringerung des Risikos geht immer auf Kosten der Freiheit. Und um die genau geht es uns. Es geht um die Freiheit und Chancen der Bürger. Sie beginnen im Alltag.

Es geht um Freiheit und Chancen der Arbeitnehmer, im eigenen Betrieb die Entscheidungen vor Ort zu bereden, statt von Gewerkschaftsgremien hineingeredet zu bekommen.

Es geht um Freiheit und Chancen der Bürger, ihre Strom- und Telefonanbieter selbst zu wählen.

Es geht um die Freiheit und Chancen des Einzelhändlers, selbst entscheiden zu können, wann er sein Geschäft öffnet oder schließt.

Es geht um Freiheit und Chancen für die Sozialversicherungssysteme, den wirklich Bedürftigen zu helfen und nicht die Bequemen zu stützen.

Es geht um Freiheit und Chancen für die Sozialhilfeempfänger, eine Arbeit anzunehmen, die nicht gleich wieder weggesteuert wird.

Es geht um Freiheit und Chancen in der Altersvorsorge, privates Geld selbst dort anzulegen, wo man es möchte und nicht dort, wo Gewerkschaften es bestimmen wollen.

Es geht um die Freiheit und Chancen, im Gesundheitssystem selbst entscheiden zu können, bei wem, gegen was und wie hoch man sich versichern möchte.

Ganz zu schweigen von der Freiheit und den Chancen der jungen Generation, ihre Bildungswege selbst auszusuchen, ihre Universitäten selbst zu wählen und in zwölf Jahren das Abitur zu machen. **Bildung und Erziehung** sind das Fundament der Freiheit. Kleine Kinder sind große Botschafter für die Zukunft einer Gesellschaft. Bildung ist nicht allein eine Qualifikationslaufbahn. Es geht nicht allein um Abschlüsse und Berufslaufbahnen. Die deutsche Bildungsdebatte wird aber beherrscht von einer solchen Anschauung. Von Richtlinienproduzenten, von Curricular-Normwerten, von Lehrdeputaten und von Lerneinheiten und Semesterwochenstunden. „Die Verdienstrechtlichung des Schul- und Universitätsbetriebes ist eine der schlimmsten Perversionen des deutschen Bildungswesens“ schreibt Konrad Adam. Diese Mentalität stranguliert jede Kultur der Selbständigkeit und jeden Willen zum unabhängigen Denken und viele individuelle Bildungswege.

Die Fülle der Begabungen, die eine Gesellschaft reich macht, lässt sich so nicht ausschöpfen. Die **unterschiedlichen Talente der Einzelnen** früh aufzuspüren und zu fördern, sie nicht abzuschleifen, sondern zu entwickeln, das ist der Sinn von Bildung. Der ist gänzlich anders, als uns manche weismachen wollen. Die Auswahl der Kinder, unterschiedliche Bildungswege sind weder entbehrlich noch unsozial. „Je mehr Menschen von ihrem gleichen Recht auf Entfaltung ihrer ungleichen Anlagen Gebrauch machen, desto auffälliger werden die Unterschiede hervortreten. Indem Unterschiede entdeckt werden, erfüllt die Schule aber gerade ihren Zweck.“

Wenn unsere Gesellschaft in gewissen Abständen durch wachsende Intoleranz, durch Ausbrüche von Gewalt und Hass daran erinnert wird, dass sie im **Umgang mit der Jugend** Fehler gemacht hat, versucht sie auf vielen Wegen, Abhilfe .in Jugendprogrammen, in Jugendberichten, in Jugendstudien, in Jugendinstituten und Jugendbeauftragten zu schaffen.

Es ist eine der am besten bestätigten, aber oft am meisten verdrängten Wahrheiten, dass die Entscheidungen in einer Biographie von Menschen sehr früh fallen. Kompetenz, Unabhängigkeit, Teamfähigkeit, Konfliktfähigkeit, Originalität und Neugier und Fantasie und Einfallsreichtum, alle Fähigkeiten zum Umgang mit der Freiheit, vor allem die Fähigkeit zum Lernen werden ererbt und mitgegeben. Ihre Grundlagen werden früher gelegt und weit vor der Einschulung entscheidend geprägt. In den ersten Monaten und Lebensjahren, bevor ein Kind überhaupt mit den Einrichtungen des öffentlichen Bildungswesens in Berührung kommt. Wenn diese Jahre ungenutzt verstreichen, wird alles weitere, werden alle Trainee-Programme, alle Qualifizierungsoffensiven und alle Managementseminare verpuffen.

Erziehung ist, wie es das Grundgesetz formuliert, Recht und Pflicht der Eltern. Das gehört zu Beginn dieses Jahrtausends auf die bildungspolitische Tagesordnung. Eltern müssen wissen, dass die Formulierung des Grundgesetzes eben auch die Pflicht einschließt. Was man über die Umstände erfuh, unter denen manche Untäter oder Attentäter groß geworden sind, bestätigt dies. Ein Mindest-

maß an Zivilisiertheit als Mitgift des Elternhauses für die Begegnung mit anderen muss und darf in einer freiheitlichen Gesellschaft ohne Zweifel erwartet werden.

Die ganze Groteske der deutschen bildungspolitischen Diskussion wird daran deutlich, dass Familien in einer Zeit mit entscheidender Grundlegung für Charakter und Haltung, für die Fähigkeit im Umgang und im Gebrauch der Freiheit für den Kindergarten Gebühren zahlen müssen. Studiengebühren werden aber zu einem Zeitpunkt, in dem vieles schon zu spät ist, geradezu verboten. **Kindergartengebühren** ja – **Studiengebühren** nein – so stellt man ein ganzes Bildungssystem geradezu auf den Kopf.

Der freiheitliche Charakter von Gesellschaften und eine der wichtigsten Aufgaben der Schulen besteht darin, Menschen zu eigener Verantwortung zu befähigen. Sonst verliert die Gesellschaft die kulturelle Tradition der Freiheit. Die Fixierung auf unsere eigene Katastrophengeschichte reicht nicht aus, schreibt Dietrich Schwanitz. In der Schule ist wieder eine große Erzählung von der Geschichte unserer Gesellschaft als zusammenhängende Geschichte nötig. Um verstehen zu lernen, worin der deutsche Irrweg bestand. Und zu begreifen, dass wir uns von unseren Irrtümern lossagen und zu Werten bekennen müssen, die verraten worden sind.“

Das erst bedeutet, **die eigene Identität aus der Geschichte zu begründen**. Das ist die Geschichte Europas, aus deren „Tradition heraus die Zivilisation gerettet und die Tyrannei besiegt wurde“. Das ist eine große Erzählung. Aber eben dieser große Stoff dringt anscheinend in der Schule nicht ausreichend durch. Ich würde mir wünschen, sagt Fritz Stern, dass das neue Deutschland trotz Schwierigkeiten und Enttäuschungen einen größeren Schuss von freudiger Dankbarkeit spüren würde. Nicht nur für das Erreichte, d. h. für die erstmalige Festigung einer politischen Kultur in Freiheit, geschützt durch ein Grundgesetz, das allgemeine Akzeptanz gefunden hat. Auch Dankbarkeit für die Wiedervereinigung unter günstigen Bedingungen. Auch dankbare Anerkennung für diejenigen, die in der Zeit des Nazi-Terrors ihren Anstand bewahrt, und für diejenigen, die im

verzweifelten heroischen Widerstand ihr Leben geopfert haben, um der Nation ein moralisches Vermächtnis zu hinterlassen.

Auch und besonders Anerkennung für die Hunderttausende von Bürgern in der ehemaligen DDR, die auf die Straßen gingen, um ihre Freiheit zu fordern, ohne zu wissen, ob ein harter Honecker-Kurs die Tragödie vom Tiananmen-Platz wiederholen würde.

Bescheidenheit mit Selbstvertrauen zu verbinden und der Gering-schätzung von Freiheit entgegenzutreten, das ist das, was eine **Gesellschaft freier Bürger** auszeichnet. Leider ist uns das in der deutschen Geschichte noch nie so richtig geglückt. Und es wäre doch so überaus notwendig, dass es endlich gelingt.

Das wachsende Wissen und die scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten des Menschen, schreibt Wolfgang Kersting in einem Artikel in der FAZ, führt in Bereiche, auf die unser traditionelles moralisches Wissen nicht intuitiv anwendbar ist. Wir stehen, so schreibt er, vor Zonen moralischer Ratlosigkeit.

Joseph Fischer hat sie nicht. In einem Interview in der FAZ beantwortet er die Frage, ob die F.D.P. das Potential der gentechnischen Industrialisierung schneller erkennt als die Grünen, wie folgt: „Die Furcht habe ich nicht. Das wird meines Erachtens die intellektuellen Kapazitäten dieser Partei überfordern.“

Das sagt ausgerechnet ein Mann, dessen Mitarbeiterschar ein Mann zielt, der das grausige Programm Pol Pots zur pädagogischen Klonierung der Menschen mit Grußadressen geradezu überhäuft hat. So eine Hochnäsigkeit entsteht nur, wenn man mit einem Taxi durch die Geschichte der politischen Philosophien kutschiert ist.

Die **Biotechnologie** ist die nächste Welle der Wissensgesellschaft, parallel zu den **Informationstechnologien**. Wenn wir in Deutschland nicht ein vernünftiges Verhältnis zu dieser neuen Technologie erreichen, verspielen wir die Innovationskraft unseres Landes, vertreiben die Wissenschaftler weiter in die Vereinigten Staaten von

Amerika und bestellen dann von dort Medikamente zum Dienst an den Menschen.

Aus der Fähigkeit zum Handeln muss Urteilsfähigkeit zum rechten Handeln werden, sagt der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Hubert Markl. Und diese braucht ein Maß effektiver Vernunft, das bisher ebenso die Phantasie der Konservativen wie Selbstkritik der Radikalen überfordert hat.

Der Kanzler reagiert wie gewohnt. Er reserviert für sich einen weiteren runden Tisch und bestellt einen Ethikrat. Der muss ihm vieles sagen, was er eigentlich selbst wissen sollte und den Grünen auch selbst sagen müsste: **Gentechnik** bekämpft den Hunger in der Welt. Durch Gentechnik lässt sich Rapsöl als nachwachsender Rohstoff für die Energiegewinnung maßschneidern. Biologisch abbaubares Plastik kann in Zukunft mit Hilfe von genetisch veränderten Pflanzen hergestellt werden. Gentechnisch veränderte Bodenorganismen werden bei der Entgiftung belasteter Böden eine Rolle spielen. Gentechnisch veränderte Bakterien werden zur Bekämpfung von Ölkatastrophen eingesetzt werden können.

Der verantwortliche Umgang mit Gentechnik trägt bei diesen Chancen mehr zum Wohl der Menschheit bei als die Besetzung von gentechnischen Versuchsfeldern durch grüne Politiker.

Moderne Gesundheitsvorsorge ist ohne Gentechnik in der Humanmedizin nicht mehr vorstellbar. Aus der heutigen Medizin wird eine systematische genbasierende Medizin entstehen. Sie wird auf die individuellen Bedürfnisse und therapeutischen Leistungen zugeschnitten werden können. Neben Diagnose und Therapie wird vor allem Erkennung und Krankheitsverhütung treten. Der frühere Hamburger Senator Fritz Vahrenholt hat einmal zugespitzt darauf hingewiesen, dass nach heutiger Rechtslage der Polioimpfstoff keine Chance mehr hätte. Und dieser Impfstoff ist zutiefst eine medizinische Möglichkeit zur Hilfe für Menschen aus der Philosophie des Humanismus. Und die gehört untrennbar zur Ideengeschichte der Freiheit.

Freiheit und individuelle Selbstbestimmung und menschenwürdiges Leben werden auch durch Krankheiten beeinträchtigt, die man wirkungsvoll bekämpfen kann, wenn man sich rechtzeitig der Möglichkeiten im wahrsten Sinne des Wortes vergewissert. Die Nutzung der Gentechnik zu verweigern oder durch bürokratische Verfahren zu verzögern, desillusioniert zahlreiche kranke Menschen, die auf Heilung hoffen. Menschen, die unter Parkinson, Alzheimer oder Diabetes leiden, dürfen erwarten, dass Stammzellenforschung ihnen hilft. Und diese wiederum, die Forschung an embryonalen Stammzellen, ist bei frühen Embryonen bis zum Blastozystenstadium, d.h. bis zum 14. Tag vertretbar. Verhütungsmittel zuzulassen, die Abtreibung innerhalb der ersten drei Monate straffrei zu stellen und Forschung bis zum Blastozystenstadium nicht zuzulassen, das hält keiner Kritik stand.

Die **Präimplantationsdiagnostik** rechtlich abzusichern, ist ein Gebot einer sozialen Vernunft. Paare, in deren Familien schwerste Erbkrankheiten aufgetreten sind, können so gesunde Kinder haben. Die Diagnostik kann dazu dienen, einer Frau eine spätere Möglichkeit, die sie ethisch vertretbar aus gleichen Gründen hätte, nämlich eine Abtreibung und die damit verbundenen körperlichen und psychischen Belastungen zu ersparen.

Kulturstaatsminister Nida-Rümelin ließ sich neulich mit der Aussage vernehmen, er glaube nicht, dass die Gesellschaft wirklich reif sei für grundlegende Entscheidungen im Umgang mit den neuen **Biotechnologien**. Jede Gesellschaft musste sich zu ihrer Zeit mit Chancen und Risiken auseinandersetzen. Entscheidend ist, die Debatte nachvollziehbar zu gestalten, die Entscheidungsgründe offen zu legen und ihren Anteil in der Kultur und Zivilisationsgeschichte des Menschen im Bewusstsein der Humanität zu beantworten. Der Kulturstaatsminister darf sich beteiligen. Staatlich bestellte Oberaufseher, die Reifegrade messen, braucht die Debatte allerdings nicht.

Eine aufgeklärte moderne Gesellschaft kann sich nicht nur mit der Frage befassen, wie das Leben möglichst angenehm zu gestalten ist. Ihre Aufgabe ist es auch, die Fragen des Lebensendes offen zu

erörtern, auch wenn sie dabei in die beschriebenen Zonen der Ratlosigkeit kommt. Die **Palliativmedizin**, die Pflege- und Schmerzmin- derung und die Sterbebegleitung gewinnen an der Schwelle hin zum Sterben entscheidendes Gewicht. Das Leben ist eben nicht nur nach unserem Grundgesetz höchstpersönliches, individuell spezifisches Gut. Auch unsere ganz natürliche Kultur- und Zivilisationsgeschichte gebietet uns die Achtung vor dem Leben. Es gibt aber zweifellos Fälle schwerster Erkrankung, in denen wir nachvollziehen können, dass Menschen aus schierer Verzweiflung lieber den schnellen Tod, als ein langes und schmerzhaftes Siechtum wählen möchten.

Wo den miterlebenden Menschen und dem Sterbenden selbst angesichts von Leid ethisch nichts anderes mehr als eine Hilfe zum Sterben ertragbar erscheint, wird niemandem ein persönlicher Schuldvorwurf gemacht werden können. Dies ausnahmsweise hinzu- nehmen steht einem humanitären Gemeinwesen wohl an. Dabei einen rechtlichen Rahmen zu finden, um Ärzten und Angehörigen Rechtssicherheit zu geben, ist richtig. Nicht aber die grundsätzliche Legitimierung. Es gibt zivilisatorische Barrieren, die nach meiner persönlichen Überzeugung auch im Namen der Freiheit nicht über- schritten werden sollten.

In den letzten Jahren lebten wir an einer Art Abbruchkante zu Ge- sellschaften, von denen sich manche nach den dramatischen Verän- derungen am Ende der alten bipolaren Welt geradezu im freien Fall befanden. Sie suchen **europäische Orientierung**. Nach allen Krisen und Katastrophen und Gefahren muss eines für alle in Deutschland klar sein: Wenn es uns nicht gelingt, die wirtschaftliche, die ökologi- sche und die sicherheitspolitische Stabilität in ganz Europa herzu- stellen, dann werden die Konsequenzen für uns selbst, für unsere eigene Werteordnung, für unsere wirtschaftliche und politische Stabilität nicht zu übersehen sein.

Deshalb ist die nationale Orientierung von manchen Gruppen so falsch. Ihre Politik schadet in Wirklichkeit unseren nationalen Inter- essen, und sie gefährdet unsere Sicherheit. Deshalb wird aber auch

die Diskussion um Vertiefung oder Erweiterung der Europäischen Union so falsch geführt. Trotz der mageren Ergebnisse des Gipfels von Berlin in Finanzfragen, trotz der mageren Ergebnisse des Gipfels von Nizza in Entscheidungsabläufen, trotz der mageren Ergebnisse des Gipfels in Stockholm bei Innovationen: Es bleibt beim europäischen Zusammenschluss. Eine ernsthafte Alternative dazu gibt es nicht. Die Osterweiterung der Europäischen Union ist die geschichtliche Wiedervereinigung Europas. und die beste Zukunftsinvestition für die Bundesrepublik Deutschland.

Es wird darauf ankommen, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, eine entsprechende öffentliche Meinung herzustellen und so das gesellschaftliche Klima zu prägen. An diesem Prozess muss sich jeder beteiligen, dem die Zukunft Deutschlands und die Zukunft seiner Kinder und Enkelkinder nicht gleichgültig ist.

Die Freie Demokratische Partei hat und wird immer mit aller Kraft an der europäischen Zukunft Deutschlands arbeiten. Der Bundeskanzler will jetzt auch wieder mitmachen. Vom niedersächsischen Ministerpräsidenten Schröder mit Anti-Euro-Kurs über den Parteivorsitzenden Schröder mit Anti-Brüssel-Polemik bis zum Bundeskanzler Schröder mit zwei europäischen Gipfeln in Berlin und Nizza, die er mit vergeigt hat, zog sich sein bisheriges europapolitisches Wirken. Jetzt verkauft Schröder seine eigene Versäumnisliste als Reformpaket. Fischer liefert das Buch dazu: „Mein langer Lauf“, Schiller liefert das Zitat: „Spät kommt Ihr – doch Ihr kommt. Der weite Weg, Graf Isolan, entschuldigt Euer Säumen.“

Die **Einführung des EURO-Bargeldes** steht am 1. Januar 2002 bevor. Die Deutsche Mark ist auch nicht nur durch die Existenz der Bundesbank, oder dadurch, dass sie jeder im Portemonnaie hatte, zu einer vertrauenswürdigen Währung geworden. Der EURO wird dann und nur dann Erfolg haben, wenn die Politik und die europäischen Gesellschaften, die hinter der Währung stehen, wirklich zur Zukunft entschlossen sind: Die Märkte zu liberalisieren. Die Struktur Anpassungen vorzunehmen. Ihre sozialen Sicherungssysteme zukunftsfähig

zumachen. In Handelsfragen der EU mit einer Stimme zu sprechen, Bildung und Qualifizierung nach vorne zu bringen und einen fairen Wettbewerb der Volkswirtschaften zu suchen.

Wettbewerb gehört zur Freiheit. Wo Wettbewerb ausgeschaltet wird, entfaltet sich unkontrollierbare wirtschaftliche und politische Macht. Monopole machen nicht fit, sondern fett. Sie behindern Wettbewerb. Sie stehen der Innovation im Wege. Sie lähmen die Wachstumsdynamik. Sie erschweren den Marktzutritt für neue Wettbewerber. Sie verhindern damit neue Arbeitsplätze.

Soziale Sicherheit ist die Grundlage der Teilhabe an Freiheit. Aber nicht die Höhe der Sozialausgaben zeigt die soziale Kompetenz in Gesellschaft und Politik, sondern die Zahl der Arbeitsplätze. Die soziale Sicherung ist in Deutschland allerdings gerade zu einer Sondersteuer auf Arbeit geworden. Zu einer Barriere gegen Beschäftigung.

Die **gesetzliche Rentenversicherung** steht vor einer Zerreißprobe. Im **Gesundheitswesen** wird die Therapiefreiheit der Ärzte eingeengt, die Wahlmöglichkeit der Patienten beschränkt, Gesundheit wird kollektiv abgebucht und kollektiv zugeteilt. Fairness, Generationengerechtigkeit, Wahlmöglichkeiten und private Vorsorge müssen endlich Einzug in die sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik Deutschland halten. Menschen möchten im Alter sicher leben und sind bereit, dafür vorzusorgen. Sie erwarten allerdings, dass der Staat ihnen dann mehr vom Ertrag ihrer eigenen Leistung belässt. Und da haben die Bürger völlig Recht.

Deutschland selbst kommt, wenn es wettbewerbsfähig und damit sozial und demokratisch stabil bleiben will, einfach nicht darum herum, den Großteil seiner politisch gesellschaftlichen Systeme und Strukturen, darunter die sozialen, die **fiskalischen und auch die föderalen von Grund auf zu renovieren und auf die neuen Realitäten umzustellen**. Die Dringlichkeitsliste reicht von der Fortführung der Steuerreform über die Erneuerung des Alterssicherungs- und Gesundheitssystems und der Bildungseinrichtungen bis zur Wiederbelebung eines wettbewerbsfähigen Föderalismus und bis zu einem

klugen und zukunftsorientierten und nachhaltigen Solidarpakt II in Verkehrsinfrastruktur, Forschung und Entwicklung, Existenzgründung für den weiteren Aufbau Ost.

Ein überzeugendes wirtschaftliches Konzept zum **Aufbau von Beschäftigungsdynamik** ist erforderlich, Entscheidungen für mehr Wachstum, für strukturelle Anpassung und Flexibilität fehlen überall. Der Anreiz, eine Arbeit in Deutschland aufzunehmen, ist zu schwach. Die Steuerbelastung ist noch immer zu hoch.

Die **Agrarpolitik** ist erkennbar am Ende. Landwirte müssen den wesentlichen Teil ihres Einkommens am Markt erzielen können. Es führt kein Weg an einem **marktwirtschaftlich orientierten landwirtschaftlichen Konzept** vorbei, das den Landwirten unternehmerische Perspektiven eröffnet, ihre Leistung zur Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft honoriert und damit die Entscheidungen über die Produkte wieder voll in ihre Hände zurückgibt. Ob dabei der ökologische Landbau 2,6 % in Deutschland oder mehr beträgt, ist zuallererst eine Entscheidung der Verbraucher. Eine politisch herbeigeführte Ausweitung der Produktion würde die Preise für Bioprodukte unter Druck setzen und Märkte zerstören. Rot-Grün stolpert damit in die nächste agrarpolitische Falle und hat sich noch nicht einmal aus der früheren befreit.

Das Bild **Europas** muss weg von Milchseen und Butterbergen und der Rinderverbrennung. Ralf Dahrendorf hat in einem bemerkenswerten Aufsatz zum Thema Europa schon 1992 geschrieben: Europa muss Rechtsstaat und Demokratie verkörpern, pflegen und garantieren, sonst ist es der Mühe nicht wert. Europa muss nach seiner Überzeugung und auch nach unserer Überzeugung der Norm der effektiven Garantien von Bürgerrechten gerecht werden und diese auch entfalten. Das ist eine gewaltige Aufgabe. Sie ist ohne Liberale nicht zu bewältigen. Sie kann nur erfolgreich gestaltet werden, wenn Aufklärung, Rationalität, Parlamentarismus, Liberalismus, kurzum eine Zivilgesellschaft mit bejahter ökonomischer Entwicklung, mit technologischer Kompetenz, mit bildungspolitischen Anstrengungen, mit Verzicht auf romantische Sehnsüchte und Absagen an Orthodoxien die Gestalt

Europas prägen. Europa braucht neben wirtschaftlichem Erfolg auch eine politische Tiefenkultur.

Die braucht auch die Freie Demokratische Partei. Sie hat sie auch. Es ist ihr unverwechselbarer Charakter als **Freiheitspartei**. Die Freiheit ist unsere Botschaft. Das ist die Botschaft des größten Vertrauens in die Menschen selbst. Sie verlangt Menschen die größte Solidarität mit anderen ab: die eigene Verantwortung. Sie ist das Salz in der Suppe einer freiheitlichen Gesellschaft. Alle sollten sie wählen, die Freiheit und Unabhängigkeit lieben.

Wer Geschichte kennt, muss wissen, dass jeder Beitrag in öffentlichen Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland wichtig ist, der Demokratie lebt und Freiheit sichert. Das gilt für alle von uns, die Mitglieder und die Mandatsträger. Wir sind freie Mitarbeiter der Bundesrepublik Deutschland.

Ich bin stolz darauf, die Chance gehabt zu haben, als Vorsitzender sechs Jahre lang unserer in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschlands so bedeutsamen und für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland so wichtigen Freien Demokratischen Partei dienen zu dürfen.

Seien Sie versichert, dass ich mit Engagement und mit Freude und großer innerer Unabhängigkeit, was den jetzt bevorstehenden Abschnitt meines politischen Lebens betrifft, den Vorsitz der Fraktion der F.D.P. im Deutschen Bundestag weiter wahrnehmen werde.

Die Fraktion legt auf eigene Souveränität Wert, lässt sich nicht kommandieren und an der kurzen Leine führen. Sie ist zugänglich, wenn man sie fair behandelt, aber kratzbürstig, wenn man sie kommandieren will. Sie ist eben die Fraktion der F.D.P. Sie ist unsere parlamentarische Visitenkarte und sie ist eine ausgezeichnete Visitenkarte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich auf die weitere gemeinsame Arbeit. Schenken Sie jetzt neues Vertrauen meinem Nachfolger im Bundesvorsitz der F.D.P. Schenken Sie es ihm aber ganz. Ungeschmälert und ungeteilt. Nicht ein Titel, und klingt er auch noch so stark, ist am Ende Ausdruck der Entschlossenheit und der Möglichkeiten einer Partei. Immer ist es vor allem die Haltung, die Klugheit, die Überzeugung und der Charakter ihrer führenden Persönlichkeiten.

Wenn Sie heute Nachmittag einen neuen Bundesvorsitzenden wählen und Führung erwarten, dann sollten Sie morgen Nachmittag bei Ihren Entscheidungen auch Führung zulassen.

Hiermit gebe ich jetzt am Freitag, dem 4. Mai 2001, mein Amt und meine Aufgabe in Ihre Hände, die Hände der Delegierten des Bundesparteitages zurück. Ihnen allen, meine Damen und Herren, danke ich für das Vertrauen, das Sie mir geschenkt haben.

Ich biete Ihnen, lieber Guido Westerwelle, uneingeschränkt faire und vertrauensvolle Zusammenarbeit an. Ich wünsche Ihnen Glück und Erfolg in der Ihnen bevorstehenden großen, aber auch schönen Herausforderung.

REDE

Recht und Ethik der modernen Medizin und Biotechnologie

Herr Präsident!
Meine Damen und Herren!

Wir diskutieren komplizierte Fragen der Menschenwürde, des menschlichen Lebens und medizinischer Potenziale in einer offenen Gesellschaft. Die offene Gesellschaft hat mit der **Aufklärung** begonnen. Die drei Fragen von Immanuel Kant „Was kann ich wissen? Was soll ich tun? Was darf ich hoffen?“ sind die Fragen, die uns bewegen. Diese Debatte haben schon andere Gesellschaften – auch solche in unserer europäischen Nachbarschaft – mit den gleichen Verfassungsbestimmungen, mit den gleichen Argumenten über Menschenwürde, mit der gleichen Zivilisations- und Kulturgeschichte wie wir geführt. Sie haben die Fragen anders, als es uns von manchen Fundamentalisten in der Diskussion empfohlen wird, beantwortet. Wir sollten auf diese Gesellschaften nicht ethisch herabblicken. Auch unsere französischen und britischen Nachbarn haben keine leichtfertigen Entscheidungen getroffen, auch wenn sie anders aussehen, als es manche Diskussionsbeiträge hier verlangen.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei Abgeordneten der SPD
und der CDU/CSU

Die Diskussion, die uns in Zonen moralischer Ratlosigkeit führt, muss frei von Fundamentalismen bleiben. Es kann **weder eine Überdeh-**

nung der Freiheit im Namen der Freiheit noch eine Monopolisierung der Moral im Namen einer ganz bestimmten Moral geben.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei Abgeordneten
der SPD und
der CDU/CSU

Im Übrigen scheint es mir auch wichtig zu sein, darauf aufmerksam zu machen, dass die Heuristik der Furcht, wie Hans Jonas sagt, nicht ausschließlicher Ratgeber sein kann. Sie schwingt zwar immer mit; aber sie darf eine Gesellschaft nicht kopflös machen.

Beifall bei Abgeordneten
der F.D.P.

Es ist nicht so, dass es in Deutschland eine Scientific Community, also Wissenschaftsorganisationen wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft oder die Max-Planck-Gesellschaft, und hervorragende Forscher gibt, die nur drauf und dran sind, die Menschenwürde zu verletzen, die sich nur in nicht mehr kontrollierbare Forschungen hineinbegeben und die selbst nicht begriffen haben, wo die Grenzen von verantwortbarer Forschung liegen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Blick auf einen einzigen – katastrophalen – Abschnitt der deutschen Geschichte darf uns das **Vertrauen in die deutsche Forschungslandschaft** nicht verbauen.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei Abgeordneten
der SPD
und der CDU/CSU

Auch die deutsche Forschung hat einen Anspruch darauf, ihre Chancen verantwortbar zu suchen. Eine offene Diskussion, wie wir sie führen wollen, findet natürlich in einem anthropologischen, in einem menschlichen Kontext statt. Wir führen diese Diskussion nicht nur über **Forschungsfreiheit**, die die Verfassung sichert, sondern auch über den **Sinn von Chancen, die die Forschung ausloten soll**. Ich glaube – das sage ich für die Freien Demokraten –, dass diejenigen, die sich für die **Präimplantationsdiagnostik** und für die Forschung an Embryonen aussprechen, dafür gute ethische und moralische Gründe in Feld führen können.

Beifall bei Abgeordneten
der F.D.P.

Wir sind nicht der Überzeugung, dass menschliches Leid vermieden werden könnte, dass es keine Krankheiten mehr geben würde und dass der Hunger in der Welt beseitigt werden könnte. Aber wir sind der Überzeugung, dass es legitim, ethisch und moralisch begründbar ist, in einem begrenzten, gesetzlich beschränkten Rahmen **per Forschung auszuloten, ob menschliches Leid gelindert werden kann**.

Beifall bei der F.D.P.

Wenn eine offene Gesellschaft diese Debatte in den von der Verfassung und von der Zivilisations- bzw. Kulturgeschichte gebotenen Grenzen führt und sich der Zone moralischer Ratlosigkeit verantwortbar annähert, dann ist das ein ganz legitimer, moralisch-ethisch begründeter Prozess, der davon bestimmt wird, dass wir prüfen wollen, ob Menschen geholfen werden kann. Das mag in vielen Fällen nicht möglich sein. Deshalb entsteht am Ende vielleicht nur ein bescheidener Beitrag, geringer als das, was sich viele Forscher heute erhoffen. Aber für einen einzigen Menschen kann ein solch bescheidener Beitrag schon etwas ganz Großartiges sein. Ich denke an einen Mukoviszidosekranken, von dem der frühere Bundespräsident Herzog sprach. Er will ihm nicht erklären, warum ihm nicht geholfen werden kann – auch ich nicht! Deshalb möchte ich Sie bitten, mit uns zusammen in Deutschland nach langer Diskussion eine Mehrheit dafür zu finden, die es uns ermöglicht, diesen verantwortbaren Versuch zu unternehmen. Er ist vertretbar.

Beifall bei der F.D.P.

Argumente sollten den Zusammenhang mit der Lebenswirklichkeit nicht ganz außer Acht lassen. Wenn man sagt, menschliches Leben beginne mit der Befruchtung und das sei schon ein Mensch, dann nimmt man eine großflächige rechtsethische Bewertung vor. Diese Bewertung habe ich hier gehört und ich habe sie in deutschen Feuilletons gelesen. Diejenigen, die so vorgehen, müssen aufpassen, dass sie nicht schon dann in gewaltige geistig-moralische Konflikte kommen, wenn sie über Verhütungsmittel diskutieren. Wir nehmen in unserer Lebenswirklichkeit die Spirale hin, führen aber im weiten Rahmen ethisch aus, wo das Leben und der Mensch beginnen, und zerbrechen uns den Kopf über die Präimplantationsdiagnostik. Neulich schrieb ein kluger Mann einen langen Leserbrief an eine Zeitung und führte uns die Lebenswirklichkeit vor Augen. Er schrieb, dass Embryonen, die der Mutter nicht eingepflanzt worden sind, ihr Leben in Tiefkühlfächern in Kliniken fortsetzen – prägen Sie sich das Bild ein: ihr Leben in Tiefkühlfächern in Kliniken fortsetzen –, ohne jede Chance, dieses Gefängnis jemals verlassen zu können. Dann fragt er, warum diese Dauerexistenz im Kühlfach, woraus es kein Entkommen gibt, mit der Menschenwürde gesunder Embryonen vereinbar ist, aber schwerlich mit der Menschenwürde schwerbeschädigter

Embryonen unvereinbar sein soll? Es ist eine zugespitzte Frage. Diese Frage muss aber so zugespitzt werden, weil die Präimplantationsdiagnostik und das, was wir erforschen können, uns vor solchen Zuspitzungen nicht bewahrt. Unter dem Gesichtspunkt der Menschenwürde wird es immer eine Abwägung geben.

Wir, die Fraktion der Freien Demokraten und ich persönlich, sprechen uns deshalb dafür aus, die Präimplantationsdiagnostik zuzulassen, weil wir nicht verstehen können, warum angesichts der Lebenswirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland die Pränataldiagnostik in einem fortgeschrittenen Stadium der individuellen menschlichen Lebensentwicklung erst die mit hoher Tötungsgefahr für die Leibesfrucht verbundene Konfliktsituation schafft, die die Präimplantationsdiagnostik verhindern könnte.

Beifall bei der F.D.P.
sowie bei Abgeordneten der SPD

Wir führen überzeugende Argumente ins Feld. Wir haben in unserer Fraktion eine große Mehrheit gefunden. Aber niemand von uns denkt daran, einen Fraktionsbeschluss zum Maßstab für alle zu machen. Natürlich wird jede Kollegin und jeder Kollege nach eigenem Gewissen abstimmen. Das war übrigens auch bei dem Mehrheitsbeschluss der Fall. Diese Entscheidung hat sich niemand leicht gemacht. Ein Teil der Öffentlichkeit hat kritisch festgestellt, wir hätten zu schnell entschieden. Ich kann nicht jeden Feuilletonchef in die Fraktion der F.D.P. einladen. Wir diskutieren seit zwei Jahren. Wer unsere Diskussion aufmerksam verfolgt hat, kennt unsere Position.

Beifall bei der F.D.P.

Wir haben uns diese Entscheidung vom Frühjahr wahrhaftig nicht leicht gemacht. Die deutsche Gedankenschwermut, die große Metaphysik und dieses tränenreiche Gesicht zeigen wir nicht. Wir schauen schon mit etwas Zuversicht auf die Möglichkeiten und die Potenziale, die unsere Forschungslandschaft bietet. Ich möchte denen, die anders denken als ich, sagen: Ich finde es eine Missachtung menschlichen Leids, im Übrigen auch eine Missachtung der Wünsche von Paaren, die ja nicht leichtfertig einen Kinderwunsch hegen – es ist in Deutschland nicht gerade Mode geworden, Kinder haben zu wollen; es wäre ja schön, wenn es mehr Kinderwünsche gäbe –

Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.
und der CDU/CSU

und die genetisch vorbelastet sind, wenn man das Totschlagargument anführt, es gebe keinen Rechtsanspruch auf diese Art medizinischer Hilfe. Beispielsweise verdient der Kinderwunsch von Paaren, sofern er in einer offenen Gesellschaft in vertretbarer Weise erfüllt werden kann, Respekt, wenn diese Paare nicht in der Lage sind, ein gesundes Kind zur Welt zu bringen, wie das in vielen Familien der Fall ist.

Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.

Es ist daher falsch, davon zu sprechen, der eine habe die Moral für sich und der andere gegen sich. Am Ende werden sich in den Abstimmungen Überzeugungen gegenüberstehen. Entscheidend ist aber, dass wir die Diskussion mit menschlichem Maß führen und dass jeder am Ende gemäß seinem Gewissen entscheiden kann. Ich sage abschließend: Wir wollen die Chancen suchen. Wir sind der Überzeugung, dass das Kriterium der Hilfe, die wir Menschen gegen ihr Leid geben, ein wichtiges Argument dafür ist, in Deutschland die Forschung in diesem Bereich in gewissen Grenzen zuzulassen. Wir halten das für verantwortbar. Wir vertrauen auch denen in Deutschland, die zukünftig im Rahmen einer gesetzlichen Regelung forschen. Es gehört – das sage ich zum Schluss – in diese Diskussion: Niemand darf glauben, dass wir durch ein Gesetz verhindern oder hemmen können, dass eine Forscherpersönlichkeit Missbrauch betreibt. Weder mit Gesetz noch ohne Gesetz kann das immer und überall sichergestellt werden. (

Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.

Es führt deshalb nichts daran vorbei, dass wir uns immer wieder untereinander verständigen und aufmerksam bleiben müssen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU

REDE

Erklärung der Bundesregierung zu den Anschlägen in den USA

Herr Präsident!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach den großen Veränderungen im ausgehenden letzten Jahrhundert hat Joachim Fest einmal geschrieben, ob sich die freien Gesellschaften ausreichend klar über die **Voraussetzungen ihrer freiheitlichen Existenz** seien. Dabei ging es ihm um das Bewusstsein, das wir gestern angegriffen fühlten, um eine Zivilisation, die auf einem Grundbestand von Regeln für menschliches Maß fußt, die aber auch ein scharfes und waches Bewusstsein für die großen Gefährdungen hat, die von Menschen ausgehen können. Fest schrieb – nahezu wörtlich –: Eine Zivilisation braucht befestigte Linien, die niemandem preisgegeben werden dürfen. – Darum geht es. Es geht uns und unseren amerikanischen Freunden um diesen Kern des gemeinsamen Nenners, der Deutschland aus seiner größten Katastrophe herausgebracht hat und eine gefestigte transatlantische Partnerschaft begründet hat, die wir nicht zerschlagen lassen werden, durch wen auch immer.

Beifall im
ganzen Hause

Heute, einen Tag nach einem unbegreiflichen, unfassbaren und unvorstellbaren Anschlag, der unsere amerikanischen Freunde

getroffen hat, der aber uns allen galt, müssen wir jenseits aller Diskussionen wieder auf den Kern zurückkommen. Wir müssen wissen, wo wir stehen, ohne jeden Schnörkel. Dies heißt, dass der gestrige Anschlag auch ein **Anschlag auf unsere Zivilisation, auf unsere Werte**, auf unser Leben, auf alle Menschen war, die in freiheitlichen Gesellschaften leben. Deshalb steht für die Freie Demokratische Partei außer Frage: Wir sind an der Seite der Vereinigten Staaten von Nordamerika und wir bleiben an ihrer Seite. Wir fühlen mit unseren Freunden in Nordamerika und wir trauern mit den Familien um ihre Toten. Wir sind heute nicht in der Lage, wirklich zu erkennen, wer für diesen feigen Mord an Menschen verantwortlich ist. Wir wissen nur eines: Der Geist der Menschen, die für den Anschlag verantwortlich sind, darf niemals obsiegen.

Freiheitliche Demokratien sind zwar empfindlich. Sie sind auch leicht zu gefährden und sie sind verwundbar. Aber sie sind letztlich nicht wehrlos. Wir werden in der Lage sein, uns am Ende zu behaupten sowie Gewalt und Unterdrückung zurückzuweisen, weil es keine Alternative dazu gibt.

Beifall im
ganzen Hause

Es klingt jetzt groß und die Menschen, die uns bei diesen ersten Stellungnahmen vielleicht zusehen, werden angesichts der Dramatik des Ereignisses Skepsis haben. Aber wir müssen ihnen sagen – das ist unsere Überzeugung -: Wir sind davon überzeugt, wie es der amerikanische Präsident ausgedrückt hat, dass wir, die Menschen, die in Freiheit leben wollen, die sich gegenseitig respektieren wollen, die Toleranz üben und die Probleme friedlich lösen wollen, gewinnen werden, weil wir sonst überhaupt nicht zuversichtlich leben können. Wir wollen ihnen aber auch sagen, in welchem Stil wir das tun. Wir wollen als Vertreter unterschiedlicher Kräfte unseren deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sagen: Wir wollen das gemeinsam tun. Wir, das sind die Vertreter, aber auch die Mitglieder der demokratischen Parteien, denen wir angehören, die demokratisch gewählte legitimierte Regierung der Bundesrepublik Deutschland sowie die Europäische Union.

Wir, das sind am Ende die Deutschen und die Amerikaner, weil uns eine gemeinsame Geschichte verbindet. In einer globalisierten Welt muss jeder wissen, dass seine Haltung, seine Reaktion, seine Entscheidungen zugleich viele Menschen überall auf diesem Erdball mit betreffen. Niemand kann so tun, als hätte er in seinen eigenen Entscheidungen und in seiner Haltung nicht auch zugleich ganz persönliche Verantwortung für die Geschehnisse der ganzen Menschheit. Das müssen wir nach einem solchen Ereignis eindringlich in das Bewusstsein der Öffentlichkeit hineinbringen.

Ich hoffe, wir alle hoffen, dass unsere amerikanischen Freunde spüren, dass – trotz unterschiedlicher Lagebewertungen, die wir oft hatten, und manchmal trotz der Erwartung feinfühligere Reaktionen bei einer großen Macht, aber auch gleichzeitig der Erwartung der Vereinigten Staaten von Amerika, denen Europa so kompliziert erschien, dass wir doch manche Fragen weltweit klarer beantworten – Meinungsverschiedenheiten und unterschiedliche Lageeinschätzungen angesichts eines solchen Ereignisses gewaltig an Bedeutung verlieren. Ich hoffe, dass sie spüren, dass sie durch eigenes Engagement in einer schwierigen Situation unserer Geschichte in Deutschland wirklich einen großen Freund gewonnen haben, der auch dauerhaft und überzeugt an ihrer Seite bleibt und mit ihnen fühlt. Wir verneigen uns vor den Toten und sprechen ihren Familien und dem amerikanischen Volk unser Mitgefühl aus.

Beifall im
ganzen Hause

REDE

Deutschland: Ein selbstbewusster und verlässlicher Partner

Außenpolitik ist keine Reiseberichterstattung. Außenpolitik ist auch keine Angelegenheit allein für politikwissenschaftliche Seminare. Sie erschöpft sich auch nicht in Bilderfolgen von Konferenzen und bedeutsam blickenden Staatsmännern. Außenpolitik geht uns alle an. Außenpolitik entscheidet über die Zukunft unserer Sicherheit und unserer Freiheit.

- Als Land mit den meisten Nachbarn in Europa liegt die **europäische Integration** und die **Erweiterung der Europäischen Union** in unserem ureigenen deutschen Interesse, Sie ist die entscheidende Zukunftsinvestition für Beschäftigung, soziale und demokratische Stabilität. Als zweitgrößte Handelsnation der Welt sind freier Welt- handel, Absatzmärkte und günstigen Investitionsbedingungen für uns unverzichtbar. Fast jeder dritte Arbeitsplatz in Deutschland hängt davon ab.
- Nach den Erfahrungen des Kalten Krieges hat Deutschland wie kein anderes Land ein Interesse an einer **verlässlichen Sicherheitspartnerschaft** mit unseren Verbündeten. Wir dürfen dabei aber nicht

nur Sicherheit von und durch andere erwarten. Wir müssen einen eigenen Beitrag dazu im Bündnis mit anderen leisten.

- An der **internationalen Bekämpfung des Terrorismus** führt kein Weg vorbei. Internationale Kriminalität, Drogen- und Menschenhandel fordern uns heraus. Umweltprobleme nehmen auf die Grenzen unseres Landes sehr wenig Rücksicht und sind nur grenzüberschreitend zu lösen.

Die übliche Globalisierungspanik lenkt deshalb von den wirklichen Tatsachen ab. Die **Globalisierung**, die viele auch in Europa für Armut und Konflikte verantwortlich machen, ist eine Chance und kein Schicksal. Diejenigen, die sich ihr verschließen, die sich abschotten, sorgen für keinen sozialen Ausgleich und verlieren an Wettbewerbsfähigkeit. Unter den unfreiesten Wirtschaften sind die größten Menschenrechtsverletzer. Sie missregieren ihre Wirtschaft ohne Ende und vernichten damit soziale Chancen. Andere schließen aus Gründen eigenen Machterhalts ihre Bürgerinnen und Bürger von der Chance auf Teilhabe aus: „Nicht weltweit um sich greifende Marktwirtschaft, sondern Mangel an Markt und freiem Handel korreliert mit Mangel an Freiheit und ist die Ursache für die Probleme vieler Länder.“ Viele die in Europa einfache Rezepte gegen Internationalität vortragen, versündigen sich an den Lebenschancen der Menschen.

Werteorientierte Außenpolitik ist deshalb auch kein Gegensatz zu interessengeleiteter Außenpolitik. Ohne Menschenrechte und Demokratie weltweit und ohne Chancen für Menschen überall auf der Welt werden wir Deutsche auf unserer kleinen Stabilitätsinsel nicht überleben.

Es ist überall in Europa Mode geworden, auf **Brüssel** zu schimpfen. Wir sollten uns alle wieder einmal daran erinnern, dass bei allen Problemen in einer Europäischen Union der Butterberge, der Milchseen und der Schlachtprämien, der Finanzierung, der Kompetenzabgrenzungen, der Weg nach Europa uns die längste Friedensperiode auf diesem Kontinent seit Menschengedenken geschenkt hat.

Leider scheint auch die Bundesregierung zu der Ansicht gekommen zu sein, dass sich innerpolitisch aus europa-kritischen Tönen und Aktionen Profit schlagen lässt, um von den eigenen Versäumnissen abzulenken. Das kraftmeierische Vorgehen gegen den berühmten „Blauen Brief“ hat nicht nur für Verstimmung bei der Kommission gesorgt, sondern vor allem dem Image Deutschlands geschadet. Wer die **Stabilitätsorientierung** der Gemeinschaft aufgibt, zerstört das Vertrauen in die Währungsunion und in den Euro. Das schadet unseren Interessen.

Es ist auch bedauerlich, dass die Bundesregierung in Brüssel daran erinnert werden muss, dass **Wettbewerb** zu einer Marktwirtschaft gehört. Auch wenn Bundeskanzler Schröder dies nicht nur beim Thema Autohandel nicht passt, nicht beim Volkswagengesetz und wie er es nennt, bei der Industriepolitik. Am deutschen Wesen des Korporatismus will aber die Welt nicht genesen. Und die Beschäftigungszahlen in anderen Ländern zeigen, dass andere so falsch nicht liegen.

Gerade Deutschland braucht eine **Öffnung der Märkte**. Wieso soll es zum Beispiel nicht endlich möglich sein, dass wir uns selbst unsere Gasanbieter aussuchen, genauso wie dies beim Telefonieren schon heute möglich ist. Dies wurde auf dem Gipfel in Porto bereits beschlossen, aber in diesem Jahr auf dem Gipfel in Barcelona wieder einmal nicht umgesetzt.

Gerade Deutschland muss doch ein Interesse an einer **ehrliehen und zukunftsfähigen Finanzierung Europas** haben. Unsere Landwirte wissen das, die Landwirte in den neuen Beitrittsländern wissen – das auch. Der Gipfel von Berlin hat dies leider nicht geleistet, auch wenn uns das nachher so verkauft wurde.

Political Correctness als europapolitische Haltung reicht nicht: aus Wir müssen ambitionierte Europapolitik machen und **antieuropäischen Populisten die Argumente entziehen**. Europa braucht dringend mehr Transparenz, klare Entscheidungsabläufe, kleinere Gipfel und eine ehrliche und offene Zuordnung von Verantwortungen.

All dies wurde auf dem Gipfel von Nizza leider nicht erreicht. Wir brauchen ein **Europäisches Parlament**, das den Namen Parlament auch wirklich verdient. Es muss volle Mitentscheidungsrechte haben, die Hoheit über den Haushalt bekommen und den Kommissionspräsidenten selbst wählen und nicht nur abnicken. Im Zuge der Stärkung des Europäischen Parlaments brauchen wir natürlich auch wirkliche europäische Parteien. Ich bin froh, dass die Europäischen Liberalen mit Werner Hoyer als Präsidenten daran arbeiten. Vor uns liegt die liberale dänische Präsidentschaft mit unserem Freund, Anders Fogh Rasmussen, und mit uns ist der Präsident des Europäischen Parlaments unserem Freund, Pat Cox.

Europapolitik kann nur überzeugen, wenn überzeugend gehandelt wird. Europa kommt nur voran, wenn ehrlich und aufrichtig die Ergebnisse von Politik dargestellt werden. Bedenken gegen Europa entstehen, wenn ständig das nicht Erreichte trotzdem als großer Erfolg verkauft wird. Wenn wir Europa gemeinsam mit unseren Bürgern aufbauen wollen, müssen wir den Bürgern reinen Wein einschenken. Über Erfolge genauso wie über Misserfolge, über Chancen genauso wie über Risiken. Wir müssen nichts verdrängen, denn die Chancen überwiegen die Risiken bei weitem.

Wir wollen, dass so viele **Beitrittskandidaten** wie möglich 2004 an der Europawahl teilnehmen können. Europa hat sich mit den Kopenhagener Kriterien auf einen klaren Maßstab festgelegt. Dieser gilt. Wer die Kriterien erfüllt und die Verhandlungen über die Kapitel abgeschlossen hat, ist dabei und uns willkommen.

Die **Osterweiterung der EU** ist die große Zukunftsinvestition für Deutschland. Wir leugnen damit nicht die Risiken und Schwierigkeiten. Nicht die Erweiterung, sondern die in-Deutschland unterlassenen Reformen verhindern optimale Chancen.

Nicht defensive Übergangsfristen machen uns zukunftsfähig, sondern nur eine neue Reformoffensive für mehr Marktwirtschaft in Deutschland.

Die Erfahrungen auf dem Balkan haben jedem klar gemacht Wir brauchen nicht weniger, wir brauchen **mehr Europa in der Außenpolitik, der Sicherheitspolitik und der Entwicklungspolitik**. Die Gemeinsame Außenpolitik darf nicht nur auf dem Papier stehen. Wir brauchen Europa, ob bei der Außenpolitik, der Verteidigungspolitik oder der Entwicklungspolitik. Nur wenn Europa mit einer Stimme auftritt, wird Europa auch endlich ernst genommen. Das heißt aber auch, dass Außen- und Europapolitik zusammengehören. Die Europapolitik der Bundesregierung läuft nicht wegen zu wenig Schröder schief, sondern wegen zu viel Schröder.

Außenpolitik und Entwicklungspolitik sind zwei Seiten derselben Medaille. Wenn wir es ernst meinen mit „good governance“ in der **Entwicklungspolitik**, müssen wir sie auch vormachen. Wir müssen endlich die Doppelstruktur von BMZ und AA zusammenlegen zu einem handlungsfähigen Ministerium.

Europa darf nicht weiterhin vollkommen unkoordiniert mit den Ländern der sogenannten Dritten Welt zusammenarbeiten und dabei auch noch in Konkurrenz miteinander treten. Anstatt uns in den afrikanischen Partnerländern gegenseitig entwicklungspolitisch auf den Füßen herum zu trampeln, sollten wir in Afrika endlich eine europäische Entwicklungspolitik aus einem Guss durchführen. Trotz aller Rückschläge: Afrika bleibt ein Kontinent mit Zukunft. Und wir Europäer stehen in der Pflicht, unseren afrikanischen Nachbarn dabei zu helfen, die Zukunft zu gestalten. Die beste Entwicklungspolitik ist freier Handel. Es kostet uns wenig, für manche Produkte den europäischen Markt zu öffnen. Für viele Länder ist es bedeutend mehr als gezahlte Armutshilfe. Im Übrigen: statt in einigen Ländern Afrikas Botschaften zu schließen, sollten gemeinsame Botschaften der EU eingerichtet werden.

Lateinamerika will sich enger an Europa binden. Der regionale Verbund MERCOSUR wurde nach dem Erfolgsmodell der Europäischen Union modelliert. Viele Lateinamerikaner wollen sich von dem großen Bruder im Norden emanzipieren und suchen die Nähe zu Europa. Deshalb ist es dringend an der Zeit, dass das Abkommen

zwischen der EU und MERCOSUR umgesetzt wird und die Europäische Union endlich die noch verbleibenden Handelsrestriktionen für lateinamerikanische Produkte beseitigt. Eine Twin-Partnerschaft Südamerikas mit Nordamerika und Europa ist die erfolgsversprechende Chance für alle.

Der **asiatische Wirtschaftsraum** ist einer der größten Märkte der Zukunft. Hier liegt eine große Chance für die gemeinsame europäische Außenhandelspolitik. Aber auch in asiatischen Krisenregionen sollte Europa stärker präsent sein. Wir brauchen dringend eine gemeinsame europäische Strategie zur Stabilisierung der zentral-asiatischen Krisenregion rund um Afghanistan. Unser politisches Ziel eines **ständigen Sitzes für die Europäische Union im Sicherheitsrat** ist die eine Sache. Aber die UNO besteht aus mehr als nur dem Sicherheitsrat. Es ist dringend an der Zeit, dass die Europäer in der UNO mit einer Stimme sprechen. Das wird von Europa erwartet. Diesen Erwartungen müssen wir endlich gerecht werden.

Die **neuen globalen Sicherheitsrisiken** erfordern strategisches Umdenken und eine weitere Stärkung der Allianz. Die NATO ist und bleibt das erfolgreichste sicherheitspolitische Bündnis der Weltgeschichte. Neben den USA und in einigem Umfang Russland ist die NATO der einzige handlungsfähige Akteur mit logistischer Fähigkeit, Kommandostruktur und operativen Kapazitäten, um den sich abzeichnenden neuen potentiellen Konfliktzonen wirkungsvoll zu begegnen.

Es ist gut und richtig, dass **Russland** stärker in die NATO eingebunden und damit die Perspektive eines Sicherheitsraumes von Vancouver bis Wladiwostok ein Stück weit realistischer wird. Es kann bei der NATO-Erweiterung nur um Sicherheit mit Russland gehen. Sensibilitäten und Ängste vor Russland dürfen ebenso wenig Beitrittskriterium werden, wie russische Sensibilitäten und Ängste die Erweiterung behindern dürfen. Nach Auffassung der Freien Demokraten entscheiden die Baltischen Staaten deshalb selbst über die Sicherheit und das dazu gewünschte Bündnis und nicht andere für sie.

Deutsche Soldaten sind hoch angesehen. Die Politik von Rudolf Scharping macht aber die Deutsche **Bundeswehr** technisch zu einem Militärmuseum. Für jeden internationalen Einsatz der vergangenen Jahre musste an anderer Stelle Material ausgeborgt werden, viele Soldaten können schon lange nicht mehr ausreichend trainieren, weil ihr Gerät verliehen oder zu alt ist. Der Irrflug der Bundeswehr auf ihrem Weg nach Afghanistan war beschämend. Deutschland braucht dringend wieder eine gut ausgebildete und modern ausgestattete Bundeswehr. Wir brauchen eine **grundlegende Reform der Bundeswehr**, und wir müssen die Wehrpflichtarmee durch eine **gut ausgebildete Berufsarmee** mit angemessener Bezahlung und angemessenem Gerät umwandeln.

Wenn Europa als transatlantischer Bündnispartner von den Amerikanern ernst genommen werden will, muss es endlich auch eigene Kapazitäten und Fähigkeiten entwickeln. Die Aufstellung von **gemeinsamen europäischen Streitkräftekontingenten** bis zum Jahre 2004 ist ein wichtiger erster Schritt, der dringend umgesetzt werden muss.

Die **transatlantische Freundschaft** zwischen Deutschland und Amerika ist und bleibt unverzichtbarer Baustein deutscher Außenpolitik. Europa und Amerika haben mehr gemeinsame Interessen als jeder allein mit irgendeinem Partner in der Welt. Gerade im Zeichen der Globalisierung nicht nur von Handel und Information, sondern auch von Sicherheitsrisiken, ist eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen diesen beiden mit Abstand wichtigsten Akteuren der Weltpolitik unerlässlich. Bislang ist es jedoch nicht gelungen, einen Rahmen zu finden, der den wachsenden transatlantischen Herausforderungen standhält. Die hohen Erwartungen an die „neue transatlantische Agenda“ haben sich noch nicht erfüllt. Die halbjährlichen Gipfeltreffen, politische Konsultationen und auch der sogenannte „Business-Dialog“ sind zwar nützliche Ansätze, ergeben jedoch kein tragfähiges Netzwerk.

Als größtem Land der Europäischen Union und als wichtigstem NATO-Partner der USA kommt Deutschland hier eine besondere Verantwortung zu. Bislang hat die Bundesregierung jedoch weder

im handelspolitischen noch im Sicherheitspolitischen Bereich Initiativen für eine zukunftsfähige Gestaltung der transatlantischen Beziehungen ergriffen, die sowohl den Interessen der europäischen als auch der nordamerikanischen Partner Rechnung tragen.

Den Europäern fehlt es nicht an internationalem Potential. Es fehlt ihnen oft an strategischer Orientierung, an einem Schuss weltpolitischen Kalküls, das unsere amerikanischen Freunde in überreichem Maße haben. Wir Europäer vertreten dabei aus unseren geschichtlichen Erfahrungen bei gleichen Werten in eigenen Fragen andere Bewertungen als die Vereinigten Staaten. Wir ziehen multinationale Lösungen vor. Wir betrachten internationale Gerichtshöfe, internationale Vereinbarungen nicht als Beeinträchtigung unserer nationalen Interessen. Im Gegenteil, und deshalb ist Kritik an der Haltung der Vereinigten Staaten in diesen Fragen keine Absage an Freundschaft, sondern Ausdruck einer anderen Haltung.

Vor einigen Jahren erschien es noch komplett unrealistisch, dass Slobodan Milosevic sich eines Tages vor einem internationalen Gericht für seine Verbrechen rechtfertigen müsste. Nun sehen wir ihn beinahe täglich in Den Haag. Es ist ein großer Schritt für die internationale Wertegemeinschaft, dass in diesem Jahr der 60ste Staat seine Ratifizierung für den Internationalen Strafgerichtshof bei den Vereinten Nationen hinterlegt hat. Es ist und bleibt nach unserer Überzeugung ein politischer Fehler, dass die Vereinigten Staaten dabei abseits stehen.

Der **Irak** wird von einem menschenverachtenden Regime regiert, daran besteht für uns kein Zweifel. Saddam Hussein hat bereits Massenvernichtungswaffen gegen seine Bürger und im ersten Golfkrieg eingesetzt, und besitzt und entwickelt nach allen Berichten auch heute derartige abscheuliche Waffen. Als ersten Schritt müssen die Inspektoren der Vereinten Nationen unverzüglich wieder in den Irak reisen können. Das ist ganz klar für uns, ebenso klar für uns Freie Demokraten ist aber, dass die Vereinten Nationen der Ort sein müssen, wo internationale Konfliktlösungen besprochen und nachher auch durchgesetzt werden müssen. Es schadet nicht, unsere

amerikanischen Freunde manchmal darauf hinzuweisen, dass die Vereinten Nationen gestärkt werden müssen, damit sie handlungsfähig sind. Die Vereinten Nationen haben mehr Massenvernichtungswaffen im Irak zerstört als durch militärische Maßnahmen erreicht wurden. Man kann nicht die Vereinten Nationen als zahnlosen Tiger belächeln, wenn man ihm selbst die Zähne zieht. Und im Übrigen auch nicht den Beistand der NATO zu Recht einfordern und sie dann als Leasing-Firma nutzen. Wir sind ein Bündnis und auch eine Supermacht braucht Partner.

Wie würden wir in Deutschland reagieren, wenn Tag für Tag unschuldige Bürgerinnen und Bürger, Kinder und Jugendliche auf Parkbänken, in Schulbussen, auf Marktplätzen, in Discotheken, von heimtückischen Terroristen in den Tod gerissen werden würden? Wohl nicht viel anders als die Bürger [Israels](#). Um es deshalb zuallererst und ganz klar zu sagen: Kein Widerstandsrecht der Welt legitimiert jemanden, Selbstmörder zu rekrutieren, sie zu menschlichen Waffen zu machen und Unschuldige mit in den Tod zu reißen. Die Führung der Palästinenser muss wissen: Terror ist zu unterlassen, Drahtzieher und Terroristen gehören vor Gericht und dann eingesperrt.

Israels Regierung macht es den Freunden Israels aber auch verdammt schwer: Seine Siedlungspolitik hat den Oslo-Prozess blockiert. Seine Panzer Häuser niedermachen zu sehen, schockiert uns. Seine militärischen Maßnahmen in Gebieten, in denen es im wahren Sinne des Wortes nichts zu suchen hat, halten wir für falsch. Mögliche Schuldige, aber eben auch viele Unbeteiligte gleichermaßen zu treffen und leiden zu sehen, will uns nicht überzeugen, und die Fernsehbilder zuletzt aus dem Flüchtlingslager Dschenin wühlen uns auf. Dass eine Untersuchungskommission nicht gewünscht wird, verstehen wir überhaupt nicht. Eine Demokratie sollte nichts zu verbergen haben.

Israel hat das Recht auf Selbstverteidigung, aber die Palästinenser haben eben auch das Recht, in einem eigenen Staatsverband zu leben, der nicht löchrig ist wie ein Schweizer Käse. Deshalb müssen nicht nur Israels Panzer zurück, sondern auch der weitaus größte Teil

seiner Siedlungen. Kritik an der israelischen Regierung ist keine Kritik am israelischen Volk. Und wer darauf hinweist, ist nicht antisemitisch, und er leistet auch keinem Antisemitismus Vorschub.

Bei uns Liberalen findet im Übrigen auch niemand eine politische Heimat für antiisraelische Politik. Wenn jemand das vermutet, dann irrt er sich gewaltig. Deshalb ist es wichtig, sich in der Wortwahl und der Sprache präzise auszudrücken, Disziplin zu üben und genau hinzusehen und genau zu beschreiben und Missverständnisse zu vermeiden.

Das **Existenzrecht Israels** ist für die Völkergemeinschaft, und besonders für uns Deutsche unantastbar. Diese Verpflichtung gehört wie das Transatlantische Bündnis, die deutsch-französische Freundschaft und die europäische Einbettung deutscher Politik zu einem Stück Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland. Die FDP hat diese Politik immer mitgestaltet und getragen. Dabei bleibt es auch. Diese Politik hat sich im Übrigen nie gegen das verständliche Recht des palästinensischen Volkes gerichtet, in einem eigenen gesicherten Staatsverband zu leben.

Es fehlt nicht an Ideenpapieren und Plänen zur Beilegung des **Nahost-Konfliktes**, es mangelt vor allem am Mut zum ersten Schritt. Die Geschichte des Nahost-Konfliktes kennt diesen Mut. Anwar Al-Sadat und Yitzhak Rabin haben diesen Mut aufgebracht. Sie haben in ihren jeweiligen Gesellschaften Tabus gebrochen, ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern etwas zugemutet und ihren Völkern etwas abverlangt. Weder der gegenwärtige israelische Ministerpräsident, noch der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde tun das. Sie hätten es aber tun müssen und tun können.

Arafat darf nicht glauben, mit Terror mehr zu erhalten und Sharon irrt sich, wenn er davon überzeugt ist, mit Panzern weniger geben zu müssen. Zuallererst ist der Ausstieg aus der Logik der Gewalt notwendig. Dabei stehen aber auch die arabischen Nachbarn der Konfliktparteien in besonderer Verantwortung.

Wir wissen, dass diese beiden Gesellschaften, die beiden Völker wahrscheinlich aus eigener Kraft, auch wenn sie das Ziel kennen, die nächste Wegstrecke nicht so verabreden können, dass eine entsprechende Vereinbarung hält und trägt. Deshalb muss internationale Bewegung aufgebaut werden und am Ende eines solchen Prozesses und einer solchen Lösung eine internationale Sicherheitsgarantie stehen. Das Madrider Treffen zwischen UN, Russland, EU und den USA war ein guter Ansatz. Nur wenn Europa und die USA an einem Strang ziehen, werden sie etwas bewirken.

Es geht im Übrigen nicht nur um einen israelisch-palästinensischen Konflikt, es geht um die gesamte Region. Die ganze Region muss sich zwischen Regierungen und Gesellschaften verständigen. Die FDP wurde übrigens eher belächelt, als wir den Antrag stellten, so etwas wie eine Konferenz zu Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten einzurichten. Schröder und Fischer haben von der Regierungsbank genauso gelächelt, wie das die frühere Oppositionspartei CDU/CSU gemacht hat, als Hans-Dietrich Genscher das Gleiche für Europa vorgeschlagen hat. In Europa hat man geglaubt, Helsinki könne nichts werden. Das war die alte bipolare Welt, in der sich die beiden Seiten in unterschiedlichen Systemen waffenstarrend gegenüberstanden. Es gibt keine Alternative zu Verhandlungen, um zu einer tragfähigen Konfliktlösung zu kommen. Übrigens haben nun erfreulicherweise auch die USA eine solche Konferenz vorgeschlagen.

Es muss über die Wasserrechte gesprochen und über die ökonomischen Zukunftschancen verhandelt werden. Es muss Transparenz in die militärischen Kapazitäten in dieser Region kommen. Vertrauensbildung nur zwischen Israel und Palästina reicht nicht aus. Diese Region muss jetzt wissen, wo ihr Platz in der Zukunft ist. Den wird sie nicht behalten, wenn sie den Konflikt aus ihren gesellschaftlichen Schichten schürt, wenn die Staatsmänner dieser Ebene nicht die Kraft haben, ihren Völkern zu sagen, dass die extremen Gruppen jetzt zurückgedrängt werden müssen.

Um es auf den Kern zurückzuführen; Wenn der israelische Ministerpräsident nicht die Kraft hat, der rechten Seite Einhalt zu gebieten, wird der Friedensprozess in einer Gesellschaft schwieriger. Wenn Arafat nicht die Chance und nicht die Kraft hat, seinen Extremen Einhalt zu gebieten und es ihnen auch zu sagen, und zwar in der palästinensischen Sprache und nicht in Englisch, dann wird das nichts werden. Auch, der beste Vorschlag des saudi-arabischen Kronprinzen nützt nichts, wenn die nationalen Führungseliten der arabischen Staaten ihre Gesellschaften nicht endlich hinter solche Vorschläge bringen.

Deutschland muss in seiner **Außenpolitik** zwei Fehler vermeiden. Es sollte sich nicht kleiner machen als es ist, aber auch nicht größer. Es gilt, Bescheidenheit mit Selbstvertrauen zu verbinden und in Zusammenarbeit mit Partnern, die die gleiche Wertschätzung für Werte haben, auf dieser Welt darauf hinzuarbeiten, dass Zustände struktureller Stabilität entstehen, Prinzipien des „good governance“ beachtet werden und Konflikte ohne organisierte Gewalt zu bewältigen sind. Die Prinzipien, die unser verfassungsgebundenes innerstaatliches Handeln bestimmen und binden, sollten auch für unser internationales Handeln gelten.

Der große Erfolg der Außenpolitik Walter Scheels, Hans-Dietrich Genschers und Klaus Kinkels lag in der Fähigkeit, die eigenen Interessen mit den Interessen anderer in Einklang zu bringen und sie gemeinsam zu vertreten. Wir Freie Demokraten haben die Westbindung Deutschlands entschieden vorangebracht, wir Freie Demokraten haben die Verträge mit unseren Mittel- und Osteuropäischen Nachbarn vorbereitet. Wir Freie Demokraten haben die Einigung Deutschlands und Europas mitgestaltet. Wir sind die Partei der europäischen Einbettung Deutschlands, seiner internationalen Orientierung, das ist das Beste, was wir für Deutschland tun können.

Diese Politik wollen wir fortsetzen. Dafür bitten wir um ein Mandat der Wählerinnen und Wähler am 22. September.

REDE

Liberaler Außenpolitik ist verantwortungs- bewusst

Bundeskanzler Schröder hat im Mai dieses Jahres erklärt, dass er sich der stetigen Unterstützung seiner Politik durch die eigene rot-grüne Koalition nicht mehr sicher sein könne. Die SPD und die Grünen sind daraufhin gehörig erschrocken und haben sich zunächst in Treuebekundungen geradezu überschlagen. Dann haben sie sich wechselseitig die Schuld an der eingetretenen Situation gegeben und tagelang beim jeweils anderen die Übeltäter vermutet. Als Erste ist aus der neuen Mitte, in der sie sich auch nie so richtig wohlfühlte, wieder in die altvertraute Linkskurve eingebogen. Während sich der Bundeskanzler noch in der Unternehmensleitung der Nation wähnt, führt die SPD den Wahlkampf schon längst aus dem Betriebsrat heraus.

Die Grünen haben noch eine längere Zeit darüber nachgedacht, wie das alles so kommen konnte. Gegenwärtig stehen sie mit gepackten Koffern auf einem Bahnsteig, an dem kein Zug vorbeikommt. Reisende soll man bekanntlich nicht aufhalten.

Wenn einer etwas von Rot-Grün versteht, dann der Bundeskanzler. Wenn er sagt, Rot-Grün gebe ihm kein stetes Vertrauen mehr, dann

können Sie ihm das glauben. Dann ist das auch so. Das ist auch gar nicht so schlimm. Deutschland kann auch ohne Rot-Grün gut und gerne weiterleben. Ganz im Vertrauen gesagt: Sogar viel besser.

Deutschland hat große Chancen. Deutschland ist ein Land mit großen Potentialen. Lernen ist unsere unerschöpfliche Ressource. Freiheit, Rechtsstaat, Demokratie, Soziale Marktwirtschaft und Wettbewerb sind die Grundlagen unseres gesellschaftlichen Wohlstands. Internationale Orientierung mit Europa und im atlantischen Bündnis ist unsere Staatsräson. Das Beste allerdings, was Deutschland hat, ist seine freiheitliche Verfassung. Ihre Stärke kommt aus dem Geist und der Tradition des politischen Liberalismus. Darin liegt die Kraft und die Chance zur Erneuerung. Und Erneuerung wollen wir: Zu allererst wollen wir eine **rot-grüne Politik beenden**, die die Menschen über sieben Jahre lang an der Erledigung ihrer eigenen Angelegenheiten behindert hat. Dann wollen wir eine Politik auf den Weg bringen, um Vertrauen zurückzugewinnen.

Deutschland braucht eine Politik, deren Kennzeichen **Solidität und Verlässlichkeit** sind. Deutschland braucht eine Politik, die nicht auf eine Legislaturperiode, sondern auf längere Zeiträume und Generationen übergreifend angelegt ist. Deutschland braucht ein **umfassendes gesellschaftliches und wirtschaftliches Innovationsprogramm**. Es geht nicht darum, ob der Bundeskanzler beim Fernsehduell eine Krawatte anhatte und Frau Merkel keine. Deutschland braucht eine Vorstellung von dem, was getan werden sollte und wie es zu bewerkstelligen ist. Darauf wollen wir hinaus.

Wir werden überzeugende Rahmenbedingungen setzen, Leistung belohnen, marktwirtschaftliche Prinzipien beachten, Innovationen begünstigen, Eigenverantwortung stärken, Zukunftsvertrauen ausstrahlen und die Menschen ermutigen. Wir werden keinen Zweifel daran lassen, dass wir die für notwendig und überzeugend gehaltenen Ziele Schritt für Schritt auch erreichen wollen. Die soziale Ruhe der Gegenwart darf nicht weiter auf Kosten der Zukunft erkaufte werden. Es gibt keine alten Stammpfade mehr. Wir müssen unseren Wohlstand neu erarbeiten. Wir müssen zu gemeinsamen Anstrengungen fähig

sein. Es gibt keine Gesellschaft, die aus einer schwierigen Lage ohne zusätzliche Anstrengungen herauskommt. Nur so kann auch neues Selbstvertrauen entstehen, das wir dringend brauchen.

Alle müssen dazu einen Beitrag leisten, nicht nur die Politik. Aber sie auch. Die rot-grüne **Wirtschaftspolitik** läuft bisher der Globalisierung lediglich hinterher. Die Wahlkämpfe nach dem Motto: „Wer bietet mehr“ müssen aufhören. Die Tarifvertragsparteien müssen neue Antworten auf die Veränderungen der Arbeitswelt geben. Sie tragen an allererster Stelle klar Mitverantwortung für Arbeitsplätze. Schließlich müssen aber auch die Bürgerinnen und Bürger zwischen Erwartungen an den Staat und eigener Verantwortung neu entscheiden.

Wir sind an Freiheit orientiert, an Menschenrechten, an Demokratie, an Rechtsstaat. Aber Voraussetzung für gesellschaftliche Stabilität ist ebenso eine erfolgreiche soziale Marktwirtschaft. Dafür war Otto Graf Lambsdorff ein Garant. Für marktwirtschaftliche Orientierung, für wirtschaftliche Chancen, für Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit. Ich freue mich sehr, dass Sie, Graf Lambsdorff, heute Morgen hier sind.

Nur wer sich im Innern zusammenfinden kann, kann auch nach außen gut nachbarschaftlich leben. 30 Jahre liberaler **Außenpolitik** mit zentralen Weichenstellungen für die Bundesrepublik Deutschland haben das immer beherzigt. Walter Scheel begann mit einer mutigen, neuen Deutschland- und Ostpolitik. Sie zielte ab auf die Herstellung der Deutschen Einheit durch Überwindung der Trennung Europas im friedlichen Wandel.

Hans-Dietrich Genscher setzte mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit diese Politik in Europa fort, der Erarbeitung einer gesamteuropäischen Friedensordnung und der Einbettung der Deutschen Einheit in den Zwei-Plus-Vier-Vertrag. Immer haben wir den friedlichen Wandel gesucht. Ich danke Hans-Dietrich Genscher für sein sechzig Jahre langes großartiges Engagement für die Freien Demokraten, für liberale Politik, für Deutschland.

Als die Mauer in dieser Stadt gefallen war, Deutschland nicht mehr Schauplatz des kalten Krieges und die bipolare Welt zu Ende gegangen war, hat sich liberale Außenpolitik mit Klaus Kinkel den neuen Herausforderungen der gewachsenen internationalen Verantwortung des vereinten Deutschlands gestellt.

Die Erfolge aller belegen: Außenpolitik läuft nicht nach vorgegebenen Rastern. Es sind vielmehr Überzeugungskraft, Kompetenz und Zuverlässigkeit, die sie erfolgreich machen. Die Kraft der Persönlichkeit und ihr Ansehen sind entscheidend für das uns weltweit entgegengebrachte Vertrauen. Und darauf kommt es entscheidend an: Das Vertrauen der anderen in uns.

Liberale Außenpolitik ist verantwortungsbewusst. Sie ist eine Außenpolitik mit Engagement, aber auch mit Realismus. Verantwortung liegt immer in der richtigen Balance zwischen Macht und Ethik, nationalem Handlungsspielraum und internationalen Verpflichtungen.

Die Einbettung Deutschlands in Europa, eine starke transatlantische Partnerschaft, die deutsch-französische Freundschaft, die NATO und handlungsfähige Vereinte Nationen sind der Rahmen für internationale Orientierung. Kooperation und Integration sind Charakterbausteine liberaler Außenpolitik. In ihr gelten die verfassungsmäßigen Prinzipien, die auch unser sonstiges politisches Handeln bestimmen. Sie sind die auch die Grundlagen des Völkerrechtes, das vor Missbrauch geschützt und weiter gestärkt werden muss. Frieden, Rechte und Freiheiten für Menschen, mehr Chancen für mehr und mehr Menschen, das alles setzt sich nicht von selbst durch. Wir haben internationale Verantwortung. Zusammen mit anderen. Mit Partnern. Im Einklang mit dem Völkerrecht. In und mit den Vereinten Nationen. Wir können uns nicht wegdecken.

Rot-Grün hat an einigen bewährten Traditionslinien deutscher Außenpolitik festgehalten – zu Recht, denn Außenpolitik taugt weniger als anderes zu parteipolitischer Profilierung. Aber die transatlantische Partnerschaft wurde ohne Not belastet, Menschen- und Bürgerrechte wurden vernachlässigt. Die europäische Integration steckt in der

Krise, die UN-Reform droht im Sand zu verlaufen. Außenpolitik darf sich nicht nur auf das Managen des Status quo beschränken, sie muss auch Antworten auf neue globale Herausforderungen entwickeln und Veränderungen bewältigen. Es gilt die Kontinuität zu wahren, aber auch neue Schwerpunkte zu setzen. Menschen- und Bürgerrechte, transatlantische Beziehungen, Europa, Entwicklungspolitik, die UN-Reformen sowie Antworten auf die neuen globalen Bedrohungen für Mensch und Umwelt.

1. Deutschland muss transatlantisch orientiert bleiben!

Der Termin des heutigen Bundesparteitages ist zugleich der 4. Jahrestag der schrecklichen Anschläge in New York und Washington. Wir blicken heute auch zurück auf die jüngsten fürchterlichen Ereignisse in New Orleans und an der amerikanischen Golfküste, wo ein Hurrikan eine breite Spur unglaublicher Verwüstungen gezogen haben. Wir nehmen Anteil am Leid von Freunden.

Es wird im **Kampf gegen den internationalen Terrorismus** keine sauberen, schnellen und klaren Siege geben, habe ich damals, in der Debatte im Deutschen Bundestag am Tag nach den Anschlägen gesagt. Dies hat sich leider bitter bewahrheitet. Die Terrorangriffe vor vier Jahren und die Naturkatastrophe vor zwei Wochen zeigen, dass kein Land der Erde, sei es noch so groß und mächtig und wirtschaftlich stark, mühe-los und allein mit allem fertig werden kann. Es entwickelt sich leider nicht alles immer so, wie das ordentlichen Menschen wünschenswert erscheint. Es wird einer unendlichen Anstrengung der freien Gesellschaften bedürfen, um diesem Phänomen, das eine dramatische Bedrohung der Freiheit von Menschen und Menschenwürde in den ersten Jahren dieses Jahrtausends darstellt, zu begegnen. Die Lage in Afghanistan und vor allem im Irak ist noch lange nicht so stabil, wie sie sein müsste.

Terrorismus ist ein Feind, der aus dem Dunkel auf das Gewebe freiheitlicher Gesellschaften zielt. Freiheitliche Demokratien sind empfindlich. Sie sind auch leicht zu gefährden und sie sind verwundbar. Aber sie sind nicht wehrlos. Wir werden in der Lage sein, die ethische

Überlegenheit des Rechts zu bewahren. Wir werden uns gegenüber Gewalt und Unterdrückung behaupten, weil es sonst keine menschenwürdige Zukunft gibt.

Europa und Amerika haben gemeinsame Interessen, und sie haben gemeinsames Wertebewusstsein. Sie sind mit Abstand die wichtigsten Akteure in der Weltwirtschaft und im Weltwährungssystem. Ihre gemeinsamen ökonomischen und politischen Potentiale sind überragend.

Rot-Grün hat dazu nach den Differenzen über den Irakkrieg keinen erfolgversprechenden Ansatz mehr gefunden. Politische Klimmzüge reichen nicht aus. Es gibt aber genügend gemeinsame Aufgaben: Die Zusammenarbeit in der NATO muss verbessert werden. Krisen kündigen sich immer an, sie haben lange Inkubationszeiten. Es geht nicht nur darum, hinterher Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um Konfliktnachsorge zu betreiben, sondern es geht vor allem darum, rechtzeitig zur vertrauensvollen Zusammenarbeit und zur gemeinsamen vorgreiflichen Entscheidungsfindung zurückzufinden. Das gilt auch für Europa. Denn als sich die Wolken über dem Irak zusammenzogen, kam Europa noch nicht einmal zu gemeinsamen Konsultationen zusammen. Schon deshalb braucht Europa eine gemeinsame Außenpolitik, die den Namen wirklich verdient.

Die gemeinsamen Verhandlungen mit dem Iran verlangen gekonnte Krisendiplomatie. Der Iran hat ein Recht auf friedliche Nutzung der Nukleartechnik. Aber die Welt legt Wert auf die Feststellung, dass die Nutzung friedlich ist und dass dies verifizierbar bleibt.

Die Hilfe bei der Konfliktlösung zwischen Israel und Palästina, die auch zugleich der deutschen politischen Verpflichtung des Eintretens für das Existenzrechts Israels entspricht und ein friedliches Nebeneinander mit einem palästinensischen Staat ermöglichen soll. Der Wiederaufbau im Irak, der gelingen muss. In dieser Region wird das Wetter auch für unseren Wohlstand gemacht. Sie braucht mehr Demokratie, mehr Zusammenarbeit, mehr Öffnung. Wir haben in Europa gelernt, dass nachhaltiger Friede regionale Zusammenarbeit und Kooperation

erfordert. In Europa wird der Frieden durch institutionelle Integration, Demokratie und klare Rechtskultur gesichert. Es wäre gut, wenn mehr und mehr Regionen Ähnliches unternehmen würden.

Die Herausforderungen und Chancen der **Globalisierung** sind nirgendwo durch Alleingänge zu bewältigen. Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Bekämpfung des global agierenden Terrorismus und seiner Ursachen, globale Klimapolitik, Migration, die Bekämpfung von Krankheiten, Hunger und Armut: Für das alles ist Zusammenarbeit unverzichtbar. Die Globalisierung zwingt alle zur Zusammenarbeit, auch Supermächte.

Deutschland braucht wie kein anderes Land eine **handlungsfähige Europäische Union** und das **euroatlantische Bündnis mit den Vereinigten Staaten**. Es gibt dazu keine Alternative, außer Leichtsinn. Und auch eine Supermacht braucht Verbündete und Freunde. Werteverbundenheit, fairer Wettbewerb und Antriebsdynamik, die ausgestreckte Hand und das offene Wort – das sind die Chancen und die Charakteristika transatlantischer Zusammenarbeit. Sie muss auf eine Weltordnung abzielen, die von Großen und Kleinen als gerecht empfunden wird und in der Große und Kleine ebenbürtig sind, wie wir es in Europa nach schmerzvollen Erfahrungen gelernt haben.

2. Europa muss Gestalt gewinnen.

Das **Zusammenwachsen Europas** war nach der Katastrophe zweier Weltkriege eine Frage des Überlebens. Es war nie ein Zweckverband ohne Identität. Es war auch keine Freihandelszone mit großer geographischer Ausdehnung. Seine Gründungsväter hatten eine Idee von ihm, und die erschöpfte sich nicht in den umlagefinanzierten, staatlich ausgehaltenen alten europäischen Sozialmodellen und Abschottung als europäischer Identität. Es ging ihnen um Lernen aus der Geschichte und Innovationsfähigkeit für die Zukunft. Dabei bleiben wir Freien Demokraten auch. Nach der vorerst gescheiterten Ratifizierung des Verfassungsvertrags gilt nach wie vor der bewährte Grundsatz, dass nur ein starkes, geeintes und handlungsfähiges Europa Voraussetzung

für Frieden, Wohlstand und Sicherheit bei uns ist. Angesichts der aktuellen enormen Herausforderungen für die europäische Integration ist Führung gefragt. Sie muss Ziele benennen und eine Vorstellung entwickeln, wie man sie erreichen will, möglichst im Rahmen einer Europäischen Verfassung. Sie sollte nach einer Denkpause eine zweite Chance haben. Denn Denkpause bedeutet ja Pause zum Denken, nicht Pause vom Denken.

Ein zweiter Anlauf dürfte dann größere Chancen auf Erfolg haben, wenn der bisherige Text um die komplizierten vertragsrechtlichen Teile, insbesondere zu den Gemeinschaftspolitiken entschlackt und auf einen schlanken, verständlichen, verfassungsrechtlichen Kerntext reduziert wird, in dem die Grundrechtecharta, das Subsidiaritätsprinzip und die Stärkung der Institutionen verankert sind. Denn die Europäische Union ist mit dem Vertrag von Nizza auf Dauer nicht ausreichend handlungsfähig.

Das Tandem Deutschland und Frankreich muss wieder dynamischer werden. In der Entwicklung zur Europäischen Union brachte es oft Entscheidungen zustande, die integrationspolitische Impulse ermöglichten und von anderen, vor allem europäischen Akteuren als akzeptabel empfunden wurden. Dies wieder stärker möglich zu machen und vor allem die eigenen Gesellschaften zu überzeugen, ohne sich aber von anderen Akteuren, vor allem von den kleinen Staaten entfernen, ist vordringliche Aufgabe angesichts der vor uns stehenden Herausforderungen. Führungsverantwortung hat nichts mit Kommandoton zu tun. Heraus aus dem Schlafwagen, zurück auf die Lokomotive – darum geht es.

Bulgarien und Rumänien sind Zusagen für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union gemacht worden. Beide Länder müssen aber auch ihre Zusagen einhalten. Ihre westlichen Nachbarn sind durch den Europäischen Rat längerfristig ebenfalls Unionsperspektiven in Aussicht gestellt worden. Das ist regionale Sicherheitspolitik für die Menschen auch bei uns. Aber es kann länger dauern. Unabhängig davon liegt es im ureigenen Interesse dieser Länder selbst, die Korruption zu

beenden, die Feindseligkeiten zu stoppen und in ihren Gesellschaften für eine internationale Orientierung zu werben.

Erweiterungen können allerdings nicht immer und nicht ausschließlich Vollmitgliedschaften umfassen. Europa darf nicht auf Kosten des inneren Zusammenhalts überdehnt werden, denn nur eine vertiefte und in sich gefestigte Union ist die Grundlage für die Zukunftsfähigkeit Europas. Es bedarf großer Kreativität, Ernsthaftigkeit und Überzeugungsarbeit und beträchtlichen Verhandlungsgeschicks, um konkrete Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten anzubieten, die von Beteiligten auch als ernsthafte Alternative zur Vollmitgliedschaft empfunden werden.

Für die **Türkei** gilt, dass Alternativen zur Vollmitgliedschaft in den im Oktober beginnenden und mindestens ein Jahrzehnt andauernden Verhandlungen im Sinne eines ergebnisoffenen Prozesses vorgegriffen mitgedacht werden müssen. Denn weder kann als sicher angenommen werden, dass die Türkei bis Ende des nächsten Jahrzehnts in der Lage sein wird, den „Acqui Communautaire“ der EU voll anzuwenden und den mit ihm einhergehenden Souveränitätsverzicht zu akzeptieren. Noch kann davon ausgegangen werden, dass bis dahin die Europäische Union die notwendige Aufnahmefähigkeit wiedergewonnen hat, um mit der Aufnahme dieses großen Landes ohne Gefahr der Überdehnung und Überforderung fertig zu werden. Niemand kann heute vorhersagen, welche Lage, welchen inneren Zusammenhalt, welche Souveränitäten die EU in einem Jahrzehnt bestimmen. Gegenwärtig wäre jedenfalls die Europäische Union nicht aufnahmefähig – wobei die Fähigkeit zur Aufnahme neuer Mitgliedstaaten übrigens auch zu den sogenannten Kopenhagener Kriterien für Beitrittsverhandlungen gehört –, genauso wenig wie die Türkei beitriffsfähig wäre. Enttäuschungen zu vermeiden, Alternativen zu denken, das ist nicht verboten, sondern Pflicht vorausschauender Politik.

3. Bürger- und Menschenrechte und Transformationsprozesse unterstützen!

Der Unterschied zwischen rot-grüner **Menschenrechtspolitik** und

-programmatisch könnte krasser nicht sein. Dort, wo es nicht weh tut, werden sie eingefordert, etwa gegenüber Simbabwe sowie auf internationalen Workshops. Dort, wo geopolitische und wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel stehen, werden sie zurückhaltend bewertet.

Für liberale Außenpolitik gilt, dass Menschenrechte ebenso universell wie unteilbar sind. Staaten, deren Menschen in Freiheit leben, haben eine besondere Verpflichtung gegenüber den Menschen, die nicht in Freiheit leben können. Einen „Menschenrechts-Discount“ darf es nicht geben. Das Einfordern von Menschenrechtsstandards ist heute nicht mehr eine Einmischung in innere Angelegenheiten, sondern „ordre public“ der Weltinnenpolitik. Gerade in Zeiten der Globalisierung sind Freiheit der Bürger und Freiheit der Märkte zwei Seiten derselben Medaille. Unsere Politik muss sich der **grenzüberschreitenden Förderung von Werten** verpflichtet fühlen, die die normative Basis unseres eigenen Staatswesens ausmachen.

Wo Diktaturen mit allen Mitteln aufrechterhalten werden, wo dominante Bevölkerungsgruppen ethnische Minderheiten verdrängen und wo politisch anders Denkenden der Tod droht, gilt es, die öffentliche Wahrnehmung zu schärfen. Es muss im Einklang mit der UN-Charta die Einhaltung der Menschenrechte gefordert werden. Es kann auch am Ende für den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen keinen Respekt vor staatlicher Souveränität geben, wenn ein Staat nicht gewillt ist, die ihm anvertrauten Bürger zu schützen oder wenn er sie sogar noch gegeneinander aufhetzt.

Liberale Außenpolitik hat in **Russland** immer einen großen und wichtigen Nachbarn gesehen, ein Land, mit dem wir freundschaftlich verbunden sein möchten. Wir haben aber auch immer einen offenen Meinungsaustausch gepflegt. Wir wollen eine **Stärkung der russischen Zivilgesellschaft** unterstützen. Ich danke Sabine Leutheusser-Schnarrenberger für ihren großen Einsatz in diesen Fragen als Beauftragte des Europarates. Dasselbe gilt gegenüber **China**. Wir wollen, dass sich das Land weiter öffnet. Wir suchen die Zusammenarbeit. Gradmesser ist aber nicht ausgerechnet die Aufhebung des Waffenembargos. Bundeskanzler Schröder hat völlig verkannt, dass es nicht nur um ein

deutsch-chinesisches, sondern eben auch um ein euro-amerikanisches Thema handelt.

Die UNO stärken!

Nachdem Rot-Grün in der ersten Legislaturperiode das Ziel eines deutschen Sitzes in UN-Sicherheitsrat verworfen hatte, ist es nun zu einem nationalen Prestigeprojekt geworden. Wir Liberalen geben einem **europäischen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen** als Teil einer europäischen Außenpolitik den Vorzug. Auf keinen Fall sollten wir uns nur monothematisch auf einen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat verengen. Es geht zu allererst um eine Stärkung der Vereinten Nationen, die nicht in den Hintergrund gedrängt werden darf. Das Pferd darf nicht vom Schwanz aufgezümt werden.

Die Vereinten Nationen sind als Fundament für partnerschaftliches Zusammenarbeiten der Staatengemeinschaft, für globale Sicherheit und Entwicklung ohne Alternative. Wenn sie den Herausforderungen der Globalisierung gewachsen bleiben sollen, müssen sie weiter gestärkt werden. Vor allem in der Fähigkeit zur Konfliktbeilegung und des Krisenmanagements, vor allem aber auch bei der Durchsetzung von Menschenrechten. An dieser Reform muss sich Deutschland als drittgrößter Beitragszahler maßgeblich beteiligen. Globalisierung braucht „Global Governance“, und das geht glaubwürdig nur durch die Vereinten Nationen. Benötigt werden belastbare weltpolitische Ordnungsformen, die Orientierung und Vertrauen ausstrahlen. Dies heißt für Liberale vor allem auch: Stärkung des Völkerrechts und Ausbau internationaler Gerichtsbarkeit.

Zu all dem kann **Entwicklungszusammenarbeit** beitragen. Erfolge, Misserfolg der Entwicklungshilfe sind eben nicht ausschließlich an Prozentsätzen des Bruttoinlandproduktes gemessen werden. Es geht nicht nur um Geld. Die Erfahrung zeigt: Reine Finanztransfers führen zu Abhängigkeit und blockieren Entwicklung. Es gilt, die Märkte zu öffnen, in Amerika und in Europa. Trade is better than aid. Gefragt sind innovative Konzepte, mit denen die Eigenständigkeit der Partner gefördert und gefordert wird, die zu good governance führen und verlässliche Strukturen herausbilden. Viele politische Führungseliten

müssen begreifen, dass ohne diese Ziele eine vernünftige Zusammenarbeit nicht möglich ist. Wir wollen nicht mit Staaten entwicklungspolitisch zusammenarbeiten, in denen Vetternwirtschaft, Misswirtschaft und Familienclans herrschen.

Internationale Verantwortung mit Maß und Ziel

Zivilmacht und Sinn für **Sicherheitspolitik** schließen sich nicht aus. Deutschland trägt 15 Jahre nach der Wiedervereinigung international mehr Verantwortung. Wir dürfen uns dem nicht verweigern - aber uns auch nicht übernehmen. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben zugenommen, und die multilateralen Anforderungen werden weiter steigen. Es geht um die Schaffung von Zuständen struktureller Stabilität an Brennpunkten. Es geht um unsere Sicherheitsinteressen, um unsere besondere Verantwortung für Frieden und Menschenrechte und unser aktives Bekenntnis zum Multilateralismus und zur Stärkung der UNO. Die Bundeswehr ist zudem eine gute Visitenkarte für Deutschland, ihre Soldatinnen und Soldaten sind Friedensbotschafter. Wir danken den Soldatinnen und Soldaten für ihr verantwortungsbewusstes Einsteigen für die Sicherheit von Menschen.

Die Soldaten können der Politik helfen, ersetzen können sie diese allerdings nicht. Der eigentliche Erfolg einer Friedensmission, wie in Afghanistan oder auf dem Balkan, liegt nicht in einer vorübergehenden Konfliktberuhigung oder in internationalem anerkennendem Schulterklopfen, sondern ist erst dann erreicht, wenn ein Einsatz nach erfolgter politischer Stabilisierung auch einmal wieder beendet werden kann.

Nie zuvor war das Schicksal der Staatengemeinschaft enger miteinander verflochten als zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Wir befinden uns nicht nur am Beginn eines neuen Jahrtausends, wir befinden uns auch am Beginn eines großen Umbruchs. Paul Kennedy, der Historiker aus Yale, hat ihn sehr einprägsam beschrieben.

Er beschreibt ihn als **Zeitenwende an der Schwelle eines neuen Jahrtausends**, deren Charakteristika das Ende der zweigeteilten Welt, die Revolution in den Informationstechnologien und Biowissenschaften

und die Globalisierung sind. Sie verpflichtet wie nie zuvor die Staaten-gemeinschaft im Wettbewerb gleichzeitig auch zur Zusammenarbeit.

Vier Fünftel der menschlichen Tätigkeiten werden in der zukünftigen Welt der Arbeit im Kern aus dem **intelligenten Umgang mit Information** bestehen. Forschen und entwickeln, organisieren und vernetzen, gestalten, informieren-Formen von Arbeit, bei denen es im Wesentlichen darum geht, Daten in Wissen und Wertschöpfung zu verwandeln.

Gentechnisch veränderte Organismen werden bei der Entgiftung von Böden eine Rolle spielen und können die Umwelt schützen. **Gentechnik** wird den Hunger in der Welt bekämpfen können. **Biotechnologien** werden auf den Märkten der Welt immer bedeutsamer und bieten Chancen für qualifizierte Arbeitsplätze. Die **Medizin** wird sich zu einer genbasierten entwickeln. Sie wird auf individuelle Bedürfnisse und therapeutische Leistungen zugeschnitten werden können. Neben Diagnose und Therapie werden vor allem Erkennung und Krankheitsverhütung treten. Moderne Gesundheitsvorsorge wird ohne Gentechnik nicht mehr vorstellbar sein. Die Biotechnologie ist schon eine große Dimension nicht nur unseres wissenschaftlichen Lebens.

Eigenschaften wie **Kreativität, Risikobereitschaft und die Fähigkeit zur Verantwortung** werden die bedeutendsten Wettbewerbsvoraussetzungen. Qualifizierte Bildung und Ausbildung erfordert Bereitschaft und Anstrengung. Lernen ist Verpflichtung sich selbst und ebenso der Gemeinschaft gegenüber. Es ist unser größtes Kapital für die Zukunft. **Qualifizierung** ist Voraussetzung für die Bewältigung des Wandels, der im Übrigen ohne Erziehung zur Zivilisiertheit im Umgang miteinander nicht zu bewältigen sein wird. Große Pädagogen wussten schon immer, dass Bildung auch etwas mit Erziehung zu tun hat. Diese ist nicht nur eine Aufgabe der Schule, sondern auch des Elternhauses.

Die Zukunft, sagte Victor Hugo, hat viele Namen. Für die Schwachen ist sie das Unerreichbare. Für die Furchtsamen ist sie das Unbekannte. Für die Tapferen ist sie die Chance.

Die Tapferen brauchen wir für die Zukunft Deutschlands

REDE

Entschließungsantrag zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin

Herr Präsident!
Meine Damen und Herren!

Ich vertrete hier eine Fraktion, der die Konsensbildung in der Außenpolitik, seit die Bundesrepublik Deutschland besteht, sehr wohl bewusst ist. Wir sind eigentlich die einzige Fraktion, die zu den Kernfragen der deutschen Außenpolitik gestanden hat, während sich manche Fraktionen zuerst mit der Westpolitik aussöhnen mussten und andere wiederum mit der Ostpolitik. Wir haben eine Kontinuitätslinie, die unbestritten ist. Deshalb wissen wir auch, Herr Minister Steinmeier, wie wertvoll es ist, dass man in der Außenpolitik möglichst Konsens sucht, in den großen Linien gemeinsam verfährt und die Debatte darauf beschränkt, wo eine unterschiedliche Bewertung vorliegt.

Das transatlantische Bündnis war uns auch zu Zeiten bekannt, als die frühere Regierung im Begriff war, dieses für nicht mehr so bedeutungsvoll zu halten. Dass wir in Europa mit den kleinen und mittleren Staaten kommunizieren müssen, haben Sie zu Recht dargestellt. Dass dies vernachlässigt wurde, haben wir als Manko der früheren Regierung empfunden. Das muss man uns eigentlich nicht vortragen. Dass die Europäische Union größer geworden ist, hätte auch schon die

alte Regierung dazu zwingen müssen, mit mehr Staaten zu kommunizieren. Es ist ja genau das, was der frühere Bundeskanzler eigentlich nicht gemacht hat und Sie jetzt in der Reisediplomatie nachholen.

Beifall bei der FDP

Ich will angesichts der klaren Grundlinien und der Bedeutung der **deutsch-französischen Freundschaft** feststellen, dass diese Zusammenarbeit für uns wichtig ist und dass auch mit unserer Regierungsbeteiligung keine andere Reise stattgefunden hätte als zuerst die nach Paris, dann nach Brüssel und anschließend nach London. Ich begrüße es auch außerordentlich, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie dann nach Warschau fahren. Das ist alles unbestritten. Aber im Kern muss man ja überlegen, was am Ende herauskommen soll, um europäische Anliegen weiter zu bewegen. Die beiden großen Kontinentalstaaten Deutschland und Frankreich, die einst der Motor der Europäischen Union waren, sind das nicht mehr. Sie haben Beschäftigungsprobleme, sie haben Budgetprobleme. Sie haben nicht die Wirtschaftskraft, die die Eurozone eigentlich nach oben bringen könnte. Sie schwächeln eher. Sie sind kein dynamisches Tandem mehr. Wenn sie wieder eine Führungsfunktion ausüben wollen, dann müssen sie zuallererst genau das erledigen, was zu erledigen wäre – nach unserer Auffassung wurde das in der Regierungserklärung nicht ausreichend beschrieben –: die Haushalte konsolidieren, für wirtschaftliches Wachstum sorgen, Beschäftigungsimpulse geben.

Beifall bei der FDP

Ich wiederhole: Diese Aufgabe muss zuallererst erfüllt werden. Daran fehlt es. Ein Zweites muss geschehen – in den letzten Jahren ist dieser Versuch etwas missglückt –: Wenn sie beide wieder ein Stück weit Führung in Europa wahrnehmen wollen, müssen sie sich eines gewissen Kommandotons gegenüber anderen eher enthalten. Sie müssen alle als **gleichberechtigte Mitglieder der Europäischen Union** ansehen; sie dürfen keine Unterschiede machen. Die deutsche Bundesregierung darf nie mehr in die missverständliche Lage geraten, dass sie vor dem Hintergrund einer **strategischen Partnerschaft mit Russland** in vielen Gesprächen in Moskau Sachverhalte behandelt, die anderen Ländern, die zwischen Russland und Deutschland liegen, so nicht gefallen.

Beifall bei der FDP

Auch diese Länder sind unsere Partner, deren Interessen wir klar sehen müssen. Es ist schon bemerkenswert – ich bin wohl kaum falschen Wahrnehmungen unterlegen –: Die Anzahl deutsch-russischer Treffen, insbesondere unter der vergangenen Bundesregierung, steht in einem krassen Missverhältnis der Kontakte zu den Staaten, die zur Europäischen Union neu hinzugekommen sind. Diese Staaten hatten schon immer den Eindruck – das muss man wahrnehmen und spüren –, dass da manches verhandelt wird, was ihnen nicht gefallen könnte. Deshalb bestreiten wir nicht die außergewöhnliche politische Bedeutung einer strategischen Partnerschaft mit Russland. Wir bestreiten auch nicht den Wert der deutsch-französischen Beziehungen. Wir möchten nur, dass die strategische Partnerschaft mit Russland mehr beinhaltet, als in diesem Land einen Energielieferanten zu sehen. Wir möchten vielmehr betonen, dass wir ein massives Interesse an der Transformation dieses Landes zu einem stabilen Rechtsstaat und zu einer stabilen Demokratie haben.

Beifall bei
der FDP sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Das muss zum Dialog gehören. In diesem Zusammenhang – strategische Partnerschaft mit diesem großen Land – sollten wir uns auch darüber klar werden, wie wir die Diktaturen mitten in Europa behandeln wollen. In einem Dialog mit dem russischen Präsidenten können wir über **Belarus**, über **Moldawien** und über **Transnistrien** nicht einfach hinweggehen. Ich bin für diese strategische Partnerschaft und ich bin für den Interessenabgleich; aber ich bin auch für die Erörterung der anliegenden Themen. Sonntägliche Ansprachen können nicht verdecken, dass wir eine strategische Partnerschaft mit Russland brauchen, dass dieses Land groß ist, acht Zeitzonen der Erde umfasst und ein wichtiger Energielieferant für Deutschland ist. Russland ist für mich aber mehr als ein Energielieferant. Russland kann und muss ein stabiler Partner sein, aber bitte einer, der demokratisch ist, bei dem Gerichte und eine unabhängige Justiz zu entscheiden haben und bei dem Verlässlichkeit für Investoren in der Welt herrscht.

Beifall bei
der FDP sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Wir haben es im Grunde genommen mit einem Steckenbleiben in Bezug auf das zu tun, was wir in den Vereinten Nationen erreichen wollen. Wir haben für unsere Pläne Partner gefunden: Brasilien,

Indien, Japan. Wir sollten noch mehr suchen. Aber wir sollten diese Bemühungen nicht mehr so monothematisch wie die frühere Regierung darauf verengen, einen Sitz im Sicherheitsrat anzustreben. Die Bundestagsfraktion der FDP wird Sie, Herr Minister, in jedem Bereich unterstützen, der auf eine **Stärkung der Vereinten Nationen** abzielt. Unsere Fraktion bekennt sich zum Multilateralismus. Wir wollen eine **enge Bindung an das Völkerrecht**. Wir neigen nicht zu unilateralen Aktionen, wie Sie alle wissen. Aber wir wollen der neuen Regierung schon sagen: Beschreiten Sie nicht mehr den alten, verengten Weg, einen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat anzustreben! Treten Sie ein für eine **Reform der Vereinten Nationen**, für eine stärkere Durchsetzungsfähigkeit bei Menschenrechten, bei präventiven Konfliktlösungen und bei all dem, was dazugehört! Suchen Sie sich dafür auf internationaler Ebene Verbündete und halten Sie nicht nur Ausschau nach einer Lobby, die Sie in der Forderung unterstützt, dass Deutschland einen Sitz im Sicherheitsrat erhält! Jetzt besteht die Chance, die Politik gegenüber und in den Vereinten Nationen ein Stück weit neu auszurichten.

Beifall bei der FDP

In Bezug auf die **Iranfrage** haben Sie das massive Interesse an einer Verhandlungslösung zu Recht bekundet. Wir stimmen Ihnen zu, auch was die strategische Bedeutung, die Sie diesem Land zugeschrieben haben, angeht. Das Land könnte ein Stabilitätspfeiler in dieser Region vom Kaspischen Meer bis zum Mittelmeer sein, die bis heute mit Katastrophen schwanger geht. Es hat eine blühende Kultur. Es ist reich an Traditionen und Geschichte. Für Iran muss nur eines klar sein — darauf können wir nicht verzichten —: Iran hat jedes Recht auf ein friedliches Nuklearprogramm, aber die Öffentlichkeit muss davon überzeugt sein, dass es friedlich ist; hier besteht völlige Übereinstimmung. Davon weichen wir nicht ab. Das muss der Staatsführung dort, der Bevölkerung, der gesamten Gesellschaft klar sein. Wir wollen, dass das Land eine Rolle spielt. Aber wir wollen auch, dass es sich so verhält, dass seine Nachbarn keine Angst vor ihm haben müssen. Das ist ein Mindestanfordernis des internationalen Umgangs gerade in einer Region, die bisher so wenig an Kooperation zustande bringt.

So schön das Gruppenbild zum Jubiläumsjahr des **Barcelona-Prozesses** war – Herr Minister, Sie wissen wie ich: Eine größere Teilnahme aus den arabischen Staaten, genau aus den Staaten, für die wir den Barcelona-Prozess doch eigentlich organisiert haben, wäre wünschenswert gewesen. Die Tatsache, dass die 126 wichtigsten Staatschefs, die man dabei haben müsste, aus unterschiedlichen Gründen abgesagt haben, kann hier nicht einfach so stillschweigend übergangen werden. Der Barcelona-Prozess – er wird weitergeführt werden müssen – ist von uns eigentlich eingeleitet worden, um einem Teil der arabisch-muslimischen Welt plus Israel – dort ist man zum ersten Mal in Kommunikation mit den Nachbarn in einem breiten Gürtel um sich herum – zu signalisieren, dass wir ein massives Interesse an einem Transformationsprozess haben, dass wir ihn stützen wollen, auch finanziell, dass wir uns anstrengen wollen, damit er zustande kommt. Aber diese großartige Kultur der arabischen Welt produziert für uns bis heute noch nicht einmal ein Minimum an Kooperation. Der wirtschaftliche Austausch in dieser Kette nordafrikanischer Länder wird eher behindert als begünstigt. Ich spreche das hier deshalb an, weil man natürlich auch sagen könnte: Wir begrüßen, dass der Barcelona-Prozess nun zehn Jahre besteht und damit ein Jubiläum begeht, und hoffen auf eine gute Fortsetzung. Aber dann muss man schon tiefer eindringen, um zu sagen, wo es bisher hapert, wie wir die Probleme überwinden wollen und was jetzt zu tun ist. Wir müssen der **arabischen Welt** sagen, dass wir ihr nicht helfen können, wenn sie nicht ein Minimum an Kooperationsfähigkeit untereinander zustande bringt. Die gesamten Modelle, die wir für den **Greater Middle East** bisher diskutiert haben, sind nicht in einem Punkt aufgrund eigener Kommunikationsfähigkeit dort zustande gekommen. Ich sage das deshalb, weil dort das Wetter des Wohlstands gemacht wird, weil wir die Konflikte dieser Region in den deutschen Innenstädten haben, wenn wir sie nicht im Vorgriff mit der arabischen Welt lösen. Da kann von uns auch ein Stück Anspruch an die arabische Welt formuliert werden, selbst nach Konfliktlösungsmechanismen zu suchen, vor allem im Barcelona-Prozess.

Beifall bei der FDP

Damit wir uns nicht so sehr auf Europa konzentrieren, will ich noch eine Bemerkung zu **Asien** machen, im Übrigen auch mit dem Hinweis darauf, dass ein Stück Korrektur deutscher Asienpolitik ganz hilfreich wäre. In Asien konkurrieren eigentlich alle Nationen in einem Wettbewerb ihrer Volkswirtschaften mit jeweiligen Investitionen dort. Das reicht nicht aus. Es finden die europäisch-asiatischen Treffen statt, aber es gibt dahinter keine kommunikativen Strukturen, die in Asien selbst neben China auch die Länder in den Blick nehmen, für die das ebenfalls notwendig ist. **Indien** wird meines Erachtens in der deutschen Außenpolitik viel zu wenig erwähnt, obwohl es eine gewachsene Demokratie ist, eine junge, energische, tatkräftige Bevölkerung hat. Wir sprechen kaum über mittelgroße asiatische Länder, die keine Einparteienherrschaft haben, die sich stärker auf demokratische Strukturen hin entwickeln, wie wir sie eigentlich gern hätten. Wir konzentrieren uns auf China, ohne das Thema Menschenrechte außerhalb internationaler Workshops ernsthaft mit China zu besprechen.

Beifall bei der
FDP sowie bei
Abgeordneten der
CDU/CSU – Detlef
Dzembritzki [SPD]:
Das stimmt doch
überhaupt nicht!

Im Grunde genommen besteht schon die Notwendigkeit, im Dialog, den wir mit China führen, auch solche Sachverhalte zu besprechen. Ich erwähne das deshalb, weil Politik nicht nur etwas mit dem Managen des Status quo und großen Kräftekonstellationen zu tun hat. Politik hat im Ursprung auch etwas damit zu tun, Transformationsprozesse einzuleiten, sie zu begleiten und Veränderungen herbeizuführen. Das geht nicht immer ohne Reibungen und auch nicht ohne unangenehme Begegnungen. Aber wir müssen sie angehen, gerade weil, Herr Minister, sich auf Deutschland neben fast überhöhten Erwartungen an uns auch die Hoffnungen vieler konzentrieren, dass wir Menschenrechte vertreten und denen helfen, die nicht wie wir in Freiheit leben können. Dies muss Wertmaßstab auch in der deutschen Außenpolitik bleiben. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Beifall bei der FDP

Profilierung in der Opposition

Sabine Leutheusser-
Schnarrenberger

Wenn man mit Kolleginnen und Kollegen, mit an der Politik Interessierten, allgemein mit Weggefährtinnen und -gefährten aus der damaligen Zeit spricht, so hört man oft die gleiche Einschätzung: Es waren ausgesprochen schwierige Jahre der christlich-liberalen Koalition zwischen 1996 und 1998.

Die Kanzlerschaft Helmut Kohls neigte sich erkennbar dem Ende zu. Guido Westerwelle als FDP-Generalsekretär hatte in seinem Buch „Neuland“, vielleicht ein bisschen drastisch, vom „Ende der Kohl-Ära“ geschrieben. Die Koalition, die 1982 mit viel Schwung und einem hohen Maß an politischen Gemeinsamkeiten gestartet war, hatte auf der langen Wegstrecke seitdem sozusagen den Tank leer gefahren, und die Spritanzeige war auf „Reserve“. Die Gemeinsamkeiten schienen aufgebraucht.

Deutlich stärker als in den Bundestagswahlen zuvor war 1998 spürbar, dass die Sache aus Sicht der Regierungsparteien schiefgehen könnte. Helmut Kohl hatte angekündigt, zur erneuten Wiederwahl anzutreten. Der zu verspürende politische Zeitgeist in diesem Jahr war allerdings ein anderer: In vielen Befragungen wurde erkennbar, dass sein Nimbus schwand, dass man seiner überdrüssig war und dass auch die Mannschaft um ihn herum starken Gegenwind der öffentlichen Meinung ins Gesicht bekam.

Am Wahlabend erreichten SPD und Grüne zusammen genug Stimmen und Mandate, um eine Regierung zu bilden. Die Parteistrategen hatten im Wahlkampf ein rot-grünes „Projekt“ ausgerufen, und die Werbung hatte bei den Wählerinnen und Wählern verfangen. Nun wartete das politisch denkende Deutschland auf die Agenda, die sich die neue rot-grüne Regierung setzen

würde. Umso schwieriger war es für die mit 6,2 % der Wählerstimmen in den Bundestag gewählte FDP, auch in der Opposition wahrgenommen zu werden.

Der Parteivorsitzende Wolfgang Gerhardt, der nach der Wahl auch die Führung der Bundestagsfraktion übernahm, und sein Generalsekretär Guido Westerwelle versuchten, mit der Formel der „putzmunteren Opposition“ Optimismus zu verbreiten und Partei und Fraktion mit der neuen Rolle zu versöhnen. Einige Ältere und Erfahrene fremdelten offensichtlich mit der neuen Rolle, einige neue Mandatsträger mussten schnell das Handwerk im Parlament erlernen.

Der Reiz des Neuen, von dem Rot-Grün im Wahlkampf und in der ersten Zeit in der Regierung profitiert hatte, schwand allerdings schnell. Die Agenda der Regierung schrieb sich sozusagen selbst. Einige Probleme wurden dringlich. Internationale Krisen tauchten auf. Die politische Weltlage wurde instabil, nicht zuletzt durch die Anschläge 2001 in New York. Die Parteien in der Bundesregierung wirkten in sich, aber auch miteinander längst nicht so harmonisch, wie das Projektdesign es vorgesehen hatte.

In dieser Zeit wusste die FDP in der Opposition, unter Führung von Wolfgang Gerhardt, inhaltlich zu überzeugen. Ab einem bestimmten Zeitpunkt klang in den Reden im Deutschen Bundestag sowie bei sonstigen Anlässen immer mehr

durch, dass man sich in der FDP durchaus Chancen ausrechnet, die in der öffentlichen Beliebtheit stark gesunkene rot-grüne Bundesregierung schon 2002 wieder abzulösen. Viele gute Konzepte waren bei den Liberalen geschrieben worden, und es war auch gelungen, sie öffentlichkeitswirksam zu präsentieren.

Gleichzeitig fand sich die FDP allerdings in internen Diskussionen um die politische Ausrichtung wieder. Guido Westerwelle löste Wolfgang Gerhardt als Parteivorsitzenden ab, während dieser den Fraktionsvorsitz behielt. Jürgen Möllemann versuchte, eigene Auffassungen als Parteilinie durchzusetzen. Der FDP-Bundesparteitag 2001 wurde zu einer umstrittenen Veranstaltung, bei der Möllemann allerdings deutlich unterlag.

Bei der Bundestagswahl 2002 gelang es nicht, Rot-Grün abzulösen. Dies lag aber nicht an einer schwachen Performance der FDP, sondern am schwachen Ergebnis, das die Union mit der Kanzlerkandidatur von Edmund Stoiber erreichte. Der oftmals gehörte Satz „Es hätte durchaus klappen können ...“ half nun auch nicht weiter. Was blieb, war nur das weitere beständige Bohren dicker politischer Bretter in der Opposition.

Auch in den Jahren danach konnte man bei vielen politischen Entscheidungen und Diskussionen den Eindruck haben, dass ein Scheitern der rot-grünen Bundesregierung nur eine Frage der Zeit sei.

Die FDP tat gut daran, die Diskussionen um die notwendigen Änderungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, in der Wirtschaftspolitik, aber auch in der Außenpolitik mit umfassenden, gut ausgearbeiteten eigenen Papieren und Diskussionsbeiträgen zu begleiten, zum Teil auch zu gestalten. Die Männer und Frauen um Wolfgang Gerhardt in der Bundestagsfraktion leisteten hier ganze Arbeit und erwarben sich so nach und nach weiter steigende Anerkennung und Zustimmung.

In 2005 verlor die SPD krachend die Landtagswahlen in ihrer „Herzkammer“ Nordrhein-Westfalen. Und Bundeskanzler Schröder verlor die Nerven und kündigte auf Bundesebene Neuwahlen für das gleiche Jahr an, wohl in der Hoffnung, das Blatt für die Sozialdemokraten wenden zu können. Auch diesmal standen die Chancen für die Oppositionsparteien wahrlich nicht schlecht, Rot-Grün als Regierung abzulösen. Auch Wolfgang Gerhardt arbeitete auf das große Ziel hin und war quasi designierter Außenminister, sollte die FDP in Regierungsverantwortung kommen. Er unterfütterte dies mit vielen klugen und ausgefeilten Stellungnahmen, vor allem zur Außen- und Sicherheitspolitik, einem Themenbereich, der in diesen Jahren stark in der Diskussion war. Alles war vorbereitet.

Und doch kam es anders. Die Wählerinnen und Wähler führten mit ihrem Votum eine, eigentlich von allen nicht gewollte Große Koalition aus CDU/CSU und SPD

herbei. Angela Merkel wurde zur ersten deutschen Bundeskanzlerin gewählt. Eine neue politische Zeitrechnung begann.

In der FDP wurden Rufe nach innerparteilicher Veränderung laut. Guido Westerwelle griff nun auch nach dem Vorsitz der Bundestagsfraktion. Man einigte sich darauf, dass Wolfgang Gerhardt für ein Jahr an der Spitze der Fraktion verbleiben und danach in die Funktion als Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung wechseln sollte.

Als Mitglied der Parteiführung in diesen Jahren konnte ich miterleben, wie Wolfgang Gerhardt es bewerkstelligte, die Liberalen in schwierigen Zeiten zu führen. Viele Höhen und Tiefen haben wir gemeinsam in der FDP erlebt. Sein Politik- und Arbeitsstil, gar nicht „mainstreammäßig“, immer nachdenklich, reflexiv und hinterfragend, immer an der Sache und selten am Effekt, war für die FDP in diesen unruhigen Zeiten ein Segen. Manchmal überlege ich, wie die Liberalen diese Phase ohne ihn gestaltet hätten – aber eigentlich möchte ich es lieber gar nicht wissen.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesministerin a.D., u.a. Mitglied des Deutschen Bundestages 1990 bis 2013; 1993 bis 2013 Mitglied im Präsidium der FDP, ab 2011 als stellvertretende Bundesvorsitzende; 2000 bis 2013 Landesvorsitzende der FDP Bayern; seit 2014 Mitglied des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, seit September 2018 stellvertretende Vorstandsvorsitzende.

Abschnitt

5

**MDB UND
VORSTANDS-
VORSITZENDER
DER FNF
(2006–2018)**

2006 bis 2018

Thomas Volkmann

Nachdem durch das Ergebnis der Bundestagswahl 2005 eine Regierungsbeteiligung der FDP nicht zustande gekommen war, meldete der FDP Bundesvorsitzende Guido Westerwelle sein Interesse an einer Übernahme auch des Vorsitzes der Bundestagsfraktion an, um die Arbeits- und Abstimmungsstrukturen der Liberalen auf Bundesebene zusammenzuführen, so wie es auch Wolfgang Gerhardt 1998 getan hatte. Aufgrund hieraus entstandener Diskussionen innerhalb der FDP-Bundestagsfraktion einigte man sich darauf, dass Wolfgang Gerhardt für ein weiteres Jahr an der Spitze der Bundestagsfraktion bleiben und danach in den Vorstandsvorsitz der Friedrich-Naumann-Stiftung wechseln sollte.

Die Arbeit als eine der drei Oppositionsfraktionen gegen eine Regierung aus Union und SPD gestaltete sich durchaus schwierig. 448 Mandaten der Regierungsfractionen standen lediglich 166 Mandate der Opposition gegenüber,

die sich aus der FDP, der damaligen PDS und Bündnis 90/die Grünen zusammensetzte und dementsprechend auch nicht in allen Punkten eine einheitliche Oppositionsstrategie verfolgen konnte oder wollte.

So wurde die Oppositionsarbeit für die FDP deutlich schwieriger als in den Jahren zuvor. Gute, ausgefeilte eigene Initiativen waren bei Abstimmungen im Parlament in den allermeisten Fällen chancenlos, berechnete und abgewogene Kritik an der Regierungslinie verpuffte in vielen Fällen nahezu ungehört.

Wolfgang Gerhardt kaprizierte sich ab dem Jahr 2006 verstärkt auf seine Aufgabe als Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung. Frühzeitig leitete er dort Neustrukturierung und inhaltliche Präzisierungsschritte ein. Seine Vorstellungen zur Arbeit der Stiftung, maßgeblich auch im von ihm hoch geschätzten Bereich der internationalen Politik, stellte er in einigen

grundsätzlichen Reden dar, von denen einige in diesem Band abgedruckt sind.

Gerhardt überließ dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden Westerwelle in Parteiangelegenheiten zunehmend die öffentliche Bühne. Seine Reden im Deutschen Bundestag betrafen verstärkt Grundsatzfragen oder Debatten zur deutschen Geschichte. Exemplarisch sind in diesem Band seine Redebeiträge zum Thema „60 Jahre Grundgesetz“ und zum 70. Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion abgedruckt. Eine Verknüpfung mit seiner Vorstandstätigkeit gab es bei einer Rede im Jahr 2012, wo es um die Arbeit deutscher politischer Stiftungen im Ausland ging.

„In seiner neuen Funktion als Vorsitzender des Vorstandes der liberalen Stiftung in Deutschland, der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, bezog er immer wieder Positionen zu wichtigen politischen Fragen und

wurde dabei in beispielhafter Weise dem Auftrag einer politischen Stiftung gerecht, politische Bildung im Innen- und Ausland zu vermitteln und dabei jenseits des oft kurzlebigen Parteienstreits über den Tag hinaus zu denken“, schrieb der frühere Kuratoriumsvorsitzende der Stiftung, Jürgen Morlok, über diese Zeit.

Unter dem Vorsitz von Wolfgang Gerhardt erarbeitete der Vorstand der Stiftung 2017 die strategischen Ziele für den Zeitraum bis 2022 und gab die notwendigen Maßnahmen zu deren Umsetzung in Auftrag. Am 25. September 2018 übergab Wolfgang Gerhardt den Stiftungsvorsitz an Karl-Heinz Paqué und konnte dabei auf die längste Amtszeit eines Vorstandsvorsitzenden der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zurückblicken. Seine Rede auf der Festveranstaltung zum Führungswechsel ist in diesem Band als letzte dokumentiert.

REDE

Menschenrechte im Spannungsfeld von Außen- und Wirtschaftspolitik

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr verehrte Gäste,

wir wissen alle, dass ein solcher Nachmittag hohe Aufmerksamkeit erfordert, dass er gewisse Strapazen mit sich bringt und hohe Durchhaltefähigkeit abverlangt, aber es ist auch ein Genuss, wenn man ihn miterlebt: Nicht nur wegen des Stils der Reden und nicht nur wegen der außerordentlich bedeutsamen Gäste. Wenn man Henry Kissinger über internationale Politik reden hört, Otto Graf Lambsdorff über dieses Jahrzehnt der Stiftungsarbeit, verbunden mit der Präsidentschaft in der LI und seinem internationalen Engagement ohnehin, und diese klare, bildungsbürgerliche Menschenrechtsrede von Frits Bolkestein, die doch über ökonomische Sachverhalte hinausgeht, dann fühlt man sich wieder einmal gezwungen zu überlegen, warum wir uns in Deutschland so gewaltig anstrengen müssen, unseren Mitbürgern zu vermitteln, dass dieses Land wie kaum ein anderes aufgrund seiner Geschichte und seiner Geographie auf internationale Beziehungen angewiesen ist, ja, von ihnen ernsthaft lebt.

Man gleicht dann wieder ab, was hier eigentlich im Zentrum der Politik steht: Sehr kleines Karo an Ausgleichs- und Versorgungsaktivitäten. Das ist ja schon fast ins Zentrum geraten, weil die Substanz der Demo-

kratie in diesem Land und der ganze schmale Gerechtigkeitsbegriff anscheinend davon abhängen, was an Umverteilungsmechanismen die Menschen im guten oder im bösen Sinne selbst trifft.

Eine Legitimität des staatlichen Handelns, des Nehmens eigentlich, ohne zu geben, scheint sich vor allem aus der Rolle als Adressat von Wünschen zu ergeben, ohne dass nach der Reife der Gesellschaft und nach dem eigenen Beitrag gefragt wird. Ich komme darauf, weil die Friedrich-Naumann-Stiftung im Kern genau darauf abzielen muss. Die Freiheit ist hier nicht gefährdet, indem eine Diktatur bevorsteht; das wäre auch ein zu schmaler Freiheitsbegriff. Die Freiheit ist auch nicht im Kern, wohl aber schleichend gefährdet durch einen unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung vorgenommenen, **immer imperialeren Zugriff des Staates auf Bürgerrechte**, was im für die Öffentlichkeit am verständlichsten Fall bis zum Bankkonto geht und im anonymsten Fall bis zur Datensammlung, bei denen der Bürger überhaupt nicht mehr weiß, was über ihn in welcher Sammlung liegt. Aber auch das reicht nicht aus.

Im Grunde genommen muss die Stiftung in ihrer Arbeit in Deutschland immer und immer wieder ein Stück **Freiheitsbegriff herausarbeiten**, der ansonsten in Deutschland zu verschwinden droht. Dass wir eine geschriebene Verfassung haben, steht jedermann vor Augen. Sie ist im Übrigen aus der Geschichte des europäischen Liberalismus als konstitutives Prinzip der Politik entstanden. Aber eine geschriebene Verfassung alleine reicht nicht. Wir brauchen eine Gesellschaft, die sie lebt, die immer wieder durch ihr eigenes vitales Leben zu den Institutionen steht, die sie sich geschaffen hat – zu recht unabhängigen im Übrigen.

Denn jede Gesellschaft braucht auch schattenreiche Plätze, an denen keine Fragen gestellt werden, die sie einfach aus ihrer Herkunft heraus und wegen der Chancen, Zukunft zu gewinnen, besitzen und sich sichern muss. Sie braucht eine unabhängige Justiz: Was die ganze Nachkriegsgeschichte an Institutionengewinn und an Selbstbewusstsein bestimmt hat, mit einer unabhängigen Bundesbank, mit einer stabilen Währung und mit dem, was wir an Leistungsbereitschaft als Ethos der Solidarität zustande gebracht haben. Das ist

eine Arbeit, die befreundete Organisationen im liberalen Spektrum nur gemeinsam bewältigen können, bei der die Stiftung vielleicht von ihrer Arbeitsfähigkeit, von ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und von ihrer inneren Einstellung her sogar ein Vorfeld viel stärker bestimmen kann, als das durch Tagespolitik erreichbar wäre.

Ich sage dies in der Nachfolge von Otto Graf Lambsdorff, weil natürlich eine Stiftungsarbeit nur so erfolgreich ist wie diejenigen, die eine Stiftung repräsentieren. Die Öffentlichkeit sieht im freiheitlichen liberalen Politikangebot sehr genau auf Charakter und Handeln derjenigen Persönlichkeiten, die eine Botschaft übermitteln wollen. Deswegen ist diese Aufgabe, in Kontinuität dessen, was Graf Lambsdorff getan hat, ganz wichtig!

Wir dürfen keinen Zweifel daran lassen, dass der Kernbereich der Stiftungsarbeit die **Unterstützung eines freiheitlichen Politikangebotes in Deutschland** ist - und zwar durch den Kernbereich, den Friedrich Naumann als „staatsbürgerliche Bildung und Erziehung“ verstanden hat. Die bloße Aneinanderreihung von Unterrichtsthemen schafft noch keine Staatsbürger: Verkehrserziehung gegen die Gefahren des Straßenverkehrs, Sexualerziehung gegen die anderen Verkehrsgefahren, Drogenkunde gegen die Drogenmafia, Medienkunde, um Zeitung lesen zu können - das alles wird nicht ausreichen.

Wir müssen in unserer **staatsbürgerlichen Bildungsarbeit** etwas auf den Begriff bringen: Das ist das gute Beispiel, das ist die überzeugende Lösung, und das ist ein Charakter, den man herausbilden möchte und bei dem Erziehung kein Fremdwort sein sollte, auch in deutschen Familien nicht. Große Pädagogen wussten schon immer, dass am Ende Bildung auch etwas mit Erziehung zu tun hat.

Wenn wir nicht in einer Gesellschaft reiner Staatskunden landen wollen, müssen wir uns auf den Weg machen, das zu erreichen, was das Grundgesetz voraussetzt und haben möchte: Eine Gesellschaft von Staatsbürgern europäischer und internationaler Orientierung bleibt die Hauptaufgabe der Bildung. Dies ist in unserem Land auch besonders wichtig. Die politische Kulturgeschichte hat bei uns

immer Staatsorientierung gehabt. Rainer Hank schrieb neulich in einem bemerkenswerten Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: „Weshalb sind die beiden großen Parteien in Deutschland noch immer keine liberalen Parteien? Sie pflegen im Grunde die Erschöpfung des Politikangebotes über den Staat mit Ausgleichs- und Vorsorgeaktivitäten, aber nicht mit der Revitalisierung einer freiheitlichen Gesellschaft.“

Das ist der Kern der Stiftungsaufgaben! Die Besetzung des heutigen Podiums ist ein Zeichen für alle, dass die **internationale Arbeit** für uns keine Nebensache ist. Bei allem, was auch Frits Bolkestein gesagt hat, dass sich durch die Globalisierung gezwungenermaßen mehr Offenheit ergeben hat, dass die Alphabetisierungssituation sich prozentual verbessert hat, dass die Kindersterblichkeit sich verringert hat etc.: Das ist alles richtig. Aber die Globalisierung setzt das ja nicht alleine durch. Sie zwingt eher zur Öffnung und sie braucht Menschen, die dann in die Öffnung von Gesellschaften hineingehen und ein Angebot machen. Wir haben noch zu viele Länder auf dieser Welt, die sich geradezu im freien Fall befinden, die von Familienfirmen regiert werden. Wir haben noch Unterdrückung und wir haben eine unglaubliche Repression. Wir begegnen noch politischen und kulturellen Identitäten, die die Menschenrechte geradezu für ihre Gegner halten, gleichzeitig aber verlangen, dass ihre „kulturelle Authentizität“ anerkannt wird.

Wir müssen als Friedrich-Naumann-Stiftung international auf einem Kurs bleiben, der von einem Punkt bestimmt ist: Wir wollen in möglichst vielen Ländern die Chancen für **freiheitliche Politikangebote** schaffen durch Persönlichkeiten, denen wir durch unsere Arbeit Möglichkeiten geben, dort zu kommunizieren und sich eine Plattform zu schaffen, um das entsprechende Politikangebot machen zu können.

Wir wollen nämlich, wofür wir uns auch selbst anstrengen müssen, auf der Welt irgendwann mit reifen Gesellschaften kommunizieren, die es zustande bringen, dass sich ihr Land im internationalen Netzwerk nach Regeln verhält. Das ist eine unendliche Arbeit. Für diese Arbeit haben wir natürlich an allererster Stelle die internationale Politik, die Politik eines Landes selbst, wir haben die Europäische Union,

wir haben die Vereinten Nationen. Jetzt könnte ich mit Scherz, Satire, Ironie und tieferer Bedeutung sagen: „Aber wir haben auch die Friedrich-Naumann-Stiftung.“ Ich meine das aber durchaus ernst. Denn allein die Regierungsbegegnungen werden dafür nicht ausreichen. Die Kommunikation in Gesellschaften hinein wird immer bedeutsamer werden. Dabei sind wir nur sehr spärlich mit Mitteln ausgestattet und in der Konsequenz nur sehr spärlich mit Möglichkeiten, die wir Menschen geben können.

Fazit: Dies ist eine Stiftung, bei der jeder, der in Verantwortung kommt, wissen muss, dass er eine zentrale Aufgabe hat: In unserem Land und weltweit der **Idee der Freiheit** täglich zum Durchbruch zu verhelfen – weil die Gegner groß sind. Weil die schleichende Entwertung von freiheitlichen Angeboten sich vollzieht, ohne dass man es bemerkt. Und weil wir, wenn wir nicht aufpassen, es am Ende mit Gesellschaften zu tun haben, die damit gar nicht mehr umgehen können, denen der unbändige Wille zur Selbständigkeit, zum eigenen Urteil und zur Unabhängigkeit verloren gegangen ist.

Dies ist also weit mehr als nur Stiftungsarbeit – im Kern ist es das, was Liberale tun müssen, wo immer sie sind. Deswegen freue ich mich auf meine Aufgabe und danke meinem Vorgänger für seine großartige Leistung. Graf Lambsdorff, wir werden ja auch bei zukünftigen internationalen Konferenzen zusammen sein. Ich danke auch unseren internationalen Gästen dafür, dass sie zu uns gekommen sind.

Nicht zuletzt spüren auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung auf diese Weise, was Graf Lambsdorff und ich wissen, da wir es bei internationalen Treffen immer wieder hören: Die Friedrich-Naumann-Stiftung ist in der liberalen Familie weltweit hoch geschätzt. Es gäbe manche Begegnungen ohne die Stiftungsvorbereitung nicht, und manche Freunde brauchen uns auch, weil es nicht überall so zugeht, dass man unbeeinträchtigt bliebe, wenn man eine Meinung äußert, die anders ist als die der jeweils Herrschenden. Ich will die Arbeit gerne fortführen und rechne auf Ihre Unterstützung.

REDE

Die Zukunft der Freiheit in Deutschland

Meine Damen und Herren,

der **Wert der Freiheit** verliert im Bewusstsein der Bundesbürger maßgeblich an Bedeutung. Freiheit wird einerseits als Form von Mobilitäts- oder Meinungsfreiheit selbstverständlich praktiziert und nicht mehr als eine Errungenschaft wahrgenommen. Andererseits gibt es sichtbare Tendenzen, im Gegenzug für vermeintlich bedeutendere Werte wie Sicherheit und Gleichheit, die Freiheit zur Disposition zu stellen.

Vor allem eine **Reduzierung der Freiheit auf ihre ökonomische Dimension** sowie auf ihr Risikopotenzial bewirkt ihr gegenüber Skepsis. Freiheit im Sinne von Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und, vor allem, Selbstverantwortung wird in der öffentlichen Meinungsbildung kaum noch als eine zwingend notwendige Voraussetzung einer freiheitlichen Gesellschaft wahrgenommen.

Die ohnehin schwach ausgebildete liberale Tradition in Deutschland ist im Zuge staatlicher Überreglementierung in Auflösung begriffen. Der erleichterte Zugang zu persönlichen Daten, die Forderungen nach einer ausgedehnten Videoüberwachung, die Regelungen gegen

„ungesunde“ Lebensstile, die Erhöhung der Steuern und Abgaben, die Gefährdung von Wahlmöglichkeiten in den sozialen Systemen – all das zeigt, wie groß die Bereitschaft in Deutschland mittlerweile ist, die öffentliche Sphäre in die private eindringen zu lassen, immer mehr Bereiche der persönlichen Autonomie an die staatlichen Institutionen zu delegieren und Freiheit zugunsten von Sicherheit und Gleichheit auszuhöhlen.

Eine **schleichende Erosion von Freiheitsrechten** hat verheerende gesellschaftliche Folgen, die wir im Grunde jetzt schon erkennen können. Ein großer Teil der politischen Elite Deutschlands kultiviert die **Unmündigkeit des Bürgers** als ein vermeintlich gesellschaftliches Faktum und kommt damit – und das ist noch besorgniserregender – der Erwartungshaltung vieler sogar entgegen. Leider gibt es zu viele Bürgerinnen und Bürger, die in der Selbstbestimmung und Selbstverantwortung des Einzelnen zunächst nur die Möglichkeit des Scheiterns und nicht die Möglichkeit des individuellen Erfolgs sehen. Aus Angst, an der Konsumgesellschaft nicht mehr oder zumindest nicht in angemessenem Maß teilhaben zu können, wird die persönliche Verantwortung gutgläubig an die staatlichen Institutionen abgegeben, die dann als fürsorgliche Beschützer soziale Gerechtigkeit und Sicherheit in der Gesellschaft herstellen sollen. Diese Erwartung ist an die naive Zuversicht gekoppelt, dass der Staat gesellschaftlichen Wohlstand am besten sichern könne. Kein Wunder also, dass CDU/CSU, SPD, Grüne und Die Linke intensiv am Sozialbudget herumhantieren und seine Verteilungsoptionen geradezu mit politischer Gerechtigkeit gleichsetzen.

Das ist fatal. Die moderne Gesellschaft nämlich ist viel zu komplex, sie wird sich jedem Versuch einer umfassenden Steuerung entziehen, gesellschaftliche Herausforderungen können ohne den Beitrag der einzelnen Bürger einfach nicht bewältigt werden. Kein einzelner Lebensbereich einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft funktioniert ohne die Bereitschaft des einzelnen Bürgers, selbst Verantwortung zu übernehmen. Wieso trauen sich viele Menschen so wenig und dem Staat gleichzeitig so viel zu? Wieso ist bereits das Hinfallen eine Schande, nicht erst das Liegenbleiben? Eine **Jahrzehntelange**

überbordende Staatsfürsorge hat die Potenziale der Menschen verkümmern lassen. Der Ausbau der Sozialstaatlichkeit ging mit dem Rückbau der Eigeninitiative und der Eigenverantwortlichkeit einher. Die Erfahrung, dass es möglich ist, sich auch durch eigene Anstrengung und Leistungsbereitschaft einen Platz in der Gesellschaft zu erarbeiten, macht heute kaum noch jemand. Der „gegen alle Veränderungen sich stemmende Status quo“ sei, so Wolfgang Kersting, die einzige Utopie einer strukturkonservativen Masse, die sich ihrer Fähigkeiten nicht bewusst werden will.

Doch nun, da jede Gesellschaft den Druck der Globalisierung spürt, sind andere Fertigkeiten als Staatsorientierung und bloßes Abwarten gefragt. Jetzt sind Innovation, Lernbereitschaft und Anpassungsfähigkeit an internationale Entwicklungen erwünscht – Kompetenzen, über die ein unter Überregulierung leidender Staat nicht verfügen kann. Was wir brauchen ist eine Kultur der Freiheit und der Verantwortung. Es geht darum, die sich öffnenden Märkte, die wachsende Mobilität und die Vielzahl der Vernetzungen als eine Verheißung wahrzunehmen, sein Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten und verantworten zu können.

Denn Globalisierung ist eine Chance und kein Schicksal. Und Freiheit ist ein Privileg, keine Bürde. Noch nie in der Geschichte der Menschheit gab es so viele, so offene Wege, die man beschreiten konnte. Noch nie in der Geschichte der Menschheit waren die Biografien von Anfang an so wenig festgelegt. Dass das in Deutschland zumeist anders empfunden wird, bedeutet nicht, dass Diagnosen wie diese nicht stimmen, sondern, dass wir dabei sind, uns diese Wege zu verbauen.

Die Dichte des Sozialnetzes hat strukturwahrende Effekte ausgelöst, sodass sich ausgerechnet in Deutschland, einem der wohlhabendsten Länder, soziale Immobilität zu verfestigen droht. Reformen, die die Zuständigkeiten des Staates beschneiden und modernisierend wirken, werden nicht als ein Zugewinn an Entscheidungsfreiheit, sondern als „Zumutungen“ wahrgenommen. Der notwendige Rückzug des Staates aus der Rolle des Allesregulierers und des

Allesentscheiders steckt noch in den Anfängen, erzeugt aber jetzt schon Tendenzen der Angst und nicht des Vertrauens in die eigenen Fertigkeiten sowie in die Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen und ihre Konsequenzen zu tragen.

Denn wenn die Globalisierung dem Menschen etwas abverlangt, dann dies: Entscheidungen für sein eigenes Leben selbst zu treffen und sie nicht anderen zu überlassen! Wir drohen, aus Angst und Feigheit, zu Unfreien zu werden. Wir drohen, unter einer umfassenden staatlichen Daseinsvorsorge zu erlahmen. Wenn wir es nicht rechtzeitig schaffen, flexibel und anpassungsfähig zu werden, dann sind wir dem nicht gewachsen, was auf jede Gesellschaft zukommt.

Es ist fraglich, ob wir uns noch eine verpasste Chance leisten können. Denn „gerade die historische Zäsur der Wiedervereinigung hätte“, schreibt Ulrike Ackermann, „die Chance des Aufbruchs in eine strukturelle Modernisierung des Sozialstaats geboten“. Stattdessen sehen sich die Deutschen „nicht in erster Linie politisch als Staatsbürger einer Demokratie, sondern beziehen ihre Identität aus dem Sozialstaat“. Die um sich greifende „Neidökonomie“ schafft eine Erwartungshaltung, in der alle Differenzen, die zum Erfolg führen könnten, eliminiert gehören. Chancengleichheit sei, schreibt Gerd Habermann, „wenn sie mehr bedeuten soll als die Gleichheit vor dem Gesetz“, eine zerstörerische Utopie. Ich glaube, wir können nicht nur anders, sondern wir müssen auch anders. Es ist höchste Zeit, den Wert der Freiheit wieder in das öffentliche Bewusstsein zu rücken.

In allen Lebensbereichen sind wir vor schwierige Aufgaben gestellt, die auf Lösungen warten – auf Lösungen, wie die Gefahr des internationalen Terrorismus ohne Einschränkung der Grundrechte abwendbar ist, wie die Sicherung wirtschaftlichen Wohlstands im Prozess der Globalisierung gewährleistet werden kann, wie eine pluralistische Gesellschaft trotz ihrer Differenziertheit auf gemeinsame Überzeugungen zurückgreifen kann oder, wie die institutionellen Rahmen aussehen müssen, damit jeder Einzelne ohne äußere Zwänge und Vorgaben seine Lebenswelten verwirklichen kann.

Meine Damen und Herren, ich glaube fest daran, dass nur der Liberalismus angemessene Antworten auf diese umfassenden Herausforderungen geben kann. Das mag sich einfacher anhören, als es tatsächlich ist. Denn der Liberalismus hat Menschen nicht unter Beglückungsbannern versammelt, wie Wolfgang Kersting schreibt. Kein Geringerer als Isaiah Berlin beschrieb die menschliche Tragödie so, dass ein Konflikt zwischen obersten Werten, die miteinander nicht zu vereinbaren sind, unausweichlich ist. „Die Welt, mit der wir es zu tun haben“, sei, so Berlin, „eine Welt, in der wir mit Entscheidungen konfrontiert sind zwischen gleichermaßen obersten Zielen und gleichermaßen absoluten Forderungen, wobei die Verwirklichung einiger von ihnen notwendig den Verzicht auf andere nach sich zieht.“ Alle Visionäre, Utopisten und Ideologen, die im Laufe der Geschichte immer allzu schnell bereit waren, für die Verwirklichung ihrer monistischen Auffassung von einer endgültigen vollkommenen Ordnung sogar Menschenleben zu opfern, sie alle werden durch diesen Satz bloßgestellt.

Es gibt keine oberste Wahrheit, die irgendeine Maßnahme zuun- gunsten der Autonomie des Einzelnen legitimieren könnte. Es gibt keine höhere Autorität als die Autonomie des Individuums. Was bleibt, ist das fortwährende, persönliche und verantwortungsbe- wusste Ringen um jede Entscheidung. Das allein kann als oberstes Ziel gelten, nämlich, dass der Prozess der Entscheidungsfindung immer gegeben sein muss.

Das setzt Freiheit voraus, ohne sie ist alles nichts. Eine Gesellschaft ist erst dann frei, wenn sie einen Konsens darüber erzielen kann, dass unterschiedliche Ziele gleichermaßen legitim sind. Dass der Wunsch nach Freiheit so stark sein kann, dass man bereit ist, alles dafür zu geben, sehen wir bis heute immer wieder, wenn Menschen trotz Todesdrohungen bereit sind, für ihre Freiheit auf die Straße zu gehen, wie auch jetzt in Burma.

Manchmal ist der Wunsch nach Freiheit so stark, dass er fest ge- glaubte Ordnungen niederreißen kann. Freiheit ist aber ein Gut, sagt Carl Friedrich von Weizsäcker, „das durch Gebrauch wächst, durch

Nichtgebrauch dahinschwindet“. Auch in einer gefestigten Demokratie wie der unsrigen, dürfen die freiheitlichen Rechte des Einzelnen weder vernachlässigt noch eingeschränkt werden. Denn selbstverständlich sind sie nicht. Jeder liebt die Freiheit, jeder möchte frei sein. Aber sind wir wirklich bereit, konsequent nach freiheitlichen Prinzipien zu leben?

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit setzt sich dafür ein, dem **Prinzip Freiheit in Menschenwürde** in allen Bereichen der Gesellschaft Geltung zu verschaffen. Mit dem heutigen 1. Freiheitskongress möchten wir diesem Anspruch Ausdruck verleihen, und ich bin froh, dass Sie, meine Damen und Herren, heute gekommen sind, um mit namhaften Experten über die Kultur der Freiheit, die Notwendigkeit der Freiheit, und möglicherweise auch über die Grenzen der Freiheit zu diskutieren.

REDE

50 Jahre für die Freiheit

50 Jahre Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Herr Bundespräsident,
Exzellenzen und verehrte Gäste!

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit begeht mit dieser Festveranstaltung hier im alten Plenarsaal des Deutschen Bundestages aus der Zeit der Bundeshauptstadt Bonn das 50. Jubiläum ihrer Gründung.

Namens der Mitglieder des Kuratoriums der Stiftung und des Kuratoriumsvorsitzenden, Professor Jürgen Morlok, und der Mitglieder des Vorstandes der Stiftung heiße ich Sie alle herzlich willkommen. Es ist uns allen eine Freude und eine große Ehre, dass Sie, Herr Bundespräsident, die Einladung angenommen haben und anschließend das Wort an uns richten.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie bitte mit mir den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Professor Dr. Horst Köhler. Bundespräsident Walter Scheel, zugleich Ehrenvorsitzender des Kuratoriums unserer Stiftung, ist heute bei uns. Einen herzlichen Gruß an Sie, lieber Herr Scheel, und an Ihre Gattin Barbara.

Freude und besondere Dankbarkeit möchte ich gegenüber Lord Dahrendorf für seine Bereitschaft zum Ausdruck bringen, die Festrede des heutigen Tages zu halten. Herr Professor Dahrendorf, Sie haben ein Stück Geschichte der Stiftung durch Ihren Vorsitz selbst mitgestaltet, seien Sie zusammen mit Ihrer Gattin Christiane herzlich begrüßt.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit fühlt sich der FDP verbunden. Mein besonderer Willkommensgruß gilt deshalb dem Bundes- und Fraktionsvorsitzenden der FDP im Deutschen Bundestag, Dr. Guido Westerwelle, der nachher das Wort an uns richten wird.

Dr. Otto Graf Lambsdorff danke ich für seine langjährige Tätigkeit im Vorsitz der Stiftung sowie für die Bereitschaft, nachher die Leitung einer Gesprächsrunde mit besonders geschätzten internationalen Gästen zu übernehmen, und rufe ihm und seiner Gattin Alexandra ein herzliches Willkommen zu.

Die Vertreter des Diplomatischen Corps aus vielen mit uns verbundenen Ländern, Abgeordnete aus dem Europäischen Parlament, dem Deutschen Bundestag und den Landtagen heiße ich willkommen. Wir freuen uns über Ihre Anwesenheit – stellvertretend für alle begrüße ich den Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Hermann Otto Solms.

Politische Stiftungen haben ihre jeweils besonderen Ausrichtungen. Wir pflegen aber eine gute Zusammenarbeit. Ich freue mich deshalb, dass die Repräsentanten der anderen Stiftungen heute hier sind: Anke Fuchs für die Friedrich-Ebert-, Dr. Franz Schoser für die Konrad-Adenauer-, Dr. Hans Zehetmair für die Hanns-Seidel-, Dr. Birgit Laubach für die Heinrich-Böll-, und Dr. Klaus Meier für die Rosa-Luxemburg-Stiftung

Die heutige Feier erinnert an engagierte Liberale um Bundespräsident Theodor Heuss, die sich vor 50 Jahren, am 19. Mai 1958,

in der wenige Meter entfernten Villa Hammerschmidt trafen, um die Friedrich-Naumann-Stiftung zu gründen und sie nach seinem Mentor und Vorbild Friedrich Naumann zu benennen.

Den Enkel von Theodor Heuss, Ludwig Theodor Heuss, heiße ich ebenso herzlich Willkommen wie die Urenkelin von Friedrich Naumann, Dorothea Bauer. Beide bringen uns sowohl dem Gründer als auch dem Namensgeber der Stiftung durch ihre Anwesenheit familiär näher.

Das bürgerschaftliche Engagement der Gründer hat die Stiftung mit dem **Auftrag zur politischen Bildung** versehen, und die Stiftung hat sich an die Arbeit begeben. Sie ist ihrem Auftrag treu geblieben, aber zugleich auch über ihn hinausgewachsen. Das zeigt sich in vielen kleinen Jubiläen, die wir neben diesem großen in diesem Jahr feiern können.

So wird zum Beispiel das Archiv des Liberalismus, unser liberales Gedächtnis in Deutschland, 40 Jahre alt. Die Begabtenförderung feiert ihr 35-jähriges Bestehen, sie hat bisher knapp 7000 Stipendiaten betreut.

Wir sind heute in über 60 Ländern tätig. Das Wirken unserer Stiftung in aller Welt macht einen beträchtlichen Anteil unserer Arbeit aus. Unser Kernanliegen bleibt: Immer mehr Menschen zu der Möglichkeit zu verhelfen, in offenen, demokratischen, freiheitlichen Gesellschaften leben zu können. Für dieses Engagement danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Manche Gesellschaften befinden sich geradezu im freien Fall. Es gibt Staaten, die sozusagen als Familienunternehmen geführt werden und die keine wirklich unabhängigen Institutionen herausbilden. Es gibt noch Rassismus, es gibt Pressezensur, und es gibt Unterdrückung freier Meinungsäußerung, ganz zu schweigen davon, dass Armut und Hoffnungslosigkeit in weiten Teilen der Erde die Teilhabe vieler Menschen an Freiheit immer noch verhindern.

Es bleibt noch viel zu tun, die Freiheit hat noch nicht gewonnen, die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist nach 50 Jahren längst nicht am Ende ihrer Arbeit angekommen. Nach dem **Ende der alten bipolaren Welt** müssen sich auch die freiheitlichen Gesellschaften selbst über die Voraussetzungen der Freiheit und ihre Gefährdungen wieder Klarheit verschaffen.

Das Beste, was wir in Deutschland haben, ist unsere freiheitliche Verfassung. Aber eine geschriebene Verfassung allein reicht nicht. Sie braucht bei den Bürgern ein Verständnis von einem Gemeinwesen, das nicht nur von der Mitgliedschaft in einem wirtschaftlichen und sozialen Zweckverband bestimmt wird.

Bürger zu sein bedeutet mehr, als über eine reine Erwerbsbiographie mit Staatsangehörigkeit zu verfügen. Bürger zu sein, das ist Ausdruck eines Selbstbewusstseins zu eigener Verantwortung und eines unbändigen Willens zur Unabhängigkeit. Bescheidenheit mit Selbstvertrauen zu verbinden und sich auch von einem Staat zu emanzipieren, der zwar beschützt, aber eben auch oft genug beschneidet, das ist eine wichtige Haltung für eine freiheitliche Gesellschaft. Nicht Staatskundschaft, sondern Staatsbürgerschaft macht wetterfest gegen Gefährdungen der Freiheit.

Wie hat es Friedrich Naumann so schön gesagt: „Vom Untertan verlangt man keine Staatskenntnisse, aber vom Bürger. Der Untertan zahlt Steuern, gehorcht und spielt Klavier oder Skat, der Bürger braucht noch etwas mehr.“

Zu den zentralen Fragen freiheitlicher Gesellschaften zählt, wie viele Einbußen an Traditionen sie vertragen, wie viele Verbindlichkeiten sie ohne Schaden hinnehmen können und wie viel Bewusstsein vom Gemeinwohl sie auch bewahren und schaffen müssen, schrieb der leider verstorbene Joachim Fest und fährt fort, dass es auf ihren Gleichgewichtssinn ankomme, auf eine immer wieder neue Verbindung von Offenheit und Herkunftsbewusstsein, von Altem und Neuem.

Politische Bildung wird darauf immer wieder aufmerksam machen müssen. Freiheit verlangt zweifellos Mut, aber dann auch wieder Verzicht auf Überdehnung. **Politische Bildung aus der Haltung des politischen Liberalismus** versteht die Stiftung für die Freiheit als die Botschaft der Menschenrechte, der Aufklärung und des Humanismus. Demokratie ist zerbrechlich und Toleranz darf nicht mit Gleichgültigkeit verwechselt werden. Wohlstand ist mit Anstrengung verbunden und Marktwirtschaft braucht faire Spielregeln. Die Würde des Menschen darf nicht verletzt werden. Sie gilt für jeden und alle, unabhängig von ihrem Status, ihren Qualitäten, ihrer Reputation und Ihren Überzeugungen.

Es geht deshalb in der politischen Bildung wie überhaupt in Erziehung und Bildung nicht nur um Wissen und Können. Es geht um Charakter und Haltung und um ein Bewusstsein für zivilisatorische Aufgaben und menschliches Maß, um Teilnahme und Anteilnahme. Schließlich geht es um den Charakter und Inhalt von Politik.

Ein dauerhafter Erfolg wird sich nur einstellen, wenn in Politik und Gesellschaft mehr als bisher auf den Fleiß, die Leistung und das Engagement von Menschen gesetzt, ihre Kreativität und ihre Lernbereitschaft belohnt wird. Es geht darum, Menschen zur Freiheit zu ermutigen und **Vertrauen in die Freiheitspotentiale** zu setzen statt Misstrauen gegen ihre Freiheitspotentiale zu pflegen. Nur so wird auch die Kraft frei, die für diejenigen eingesetzt werden muss, die Hilfe brauchen, um an Freiheit teilhaben zu können.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat eine lange Tradition, aber sie setzt keine Patina an. Unsere Stiftung erinnert in diesen Tagen – und mit der heutigen Veranstaltung – nicht nur an ihre Geschichte. Sie richtet den Blick aber auch zuversichtlich in die Zukunft.

REDE

60 Jahre Grundgesetz

Herr Präsident!

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen!

Auf die Frage nach der entscheidenden Bedeutung des Grundgesetzes hat Theodor Heuss einmal geantwortet, dass sie für ihn in der **Versöhnung der deutschen politischen Eliten mit den parlamentarischen Systemen des Westens** liege. Ganz ähnlich hat sich im Übrigen nach meiner Erinnerung auch Carlo Schmid eingelassen – so, als wäre das ein Schlusskapitel in dem Buch des großen Historikers Heinrich August Winkler „Der lange Weg nach Westen“.

Theodor Heuss hat das aus tiefer Erfahrung aus der Weimarer Republik und ihrem Scheitern gesagt, in der eine Gesellschaft weder willens noch in der Lage war, eine Reichsverfassung zu verteidigen, und schließlich diesem totalitären Angebot unterlag, das Ralf Dahrendorf so prägnant beschrieben hat: auf der Seite der Nazis mit Bindung und Führung und auf der Seite der Stalinisten – so drückte er sich aus – mit Bindung und Hoffnung. Die Gesellschaft hat das totalitäre Potenzial überhaupt nicht erkannt und ist am Ende trotz einer freiheitlichen Verfassung gescheitert.

Beifall bei der FDP,
der CDU/CSU und
der SPD sowie bei
Abgeordneten des
BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN

Das, was mit dem Grundgesetz nach dem einmaligen deutschen Abweichen vom Pfad jeglicher Zivilisation versucht worden ist, war im Kern der Versuch einer notwendigen neuen Selbstvergewisserung, die man dokumentieren musste und mit der man erneut um Anerkennung in der Welt nachgesucht hat, dieses Mal endlich zivil und human und nicht totalitär und imperial. Das ist im Kern die Bedeutung dieses Werkes.

Beifall bei der FDP,
der CDU/CSU und
der SPD sowie bei
Abgeordneten der
LINKEN und des
BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN

Das war eine gute Lösung. Das Grundgesetz ist die beste Visitenkarte nach innen und nach außen. Es gibt keine bessere. Das Grundgesetz gibt uns die nötige – der Kollege Kauder hat das gesagt – kraftspendende Identität, wenn wir sie annehmen wollen. Es erwartet den Bürger und nicht den bequemen Untertan. Im Grundgesetz sind die unveräußerlichen Rechte niedergelegt, die wir seit Immanuel Kant unter dem Begriff der Menschenwürde kennen. Es hat eine **freiheitliche Gesellschaft** grundgelegt, die Joachim Fest als eine Gesellschaft beschreibt, die sich auf Voraussetzungen gründen muss, die manchmal gegen die menschliche Natur sind, wenn sie frei bleiben will. Das Grundgesetz – das gilt für jede Verfassung – muss auch Mechanismen enthalten, die eine Gesellschaft zügeln. Dass eine Mehrheit nicht alles darf und alles kann, gehört zu den Voraussetzungen, die im Grundgesetz normiert sind.

Beifall bei der FDP
sowie bei Abgeord-
neten der CDU/CSU,
der SPD und des
BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN

Deshalb weiß das Grundgesetz bei allen Freiheitsrechten auch, dass mit Freiheit sorgfältig umgegangen werden muss. Sie kann nicht zügellos genutzt werden, und das muss eine Gesellschaft begreifen. In diesen Punkten liegt, so schreibt der leider schon verstorbene Joachim Fest, das eigentümliche Pathos einer freiheitlichen Ordnung. Das Grundgesetz hat ein Gespür dafür, dass Demokratie zerbrechlich ist und dass Toleranz nicht mit Gleichgültigkeit verwechselt werden darf.

Beifall bei der FDP
sowie bei Abgeord-
neten der CDU/CSU,
der SPD und des
BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN

Es sichert nach den Katastrophen in unserer Geschichte eine Art zivilisatorischer Bestände und sagt uns: Ihr dürft sie nicht dem Amüsierbetrieb freigeben.

Das ist eine wichtige Aufforderung, die sich an alle politischen Gruppierungen richtet. Das Grundgesetz hat sich ohne jeden Zweifel bewährt. Es hat sich durchgesetzt, und zwar auch – auch das sage ich an dieser Stelle – durch die kluge und überzeugende Rechtsprechung des **Bundesverfassungsgerichts**, das der Parlamentarische Rat zu Recht an die Spitze der dritten Gewalt gesetzt hat.

Beifall bei Abgeordneten der FDP, der CDU/CSU und der SPD

Wir sollten immer sehen, dass neben dem Grundgesetz die dritte Gewalt in Gestalt des Bundesverfassungsgerichts in der politischen Geschichte unseres Landes Maßstäbe gesetzt hat. Das Grundgesetz hat nahezu vorausschauend für all das, was sich später ereignet hat, eine kluge Grundlage gegeben: Es hat uns eine Verfassung für die notwendige Integration in Europa gegeben; es hat uns eine Verfassung für die Zusammenarbeit im Transatlantischen Bündnis, für den Eintritt in die NATO, gegeben; es hat uns eine Verfassung für die Verträge mit den ost- und mittelosteuropäischen Nachbarn der Bundesrepublik Deutschland gegeben, und es war auch gegen den Versuch der Überdehnung der Freiheit im Namen der Freiheit gewappnet, die in einem bestimmten Abschnitt unser Land heimgesucht hat; wir wissen alle, wovon ich spreche.

Das Grundgesetz war weitsichtig und hat den Weg zur **Wiedervereinigung Deutschlands** immer offengehalten. Der Brief Walter Scheels zum Moskauer Vertrag, der diese Option nach langen Verhandlungen, auch mit Egon Bahr, ausdrücklich zum Gegenstand des Vertragswerks machte, hat gezeigt, dass das nicht nur ein Lippenbekenntnis war. Das Grundgesetz war immer eine Einladung an 18 Millionen Deutsche. Es war immer eine ausgestreckte Hand. Diese 18 Millionen können stolz darauf sein, dass sie durch eigene Aktivität die Mauer vom Osten aus eingedrückt haben, um diese ausgestreckte Hand zu ergreifen. Schon deshalb sage ich: Das Grundgesetz ist niemandem übergestülpt worden. Es war eine Hoffnung für Millionen in der Geschichte unseres Landes.

Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Als der bedeutende Historiker Fritz Stern in der Frankfurter Paulskirche den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels bekam und sich in einer Dankesrede äußerte, hat er einen ganz einfachen Satz

gesagt. Er berichtete von Schwierigkeiten aus seiner persönlichen Biografie, aufgrund derer er sich mit Deutschland erst spät versöhnt hatte. Er sagte ganz einfach: Ein bisschen mehr Freude über das Erreichte täte uns gut. – Mehr ist dazu gar nicht zu sagen.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU
sowie bei Abgeord-
neten der SPD und
des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN

Es gibt Verfassungen, die mehr soziale Grundrechte niedergelegt haben, manche im besten Willen, manche aber auch in bewusster Verachtung der bürgerlichen Freiheitsrechte. Die Verfassungen, die im besten Willen soziale Grundrechte niedergelegt haben, sind irgendwann in schwierige Situationen gekommen, weil Staaten – bei allem guten Willen – nie mehr für die Menschen tun können, als die Menschen für sich selbst tun könnten und sollten. Manche Staaten haben versucht, soziale Grundrechte in einer Art und Weise zu verwirklichen, durch die persönliche Freiheitsrechte nahezu zerstört und erdrückt wurden. Deshalb sage ich an dieser Stelle: Es ist und bleibt Unrecht – und es muss auch so genannt werden dürfen –, wenn man sich im Namen von Gerechtigkeit und Solidarität derart zum Herren über das Schicksal von Menschen macht, wie es das politische System der DDR getan hat.

Beifall bei der FDP,
der CDU/CSU und
der SPD sowie bei
Abgeordneten des
BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN

Es tut fast körperlich weh, wenn man hört, mit welchen Argumenten in der letzten Zeit die Grenzen zwischen Freiheit und Unfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland durch Diskussionsteilnehmer verwischt worden sind. Es mag der jeweiligen politischen Bewertung überlassen bleiben, zu entscheiden, ob an dem einen oder anderen Punkt im Lauf der Geschichte Ergänzungen des Grundgesetzes notwendig bleiben und ob sie notwendig waren. Allerdings gilt es, ein Erfordernis an alle Wünsche des Hinzufügens zu stellen: Sie sollten sich am **Maßstab der Schlichtheit und Klarheit des Grundgesetzes** orientieren.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU
sowie bei Abgeord-
neten der SPD und
des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN

Deshalb scheint mir das durchaus diskussionswürdige Vorhaben der Schuldenbremse jedenfalls stilistisch noch kein Gesamtkunstwerk zu sein, das sich nahtlos einpassen wird.

Heiterkeit
bei Abge. der FDP,
der CDU/CSU und
des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN

Mit Renaissance und Humanismus haben sich in einem Teil der Welt freiheitliche Lebensweisen und freiheitliche Verfassungen

durchgesetzt. Aber moderne Setzungen, so sagt Udo Di Fabio, der Bundesverfassungsrichter, sind auch gefährdet. Es ist wahr: Unser Menschen- und Weltbild ist kulturell und religiös womöglich voraussetzungsreicher, als wir rationalen Menschen es uns selbst immer versichern. Es gibt alte Gegengewichte zum Neuen – das stellen wir fest –, die wir in ihrer Heftigkeit nach dem Zusammenbruch der alten bipolaren Weltordnung so gar nicht erwartet hatten. Sie sind aber da. Es gibt Menschen, die mit solch einer Gewissheit ihre Positionen vertreten, dass diejenigen, die ihnen die Wahrheit sagen wollen, so sagt ein altes chinesisches Sprichwort, ein schnelles Pferd brauchen. Die freie Entfaltung von Menschen braucht einen Staat, der Frieden und Sicherheit, Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit, all diese unersetzlichen Voraussetzungen für menschliches Zusammenleben sichern muss. Sicherheit und soziale Sicherheit sind die Voraussetzungen für Teilhabe an der Freiheit. Unser Grundgesetz macht uns gegen Feinde der Freiheit nicht wehrlos. Vertretern einer konfrontativen Weltsicht müssen wir noch längst nicht die Bühne überlassen, in welchen Kostümen sie auch daherkommen.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU
sowie bei Abgeord-
neten der SPD und
des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN

Eines gilt aber: Ein Rechtsstaat wird niemals in der Ausein-
setzung mit seinen Gegnern seine eigene ethische Überlegenheit
aufs Spiel setzen dürfen. Das war der Fehler, den die Führungsmacht
Vereinigte Staaten von Nordamerika im politischen Programm des
Westens gemacht hat und der ihrem Ansehen weltweit geschadet
hat. Wir haben ein massives Interesse, dass der 44. amerikanische
Präsident die Chance ergreift, dieses Programm zu ändern, weil wir
als Westen nicht eine Art politische Geografie sein wollen, sondern
der Welt eine Art politisches Programm anbieten und beispielge-
bend sein wollen.

Beifall bei der FDP
und der SPD sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Es gibt keinen besseren Satz als den, den die Harvard Law School
ihren Graduierten in die Diplome schreibt: „to think of law as wise
restraint that makes man free.“ Es geht um die Selbstdisziplinierung
– nicht mehr und nicht weniger – freiheitlicher Gesellschaften.
Unser weltanschaulich neutraler Staat – Herr Kollege Kauder hat
das angesprochen – schützt sich selbst vor Überhöhung durch eine
Religion und schützt die Religionen im wohlverstandenen Interesse

durch eigene Überhöhung vor Übernahme des Staates. Er ist in seiner weltanschaulichen Neutralität niemals Gegner von religiösen Bekenntnissen. Er ist auf viele religiöse Aktivitäten – nehmen wir die Kirchen – in der Gesellschaft angewiesen. Er hat aber das legitime Recht, die Authentizität religiöser Bekenntnisse auf ihre Übereinstimmung mit Menschenrechten zu hinterfragen, an die er auch selbst gebunden ist.

Beifall bei der FDP
und der SPD sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU

Ich sage das deshalb, weil man in unserer Gesellschaft manchmal eine irritierende Unsicherheit spürt, wie man damit umgeht. Es ist für uns völlig klar, dass niemand hinter einem religiösen Bekenntnis mit Anspruch auf eine Authentizität die Verletzung von Menschenrechten verstecken kann.

Beifall bei der FDP
und der SPD sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU und
der LINKEN

Es muss klar sein, dass **Menschenrechte** nicht umgangen werden dürfen. Der frühere Limburger Bischof Franz Kamphaus hat das mit Blick auf die eigene Kirchengeschichte selbstkritisch festgestellt: Wir sollten nicht überheblich sein. Auch die katholische Kirche habe im Grunde bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil gebraucht, bis sie das begriffen hätte, so sagt er. Deshalb müssten wir etwas Geduld mit anderen haben. Er hat einen Satz geprägt, der fantastisch genau die Sachlage beschreibt: Religionen sollen Gott verehren, aber sie sollen nicht selbst Gott spielen. – Mehr ist dazu überhaupt nicht zu sagen.

Beifall bei der FDP
und der SPD sowie
bei Abgeordneten
der CDU/CSU, der
LINKEN und des
BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN

Wenn eine Gesellschaft sich selbst nicht mag, dann kann sie niemanden integrieren. Deshalb sind ein normales Selbstbewusstsein und ein Stolzsein auf das, was in der Bundesrepublik Deutschland erreicht worden ist, richtig. Wir müssen immer wissen, wie viel Verbindlichkeiten wir uns leisten können, zu verlieren, und wie viel Gemeinsamkeiten wir immer neu schaffen müssen. Deshalb ist die Verfassung auf eine reife Mentalität der Gesellschaft angewiesen. Wenn die Verfassung nur geschrieben wäre und wir uns nicht danach richten würden, bekämen wir Probleme.

Ich komme zum Schluss. In einer Zeit, in der mehr als eine Generation den Nationalsozialismus gar nicht mehr erlebt hat und die den Stalinismus nur aus Geschichtsbüchern kennt, müssen wir immer

wieder an die nächste Generation weitergeben, wo die Kernpunkte, der **Kompass einer freiheitlichen Gesellschaft** liegen. Manche machen Europa zu einer nebensächlichen Angelegenheit. Sie wissen gar nicht mehr, warum diese europäische Politik entstanden ist. Für viele ist sie zu kompliziert. Das ist verständlich. Die ältere Generation hat zwei Hyperinflationen erlebt. Der Abschied von der D-Mark war schon eine gewaltige Anstrengung, die niemand unterschätzen sollte. Kritik und Einwände sollten eines berücksichtigen – ich sage das mit Blick auf die Wahl, die vor uns steht, ohne parteipolitisch zu werden –: In keinem Abschnitt der deutschen Geschichte hat es eine solche Leistung des Poolens von Souveränität, des Verzichtens auf nationale Souveränität in manchen Bereichen gegeben, um nicht wieder einen Rückfall in alte imperative Politiken, in Politik gegeneinander, zu bekommen. Wir haben jetzt 60 Jahre des Friedens, eine unglaublich lange Periode, wie sie in den letzten zwei Jahrhunderten kaum eine Generation in Deutschland erlebt hat. Selbst wenn Europa nicht mehr gebracht hätte als das, müsste man sagen: Schon das hätte gereicht.

Beifall bei der FDP,
der CDU/CSU,
der SPD und dem
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN

Die **Zusammenarbeit in Europa** ist nicht mehr eine reine Option, sie ist eine unmittelbare und zwingende Notwendigkeit, es gibt zu ihr keine Alternative. Wir sollten jedenfalls dabeibleiben, mit Kooperation und Integration als Charakterzüge unserer Verfassung und auch als Charakterzüge der deutschen Außenpolitik. Das Grundgesetz bleibt, was es war und ist: ein Kompass für die Zukunft einer freiheitlichen Gesellschaft. Es liegt an uns, diesen Kompass zu nutzen. Wir, die Freien Demokraten, wollen das tun.

Anhaltender Beifall
bei der FDP – Beifall
bei der CDU/CSU,
der SPD und dem
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

REDE

70. Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion

Frau Präsidentin!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sie alle kennen Vergils Aeneis, die Geschichte, nach der Aeneas mit seinen Gefährten aus dem zerstörten Troja flieht und am Ende die Küste Italiens erreicht. Der Karlsruher Kulturwissenschaftler und Philosoph Sloterdijk nimmt dieses Bild auf und sagt, Europa sei der Kontinent, auf dem die Menschen eine zweite Chance hätten. Ich finde dieses Bild wunderbar. Es trifft auch zu: nach den Katastrophen des letzten Jahrhunderts, nach all den Schreckensszenarien, nach dem Grauen, nach der Brutalität, nach der Kaltblütigkeit des Mordens, des noch nie dagewesenen Deportierens und auch Ausrottens ganzer Völkerschaften.

In dieser Debatte anlässlich des 70. Jahrestages des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die damalige Sowjetunion steht am Anfang, nicht nur weil es unvermeidlich ist, sondern weil es der Wahrheit entspricht, die Tatsache, dass der Auslöser dieses ganzen Schreckens das Naziregime war. Darum kommt kein vernünftig denkender Mensch herum. Es hat im Übrigen nicht mit dem Angriff auf die Sowjetunion begonnen, sondern schon vorher mit dem Angriff auf Polen, mit den ganzen Vorläufen des Regimes und mit dem zu späten

Erkennen, auch von intellektuell anspruchsvollen Menschen, der totalitären Potenziale.

Wer angefangen hat, wer das ganze Elend ausgelöst hat, ist unbestritten. Alle Versuche, aufzurechnen, was wir in vielen Diskussionen erleben, helfen dabei im Grunde genommen nicht weiter. Es ist wahr, dass uns das Leid, das über Millionen von Menschen der damaligen Sowjetunion gebracht worden ist und das hinterher in der Folge zur Vertreibung von Millionen von Menschen geführt hat, bewegt und erschüttert. Aber es kann die Verantwortung für den Beginn nicht ungeschehen machen.

Es ist nicht schwer – es ist auch kein Fehler –, wenn man sich das eingesteht. Ich würde sogar sagen: Den Schrecken der eigenen Vergangenheit erkennen und das, was es anderen angetan hat, bereuen, zeigt die Reife einer Gesellschaft. Wenn wir uns weltweit umsehen, stellen wir fest: Es gibt keine Gesellschaft und kein Land, das so die eigenen Tabus aufgegriffen hätte, Gräben zugeschüttet hätte und sich selbst über seine eigene Katastrophengeschichte klar geworden ist wie Deutschland. Manche meinen vielleicht, wir hätten es bitter nötig gehabt. Wenn ich heute in den anderen Ländern die geringe Bereitschaft sehe, sich mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen und der eigenen Gesellschaft die eigenen Fehler vorzuhalten, dann würde ich sagen, dass wir eine sehr gute Leistung vollbracht haben und zu Recht die **zweite Chance in Europa** verdient haben. Wir haben, so gut es geht, die Trümmer unserer eigenen Geschichte beiseite geräumt, was auch die heutige Diskussion zeigt, die wir zum 70. Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Man fragt sich bei solchen Gelegenheiten, wie es eigentlich möglich gewesen ist – man wird es nie richtig begreifen –, dass im vergangenen Jahrhundert Europas Verfassungs- und Kulturgeschichte mit Renaissance und Aufklärung beiseite gewischt worden sind und die Bindung an Werte und unveräußerliche Menschenrechte geradezu ausgeschaltet wurde. Dass totalitäre Versuchungen und Potenziale nicht rechtzeitig erkannt wurden, bleibt unbegreiflich. Nach jedem

Buch, das man dazu liest, und jedem Dokumentarfilm, den man sich ansieht, stellt man sich wieder die Frage, wie es nur dazu kommen konnte, und steht immer wieder vor dem Unfassbaren.

Die Schreckensspur begann und endete nicht mit dem Angriff auf die damalige Sowjetunion. Es war insgesamt das totalitäre System sowohl der Nazis als auch – das füge ich hinzu – später des Stalinismus, die das Gesicht der Epoche so übel zugerichtet haben, wie es Joachim Fest treffend beschrieben hat. Es hat lange gedauert, bis der Terror dieser Ideen, Beglückungsbanner und politischen Lügen beseitigt worden ist und die Befreiung zur Realität wurde.

Vaclav Havel hat das wie kein anderer für die erschöpften Menschen beider Regime und der Kriege zum Ausdruck gebracht. Er beschreibt den Versuch, in einem bescheidenen ideologiefreien Raum zu leben, der es den Menschen – so drückt er sich wörtlich aus – erlaube, auf einfache Art würdig zu leben, mit der Unvermeidbarkeit von Widersprüchen, mit der Unvollkommenheit der Welt, aber auch – so füge ich hinzu – ohne Gier nach Größe oder anderen Verheißungen als Verrechnungen für die Mühen des Alltags. Das sollte man als politisches Programm übernehmen. Wenn heute für uns in Europa die **Menschenwürde** als Quellcode unseres politischen Umgangs und unserer Verfassung insgesamt – nicht nur der geschriebenen – gilt und wenn wir uns tagtäglich bewusst werden, dass wir in Erinnerung an die Katastrophengeschichte uns bemühen müssen, in Partnerschaft mit Russland und allen unseren europäischen Nachbarn zu leben, dann kann sich das nicht nur auf Regierungsgeschäfte konzentrieren. Wir müssen täglich ein Stück menschliches Zusammenleben organisieren. Wir müssen in einem **menschlichen Miteinander** leben, weil man nur dann Einflüsterungen begegnen kann, die in anderen Uniformen immer wieder auftreten werden.

Beifall bei
der LINKEN

Deshalb will ich zu dem Jahrestag sagen: Er sollte uns heute nicht nur veranlassen, über den Angriff nachzudenken; er sollte uns vielmehr veranlassen, auch mit Blick auf die Zukunft darüber glücklich zu sein, dass die Gefahr eines Krieges zwischen den Staaten Europas nach meiner Überzeugung heute gebannt ist. Damit wird aber

noch unfassbarer, was vor 70 Jahren geschehen ist. Sich daran zu erinnern, auch wenn es nur eine Dreiviertelstunde im deutschen Parlament ist, bleibt notwendig. Wir müssen uns jeden Tag vergewissern, was zu tun ist, damit sich so etwas nicht wiederholen kann.

Beifall im
ganzen Hause

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

REDE

Verfahren gegen deutsche politische Stiftung einstellen

Demokratisierungsprozess in Ägypten fortsetzen

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir alle in diesem Hause kennen die Arbeit der deutschen politischen Stiftungen. Sie haben sich in verschiedenen Ländern der Welt als segensreich erwiesen. Wir alle haben noch den großen Erfolg des Transformationsprozesses in Portugal und Spanien nach dem Ende der Diktaturen im Gedächtnis. Wir müssen allerdings zur Kenntnis nehmen, dass wir weltweit beobachtet und misstrauisch beäugt werden – so ist es nun einmal –: selbst von einem lupenreinen Demokraten in unserer europäischen Nachbarschaft, von manchen Demokratien, die zwar Wahlen kennen, aber keine ausgebildeten Zivilgesellschaften haben und nationales Interesse mit der Unterbindung von Kritik gleichsetzen. Man beobachtet misstrauisch die Arbeit von Stiftungen nach dem Motto: Das sind westliche Systeme, das sind westliche Vorurteile, das sind westliche Werte, die wir bei uns nicht unbedingt brauchen.

Ich will für alle Stiftungen vorab sagen: Wir vertreten **kosmopolitische Weltbürgerwerte**, wir vertreten **Menschenrechte**, und wir

vertreten in jeder Arbeit die **Charta der Vereinten Nationen**, die von allen Ländern, in denen wir arbeiten, unterzeichnet worden ist. Das ist kein westliches Vorurteil. Es ist auch nicht so – wie manche in Asien behaupten –, dass das erst dann den Menschen zuteil werden kann, wenn man ein bestimmtes wirtschaftliches Niveau erreicht hat. Auch die, die das noch nicht erreicht haben, brauchen eine Stimme. Deshalb arbeiten wir auf der gesicherten Basis der Menschenwürde, der Menschenrechte und der wirtschaftlichen Entwicklung. Wir haben ein massives Interesse daran, dass Ägypten Erfolg hat, aber wir erkennen auch, dass es mit einer Revolution allein nicht getan ist.

Volker Kauder
[CDU/CSU]:
So ist es!

Die Entscheidung erfolgt hinterher, darüber, ob eine durch Mehrheit an die Macht gekommene Struktur weiß, dass Mehrheit nicht alles darf, dass sie **Minderheitenrechte schützen** muss, dass sie darauf achtet, dass sich keine religiösen Konflikte entzünden, dass kein ethnischer Binnenzirkus im Land entsteht. Eine Zivilgesellschaft muss auch mit unangenehmen Sachverhalten konfrontiert werden. Das **Recht des Schwächeren** muss gesehen werden, auch das **Recht des Fremden**. Manche Gesellschaften bringen dazu überhaupt noch keine Kraft auf. Deshalb ist der Kern der Vertrauenswürdigkeit, die nach einer Revolution herausgebildet werden muss – dabei geht es um das eigene und das internationale Ansehen –, die Bereitschaft zur Transformation.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Das sagen wir auch in Richtung Kairo. Bei aller Zurückhaltung möchten wir die Botschaft vermitteln, dass wir angesichts des Vorgehens gegen die Konrad-Adenauer-Stiftung nicht den Eindruck haben, dass die dortige Militärherrschaft das begriffen hat. Zu einer Transformationspartnerschaft, die Außenminister Westerwelle mehrmals betont hat – ich danke ihm hier ausdrücklich für sein Engagement in dieser Angelegenheit –,

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

gehört, dass man entsprechend den internationalen Gepflogenheiten miteinander umgeht. Der Eindruck ist zweifellos – das ist niemandem verborgen geblieben –, dass in Ägypten bestimmte bürokratische Hindernisse oder eigene Unliebsamkeiten zum Vor-

wand genommen werden, um ein Büro zu schließen. Mir hat sich bis heute nicht erschlossen, was der eigentliche, was der wirkliche Grund dafür war. Deshalb gilt unsere Solidarität der Konrad-Adenauer-Stiftung für ihre Arbeit in Ägypten.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU

Ich will das hier bewusst zum Ausdruck bringen, weil wir mit unseren Stiftungen international zusammenarbeiten. Wir haben uns in keinem Land aufgedrängt. Wir haben Kooperation gesucht, wenn Kooperation gewünscht wurde. Auch die Kolleginnen und Kollegen der Konrad-Adenauer-Stiftung haben niemandem Rat aufgedrängt, wenn sie nicht um Rat gefragt worden sind. Wir wollen, dass in Ägypten die zivilgesellschaftlichen Voraussetzungen für einen Erfolg dieses Landes geschaffen werden. Ich glaube, dass wir aus Europa heraus mit unseren deutschen politischen Stiftungen dazu einen vernünftigen Weg vorgeschlagen haben. Es ist nun einmal so, dass das massive Interesse der deutschen Politik im Kern darin besteht, dass sich in diesen Ländern wirkliche Zivilgesellschaften entwickeln. Wir verstehen unter Demokratie nicht allein, dass in gewissen Abständen Wahlen stattfinden und ansonsten keine gesellschaftliche Kraft dazu entwickelt wird, nach einer Verfassung zu leben, in einer Verfasstheit zu leben und internationale Beziehungen zu pflegen. Diese Gesellschaften können, wenn sie möchten, von uns eine ganz uneigennützig, an Menschenrechten und internationalen Gepflogenheiten orientierte Zusammenarbeit bekommen.

Für die Stiftung, die ich die Ehre habe zu vertreten, sage ich: Unser Signal an Kairo ist, dass die Machthaber dort die Konrad-Adenauer-Stiftung alsbald wieder arbeiten lassen sollten. Das ist kein konspiratives Tun. Die Arbeit dieser Stiftung widerspricht ebenso wenig wie die Arbeit meiner Stiftung dem nationalen Interesse Ägyptens, im Gegenteil: Sie liegt im wohlverstandenen Interesse des Ansehens dieses Landes in der internationalen Gemeinschaft.

Herzlichen Dank.

Beifall bei der FDP
und der CDU/CSU
sowie des Abg.
Dr. Rolf Mützenich
[SPD]

Für die Freiheit

Ludwig Theodor Heuss

Im Frühsommer 2006 wurde Wolfgang Gerhardt, als Nachfolger von Otto Graf Lambsdorff, zum Vorstandsvorsitzenden der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit gewählt.

Ehrlich gesagt: lange Jahre hatte ich kein positives Bild von Richtung und Politik der Naumann-Stiftung. Bis ich Wolfgang Gerhardt kennenlernte. Neben Haltung und Stil verkörperte er die zwei wichtigsten Qualitäten in der Politik: Vertrauen und Verlässlichkeit. Er kann überzeugen. Und hat es.

Zur Zeit seines Amtsantritts sah ich die Stiftung noch mit skeptischem Blick von außerhalb. 2003 war ich zum Vorsitzenden der in Stuttgart ansässigen Theodor-Heuss-Stiftung gewählt worden, deren sozialliberales Umfeld mich geprägt hatte. Nicht alles, was sich in früheren Zeiten auf der Königswinterer Margarethenhöhe entwickelt hatte, fand meine ungeteilte Zustimmung. Doch der Neubeginn und

vor allem die Persönlichkeit von Wolfgang Gerhardt hat mich auch für die Naumann-Stiftung gewonnen: 2008 wurde ich Mitglied des Kuratoriums und war von 2010 bis 2020, zusammen mit Liane Knüppel, stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Mit Übernahme des Vorstandsvorsitzes hatte sich Wolfgang Gerhardt ein ambitioniertes Programm für die Stiftung gesetzt, für das er vehement und überzeugend geworben hatte. Es wurde rasch klar, dass er einiges in der Stiftung ändern wollte. Das brauchte Mut, denn mit seiner Wahl war er „der Neue“ in einem ansonsten personell unveränderten Stiftungsvorstand. Auch wenn ich bei den damaligen Diskussionen persönlich noch nicht dabei war, so habe ich doch einiges darüber gehört und kann mir die Mischung aus beherztem Tun und subtiler Absicherung der Entscheidungen lebhaft vorstellen. Denn ein Selbstläufer war die

positive Entwicklung, die die Stiftung danach nahm, auf keinen Fall.

Da war zunächst einmal die Überzeugung Wolfgang Gerhardts, dass eine politische Stiftung, auch mit Sitz in Potsdam, in der Bundeshauptstadt Berlin stärker präsent sein müsse, damit sie überzeugend arbeiten könne. In kleinen Schritten, zunächst mit einem eigenen Büro, danach mit der Ansiedelung bzw. Umsiedlung einzelner Arbeitsbereiche, betrieb die Stiftung die Aufwertung ihres Standorts in der Hauptstadt. Vorstandssitzungen wurden nun in Berlin abgehalten, die Kontakte mit der Berliner Politik konnten intensiviert werden.

Nicht unumstritten, in der Bewertung aus heutiger Sicht aber goldrichtig war das von Wolfgang Gerhardt initiierte und von einigen Fachleuten mit Ideen unterstützte Freiheitskonzept, in dessen Rahmen im Jahr 2007, durchaus gegen Widerstände, der Stiftungsname durch den Zusatz „für die Freiheit“ ergänzt wurde. Neue Veranstaltungen mit klarem Freiheitsbezug wurden konzipiert, die Öffentlichkeitsarbeit wurde stärker auf den Freiheitsbegriff zugeschnitten, und insgesamt gelang es, der Stiftung eine klare, auf Freiheit ausgerichtete Marke anzuheften. „Endlich“, so sagte es Ralf Dahrendorf anlässlich der 50-Jahrfeier leicht maliziös, „endlich wisse die Stiftung nun wofür sie stehe: für die Freiheit.“

Die Arbeit wurde in der Folgezeit weiter professionalisiert. Die klare thematische Ausrichtung auf Fragen rund um das liberale Kernthema Freiheit ermöglichte eine zielgenaue publizistische Arbeit, eine passgenaue Veranstaltungsorganisation und eine zielgruppengerechte Öffentlichkeitsarbeit. Der Relaunch der Zeitschrift „liberal“, weg von einer kaum gelesenen Bleiwüste, hin zu einem attraktiven Debattenmagazin war eines von Wolfgang Gerhardts Herzensanliegen. Dies alles, unterfüttert mit entsprechenden organisatorischen Maßnahmen in der Inlands-, wie in der internationalen Arbeit, etablierte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit als bedeutsamen Player im politischen Gefüge. Die Stiftung wurde als eigenständige politische Stimme, als eigenständiger Think-Tank, aber auch als eigenständiger Teil der liberalen Familie wahrgenommen.

Das Ausscheiden der FDP aus dem Deutschen Bundestag nach der Wahl 2013 traf die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unerwartet, aber nicht unvorbereitet. Durch die klaren thematischen Festlegungen, durch die organisatorischen Verbesserungen und insgesamt die innere Festigung der Stiftung war es in der Folgezeit möglich, die Zäsur, die für die Liberalen in Deutschland infolge der Bundestagswahl eingetreten war, durch die Arbeit der Stiftung aufzuarbeiten. Der Stiftungsvorstand entwarf in der notwendigen

Eile ein modernes Handlungskonzept, um – in den Worten von Wolfgang Gerhardts – „einen wahrnehmbaren Beitrag zur Renaissance des politischen Liberalismus in Deutschland zu leisten“. Strukturen wurden angepasst, interne Arbeitsprozesse wurden neu strukturiert, Kommunikationsmaßnahmen umfassend ausgebaut, Veranstaltungsformate den neuen Bedürfnissen angepasst. Es ging in dieser Zeit darum, als Stiftung wahrnehmbar zu bleiben, weiter mitzuspielen im öffentlichen Diskurs und den Gedanken der Freiheit weiterhin in geeigneter Form in die Gesellschaft zu transportieren.

Das alles war nicht ohne Risiko. Niemand konnte mit Gewissheit sagen, welche Folgen ein erneutes Scheitern der FDP bei der nachfolgenden Bundestagswahl 2017 auch für die Stiftung gehabt hätte. Aus der heutigen Perspektive gesehen, waren die Schritte, die damals eingeleitet und durchgeführt wurden, von Strukturveränderungen bis zu thematischen

Präzisierungen, Grundlage dafür, dass der politische Liberalismus in Deutschland weiterhin ein bedeutender Teil der deutschen Meinungslandschaft ist.

Wolfgang Gerhardt hat das Stiftungsschiff, das in den Jahrzehnten zuvor oftmals eher ein unbeweglicher Tanker gewesen war, mit Mut, mit Geschick und mit großer Weitsicht elegant durch diese stürmischen Zeiten geführt. Er war, so lässt sich sicherlich sagen, der richtige Mann zur richtigen Zeit am richtigen Ort.

Im September 2018 gab Wolfgang Gerhardt den Stiftungsvorsitz ab und verabschiedete sich auf einer Festveranstaltung mit einer gewohnt tiefgründigen, gleichzeitig aber launigen Rede aus seinem bisherigen Amt. Vorstand und Kuratorium haben ihm danach den Ehrenvorsitz des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit angetragen, und zum Glück hat Wolfgang Gerhardt dies akzeptiert.

Ludwig Theodor Heuss,
seit 2003 Vorsitzender der
Theodor-Heuss-Stiftung; seit
2008 Mitglied und von 2010
bis 2020 stellvertretender
Vorsitzender, seit 2020 Vor-
sitzender des Kuratoriums der
Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit.

„Im Grunde genommen muss die Stiftung in ihrer Arbeit in Deutschland immer und immer wieder ein Stück Freiheitsbegriff herausarbeiten, der ansonsten in Deutschland zu verschwinden droht. Dass wir eine geschriebene Verfassung haben, steht jedermann vor Augen. Sie ist im Übrigen aus der Geschichte des europäischen Liberalismus als konstitutives Prinzip der Politik entstanden. Aber eine geschriebene Verfassung alleine reicht nicht. Wir brauchen eine Gesellschaft, die sie lebt, die immer wieder durch ihr eigenes vitales Leben zu den Institutionen steht, die sie sich geschaffen hat – zu recht unabhängigen im Übrigen.“

Dr. Wolfgang Gerhardt, 2006

Abschnitt

6

**ELDER
STATESMAN**

Konsequenz und Robustheit, Ruhe und Gelassenheit

Steffen Saebisch

Als sich Wolfgang Gerhardt im September 2018 aus dem Vorstandsvorsitz der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit verabschiedete, war allen bewusst: Eine Ära geht zu Ende. Uns in der Stiftung war sehr klar, wir mussten jetzt den Weg unserer alltäglichen Herausforderungen ohne Wolfgang Gerhardt weitergehen, ohne seine beruhigende Souveränität, seine klare Werteorientierung, sein allseits anerkanntes Ansehen und seine umfassende Integrationskraft.

Von diesem Moment an übernahm Wolfgang Gerhardt eine neue Rolle. Er war nun nicht mehr täglich für uns erreichbar, aber er blieb für uns gegenwärtig, und er ließ sich regelmäßig sehen und blieb wie er war. Großzügig, souverän, klar und gutgelaunt. Im besten Sinne, ein „Elder Statesman“, der in seinen Überzeugungen und in

seinen Ansichten von Jahrzehnten umfassender Erfahrungen in der Politik und im liberalen Kontext geprägt ist.

In seinem letzten Amt, das er immerhin über zwölf Jahre ausübte, hat er die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit als Vorstandsvorsitzender geführt. Er hat es sich und anderen in dieser Zeit, wie auch in seinen vorher ausgeübten Ämtern, nicht leicht gemacht. Er wollte der Stiftung eine neue Bedeutung, neue Relevanz geben. Als er im Jahre 2006 den Vorsitz der Stiftung von Otto Graf Lambsdorff hatte, hatte er die Vision einer profilierten liberalen Stiftung der Freiheit und den Willen, seine Vorstellungen auch durchzusetzen. Und dieser Gestaltungswille traf auf eine Friedrich-Naumann-Stiftung, die zu jener Zeit veränderungsbedürftig war.

Wolfgang Gerhardt hatte den Mut, diese notwendigen Veränderungen anzugehen, und er hatte die große innere Souveränität und einen klaren Kompass, um diese Maßnahmen auch durchzusetzen. Mit einem Team in Vorstand und Geschäftsführung, dem er Vertrauen gab und von dem er Vertrauen erfuhr. All dies hat er mit dem gleichen Stil umgesetzt, mit dem er bereits in Partei und Fraktion Erfolg gehabt hatte: Andersdenkende nicht beiseite-, sondern anzuschieben, um sie zu motivieren und die notwendigen Prozesse zu einzuleiten.

Nicht jeder hat das sofort verstanden. Wolfgang Gerhardt hat gegen Widerstände anarbeiten, viele Hürden nehmen und auch unangenehme Entscheidungen treffen müssen. Am Ende

waren seine wichtigen Punkte – der Namenszusatz „Für die Freiheit“, die Großveranstaltungen wie Freiheitsrede und -preis, „Liberal“ als Magazin, um nur einige zu nennen – umgesetzt und verwirklicht. Und damit hatte er den Boden bereitet dafür, dass die Friedrich-Naumann-Stiftung das historische Aussetzen der FDP bei der Bundestagswahl 2013 nicht nur überstehen konnte, sondern in der liberalen Familie mit der Aufgabe wachsen und sie bestehen konnte. Auf einem gesunden Fundament aufbauend, wurde die Stiftung schneller, effizienter und klarer gemacht. Eine neue Mission, eine in weiten Teilen neue Mannschaft und ein neuer Kurs brachten die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit auf den Weg und endgültig in die Erfolgspur.

Es war für mich ein Privileg, für und mit Wolfgang Gerhardt zu arbeiten, als Referent in der Bundestagfraktion, und ihm beim Umbau der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit als Hauptgeschäftsführer zur Seite stehen zu dürfen. Ich habe viel von ihm gelernt, und das bereichert mich bis heute in meiner Verantwortung. Der persönliche Umgang mit ihm war und ist ein großes Vergnügen und eine Bereicherung des eigenen politischen wie persönlichen Lebens. Seine Konsequenz und Robustheit, mit der er die Stiftung neu aufgestellt hat, ging einher mit einer menschlichen Art der Zusammenarbeit, die von beeindruckender Ruhe und Gelassenheit und einer offenen Art des Umgangs, geselligem Humor und Selbstironie geprägt ist.

Zur Zeit seines Ausscheidens aus dem Vorstandsvorsitz war die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit noch nicht da, wo Wolfgang Gerhardt sie sehen wollte. Aber er hat sie in Bewegung gesetzt, in Bewegung gehalten, das Tempo erhöht und Ziel und Kurs abgesteckt.

Wolfgang Gerhardt blieb der Stiftung, wie der gesamten liberalen Familie verbunden, beobachtend, beratend und ermutigend. Als Ehrenvorsitzender hat er den Weg der Stiftung an herausgehobener Position weiter begleitet und damit auch dazu beigetragen, dass die Freien Demokraten nach ihrem Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag bei der darauffolgenden Wahl Regierungsverantwortung übernehmen konnten.

Ein reiches politisches wie persönliches Leben auch im 80. Lebensjahr:
ad multos annos.

Steffen Saebisch, 2009 bis 2014 Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung; 2014 bis 2021 Hauptgeschäftsführer der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit; seit Dezember 2021 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

„Ich bin, wie Thomas Dehler das formuliert hat, der tiefen Überzeugung, dass Freie Demokraten nicht nur eine Kraft sind, sondern dass sie die bewegende Kraft freier Gesellschaften sind. Wir haben unsere Chancen selbst in der Hand – durch unsere Haltung, durch unsere Fähigkeit zuzuhören und mit anderen umzugehen, Diskussionen mit Qualität zu führen, aber auch in der stetigen Vergewisserung unseres Standorts und unserer Wurzeln.“

Dr. Wolfgang Gerhardt, 1995

REDE

Zum „Stabwechsel“ in der Friedrich- Naumann-Stiftung für die Freiheit

Walter Scheel hat einmal gesagt: „Wenn Sie einmal so richtig in sich gehen wollen, müssen Sie einen guten Freund bitten, eine Rede auf Sie zu halten. Hinterher sind Sie ganz zerknirscht.“ Das mit dem guten Freund stimmt bei Jürgen Morlok, ich bin aber nicht zerknirscht. Obwohl, als ich mit Blick auf den heutigen Tag in meinem Oberstübchen Inventur gemacht habe, um eine Glattstellung meiner Bilanz vorzunehmen, schlichen sich ganz unterschiedliche Gemütsregungen ein.

Das Leben ist eben eine Großbaustelle. Es enthält Kurzgeschichten, Bremswege, Stufen, wie sie von Hermann Hesse so wunderbar in seinem Gedicht ausgemalt worden sind. Manchmal ist man von Unveränderlichkeiten geradezu umzingelt und es stößt einem mehr zu als man selbst anstoßen kann.

Aber: Der Satz von Konfuzius „Wenn du liebst, was du tust, musst du nie arbeiten“ war nicht weit entfernt von meinen Gefühlen bei Wahrnehmung verantwortlicher Aufgaben. Ohne deshalb so zu tun,

als ob das alles leicht von der Hand gegangen wäre. Das Ganze will ich Ihnen aber nun nicht, wie man es landläufig bei runden Geburtstagen, Goldenen Hochzeiten und ähnlichen Familienfesten Revue passieren lässt, zumuten. Schon bei denen langweilte es die Enkel, die Suppe wurde kalt und der Wein warm. Deshalb wenige Bemerkungen sozusagen nach dem Lorient'schen Motto „Was ich schon immer einmal sagen wollte“.

Erstens

Argumente spielen zweifellos nicht immer die Rolle, die sie spielen müssten. Manche Menschen vertreten ihren Glauben und ihre Überzeugungen in einer Art von Gewissheit, die jede Kultur der Toleranz zerstört. Deshalb sollten wir uns dennoch nicht auf jede Wirtshauschlägerei einlassen. Ansehensgewinn erzielt Politik im Charakter von Personen, in Substanz und Kompetenz. Substanz lässt sich aber nicht ausschließlich durch jene Anstrengungen herstellen, die parteipolitische Programmatik durch Vordenker, Querdenker und Nachdenker oft in fensterlosen Räumen auf Papier bannt und Spiegelstrich um Spiegelstrich nahezu unerbittlich aneinanderreicht. Ein bisher unbeschriebenes Blatt verleitet manchen unserer Mitmenschen zu glauben, dass die Welt sozusagen ganz neu aufgeschrieben werden könnte. Aber selbst der Sozialismus, an dem doch immer noch so viele Träume hängen, hatte nicht viel mehr als Papiertigerqualität.

Und viele, die dem Drang des Niederschreibens erlegen sind, haben allzu oft die Nebenwirkung eines entsprechenden Gesichtsausdrucks, der die Tiefe ihrer Ernsthaftigkeit eher auf Kosten von Humor und Lebensart zum Ausdruck bringt. Wer Ideen derart trist verkörpert, hat keinen Erfolg. Ideen brauchen überzeugende Botschafter – und die liberale ganz besonders. Sie braucht Menschen, die Fähigkeiten und Können mit Bescheidenheit verbinden, Vertrauen ausstrahlen und ihre Person hinter das Werk bringen. Das ist das Ensemble von Eigenschaften, das Politik Gestalt gibt und eine Idee im wahrsten Sinne des Wortes verkörpert. Für solche Persönlichkeiten sollte es in der liberalen Familie keine Obergrenzen geben.

Gerade sie brauchen wir in einer Zeit, in der eine weltweite Konterrevolution gegen den Liberalismus auf dem Weg ist. Für Politiker gibt es kein Trockendock. Verbesserungen müssen immer auf der Fahrt unternommen werden. Nicht jeder muss und kann der Beste sein, aber alle müssen ihr Bestes geben.

Zweitens

Je besser es Menschen geht, desto mehr wenden sie sich oft gegen genau das, wodurch es ihnen besser geht. Es gibt anscheinend eine menschliche Negationsbereitschaft, die auch dann nicht verschwindet, wenn es Menschen gut geht. Im Gegenteil: In Gegenwartsverdross und Übererwartung werden noch die ganzen Ecken durch Gerechtigkeitsrhetoriker ausgeleuchtet, die die Wünsche der Prinzessin auf der Erbse aus Andersens Märchen bestens verkörpern.

Es gibt Menschen, denen geholfen werden muss, es gibt allerdings auch Zeitgenossen, die sich gern den Status des Opfers zulegen und einen hohen Sündenbockbedarf haben. Sie verschieben gerne eigene Verantwortung auf die bekannten Nebeladressen. Auf die Politik generell, die Kälte der westlichen Zivilisation, die Europäische Union, sogar auf die eigenen Eltern oder den jeweiligen Ehepartner. Es fällt Menschen unglaublich schwer, auch ganzen Staaten, an der misslichen Lage, in der sie gerade sind, auch nur den geringsten Anteil eigener Verantwortung zu erkennen. Man fragt sich unwillkürlich, welche Kraft in der deutschen Zivilgesellschaft eigentlich wirklich steckt oder welche sie mobilisieren könnte, wenn Wachstumsraten geringer, wirtschaftliche Schwierigkeiten größer, Erfolgsaussichten schwächer und Bedrohungen ernsthaft werden sollten.

Ralf Dahrendorf, der Vorstandsvorsitzender unserer Stiftung war, beschäftigte die Frage, was die offenen Gesellschaften den Menschen als Ausgleich für die trügerischen wie tröstlichen Imaginationen anbieten sollten, die den Verlust an diesseitigen Gewissheiten ausgleichen könnten. Joachim Fest, der sich mit dieser Frage auseinandersetzte, erwiderte, dass das einzige Versprechen offener Gesellschaften die prekäre, immer wieder von Mühsal begleitete Aus-

sicht auf ein halbwegs erträgliches Zusammenleben von Menschen mit Menschen sei. In diesem gewöhnlichen Weg liege das eigentliche Pathos der Idee einer freiheitlichen Ordnung.

Wenn in einer Gesellschaft allerdings, so möchte ich hinzufügen, nahezu alles in Watte gepackt wird, wenn jedes Problem mit Geld zugeschüttet wird und wenn politische Debatten nahezu ausschließlich nach dem Motto „Wer bietet mehr?“ stattfinden, dann geht das Bewusstsein dafür verloren, dass die wirklichen Herausforderungen und Qualitäten freiheitlicher Gesellschaft auch in ihrer Fähigkeit und ihrer Bereitschaft liegen, Anstrengungen zu unternehmen, die jenseits von materiellen Anreizen liegen. Dann erst zeigt sich die zivilisatorische Qualität einer Gesellschaft. Daraufhin wird aber in Deutschland wenig trainiert.

Wir müssen uns deshalb erneut und immer wieder der Grundlagen unserer freiheitlichen Ordnung bewusst sein. In ihren Fehlern und Schwächen, aber auch in ihrer Kraft – wer das nicht will und nicht kann, der kann im Übrigen auch niemanden integrieren. Wer an sich selbst zweifelt, wo er stark ist, und sorglos bleibt, wo er Schwächen hat, der macht einen großen Fehler. Keine Fortbildungsveranstaltung, kein Volkshochschulkurs, kein Fähigkeitsseminar kann erfolgreich sein, wenn diese Erkenntnis fehlt.

Drittens

Der Historiker Fritz Stern, der Deutschland in seiner dunkelsten Stunde verlassen musste, hat uns zu Recht anempfohlen, etwas mehr Dankbarkeit über das Erreichte zu empfinden. Deutschland verlor zwei Weltkriege, es trieb große Teile seiner Eliten aus dem Land, es verlor ein Drittel seines Territoriums und wurde geteilt. Deutschland kam wieder auf die Beine. Manche sagen, wir hätten Glück gehabt.

Ja, wir hatten das Glück, dass unser Grundgesetz von Menschen aus demokratischen Parteien gestaltet wurde und nicht von Wirkköpfen. Und dass es ein grundlegendes Rechtsdokument zur

Selbstvergewisserung unserer Nation ohne imperiales Gehabe wurde. Mit ihm präsentierte sich Deutschland mit einer Visitenkarte, vor der unseren Nachbarn nicht wieder angst und bang werden musste. Für uns hier ermöglichte es ein Leben mit Freiheit, das vielen vor uns wegen der deutschen Obsession versagt war.

In unserem Magazin liberal unternahm Hans Wolfgang Rubin 1967 einen Vorstoß zu einer neuen Deutschlandpolitik. Der damalige Vorstandsvorsitzende unserer Stiftung wollte – wie Walter Scheel – auch, dass die deutsche Politik ihre Tabuzonen überwindet. Es ging um die Anerkennung der Grenzen in Europa, in ganz konkretem Fall um die Anerkennung der Grenze zu Polen, der Oder-Neiße-Linie. Es folgte ein politisches Gewitter, in dem die FDP wahlweise als Vaterlandsverräter oder als Verzichtspolitiker gebrandmarkt wurde. Sie erreichte den Bundestag nur knapp, Rubin, Wolfgang Mischnick, der spätere Vorstandsvorsitzende unserer Stiftung, Walter Scheel, unser Kuratoriumsvorsitzender, sie handelten damals für ein Deutschland von morgen.

Deshalb sollten wir all denen entgegentreten, die in neuen Uniformen das Totalitäre wieder etwas aufhübschen wollen. Sie sind die Verlierer von morgen. Sie wissen gar nicht, was sie sich selbst und unserem Land antun. Ich bin das Volk, mein Wille geschehe, klingt nicht demokratisch, sondern gefährlich.

Viertens

Es gibt prosperierende Gemeinwesen und scheiternde. Es gibt Newcomer, deren Selbstbewusstsein weit über ihren Fähigkeiten liegt. Es gibt an der Spitze mancher Staaten Politiker, die intellektuell gewaltig untertourig auftreten. Es gibt eine neue Abrissbirne in Amerika. Es gibt einen sich aufblasenden Nationalisten in der Türkei. Es gibt einen chinesischen Führer, der völlig neue Seekarten aufschlägt. Es gibt einen russischen Präsidenten, der in imperialer Nostalgie lebt. Es gibt unseren befreundeten Nachbarn Großbritannien, das davon überzeugt ist, alleine besser durchzukommen. Auch in diesem Fall

zeigt sich, dass Volksentscheide mit Vorsicht bewertet werden sollten, vor allem, wenn sie über die Größenordnung einer WG hinausgehen, schrieb neulich ein Witzbold.

Weltweit haben längst noch nicht alle gelernt, dass es für Krieg und Gewalt keine vernünftige Kosten-Nutzen-Relation mehr gibt und auch nie gegeben hat. Albert Einstein bemerkt dazu, dass die Welt nicht nur von denen bedroht wird, die böse sind, sondern auch von denen, die das Böse zulassen. Darüber muss sich Deutschland Gedanken machen, denn es gibt viele, die eine Art von, wie Heinrich August Winkler schreibt, pathologischem Lernen aus der deutschen Katastrophengeschichte pflegen.

Bei allem Verständnis dafür, dass unsere Gesellschaft diesbezüglich Schwierigkeiten hat, weil im letzten Jahrhundert zum Falschen 12 Jahre lang Ja gesagt und zum Richtigen – der Weimarer Republik – 15 Jahre lang Nein gesagt worden ist. Sicherheitspolitik darf kein kontaminiertes Wort sein und Wegschauen ist kein ethischer Horizont. Diplomatische Mittel bleiben im Ernstfall wirkungslos, wenn hinter ihnen keine sicherheitspolitischen Fähigkeiten stehen. Verantwortliche Politik und eine verantwortungsbewusste Gesellschaft müssen sich dieser Erkenntnis stellen.

Fünftens

Die Friedrich-Naumann-Stiftung arbeitet weltweit in vielen Ländern. Wir mussten unser Büro in Peking schließen, wir haben zuletzt wieder eines in Hongkong aufgemacht, wir konnten in Ägypten nicht mehr arbeiten, wir haben in Amman ein neues Büro eröffnet. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit vertritt die Freiheit, und sie gibt nie auf. Deshalb danke ich all unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die uns weltweit vertreten, für ihre Courage, für ihren Mut, für ihre Arbeit.

Ich danke Dir, lieber Jürgen Morlok für Deine Arbeit als Vorsitzender des Kuratoriums in Kontrolle und Anregung stets in kollegialer und

freundschaftlicher Atmosphäre, allen Mitgliedern des Kuratoriums und meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Vorstand für die Unterstützung.

Ich danke auch den Stiftungen, die heute unsere Gäste sind und über deren Anwesenheit ich mich sehr freue, für die faire Zusammenarbeit. Rolf Berndt hat mich in den ersten Jahren als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied begleitet und Steffen Saebisch hat sich, als es Zeit wurde zu einer Reorganisation, mit Verve in diese Aufgabe gestürzt. Steffen Saebisch war der richtige Mann zur richtigen Zeit. Es waren unterschiedliche Herausforderungen, aber es gab immer vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ich danke Ihnen beiden. Claudia Groß und Kirstin Härtig waren meine engsten Mitarbeiterinnen für Büro und das Magazin liberal. Ohne sie hätte ich nicht die Arbeitsfähigkeit gehabt, die an der Spitze unserer Stiftung gebraucht wird. Mein Fahrer Wilfried Wronker, der einen Teil seines Lebens seit 1995 mit mir verbracht hat, spricht von mehreren Umrundungen der Erde. Es hat eine Zusammenarbeit in außerordentlich guter Atmosphäre gegeben, die niemand von uns vergisst und vergessen wird.

Das Distanzgebot erlegt Stiftungen eine gewisse Distanz zur jeweiligen Partei auf, der sie sich familiär verbunden fühlen. Auch wir, die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, sind nicht die FDP. Unser jeweiliges Schicksal ist uns aber deshalb nicht gleichgültig. Als die FDP dem Bundestag nicht mehr angehörte, habe ich gemeinsam mit Christian Lindner im schwierigen Jahr 2014 gemeinsame Veranstaltungen gemacht. Sie waren nicht einfach. Er war aber gut, klar und entschlossen, und das übertrug sich auch mehr und mehr. Christian Lindner hatte von Anfang an meinen Respekt, ich habe ihm das zugetraut. Ohne ihn wäre die FDP nicht erfolgreich gewesen und die Stiftung hätte abgewickelt werden müssen. Wir, die Stiftung gaben Hilfe zur Selbsthilfe. Wir haben es nicht bereut.

Bei meiner Familie muss ich mich eher entschuldigen, sie hat mein überwiegend politisches Leben begleitet, das war nicht immer einfach. Meine Frau Marlies, meine Töchter Stefanie und Kristina haben sich nach einer gewissen Zeit daran gewöhnt; der Standesbeamte hatte zwar meine Frau eindringlich auf dieses Leben hingewiesen, auf das sie gewillt sei, sich nun einzulassen, aber ich fürchte, so recht hat sie die Dimension anfangs nicht für möglich gehalten. Sie hat schließlich ihren Frieden damit gemacht, und ich danke ihr dafür ganz besonders herzlich.

Ich scheid nun zusammen mit dem langjährigen Vorstandsmitglied, Wolf- Dieter Zumpfort, aus dem Vorstand der Stiftung aus. Wolf-Dieter Zumpfort hat engagiert sehr, sehr viele Jahre Verantwortung getragen. Wir haben beide schon vor längerer Zeit entschieden, wann wir aufhören wollten. Wir gehen jetzt aus unseren Ämtern. Wir wünschen dem neuen Vorstand unter Karl-Heinz Paqué Erfolg. Wir werden nicht über die Flure laufen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Arbeit abhalten. Wir freuen uns auf gelegentliche Begegnungen. Wir lösen uns nicht in Luft auf.

Wir sagen ganz einfach: Auf Wiedersehen!

„Der beste Außenminister, den Deutschland nie hatte“

Jürgen W. Falter

Ein brillantes Bonmot mit mehr als einem wahren Kern. Es stammt, wie ich einer Laudatio zum 75. Geburtstag von Wolfgang Gerhardt entnehme, von einem „ausländischen Staatsmann“. So treffend dieses Bonmot auch ist, so wenig erfasst es doch den ganzen Wolfgang Gerhardt. Außenpolitik und internationale Beziehungen zählen zweifelsohne zu seinen Leidenschaften, und es ist keine Frage, dass er ein guter Außenminister geworden wäre. Aber der Politiker und der Mensch Wolfgang Gerhardt ist weitaus vielschichtiger. Es fehlt in dem Bonmot der Bildungspolitiker, der – wenn auch im Wesenskern konservative – Sozialliberale, der Moderator und historisch fundierte Interpret eines modernen Liberalismus. Ein exzellenter Diplomat hätte aus ihm werden können, dem regional geerdeten Kosmopoliten, daran kann kein Zweifel bestehen. Der Bundesrepublik wäre damit jedoch ein

außergewöhnliches politisches Ausnahmetalent entgangen.

Was zunächst wie eine Tautologie klingt, ist gewollt; der Begriff hat durchaus seine Berechtigung. Was unterscheidet das gewöhnliche vom außergewöhnlichen politischen Ausnahmetalent? Das gewöhnliche politische Ausnahmetalent ist getrieben von unbändigem Machtwillen, es weiß seine Ellenbogen im politischen Machtkampf einzusetzen, kennt keine politischen Freunde, sondern innerhalb der eigenen Partei nur Verbündete und potentielle Konkurrenten und außerhalb ausschließlich Gegner; es hat, um Hans-Dietrich Genscher mit einer gegenüber dem Verfasser geäußerten Charakterisierung von Angela Merkel zu zitieren, Rasierklingen, wo bei anderen die Ellenbogen sitzen. Ein außergewöhnliches politisches Ausnahmetalent wie Wolfgang Gerhardt besitzt keine der

vorgenannten Eigenschaften im Übermaß. Manche seiner politischen Weggefährten, die ich in Vorbereitung dieses Beitrags konsultiert habe, vermissten sie sogar explizit bei ihm. Stattdessen rühmten sie seine im politischen Betrieb und insbesondere bei Spitzenpolitikern eher selten zum Vorschein kommenden menschlichen Eigenschaften wie Anständigkeit, Bodenständigkeit, unbedingte Verlässlichkeit, Geradlinigkeit, seine Höflichkeit und seine Glaubwürdigkeit, aber auch die zähe Hartnäckigkeit in der Verfolgung seiner Ziele. Wie einer seiner ehemaligen engen Mitarbeiter schrieb, war und ist Wolfgang Gerhardt „der komplette Gegenentwurf zu den Wehnern und Strauß in der Politik.“ Viele andere Namen ließen sich hinzufügen, darunter sicherlich auch der seines Nachfolgers in den Ämtern des Partei- und Fraktionsvorsitzenden der FDP, Guido Westerwelle.

Zu fragen ist, wie eine Persönlichkeit wie Wolfgang Gerhardt mit derartigen für einen Spitzenpolitiker doch eher atypischen, eben außergewöhnlichen Eigenschaften den Weg in höchste politische Führungsämter finden konnte. Denn in die Wiege war es dem „Aufsteiger aus der hessischen Provinz“ wahrhaftig nicht gelegt, einige Jahrzehnte die hessische und die bundesdeutsche Politik mit zu gestalten und zu prägen. Es war, nach allem was man liest, die Förderung durch seine Mutter, gepaart mit eigener

Zielstrebigkeit und großem Bildungshunger, die ihn von der dörflichen Volksschule zunächst auf die Realschule oder, wie es damals in Hessen noch hieß, die Mittelschule und dann aufs Gymnasium und zum Abitur führten. Bereits früh in seinem Studium an der Philipps-Universität Marburg begann er sich politisch zu engagieren, zunächst im Liberalen Studentenbund und bei den Jungdemokraten, ab 1965 dann auch als Mitglied der FDP.

Fasziniert habe ihn schon damals Ralf Dahrendorf als der große liberale Vordenker der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Politisch imponiert habe ihm vor allem die Position des FDP-Mitbegründer Hans Wolfgang Rubin, einem der sogenannten Jungtürken in der nordrhein-westfälischen FDP und Befürworter einer neuen Ostpolitik. In den Liberalen Studentenbund sei er geraten, als er auf dem Weg zur Mensa an einem Stand des Liberalen Studentenbunds mit einigen LSD-Mitgliedern ins Gespräch gekommen sei. Deren Ansichten seien ihm recht vernünftig erschienen, worauf er beschlossen habe, sich dort zu engagieren. Inhaltlich motiviert war sein politisches Engagement nach eigenem Bekunden durch die Einsicht, dass die Bundesrepublik Deutschland eine neue Ostpolitik brauche, dass sie sich längerfristig durch das Beharren auf der Hallstein-Doktrin international isolieren werde und dass die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze

Voraussetzung für den Erfolg einer neuen Ostpolitik sei. Diese Einsicht lag anscheinend im nicht-konservativen studentischen Milieu der damaligen Zeit in der Luft. Denn wenig früher verfasste der Autor dieser Zeilen, Generationskollege Wolfgang Gerhardts, als Student ein kleines handschriftlich überliefertes Manifest, in dem ebenfalls die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als unausweichlich beschrieben wurde.

Es waren für einen im Wesenskern liberalen Hochschulpolitiker keine einfachen Zeiten, schon gar nicht in Marburg. Der Liberale Studentenbund verstand sich als „radikaldemokratischer Verband“, pflegte im Gegensatz zu Mutterpartei intensive Kontakte in den Ostblock, näherte sich parteipolitisch der SPD an und vertrat zunehmend stärker sozialistische Programmpositionen. Noch zu Studienzeiten von Wolfgang Gerhardt deklarierte sich der LSD als Teil der APO, was schließlich zum Bruch mit der FDP führte. Ähnlich sah es bei den Jungdemokraten aus, bei denen Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre zeitweise kapitalismuskritische Tendenzen die Oberhand gewannen. In Marburg scheint der Linkskurs dieser beiden Verbände nach Aussagen von Wolfgang Gerhardt allerdings weniger ausgeprägt gewesen zu sein als an anderen Universitäten.

Gerhardt hat das in seinen damals be-

reits ausgeprägten liberalen Grundüberzeugungen jedenfalls nicht angefochten. Obwohl er im Nebenfach Politikwissenschaft bei Wolfgang Abendroth studierte, einem in der Wolle gefärbten Marxisten, den Gerhardt als mitreißenden Hochschullehrer schildert, war er zu keinem Zeitpunkt von der akademischen Modeerscheinung des reichlich orthodoxen Marburger Marxismus infiziert. Als ein Rätsel oder vielleicht besser als ein politisches Wunder erscheint im Rückblick, wie in der damaligen Zeit Wolfgang Gerhardt als dezidierter Liberaler, wenn auch damals wohl eher Linksliberaler, es zum hessischen Landesvorsitzenden des LSD und zum stellvertretenden Landesvorsitzen der Jungdemokraten bringen konnte. 1970 wurde er, ebenfalls an der Universität Marburg, bei Leonhard Froese, einem der FDP zumindest nahestehenden Erziehungswissenschaftler, mit einer Dissertation über die Bildungspolitik der FDP nach 1945 zum Dr. phil. promoviert.

Nach einem zweijährigen Zwischenspiel als Leiter des Regionalbüros Hannover und als Referent in der Inlandsabteilung der Friedrich-Naumann-Stiftung zog es ihn stärker in die Politik. Zunächst wurde er persönlicher Referent des hessischen Innenministers Hanns-Heinz Bielefeld, einige Jahre später dann Büroleiter von dessen Amtsnachfolger Ekkehard Gries. Zwischen 1978 und 1994 war er, wenn auch mit einer kleinen Unterbrechung,

Abgeordneter des hessischen Landtags. Danach gefragt, was seine wichtigste politische Entscheidung für ihn persönlich gewesen sei, nannte er gegenüber dem Verfasser die Übernahme des Vorsitzes der hessischen FDP nach der verlorenen Landtagswahl von 1982. Im Sog der Verratskampagne nach dem Koalitionswechsel der Bundes-FDP von der SPD zur CDU/CSU schied die FDP aus dem hessischen Landtag aus. Da jedoch in Wiesbaden keine Koalition zustande kam, gab es 1983 bereits wieder Neuwahlen, bei denen es der FDP unter Führung von Wolfgang Gerhardt gelang, erneut in den hessischen Landtag einzuziehen. Den Landesvorsitz der darniederliegenden, gerade aus dem Landtag ausgeschiedenen Partei zu übernehmen war ein mutiger Schritt, der zeigt, dass Wolfgang Gerhardt seine Chance zu nutzen wusste und mit dem Risiko des Scheiterns vor Augen den Hut in den Ring warf, obwohl die Zukunft der Partei damals ungewiss erschien. Das Feld dafür hatte er als anerkannt bester Debattenredner seiner Partei im Landtag bereitet.

Durchaus machtbewusst übernahm Gerhardt 1983 auch den Fraktionsvorsitz der FDP im Wiesbadener Landtag. Er war nun eine politische Größe, nicht nur in der Landespartei, sondern zunehmend auch in der Bundespartei, zu deren stellvertretendem Vorsitzenden er 1985 gewählt wurde. Noch jedoch war er in erster Linie Landespolitiker.

So wurde er 1987 hessischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst und zugleich Stellvertreter des CDU-Ministerpräsidenten Walter Wallmann. Den Schritt auf die Bundesebene bereitete er dadurch vor, dass er als Vertreter Hessens im Bundesrat fungierte, der zweiten Parlamentskammer, in der es um ungleich wichtigere Probleme ging als auf Landesebene. Nachdem jedoch schon vier Jahre später die christlich-liberale Koalition in den hessischen Landtagswahlen von 1991 die Mehrheit verlor, endete die kurze exekutive Periode in der politischen Laufbahn Wolfgang Gerhardts. Ihn zog es nun vollends in die Bundespolitik. 1994 wurde er über die Landesliste der hessischen FDP in den Bundestag gewählt, was den Beginn einer fast 20-jährigen Abgeordnetentätigkeit auf Bundesebene bedeutete.

Bereits ein Jahr später wurde er Bundesvorsitzender seiner Partei, ein Amt, das er bis 2001 innehatte, als er, nicht ganz freiwillig, in dieser Position von Guido Westerwelle abgelöst wurde. Dass er trotz seiner, wie die WELT ihm bescheinigte, sanften und unaggressiven Art durchaus auch ein machtbewusster Politiker war, belegt die Tatsache, dass er 1998 auch den Vorsitz der FDP-Bundestagsfraktion beanspruchte, was dem bisherigen Vorsitzenden, Hermann Otto Solms, ganz und gar nicht behagte. Es spricht für die Größe beider, Gerhardts und Solms, dass ihr persönliches Ver-

hältnis dadurch nicht auf Dauer belastet wurde. Wenn er wollte, konnte Gerhardt durchaus kämpfen, allerdings hat er das viel zu selten gewollt, wie einige seiner durchaus wohlgesonnen Weggefährten ihm im Nachhinein bescheinigen.

Naturgemäß war der Fraktionsvorsitz der kleineren Oppositionspartei mit weniger politischer Gestaltungsmacht verbunden, als das bei einer Regierungsbeteiligung der FDP der Fall gewesen wäre. Gerhardts Motto als Fraktionsvorsitzender war das einer „kämpferischen Opposition“, die klar abgegrenzt vom bisherigen Koalitionspartner zugleich auch eine konstruktive Opposition sein wollte, indem man beispielsweise in der Frage des Staatsbürgerschaftsrechts zu Kompromissen mit der rot-grünen Koalition bereit war. Nach außen konnte Gerhardt in den acht Jahren seiner Tätigkeit als Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion deswegen hauptsächlich als kluger Debattenredner mit – im Vergleich zu vielen seiner Kollegen – politischem Tiefgang wirken.

Als Parteivorsitzender legte Gerhardt Wert darauf, die FDP als eigenständigen Koalitionspartner der CDU/CSU zu profilieren. So plädierte sie für eine Lockerung des damals noch sehr strengen Ladenschlussgesetzes, ferner für die allerdings erst unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel in Form einer Aussetzung beschlossene Abschaffung der Wehr-

pflicht und eine umfassende Modernisierung des Sozialversicherungssystems. In seine Zeit als Parteivorsitzender gehört die (allerdings nur vorübergehend erfolgreiche) Verhinderung eines von Jürgen Möllemann vehement geforderten eigenen FDP-Kanzlerkandidaten und des damit verbundenen sogenannten Projekts 18. Beides wurde später dann unter seinem Nachfolger bekanntlich doch noch realisiert.

Zu den Belastungen seiner Zeit als Bundesvorsitzender zählten ohne Zweifel die Auseinandersetzungen über den sogenannten Großen Lauschangriff, den die FDP nach einem Mitgliederentscheid und dem Rücktritt der Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger schließlich mit erheblichen Bauchschmerzen zustimmte. Dies führt zu Spannungen mit dem linksliberalen, von Burkhard Hirsch, Gerhart Baum und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger repräsentierten Flügel der Partei. Es spricht für die integrierende Kraft Wolfgang Gerhardts, dass er damals die

Partei zusammenhielt und seine Kritiker in Partei und Fraktion einband. Die Hauptkritik an seiner Amtsführung kam allerdings von ganz anderer Seite, nämlich vom nordrhein-westfälischen Landeschef Jürgen Möllemann und vom schleswig-holsteinischen FDP-Vorsitzenden Wolfgang Kubicki. Beide warfen ihm vor, stärker Verwalter als Gestalter

zu sein. Kritisiert wurde beispielsweise die Festlegung Gerhardts auf eine Koalition mit den Unionsparteien, von der man sich freimachen müsse, um offen zu sein für andere Koalitionskonstellationen. Hierbei fielen Worte wie „der schnarchende Löwe von Wiesbaden“ (Möllemann) oder „lahme Ente“ (Kubicki), Verunglimpfungen, die Wolfgang Gerhardt verletzt haben müssen. Es spricht gleichermaßen für seine Nehmerqualitäten und seine vornehme Zurückhaltung, dass er es beiden nicht in der Öffentlichkeit mit gleicher Münze heimzahlte.

Den Bundesvorsitz seiner Partei verlor er bereits im Januar 2001 nach einer intrigenreichen Auseinandersetzung mit seinem nach vorne drängenden aktivistischen Generalsekretär Guido Westerwelle, zu dessen Gunsten er auf den Vorsitz verzichtete, wohl auch, um einem die Partei potenziell spaltenden Machtkampf aus dem Wege zu gehen. Dass Gerhardt mit seinem Nachfolger im Parteivorsitz nicht immer zufrieden war und sich vor allem an der Art und Weise von dessen politischer Kommunikation stieß, belegen manche kritischen Äußerungen über den Kurs der Partei und die Forderung, wieder stärker liberale Inhalte in den Vordergrund zu stellen. Der Spätschwahlkampf, den Guido Westerwelle unter dem Einfluss von Möllemann und anderen Beratern 2002 veranstaltete, war Gerhardt sichtlich zuwider. Forderungen nach grundlegenden Reformen,

die vom Bürger forderten, an manchen Stellen den Gürtel enger zu schnallen, und ein Wahlkampf in Form von Guido-Westerwelle, gelben Schuhsohlen Westerwelles mit der Zahl 18 in der Talkshow von Sabine Christiansen und dem Busenwunder Dolly Buster passten nach Auffassung Gerhardts einfach nicht zusammen.

Um ein Haar wäre Wolfgang Gerhardt wohl Außenminister geworden. Es fehlten nur wenige Tausend Stimmen bei der Bundestagswahl 2002 für eine Neuaufgabe der schwarz-gelben Koalition, diesmal unter einem Kanzler Edmund Stoiber. Wolfgang Gerhardt wäre ohne Zweifel ein guter, erfolgreicher Außenminister geworden. Er besaß sowohl die nötigen Kenntnisse und das Interesse an internationalen Fragen als auch das in diesem Amt besonders wichtige Fingerspitzengefühl, um auf dem internationalen Parkett nicht permanent in die dort aufgestellten Fettnäpfchen zu treten. Auch 2005, nach der vorzeitigen Auflösung des Bundestags, wurde Wolfgang Gerhardt als möglicher Außenminister gehandelt. Doch wieder reichte es nicht für eine schwarz-gelbe Koalition, weil die Unionsparteien bei dieser Wahl überraschend schwach abschnitten. Stattdessen kam es zur zweiten großen Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik.

2006 übergab Gerhardt schließlich auch den Fraktionsvorsitz an Westerwelle. Zwar wurde er im September 2005

nochmals als Vorsitzender der Fraktion bestätigt, aber gleichzeitig fiel der Beschluss, ihn im Mai 2006 durch Westerwelle zu ersetzen. Dieser hatte darauf gedrungen, ähnlich wie vor ihm Wolfgang Gerhardt, Partei- und Fraktionsvorsitz in einer Hand zu vereinigen. Gewissermaßen als Kompensation wurde Gerhardt nun Vorsitzender der Friedrich-Nauermann-Stiftung, was er zwölf Jahre bis zum September 2018 blieb. Dieses Amt war ihm wie auf den Leib geschnitten. Hier konnte er viel freier gestalten, unermüdlich die Idee des Liberalismus als Redner verbreiten und einer alten Leidenschaft folgend verstärkt auf dem internationalen Parkett tätig sein. In der Rückschau sieht Gerhardt dies als eine der glücklicheren Perioden seiner beruflichen Tätigkeit an. Am meisten Spaß gemacht habe jedoch die Arbeit als Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, von der er sich auch nur widerwillig verabschiedete.

Wolfgang Gerhardt hat nicht die Politik der Bundesrepublik geprägt wie ein Bundeskanzler oder auch mancher Minister. Sein Einfluss war eher indirekter Natur, konzentrierte sich nach der kurzen Periode als Landesminister auf Partei und Fraktion. Ein Basta-Politiker war er dabei zu keiner Zeit. Vielmehr moderierte und integrierte er, wobei sowohl nach eigenem Bekunden als auch dem seiner politischen Weggefährten und Mitarbeiter er sich durchaus durchzu-

setzen wusste, wenn er etwas für richtig hielt. Seine Außenwirkung erreichte er vor allem als ausgezeichnete Debattenredner im Bundestag und als unverdrossen durchs Land reisender Verkünder eines zeitgemäßen Liberalismus.

Was versteht er darunter? Am besten lässt sich das als Quintessenz seiner programmatischen Reden im Bundestag und in der Öffentlichkeit und aus dem einen oder anderen von ihm gegebenen Interview rekonstruieren. Es finden sich bei ihm Bezüge auf die vier Wurzeln des Liberalismus, den kulturellen, bürgerrechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Liberalismus. Liberal bedeute, im Zweifel sich für die Freiheit zu entscheiden, aber gleichzeitig zu erkennen, dass Freiheitsoptionen nur von denen wahrgenommen werden können, für die ein wirtschaftliches, soziales und kulturelles Existenzminimum gesichert sei. Darin schlägt sich seine Grundhaltung als – wenn auch im Kern konservativer – Sozialliberaler nieder. Hierzu passt seine Überzeugung, der Gedanke der Sozialen Marktwirtschaft sei ein genuin liberaler Gedanke, was bedeute, sich von der Vorstellung der auf allen möglichen Gebieten quasi automatisch wirkenden Selbstheilungskräfte des Marktes zu verabschieden und sich klarzumachen, dass der Wirtschafts- und Finanzsektor eines strikten Ordnungsrahmens bedürfe, um das größtmögliche Wohlergehen aller zu gewährleisten. Das impliziert eine

Abkehr vom Gedanken einer Ökonomisierung aller Lebensbereiche, von der Bildung über die Kultur und den Städtebau bis hin zum sozialen Zusammenleben. Selbstbestimmung und Wahlfreiheit als Leitmotive einer liberalen Grundhaltung setzten folglich nicht den möglichst schwachen, sondern einen adäquat vorsorgenden Staat voraus, einen Staat, der möglichst vielen erlaube, ihre Wahlfreiheit wahrzunehmen. Das aber koste Geld; insofern müsse der Staat die Möglichkeit haben, sich zu finanzieren, nicht als Unternehmer, aber als Steuern erhebender Staat, als ein Staat, der sich nicht zulasten kommender Generationen weiter verschulden dürfe, sondern seine existierenden Schulden – und eben nicht nur die Netto-Neuverschuldung – abbaue. In einem solchen Staat ist für Steuersenkungen nur dann Platz, wenn die genannten vorrangigen Ziele erfüllt sind. Vorrangig seien die Einlösung des zentralen liberalen Programmsatzes der Gewährung von durch Bildung zu erreichenden Startchancengleichheit und eine Verhinderung einer weiteren, hochriskanten Ausdifferenzierung der Gesellschaft in viele Arme und wenige Reiche. Konsequenterweise gedacht darf man als Sozialliberaler ohne ideologische Scheuklappen auch über Transaktions- und Vermögenssteuern zumindest nachdenken dürfen. Nicht vereinbar mit dem urliberalen Gedanken der Selbstbestimmung und der Wahlfreiheit des Einzelnen ist für

Wolfgang Gerhardt die von vielen Sozialdemokraten gehegte Vorstellung der Erfolgsgleichheit. Denn diese widerspricht der nicht hinweg zu diskutierenden anthropologischen Grunderkenntnis von der naturgegebenen Ungleichheit der Menschen. Manche sind intelligenter, manche weniger intelligent; manche motivierter und zielstrebig, andere sind es weniger; manche sind fleißiger, andere bequemer. Zwar spielt das Milieu, in dem man aufwächst, eine große Rolle bei der Ausprägung solcher Eigenschaften, aber selbst bei ansonsten gleichen Umweltbedingungen gibt es Unterschiede zwischen den Menschen, die sich selbst durch kompensatorische Erziehung nicht vollständig beseitigen lassen. Jeder, der mehrere Kinder hat oder beruflich mit Kindern zu tun hat, weiß ein Lied davon zu singen. Das Streben nach Erfolgsgleichheit führt zwangsläufig zu einer Einschränkung der Entfaltungsfreiheit. Ungleichheit der Veranlagung und der Fähigkeiten bedeutet selbstverständlich für Wolfgang Gerhardt nicht ungleiche Rechte. Gleichheit vor dem Gesetz, eine der liberalen Grundforderungen, besagt umgekehrt nicht Gleichheit der Natur des Menschen. Gleichberechtigung impliziert nicht Gleichstellung. Das eine ist für ihn, der von einem konsequent liberalen Standpunkt ausgeht, des anderen Feind. Diese liberale Grundhaltung entspricht der an Platon und Aristoteles angelegten Maxime „Jedem nach seinem Ver-

dienst und seiner Leistung“. Insofern ist das Gesellschaftsideal des Liberalismus für ihn das einer sozial abgefederten Meritokratie, d. h. einer Gesellschaft, in der jeder nach seiner individuellen Leistung entlohnt wird, ohne Rücksicht auf Herkunft und Beziehungen, eine Gesellschaft, in der die Tüchtigen herrschen.

Die verschiedenen politischen Grundströmungen basieren auf unterschiedlichen Menschenbildern. Den linken Strömungen liegt ein optimistisches Menschenbild zugrunde. Ist der Mensch erst von den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zwängen befreit, die ihn in seiner Entfaltung einschränken, kann er solidarisch mit anderen ein freies, selbstbestimmtes Leben führen. Aus rechtlicher Gleichheit entsteht, so lautet das linke Credo weiter, unter den richtigen Umständen faktische Gleichheit. Der Konservatismus geht im Gegensatz dazu von einem pessimistischen Menschenbild aus. Der Mensch an sich ist nicht gut, sondern des anderen Wolf, um mit Hobbes zu sprechen, der das allerdings auf das Verhältnis der Staaten untereinander bezog. Deswegen müsse das Individuum durch klare, von einem starken Staat durchgesetzte Ordnungsprinzipien und ein striktes, an traditionellen Werten ausgerichtetes Regelwerk von Aufgaben und Pflichten eingehegt werden, damit es nicht sich selbst und anderen schadet.

Das von Wolfgang Gerhardt vertretene liberale Menschenbild ist im Prinzip weder optimistisch noch pessimistisch, sondern beansprucht für sich, realistisch zu sein. Der Mensch an sich ist demzufolge weder gut noch schlecht. Seine primäre Handlungsmotivation ist das Eigeninteresse und das Streben danach, seinen Nutzen zu maximieren und Schaden von sich und seiner Familie abzuwenden. Damit dies nicht in Anarchie und Sozialdarwinismus endet, muss der liberale Staat für das Leben miteinander und insbesondere für den wirtschaftlichen und finanzpolitischen Bereich einen klaren Ordnungsrahmen setzen und auch durchsetzen, ohne dabei über das absolut Notwendige hinaus Vorschriften zu machen. Gerhardt erkennt, dass es sich hierbei um eine Idealvorstellung handelt, die unterschiedliche Auslegungen erfährt und gegen die in der politischen Praxis vielfach verstoßen wird. Dessen ungeachtet fehlt der von ihm vertretenen liberalen Staats- und Gesellschaftsvorstellung das bevormundende Element, d. h. die Anmaßung zu wissen, was für einen selbst oder den Nächsten gut und schlecht sei, welches die Menschenbilder der Linken und Rechten wie auch der Grünen in sich tragen. Hier begegnen sich die Idee der Wertfreiheit der Wissenschaft und das Ideal der Werteneutralität des liberalen Staats.

Wolfgang Gerhardt ist Realist. Er weiß, dass das liberale Gesellschaftsprogramm, um nicht den unbescheideneren Titel einer Gesellschaftsphilosophie zu benutzen, anspruchsvoll ist, ja für viele eine Zumutung darstellt, weil es gerade keine inhaltlichen Verhaltensnormen liefert wie der Sozialismus oder der Konservatismus und damit auch keine Gewissheiten verspricht, die viele Menschen, wohl eine Mehrheit im Lande, erwarten. Das erklärt auch, dass liberale Parteien in Deutschland es schwer haben, vor allem in Krisenzeiten. Frei und selbst verantwortlich zu sein, autonom handeln zu können, was den Kern des „liberalen Subsidiaritätsprinzips“ (Wolfgang Gerhardt) darstellt, bedeutet eben auch für manche, in einem Zustand der Ungewissheit zu leben, immer wieder neu entscheiden zu müssen, was für einen selbst das Richtige ist. Hierzu sind nicht alle Menschen von Natur aus befähigt. Ziel eines wohlverstandenen Liberalismus muss es sein, so lese ich Wolfgang Gerhardts Philosophie, die Menschen zur Selbstständigkeit zu befähigen. Das Schlüsselwort Gerhardts ist Bildung, die Schaffung von Bildungschancen, die Förderung von nicht von Haus aus Privilegierten. Daher sein Insistieren auf Bildung als Grundvoraussetzung einer liberalen Lebensführung.

Er selbst hat das in geradezu exemplarischer Weise vorgelebt. Sein Lebensweg ist ein Beispiel dafür, wie ein Bub aus einfachen Verhältnissen, aus der tiefsten dörflichen Provinz, dies verwirklichen kann. Erleichtert wurde ihm das durch bestimmte charakterliche Eigenschaften, seine Zähigkeit, seine Zielgerichtetheit, sein Streben nach Autonomie und seine schon früh im Lebensweg gewonnene Erkenntnis, dass Freiheit eine Grundvoraussetzung eines erfüllten und erfolgreichen Lebens ist. In dieser Hinsicht, nicht nur in dieser, kann er geradezu als Vorzeigeliberaler gelten, als Mensch, dem es gelungen ist, sein Gesellschaftsideal an sich selbst zu verwirklichen.

Jürgen W. Falter, Politikwissenschaftler. Ordentlicher Professor an der Hochschule der Bundeswehr München (1973-1983), der Freien Universität Berlin (1983-1992) und der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (1993-2012); seit 2012 Senior-Forschungsprofessor in Mainz; von 2000 bis 2003 Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft.

1. **„Straßenterror in Frankfurt am Main am 25.11.1978“** (Rede im Hessischen Landtag am 13.12.1978, Plenarprotokoll 9/2, S. 39 ff.; <https://starweb.hessen.de/cache/PLPR//09/2/00002.pdf>)
2. **„Haushaltsgesetz 1979 / Hochschulpolitik“** (Rede im Hessischen Landtag am 10.05.1979, Plenarprotokoll 9/10, S. 532 ff.; <https://starweb.hessen.de/cache/PLPR//09/0/00010.pdf>)
3. **„Verhinderung des Missbrauchs des Asylrechts“** (Rede im Hessischen Landtag am 20.03.1980; Plenarprotokoll 9/31 S. 1941 ff. ff.; <https://starweb.hessen.de/cache/PLPR//09/1/00031.pdf>)
4. **„Dilettantische Behandlung des Asylanten-Problems durch die Hessische Landesregierung“** (Rede im Hessischen Landtag am 11.09.1980, Plenarprotokoll 9/39, S. 2442 ff.; <https://starweb.hessen.de/cache/PLPR//09/9/00039.pdf>)
5. **„Ausländerpolitik im Lande Hessen“** (Rede im Hessischen Landtag am 24.03.1982; Plenarprotokoll 9/73, S. 4536 ff.; <https://starweb.hessen.de/cache/PLPR//09/3/00073.pdf>)
6. **„Zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Börner“** (Rede im Hessischen Landtag am 04.07.1984; Plenarprotokoll 11/21, S. 1298 ff.; <https://starweb.hessen.de/cache/PLPR//11/1/00021.pdf>)
7. **„Zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Börner“** (Rede im Hessischen Landtag am 22.10.1985; Plenarprotokoll 11/58, S. 3291 ff.; <https://starweb.hessen.de/cache/PLPR//11/8/00058.pdf>)
8. **„Verleihung der Ehrenurkunde und Paulskirchen-Medaille in Würdigung seiner Verdienste um den politischen Liberalismus an Wolfgang Mischnick“** (Rede in Frankfurt am Main am 25.01.1986; ADL, Bibliothek, D1-1395)
9. **„Startbahn West / Demonstrationen“** (Rede im Hessischen Landtag am 11.11.1987; Plenarprotokoll 12/21, S. 966 ff.; <https://starweb.hessen.de/cache/PLPR//12/1/00021.pdf>)
10. **„Zur deutschen Wiedervereinigung“** (Rede im Bundesrat, Bonn, 606. Sitzung am 10.11.1989; ADL, Bibliothek, D1-1395)
11. **„Aktuelle Entwicklung in Deutschland und ihre Auswirkungen auf Hessen / Mauerfall“** (Rede im Hessischen Landtag am 14.11.1989;

- Plenarprotokoll 12/90, S. 5030 ff.;
<https://starweb.hessen.de/cache/PLPR//12/0/00090.pdf>)
12. **„Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Eichel“** (Rede im Hessischen Landtag am 17.04.1991; Plenarprotokoll 13/3, S. 62 ff.;
<https://starweb.hessen.de/cache/PLPR//13/3/00003.pdf>)
13. **„Fortentwicklung der europäischen Integration“** (Rede im Hessischen Landtag am 15.12.1992; Plenarprotokoll 13/54, S. 3156 ff.;
<https://starweb.hessen.de/cache/PLPR//13/4/00054.pdf>)
14. **„Brandanschlag in Solingen / Gewalt in unserer Gesellschaft“** (Rede im Hessischen Landtag am 16.06.1993; Plenarprotokoll 13/68, S. 3909 ff.; <https://starweb.hessen.de/cache/PLPR//13/8/00068.pdf>)
15. **„Regierungsprogramm 1994–98“** (Rede im Deutschen Bundestag am 25.11.1994; Plenarprotokoll 13/7, S. 268 ff.; <https://dserver.bundestag.de/btp/13/13007.pdf#P.268>)
16. **„Vorstellungsrede zur Kandidatur als Bundesvorsitzender der F.D.P.“** (Rede auf dem Bundesparteitag der F.D.P. in Mainz am 10.06.1995; ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 28769)
17. **„Deutsche Beteiligung an den Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung des schnellen Einsatzverbandes im früheren Jugoslawien einschließlich der Unterstützung eines eventuellen Abzugs der VN-Friedenstruppen“** (Rede im Deutschen Bundestag am 30.06.1995; BT-Plenarprotokoll 13/48, S. 3975 ff.; <https://dserver.bundestag.de/btp/13/13048.pdf#P.3975>)
18. **„Finanzplan des Bundes 1995 bis 1999“** (Rede im Deutschen Bundestag am 06.09.1995; BT-Plenarprotokoll 13/51, S. 4240 ff.;
<https://dserver.bundestag.de/btp/13/13051.pdf#P.4240>)
19. **„Dreikönigstreffen der F.D.P. 1996“** (Rede auf dem Dreikönigstreffen der F.D.P. in Stuttgart am 06.01.1996; ADL, Bestand FDP-Bundespartei, ÜP 20/2015-187)
20. **„Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“** (Rede im Deutschen Bundestag am 26.04.1996; BT-Plenarprotokoll 13/102, S. 9003 ff.;
<https://dserver.bundestag.de/btp/13/13102.pdf#P.9003>)
21. **„Bundesparteitag der F.D.P. 1996“** (Rede auf dem Bundesparteitag der F.D.P. in Karlsruhe am 08.06.1996; ADL, Bestand FDP-Bundespartei, ÜP 20/2015-187)

22. **„Offensive Europapolitik – Führungsaufgabe für Liberale“** (Rede auf dem Kongress der Europäischen Liberalen / ELDR am 11.07.1996 in Wien; ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 28769)
23. **„Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“** (Rede im Deutschen Bundestag am 30.10.1996; BT-Plenarprotokoll 13/133, S. 11975 ff.; <https://dserver.bundestag.de/btp/13/13133.pdf#P.11975>)
24. **„Finanzplan des Bundes 1997–2001“** (Rede im Deutschen Bundestag am 10.09.1997; BT-Plenarprotokoll 13/188, S. 16977 ff.; <https://dserver.bundestag.de/btp/13/13188.pdf#P.16977>)
25. **Gedenkveranstaltung „150 Jahre Liberale Revolution“** (Rede in der Paulskirche in Frankfurt am Main am 06.05.1998; ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 28769)
26. **„Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1999“** (Rede im Deutschen Bundestag am 03.09.1998; BT-Plenarprotokoll 13/247, S. 23044 ff.; <https://dserver.bundestag.de/btp/13/13247.pdf#P.23044>)
27. **„Regierungsprogramm 1998“** (Rede im Deutschen Bundestag am 10.11.1998; BT-Plenarprotokoll 14/3, S. 91 ff.; <https://dserver.bundestag.de/btp/14/14003.pdf#P.91>)
28. **„Wir sichern die Freiheit des Einzelnen“** (Rede beim Dreikönigstreffen der F.D.P. in Stuttgart am 06. Januar 1999; ADL, Bestand FDP-Landesverband Baden-Württemberg, 29812)
29. **„50 Jahre Demokratie – Dank an Bonn“** (Rede im Deutschen Bundestag am 01.07.1999; BT-Plenarprotokoll 14/50, S. 4334 ff.; <https://dserver.bundestag.de/btp/14/14050.pdf#P.4334>)
30. **„Freiheit ist wählbar in Deutschland“** (Rede auf dem Bundesparteitag der F.D.P. am 15. Juni 2000 in Nürnberg; ADL, Bestand FDP-Bundesparteitag, 28399)
31. **„Bekämpfung des politischen Extremismus“** (Rede im Deutschen Bundestag am 30.03.2001; BT-Plenarprotokoll 14/162, S. 15809 ff.; <https://dserver.bundestag.de/btp/14/14162.pdf#P.15809>)
32. **„Die Kraft der Freiheit“** (Rede auf dem FDÜP-Bundesparteitag in Düsseldorf am 04.05.2001; DL, Bestand Wolfgang Gerhardt, 30282/8)
33. **„Recht und Ethik der modernen Medizin und Biotechnologie“** (Rede im Deutschen Bundestag am 31.05.2001; BT-Plenarprotokoll 14/173, S. 16897 ff.; <https://dserver.bundestag.de/btp/14/14173.pdf#P.16897>)

34. **„Erklärung der Bundesregierung zu den Anschlägen in den USA“** (Rede im Deutschen Bundestag am 12.09.2001; BT-Plenarprotokoll 14/186, S. 18295 ff.; <https://dserver.bundestag.de/btp/14/14186.pdf#P.18295>)
35. **„Deutschland: Ein selbstbewusster und verlässlicher Partner“** (Rede auf dem FDP-Bundesparteitag in Mannheim am 11.05.2002; ADL, Bestand FDP-Bundespartei, ÜP 32/2014-70)
36. **„Liberale Außenpolitik ist verantwortungsbewusst“** (Rede auf dem Außerordentlichen FDP-Bundesparteitag am 11.09.2005 in Berlin; fdk-Sonderausgabe, September 2005)
37. **„Entschließungsantrag zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin“** (Rede im Deutschen Bundestag am 30.11.2005; BT-Plenarprotokoll 16/4, S. 124 ff.; <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16004.pdf#P.124>)
38. **„Menschenrechte im Spannungsfeld von Außen- und Wirtschaftspolitik“** (Rede beim Symposium der Friedrich-Naumann-Stiftung am 15.05.2006 in Berlin; ADL, Bibliothek, D5-625)
39. **„Die Zukunft der Freiheit in Deutschland“** (Rede beim 1. Freiheitskongress der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit am 13.10.2007 in Berlin; ADL, Bibliothek, D5-557)
40. **„50 Jahre für die Freiheit – 50 Jahre Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit“** (Rede beim Festakt im ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestages am 19.05.2008 in Bonn; AFDL, Webarchivierung Dokumente, IN5-264)
41. **„60 Jahre Grundgesetz“** (Rede im Deutschen Bundestag am 14.05.2009; BT-Plenarprotokoll 16/222, S. 24317 ff.; <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16222.pdf#P.24317>)
42. **„70. Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion“** (Rede im Deutschen Bundestag am 30.06.2011; BT-Plenarprotokoll 17/117, S. 13465 ff.; <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17117.pdf#P.13465>)
43. **„Verfahren gegen deutsche politische Stiftung einstellen – Demokratisierungsprozess in Ägypten fortsetzen“** (Rede im Deutschen Bundestag am 09.02.2012; BT-Plenarprotokoll 17/158, S. 18913 ff.; <https://dserver.bundestag.de/btp/17/17158.pdf#P.18913>)
44. **„Zum ‚Stabwechsel‘ in der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit“** (Rede beim Festakt anlässlich des Wechsels des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit am 24.09.2019 in Berlin; in: Stabwechsel – Die Reden zum Festakt anlässlich des Wechsels des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, S.18 ff.; <https://shop.freiheit.org/#!/Publikation/785>)

Herausgeberin

Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

/freiheit.org

/FriedrichNaumannStiftungFreiheit

/FNFreiheit

/stiftungfuerdiefreiheit

Redaktion

Thomas Volkmann
Liberales Institut der
Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

Kontakt

Telefon +49 30 220126-34
Telefax +49 30 690881-02
E-Mail service@freiheit.org

Stand

Dezember 2023

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Fotonachweis

Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

ISBN

978-3-948950-48-4

Diese Publikation ist Teil einer Reihe von Veröffentlichungen grundlegender Texte – Reden, Essays, Meinungsbeiträge – bedeutender liberaler Politikerinnen und Politiker.

Bereits erschienen

- Reden 01: Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
- Reden 02: Dr. Guido Westerwelle

„Ideen brauchen überzeugende Botschafter – und die liberale ganz besonders. Sie braucht Menschen, die Fähigkeiten und Können mit Bescheidenheit verbinden, Vertrauen ausstrahlen und ihre Person hinter das Werk bringen. Das ist das Ensemble von Eigenschaften, das Politik Gestalt gibt und eine Idee im wahrsten Sinne des Wortes verkörpert. Für solche Persönlichkeiten sollte es in der liberalen Familie keine Obergrenzen geben.“

Dr. Wolfgang Gerhardt, 2018

